

C 21734 D

München: Ermittlungen ohne Ergebnisse S. 35

Arbeiterkampf

Jg. 10 Nr. 188 3.11.80 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 3 Förderpreis DM 5,–

Nach ✶-Enthüllung

Wieder Zweifel an Stammheimer »Selbstmorden«



Das "Wunder von Stammheim"

Endlich! Zum dritten Jahrestag der „Selbstmorde" von vier Gefangenen in Stammheim und Stadelheim sind nun dem „Stern" Zweifel an den Ermittlungsergebnissen der Staatsanwaltschaft gekommen, die bereits ein halbes Jahr nach den Ereignissen die Akten mit der Feststellung der ‚zweifelsfreien Selbsttötung' schloß. Der „Stern" schreibt:

„Am 18. Oktober 1977 starben im Gefängnis Stuttgart-Stammheim die Terroristen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, und Jan-Carl Raspe; Irmgard Möller war schwerverletzt. Selbstmord, sagten die Behörden. Mord, hieß es im Ausland. Bundeskanzler Schmidt verlangte wegen des „Ansehens Deutschlands in der Welt" eine peinlich genaue Untersuchung. Es wurde eine peinliche Untersuchung – voller Schlampereien und Widersprüche. Drei Jahre danach steht fest: der Tod der Terroristen muß neu untersucht werden."

Diese Forderung ist vollauf be-

Fortsetzung Seite 2

15000 demonstrieren gegen Flughafenerweiterung

Frankfurt, Rhein-Main-Flughafen:

Wenige Tage nach Beginn der Abholzarbeiten für den Bau der Startbahn 18 West hat sich der Widerstand der Flughafengegner beträchtlich erweitern können. 3, 4, 5000 Bürger hatten sich bislang an den Protestaktionen beteiligt. Am 2.11. versammelten sich bereits 15.000 in Mörfelden/Walldorf, der am empfindlichsten getroffenen Gemeinde, um ihrem Zorn darüber Luft zu machen, daß die hessische Landesregierung und die Flughafen AG unter völliger Mißachtung des Bürgerwillens mit dem Bau der umstrittenen Startbahn beginnen wollen. Ein breites Spektrum lokaler und regionaler Verbände hatten zur Demonstration der Bürgerinitiativen gegen die Flughafenerweiterung mobilisiert: der BBU, BUND Umwelt- und Naturschutz, die Parteienaktionsgemeinschaft Mörgelden (SPD, CDU, FDP, DKP), die Grünen, die GLH, Jusos, Judos, kirchliche Kreise, Anti-AKW-BIs und Linke aller Schattierungen. Dabei muß gesagt werden, der Löwenanteil der Demonstranten wurde von den Bürgern der anliegenden Gemeinden gestellt. Dort ist das Faß am Überlaufen. Immer wieder von Beifallunterbrochen drückte eine Sprecherin der Bürgerinitiative aus, was fall unterbrochen drückte eine Sprecherin der Bürgerinitiative aus, was die Versammelten dachten: Diese Startbahn soll brutal gegen den Willen der Bürger der Region durchgesetzt werden, mit jedem Baum falle daher der Glaube an die Parlamente und die Demokratie in diesem Land. Eine Landesregierung, die wie an diesem Tag keinerlei Argumente, dafür aber 5000 Polizisten gegen die Bürger bereithalte, offenbare ihren politischen und moralischen Bankrott. Jeder Meter Wald werde von der Bürgerinitiative verteidigt werden. Die inzwischen zu einem kleinen „Dorf" ausgewachsene Waldhütte werde von nun an im Schichtdienst besetzt gehalten: „Morgens die Hausfrauen, nachmittags die Schüler, abends und nachts die Berufstätigen." Man werde massive Befestigungsanlagen bauen, um die Polizei- und Holzfällertruppen am weiteren Vor-

Fortsetzung Seite 2

Schamloser Wahlbetrug: SPD/FDP fordern

Maßhalten und Maulhalten

Kaum ist die Bundestagswahl vorüber und die Parteien haben sich wieder vier Jahre freie Hand für's Regieren geben lassen, wird der Wähler geschröpft. „Nullwachstum" heißt das Stichwort, mit dem Opfer von „uns allen" verlangt werden. Die aktuelle Konjunkturkrise kommt der Kapitalistenklasse gerade recht, um mit Hilfe der Regierenden ihre langfristigen Ziele international und wirtschaftspolitisch durchzusetzen. Nach der ersten Welle der Sparpolitik 1975/76 wird damit zum zweitenmal zum großen Schlag ausgeholt, um auf Kosten der lohnabhängigen Bevölkerung imperialistische Expansion und Kriegsrüstung zu intensivieren. Der „Spiegel" formulierte die Aufgaben dieser Regierung recht deutlich:

„Jetzt schwinden die verfügbaren Milliarden, mit denen Europapolitik und Konjunkturpolitik gemacht werden könnte. Die Manövriermasse scheint dahin, der politische und wirtschaftliche Spielraum wird eng.

Einen Rest von Bewegungsfreiheit kann sich die Regierung nur bewahren, wenn sie ohne Rücksicht auf Empfindlichkeiten und Interessengruppen die Prioritäten ordnet und dabei auch neue flüssige Mittel für Gestaltung auftut.

‚Die notwendigen Grausamkeiten', so eine Regierungsregel des italienischen Staatsphilosophen Machiavelli, ‚muß man am Anfang begehen' " (6.10. 80).

Fortsetzung Seite 4

Bonn plant wieder »öffentliche Gelöbnisse«

Säbelrasseln! Schluß mit dem

In Bonn, den sechs Wehrbereichskommandos und einer Reihe weiterer Städte von München bis Schleswig, sollen zwischen dem 6. und 24.11. öffentliche Rekrutenvereidigungen stattfinden. Beim großen Zapfenstreich sollen junge Rekruten feierlich geloben, ihr Leben für diesen Staat einzusetzen. Das zentrale Spektakel in Bonn (am 12.11.) kommt sogar per Fernsehen live ins Haus.

25 Jahre nach der Wiederaufrüstung und dem Aufbau der Bundeswehr wird wieder offen über den Einsatz von Bundeswehrtruppen „nachgedacht". Bundeskanzler Schmidt präsentiert sich stolz als Initiator der Nachrüstungsbeschlüsse, mit denen neue Atomraketen ins diesem Land stationiert werden sollen, wo bereits 5000 Atomsprengköpfe lagern.

Kein Wunder, wenn angesichts wachsender Kriegsgefahr sich der Protest gegen das öffentliche Säbelrasseln zunehmend verbreitert. An allen Orten wird zu Protestaktionen gegen die Rekrutenvereidigungen aufgerufen.

So werden die feierlichen Gelöbnisse keineswegs zu einer Demonstration der „Verbundenheit" der Bevölkerung mit der Bundeswehr, wie es in den Aufrufen der Parteien und Behörden heißt. Seit Bremen sind Rekrutenvereidigungen von riesigen Polizeiaufgeboten und der Propaganda gegen „die Krawallmacher" begleitet. In Bonn sollen am 12.11. Menschenansammlungen über drei Menschen aufgelöst werden. Protestdemonstrationen in der Nähe der Vereidigungen sollen verboten werden. Doch auch in den bürgerlichen Parteien mehren sich die Stimmen, die durch die Provokation solcher „vordemokratischer Zeremonielle" (Koschnik) mehr Schaden als Nutzen in breiten Teilen der Bevölkerung befürchten.

Seit Bremen macht die Angst vor einer neuen „Ohne mich"-Bewegung in den bürgerlichen Parteien die Runde. Auf der anderen Seite räsonnieren die Hurrah–Patrioten, daß man auf keinen Fall sich von diesen „Krawallmachern" erpressen lassen dürfe.

Dem muß mit einer breiten Mobilisierung einen Strich durch die Rechnung gemacht werden!

KEINE REKRUTENVEREIDIGUNG IN BONN UND AUCH NICHT ANDERSWO!

Fortsetzung Seite 3

IN DIESER AUSGABE:

Hausbesetzungen und Mieter-Kampf

Angesichts von Wohnungsnot und Mietwucher (der nach dem Willen der Bonner Koalition demnächst noch verschärft werden soll, um den Kapitalisten mehr „Investitionsanreize" zu geben) bleiben Mieter-Kämpfe und Hausbesetzungen allerortens auf der Tagesordnung.
In Freiburg beteiligten sich am 17.10. über 3000 Menschen am „Zug der Unzufriedenen", mit dem vor allem die Ziele der Hausbesetzungen wieder aufgenommen werden sollten. Mit wüster Hetze bereitet unterdessen die Polizeigewalt die Räumung des besetzten ‚Schwarzwaldhofs' vor.
In Göttingen wurde am 18.10. ein leerstehendes Klinik-Gebäude besetzt, am folgenden Tag freilich wieder von einem riesigen Polizeiaufgebot geräumt. Es folgten hemmungslose „Distanzierungen" von Teilen der Linken. Die DKP sprach von einer „isolierten Aktion", die Jusos gar von „sinnlosen Provokationen".
In Westberlin demonstrierten am 25.10. 2000 Menschen zum Abschluß der von verschiedenen Mieterorganisationen und -initiativen veranstalteten „Mietertage".
Am 27.10. besetzten in Marburg Studenten ein leerstehendes Haus, um gegen die miserable Wohnsituation von Studenten zu protestieren.
Seite 29 - 32

Grüne Partei: Linke unter Beschuß

Den Ausschluß der vom KB abgespaltenen „Gruppe Z" aus der Grünen Partei hat der Landesvorstand Saar beantragt. Der am kommenden Wochenende tagende Bundesvorstand wird über die Einleitung eines Ausschlußverfahrens zu beraten haben. Ebenso über einen monströsen „Hilferuf", mit dem sich vier Mitglieder des Landesvorstands Schleswig-Holstein an den Bundesvorstand gewandt haben: Die vier drohen mit Funktionsniederlegung falls der Bundesvorstand nicht gegen die „Gruppe Z" interveniert.
Seite 7

Gegen Kommunismus

Gegen Kommunismus und Kapitalismus? Die »Achberger«

Ein „dritter Weg" als „notwendige Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus" - davon träumen Kleinbürger, seit es den Marxismus als Alternative gibt. Hierzulande träumt davon beispielsweise der Achberger Kreis, der eine Schlüsselstellung für die weitere Entwicklung der Grünen einnimmt. Wir befassen uns in diesem AK mit Ideologie, Praxis und personellen Zusammenhängen der „Achberger".
Seite 9 - 10

DKP: Gegen Links total hemmungslos

Den politischen Gegner mit VS-Agenten, Nazi-Banden usw. in Verbindung zu bringen, ist unter Linken zweifellos die wirkungsvollste Diffamierung. Die DKP macht seit Jahren hemmungslos von diesem Mittel Gebrauch. Da werden die italienischen „Roten Brigaden" kurzerhand zu Neofaschisten erklärt, da werden Märchen über die „Identität" von linken und faschistischen Terrorgruppen gesponnen, da wird über eine Finanzierung der „KPD/ML" durch die CDU/CSU phantasiert. Wir bieten einen Blick in die Sudelküche.
Seite 46

Wieder Zweifel an Stammheimer »Selbstmorden«

Fortsetzung von Seite 1

rechtigt. Bleibt nur hinzuzufügen: ... und zwar im Rahmen einer unabhängigen internationalen und öffentlichen Untersuchungskommission! Diese Forderung wird vom KB, von anderen demokratischen Kräften, von Angehörigen und Freunden der Toten und aus dem Ausland bereits seit drei Jahren erhoben. Es wird Zeit, sie zu verwirklichen.

Der „Stern" präsentiert jetzt einer breiteren Öffentlichkeit endlich jene Fakten, die vom KB bereits vor anderthalb Jahren in Zusammenarbeit mit Christiane Ensslin (und Freunden) sowie Rechtsanwalt Heldmann bei Gericht vorgelegt wurden, und die damals die Staatsanwaltschaft veranlaßten, ihre Staatsverleumdungs-Anklage gegen den KB wegen unserer Zweifel an der staatlichen Selbstmord-Doktrin einzustellen. Im wesentlichen führt der „Stern" an:

Der Todeszeitpunkt wurde nicht bestimmt.

Die Behauptung, Baader sei durch einen (von ihm selbst) „aufgesetzten Nackenschuß" getötet worden, widerspricht den Ermittlungsergebnissen, nach denen aus einer Entfernung von ca. 30-40 cm auf Baaders Nacken gefeuert worden sein muß; außerdem ist der Schußverlauf der drei gefundenen Projektile ungeklärt.

Der Behauptung, an der Hand von Jan Carl Raspe habe die tödliche Waffe gelegen, widersprechen die Zeugenaussagen (von Beamten!), nach denen die Pistole in der Hand Raspes lag – d. h. nachträglich hineingelegt worden sein muß, da ein Selbstmörder in der Regel die Waffe fallenläßt... Außerdem war entgegen den ofiziellen Darstellungen hinter Raspes Rükken durchaus noch Platz genug zwischen Bett und Wand, um ihn von hinten zu erschießen.

Im Fall Gudrun Ensslins wurde keine Tatrekonstruktion vorgenommen und grundlegende Tatortüberprüfungen unterlassen: es wurde kein sog. Histamin-Test gemacht, mit dem geprüft werden kann, ob sich jemand selbst erhängte oder bereits tot aufgehängt wurde; es wurde nicht geprüft, ob das Kabel (das beim Abnehmen der Leiche riß) überhaupt ihr Gewicht beim Abspringen von einem Stuhl und das folgende Strampeln ausgehalten hätte; es wurde nicht „sichergestellt", ob und wo der Stuhl in der Nähe von Gudrun überhaupt gestanden hat – von dem sie immerhin gesprungen sein soll.

Entgegen offizieller Darstellung wurden in Irmgard Möllers Brust nicht nur 4 cm tiefe (also relativ flache) Stiche festgestellt, sondern darüberhinaus ein 7 cm langer Stich, der mit ziemlicher Wucht geführt worden sein muß.

Die Fernsehüberwachungsanlage, die jedes unbefugte Eindringen sein muß.

Die Fernsehüberwachungsanlage, die jedes unbefugte Eindringen **anstaltsfremder Personen hätte melden müssen, hat nachgewiesenermaßen zu der Zeit nicht funktioniert; (über den Notausgang, über den man von außen in den 7. Stock kommen konnte, schweigt der „Stern" sich in diesem Zusammenhang leider aus).**

Der Sand an den Schuhen von Andreas Baader wurde bis heute nicht identifiziert.

Im übrigen weist der „Stern" nur en passent darauf hin, daß diverse offiziell angeforderte Untersuchungsergebnisse (kriminaltechnische, neurologische etc.) erst n a c h Abschluß der Ermittlungen zu den Akten genommen – und nicht mehr berücksichtigt wurden, selbst da, wo es sich um schreiende Widersprüche handelt. Der darin liegende Skandal scheint dem „Stern"-Redakteur entgangen zu sein. Erstaunlicherweise nicht erwähnt wird, daß zunächst keine toxikologischen Untersuchungen (auf Gifte) vorgenommen wurden, in einem späteren Gutachten dann aber der Befund des Gehirnobduzenten für alle drei Toten gleichermaßen eine Veränderung des Gehirns, ähnlich einer Enzyphallitis, ergab. Enzyphallitis ist eine bakteriologische Erkrankung des Gehirns, die durch Mangel an Vitamin B entsteht. Sie führt zu Bewußtlosigkeit und Schwachsinn. RA Heldmann sagte damals, Vitamin B-Mangel könne auch künstlich hergestellt werden, die medizinische Forschung der CIA kenne nachweislich solche Methoden.

Neue – über die bisher in der Linken bekannten hinausgehende – Informationen, die die Zweifel über das bisherige Maß h i n a u s erhärten, enthalten die vom „Stern" vorgelegten, erstmals veröffentlichten, Bilder. Sie lassen unmittelbar offizielle Darstellungen als Lüge erkennen (so im Fall des angeblich nicht vorhandenen Zwischenraums zwischen Raspes Bett und der Wand); und sie lassen außerdem den sehr wahrscheinlichen Schluß zu, daß es noch weitere Bilder der Art gibt und daß so wie diese Bilder auch andere Beweismittel bisher unterdrückt worden sind.

Ein besonderer Skandal ist es, daß die Fotos den Angehörigen der Toten (und Verletzten) verweigert wurden, obwohl ihnen vollständige Akteneinsicht rechtlich zusteht – plötzlich aber dem „Stern" zur Verfügung stehen – möglicherweise über eins der üblichen schmierigen Geschäfte in der Grauzone zwischen Presse und Staatsschutz. Mit welchem Recht der Welt und mit welcher moralischen Berechtigung kann so etwas geschehen? Ist beispielsweise Irmgard Möller befragt worden, bevor sie bewußtlos mit nackter Brust der Öffentlichkeit präsentiert wird!?

Bei aller Freude über die Tatsache, daß der „Stern" sich bemüht, jetzt die öffentliche Diskussion um die „Selbstmorde" neu zu entfachen, muß doch gefragt werden: Wo war die kritische Stimme des „Stern" im Oktober 1977? Immerhin war der KB mit geringeren Kräften in der Lage, im „Arbeiterkampf" massiv die ganzen Ungereimtheiten der Vorgänge in Stammheim und Stadelheim und der folgenden Ermittlungen bereits damals unter der Überschrift „Wir glauben nicht an Selbstmord" und „Die Wunder von Stammheim" zu veröffentlichen. Wo war die kritische Stimme des „Stern", als wegen dieser Veröffentlichung gegen den KB vor anderthalb Jahren ein Staatsverleumdungsverfahren angestrengt wurde? Über 1 400 Personen im In- und Ausland haben damals eine Ein- verleumdungsverfahren angestrengt wurde? Über 1 400 Personen im In- und Ausland haben damals eine Ein- stellung des Prozesses gefordert. Der „Stern" schwieg. – Braucht der „Stern" wieder einmal erst Sensationsfotos, bevor es sein liberales Gewissen in Bewegung setzt?

Wie dem auch sei – die Gelegenheit, die der „Stern" mit seiner Veröffentlichung schafft, kann genutzt werden, um erneut zu versuchen, der Aufklärung der Vorfälle ein Stück näher zu kommen.

Wir wiederholen die Forderung, die wir bereits 1977 und dann wieder anläßlich des Prozesses gegen den KB stellten:

Neuaufnahme der Ermittlungen durch eine unabhängige internationale und öffentliche Untersuchungskommission!

Das "Wunder von Stammheim" S.5

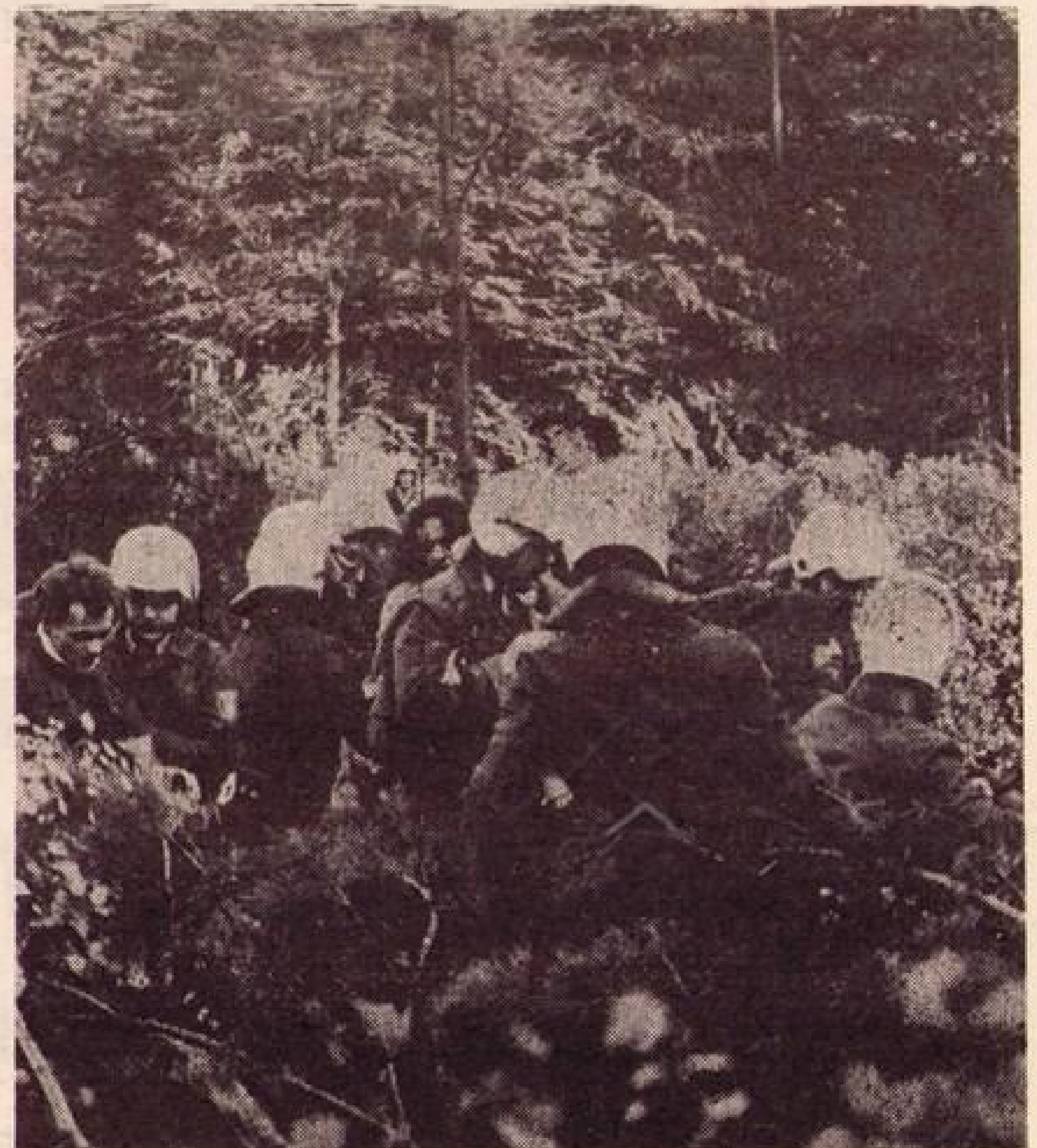
Arbeiterkampf

Jg. 7 Nr. 116 31.10.77 — Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes — 2,- DM



Wir glauben nicht an Selbstmord!

Als die Gefangenen 1977 in Stammhein starben bzw. lebensgefährlich verletzt wurden, war der "Arbeiterkampf" eine der wenigen westdeutschen Zeitungen die sofort die "Selbstmord"-These infrage stellten.



15.000 demonstrieren...

Fortsetzung von Seite 1

dringen zu hindern. Noch in diesem Jahr soll eine bundesweite Sternfahrt in den bedrohten Wald organisiert werden. Anschließend überbrachte ein Sprecher vom Erdinger Moos solidarische Grüße von den Münchner Flughafengegnern. Auch dort soll jetzt mit dem Bau begonnen werden; auch dort laufen Protestaktionen an.

Nach der Kundgebung setzte sich ein kilometerlanger Zug durch den Wald zur Hütte in Bewegung. Dort angekommen, wurde ein Gottesdienst unter freiem Himmel abgehalten, bei dem auch der stellvertretende hessische Kirchenpräsident das Wort ergriff. Viele Demonstranten waren, da es bereits dämmerte, schon zu dem gerodeten Gelände weitergezogen. Dort erwartete sie eine Scene, die seit Brokdorf wohlbekannt im „Modell Deutschland" ist. Hinter einem Maschendrahtzaun, verstärkt durch drei Rollen Nato-Draht, sicherte die Polizei bei grellem Scheinwerferlicht den Platz. Angesichts dieser militärischen Präsenz hatte die Bürgerinitiative von ihrem ursprünglichen Plan Abstand genommen, das bereits gerodete Gelände zu besetzen. Man wolle sich nicht von der Polizei eine gewaltsame Auseinandersetzung aufzwingen lassen. Als Demonstranten jedoch begannen, am Zaun zu „schnippeln", griff die Polizei hart ein. Schlagstökke und Chemical Mace kamen zum Einsatz. Demonstranten antworteten ke und Chemical Mace kamen zum Einsatz. Demonstranten antworteten mit über den Zaun geworfenen Ästen und Knüppeln. Daraufhin setzte die Polizei Wasserwerfer ein. Ordnern der Bürgerinitiative gelang es dann, die Auseinandersetzung wieder zu beenden. Falsch wäre es allerdings anzunehmen, daß hier „friedfertige Einheimische" gegen „auswärtige Berufsdemonstranten" gestanden hätten. Vielmehr konnte man unter den Ordnern auch bekannte Gesichter der SDAJ und des MSB aus Frankfurt ausmachen, während sich umgekehrt die Einheimischen zum Teil nicht gerade wie Heilige aufführten ... Auf dem Rückmarsch wurde die Gewaltfrage wieder heiß diskutiert. Jedenfalls ist es anhand dieses „Zwischenfalls" nicht zu irgendeiner Spaltung zwischen den Demonstranten gekommen.

In der nächsten Zeit wird es nötig sein, die z.T. jetzt schon vorhandenen Gräben und Barrikaden auszubauen, um der Staatsmacht jede erdenkliche Schwierigkeit bei ihrem zerstörerischen Werk zu bereiten. Auch die Verkehrsblockade der Anfahrtswege zum Flughafenterminal, die am Vormittag des 2.11. vom Frankfurter Konvoi eine Stunde lang durchgeführt wurde, hat sich wieder als wirksame Aktionsform erwiesen. **Solidarität mit dem Kampf der Bevölkerung – Keine Startbahn West und Nachtflugverbot!**

KB-Gruppe Frankfurt

KB-Gruppe Frankfurt

100.000 fordern: No Cruise Missiles In Britain!

Unter dieser Hauptparole fand am Sonntag, dem 26.10., die größte Demonstration der letzten zwölf Jahre in Großbritannien statt.

Initiiert wurde die Demonstration von der „Bewegung für nukleare Abrüstung", der u.a. prominente britische Wissenschaftler, Künstler und Gewerkschafter, darunter der Sekretär der Russell-Foundation, Ken Coates, angehören. Aufgerufen hatten sämtliche linken Organisationen sowie verschiedene Ausländerorganisationen.

Punker, Studenten, empörte Bürger aus dem Lager der „liberalen Öffentlichkeit", Gewerkschafter und Labour-Mitglieder, Frauen und Männer protestierten gegen die Stationierung der Atomwaffen in Großbritannien und verstärkte Aufrüstung und Kriegsgefahr. Parolen wie „Ban the Bomb" und „Britain out of NATO" und Transparente für den Frieden bestimmten das Bild. Es gab einen Frauenblock mit einigen Frauen, der von der Gruppe ‚Women against Nuclear Power' organisiert worden war. (Für Frauen war es allerdings ein besonders anstrengendes Wochenende, denn am selben Wochenende fand mit ca. 3.000 Frauen die „Socialist Feminist Conference" mit Schwerpunkt „Women against Imperialism" statt. – Wir werden noch ausführlicher darüber berichten.)

Kleiner Tip: Wer sich näher für die antimilitaristische Bewegung in Großbritannien interessiert: Der oben genannte Ken Coates hat in dem neuen Buntbuch „Ist der 3. Weltkrieg noch zu verhindern?" über die Kampagne gegen den „nuclear war" geschrieben.

Britannien-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Neues Todesurteil

In der Nacht zum 26. September wurde die Todesstrafe für Serdar Soyergin (Mitglied einer linken Organisation) in Adana vollstreckt.

Serdar wurde verhaftet, nachdem wenige Tage nach dem Putsch ein Anschlag gegen einen Hauptmann der Armee verübt worden war. Da ihm nicht nachgewiesen werden konnte, daß er der Todesschütze war, ja sogar die Militärs nicht verheimlichen konnten, daß alles gegen eine Verantwortung von Serdar spricht, hat man ihn nun noch einen Mord an einen Arbeiter aus der Zeit vor dem Putsch angehängt. Für die Militärs mußte es offensichtlich unabhängig von der Beweislage einen Toten geben, um so ein Exempel an der militanten Linken zu statuieren. Bei Serdar reichte, daß er ein Linker war.

Türkei-Kommission

Schluß mit dem Säbelrasseln!

Fortsetzung von Seite 1

München: Am 6.11. findet die Gelöbnisfeier auf dem Königsplatz statt. 1.000 Polizisten sollen das Demonstrationsverbot auf dem Odeonsplatz mit der Feldherrnhalle, sowie dem Platz der Opfer des Nationalsozialismus durchsetzen. Die Anmelder, die „Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung", sowie ein Personenkomitee haben Einspruch beim Verwaltungsgericht eingelegt. Auswärtige „Störer" will die Polizei im Vorwege observieren und noch außerhalb Münchens festnehmen.

Saarbrücken: Am 11.11. findet eine öffentliche Rekrutenvereidigung im Ludwigsparkstadion mit 200 Rekruten statt. Die angemeldete Gegendemonstration wurde vom Innenministerium verboten. Das örtliche Bündnis wird sich nun im eigenen Block an der Demonstration beteiligen, zu der Jusos und Falken um 17.30 Uhr ab Johannisstadt aufgerufen haben. Dem Bündnis wurde eine eigene Rede auf der Demonstration zugestanden.

Hannover: Rekrutenvereidigung am 11.11., 20.00 Uhr im Niedersachsenstadion. Falken, DKP und Linke rufen gemeinsam zu einer Demonstration in der Innenstadt auf, die um 16.30 Uhr am Kröpcke beginnt. Ein Teil wird weiter zum Stadion ziehen.

Schleswig: 1.000 Rekruten sollen am 12.11. im Alleestadion ein „feierliches Gelöbnis" ablegen. Ein Bündnis aus BI's, Stadtzeitungen, Volksfront, BWK, KB, Z und Grünen aus Schleswig, Flensburg, Leck, Niebüll und eine Uni-Fachschaft in Kiel rufen zu einer Demonstration auf, die am Kapitolplatz – voraussichtlich um 18.30 Uhr – beginnt. Die Grüne Liste Nordfriesland hat ebenfalls protestiert, die Nordelbische Kirche, Bischoff Stoll, will einen 'Friedensgottesdienst' abhalten.

Bonn: Am 12.11. sollen mit Minister Apel und dem Fernsehen Rekruten auf dem Münsterplatz vereidigt werden. Am 8.11. beginnt um 13.00 Uhr eine Demonstration, zu der die Jusos national aufrufen. Die GIM, ArPo, der Grüne Kreisverband und das DKP-Spektrum rufen ebenfalls zu der Demonstration auf. Die Falken beteiligen sich an der Demonstration in einem eigenen Block, der zentral gegen das Demonstrationsverbot am 12.11. in Bonn protestieren soll (die Falken hatten die Demonstration mit angemeldet). Außerdem bieten die Falken allen oppositionellen Kräften an, in ihrem Block mitzudemonstrieren, sodaß die Juso-Ankündigung, „Provokateure" selbst „auszusortieren", von vornherein ein Spruch bleiben wird.

Am 12.11. ruft ein Bündnis aus Kölner und Bonner Initiativen und Organisationen (KB,KBW) die Antimilitaristen aus der Region auf, sich um 17.00 Uhr am Marktplatz zu versammeln. Am 7.11. ist eine Vorbereitungsveranstaltung um 20.00 Uhr in der Gaststätte „Harmonie" in Bonn-Endenich angesetzt.

Die Polizei hat angekündigt, jede Versammlung über 3 Menschen hinaus aufzulösen, der Reservistenverband will die Rekrutenvereidigung „schützen", für die Krankenhäuser wurde Dienstpflicht angeordnet.

Doch die Polizei steht vor der schier unlösbaren Aufgabe, in der engen Innenstadt von Bonn (einschließlich Bahnhof liegt alles im Umkreis von 5 Minuten Fußmarsch zusammen) „Störer" von der Rekrutenfeier fernzuhalten, die auch im Fernsehen übertragen werden soll.

Marburg: In Marburg wird zwar nur eine interne Bundeswehrfeier abgehalten, dennoch wird es am 12.11. eine Demonstration, Beginn 13.30 Uhr am Uni-Gelände geben, zu der die Uni-VV aufgerufen hat. Zusätzlich wird aufgerufen, in Gießen am 14.11. bei der dortigen öffentlichen Rekrutenfeier zu demonstrieren.

Lüneburg: Am 13.11. sollen 850 Rekruten auf dem MTV-Sportplatz vereidigt werden. Ein örtliches Bündnis ruft zu einer Gegendemonstration auf; Beginn zwischen 16.00 und 17.00 Uhr (s. anliegenden Bericht).

Stuttgart: Am 21.11. findet eine öffentliche Rekrutenvereidigung vor dem neuen Schloß, Sitz der Landesregierung, statt. Die „Initiative für Frieden und Abrüstung" hat bereits eine „friedliche Protestaktion" angekündigt.

Weitere Rekrutenvereidigungen finden in **Mannheim, Leverkusen** (im Stadion von Bayer 04), **Lippspringe** am 12.11. und in **Idar-Oberstein** und **Gießen** am 14.11. statt.

Rekrutengelöbnis und Gegendemonstration am 13.11.!

Lüneburg:

Anläßlich der 25-Jahres-Feier plant die Bundeswehr in Lüneburg die bisher größte Provokation: 850 Rekruten sollen mit Großem Zapfenstreich ihr Gelöbnis ablegen. Da für so viele Soldaten sogar auf dem Marktplatz kein Platz ist, wurde die Feier auf den MTV-Sportplatz verlegt. Die Lokalzeitung LZ fordert die Bürger ausdrücklich auf, „durch ihren Besuch die Verbundenheit mit den ‚Staatsbürgern in Uniform' " zu zeigen. In einer Garnisonsstadt wie Lüneburg (12.000 Soldaten neben 70.000 Einwohnern!) mit einer Lokalpresse, die jedes bundeswehrbezogene Ereignis begeistert berichtet, stehen die Antimilitaristen vor besonderen Problemen, den Lüneburger Militaristen das Feiern ein bißchen zu vermiesen.

Nach anfänglichem Zaudern einiger Spontis („Störungen sind vorgeplant, nützen also nur der Gegenseite") konnte dank besonderer Anstrengungen des KB bei nahezu allen Lüneburger Organisationen und Gruppen der Wille zum Widerstand geweckt werden: Die 2. Sitzung des „Aktionsbündnisses für den Frieden" wurde zur größten Aktionseinheit seit Jahren. SDAJ, ADS („Arbeitskreis demokratischer Soldaten"), MSB, DKP, VVN; die Fochler-Abspaltung des KBW („Bund westdeutscher Kommunisten"), KB, ein Beobachter der „Grünen" sowie alle relevanten Basisgruppen: DFG-VK, WAA-Gruppe, SOdZDL, Nicaragua-Komitee, BI gegen Atomenergie. Ohne Gegenstimme wurde der Beschluß gefaßt, am Tag des Gelöbnisses eine friedliche Demonstration des „Aktionsbündnisses" durchzuführen mit einer Abschlußkundgebung am Goetheplatz (ca. 300 m vom Sportplatz entfernt).

Auf erhebliche Schwierigkeiten hingegen stieß der Versuch, einen gemeinsamen Aufruf zu vereinheitlichen. Mit der opportunistischen Begründung, die Bevölkerung halte uns für doof, wenn die Sowjetunion nicht angegriffen wird und der moralischen Berufung auf das reine Gewissen, forderten die SOdZDL und einige Spontis ultimativ eine Passage zu Afghanistan und damit den „Rausschmiß" von DKP und Umfeld. Während die DKP zu Beginn der Debatte noch Bereitschaft demonstrierte, einen gemeinsamen Aufruf fertigzustellen, ging sie bald dazu über, ihrerseits einen UVB gegenüber dem „BWK" (KBW) zu formulieren. Die DKP pöbelte in allgemeiner Manier gegen den KBW als angebliche CSU/ML und machte ihre Beteiligung am Aufruf und der Demonstration davon abhängig, daß der KBW nicht als Unterzeichner des Demonstrationsaufrufes genannt wird und die Afghanistan-Passage rauskommt.

Nachdem es im vergangenen Jahr in Lüneburg zu einer spürbaren Aufweichung der These 41 und einer Kooperation mit dem KB im Rahmen der Anti-Strauß und Antifaarbeit gekommen war, scheint ihr hier der Boden zu „heiß" zu werden. Oder sollten wir uns da täuschen?

SOdZDL und andere haben sich inzwischen zugunsten des gemeinsamen Vorgehens bereit erklärt, auf ihren „Essential" Afghanistan zu verzichten. In einem „Offenen Brief" von DFG-VK, SOdZDL und KB wird die DKP aufgefordert, diesem Beispiel zu folgen; zudem der KBW ein Unterschreiben des gemeinsamen Aufrufes abgelehnt hat. Man/frau darf gespannt sein.

Antimilitaristinnen und Antimilitaristen, die die Demonstration in Lüneburg unterstützen wollen, sind herzlich eingeladen, dies zu tun.

Aufrufe können bestellt werden bei

Karl Spannig, Hindenburgstr. 96, 2120 Lüneburg, Tel.: 04131/31951

Letzte Meldung:
Die DKP hat angekündigt, sich nun doch an dem Bündnis zu beteiligen.

KB/Lüneburg

»Im Notfall geht's unter die Erde...«

Das war die makabre Überschrift in der Hamburger „Morgenpost" vom 20.10., mit der eine Kriegsübung für Frauen geschildert wurde, die am 18.10. stattgefunden hatte. Selbstverständlich heißt es in der bürgerlichen Presse nicht Kriegsübung, sondern es geht lediglich um eine „Katastrophenschutz-Übung", die beweisen soll, daß es mit der ärztlichen Versorgung der Hamburger Bevölkerung auch im „Ernstfall" gut bestellt sei.

Daß die Übung in Hamburg nicht der Bewältigung von Naturkatastrophen dienen sollte, sondern im Zusammenhang mit Kriegsvorbereitungen steht, erfuhren ungeschminkt vorerst nur 5.000 Schwesternhelferinnen. Ihnen flatterten im Zeitraum von einer Woche zwei Schreiben ins Haus:

„Sehr geehrte Hamburgerinnen!
...
Wie Ihnen bekannt ist, wird in einem etwaigen Spannungs- oder Verteidigungsfall Ihr freiwilliger Einsatz im Einvernehmen mit dem Arbeitsamt unter weitgehender Berücksichtigung Ihrer Einsatzwünsche sowie Ihrer persönlichen Verhältnisse geregelt. Dieses setzt voraus, daß alle Schwesternhelferinnen unter der angegebenen Adresse erreichbar sowie die Einsatzfähigkeit und die Einsatzwünsche bekannt sind.

Aus diesem Grund bitten wir Sie, uns dabei behilflich zu sein, die Einsatzkartei auf den neuesten Stand zu bringen. Bitte füllen Sie die Rückseite dieses Bogens aus und schicken ihn an uns zurück..." (Hier konnten die „Einsatzwünsche" – Zivilbereich, Lazarett etc. – angegeben werden). Unterschrieben war der Brief vom Rotkreuz-Verband.

Innerhalb einer Woche erhielten die so angeschriebenen Frauen dann die schriftliche Aufforderung, sich freiwillig an der oben erwähnten „Übung" zu beteiligen.

„Sehr geehrte Schwesternhelferin! Wir freuen uns, Sie zu einer interessanten und praxisnahen Fortbildungsveranstaltung einladen zu können. Sie wird als Funktionsübung, verbunden mit einer Einweisung und Fortbildung, im Hilfskrankenhaus Wedel (Holstein) gemeinsam mit dem Stammkrankenhaus AK Altona am Sonnabend, dem 18. Oktober von 8.00 bis ca. 16.30 Uhr durchgeführt." Mitunterzeichner: Johanniter-Unfall-Hilfe e.v., Malteser Hilfsdienst e.V. sowie die Gesundheitsbehörde Hamburg, Abteilung für Katastrophen- und Zivilschutz."

Die Abteilung für Katastrophen- und Zivilschutz der Gesundheitsbehörde Hamburg ließ die Schwesternhelferinnen vom Roten Kreuz, Malteser Hilfsdienst und Johanniter-Unfalldienst üben, wie in einem *„strahlen- und giftgassicheren Krankenhaus"* und in *„ungeschützten Schulräumen"* bis zu 1.000 Menschen vier Wochen voll versorgt werden können. 24 Ärzte, acht medizinisch-technische Kräfte, 40 Krankenschwestern und 100 Schwesternhelferinnen sollen „im Notfall" Dienst tun. Die Kosten für diese Kriegsübung – 160.000 DM – wurden aus Bundesmitteln bezahlt. (Informationen aus „Morgenpost", 20.10.).

Wir haben in unseren Artikeln zur Frage der Frauen-Militarisierung immer wieder darauf hingewiesen, daß die Fragestellung, ob die Bourgeoisie lieber eine **freiwillige** oder lieber eine **dienstverpflichtete** weibliche Armee bevorzuge, eine recht unnütze theoretische Überlegung sei. Wir gehen davon aus, daß die Bourgeosie, ganz so wie sie es braucht, in a l l e n Bereichen die Einbeziehung der Frau in Kriegsvorbereitungen und Kriege betreibt. Insbesondere haben wir auf die „heimliche" Militarisierung auf dem sozialen und pflegerischen Bereich hingewiesen (siehe AK 114).

Und so lief die Übung ab:

„Ich kam um 8 Uhr in dieses Wedeler Gymnasium", berichtet sie.*„Da standen 60, 70 Frauen Schlange beim Aufnahmebüro, um ihre Personalien auszufüllen: Name, Wohnort, Geburtsdatum, Kleidergröße, Schuhgröße, Beruf. Ein großer Trupp Frauen war bereits zum AK Altona abgeordert worden. Ich wurde in einen Raum geschickt und wartete dort, bis ich mit 30 Frauen zum ersten Mal runtergeführt wurde in den Keller. Man sagte uns nichts. In dem Keller unter dem Gymnasium befindet sich das ‚Hilfskrankenhaus': ein riesiger ABC-Bunker, ein hochtechnisiertes Lazarett mit x Stationen, OP, Ambulanz, Apotheke, kilometerlang, alles voll unterbunkert. Wir standen in einem kleinen Raum vor der Bunkertür und wurden ‚aufgenommen', d.h. per Kartei irgendwelchen Funktionen zugewiesen. Da für uns im Bunker kein Bedarf war, wurden wir, wieder nach oben ‚geschleust', so nannte man das, in die Aula.*

‚Aha, jetzt kriegen wir wohl den theoretischen Unterricht', meinte eine Schwesternhelferin. Es sah auch so aus, da lagen ein paar Decken herum. Wir saßen da und warteten, keine Information, was denn nun passieren soll, nichts. Bis schließlich so'n dynamischer Mann vom DRK kam und sagte: ‚So, jetzt geht's ab zur Volkszählung in den Bunker', zählte wieder 30 Frauen ab und runter ging's mit uns in einen winzigen Raum, in dem wir zusammengepfercht warteten... Schließlich hieß es: ‚Wir können nur fünf Frauen gebrauchen und suchen eine zum Tippen'. Ich hab mich sofort gemeldet, um endlich was zu machen. Aber ich wurde doch nicht gebraucht. Nun sollte ich ‚Helferin' sein und kriegte 'ne bestimmte Plakette und den Auftrag, mich zu Zimmer 6 zu begeben. Ich bin im Bunker durch die ellenlangen Gänge gelaufen, überall Räume, in denen irgendwelche Leute rumsassen. Als ich in den Raum 6 kam, standen dort 10 bis 12 Leute, darunter Schwestern, Ärzte und Apotheker vom AK Altona. Es war überhaupt nichts zu tun. Ich fragte: ‚Was passiert hier denn eigentlich noch?' Man drückte mir den internen Ablaufplan in die Hand, dem ich entnahm, daß bis 12 Uhr die ‚Überprüfung und Besichtigung aller Einrichtungen durch den Chefarzt' vorgesehen war mit anschließender ‚Meldung der Einsatzbereitschaft des Krankenhauses'. Weiteres Programm: ‚12-12.30: Mittagessen in Schichten; 13.30: Besprechung aller Abteilungsleiter; 14.30: Entscheidung der Leitung über Zeitpunkt des Abbruches der Übung und die Organisation der Ausschleusung und Rückfahrt; 16-17: Spätestens Ende der Übung.'..." (Bericht einer Teilnehmerin in „DVZ" 44/80).

Wie sagte doch Prof. von Weizsäcker unlängst: *„Dringend notwendig tut heute ein Wandel des öffentlichen Bewußtseins in Fragen des Zivilschutzes"* denn, so sagt er, *„ich halte die Gefahr eines Atomkrieges in den nächsten zwanzig Jahren für größer als dieMöglichkeit einer großen Katastrophe im Kernenergiebereich"* (Zivilschutzmagazin, 6/80).

Jawohl, Herr Professor, auch wir sind der Meinung, daß sich im öffentlichen Bewußtsein noch einiges wandeln sollte! ...

AG Frauen, Hamburg

Bundeswehrrundschreiben – Verschlußsache – vertraulich

Betr.: Militärische Sicherheitslage
Hier: Überprüfung der Absicherungsmaßnahmen

– nach vorliegenden Erkenntnissen zur derzeitigen terrorimusbezogenen Sicherheitslage beabsichtigen terroristische Organisationen, linksextremistische Gruppen in ihren Einflußbereich zu bringen und zu Gewaltaktionen zu veranlassen. Ziel dieser Absicht ist die Erweiterung der Basis terroristischer Aktivitäten. Der hieraus abzuleitende Trend lautet: „Von der Agitation zur Aktion"
– die zuständigen Sicherheitsbehörden schließen aus dieser Erkenntnislage, daß in der nächsten Zeit auch Personen und Einrichtungen der Bundeswehr und NATO Ziele terroristischer Angriffe sein könnten. Konkrete Hinweise liegen jedoch nicht vor.
– mit diesen Feststellungen hat die bestehende Sicherheitslage eine andere Qualität erhalten. Es ist von einer verschärften Gefährdungslage auszugehen.

Bewertung:
Trotz der Verschärfung der allgemeinen Gefährdungslage können durch das Fehlen konkreter Anhaltspunkte derzeit keine gezielten Absicherungsmaßnahmen für Personen oder Objekte der Bundeswehr eingeleitet werden.

Maßnahmen:
Diese Lage gibt Anlaß,
– bestehende Absicherungsmaßnahmen zu überprüfen, zu aktualisieren und ggf. zu ergänzen und
– Maßnahmen kurzfristiger Erhöhung/Verstärkung der Absicherung zu prüfen und festzulegen.

Sparpolitik zugunsten imperialistischer Expansion

Fortsetzung von Seite 1

Droht eine CDU/FDP-Koalition?

Die Bundestagswahl hatte eine eindeutige Stärkung der Parteien der sozialliberalen Regierungskoaltion SPD/FDP gebracht. Doch während die SPD stagnierte, konnte die FDP ihren Stimmenanteil – und ihr politisches Gewicht – erheblich steigern, um 2,7% auf 10,6%, Strauß war der große Verlierer. Der FDP-Vorsitzende und Bundesaußenminister Genscher gab in seiner Auswertung bereits die Richtung an: „Der Linkstrend ist gestoppt" (Bild, 18.10.); *„eine Korrektur der Wahlentscheidung nach links über die Köpfe der Wähler hinweg wird es mit uns nicht geben"*(Welt, 15.10.). Die Kapitalisten atmeten freier, was nicht zuletzt in steigenden Aktienkursen nach dem 5.10. zum Ausdruck kam, die – so die FAZ vom 7.10. – *„vor allem auf das gute Abschneiden der FDP zurückgeführt"* werden. An die Adresse der SPD richtete Genscher deutliche Warnungen für den Fall, daß sein Kurs der „freien Marktwirtschaft", seitens der SPD etwa durch „wechselnde Mehrheiten" im Bundestag, sabotiert würde: er habe *„schon ganz andere Mehrheiten zerbröckeln sehen"* (Welt, 15.10.).

Damit ist die Rechtsverschiebung in der künftigen Legislaturperiode der Bundesregierung vorprogrammiert: die SPD sollte durch die Drohung gegenüber ihrem „linken" Bundestagsflügel für einschneidende Maßnahmen gegen die Lohnabhänigen gefügig gemacht werden; der CDU wurde die Bereitschaft signalisiert, daß ein Koalitionswechsel fällig werden könnte, falls der Partner SPD nicht bereit ist mitzuziehen.

Entsprechend waren die Angebote der FDP an die CDU und deren Überlegungen, wie die politischen Machtverhältnisse trotz des schlechten Wahlergebnisses zu ihren Gunsten verändert werden könnten:

– Genscher bot der CDU den Posten eines EG-Kommissars in Brüssel an (ein Posten, der angesichts der Bedeutung der EG-Politik nicht unwichtig ist !).

– Die CDU erwog ihrerseits, den hessischen CDU-Vorsitzenden Dregger hierfür vorzusehen, um gleichzeitig in Hessen Dregger durch den Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann zu ersetzen. Wallmann seinerseits soll in Hessen den Weg für eine CDU/FDP-Koalition freimachen, die bisher durch Dreggers provokativen Rechtskurs behindert war.

– Nun soll aber niemand glauben, die CDU würde Abschied von Strauß zugunsten einer eher liberalen Politik nehmen. Vielmehr

– Nun soll aber niemand glauben, die CDU würde Abschied von Strauß zugunsten einer eher liberalen Politik nehmen. Vielmehr
handelt es sich um eine politische Variante der CDU, die auch Strauß erwägt (z.B. ist auch Wallmann ein Strauß-Mann): die FDP sei der *„natürliche Koaltionspartner der CDU/CSU"* (FR, 14.10.), sagte Strauß nach der Wahl. Mit Ausnahme des „Baum-Flügels" habe die FDP *„weitgehend einen Wahlkampf mit denselben Zielen bestritten, für die er, Strauß, stehe"*(FR, 13.10.). Strauß spekulierte weiter, daß die FDP das Hauptkontingent ihrer neu hinzugewonnenen Wähler von der CDU erhalten habe:*„ Wenn sie diese Stimmen nicht wieder verspielen wolle, müsse sie sich so stark von der SPD absetzen, daß die Koalition nicht lange halten könne"* (FR, 13.10.). Dregger stimmte Strauß' Einschätzung zu und gab für die CDU als mögliche taktische Marschroute aus, auf ihre Mehrheit im Bundestag zu verzichten, *„wenn es......gelänge, Koaltionsverhandlungen mit der FDP z.B. in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz zu installieren"* (FR, 14.10.).

Die Schwerpunkte: höhere Verteidigung, die EG und „Entwicklungshilfe"

Die FDP hat sich zum Sprecher der Hauptziele des Großkapitals gemacht, die Wilfried Guth, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank, noch vor der Wahl so umschrieb:

„Ein Abbau der staatlichen Neuverschuldung, das heißt eine Haushaltskonsolidierung, muß also vorrangiges Ziel der Bundesregierung sein. Die Fairneß und Ehrlichkeit gebieten aber, gleich hinzuzufügen, daß dies eine außerordentlich schwierige Aufgabe ist, zumal zu einem Zeitpunkt, in dem neue unabweisbare öffentliche Aufgaben vor der Tür stehen, erwähnt seien nur: EG-Haushalt, Verteidigungsausgaben, Unterstützung der Türkei und Entwicklungshilfe" (FAZ, 26.8.). Alle diese von Guth angesprochenen Bereiche sind in der aktuellen Debatte nicht von Kürzungen betroffen, sondern werden sogar erhöht. Das „außerordentlich schwierige" an dieser Aufagbe für die Bundesregierung besteht nun darin, angesichts einer konjunkturellen Krise und absinkenden Wachstums – und damit sinkenden Einnahmen – die Mittel für eine Politik zu beschaffen, die im Sinne imperialistischer Außenpolitik expansiv ist, höhere Ausgaben erfordert und die zudem die Forderung der Kapitalisten nach mehr Profiten und mehr Geld für Investitionen befriedigen muß. Wo anders sollen die geforderten Gelder herkommen, wenn nicht von den Lohnabhängigen?



Verbündete: 1978 las Helmut Schmidt dem englischen Parlament die Leviten und verlangte mehr „Stabilitätspolitik". 1980 – wo die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien 2 Millionen überschreitet – bewundern Regierung und Kapitalisten das „mutige Beispiel Thatcher" (Finanzkapitalist Guth von der Deutschen Bank).

Die „Konsolidierung" des Staatshaushaltes

Die „Konsolidierung" des Staatshaushaltes

Zwei Männer exponierten sich in den letzten Wochen als Sparkommissare: Wirtschaftsminister Lambsdorff (FDP) und das ehemalige Vorstandsmitglied der Gewerkschaft IG Metall, Finanzminister Matthöfer (SPD). Lambsdorff gab die konjunkturellen Daten vor:

– Steigerung des Wirtschaftswachstums 1981 um 0,5% (das Herbstgutachten der fünf Wirtschaftsinstitute spricht sogar von h ö c h s t e n s Nullwachstum);

– Steigerung der Arbeitslosen auf 1,1 Millionen im Jahresdurchschnitt;

– Preissteigerungen von unter 4%;

– Lohnsteigerungen von höchstens 3,5% - 4,5% brutto.

Hierauf mußte Matthöfer seinen Sparhaushalt planend aufbauen. Und der sieht vor:

– Steigerung der Ausgaben um 4% (8,5 Mrd. DM);

– Neuverschuldung des Staates über Kredite um 27 Mrd.DM (–0,5%);

Gleichzeitig aber steht bereits fest, daß 1981:

– Mindestens 6 Mrd. DM weniger Steuern eingenommen werden, was zum einen auf weniger Steuereinnahmen durch höhere Arbeitslosigkeit (also bei der Lohnsteuer) und zum anderen durch eine Reihe in Kraft tretender Steuerentlastungen verursacht wird;

– 6,5 Mrd. DM zusätzliche Ausgaben in Form von Zuschüssen an die Bundesanstalt für Arbeit entstehen (durch die in die Höhe schnellende Arbeitslosigkeit);

– Der Verteidigungsetat auf jeden Fall um 3% (ca. 1,2 Mrd. DM) erhöht wird;

– Die imperialistische „Entwicklungshilfe" gesteigert werden muß.

So wird bereits jetzt fest davon ausgegangen, daß auch 1981 *„neue Gaben mit Sicherheit......von den notleidenden Türken im Interesse des westlichen Bündnisses erwartet"* werden (Spiegel, 6.10.).

Das fehlende Geld soll von denen geholt werden, die die Werte in dieser Gesellschaft schaffen, der arbeitenden Bevölkerung:

– Durch Senken des Reallohnes, in Lambsdorffs Planungen 1981 um 2-3%.

– **Durch Abbau der Sozialleistungen. Deren Anteil am Bruttosozialprodukt mit dem Höchstwert 31,9% (1975) wird 1980 auf 30,1% sinken und soll auf Grundlage der Sparpläne auf 29,3% reduziert werden** (Welt, 20.10.).

– Durch eine Wirtschaftspolitik, die die Grundlagen der „freien Marktwirtschaft" und der unternehmerischen Privatinitiative freilegen soll, d.h. die jede Rücksichtnahme auf die Arbeitenden abstreift.

Am deutlichsten hat dies bisher Otto Wolff von Amerongen als Präsident des „Deutschen Industrie- und Handelstages" ausgesprochen: Verzicht auf eine staatliche Wirtschaftspolitik der „Vollbeschäftigung". Von der Regierung forderte er: *„Klotzen statt Kleckern"*; und der „Bundesverband der deutschen Industrie" fordert eine Begrenzung *„bei den Konsumtivausgaben und den sozialen Transferleistungen ohne Rücksicht auf bisherige Tabus"*.

„Markt oder Staat"? Abschied von Keynes?

Mehr „**marktwirtschaftliche** Regulierung" zur Behebung der Wirtschaftskrise oder mehr **staatliche** Eingriffe über gezielte Strukturpolitik, **Konjunkturankurbelungsprogramme** – diese Rezepte der Krisenbewältigung sind unter bürgerlichen Wirtschaftspolitikern derzeit umstritten. Die Großindustrie fordert deutliche Betonung von „mehr Markt", die SPD beruft sich auf das Krisenbewältigungskonzept des bürgerlichen Ökonomen Keynes – „mehr Staat". Durch staatliche Eingriffe in die Wirtschaftspolitik hat die SPD an der Regierung in der Vergangenheit – durchaus zur Zufriedenheit der Kapitalisten – regulierend gewirkt. Die Betonung der „Stabilität" hat der stark expansiven Wirtschaft günstige Wettbewerbsbedingungen auf den Exportmärkten verschafft: Niedrige Preise, relativ geringe Arbeitslosigkeit und eine starke und stabile Währung sorgten dafür. Bedingung, um diese Politik im Innern abzusichern, war ein stetiges Wachstum der Wirtschaft. Die Konjunkturkrise hat dieses Wachstum gegen Null sinken lassen. Das Großkapital fordert nun, das im Innern festliegende Kapital für sie locker zu

schaft. Die Konjunkturkrise hat dieses Wachstum gegen Null sinken lassen. Das Großkapital fordert nun, das im Innern festliegende Kapital für sie locker zu
machen – d.h. Aufgabe staatlicher Ausgabensteigerungen und Subventionen. Jetzt heißt es „Freie Bahn dem Tüchtigen", der kapitalistische Konkurrenzkampf wird sich verschärfen, die kapitalkräftige Großindustrie wird die Schwächeren ausstechen: Mehr Arbeitslosigkeit, Inflation und zunehmende Verelendung von Teilen der Bevölkerung sind die Folge einer solchen Politik.

Die Politik der „Notverordnungen" der Regierung Brüning seit 1929 kommt in Erinnerung. Sie erfüllte die Forderungen des Kapitals nach:

– Abbau der Staatsverschuldung;

– Befreiung der Wirtschaft von Belastungen, die ihre „freie Initiative" hemmen;

– Hebung der Arbeitsleistung (s. heute die Forderung nach Produktivitätssteigerung);

– Senkung von Löhnen und Gehältern.

Am Ende dieser Politik standen über 6 Millionen Arbeitslose in Deutschland im Jahre 1932 und die Machtergreifung des Faschismus ein Jahr später...

Parallelen sind unverkennbar, zumindest, was die Tendenz des Kapitalismus angeht. Bei der Alternative „Markt oder Staat" ist mit den jüngsten Haushaltsbeschlüssen der Bundesregierung zwar Keynes nicht völlig über Bord geworfen worden. Aber das Gewicht liegt derzeit deutlich bei „mehr Markt".

Die Bedeutung der Investitionen

„Zukunftsträchtige Investitionen" sind für die Wirtschaft der entscheidende Träger ausreichender Profite. Mit Befriedigung hat die Deutsche Bundesbank im Oktober in ihrem monatlichen Konjunkturbericht registriert, daß seit 1975 die Bruttoanlageinvestitionen nicht nur nominal anwachsen, sondern ihren Anteil am Bruttosozialprodukt steigern konnten:

– **allein im ersten Halbjahr 1980 um ein halbes Prozent auf 12,5%;**

– **seit 1975 sogar von 10,5% auf heute 12,5%** („FAZ", 16.10.).

Die Bundesbank ist zufrieden: *„Diese Verschiebung zu Lasten der konsumtiven Einkommensverwendung entspreche dem Erfordernis, von den verfügbaren realen Ressourcen einen größeren Teil als bisher für die Modernisierung und den weiteren Ausbau des Produktionsapparates zu verwenden"* (ebenda). In seinem Jahresbericht führt der Bundesverband Deutscher Banken die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen folgendermaßen aus:*„Hohe Investitionen seien notwendig, um die Energiefragen zu lösen, Produktivität und Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu steigern, die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und das Gleichgewicht in der Leistungsbilanz wiederherzustellen... Die Wirtschaft brauche für diese Investitionen angemessene Erträge und Finanzierungsmöglichkeiten. Das erfordere eine stärker absatzorientierte und nicht nachfragegestützte Wirtschaftspolitik"* („FAZ", 24.10.).

Hier liegt der Schlüssel, um die wirtschaftspolitischen Hintergründe der Auseinandersetzung zu verstehen: Profite lassen sich für die Großindu-

(„FAZ", 24.10.).

Hier liegt der Schlüssel, um die wirtschaftspolitischen Hintergründe der Auseinandersetzung zu verstehen: Profite lassen sich für die Großindu-
strie im Unterschied zu den Jahren ungebremsten Wachstums und stetigen Aufschwungs nicht mehr wesentlich über den Verbrauch und Ankurbelung der Konjunktur erzielen. Sie liegen im wesentlichen im Export und bei der Herstellung hochwertiger technologischer Güter; dazu aber sind entsprechende Investitionen und eine Steigerung der Intensität der Ausbeutung der Arbeitskraft notwendig, um wettbewerbsfähige Preise zu erzielen. Daher fordern die Kapitalisten eine Wirtschaftspolitik, die den investiven Sektor zu Lasten des konsumtiven fördert. Der Vergleich beispielsweise der prozentualen Anteile der Sozialleistungen am Bruttosozialprodukt, die absinken (und keinen Profit abwerfen), gegenüber den Bruttoanlageinvestitionen, die ansteigen, zeigt die von der Wirtschaft geforderte Tendenz auf.

Graf Lambsdorff hat die Zeichen der Zeit erkannt, wenn er für die Wirtschaftspolitik fordert, *„Investitionshemmnisse"* abzubauen, und dafür drei *„Stichworte"* nennt: *„Den Bau von Kernkraftwerken, die Einführung neuer Kommunikationstechniken und den frei finanzierten Wohnungsbau"*; dort, so Lambsdorff, lägen *„Milliardeninvestitionen auf Halde"* („FR", 24.10.). In ihrem Sparprogramm hat die Bundesregierung auch diese Forderungen der Wirtschaft nach „zukunftsträchtiger Produktion" berücksichtigt: Förder- und Forschungsprogramme für die *„Elektronik und Technologievermittlung"* haben Vorrang („FAZ", 22.10.). Bei einer solchen Politik werden nur die kapitalkräftige Großindustrie und spezialisierte Zweige der Wirtschaft die Nase vorn haben können. Das muß eindeutig zu Lasten der arbeitenden Menschen gehen.

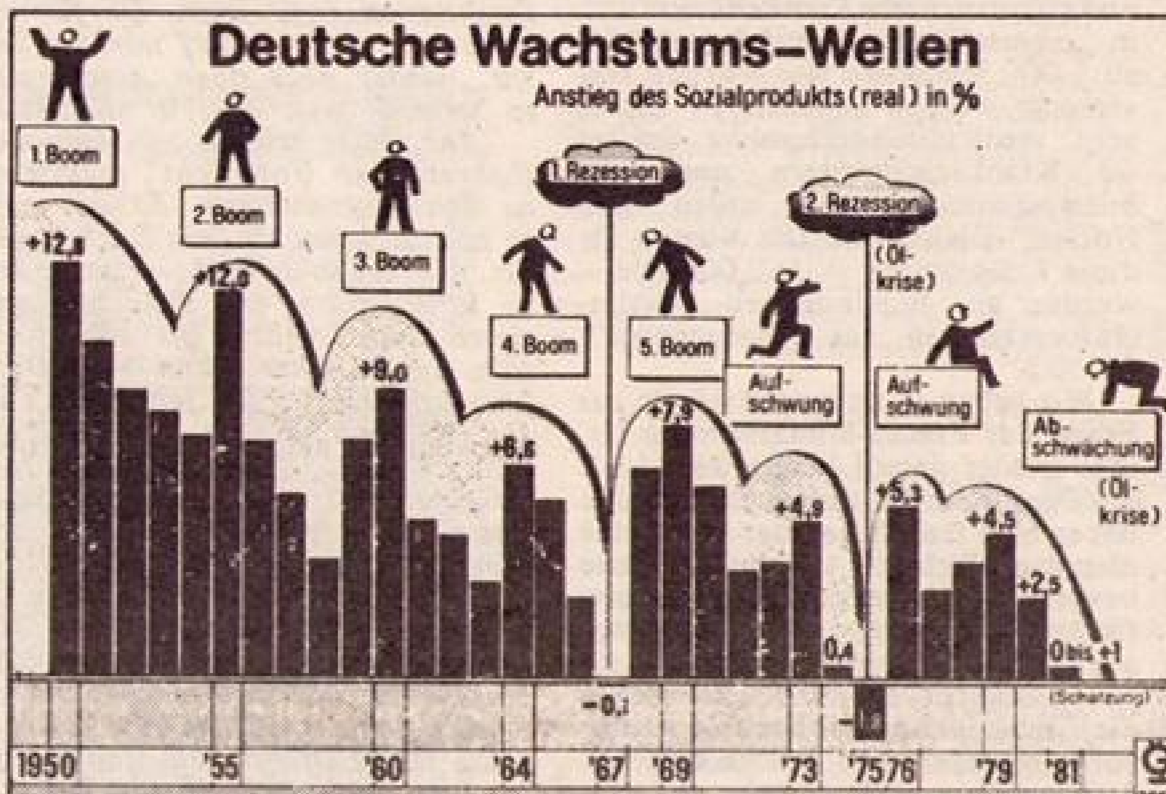
Zunehmende soziale Konflikte

Der Schwerpunkt der Angriffe richtet sich gegen die Arbeiterklasse. Um so wichtiger wird die Einbindung der Gewerkschaften in die von der Regierung eingeschlagene Politik. Sieht man von verbalen Kraftakten und dem speziellem Schlagabtausch Vetter/Loderer mit Lambsdorff ab, so hat die DGB-Spitze deutlich Anpassungsbereitschaft signalisiert. Am 30.10. tagte der Gewerkschaftsrat der SPD in Anwesenheit der Vorsitzenden Vetter (DGB), Loderer (IGM) und Kluncker (ÖTV). Nach diesem Treffen wurde bekanntgegeben, daß die Gewerkschaftsführer zufrieden waren mit der Zusicherung der SPD, *„daß an einschneidende Maßnahmen im Bereich der sozialen Sicherheit nicht gedacht sei"* (was muß da noch an Sparmaßnahmen passieren, ehe die Herren unzufrieden sind!). Sie hätten Einsicht gezeigt, daß Tarifabschlüsse *„nicht mehr auf dem Niveau der letzten Jahre"* (Lohnstillstand!) möglich seien, und sie hätten deutlich ihre *„gesamtwirtschaftliche Verantwortung"* betont. Die Kapitalisten haben natürlich auch die Zeichen der Zeit erkannt: *„Die Basis der Übereinstimmung ist heute schmäler. Das gesellschaftspolitische Konfliktpotential ist größer geworden"* (BDA-Geschäftsführer Erdmann in „Der Arbeitgeber", 24.10.). *„Einer solchen Gefahr vorzubeugen und durch rechtzeitige Informations- und Kontaktgespräche vermeidbaren sozialen Spannungen entgegenzuwirken, ist eine Plattform wie die Konzertierte Aktion zweifellos wünschenswert. Die*

rechtzeitige Informations- und Kontaktgespräche vermeidbaren sozialen Spannungen entgegenzuwirken, ist eine Plattform wie die Konzertierte Aktion zweifellos wünschenswert. Die
Titulierung ist hierbei absolut zweitrangig" (BDA-Präsident Esser in „Wirtschaft und Politik", 11/80). Lambsdorff hat für eine solche „Konzertierte Aktion" den Namen „Wirtschaftspolitische Gesprächsrunde" angeboten. Die DGB-Führer haben zugestimmt. Die Titulierung ist für die Gewerkschaftsführer deshalb wichtig, weil seit dem Austritt aus der „Konzertierten Aktion" vor drei Jahren eine Reihe Gewerkschaften Beschlüsse g e g e n diese Institution gefaßt haben.

Angesichts dieser Anpassung in der Krise und der Konzeptionslosigkeit der DGB-Führer, wie die Interessen ihrer Mitglieder weiterhin systemintegrierend zu vertreten sind, kommt den Auseinandersetzungen in der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften, auch den Diskussionen um Gegenstrategien, zunehmende Bedeutung zu.

Darüber hinaus werden erhebliche Widerstandspotentiale in der Bevölkerung durch die Sparbeschlüsse berührt: so die Anti-AKW-Bewegung, die sich mit beschleunigtem Ausbau des Atomprogramms konfrontiert sieht; die Mieterbewegung, die eine Antwort auf die zunehmende Wohnungsnot und Gegenwehr gegen Mietwucher finden muß. Vergessen werden sollten nicht die Studenten (siehe bildungspolitische Beschlüsse). Die Frauenbewegung wird mit dem totalen Reformstopp auf dem Gebiet der „Gleichstellung", mit der besonderen Betroffenheit der arbeitenden Frauen und den Versuchen, Frauen zur Bundeswehr einzuziehen, konfrontiert sein. Schließlich sind die verteidigungspolitischen Beschlüsse eine Herausforderung an die Anti-Kriegsbewegung in diesem Land. Schwer wird es werden, Widerstand gegen die Angriffe auf die Rentner zu entwickeln, die besonders hart von der Sparpolitik betroffen sind.



Die Grafik verdeutlicht das Absinken der Steigerung beim Wachstum. Die Wachstumsprognosen haben höher gelegen. Jetzt ist die Prognose von 4,5 % 1980 auf 2,5 revidiert. Für 1980 wird sogar Nullwachstum statt der angesetzten + 2,5 % erwartet.

Rechtsentwicklung und Sparmaßnahmen

Koalitionsverhandlungen zwischen SPD/FDP und ihre Ergebnisse

Von Reformen spricht in dieser Regierung kaum noch jemand. Positiv bleibt als mögliches Ergebnis der Koalitionsverhandlungen nur anzumerken, daß die FDP die Streichung des § 175 (Unterdrückung der Schwulen) fordert. Entschieden ist allerdings noch nichts. Ansonsten werden fast ausschließlich Maßnahmen verhandelt, die eine V e r s c h l e c h t e r u n g zum Gegenstand haben. Wir geben nachfolgend die wichtigsten Bereiche im Überblick wider und wollen jeweils die Bedeutung von Verhandlungsgegenstand und Ergebnis erläutern.

Verteidigungshaushalt

Eine Erhöhung des Etats von 3 % um 1,2 Mrd. DM ist geplant. Außenminister Genscher führt dabei sehr stark die Feder und liegt durchaus auf CDU-Linie und in Widerspruch zur „Moskau-Fraktion" der SPD. So weiß der „Spiegel" zu berichten, daß Genscher im Konflikt mit Brandt stehe. Dieser beharre nach wie vor auf seiner „Entspannungspolitik" und sei gegen einen Beitritt Spaniens zur NATO, da dieser von der Sowjetunion als eine weitere Bedrohung aufgefaßt würde. Genscher dagegen setzt sich für den NATO-Beitritt Spaniens ein („Spiegel", 13.10.). Der „Spiegel" (6.10.) berichtet außerdem von Berechnungen im Verteidigungsministerium, **nach denen in den nächsten vier Jahren zusätzlich 10 Milliarden DM benötigt werden,** zum einen durch Verteuerungen vorgesehener Waffensysteme, zum anderen durch Entscheidungen zum Ausbau der Waffensysteme für die neunziger Jahre.

Auch wenn nach außen hin immer noch von „Entspannung" gerede' wird, werden die Ausgaben von



Einschätzung geleitet, daß

– *„eine weitere Verschlechterung der Beziehungen zwischen den Großmächten USA und Sowjetunion,*
– *immer mehr politische und kriegerische Konflikte in der Dritten Welt,*
– *heftige Verteilungskämpfe zwischen Nord und Süd um eine neue Weltwirtschaftsordnung bevorstehen"* („Spiegel", 6.10.).

Zusätzlich bereitet sich das Verteidigungsministerium auf den „Pillenknick", der Mitte bis Ende der 80er Jahre zu erwarten ist, vor und plant die Verlängerung der Dienstzeit in der Bundeswehr auf 18 Monate sowie die Einziehung von Frauen zum „Bund" (ebenda).

Kernenergie

Die Forderung nach zügiger Verwirklichung des Kernenergieprogramms hat in den Stellungnahmen aller Kapitalistenverbände nach der Wahl absolute Priorität.

Lambsdorff hat diese sofort aufgenommen und den Baubeginn von jährlich 1 - 2 AKWs in die Verhandlungen aufgenommen. Das ist so aber nicht verabschiedet worden; stattdessen heißt es jetzt, daß der AKW-Bau *„fortschreiten"* soll. Daß dabei nicht gespart wird, beweist der Etat des Forschungsministeriums, das ebenfalls eine Reihe von Einsparungen vornehmen muß.

Ausgenommen sind davon allerdings die Mittel für den „Schnellen Brüter" und den „Hochtemperaturreaktor" (Welt, 1.11.). Die Entscheidungen sind eindeutig von den Interessen der Wirtschaft bestimmt, deren Berechnungen über steigenden Energieverbrauch längst widerlegt sind (u.a. in diesem Jahr: 3,5 % weniger Energieverbrauch, in NRW sogar fast 10 % weniger). Lambsdorffs Forderung nach 1 -2 AKWs pro Jahr deckt sich mit der Forderung des VEBA-Chefs Rudolf von Benningsen-Foerder: *„Der Beitrag der Kernenergie muß bis zum Jahre 2000 erheblich gesteigert werden. Das bedeutet den Bau von 30 Einheiten vom Kernkraftwerktyp Biblis"* („Stern", 30. 10.) - also: jährlich 1 1/2 AKWs!

Mitbestimmung

Lambsdorff hat deutlich erklärt: Über das Mitbestimmungsgesetz von '76 hinaus läuft nichts, die Montanmitbestimmung wird abgebaut. In den Koalitionsverhandlungen ist dieses Thema zunächst „ausgeklammert" worden.

Ladenschluss

Auch hier hat sich die FDP wieder zum Sprecher des Kapitals gemacht. Ministerin Funcke hat eine Initiative zur Abschaffung des geltenden Arbeitsschutzgesetzes und zur Ausdehnung der Ladenschlußzeiten ergriffen. Betroffene: die Beschäftigten im Einzelhandel. Bisher wurde hierüber nicht verhandelt.

„Anti-Terror-Gesetze"

Abgeschafft werden sollen die §§ 90a („Gewaltparagraph") und 130a („Anleitung zu Straftaten"). Nicht abgeschafft wird das berüchtigte „Kontaktsperregesetz"! – Baum „liberalisiert". Neu geschaffen werden soll ein längst überfälliges Gesetz, das den Import von Nazi-Schriften verbietet.

Lohnpolitik

Lambsdorff hat in seiner Konjunkturprognose maximal 3,5-4,5% brutto mehr für die Löhne veranschlagt. **Netto und unter Abzug der Steuererhöhungen und höherer Sozialbeiträge ist damit bei einer vorausgesagten Preissteigerung von knapp 4% eine Reallohnsenkung von 2-3% eingeplant.**

Übereinstimmend sprechen Kapitalisten und Regierung davon, daß die ursprünglich als „gemäßigt" angesehenen Lohnabschlüsse 1980 (durchschnittlich brutto + 6,7%) zu hoch waren. Dabei bedeuten diese 6,7% 1980 einen Nettolohnzuwachs von 4,5% und liegen damit mindestens 1% unter der Preissteigerung dieses Jahres. Die von den Kapitalisten auch beim Lohn geforderte Umverteilung seit 1974/75 schreitet damit voran: Reallohnsenkung 1976, 1980 und jetzt auch 1981.

Die Unternehmer selber legen dabei noch ein Stück zu: Die Metallkapitalisten wollen Lohnerhöhungen nicht über der erwarteten Produktivitätssteigerung von 2,5-3%. Eine neue Variante des Lohnabbaus wird derzeit im öffentlichen Dienst und in der Stahlindustrie ausprobiert: Matthöfer hat für den öffentlichen Dienst eine Verlängerung des laufenden Lohntarifs bis April (Verschiebung um drei Monate) vorgeschlagen; ein 5%-Abschluß würde dann aufs Jahr gerechnet nur 3,75% Erhöhung ausmachen. Die Stahlkapitalisten nutzen die Stahlkrise und das EG-Gerangel um die zu senkenden Produktionsquoten – in dessen Gefolge 8.000 Stahlarbeiter entlassen werden sollen –, um eine 6monatige Lohnpause zu fordern. Dieser Beschluß ist mit Zustimmung der gewerkschaftlichen Arbeitsdirektoren im Vorstand des Stahlunternehmerverbandes gefaßt worden. Die IG Metall hat über drei Wochen davon gewußt und sich erst ablehnend geäußert, als diese Überlegung nicht mehr zu verheimlichen war.

Arbeitszeitverkürzung

Arbeitszeitverkürzung

Übereinstimmung zwischen Regierung und Kapitalisten besteht, daß eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit ausgeschlossen wird. Von der FDP befehdet wird der Plan von Arbeitsminister Ehrenberg, die Arbeitszeitordnung zu ändern. Sie enthält immer noch die 48-Stunden-Woche als gesetzliche Höchstarbeitszeit, während Ehrenberg die 40-Stunden-Woche festschreiben wollte. Lambsdorff will sich offensichtlich die Möglichkeit einer Erhöhung der Wochenarbeitszeit offenhalten!

Steuerpolitik

Die gravierendste Maßnahme gegen die Lohnabhängigen bedeutet die Erhöhung der Mineralölsteuer. 7,9 Pfennig pro Liter Benzin (einschließlich der bisher ausgelassenen Mehrwertsteuer) und 3,4 Pfennig je Liter Diesel sollen 1981 ein Plus von 1,76 Mrd. DM und in den beiden folgenden Jahren jeweils 2,7 Mrd. DM mehr bringen.

Die Erhöhung der Branntweinsteuer (um 3,40 DM pro Liter) bringt 750 Mio. DM (in den beiden folgenden Jahren: 900 Mio bzw. 1 Mrd. DM).

Offen geblieben ist noch die Erhöhung der Tabaksteuer, die wegen der Umstellung der Automaten sowieso längerfristig geplant werden muß.

Rentenpolitik

Die Beiträge zur Rentenversicherung werden um 0,5% auf 18,5% erhöht. Rentner sollen von ihrer in der Regel eh' schon schmalen Rente zukünftig einen Beitrag zur Krankenversicherung zahlen.

Das große „Reformwerk" Rentenversicherung ist endgültig zu den Akten gelegt. 1984 wird endgültig darüber entschieden werden. Mit Sicherheit soll ein Verfahren der Rentenanpassung gewählt werden, das die Renten langsamer steigen läßt als die Einkommen der Arbeitenden. Verbesserungen wird es allein bei der Witwenrente geben, die bis 1984 nach einem Bundesverfassungsgerichtsurteil wegen der „Gleichstellung" von Mann und Frau angehoben werden muß. Allerdings werden SPD/FDP auch hier ihre Wahlversprechen für die Rentner nicht einhalten: Die bisherige 60%-Witwenrente soll nicht auf 70%, sondern ca. 65% erhöht werden.

Im Irrtum ist, wer glaubt, die 3-4 Mrd. DM mehr aus der Beitragserhöhung kämen den Rentnern zugute. Stattdessen findet im Bundeshaushalt eine Umschichtung statt: Die Mehreinnahmen fließen in die



Der Sozialdemokrat und ehemalige IG Metaller Hans Matthöfer: mit sozialdemokratischer "Noske-Mentalität " propagiert er massive Einsparungen für die Lohnabhängigen. Im Hintergrund: der gute Regierungsgeist der "freien Marktwirtschaft", Graf Lambsdorff.

Kassen der Bundesanstalt für Arbeit, deren Defizit damit zum Teil gedeckt wird. So vermeidet die Regierung eine zusätzliche Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

Für die Rentner bringen diese Beschlüsse unter dem Strich weniger!

Arbeitslosenpolitik

Das Defizit der Bundesanstalt für Arbeit wird mit 6,5 Mrd. DM veranschlagt (statt der ursprünglich prognostizierten 3,1 Mrd. DM). **Grundlage für die Berechnungen sind 1,1 Millionen Arbeitslose im** [illegible] **sind 1,1 Millionen Arbeitslose im Jahresdurchschnitt und 450.000 Kurzarbeiter. Verläuft die Konjunktur schlechter (was zu erwarten ist) steht mit Sicherheit die Erhöhung des Arbeitslosenbeitrages an.** Zusätzlich soll Geld bei der BfA gespart werden: bei den „arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen" (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) und bei der Verschärfung der Bedingungen für die Vergabe von Arbeitslosengeld und -hilfe.

Krankenversicherung

Die DAK hat bereits ab 1.1.81 eine Erhöhung der Versicherungsbeiträge von 11,2 auf 11,9% bekanntgegeben. Andere werden mit Sicherheit nachziehen; so ließ die AOK kürzlich veröffentlichen, daß sie zur Deckung ihrer Kosten Beiträge von 12,2% braucht (bisher 11,7%).

Wohnungsbau

Auch hier hat die Regierung nur Maßnahmen beschlossen, die dem weiteren Mietwucher auf dem Wohnungsmarkt Tür und Tor öffnen:

– Lambsdorff hat eine Lockerung des Mieterschutzes gefordert, damit *„dem Vermieter die Möglichkeit gegeben werde, wirtschaftlich begründete Mietanpassungen auch ohne umständliche bürokratische Verfahren durchzusetzen"* („FAZ", 24.10.). **Dies erfolgt jetzt über eine „Staffelmiete", d.h. Vermieter können gestaffelt bei Vertragsabschluß Mieterhöhungen für die kommenden Jahre vorprogrammieren, zusätzlich dazu bleibt ihnen die jeweils nach dem Mietrecht zu begründende Mieterhöhung!**

„Fehlbelegte Sozialwohnungen" sollen zukünftig je nach Einkommen über der gesetzlichen Grenze mit 0,50 -2,00 DM belegt werden. (bei 80 qm macht das monatlich zwischen 40 und 160 DM mehr Miete!). Diese angeblich „soziale" Maßnahme, die sich unverschämt als „gerecht" ausgibt, trifft natürlich keine reichen Leute, denn die wohnen nicht in Sozialwohnungen. Zusätzlich hat die Regierung angekündigt, *„die Mieten im sozialen Wohnungsbau an die Marktmieten heranzuführen"* („FAZ" 24.10.).

Die SPD war einstmals angetreten, die Abschreibungsmöglichkeiten für private Wohnungsbauer nach § 7b des Einkommenssteuergesetzes (eine profitable Einnahmequelle für Wohnungsbaukapitalisten) abzubauen. Auch dieser Versuch ist jetzt am Veto der FDP gescheitert.

Zusätzlich betroffen werden kleine Eigenheimbauer, deren Bausparprämie von 18 auf 14% gekürzt wird.

Bildungspolitik

Die Zuschüsse zum BAFÖG sollen für ein Jahr eingefroren werden. Die sogenannte Graduiertenförderung soll ersatzlos gestrichen werden. Sogenannter „Mißbrauch" beim BAFÖG soll schärfer verfolgt werden. Die rückzahlbaren Darlehen bei Stipendien sollen erhöht werden (bisher 20%).

Der Hockschulbau wird reduziert. **Drastische Auswirkungen auf die Lage der Studenten werden die Streichungen beim Studentenheimbau haben. 1981 sollen dabei 30 Mio.. chungen beim Studentenheimbau haben. 1981 sollen dabei 30 Mio., in den folgenden Jahren 60 Mio. DM eingespart werden. Da bleibt nur Hausbesetzung.**

Erhöhung der Bundesbahnpreise

Nicht aufführen können wir derzeit die Auswirkungen der Streichung von Subventionen. Was da noch zu erwarten ist, belegt das Vorgehen der Bundesbahn. Sie kündigte ab Mitte Januar eine Preiserhöhung von 8% an. Außerdem werde eine Erhöhung des Intercity-Zuschlages 2. Klasse von 3 auf 5 DM geprüft. Diese Erhöhungen, die Mehreinnahmen von 380 Mio. DM bringen sollen, werden u.a. mit der Streichung der Mineralölsteuersubvention für den öffentlichen Personennahverkehr (die sogenannte Gasöl-Betriebshilfe) begründet. Dadurch, so die Bahn, verliere sie 262 Mio. DM.

Die vollen Auswirkungen der Einsparungen auf die lohnabhängige Bevölkerung sind noch gar nicht abzusehen.

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als Förder-Abo jährlich 140, halbjährlich DM 70; Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,–; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 7.500

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Stellungnahmen zum Wahlausgang bei den Grünen

Bundesvorstand

Am Tag nach der Bundestagswahl hat der Bundesvorstand der Grünen eine erste Erklärung zum Wahlergebnis abgegeben:

„Zum Wahlausgang stellt der Bundesvorstand fest:

1. *Das Ergebnis der Bundestagswahl vom 5. Oktober 1980 blieb weit hinter den Erwartungen der GRÜNEN zurück.*
2. *Dies lag zum Teil an der Angst vieler Anhänger unserer Ziele, durch eine Stimmentscheidung für die GRÜNEN Franz Josef Strauß an die Macht zu bringen.*
3. *Einen Beleg dafür sieht der Bundesvorstand in dem deutlich besseren Erststimmenergebnis [731.210 gegenüber 568.265 Zweitstimmen].*
4. *Angesichts der extremen Polarisierung Strauß/Schmidt ist es den GRÜNEN nicht ausreichend gelungen, den Wählern ihre alternativen Inhalte zu vermitteln.*
5. *Dies lag zum Teil auch an unseren eigenen organisatorischen Mängeln*
6. *Erheblich beeinträchtigt in ihren Chancen wurden die GRÜNEN durch das Verhalten der Fernsehanstalten, die die GRÜNEN von sämtlichen Diskussionsrunden und Befragungen der Parteien ausschlossen.*
7. *Ermutigt zur verstärkten Weiterarbeit fühlen sich die GRÜNEN dadurch:*

— *daß sie trotz alledem viele Menschen mit ihren Argumenten ansprechen konnten*

— *daß sie ihre Organisation ausbauen, vor allem viele neue Mitglieder ge-*
vor allem viele neue Mitglieder ge-
winnen und neue Orts- und Kreisverbände gründen konnten

— *daß viele Zeitungen, vor allem auf regionaler Ebene, bemüht waren, objektiv über die Veranstaltungen der GRÜNEN zu berichten.*

DIE GRÜNEN befürchten, daß die im Bundestag vertretenen Parteien nun hemmungsloser als je zuvor die Politik des industriellen Wachstums, des Ausbaus der Atomenergie und der militärischen Aufrüstung betreiben. Dieser Fehldeutung des Wählerauftrags werden DIE GRÜNEN durch verstärkte Informationsarbeit und durch direkte Aktionen, vor allem auf lokaler und regionaler Ebene, entschieden entgegentreten.

DIE GRÜNEN fordern die Bürger der Bundesrepublik zum offenen gewaltfreien Widerstand gegen die lebensbedrohende Politik der Machtinstitutionen in diesem Lande auf".

(Wir zitieren die Erklärung in ganzer Länge, weil sich ihre wesentlichen Argumente auch in verschiedenen Verlautbarungen der Landesvorstände zum Wahlausgang wiederfinden.)

Aus den Reihen des Bundesvorstands gibt es noch zwei persönliche Stellungnahmen zur Wahlauswertung von Petra Kelly und Dieter Burgmann, beide veröffentlicht in der Zeitung „Die Grünen". Petra Kellys Artikel ist ein subjektiver Rückblick auf ihr Engagement im Wahlkampf, überschrieben „*Dank und Rückblick*" und endet mit dem Appell, „*befreit von den Sachzwängen der etablierten Parteien, ... eine Aktions- und Projektpartei (zu) werden*" — „*...im November kommt der Papst — auch das ist ein Anlaß aktiv zu sein ... also, 'ran an die Arbeit ... wir müssen gewaltfrei weiterkämpfen und den Kopf nicht hängenlassen.*"

Auch Dieter Burgmann („*Chance und Verantwortung*") schreibt viel über die Bedeutung der Arbeit an der Basis: „*Sie ist nicht eine Notlösung, sondern eine Notwendigkeit ...*" Aber auch der Parteiaufbau soll nicht vernachlässigt werden: „*Durch das Wahlergebnis haben wir die notwendige Zeit gewonnen, die innerparteilichen Voraussetzungen zu schaffen. Wir, das heißt die Partei, haben Zeit gewonnen — das ist unsere Chance! Wir müssen die Zeit nutzen — das ist unsere Verantwortung*". Die Vorstellung sei „*richtig, ... nach der Wahl ganz intensiv einzusteigen in diese Basisarbeit*". Damit solle auch der „*Gefahr*" entgegengetreten werden, „*daß ein abgehobener Parteiapparat entsteht, der um seiner selbst willen läuft*". Burgmann wirft dann „*auch mal ganz nüchtern*" die Frage auf, „*ob unsere Leute im Bundestag wirklich die vielen Hoffnungen hätten erfüllen können, die man an sie geknüpft hätte*". „*Ist unsere Partei schon soweit*", fragt Dieter Burgmann.

Ansonsten erhofft Burgmann eine „Reinigung" in den Reihen der Grünen: „*Wir werden vielleicht ein paar Leute verlieren, die nicht die notwendige Ausdauer und Zähigkeit haben ... Es werden (hoffentlich) auch jene die Grünen verlassen, die auf der Welle des Grünen Erfolgs sich hochtragen lassen wollten*". Die „*allermeisten*" aber würden „*weiterarbeiten*".

Auch Haußleiter betont in seinem Leitartikel in „Die Grünen" (vom 11.10.80) die grundsätzliche Mission der Grünen, bzw. hebt den außerparlamentarischen Kampf gegen Atomkraftwerke und Atomkrieg in den Vordergrund: „*Wir haben eine schwere Pflicht auf uns genommen; demgegenüber sind Wahltermine wie Kalenderblätter, die man zur Seite legt*".

Hamburger Landesvorstand

Die Erklärung des Hamburger Landesvorstandes zum Ausgang der Wahl enthält im wesentlichen die gleiche Bewertung wie die Bundesvorstandserklärung. Zum Abschneiden des eigenen Landesverbandes wird gesagt: „*Das Hamburger Ergebnis von 2,3% steht zwar deutlich über dem Bundesdurchschnitt, repräsentiert aber nicht im Entferntesten das Potential der ökologischen und radikaldemokratischen Kräfte in Hamburg*".

Die Bremer Grünen

Aus Bremen liegt uns zur Wahlauswertung lediglich ein Brief von Jo Müller an den Bundesvorstand vor, in dem er im Auftrag des Bremer Landesverbandes eine Vorverlegung der Bundeshauptausschußsitzung (geplant für den 29./30.11.) fordert. Zur Bundestags-
29./30.11.) fordert. Zur Bundestags-
wahl schreibt er in diesem Brief (ob als persönliche Meinung oder als Stellungnahme des Bremer Landesverbandes, wird nicht deutlich): „*Uns hat die Bundestagswahl deutlich gemacht, daß dieses Großunternehmen für uns eine Nummer zu groß ist, und viele aus unseren eigenen Reihen haben dem auch fremd gegenübergestanden ...*" (...) „*Als Konsequenzen sehe ich: — Weg von dem Bundesapparat* (wo die Freunde offensichtlich jetzt schon wieder von Termin zu Termin hetzen), *hin zu kleineren, lokalen Einheiten; — Weg von der 'Staatspolitik', die uneinlösbare Forderungen an die Gesetzgebung stellt, hin zu den Problemen in den kommunalen Strukturen; — Weg von dem Potpuri der programmatischen Anspruchsstapelei, hin zu der Lebenserfahrung von uns selbst und unserer Umgebung ...*"

Die Grünen in Niedersachsen

Der Landesvorstand der niedersächsischen Grünen hält „*unter den dargelegten Umständen*" (Schmidt/Strauß-Polarisierung, Gründung der Grünen Partei erst in diesem Jahr — Anm. AK) „*das erzielte Wahlergebnis als achtbar, auch wenn er sich ein besseres Ergebnis vorgestellt hatte.*" Die zweite Hälfte der Erklärung „Zur Bundestagswahl 1980" beschäftigt sich dann schon mit den nächsten Kommunal- und Landtagswahlen in Niedersachsen: „*Nunmehr kann das volle Augenmerk auf den soliden Weiteraufbau der Partei gerichtet werden. Gerade in Niedersachsen wird das Schwergewicht auf die Zusammenführung der ökologischen und sozialen Strömung durch einen inhaltlichen Klärungsprozeß und die organisatorische Festigung als Vorbereitung auf die Kommunalwahl 1981 mit ihren Problemen vor Ort gelegt. Ein gutes Abschneiden bei dieser Wahl wird dann eine ausgezeichnete Starthilfe für die Landtagswahl in Niedersachsen 1982 sein. Zudem ist der Landesverband finanziell gesund und personalpolitisch gut besetzt*". Eine weitere Erklärung haben die beiden Spitzenkandidaten Freya Scholing und Georg Otto herausgegeben, in der sie die „*Spaltungsversuche der Gruppe Dr. Gruhl / Springmann entschieden zurück*(weisen)". Sollte Gruhl „*eine konservativ geprägte zweite grüne Partei aufbauen wollen, so muß er auch mit dem Widerstand zahlreicher konservativer Grüner rechnen, die gemeinsam mit liberalen und sozialistischen Umweltschützern diesen Wahlkampf getragen haben und DIE GRÜNEN zu einer die alten politischen Gegensätze von konservativ, liberal, sozialistisch überwindenden politischen Gemeinschaft entwickeln wollen.*

NRW

Der Landesverband NRW resümiert in seinem Mitglieder-Rundbrief vom „6. Oktober, ein Tag nach der Bundestagswahl": „*Das Wahlergebnis vom 5. Oktober hat unser Arbeitsfeld größer gemacht*" und folgert „*es kommt jetzt darauf an, unsere inhaltliche Arbeit so zu gestalten, daß wir zu einer überzeugenden lebendigen Außerparlamentarischen Opposition werden.*"

Baden-Württemberg

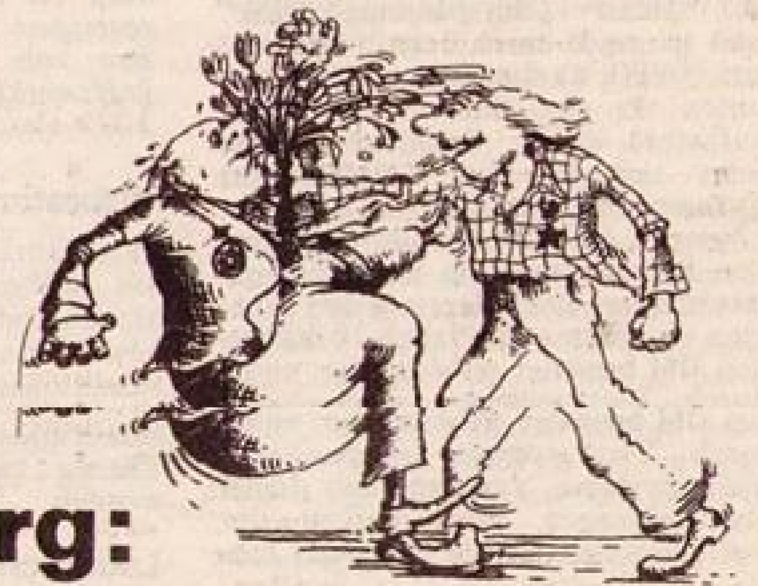
Auch der baden-württembergische Landesvorstand äußert sich enttäuscht über das Wahlergebnis, ohne allerdings auf das besonders niederschmetternde Ergebnis des eigenen Landesverbandes (1,8% gegenüber 5,3% bei der Landtagswahl im März) einzugehen. Zur weiteren Arbeit der Grünen heißt es in der Vorstandserklärung vom 6.10.: „*Der baden-württembergische Landesverband ist bis heute den Weg großer Duldsamkeit und zielstrebiger Zusammenarbeit gegangen. Dem verdanken wir unsere politischen Erfolge, die durch die lange Reihe grüner Mandatsträger in den Gemeinderäten, Kreistagen und im Landtag von Baden-Württemberg dokumentiert werden. Diese Stärke der Grünen im Südwesten der Bundesrepublik ist ungebrochen. Sie bleibt aber nur erhalten, wenn wir uns nicht hineinziehen lassen in die Verirrungen rückschrittlicher Links-Rechts-Feindbilder*".

Wolf-Dieter Hasenclever schreibt in einer persönlichen Erklärung von einem „*noch schlechtere(n) Ergebnis ..., als die meisten erwartet haben*". Aber: „*Ich halte eine erfolgreiche Zukunft der Grünen dennoch für möglich. Voraussetzung: Wir sind bereit, gründ-*
Voraussetzung: Wir sind bereit, gründ-
lich aus der Lektion zu lernen, die uns der Wähler (vielleicht gar nicht zu Unrecht) *verpaßt hat.*" Die Lehren, die Hasenclever gezogen sehen möchte: „*Wichtig ist vor allem die Stärkung der ökologisch-demokratischen Mitte. Ein Sammelbecken für 'irgendwie' Unzufriedene und extremistisch Gesinnte können wir nicht erfolgreich sein ... Wir werden jedenfalls auch vom Landtag her versuchen, durch praktische Beispiele eine solche Politik anzudeuten. Von Bedeutung dürfte auch eine wissenschaftlich abgesicherte Verankerung unserer Programme werden*". Darüberhinaus grenzt Hasenclever sich von „*politischen Partei-Absplitterungen*" in der Grünen Föderation ab und kritisiert Gruhls Ausführungen über die „Verfassungsfeindlichkeit" des Saarbrücker Programms. Ähnlich äußern sich auch zwei baden-württembergische Mitglieder des Bundeshauptausschusses (darunter Ali Schmeißner) und fünf Landesvorstandsmitglieder (u.a. Christine Muscheler und Ulli Trost) in einer „Stellungnahme zur Presseerklärung der 'Grünen Föderation' vom 6.10. 80" — „*Eine Spaltung der Grünen in verfassungskonforme und grundgesetzwidrige Grüne müssen wir entschieden ablehnen*", heißt es da und: „*Eine Mehrheit in der 'Grünen Föderation' müssen wir unter diesen Umständen auf's entschiedenste ablehnen*". Die Unterzeichner verweisen ausdrücklich auf den einstimmig beschlossenen „Appell zur Einheit der Partei" (Landesvorstandserklärung, s.o.).

Perspektive: *»Besinnung auf das Wesentliche, Dezentralisierung, Verwissenschaftlichung«*

Der Bundesvorstand hat — allem Anschein nach einstimmig — auf seiner Sitzung am 6.10. Vorschläge für die weitere programmatische Arbeit der Grünen beschlossen, die er selbst mit den Begriffen „*Besinnung auf das Wesentliche*", „*Dezentralisierung*" und „*Verwissenschaftlichung*" kennzeichnet. Im Rundbrief (Verfasser Helmut Lippelt im Auftrag des Bundesvorstandes) heißt es dazu: „*Die Politik der Grünen wird sich jetzt dahin zurückverlagern, wo sie hingehört: in die Regionen (...) Der Vorstand war sich darüber einig, daß wir nicht wieder in eine bundesweite Programmarbeit derselben Art wie gehabt eintreten sollten. Geleistet werden muß vielmehr eine vertiefende inhaltliche Arbeit, begleitet durch kritische Wissenschaftler, die uns durchaus zur Verfügung stehen, die aber getragen werden sollten von den Ländern*". Ähnlich in der Beschlußvorlage des Bundesvorstandes für die Bundeshauptausschußsitzung am 29./30.11.: Die Programmarbeit müsse „*von den Ländern und ihren Bedürfnissen her in Öko-Seminaren und Fachkonferenzen geleistet werden*". (Diese „Dezentralisierung" der Programmarbeit war übrigens schon am 1.7. dieses Jahres vom bayerischen Landesverband unter dem Stichwort „*Programmautonomie der Landesparteien*" gefordert worden, um die „*vertikale Zerreißprobe der Bundespartei DIE GRÜNEN*" zu vermeiden und „*mit einer entsprechenden Strukturreform der Bundespartei* (...) *die Einheit in der Vielfalt der Landesprogrammbedürfnisse besser verwirklicht* zu sehen). Zurück zur Beschlußvorlage des Bundesvorstandes: „*Solches Vorgehen* („dezentrale" Programmarbeit — Anm. AK) müßte „*gerade nach dem Stürmen der Programmarbeit der Vergangenheit — sein Gegengewicht finden in einer Besinnung auf das Wesentliche unserer Arbeit. Das könnte geleistet werden in einer Diskussion der 'Perspektiven ökologischer Politik'.* (...) *Der Vorstand ist der Meinung, daß es wenig sinnvoll wäre, das Saarbrücker Programm weiter textlich aufzuarbeiten. Die Programmarbeit sollte sich nach v o r n an den nächsten Aufgaben orientieren, nicht nach hinten. Saarbrücken und Dortmund bleiben historische Bezugspunkte unserer Arbeit in aller ihrer Widersprüchlichkeit. Hierzu wäre jedoch ein Votum des Bundeshauptausschusses nötig*".

Der nächste Bundeshauptausschuß soll also darüber beschließen, daß an dem Saarbrückener Programm die Diskussion in der Partei nicht weitergeführt, sondern die weitere Programmarbeit in sogenannte Wissenschaftler-Gremien geschoben wird. Wer das nun sein soll, der hier stellvertretend für die Partei die inhaltliche Arbeit vorantreibt, wird nicht benannt; Lippelt spricht lediglich von „*kritischen Wissenschaftlern, die uns durchaus zur Verfügung stehen*". Ihren Anspruch haben derzeit auch schon die „Wissenschaftler" des Achberger Kreises angemeldet: In einem Brief, in dem sie auch ihren Rücktritt von Parteiämtern bei den Grünen erklären wollen, bekunden sie gleichzeitig auch ihre Bereitschaft, in einem zu schaffenden „*Organ der geistigen Funktion*" mitzuwirken.



Hamburg: »Die Grüne Partei muß l i n k s sein«

Unter das Motto **"Die Grüne Partei muß links sein, oder sie wird gar nicht mehr sein"** (J.Reents) hat die "Gruppe Z" in Hamburg ihre Wahlkampfauswertung gestellt. (Zitate im folgenden aus dem Hamburger Grünen-Info, Nr.2)

Ingo Borsum, Presseverantwortlicher der "Z", liest in seinem Beitrag erst einmal *"allen Bekannten von der 'grün-schwarzen' Front"* gehörig die Leviten: Gruhl, Springmann, Dinné (*"Hospitant bei der CDU", "Blockwart Dinné"*). Aber auch die *"ehemaligen"* Grünen, die *"in den letzten Wahlkampfwochen unter Mütterchen Sozialdemokratie'sgroßen stinkenden Faltenrock gekrochen"* seien (Heinz Brandt und der zurückgetretene Hamburger Landeslistenkandidat Kynast) kriegen ihr Fett ab. Man werde in der Grünen Partei schon einsehen, *"daß die Trennung einiger ex-Grüner Größen unvermeidlich, weil programmatisch nicht unter einen Hut zu bekommen, war"*.

Aber auch für den verbliebenen Rest der Grünen Partei scheint Ingo noch Spaltung vorauszusehen: *„....Es liegt also eine Zeit verstärkter inhaltlicher Klärungsprozesse vor uns*, die eventuell auch zu w e i t e r e n personellen Veränderungen führen kann".

"Als unmittelbare Aufgaben für die weitere Profilierung und politische Standortbestimmung" der Grünen Partei nennt Ingo:

1. "aktive und offensive" Friedenspolitik.
2. "Kampf gegen den Neofaschismus". *"Wer in diesem Land den Antifaschismus nicht zum e n t s c h e i d e n d e n Punkt seiner alternativen Programmatik macht, der macht sich nicht nur moralisch schuldig an den vielen Opfern des Faschismus und jetzt Neofaschismus, sondern der wird auch bald jede Glaubwürdigkeit für d i e Menschen verlieren, die aus dem Nazireich gelernt haben und unter Alternativ nicht nur Bedrohungen ökologischer Art verstehen"*.
3. Stärkere Orientierung auf die Arbeiterbewegung, politische und "psychologische" (?) *"Verbindung der Grünen Partei mit gewerkschaftsoppositionellen Kreisen"." Hier haben die 'Grünschwarzen' schon reichlich Porzellan zerdeppert. Wo sollen schließlich die Kollegen den Unterschied zwischen Gruhls 'Nullwachstum' und dem der Frau Thatcher aus England erkennen?"*.

Im Unterschied zu Ingo Borsum, der nur gegen die R e c h t e n vom Leder zieht, schlägt Jürgen Reents (Pressesprecher der Hamburger Grünen im Wahlkampf) auch wohltuend s e l b s t kritische Töne an: So gibt er – im Gegensatz zur bisherigen "Z"-Doktrin – zu, daß die Grüne Partei *"als politische Organisation"* bisher kaum in den wesentlichen politischen und sozialen Bewegungen sichtbar sei. Die Skepsis erheblicher Teile der Linken, von Basisinitiativen usw. gegenüber der Grünen Partei müsse a u c h unter diesem Aspekt gesehen werden. Zu recht verweist Jürgen in diesem Zusammenhang darauf, daß *"vieles an dieser Skepsis und Ablehnung zu d e m Zeitpunkt zugenommen (oder sich neu angehäuft) hat, als die Grünen daran gegangen sind –in Dortmund–, neue Ungewißheiten und Zweideutigkeiten zu schaffen"*.

Sehr selbstkritisch befaßt Jürgen sich im Detail mit der Politik der Hamburger Grünen im Zusammenhang der Anti-Strauß-Aktionen vom 25.8.80. (Die Grünen hatten als e i n z i g e relevante linke Gruppierung nicht an den Anti-Strauß-Aktionen teilgenommen, sondern hatten zu einer "Fahrrad-Demo" –mit wenigen Dutzend Teilnehmern – aufgerufen). *"Die p r a k t i s c h e Teilnahme der Grünen an der Mobilisierung gegen den polizeiverschuldeten Tod von Olaf Ritzmann war beschämend, und die Unterstützung und Verbreitung der Aufklärungsarbeit darüber ebenso"*. Als eine der Ursachen für diese Haltung der Hamburger Grünen sieht Jürgen *"fatale Denkverirrungen"*, nämlich die These, *"die Verantwortung für Olafs Tod sei wesentlich in der 'Harakiri-Taktik' des KB zu suchen"."In solchen Punkten"* seien "die realen Bruchstellen zur außerparlamentarischen Bewegung, zur konsequent radikaldemokratischen Opposition deutlich geworden".

Konkret schlägt Jürgen vor, daß sich die Hamburger Grünen an dem bestehenden 'Antifaschistischen Informationsbulletin' beteiligen sollten: *"Nicht nur in Form einer Resolution, sondern praktisch und in der Bescheidenheit der Voraussetzungen, die so mager erst bei den Grünen vorhanden sind"*. Außerdem sei es notwendig (*"als allerersten und allermindestes"*), die in Dortmund mit übergroßer Mehrheit angenommene, dann aber wieder zugekleisterte Antifa-Resolution der Grünen Partei an die breite Öffentlichkeit zu holen und zur Grundlage praktischer Tätigkeit der Gesamtpartei zu machen.

Schleswig-Holstein: »Gruppe Z« unter Beschuß

Der Landesverband Schleswig-Holstein ist neben Hamburg die zweite Hochburg der vom KB abgespaltenen „Gruppe Z" in der Grünen Partei. Durch die Massenaustritte rechter Grüner um Springmann, Maaßen, Buhk u.a. hat sich der Einfluß der „Gruppe Z" relativ noch verstärkt. Andererseits waren schon vor der Bundestagswahl starke Gegenkräfte um **Dieter Plagemann** deutlich geworden; Plagemann steht dem **BUS** (Bund Unorganisierter Sozialdemokraten) nahe, einer Fraktion innerhalb der Grünen Partei, die sich die Bekämpfung der „Gruppe Z" zur Aufgabe gemacht hat.

Kaum das die Wahl vorbei war, wendete sich diese Gruppe mit einem Brief (datiert 15.10.) an den Bundesvorstand der Grünen Partei, um diesen zu einer sofortigen Intervention gegen die „Gruppe Z" zur Hilfe zu rufen. Dem Brief war allerlei „Belastungsmaterial" beigefügt. Unterschrieben war der Hilferuf von **Anke Burmester, Michael Gaertner, Karl Greiner, und Hans-Werner Madaus** — alle vier sind Mitglieder des Landesvorstands! Dem Hilferuf und den Anklagen gegen die „Gruppe Z" kommt also einiges Gewicht zu.

Inhaltlich hingegen gehört das ganze Unternehmen eher in die Fliegengewichts-Klasse. Da wird lediglich Klage geführt, daß die „Gruppe Z" nicht bereit sei, *„ihre Strukturen — zumindest für GRÜNE — zu öffnen"* und das die Gruppe eigene, über die grüne Problematik hinausgehende Ziele vertrete. Der etwas mysteriöse erste Anklagepunkt wird erläutert durch einen beiliegenden „Erfahrungsbericht" von Anke Burmester, in dem sie ihren rein provokatorischen Versuch schildert, Mitglied der „Gruppe Z" zu werden. Empört berichtet sie, daß ihr die Teilnahme an Zellentreffen der „Gruppe Z" verweigert worden sei, was doch Beweis dafür sei, daß die „Gruppe Z" überhaupt nicht basisdemokratisch sei. Vielmehr handele es sich um *„eine geschlossen auftretende, auf bestimmte Inhalte und Verhaltensweisen vereinheitlichte (und somit den Pluralismus stark einschränkende) kadermäßig aufgebaute Geheimorganisation."* Es sei unträglich, schreibt Anke Burmester, daß *„man als grünes Mitglied nicht einfach bei der Z mitarbeiten kann, sondern, „daß die Z es sich vorbehält, darüber zu entscheiden, wer zugelassen wird und wer nicht'"*. Undemokratisch sei es auch, daß bei der „Gruppe Z" *„geschlossen/geheim getagt wird"*.

Fazit der vier Unterzeichner des Hilferufs an den Bundesvorstand: *„Wir sehen uns nicht länger in der Lage, gemeinsame Arbeit zum Beispiel im Landesvorstand zu leisten, wenn nicht eine Öffnung der Strukturen und eine vollständige Offenlegung der Inhalte der ‚Z' stattfindet und sich bei dieser Offenlegung nicht klar zu unseren 4 ‚Säulen' bekannt wird. Wir haben uns während des Bundestagswahlkampfes mit unseren Bedenken zurückgehalten und den Wahlkampf aktiv mit unterstützt. Aber jetzt ist es an der Zeit, daß auch ihr Euch im Bundesvorstand einmal mit diesen Problemen auseinandersetzt. Wir bitten Euch dringend, Eure Zurückhaltung aufzugeben und dieses Thema baldmöglichst zu behandeln.*

Wir möchten Euch um konkrete Stellungnahme und um eine Aufforderung an die „Z" bitten, worin die Forderung nach einer Öffnung der „Z" klar zum Ausdruck kommt".

Das heißt, die „Gruppe Z" soll per Bundesvorstandsbeschluß gezwungen werden, gegen ihren Willen Lauscher aus anderen Fraktionen der Grünen Partei zu allen ihren Sitzungen zuzulassen. Es ist schwer vorstellbar, daß der Bundesvorstand sich auf ein so offenkundig provokatorisches und wirrköpfiges Ansinnen einlassen wird. Andererseits könnte die in dem Hilferuf klar ausgesprochene Drohung, widrigenfalls in Schleswig-Holstein die Brocken hinzuwerfen und damit das Spektrum der Grünen Partei noch weiter zu reduzieren, eine ganz wirksame Erpressung sein.

Positiv hat inzwischen der Landesvorstand Saar der Grünen Partei auf den Hilferuf aus dem hohen Norden reagiert: Unter Hinweis auf die Anklageschrift der vier schleswig-holsteinischen Landesvorständler wird die Einleitung eines Parteiverfahrens zwecks Ausschluß der „Gruppe Z" aus der Grünen Partei gefordert, da diese undemokratisch sei und sich zu einer „Partei in der Partei" entwickelt habe.

Spätestens bei diesem formalen Ausschlußantrag, der durch den Vorstoß aus Schleswig-Holstein geradezu provoziert wurde, ist an einem Vorfall zu erinnern, der sich vor ein paar Monaten zutrug: Damals gab es in einem Kreisverband der Grünen in Schleswig-Holstein Diskussionen um die Mitgliedschaft eines Aktivisten der rechtsradikalen „Solidaristen". **Dieter Plagemann und Anke Burmester warfen sich damals dafür in die Bresche, daß dieser Mensch selbstverständlich Mitglied der Grünen Partei bleiben dürfe.** Jetzt aber fordern sie, daß *„die Frage nach einer sinnvollen Mitarbeit der Z-Fraktion bei den GRÜNEN gestellt werden"* müsse (Plagemann im Mitgliederrundbrief Nr. 5, S. 25) bzw. daß alle, die sich „zur Z-Position bekennen", so *„ehrlich und fair"* sein sollten, *„die politischen Konsequenzen zu ziehen"* — nämlich freiwillig aus der Grünen Partei auszutreten (Burmester, ebenda, S. 28).

Ideologisch verbrämt wird diese Hexenjagd gegen die „Gruppe Z" mit dem schönklingenden Schwindel-Etikett **„Ökologischer Sozialismus"**. Darunter versteht Plagemann die Gruhl'sche Philosophie, daß *„weiteres quantitatives Wirtschaftswachstum in den Industrieländern...gefährlich und unmoralisch"* sei. Stattdessen: *„Wir Reichen in den Industrieländern müssen etwas abgeben von dem begrenzten Kuchen des Wohlstands an die Armen in den Ländern der 3. Welt"*. Dabei soll auch der Lebensstandard der Arbeiter „deutlich" gesenkt werden, um die *„materielle Gleichstellung aller Menschen"* zu erreichen (ebenda). Da „Sozialist" Plagemann nirgendwo von der entscheidenden Voraussetzung spricht, die eine solche Umverteilung überhaupt nur sinnvoll und fortschrittlich machen könnte — nämlich sozialistischen Revolutionen in den wichtigsten imperialistischen Ländern — scheint er seine Verzichtspolitik offenbar auf kapitalistischer Grundlage anzustreben. Solange die herrschenden Verhältnisse aber so bleiben, wie sie sind, würde z.B. die von Plagemann geforderte forcierte „Entwicklungshilfe" (auf Kosten des Lebensstandards der Bevölkerung hierzulande) nur zu einer stärkeren Unterwerfung der 3. Welt unter die imperialistischen Kapitalsinteressen führen. — Ja, es ist schon doll, was heute alles unter dem Stichwort „Sozialismus" angeboten wird!...

Herbert Gruhl und »das alternative Luftschloß«

In einem Papier — „Das alternative Luftschloß" (vom 29.9.80) führt Herbert Gruhl den *„Nachweis"*, daß das Saarbrücker Programm (mit Ausnahme des Teils „Umwelt und Natur") *„keine realistische Antwort; für den ökologisch Denkenden nicht vertretbar; in sich widersprüchlich; und mit dem Grundgesetz nicht vereinbar"* sei.

Wenn die Grünen Rente ab 55 Jahren, eine längere Ausbildung, Verlängerung des Urlaubs und Bildungsurlaubs, die Freistellung eines Elternteils bei Geburt eines Kindes und die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich fordern, so würde nach seiner Rechnung nur noch knapp über 60 % der bisherigen Arbeit geleistet.

Das könnte nur mit einer *„neuen unvorstellbaren Rationalisierungswelle"*, d.h. entsprechender „unvorstellbarer" Erhöhung des Energie- und Rohstoffeinsatzes (wenn menschliche Arbeit durch Maschinen ersetzt wird) erreicht werden.

Zusätzlich fordere außerdem das Saarbrücker Programm für die „Dritte Welt" *„gerechte Preise"* und *„Abzweigung eines wesentlich höheren Anteils des Bruttosozialproduktes der Industrieländer an die Völker der 'Dritten Welt'"*. D.h. die Grünen würden nach Gruhl die *„doppelte Leistung der Volkswirtschaft"* versprechen, *„ohne zu sagen, wie diese zu erreichen ist"*. Da nützt es auch nichts, auf den Verteidigungshaushalt und die Unternehmer-Gewinne zu verweisen. Die Aktiengesellschaften hätten 1976 8,6 Mrd. DM an Gewinn angegeben und die 40 Milliarden aus dem Verteidigungsetat würden da just für die Energieimporte (70 Mrd. DM) reichen. Zudem brauche ja die Wirtschaft weiterhin ihre Investitionen für die *„Förderung der Alternativenergien, neuer Verkehrssysteme"* und für *„eine ökologische Landwirtschaft"*.

Gruhl geht allerdings hier nicht soweit (wie in seinem Buch „Ein Planet wird geplündert"), diese Forderungen rundheraus und offen abzulehnen, sondern es ist offensichtlich „widersprüchlich", bzw. „unvertretbar" für Ökologen, soziale Verbesserungen zu fordern. Außerdem würde — so Gruhl — dies Programm der Forderung nach Dezentralisierung der Wirtschaft entgegenlaufen, höhere soziale Forderungen seien *„geeignet, gerade die kleinen Betriebe kaputtzumachen."*

Das Grüne Saarbrücker Programm sei nur mit der Änderung der Gesellschaft in der BRD zu verwirklichen, sagt Gruhl; aber ein *„Umsturz und die Beseitigung des Grundgesetzes wäre in absehbarer Zeit nur mit Gewalt möglich"*, wo doch die Grünen sich zur Gewaltfreiheit bekannt hätten. Ergo — so Gruhl — *„kann es nicht das Ziel sein, das System zu ändern"*, man müsse für die *„Einführung besserer Gesetze mit Hilfe dieser und jener anderen Partei"* in der BRD sorgen (gemeint sind CDU/CSU, SPD und FDP). Als Beispiele für seine Besorgnis über die *„umstürzlerischen"* Anwandlungen der Grünen nennt Gruhl die Forderung nach *„Wirtschafts- und Sozialräten ... auf allen Ebenen"*, den Kampf gegen die *„Überbürokratisierung"* u.a. mit dem „rotierenden System"; die Forderung nach einer „Beauftragten für Frauenfragen", einem „Patientenombudsmann in Städten und Kreisen". „Öffentliche Einrichtungen aller Art" (Frauenhäuser, Kinderhäuser etc.) würden gefordert, während von „einer menschlichen organischen Grundzelle", nämlich der Familie, nur in einem „negativen Satz" was zu finden sei.

Für Gruhl liegen nach Erich Fromm „die Wurzeln des Nationalismus und des Rassenhasses, sich selbst und andere nicht als freie menschliche Wesen zu begreifen" in folgendem: *„Der Stamm, die Nation, die Rasse, der Staat, die Gesellschaftsklasse und viele andere Formen von Institutionen und Organisationen"* würden *„den Platz der Familie"* einnehmen.

So solle man die Probleme nicht auf öffentliche Einrichtungen „abwälzen", sondern auf „kleine menschliche Kreise" ... zurückführen. Gruhl argwöhnt, daß für *„gewisse Grüne" „unser Volk nur noch aus Gescheiterten"* bestehe.

Auch die Abtreibung auf Krankenschein ist für Gruhl überhaupt nicht verwirklichbar, da der Schutz des Lebens ein Grundrecht (ohne Änderungsmöglichkeit) sei.

Wenn in einem Anti-Diskriminierungsgesetz für die Frauen das Recht gefordert würde, klagen zu dürfen, wenn sich Frauen diskriminiert fühlen, so sei das *„genau die Methode aller Unrechtsstaaten: dem Angeklagten braucht nicht seine Schuld nachgewiesen zu werden, er hat seine Unschuld zu beweisen"*.

Weiter: Man könne nicht fordern, daß *„unsere ausländischen Mitbürger wirksam vor faschistischen und anderen Terrororganisationen geschützt werden müssen"*, wenn man andererseits die „Anti-Terroristen-Gesetzgebung" aufgehoben wissen wolle.

Gruhl hat bei vielen Passagen des Saarbrückener Programms *„den Eindruck, daß ein Deutscher zu einer sozialen Randgruppe gehören muß, um auch gewisse Recht beanspruchen zu dürfen"* und schon die Schüler sollen auf den Klassenkampf vorbereitet werden. Denn das Saarbrückener Programm fordert, daß der Unterricht Schüler in die Lage versetzen soll, „gesellschaftlich und individuellen Konflikten zugrundeliegenden Interessen zu durchschauen". Und Schüler sollen lernen, ihren Forderungen „durch gemeinsames Handeln Nachdruck zu verleihen". Gruhl bezeichnet seine Stellungnahme als „unvollständig", z.B. fehle die Untersuchung des Friedensprogramm (Motto nach Erich Fromm: „Habgier und Frieden schließen einander aus"). Doch das Urteil ist klar: *„Klassenkampfideologien und materialistische Forderungen"* würde *„weite Teile des jetzigen Programms"* und sogar die Wahlplattform bestimmen. Ein *„schlüssiges ökologisches Programm"* könne nur mit Änderung der *„grundsätzlichen menschlichen Einstellung"* formuliert werden (Verzichtsideologie). *„Nach allem, was wir hinter uns haben, ist es zunächst nötig, Klarheit und Glaubhaftigkeit in den eigenen Reihen wiederzugewinnen, bevor wir wieder vor die Wähler treten"*.

Es bleibt zu hoffen, daß Gruhl sich an dieses Versprechen hält und nicht mehr zu Wahlen antritt.

»...wir glauben nicht, daß man parlamentarisch etwas erreichen kann...«

Interview mit Oswald Metzger
(Abgeordneter der Unabhängigen Liste,
Bad Schussenried in Baden-Württemberg)

Wenn von alternativen und bunten Listen gesprochen wird, wird vor allen Dingen an Westberlin, Hamburg, Münster, Bielefeld, Köln und einige Orte in Niedersachsen gedacht. Ziemlich unbemerkt davon haben Listen gleichen Charakters in Baden-Württemberg erhebliche Erfolge erzielt. Und das nach dem Abschneiden der GRÜNEN um Hasenclever bei der Landtagswahl:
Erfolge wurden von bunten und alternativen Listen in diversen Kleinstädten erzielt, wie z.B. von der ALTERNATIVEN LISTE in Bietigheim-Besigheim (3,2% und 1 Sitz); MÜRRHARDER DEMOKRATEN/ALTERNATIVE LISTE (13% und 3 Sitze); UNABHÄNGIGE LISTE Bad Schussenried (12,3% und 3 Sitze); alle drei Listen entstanden aus Jugendzentrumsbewegungen.
ALTERNATIVE LISTE Bad Buchau (9% und 1 Sitz); UNABHÄNGIGE LISTE Zell (3,8% und 1 Sitz).
In größeren Städten wie Tübingen — wo Hasenclever herkommt — errreichte die ALTERNATIVE GRÜNE LISTE 11,5% und sieben Sitze; ALTERNATIVE GRÜNE LISTE Esslingen(4,8% und zwei Sitze); Karlsruhe 4,4% und zwei Sitze. BUNTE LISTE Freiburg 2,4% und zwei Sitze. „Parteifreies Bündnis Eugen Eberle" in Stuttgart (2,3% und 1 Sitz); BUNDSCHUH LISTE in Boxberg 10% und eine reine Frauenliste in Ellwangen 10% und 2 Sitze.
In Baden Württemberg gibt es für BRD-Verhältnisse ein einmaliges Wahlsystem, das in besonders starkem Maße das Persönlichkeitswahlrecht hervorhebt und keine 5% Klausel bei Kommunalwahlen (wie in einigen anderen Bundesländern) kennt. Deswegen auch die Sitze bei Ergebnissen unter 5%.
Mit einer dieser Listen, der UNABHÄNGIGEN LISTE Bad Schussenried bzw. mit einem ihrer Abgeordneten haben wir das folgende Interview gemacht.
Wir wollen damit nach ein- bzw. zweijähriger Erfahrung vieler Listen mit der Parlamentsarbeit neben dem im November vorgesehene Kongreß zu kommunalpolitischen Fragen in Bielefeld eine Reihe von Interviews mit alternativen Parlamentariern veröffentlichen und damit einen Beitrag zur Aufarbeitung der Erfahrungen leisten.

AK: Du bist Abgeordneter der unabhängigen Liste Bad Schussenried, und an ihrer Entstehung erheblich mitbeteiligt. Kannst du zunächst einmal etwas zu den politischen Bedingungen im Ort sagen und was euch zur Beteiligung an der Kommunalwahl veranlaßt hat?

O.Metzger: Unsere Situation ist natürlich nicht zu trennen von unserem Ort. Bad Schussenried ist eine Kleinstadt, so etwas wie ein größeres Dorf mit 7.500 Einwohnern.

Es ist ein Mittelding zwischen Kurort und Kleingewerbe-Städtchen. Bei den Bundestagswahlen schneidet die CDU hier im Schnitt mit 70% ab, die SPD liegt um die 20%, die FDP und die Grünen spielen hier keine Rolle.

Eines sollte hier noch erwähnt werden: die Leute sind überwiegend katholisch, was sich auf die Gesinnung der Menschen sicherlich auswirkt. Das ist also der politische back-ground unserer Arbeit.

Unser eigener politischer Hintergrund ist die Jugendzentrumsbewegung, die etwa vor sechs Jahren hier begonnen hat, und sich für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum stark gemacht hat und es auch durchsetzte. Dann gab es ziemliche Kämpfe; das Jugendzentrum galt als „politisch unterwandert". Das fiel zusammen mit der Herausgabe einer Alternativzeitung mit dem Namen „Motzer". Der „Motzer" erschien mitten im ‚Deutschen Herbst' 1977 und kam in Verdacht, „Sympathisant des Terrorismus" zu sein. Das war mit ein Grund für die Schließung des selbstverwalteten Jugendzentrums.

Der Kampf gegen die JUZI-Schließung war eigentlich ein überregionaler Kampf. Aber aus diesem Kampf heraus haben die Leute am Ort erstmals Einblicke in die kommunalpolitsche Szene bekommen.

Durch die Auseinandersetzungen mit dem Gemeinderat haben sie erfahren, wie die Sachen so laufen. Das hat dazu geführt, daß vor allem die Älteren aus der Jugendzentrumsbewegung nach dem Kampf gegen die Schließung des Jugendhauses sich insgesamt mehr in die Kommunalpolitik eingemischt haben.

Und daraus entstand dann die „Unabhängige Liste". 1979 wurde dann beschlossen, sich an der Kommunalwahl zu beteiligen, die ursprünglich im Herbst '79 stattfinden sollte, aber um ein Jahr verschoben wurde bis zum Juni dieses Jahres.

AK: Und welches politische Spektrum ist in der „Unabhängigen Liste" vertreten? Kannst du auch noch angeben, wie ihr konkret bei der Wahl abgeschnitten habt?

O. Metzger: Im Prinzip kommen wir alle aus der linken Ecke. Teile kommen aus der SPD — sie sind dort ausgetreten; Teile sind SB-orientiert. Und dann noch der nicht so leicht etikettenmäßig zu bezeichnende Teil, der aus der JUZI-Bewegung kommt und nur ortsbezogen arbeitet.

Bürgerinitiativen gibt es hier am Ort praktisch nicht. Wenn was läuft, dann wird das aus dem Umfeld der „UL" heraus initiiert und durchgeführt, allerdings mit Unterstützung von größeren Teilen der Bevölkerung. Bei der Wahl war unser Abschneiden für uns selbst sensationell, weil wir prozentual mehr Stimmen als die SPD gekriegt haben.

Wir hatten 12,3%, die SPD liegt bei 9,5%. Die CDU hat natürlich die absolute Mehrheit mit über 50%. Dann gibt es noch starke „Freie Wählervereinigungen". Sie vertreten in etwa das Gewerbe und den Handel und haben so um die 27% der Stimmen bekommen.

Das ist im Prinzip der Hintergrund, vor dem wir agieren.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang noch, daß wir ein eigenes Medium haben — eine monatlich erscheinende Zeitung, die wir seit März '79 herausbringen. Bis zur Wahl wurde sie an alle Haushaltungen kostenlos verteilt; jetzt erscheint sie im Abonnement und wird im Schnitt von 30 % der Haushalte gekauft und gelesen.

AK: Kleinstadt; starker Katholikenanteil und jeder zweite Wähler CDU-Sympathisant. Mit welchem Selbstverständnis seid ihr unter diesen Bedingungen zur Wahl angetreten?

O. Metzger: Wir wollen Öffentlichkeit schaffen über das, was im Parlament läuft und wollen Sprachrohr für solche Ansätze sein, die normalerweise bei uns im Kommunalparlament totgeschwiegen werden.

Wir glauben nicht, daß man parlamentarisch irgend etwas erreichen kann und bauen deswegen nach wie vor auf Initiativen, die wir über die Zeitung starten bzw. auf direkte politische Aktionen. Mit unserer Politik wollen wir Zeichen setzen, daß Demokratie und Interessenwahrnehmung viel mehr Sache der Betrof-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 7

AN ALLE HAUSHALTUNGEN

Schussen-Blättle



UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR BAD SCHUSSENRIED

Nr. 11 Erscheint monatlich Februar/März 1980

STADTSANIERUNG KOMMT IN ENTSCHEIDENDE PHASE:

GEMEINDERAT GERÄT JETZT IN ZUGZWANG

Noch vor der Kommunalwahl am 22. Juni dieses Jahres wird der Gemeinderat in einer nichtöffentlichen Klausursitzung eine endgültige Entscheidung in Sachen Stadtsanierung treffen. Wie Bürgermeister Kohler in der jüngsten Ratssitzung bekanntgab, sind dem Regierungspräsidium spätestens bis Ende September Beschlüsse zur Sanierung vorzulegen, weil die Stadt andernfalls aus dem Zuschußprogramm des Landes hinausfliegt und dann 6 Jahre lang nichts mehr mit einer Sanie-

GESPRÄCH AUF VERWALTUNGSEBENE

Fest steht allerdings, daß am 12. März auf Verwaltungsebene ein Gespräch in Sachen Stadtsanierung stattfindet, bei dem es vor allem um die finanzielle Seite der Sanierung, aber auch um die Abstimmung zwischen dem Ausbau der jetzigen Ortsdurchfahrt und dem Bau einer Entlastungsstraße geht. Beteiligt sein werden an diesem »Spitzengespräch« von Schussenrieder Seite Bürgermeister Kohler und

fenen als Sache der etablierten 'Vertreter' ist. Selbstverständlich greifen wir Initiativen aus der Bevölkerung auf und unterstützen deren Anliegen. Damit verbinden wir die Hoffnung, das traditionelle Politikverständnis der etablierten Kräfte anzuknacksen und das direkte Engagement der Bevölkerung zu forcieren.

AK: Kannst du das vielleicht mal an einem Beispiel aus eurer Arbeit erläutern?

O.Metzger: Tja – bei uns läuft z.B. eine Aktion gegen den Ausbau einer Straße, die verbreitert werden soll. Wir haben mit Unterschriften-Sammlungen agiert, die Hauseigentümer – entlang der Straße – zu massenhaften Widersprüchen aufgefordert und so zumindest den Bau verzögert; wahrscheinlich sogar erfolgreich verhindert. Und das wäre nie gelaufen, wenn wir das nur über das Parlament versucht hätten. Da haben wir zwar auch unsere Anträge gestellt – die wurden aber alle niedergestimmt.

AK: Die SPD ist bei euch ein recht kleiner Verein. Ergibt sich aus dieser Konstellation im Parlament die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit der SPD sowohl im Parlament als auch außerhalb?

O.Metzger: Bündnismöglichkeiten, die aus direkten Absprachen resultieren, gibt es eigentlich nicht. Die Etablierten – inclusive die SPD – haben volle Berührungsängste. Bei der SPD mehr vor dem Hintergrund, daß sie uns als Konkurrenz sehen, die sie überflügelt hat.

Die Fronten im Stadtparlament sind allerdings nicht so eindeutig, wie wir es erwartet haben. Es kommt schon mal vor, daß Einzelne aus der CDU und der SPD – aber auch von den freien Wählern – mit uns stimmen. In der Regel, wenn es hart auf hart geht, wie z.B. in der Frage der Ausschuß-Besetzung, stimmen die Etablierten halt alle gemeinsam gegen uns.

AK: Das kennt man ja auch von anderen Listen. Da gibt es aber auch Stimmen, die dafür eintreten, „Besser-zu-sein" als die Etablierten, um so dem Wähler ein Bild als neue „ernstzunehmende Kraft" auf der Parlamentsebene zu präsentieren. Das geht hin bis zur Anstellung von bezahlten Kräften, um den Parlamentariern mehr Wissen und Sachkenntnis zu verschaffen, damit sie im Parlament

mehr Wissen und Sachkenntnis zu verschaffen, damit sie im Parlament

bessere Argumente haben. Um ein Stichwort zu nennen: Professionalisierung. Wie seht ihr das?

O.Metzger: Also, wenn ich das auf dem lokalen Hintergrund sehe, muß ich sagen: bei uns wäre das Quatsch. Und zwar deshalb, weil bei uns für jeden – auch für jeden von der Liste – die Politik voll überschaubar ist und wir ohnehin aufgrund unserer regelmäßigen Zeitungsarbeit besser Bescheid wissen, als die etablierten Parteien. Hinzu kommt, daß bei uns im Städtchen in gewissem Sinne noch borniertere Parlamentarier hocken, als es wohl in den großen Kommunen der Fall ist. Dort haben die Vertreter der etablierten Parteien oftmals sicherlich einen größeren Sach- und Kompetenzvorsprung; zumindest auf dem Papier. Für mich stellt sich die Frage nach Bezahlung auf unserem Hintergrund nicht. – Wenn man es grundsätzlich sieht, hätten wir Einwände gegen die „Professionalisierung", weil das eine Entfremdung von unseren eigenen politischen Ansätzen wäre. Wie soll man z.B. als Vertreter einer außerparlamentarischen Bewegung – wie wir uns verstehen, allerdings mit Sitz und Stimme im Parlament – Politik umsetzen, die irgendwelche bezahlten Kräfte vorab aufbereiten? Man entfremdet sich dabei im Prinzip von der Politik, wenn man den Anspruch hat, zu allem und jedem Bescheid zu wissen und kompetent zu sein. Es geht nicht darum, die bürgerlichen Parteien in dieser Hinsicht im Parlament zu übertreffen. Das Parlament ist nicht der eigentliche Ort, wo die wirklichen Entscheidungen fallen. Das Parlament ist ja oft nur eine Schaubühne.

AK: Beinhaltet für dich der Versuch der alternativen Parlamentarier, der politischen Logik der Tagesordnungen in den Parlamenten zu folgen, bereits Entfremdung von basisnaher Politik?

O.Metzger: Im Prinzip ja. Das ist auch unser Problem, vor dem wir zur Zeit hier stehen. Wir haben den Anspruch, daß alle – also die gesamte Bewegung – sich wöchentlich auf einer öffentlichen Sitzung trifft. Auf diesen Sitzungen laufen die Vor- und Nachbereitungen der Parlamentssitzungen. Und dabei tauchen die Probleme auf, inwieweit die Themen der Parlamentssitzungen so wichtig sind, daß sie von allen vor- und nachbereitet werden müssen, und inwieweit eine solche Diskussion über parlamentarisches Verhalten unserer Mandatsträger nicht schon dazu führt, daß wir uns von den Parlamenten unsere Politik diktieren lassen.

Wir sind zur Zeit dabei, ein Mittelmaß zu finden, um unsere außerparlamentarischen Aktivitäten in den wöchentlichen Sitzungen gleichrangig zu diskutieren. Wir haben noch insofern Glück, weil wir die Zeitung herausbringen; sie ist im Prinzip eine außerparlamentarische Aktivität, weil wir sie nicht als Sprachrohr der „Unabhängigen Liste" – also als Vermittlungsorgan für unsere Ratspolitik verstehen – sondern als journalistisch aufgemachte Zeitung, die Themen aufgreift, kritisch durchleuchtet und praktisch von Anregungen aus der Bevölkerung lebt. Das ist unser einziger Vorteil bei der Gratwanderung zwischen Anpassung an parlamentarische Tagesordnungspunkte und dem eigenen politischen Ansatz.

AK: Wenn ihr eine Politik entlang der Logik von parlamentarischen Tagesordnungen ablehnt, liegt euer Schwerpunkt in der Politik dann darin, als Sprachrohr der Interessen der Bewegung und der an euch herangetragenen konkreten Aktivitäten der Basis praktisch tätig zu sein?

O.Metzger: Genau.

AK: Bedeutet das, daß ihr euch bestimmte Schwerpunkte in der Arbeit setzt, und eure Kraft hauptsächlich darauf konzentriert? Das heißt doch auch, von anderen Fragen, Themen usw. Abstriche zu machen und das offen nach außen zu vertreten?

O.Metzger: Wir setzen bestimmte Schwerpunkte. Wenn man sich z.B. die Sitzungsabläufe ansieht: wir gehen da nicht rein, um zu jedem Tagesordnungspunkt Anträge zu stellen. Auch dann nicht, wenn uns einige schon wichtig erscheinen.

Natürlich bringen wir aber Diskussionsbeiträge – die lokalen Probleme sind ja relativ leicht zu übersehen, aber daß wir wirklich initiativ werden – das geschieht in nur ganz wenigen Punkten, auf die wir uns in der Regel auch beschränken. Wir glauben halt, daß man an einigen beispielhaften Initiativen auf Dauer auch der Bevölkerung ein anderes Politikverständnis vermitteln kann, als wenn man zu allem und jedem etwas sagt.

AK: Seht ihr keine Probleme darin, wenn ihr euch an Abstimmungen nicht beteiligt oder euch enthaltet? Schließlich sitzt ihr ja im Parlament. Hört ihr euch die Sachen nur an oder was macht ihr konkret bei Fragen, die nicht so sehr euer Interesse finden?

O.Metzger: Wir enthalten uns oft und sagen auch, daß wir zu der einen und anderen Sache nichts sagen können und zuwenig Bescheid wissen.

AK: In anderen Listen wird das anders gehandhabt. Dort wird von verschiedenen Leuten befürchtet, daß solche Äußerungen sich bei der nächsten Wahl als Bumerang bemerkbar machen können. Die bürgerlichen Politiker könnten sagen 'seht mal, die Alternativen können ja gar nicht mitreden'. Und das scheint für viele Alternative ein nahezu unerträglicher Gedanke zu sein.

O.Metzger: Das nehmen wir echt voll in Kauf. Wir meinen auch, daß Teile der Etablierten – wenn sie Entscheidungen treffen – manchmal genauso wenig Ahnung haben. Da kann man auch ganz lustig kontern.

AK: Das kenn ich eigentlich auch. Die etablierten Parteienvertreter brauchen den Finger des Fraktionsvorsitzenden, um sich politisch zu orientieren. Nun aber ein anderer Bereich. Kriegt ihr für eure Parlamentsarbeit auch Geld und was macht ihr damit?

O. Metzger: Als Fraktion nicht, obwohl wir mit unseren drei Leuten eine sind. Es gibt allerdings eine Aufwands-Entschädigung für die Sitzungen und die bewegt sich pro Kopf und Monat bei ungefähr DM 100. Also ein unwesentlicher Betrag. Der Umgang damit drückt auch unser Selbstverständnis zu solchen Geldern aus: Es geht auf ein gemeinsames Konto; die Mandatsträger bekommen nichts, weil wir uns als Repräsentanten der Bewegung sehen und nicht als gewählt aufgrund irgendwelcher individueller oder sonstiger Fertigkeiten.

AK: Und wenn das Geld nun auf dem Konto ist, wie setzt ihr es dann ein?

O. Metzger: Als Fraktion der Unabhängigen Liste geben wir manchmal ein Flugblatt zu bestimmten Themen an alle Haushalte heraus. Und das wird z.B. mit dem Geld finanziert. Dann haben wir einen Verwaltungsrechtsstreit mit der Kommune wegen der Ausschuß-Besetzung. Das wird mit dem Geld vorfinanziert, und gelegentlich kommt es vor, daß eine Initiative, die außerhalb unserer Arbeit steht, etwas davon bekommt. Unsere Zeitung dagegen finanziert sich selbst. Dafür gibt es einen eigens gegründeten Verein, der sie trägt. Beispielsweise über Abo-Gelder. Sie soll, wie bereits gesagt, kein Organ der Fraktion sein, sondern der Kontrolle der Mandatsträger dienen; also auch kritikfähig bleiben.

AK: Das bedeutet also, daß die Diäten in die politische Arbeit einfließen?

O.Metzger: Ja, ja. Auf jeden Fall. Sie werden nicht privat oder für ähnliche Sachen verwendet. Es wäre ja auch eine Möglichkeit, daß man es versäuft. Das wäre bestimmt nicht schlecht – ist aber nicht drin.

AK: Wenn ihr Freibier in eurem Ort ausschenkt, kriegt ihr vielleicht sogar noch Freunde.

Noch'ne andere Sache: Bad Schussenried liegt in Baden-Württemberg. Und da hatten die Grünen mit Hasenclever als Chef noch vor eurer Kommunalwahl auf Landesebene einen ziemlichen Erfolg; die Grünen sitzen im Landtag. Wie steht ihr zu ihnen und wie hat sich der grüne Erfolg bei euch bemerkbar gemacht? In der Zeit der Erfolge der Grünen seid ihr immerhin in Debatten gewesen, ob ihr euch als Bunte Liste konstituiert. Wie grenzt ihr euch von den Grünen ab?

O.Metzger: Also die Entscheidung zwischen Bunter und Unabhängiger Liste war ein Spiel mit Namen. Die Mehrheit hat sich halt für die UL ausgesprochen, weil sie gemeint hat, das Bunte versteht niemand vom Inhalt her. –

Mit den Grünen haben wir zunächst relativ leidvolle Erfahrungen auch auf örtlicher Ebene gemacht. Als wir unsere UL begonnen und daran mindestens ein halbes Jahr gearbeitet hatten, kam plötzlich ein CDU-Stadtrat, – der aus der CDU ausgetreten war und offen mit den Grünen sympathisierte – auf die Idee, eine Grüne Liste zur Kommunalwahl aufzubauen. Das ging dann Gott sei dank in die Hosen, weil er einfach zu wenig Leute gefunden hat, die mitmachten. Aber es war für uns schon bezeichnend, wie grüne Politik auch praktisch auf lokaler Ebene funktionieren kann; daß also die Grünen ihren Anspruch, basisdemokratisch zu sein, nicht einlösen können und stattdessen die Politik von oben aufsetzen. Sie wollen halt präsent sein und bauen Strukturen wie eine 'normale' Partei auf. Das war von Anfang an die Befürchtung und die Kritik von Teilen von uns an den Grünen. Wir haben sie nicht als echten Teil einer Bewegung angesehen, sondern als Versuch von Leuten, in die Fußstapfen der etablierten Parteien zu treten. Anfangs vielleicht noch mit einem alternativen Ansatz, der wahrscheinlich mit der Zeit aufgrund der Strukturen, die die Partei auszeichnen, später in die Hose geht.

Und darum haben wir nie – weder bei den Kreistags- noch Europawahlen, Landtags- oder Bundestagswahlen – Stellungnahmen z.B. in Form von Wahlempfehlungen für die Grünen abgegeben, obwohl Leute von uns grün gewählt haben.

Teile haben gar nicht gewählt. Das ist der Ansatz, dem ich zuneige, weil ich glaub, daß eine Wahlbeteiligung auf einer übergeordneten Ebene sehr viele Risiken hat, wenn man vom ba-

auf einer übergeordneten Ebene sehr viele Risiken hat, wenn man vom ba-

sisbezogenen, linken Ansatz her Politik machen will.

Die Politik auf diesen Ebenen ist nicht mehr vermittelbar und die Mandatsträger können nicht mehr kontrolliert werden und verselbständigen sich.

Auf lokaler Ebene klappt es dagegen ganz gut, wie z.B. in unserem Fall, weil es eine Kleinstadt ist, wo nicht nur die eigene Szene, aus der wir stammen, uns kontrollieren kann, sondern auch der Durchschnittsbürger, der uns gewählt hat.

Der kennt uns als Personen, der kennt uns als Bewegung und kann sich auch von unseren Aktivitäten als Gruppe oder Individuen überzeugen und hat insofern direkte Kontrollmöglichkeiten. Das ist halt auch der Vorteil einer alternativen Arbeit in der Kleinstadt. Das Problem der Kontrollierbarkeit sehe ich auf Großstadt-Ebene und Landesebene als durchaus schwieriger an als z.B. bei uns.

AK: Nun – über diese und andere Fragen wird es auf dem Bielefelder Kommunalpolitischen Kongreß Mitte November sicherlich zu einem Erfahrungsaustausch kommen.

Schließlich steht dort die Politik nach ein- bzw. zweijähriger alternativer Parlamentsarbeit zur Debatte, und umfaßt ein Spektrum von Dine'scher Haushaltspolitik, „Professionalisierungs"diskussion, außerparlamentarischem und parlamentarischem Engagement der Listen usw.

Welche Erwartungen knüpft ihr an den Kongreß ?

O. Metzger: Einen Erfahrungsaustausch finde ich wichtig, weil die Vereinzelung der Listen immer noch relativ groß ist. Und was an Papieren ausgetauscht wird: die sind oftmals nicht so ergiebig, wie ein direktes Gespräch.

Vor allem erwarten wir auch eine offene Diskussion über die Erfahrungen, die man mit parlamentarischen Vertretungen gemacht hat.

Ob also der Weg richtig war oder ob man sich möglicherweise von diesem Weg wieder lösen müßte...

AK: ....ob durch die Parlamentsbeteiligung die Gefahr einer opportunistischen Politik der Linken in der Parlamentsarbeit besteht..?

O. Metzger: Ja, richtig. Die Fragestellung würde ich für den Kongreß schon als wichtig ansehen.

AK: Vielen Dank für das Gespräch.

Alternativen in der Kommunalpolitik

Bundesweiter Kongreß in Bielefeld am 14. bis 16. November '80

Auf Einladung der Bunten Liste Bielefeld und des StadtBlatt Bielefeld findet vom 14. bis 16. November ein Kongreß zum Thema „Alternativen in der Kommunalpolitik" statt.

Die Veranstalter hoffen auf die Beteiligung unterschiedlichster Kräfte, die im Sektor der Kommunalpolitik tätig sind.

Eingeladen sind *„...alle lokal engagierten Gruppen, die für radikale Alternativen in Kommunalpolitik und Stadtentwicklung eintreten: Grüne/Bunte/Alternative lokale Listen; Bürgerinitiativen und Stadtblätter; freie städtische Kulturinitiativen; ‚vor Ort' arbeitende Basisgruppen aus politischen Organisationen und Parteien; fortschrittliche Stadtplaner, Sozialarbeiter usw. aus der kommunalen Verwaltung; kritische Wissenschaftler, die nach neuen Wegen der Stadtentwicklung forschen..."*

Dieses breite Spektrum von eingeladenen Personen und Gruppen aus der Kommunalpolitik mag sicher interessante Erfahrungen auf dem Kongreß beisteuern. Klar ist aber, daß es vor allem um die Diskussion und den Austausch von Erfahrungen der Listen nach ein- und zweijähriger Parlamentsarbeit gehen wird. Das ist vor dem Hintergrund der jetzt anstehenden Kommunalwahlen (Hessen, dann Niedersachsen) von besonderer Bedeutung. Sowohl die Arbeitsgruppen als auch die für den Kongreß vorgesehenen Themen der zwei Arbeitsforen („Parlamentarische und außerparlamentarische Initiative" und „Welche Art der Alternative wollen wir?" – eine Haushaltsdiskussion um Dinne'sche Politik) lassen den Kongreß für die Listen interessant erscheinen.

Arbeitsgruppen zu den Themen „Wohnen", „Verkehrspolitik", „Stadtteilkultur", „Haushalt und Finanzen", „Öffentlichkeitsarbeit" und „Ausländerarbeit" sind ebenfalls vorgesehen.

Es ist zu erwarten, stärker als der Einladung zu entnehmen ist, daß kontroverse Vorstellungen der bisherigen Erfahrungen mit der Parlamentsarbeit zur Debatte stehen, wie z.B. die „Professionaliserungs"debatte (s. AK187) und die Frage der Sozial- und Sparpolitik.

Von besonderem Interesse dürfte dieser Kongreß deswegen vor allem für die Basis der Listen sein: für Initiativen, „Randgruppen", Minderheiten usw.

Das Verhältnis der Parlamentarier zu ihnen und den Listenmitgliedern wird veranschaulichen, wessen Interesse die Parlamentarier real vertreten, und auf wen sie sich in Zukunft stützen können.

Beginn des Kongresses:
Freitag, 14.11. um 19.30 h Podiumsdiskussion zum Thema: Alternativen in Kommunalpolitik und Stadtentwicklung.
Samstag 15.11./10.00-16.00 Arbeitsgruppen zu o.g. Themen
Samstag 17.00-20.00 Arbeitsforen, anschließend ein Fest
Sonntag 16.11./10.00 Auswertung des Kongresses
Kontakt: BuLi Bielefeld – 0521/179542
StadtBlatt Bielefeld – 0521/121033

»Bewußtseinsbildung« statt Klassenkampf

Zur Politik des »Achberger Kreises«

Einen „Dritten Weg" als „notwendige Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus" propagieren die Anhänger des sog. „Achberger Kreises". Diese Gruppierung, die seit längerer Zeit in der „Öko-Bewegung" tätig ist, hat schon früh auf den grünen Parteibildungsprozeß Einfluß genommen. So waren die Achberger bereits mit von der Partie, als seinerzeit GAZ, GLU, GLSH und AUD zu den Europawahlen „die Grünen" („sonstige politische Vereinigung") konstituierten. Seither sind die Achberger allenthalben durch eine wahre Flut von Programmentwürfen, Positionspapieren, Resolutionen usw. aufgefallen, um die Grünen auf die von ihnen befürworteten Positionen eines „Dritten Weges" festzulegen. Es ist damit zu rechnen, daß sich die Achberger nach dem enttäuschenden Abschneiden der Grünen bei den Bundestagswahlen verstärkt mit ihren Vorstellungen von „ökologischer Politik" zu Wort melden werden, um die Debatte über die Zukunft der Grünen Partei in ihrem Sinn zu beeinflussen.

Der „Achberger Kreis" ist nicht die einzige Gruppierung, die sich innerhalb der Grünen für eine Politik des „Dritten Weges" stark macht; zu nennen wären in diesem Zusammenhang mindestens **Haußleiters AUD** sowie der **„Arbeitskreis Dritter Weg"** um **Georg Otto**, der dem z.T. sehr rechtslastigen Gedankengut der **FSU** nahesteht. Zweifellos sind aber die Achberger der schillerndste Verein, der unter dem Firmenschild des „Dritten Weges" in der grünen Szene um Anhängerschaft wirbt. Zum Umfeld des „Achberger Kreises" gehören profilierte Rechte ebenso wie ehemals linke Sozialdemokraten, „gewaltfreie Sozialisten" und weitere Personen aus dem „alternativen"- und Sponti-Milieu; Dissidenten, Eurorevisionisten, Ökologisten, Anthroposophen, „Individual-Anarchisten" u.a.m.

Was ihren angeblichen „Kampf gegen Kapitalismus u n d Kommunismus" angeht, so zeigt die bisherige Praxis der Achberger in und außerhalb der grünen Partei, daß sie ausschließlich die Ausgrenzung l i n k e r Positionen betreiben, während zu rechten und sogar rechtsextremen Kräften freundschaftliche Kontakte unterhalten werden. Bereits kurz vor Gründung der „Grünen" beklagte

> *»Es ist ganz natürlich, daß der Dritte Weg vom konservativen Lager ebenso abgelehnt*
> *ebenso abgelehnt*
> *wird wie vom revolutionären. Er steht ja auch tatsächlich zwischen allen Fronten"*
>
> (Wilfried Heidt)

sich der Achberger Ober-Guru **Wilfried Heidt**: *„Die ganze Problematik, mit der wir uns jetzt herumschlagen müssen und die uns nun vor eine Zerreißprobe stellt, ist entstanden, nachdem nach den Europa-Wahlen marxistisch, marxistisch-leninistisch und maoistisch orientierte Strömungen in die Gespräche über sie Weiterentwicklung der grünen Initiative ... einbezogen worden sind."* Es sei ein „schwerer Mangel" gewesen, *„daß die GRÜNEN bei den Gesprächen mit den Vertretern der verschiedenen K-Gruppen, bunten und alternativen Listen nicht jenes klar umrissene Rahmenkonzept ihrer ökologischen Gesamtalternative auf den Tisch legten, das die u n a b d i n g b a r e A b g r e n z u n g der GRÜNEN gegenüber kapitalistischen und kommunistischen Positionen definiert hätte"* (2). Dies haben Heidt & Co. in der Folgezeit dann immer wieder nachzuholen versucht. Von Heidt stammt beispielsweise ein Resolutionsentwurf zum „Verhältnis der Grünen zum Kommunismus", in dem er fordert, die „Grünen" dürften nicht *„einen Spalt breit mit einer kommunistischen Perspektive"* sympathisieren (3). In die gleiche Richtung zielt eine von Heidt verfaßte „Grundsatzresolution", in der es heißt, daß die Mitgliedschaft in der Grünen Partei unvereinbar sei *„mit Kaderpolitik und allen sonstigen autoritären und zentralistischen Tendenzen"* (4). Man/frau sollte sich dabei auch nicht durch das vom „Achberger Kreis" aufgebrachte Schlagwort von der **„Einheit in der Vielfalt" (EVI)** irre machen lassen. Tatsächlich ist von dem öffentlich zur Schau gestellten Pluralismus dieser Leute nach links hin nicht viel zu verspüren ...

Zusammen mit Gruhl, Springmann, Dinne u.ä. finden sich Heidt und weitere Anhänger der „Achberger Kreises" denn auch unter jener berüchtigten „Erklärung zur Lage der Grünen", in der die Parteirechte die Rücknahme der z.T. fortschrittlichen Beschlüsse des Saarbrückener Programmparteitages forderte und erneut auf eine „nachdrückliche" Distanzierung von *„kommunistischer, kapitalistischer und faschistischer Politik"* pochte (5).

Ihre Hauptbastion haben die Achberger in Baden-Württemberg, wo sie einen beachtlichen Einfluß auf die Geschicke des dortigen Landesverbandes der Grünen ausüben. Auf dem grünen Landesparteitag am 26./27.1. 80 in Esslingen, wo Sonny Hasenclever mit Unterstützung der Achberger die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 kippen konnte, bekamen Heidt & Co für eine von ihnen vorgelegte Präambel zum Landtagswahlprogramm sogar die Mehrheit der Delegiertenstimmen. In dieser Präambel wurden die „Grünen" auf einen „ökologischen Humanismus" und auf strikte „Gewaltfreiheit" verpflichtet; außerdem wurde das Grundgesetz zum verbindlichen Handlungsrahmen erklärt (6).

Rudolf Steiner ...

Die Gründer und Wortführer des „Achberger Kreises" bezeichnen sich als **„Anthroposophen"**, d.h. sie berufen sich auf die gleichnamige Ideologie **Rudolf Steiners**. „Anthroposophie" (griech. anthropos = Mensch;
gie Rudolf Steiners. „Anthroposophie" (griech. anthropos = Mensch;
sophia = Weisheit) nannte Steiner (1861 - 1925) seine Weltanschauung, die von sich beansprucht, „Naturlehre", Pädagogik, Landwirtschaft, Psychatrie, Kunst, Architektur, Ökonomie, Meditation und Politik zu einer „organischen Entwicklungslehre" zu vereinigen. Kernstück dieser Ideologie ist die Lehre von „Reinkarnation und Karma". *„Der Menschengeist"* – behauptet Steiner – *„muß sich immer wieder und wieder verkörpern; und sein Gesetz besteht darin, daß er die Früchte des vorherigen Lebens in die folgenden hinübernimmt. Die Seele lebt in der Gegenwart. Aber dieses Leben in der Gegenwart ist nicht unabhängig von den vorhergehenden Leben. Der sich verkörpernde Geist bringt ja aus seinen vorigen Verkörperungen sein Schicksal mit. Und dieses Schicksal bestimmt das Leben. Welche Eindrücke die Seele wird haben können, welche Wünsche ihr werden befriedigt werden können, welche Freuden und Leiden ihr erwachsen: das hängt davon ab, wie die Taten in den vorhergehenden Verkörperungen des Geistes waren ... Der Leib unterliegt dem Gesetz der Vererbung; die Seele unterliegt dem selbstgeschaffenen Schiksal. Man nennt dieses von dem Menschen geschaffene Schiksal sein Karma. Und der Geist steht unter dem Gesetze der Wiederverkörperung, oder Reinkarnation ...*

Ewig ist der Geist; Geburt und Tod waltet nach den Gesetzen der physischen Welt in der Körperlichkeit; das Seelenleben, das vom Schicksal bestimmt wird, vermittelt den Zusammenhang von beiden während eines irdischen Lebenslaufes" (7).

Die Vorstellung, daß Verstorbene (bzw. ihr „Geist") sich wiederverkörpern („wiedergeboren") würden, ist uralt und findet sich v.a. in den asiatischen Religionen, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts auch in Deutschland und anderen europäischen Ländern bei bestimmten Kreisen des „gehobenen" Kleinbürgertums in Mode kamen. In diese Szene hinein wirkte auch Steiner, wobei er sich von den Anhängern asiatischer Mystik nicht durch seine Irrationalität, wohl aber durch sein positives Bekenntnis zum Christentum abhob. Jesus und andere wurden von ihm zu einer Lehre, die er „Christologie" nannte, verwurstet und in das „anthroposophische" Ideologiegebäude einverleibt ...

Auf Steiner gehen auch diverse pädagogische, medizinische, landwirtschaftliche usw. Projekte zurück, die z.T. noch heute existieren. Am bekanntesten sind sicherlich die Steinerschen „Waldorfschulen", von denen es in der BRD 57 und im Ausland etwa 150 gibt (8). Sie werden in der Regel von Söhnen und Töchtern gutbetuchter Eltern besucht. Ebenfalls gibt es eine Reihe landwirtschaftlicher Betriebe, die nach der von Steiner begründeten „biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise"



Rudolf Steiner

arbeiten und ihre Erzeugnisse als „Demeter-Produkte" an den Mann bzw. an die Frau bringen. Diesem Kreis gehört auch der mittlerweile berühmt-berüchtigte „Öko-Bauer" und Polit-Schrat **Baldur Springmann** an, der sich selbst als Anhänger der Anthroposophie versteht und auch Tagungen des „Achberger Kreises" maßgeblich mitbeeinflussen konnte.

... und die Dreigliederung des sozialen Organismus"

Wesentlicher Ausgangspunkt für die „Dritte Weg"-Ideologie der Achberger ist die Steinersche Lehre von der **„Dreigliederung des sozialen Organismus"**. Es handelt sich dabei um
ganismus". Es handelt sich dabei um
eine Theorie, die von sich beansprucht, die „Lösung der sozialen Frage" herbeiführen zu können. Der Anthroposoph und Steiner-Biograph J. Hemleben skizziert diese „Dreigliederung" folgendermaßen:

„1. Der Staat der Vergangenheit (und erst recht alle totalitären Staaten, die seit 1919 entstanden und teilweise vergangen sind!) überschritt und überschreitet die ihm gesetzten Grenzen. Sein Gebiet als öffentlicher Rechtsstaat soll sich auf das eigentliche politische Leben und die Aufgabe, seine Bürger nach innen und außen zu schützen, beschränken. Vom Armenrecht über das Arbeitsrecht bis zum Strafrecht mit den dafür notwendigen Institutionen (Polizei, Heer) sollte der Arm des Staates reichen. Nicht weiter! Vor ihm gilt für alle: G l e i c h h e i t.

2. Aber der Staat sollte nicht selber Wirtschaftsunternehmer sein. Wirtschaft ist zunehmend eine großräumige Angelegenheit, an der viele, letzlich alle Völker beteiligt sind. Nicht die Regel, sondern die Notausnahme sollte es sein, wenn sich ein Staat als wirtschaftlicher Unternehmer betätigt. Um so mehr aber sollten a l l e am Wirtschaftsprozeß (Produktion, Warenzirkulation und Warenkonsum) Beteiligten durch Bildung von Gremien der Produzenten u n d Konsumenten zusammenarbeiten. Hier gilt es in unsentimentaler Weise, B r ü d e r l i c h k e i t zu verwirklichen.

3. Und schließlich: Der Staat sollte darauf verzichten ... seine Bürger geistig zu bevormunden. Für alle Belange von Kunst, Wissenschaft (auch Schule) und Religion muß die F r e i h e i t gewährleistet sein.

F r e i h e i t im Geiste, G l e i c h h e i t vor dem Recht, B r ü d e r l i c h k e i t in der Wirtschaft – so gab Rudolf Steiner den alten Idealen der französischen Revolution einen neuen, realistischen Inhalt" (9).

Historisch betrachtet war Steiners Lehre von der „Dreigliederung des sozialen Organismus" nur e i n e Variante jener zahllosen politischen Theorien, die damals vor dem Hintergrund einer extrem zugespitzten Situation des Klassenkampfes (Deutsche Revolution 1918/19 u.a.) v.a. im Kleinbürgertum Verbreitung fanden. Anstelle einer bewußten Entscheidung f ü r oder g e g e n die Revolution klammerte man sich in diesen Kreisen häufig an vorgeblich „klassenneutrale" Scheinlösungen z w i s c h e n Kapitalismus und Sozialismus. Bezeichnend für alle diese Theorien, die – wie auch die Steinersche „Dreigliederungsidee" – zahlreiche Versatzstücke frühkapitalistischer, „neoliberaler", anarchistischer und korporativistischer Ideologien integrieren, war und ist ihre gemeinsame Stoßrichtung gegen eine klassenkämpferische Arbeiterbewegung. Klassenkampf ist z.B. für den „grünen" Kunstprofessor Joseph Beuys (er ist Anthroposoph und Mitglied des „Achberger Kreises") *„eine Methode, an Instinkte zu appellieren, um Revolutionen zu machen, die das Problem dann nicht mehr an der Wurzel greifen können ..."* (10). Und Wilfried Heidt stellt kategorisch fest: *„Klassenkampf – von oben wie von unten – lehnen wir ab. Wir kämpfen für die Überwindung der Ursachen des Klassenkampfes durch Bewußtseinsbildung ..."* (11). Der „Fehler" des Marxismus liege hinsichtlich dieser Frage gerade darin – so behauptet wiederum Beuys – daß er keine *„therapeutische (!!) Methode"* entwickelt habe, *„wie man das, was er kritisiert hat, heilen kann, ändern kann, transformieren kann..."* (12).

wickelt habe, „wie man das, was er kritisiert hat, heilen kann, ändern kann, transformieren kann ..." (12).

Die Beseitigung des Kapitalismus ist für die Achberger Anthroposophen keine Frage von Klassenkampf und Klassenmacht; sie ist eine Frage des „guten Willens" a l l e r Menschen, ein Problem allgemeiner „Bewußtseinsbildung" oder, wie Beuys formuliert, *„eine pädagogische Aufgabe großen Stils"* (13). Gegner sei schließlich nicht die herrschende Bourgeoisie (*„Die Aufklärung für den dritten Weg braucht kein Feindbild"*), sondern die *„materialistische Glaubensphilosophie"*, jener dreistimmige *„Chor der Unvernunft, des Widersinns und Selbstbetrugs, der heute im Lohn-, im Gehalts- und Profitdenken"* ertöne und letzlich in die *„schleichende Selbstvernichtung der Menschheit als Ganzes"* führen müsse (14). Angesagt sei ein radikales „Umdenken und Umschwenken", wobei Heidt & Co. nicht gerade bescheidene Hoffnung in die „Lernfähigkeit" der Herrschenden investieren: In den „Chefetagen" säßen *„viele Leute, die sich über den Todescharakter des heutigen Systems klarer sind als mancher Konsumlinke. Solche Menschen werden aber erst dann wirklich Farbe bekennen, wenn es erfolgversprechende politische und ökonomische Alternativen gibt. Für verbalradikale Programme und symbolische Ersatzrevolutionen werden sie kein Risiko eingehen"* (15)

Im übrigen wird auf strikte „Gewaltfreiheit" insistiert: *„Der einzige Weg ist die GEWALTFREIE TRANSFORMATION. Gewaltfrei nicht etwa darum, weil Gewalt zur Zeit oder aus bestimmten Gründen nicht erfolgversprechend erscheint. Nein. Gewaltfreiheit aus prinzipiellen menschlich-geistig-moralischen und politisch-gesellschaftlichen Gründen"* (16). Den Vogel schießt dabei Heidt mit seiner Bemerkung ab: *„Wir verfolgen die Strategie des Märchens vom Dornröschen. Bewußtsein muß durch Liebe wachgeküßt werden, nicht mit der geballten Faust eingehämmert"* (17).

Kurz erwähnt werden soll schließlich noch jene obskurse Achberger „Geldtheorie", ebenfalls auf Rudolf Steiner zurückgehend. Diese Theorie besagt, daß nicht etwa die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, sondern das G e l d Quelle des von der Bourgeoisie angeeigneten Mehrwerts sei (*„Mit Geld kann das Geld – durch Zins und Zinseszins – sich selbst vermehren"*) (18). Anknüpfend an diese Behauptung werden umfangreiche Überlegungen ausgebreitet, wie der „herrschende Geldbegriff" und damit der Kapitalsmus überhaupt durch eine „neue Geldordnung" zu überwinden sei. Ihre Darstellung wollen wir uns hier der Kürze halber ersparen.

Wesentlicher erscheint die Tatsache, daß die Achberger neben ihrer partnerschaftlichen Ideologie der Klassenversöhnung einem ausgeprägten I n d i v i d u a l i s m u s huldigen, den sie v. a. dem Kommunismus entgegensetzen. Der Kommunismus zerstöre nämlich *„den Wert der Individualität des Menschen,*

Entwurf

GRUNDSATZERKLÄRUNG DER GRÜNEN

A: Für eine gesellschaftliche Neuorientierung nach ökologischen und humanen Prinzipien

1. Unser **Ziel** ist es, **eine Alternative** zu den naturwidrigen und menschenfeindlichen Verhältnissen in gegenwärtiger Zeit zu entwickeln. Wir wollen erreichen, daß sich das soziale Leben in wirtschaftlicher, rechtlich-politischer und kultureller Hinsicht an den Existenzbedingungen der Naturgrundlagen und an der freien Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit orientieren kann.

2. Die **Arbeitsrichtung** einer konsequenten grünen Politik, die sich kapitalistischen wie kommunistischen Prinzipien keinen Spalt breit mehr öffnet, ist durch folgende Festlegungen bestimmt: Dezentrale Strukturen, Selbstverwaltung der einzelnen Arbeitsfelder der Gesellschaft, basisdemokratisches Beschließen der Rechte und Pflichten in der Gemeinschaft und brüderliche Solidarität im Einsatz der Fähigkeiten füreinander.

3. Wir sind gegen jede Art von Dogmatismus und ideologischem Monopolanspruch. Die **unbedingte Geistesfreiheit**, für die wir eintreten, ist die Lebensquelle jeder individuellen und sozialen Entwicklung.

4. In der Auseinandersetzung zwischen Andersdenkenden und unterschiedlichen Interessen gilt es, **aktive Toleranz** an die Stelle von Feindbildern, harter Konfrontation, Verleumdung und Vorurteil zu setzen.

5. Klassenkampf — von oben wie von unten — lehnen wir ab. Wir kämpfen für die **Überwindung der Ursachen des Klassenkampfes** durch Bewußtseinsbildung für wahrhaft soziale Verhaltensweisen und durch eine Politik des konsequenten Abbaus jeglicher Privilegien in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht.

6. Auch in der Ausübung des Widerstandsrechtes sind wir für unbedingte **Gewaltfreiheit**. Dies umfaßt auch die Aufgabe einer konsequenten Fortführung der Abrüstung.

7. Wir wollen mit unserer grünen Gesamtpolitik zur vollen **Verwirklichung** der ursprünglichen Absichten des **Grundgesetzes** beitragen. In der Aufgabe, die Verfassung im Sinne ihrer Grundintention weiterzuentwickeln, sehen wir eine selbstverständliche demokratische Pflicht.

B: Für einen neuen Lebensstil

8. DIE GRÜNEN sind nicht nur eine Partei, sondern auch eine Gemeinschaft von Menschen, die sich um einen neuen **Lebensstil** bemühen. Es sollen daher keine Forderungen aufgestellt werden, die wir nicht bei uns selbst zu verwirklichen trachten.

9. Die Grundlage unseres Engagements ist das konkrete **Verantwortungsbewußtsein** gegenüber unserer Umwelt, Mitwelt und Nachwelt. Diese Haltung auferlegt uns eine kompromißlose **Distanz zu allem profitorientierten Zweckdenken**, zur Jagd nach immer mehr Wohlstand, zu Hetze, Streß und Entfremdung.

10. Das tragende Fundament für unser Bemühen um herrschaftsfreies, **partnerschaftliches Verhalten** in Familie, Nachbarschaft, Berufsleben, Heimatregion und im Zusammenleben der Völker ist die Anerkennung der autonomen Individualität. Durch dieses Element sind alle Menschen, wie verschieden sie auch sein mögen in Bezug auf Glauben, Nation, Rasse, Geschlecht usw, in **Gleichwertigkeit** verbunden.

11. Nur aus der Kraft unserer in der **Gemeinschaft frei wirkenden Individualität** vermögen wir auch jene spirituellen und religiösen Impulse, sittlichen Werte und sozialen Fähigkeiten zu entfalten, die uns Leitbild und Richtkraft für ein sinnerfülltes Leben auf ökologischer Basis **sein** können.

12. In den Tieren und Pflanzen erkennen wir unsere **Mitlebewesen**, die uns ihre Dankbarkeit nur erweisen können, wenn wir sie achten und schützen. Unsere Alternative zur gegenwärtigen Zerstörung des Planeten ist der **Weg eines liebevollen Zusammenwirkens der ganzen Schöpfung**.

C: Für einen neuen politischen Stil

13. Für GRÜNE gibt es keine taktischen Gründe, die **Wahrheit** zu verschweigen oder die **Klarheit** in der Aussage zu verschleiern. Unterschiedliche Ansichten innerhalb der mit dieser Erklärung beschriebenen Richtung sind Ausdruck der **lebendigen Vielfalt** unserer Alternative. Aus dem Respekt vor dem Denken und Fühlen des Einzelnen schaffen wir den Boden unserer **Einheit im Handeln**.

14. Die heutige Weltlage und ihre Herausforderungen gebieten uns die Entwicklung starken **Mutes**, um — auch wenn es zunächst unpopulär erscheint — Götzen zu demontieren, Phrasen zu entlarven, Konventionen in Frage zu stellen und gedankenlose Routine zu kritisieren, wenn es um des Lebens und des menschlichen Wohles willen nötig ist.

15. Eitelkeit, Ehrgeiz, Egoismus, Herrsch- und Rivalitätssucht haben uns in die Sackgasse eines neuen Babylons geführt. Aber wir können noch umkehren, umkehren zur **Demut** vor der Schöpfung und der Würde des Menschen. Im Sinne dieser Umkehr wollen DIE GRÜNEN eine unabhängige politische Vereinigung sein frei von Lüge und Machtgier, Intrigen und Eitelkeiten, Rivalitäten und Ehrgeiz.

16. Wir gründen unsere Arbeit auf dem **Vertrauen** zu den positiven Gedanken-, Empfindungs- und Willenskräften des Menschen. Wir vertrauen auch darauf, daß jeder Neuhinzukommende es ehrlich meint, wenn er mit seinem Beitritt zu den GRÜNEN diese Grundsatzerklärung unterschreibt. Er verbindet sich damit mit einer Richtung, die unvereinbar ist mit jeglicher Art autoritärer und zentralistischer Tendenzen.

17. DIE GRÜNEN sind keiner Ideologie, sondern dem **Leben** verpflichtet.

Achberger Entwurf für eine „Grundsatzerklärung der Grünen"

er opfert die Freiheit einem nivellierenden Kollektivismus" (19). Überhaupt sei jegliches Denken, das „zentralistische Ziele" verfolge, rundheraus abzulehnen: „Staatlich-politischer", „wirtschaftlicher" oder „ideologischer Zentralismus" stünden in „*grundlegendem Gegensatz*" zur Achberger „Alternative" (20). Anzustreben sei stattdessen eine „*freie Unternehmenswirtschaft des assoziativen Sozialismus*". Gedacht ist dabei an eine Gesellschaft a u t o n o m handelnder, selbstverwalteter Unternehmen, die – in „freiem Wettbewerb" zueinander – in „bestmöglicher Weise" für die „Befriedigung der Bedürfnisse der Verbraucher" wirken sollen (21). Von einer verbindlichen gesellschaftlichen Planung und Kontrolle der Produktion will dieses Modell selbstverständlich



Joseph Beuys

n i c h t s wissen; diese seien mit „individueller Freiheit" unvereinbar und führten ohnehin nur in den „staatsmonopolistischen Dirigismus" der „Kommunistischen Gesellschaftsordnung".

Natürlich erinnert das alles stark an jene Demagogien von einer „freien Marktwirtschaft" unter „sozialistischen" Vorzeichen, die 1947 in das – von Heidt übrigens hochgelobte – „Ahlener Programm" der CDU Eingang gefunden hatten. Es erinnert aber auch an den jugoslawischen „Selbstverwaltungs-Sozialismus", der – zwar unter ganz anderen Voraussetzungen, aber doch unter vergleichbaren Parolen – seinem Bankrott entgegensteuert (vgl. dazu AK 176: „Der jugoslawische ‚Selbstverwaltungs-Sozialimus' ").

entgegensteuert (vgl. dazu AK 176: „Der jugoslawische ‚Selbstverwaltungs-Sozialimus' ").

Wenn dann Beuys trotzdem noch behauptet, mit der „Dreigliederungsidee" bzw. dem „Dritten Weg" Achberger Machart sei „*zum e r s t e n Mal in der Geschichte*" dem Kapitalismus ein Gegner erwachsen, „*der den Kapitalismus tatsächlich überwinden wird*" (22), so reicht bereits ein sehr kurzer Rückblick auf das historische Schiksal der Steinerschen „Dreigliederungs-Bewegung" aus, um das Gegenteil zu beweisen. Fakt ist, daß diese 1918 von Steiner persönlich ins Leben gerufene Bewegung schon drei Jahre später ihren Geist aufgab. „*Was auf freie Einsicht und guten Willen angewiesen war, wurde zum Kampfobjekt von Politikern, die sich nicht auf das wirklich Neue einlassen wollten*", schreibt J. Hemleben (23). Und Heidt behauptet: „*Trotz äußersten Einsatzes blieb der Volksbewegung für Dreigliederung der Durchbruch schließlich doch versagt. Von rechts bis links verbündete man sich gegen diesen Dritten Weg*" (24). Sicher ist jedenfalls, daß diese Bewegung allein schon deshalb scheitern mußte, weil sie weder bereit war, sich mit der Arbeiterbewegung zu verbünden, noch in Kreisen der Bourgeoisie auf größere Resonanz stieß, wo Forderungen nach „Überwindung des Profitprinzips" u.ä. verständlicherweise auf taube Ohren stießen. Bezeichnend ist schließlich auch, daß nicht einmal die Anthroposophen-Szene selbst in ihrer Mehrheit bereit war, die „Dreigliederungsidee" weiterzuverfolgen. Letzlich hätten ihre diversen Projekte (Waldorfschulen, medizinische Einrichtungen u.a.) ohne die Freigiebigkeit entsprechender kapitalistischer Mäzene auf Dauer auch gar nicht unterhalten werden können.

Vorläufer und Gründer des „Achberger Kreises"

Ab 1946 begann **Peter Schilinski** – vormals Mitglied der KPD – mit einer kleinen Gruppe Gleichgesinnter für die Steinersche „Dreigliederung" zu werben. Zunächst war er bestrebt, in Kreisen der offiziellen „Anthroposophischen Gesellschaft" Mitstreiter zu gewinnen, blieb dort aber ohne große Resonanz. Als erstes Zentrum der „Dreigliederer" fungierten die „Witthüs-Teestuben" auf der Insel Sylt, später eine gleichnamige Filiale in Hamburg. Als Verbandsorgan erschien ab 1958/59 die „**Zeitkommentare für Jedermann**", eine Zeitschrift, die übrigens heute noch existiert (sie nennt sich mittlerweile nur noch „Jedermann") und z.Zt. in einer monatlichen Auflage von ca. 1500 Exemplaren an Interessenten vertrieben wird.

Große Hoffnungen setzt man dann in die entstehende APO, auf die die „Dreigliederer" über die sog. „**Demokratische Union**" Einfluß zu nehmen gedachten. Die Erfolge blieben freilich bescheiden: „*In den entscheidenden Monaten des ersten Halbjahres 1968 versuchten einige Freunde, in den Zentren der außerparlamentarischen Oppositionsbewegung auf deren Entwicklung mit Ideen für einen Dritten Weg einzuwirken. Ihnen stand die Gefahr vor Augen, daß die a n t i a u t o r i t ä r e n Freiheits- und Rechtsimpulse der Neuen Linken frustriert werden könnten und daß die Bewegung dann ganz sicher in das Kielwasser dogmatischer altmarxistischer Kräfte geraten würde. Ein entscheidender Umschwung konnte durch diese Bemühungen aber nicht erreicht werden ...*" (25). Die „Demokratische Union" geriet später in rechteres Fahrwasser und wurde von den „Dreigliederern" aufgegeben ...

Heidt – der heute als der wohl unumstrittene Führer des „Achberger Kreises" fungiert – stieß übrigens erst in APO-Zeiten dazu, nachdem er sich zuvor eher in SDS-nahen Kreisen bewegt hatte. Prägendes Erlebnis für ihn und andere Steiner-Fans wurde der „Prager-Frühling".

Aus jener Zeit resultieren auch die engen Verbindungen der heutigen Achberger zur tschechoslowakischen Dissidentenszene um **Sik, Löbl, Selucky** u.a. Außerdem wird seither versucht, den „markwirtschaftlichen Sozialismus" der „Prager Reformer" als leuchtendes Beispiel für die Richtigkeit der Steinerschen „Dreigliederungsidee" zu verkaufen.

1971 erfolgte die Gründung des „**Internationalen Kulturzentrums Achberg**" (I.N.K.A.). Zu diesem Zweck wurde bei Esseratsweiler am Bodensee (Nähe Lindau) ein abgewirtschaftetes Hotel erworben, das seither unter dem Namen **Humboldt-Haus** als Konferenz- und Tagungsstätte dient. Weitere Projekte entstanden in der Folgezeit:

– Das Achberger „**Institut für Sozialforschung und Entwicklungslehre**", das „*die Möglichkeiten eines dritten Weges ... anthropologisch,*

lehre", das „*die Möglichkeiten eines dritten Weges ... anthropologisch,*

soziologisch, politologisch, rechtsphilosophisch, wirtschaftswissenschaftlich, pädagogisch, sozialpsychologisch, historisch, futurologisch, ökologisch, statistisch" usw. begründen soll (27). Dieses Institut fungiert zudem als Sektion der „**Free International University**" (FIU) des Joseph Beuys. Der Achberger Beuys hatte sich zur APO-Zeit zunächst mit einer „Deutschen Studentenpartei" versucht, später die „Organisation für direkte Demokratie durch Volksabstimmung" gegründet und außerdem für die AUD kandidiert;

– Der „**Achberger Verlag**"

– Die „**Interessengemeinschaft Dritter Weg**" als „*eine Vereinigung von wirtschaftlichen, kulturellen ... und sozialen Institutionen, die durch ihre Betriebsorganisation und Arbeitspraxis modellhaft die Maßstäbe für das Leben einer gesellschaftlichen Alternative zu den bestehenden Systemen in West und Ost darstellen ...*" (28). Diesem „Unternehmensverband" gehört etwa ein Dutzend kleinerer Betriebe an, darunter auch ein Werk der Computerbranche. Eine „Stiftung" der „IG Dritter Weg" fungiert als „Träger der Vermögenswerte";

– Die „**Aktion Dritter Weg e. V.**", die sich als „Aufbauinitiative" für eine internationale Sammlungsbewegung versteht.

Zum „Achberger Kreis" gehören außerdem eine „Waldorfschule", ein Kindergarten, ein Buchladen sowie weitere Projekte und Arbeitskreise, die hier nicht gesondert erwähnt werden sollen.

Mitte der 70er Jahre wurde übrigens Schilinski ausgebootet, der sich seither auf den nahegelegenen Gastronomie- und Tagungsbetrieb „Modell Wasserburg" zurückgezogen hat und von dort aus den „Jedermann" redigiert. Anlaß des Zerwürfnisses war, daß Schilinski die „Dreigliederungsidee" in der Arbeit des „Achberger Kreises" nicht hinreichend vertreten sah, sich gegen den von Heidt repräsentierten Flügel aber nicht durchsetzen konnte.

In der Tat ist Heidt offensichtlich nicht gewillt, sein Projekt einer Sammlungsbewegung des „Dritten Weges" am Ausschließlichkeitsanspruch anthroposophischer Ideologien scheitern zu lassen. So heißt es in einer seiner diversen Schriften: „*Erst die Zusammenarbeit aller wird das volle Leben der Bewegung des Dritten Weges hervorbringen. Worauf sich die einzelnen Strömungen und Personen stützen, muß ganz in ihre Freiheit gestellt sein. Was dem einen Rudolf Steiner, ist dem anderen Karl Marx, Silvio Gesell, Max Stirner, Ferdinand Lasalle, Martin Buber, Gustav Landauer, Fürst Kropotkin oder wer auch immer. Viele werden sich auf das Christentum berufen, viele werden es nicht tun. Die Bewegung des Dritten Weges umfaßt beides*" (29). Und Heidt propagiert nicht nur wildesten Eklektizismus, sondern entwickelt auch selbst Fähigkeiten eines politischen Chamäleons. So liefert er beispielsweise für das unlängst im CSU-nahen Seewald-Verlag erschienene Buch „Die Grünen" einen Beitrag, in dem er vorzugsweise mit Gruhl-Zitaten operiert, während er andererseits in einem Brief an die Alternative Liste West-Berlin gegen den „Antikommunismus der reaktionären Kräfte" wettert und sich die „grüne Alternative" sogar als „Idealkommunismus" vorstellen kann (30).

Achberger Spektrum: Rosa-rot bis schwarz-braun

Im Laufe der Jahre ist es den Achbergern gelungen, unterschiedlichste Personenkreise für ihren „Dritten Weg" zu interessieren und in entsprechende Aktivitäten einzubeziehen. Neben Anthroposophen, die wie Heidt, Beuys, **Wilhelm Schmundt, Hans Erhard Lauer, Christoph Klipstein** u. a. zum engeren Kreis gehören, wären als Achberg-Anhänger bzw. -Unterstützer u.a. folgende Personen aufzuführen:

– **Günter Bartsch**; er ist Kuratoriumsmitglied des „Achberger Jahreskongresses" und hat im „Achberger-Verlag" ein Buch veröffentlicht („Vom Kronstadt – zum Achbergerlebnis; Die Assoziation der Einzelnen"). Bartsch ist seit seinem Ausstieg aus der KPD (Mitgliedschaft von 1947 - 53, u. a. stv. FDJ-Landesvorsitzender) als extremer Nationalist aufgefallen, mit starken **Sympathien für die „nationalrevolutionäre" bzw. „konservativ-revolutionäre" Szene.** Sein Buch „Revolution von rechts?" gilt als Standardwerk über die westdeutsche „Neue Rechte" und hat ihm daselbst reichlich Sympathien eingetragen.



Titelblatt der „Dreiglieder"-Zeitschrift „Jedermann"

Bartsch weiß übrigens zu berichten, daß auch **Henning Eichberg** (Pseudonym Hartwig Singer), Chefideologe der rechtsextremen Gruppe „**Sache des Volkes – NRAO**", bereits an Achberger Zusammenkünften teilgenommen hat.

Neben Buchveröffentlichungen in schwarz-braunen Verlagen (Herder-Verlag, Sinus-Verlag) betätigt sich Bartsch auch als Autor rechtslastiger Zeitschriften wie „Criticon" und „Student" („Student" fusionierte Anfang 1978 mit dem traditionellen Nazi-Hochschulblatt „Deutscher Studentenanzeiger" und bringt neben Beiträgen aus der rechten CDU/CSU-Szene auch solche neonazistischer Autoren). Auch offen neonazistische Blätter wie „MUT", „Unabhängige Nachrichten" u. a. haben bereits Artikel von Bartsch veröffentlicht.

– **Heinz Brandt**, Kuratoriumsmitglied; wechselte von der SPD zu den „Grünen" über, trat aber wegen „linksextremer Unterwanderung" wieder aus und rief für die Bundestagswahlen zur Wahl der SPD auf. H. Brandt hat sich als fanatischer Antikommunist einen Namen gemacht.



Wolf unter Schafen? Öko-Bauer Springmann

– **Prof. Ossip K. Flechtheim**, Kuratoriumsmitglied; er sympathisiert u. a. mit der oppositionellen jugoslawischen „Praxis-Gruppe". Flechtheim trat auch in Zusammenhang mit dem konservativen WSL auf, ist aber eher als Vertreter radikal-demokratischer Positionen bekannt.

– **Joseph Huber**; er hat im „Achberger-Verlag" sein Buch „Technokratie oder Menschlichkeit" herausgebracht und läßt in seinen Veröffentlichungen deutliche Übereinstimmung mit einer Reihe von Achberger Auffassungen erkennen. H. kommt aus dem SB, ist Mitinitiator des „Netzwerk Selbsthilfe" und mausert sich zusehends zum Ideologen der Alternativszene. Sein neuestes Buch – „Wer soll das alles ändern, Die Alternativen der Alternativbewegung" – ist im „Rotbuch-Verlag" erschienen.

– **Robert Jungk**, Kuratoriumsmitglied.

– Die „Prager Reformer"; u.a. **Ota Sik, Eugen Löbl, Jiri Kosta, Radoslav Selucky.** Die Genannten gehören allesamt dem Kuratorium des „Achberger Jahreskongresses" an. Anfänglich war auch **Ludek Pachmann** vertreten, der sich heute am rechten Rand der CDU/CSU bewegt („Bürgeraktion Demokraten für Strauß"). Pachmann nahm u. a. als Referent am „Achberger Jahreskongreß" 1973 teil.

– Als Referenten auf Achberger Tagungen aufgetreten sind desweiteren u. a. **Rudi Dutschke, Herbert Gruhl, August Haußleiter, Ivan Illich** und natürlich **Baldur Springmann.**

Gruhl, August Haußleiter, Ivan Illich und natürlich **Baldur Springmann.**

Nazis bündnisfähig ?!

Daß zumindest Heidt nicht gerade starke Neigungen verspürt, Kontakte mit Rechtsextremisten zu vermeiden, zeigt ein Vorfall, den wir bereits Ende letzten Jahres im AK dokumentierten. Damals hatte Heidt sich an einem Treffen diverser rechtsradikaler Vereine und Persönlichkeiten beteiligt, die in Koblenz zusammengekommen waren, um ihre Strategie zu den Bundestagswahlen zu beraten (Zu diesem Treffen eingefunden hatten sich u. a. die „Deutsche Bewegung für Demokratie" und die „Sammlungsbewegung Lebensordnung" des Faschisten **Walter Thal**, der langjährige Schönborn-Kompagnon **Hans Kaegelmann**, „Europa 2000 Liga für freie Völker" und die „Bürgerpartei"). Heidt verteidigte seine Teilnahme an dieser Zusammenkunft später mit der bemerkenswerten Feststellung: „*Soweit ich verstanden habe, was die anderen Anwesenden politisch denken und wollen, lag alles innerhalb des Selbstverständnisses der GRÜNEN*" (32).

Uns ist außerdem bekannt, daß Leute wie der Ludendorffer **Ernst Jäckel** (Redaktionsleiter des Blattes „**Biologische Zukunft**" der ludendorffschen „**Gesamtdeutschen Arbeitsgemeinschaft**") an Achberger Tagungen teilnehmen konnten ...

Der „Alternative Parteitag"

Für den 21. - 24.8.1980 hatten die Achberger zu einem „alternativen Parteitag" der Grünen aufgerufen, der im Rahmen ihres Jahreskongresses 1980 stattfand. Geworben wurde mit einem Parteitag ohne „*Delegations- und Abstimmungsmaschine, ohne Querelen, Streit und Taktieren, ohne Zwang zu Kompromissen, ohne Manipulationen und Frustrationen*" (33). Nach uns vorliegenden Informationen haben sich zu dieser Veranstaltung etwa 300 Personen eingefunden. Außer den Achbergern um Heidt & Co. war als Referent u. a. **Georg Otto** erschienen, sowie als „Stargast" **Rudolf Bahro.** Letzterer erhielt Beifall für seine Ankündigung, die politische Ökonomie des Marxismus in eine „politische Ökologie" umbauen zu wollen. Heidt erklärte bei diesem Anlaß, daß das Konzept der „Einheit in der Vielfalt", soweit es die Grünen anbetrifft, zunächst gescheitert sei. Er rechne damit, daß sich in naher Zukunft mehrere grüne Gruppierungen/Parteien konstituieren, die es dann – als grünes Bündnis – wieder zusammenzufassen gelte.

• • •

Derzeit ist kaum abzuschätzen, welche Bedeutung der „Dritte Weg" der Achberger zukünftig erlangen kann. In Anbetracht einer ideologisch wie organisatorisch desolaten Linken besteht allerdings die G e f a h r, daß derartige Scheinalternativen an Attraktivität gewinnen. Strömungen innerhalb der Alternativ-Szene, die – wie z.T. widergespiegelt in der „taz" – bereits von sich aus darangehen, „überkommene links/rechts-Fronten" einzureißen, könnten den „Dritte Weg"-Ideologen ihr Geschäft erheblich erleichtern.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Anmerkungen

Anmerkungen

1. W. Heidt, Der dritte Weg, Die notwendige Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus, 3. (ergänzte) Auflage, Achberg 1974, S. 111
2. zit. n. „Z", Sonderausgabe zur alternativen Wahlbewegung nach Karlsruhe
3. Achberger Resolutionsentwurf, Das Verhältnis der GRÜNEN zum Kommunismus
4. Grundsatzresolution von W. Heidt
5. vgl. AK Nr. 177,S. 1
6. s. AK Nr. 171,S. 6
7. zitiert nach: Johannes Hemleben, Rudolf Steiner in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek 1963, S. 89 f.
8. Angabe für das Jahr 1979
9. J. Hemleben, S. 120 ff
10. Interview der Zeitschrift „konkret" mit Joseph Beuys, „konkret" Nr.6/79
11. Grundsatzresolution von W.Heidt
12. Rhea Thönges im Gespräch mit Joseph Beuys, zit. aus: Materialien zur 1. Sozialistischen Konferenz, S. 80
13. „konkret" Nr. 6/79
14. vgl. u. a.: Das Internationale Kulturzentrum Achberg 1973, Berichte aus einer Werkstatt der Neuen Gesellschaft
15. zit. n. „pardon" Nr. 4/80
16. Beuys' Aufruf zur Alternative, veröffentlicht in der Frankfurter Rundschau vom 23.12.78
17. „pardon" Nr. 4/80
18. Broschüre: Aktion Dritter Weg/Aufbauinitiative, Idee und praktischer Versuch, eine Alternative zu den in Ost und West bestehenden Gesellschaftssystemen zu verwirklichen, S. 23
19. Heidt, Der Dritte Weg, S. 10
20. Diskussionsbeitrag zur Frage nach dem Weg der grünen, bunten und alternativen Kräfte ins Bundestagswahljahr 1980
21. vgl. u.a.: Achberger Programmentwurf ‚Das grüne Programm', Aktion Dritter Weg/Aufbauinitiative, Idee und praktischer Versuch ...
22. Materialien zur 1. Sozialistischen Konferenz, S. 82
23. Hemleben, S. 123
24. Heidt, Der Dritte Weg, S. 123
25. Heidt, Versuch einer Standortbestimmung. In: Das Internationale Kulturzentum Achberg 1973, S. 13
26. entfällt
27. Broschüre: Das freie Institut für Sizialforschung und Entwicklungslehre entsteht, Achberg 1973, S. 1
28. Aktion Dritter Weg/Aufbauinitiative, S. 53
29. Heidt, Der Dritte Weg, S. 129
30. Brief von W. Heidt an die Mitarbeiter der AL Berlin v. 14.2.80
31. entfällt
32. vgl. AK Nr. 169
33. aus dem Einladungsschreiben zum „alternativen Parteitag"

12. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier:

Chancen vertan



Der Beschluß über eine Unterschriftensammlung für das Verbot neofaschistischer Organisationen, eine Absage an die konzertierte Aktion, die Bereitschaft zum Kampf für die 35-Stunden-Woche sowie die Forderung nach einem gesetzlichen Verbot der Aussperrung, der Beseitigung der Berufsverbote und der Rücknahme des Brüsseler NATO-Beschlusses über die Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen in der BRD - das sind die herausragenden positiven Beschlüsse des 12. Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier, der vom 12. - 18. 10. in Augsburg stattfand.

Diese Entschließungen, die sich wohltuend von denen anderer Gewerkschaftstage (etwa der ÖTV oder der Postgewerkschaft) unterscheiden, zeigen, daß auf dem Gewerkschaftstag der DruPa eine ganze Reihe klassenkämpferischer Kollegen vertreten war. Die Chancen, die sich hieraus ergaben, wurden jedoch nicht voll genutzt.

Der Gewerkschaftstag entmündigt sich selbst

Eröffnet wurde der Gewerkschaftstag durch eine recht klassenkämpferische Rede des 1. Vorsitzenden L. Mahlein, die eine scharfe Absage an die Ideologie der Sozialpartnerschaft enthielt. In seiner Rede forderteMahlein, *„den Arbeitnehmern gesellschaftliche Orisame Stellung innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft einsehbar und den solidarischen Kampf für gemeinsame Ziele möglich (zu) machen... So müßte die fast ausschließliche Hinwendung (des DGB) zum Staat durch eine stärkere Besinnung auf eigene Möglichkeiten korrigiert werden... Recht auf Arbeit hat Vorrang vor Gewinninteressen. (Dies sei)* *den... Recht auf Arbeit hat Vorrang vor Gewinninteressen. (Dies sei)* *nicht realisierbar, solange man die Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Ökonomie akzeptiert und nur auf dieser Grundlage Arbeitnehmerpolitik macht."*

Die DruPa sei nicht bereit, *„sich unter Berufung auf eine sogenannte Ordnungsfunktion zur Feuerwehr der Unternehmer und ihrer Verbände degradieren zu lassen"*, man könne *„den Gewerkschaften nicht unter dem Schlagwort ‚Ordnungsfunktion' einen festen Platz im bestehenden System als solches zuweisen und jeglichen Reformen entziehen. Ebenso sei eine Sozialpartnerschaft abzulehnen".*

Einer solchen Orientierung entsprachen eine ganze Reihe von Anträgen zum DGB-Grundsatzprogramm, die forderten, *„präzise den prinzipiellen Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital, somit die Absage an Sozialpartnerschaft und Gemeinwohlideologie, zu fordern, das Bekenntnis zur Toleranz gegenüber den verschiedenen weltanschaulichen Positionen nicht zu streichen und auf fragwürdige Begriffe wie gerechter Lohn, innere Sicherheit, Gewerkschaften als Integrationsfaktor zu verzichten"* („Neue", 23.10.80).

Durch einen geschickten Antrag des aus dem rechten sozialdemokratischen Lager kommenden Delegierten Körner (Hauptvorstandsmitglied und Landesbezirksvorstand Nordmark) gelang es, diesen mehrheitsfähigen Anträgen ihre Verbindlichkeit zu nehmen. In einer Kampfabstimmung wurde mit 145 zu 101 Stimmen beschlossen, die Anträge zum Grundsatzprogramm nicht direkt zu beschließen, sondern lediglich als Material an den Hauptvorstand der DruPa zu überweisen. Für dieses Verfahren, das bei einem Teil der Delegierten stürmische Proteste hervorrief, sprachen sich auch Leonhard Mahlein und Detlef Hensche aus. Die Verfechter dieses Verfahrens führten an, daß man Flexibilität brauche, um für den DGB-Bundeskongreß zu mehrheitsfähigen Anträgen zu kommen. Dagegen sprach sich u.a. der Hamburger Delegierte Dieter Brumm aus: *„Ich meine nämlich, daß es manchmal besser ist, mit einer klaren Stellungnahme zu unterliegen, als um jeden Preis mehrheitsfähig zu bleiben."*

Kommunisten - Teil der Einheitsgewerkschaft?

Schon die Eröffnungsreden des Gewerkschaftstages deuteten eine Kontroverse um die Stellung der Kommunisten in der Einheitsgewerkschaft an, bei der sich später eine rechtere Position durchsetzen konnte. Mahlein hatte in seiner Eröffnungsrede festgestellt: *„Diese Einheitsgewerkschaft haben wir aktiv und mit allen Mitteln verteidigt, denn sie wurde im gemeinsamen Kampf in den Konzentrationslagern gegen den Faschismus geboren, und sie hat die historische Tradition, politische Richtungen und geistigen Strömungen zusammengeführt, sowie Christen, Sozialdemokraten, Kommunisten und Parteilose in einer gemeinsamen Organisation ver-* *ten, Kommunisten und Parteilose in einer gemeinsamen Organisation ver-**eint."*

Das konnte DGB-Chef Vetter nicht hinnehmen; und er war wohl auch deshalb zum Gewerkschaftstag der DruPa und nicht bei der Postgewerkschaft (die gleichzeitig tagte) angereist. Vetter erklärte in seiner Ansprache: *„Nicht alle Diskussionsbeiträge* (zum DGB-Grundsatzprogramm; D. Hensche hatte vor kurzem den DGB-Entwurf im Zentralorgan der DruPa scharf kritisiert; Anm. AK), *die bisher geleistet wurden, waren von der Einsicht und dem Geist geleitet, dieses Gut zu schützen und zu bewahren. Ich möchte hier nicht in Einzelheiten gehen... zwei Bemerkungen seien mir aber in diesem Zusammenhang erlaubt. Man sollte nicht glauben, die organisatorische Auseinandersetzung, die nunmal in unseren Reihen stattfindet, dadurch lösen zu können, daß man die historischen Wurzeln der Einheitsgewerkschaft verschleiert".* An der Gründung der Einheitsgeerkschaft *„haben auch Kommunisten mitgewirkt, was niemand in Abrede stellt... aber, liebe (!) Freunde, gewerkschaftliche Tradition oder einen theoretischen Beitrag zur Gründung und Bewahrung der Einheitsgewerkschaft haben sie nicht eingebracht".* Dieser Beitrag Vetters war eindeutig der Versuch, die ‚gemäßigten' Strömungen innerhalb der DruPa zu unterstützen und aufzufordern, gegen die linkslastigen Vorstellungen innerhalb der DruPa, die bis in den geschäftsführenden Hauptvorstand reichen, vorzugehen und sie zurückzudrängen.

Diese Anregungen Vetters wurden aufgegriffen. Aus Hessen lag ein Antrag vor, in dem es heißt: *„Wir fordern den Hauptvorstand der DruPa auf... der uns von außen aufgezwungenen Diskussion um eine kommunistische Unterwanderung Einhalt zu gebieten, die lediglich dazu führt, daß sich die Gewerkschaften innerlich zerfleischen, somit ihre Kampf- und Handlungsfähigkeit schwächen und der unternehmerischen Strategie in die Hände arbeiten würde. In der Einheitsgewerkschaft hat jeder Platz, egal ob Christ oder Kommunist oder was auch immer er für eine Religion oder Weltanschauung hat".*

Der Jugendsekretär Ingo Lehmann (auf Oberursel-„Linie" liegend) stellte daraufhin einen Gegenantrag, in dem zwar eine kommunistische Unterwanderung bestritten wird, es aber heißt, da es auch kommunistische Kollegen in manchen Gremien gebe, müsse eine Diskussion geführt werden.

Um die nötige Stimmung aufkommen zu lassen, ging wiederum der Delegierte Körner ans Rednerpult: *„Für ihn gehörten ebenfalls Kommunisten zur Einheitsgewerkschaft. Gleichzeitig denunzierte er aber den kommunistischen* (DKP, Anm. AK) *Delegierten E. Carlebach, dieser habe H.O. Vetter diffamiert. E. Carlebach hatte mutig Vetters Behauptungen widersprochen, Kommunisten hätten keinen Beitrag zur Einheitsgewerkschaft geleistet... Körner beantragte, die Passage zu streichen: ‚Sozialdemokratische, kommunistische, liberale, christliche und parteilose Kollegen haben die Einheitsgewerkschaft aufgebaut und ihr zur heutigen Stärke verholfen'* " (nach: „Neue", 25.10. 80).

Empörung und Unruhe wurde daraufhin unter vielen Delegierten deutlich, und um es nicht zu einer Kampfabstimmung kommen zu lassen, zogen die Delegierten aus Hessen ihren Antrag zurück, worauf auch Körner seinen Antrag zurückzog. Mit großer Mehrheit wurde dann beschlossen: *„Einheitsgewerkschaft hat nichts mit Sozialpartnerschaft zu tun, sondern ist vielmehr die in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern der Nazis geborene solidarische Einheit aller Gewerkschafter gegen die Willkür des Kapitals".* Damit hatte der ‚gemäßigte' Teil der Delegierten es geschafft, die Benennung der Kommunisten (die in der entsprechenden Eröffnungsansprache Mahleins enthalten war) rausfallen zu lassen. Dieser Passus ist zwar immer noch ein ganzes Stück besser als der Entwurf des DGB-Bundesvorstands zum Grundsatzprogramm, zeigt aber recht deutlich, wie die Grenzen innerhalb der DruPa selbst verlaufen. Mahlein und Hensche, die ja indirekt auch mitangegriffen waren, haben sich aus dieser Debatte völlig rausgehalten.

Kampf für Frieden und Abrüstung

Auch in diesem Punkt wurden, nachdem Kritik aus dem rechten Lager gekommen war, Abstriche von den vorliegenden Anträgen gemacht und Kompromißanträge verabschiedet. Aus einem Antrag der Bundesfrauenkonferenz wurden alle konkreten Forderungen, die sich gegen die Politik der Bundesregierung richten, herausgestrichen: gegen die weitere Erhöhung des Rüstungshaushaltes, gegen den Bau der Neutronenbombe und ihre Stationierung in der BRD, für die Senkung des Rüstungshaushaltes und für einen konstruktiven Beitrag der Bundesregierung bei Abrüstungsverhandlungen.

Unterschriftensammlung für das Verbot neofaschistischer Organisationen beschlossen

Obwohl also auf dem Gewerkschaftstag in wichtigen Fragen klassenkämpferische Positionen abgeschwächt wurden, gibt es doch eine Reihe von wichtigen Beschlüssen, die für die gewerkschaftliche Arbeit in den nächsten Jahren nützlich sein werden. Hervorgehoben sei hier der Antrag ‚Maßnahmen gegen den Neofaschismus in der BRD', in dem es heißt: *„Die IG Druck und Papier führt im Abschluß an den Gewerkschaftstag eine Unterschriftensammlung ‚Für das Verbot neofaschistischer Organisationen' durch. Sie wendet sich auch an die anderen DGB-Gewerkschaften, das gleiche zu tun. Die Unterschriften werden der Bundesregierung überreicht."* Für diese Initiative sollten sich auch die Kollegen in den anderen DGB-Gewerkschaften tatkräftig einsetzen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft
(Unter Verwendung eines uns vorliegenden Artikels eines Drucker-Genossen)

Die Krise und die Jagd auf Kranke

In ARBEITERKAMPF 186 hatten wir über die internen Anweisungen der Kapitalistenverbände berichtet, in der Krise schärfer Jagd auf kranke Arbeiter zu machen. In einem Verhaltenskodex wurden entsprechende Tips gegeben.

Die Gewerkschaftszeitung „Metall" vom 22.10.80 berichtete über konkrete Auswirkungen dieser Kampagne:

- Als ihr Sohn tödlich verunglückt war, erlitt eine Kollegin in einem niederbayrischen Metallbetrieb einen Herzinfarkt. Sie erhielt vom Kapitalisten unter Hinweis auf ihre vielen „Fehltage" die Ankündigung: *„Sie gefährden die Sicherheit Ihres Arbeitsplatzes".*
- Ein tunesischer Arbeiter der Firma Kanal-Müller in Detmold erhielt wegen zu vieler Krankheitstage die Kündigung. Unter die aufgeführten „Fehltage" wurde auch der Urlaub gerechnet.
- Ein Betriebsratskollege der Gießerei Stockey & Schmitz in Gevelsberg hatte nach zwei schweren Arbeitsunfällen 34 „Fehltage". Er erhielt ein Schreiben, in dem darauf hingewiesen wurde, *„daß der Kündigungsschutz nur bedingt im Krankheitsfall gültig ist".*
- Die Beschäftigten der Hammerwerke Müller im Sauerland traten in einen Proteststreik, als mehrere Kollegen Drohbriefe des Kapitalisten wegen zu viel Krankheit und *„Unzuverlässigkeit"* erhalten hatten.

Welche Blüte diese Kampagne treibt, beweisen zwei Zitate der „Metall" von Unternehmervertretern. Der Betriebsarzt der Wilhelmshavener Olympia-Werke referierte auf einer vertraulichen Sitzung vor Unternehmern: *„Unter den Kranken gibt es ein Heer von Psychopathen und Psychoneurotikern, die gar nicht krank sind".* Und der Präsident des Bundesverbandes Metall (Vereinigung der mittelständischen Metallunternehmen), Rolf Hasenclever, griff das ganze System der Sozialleistungen an, womit dieser Staat *„durch eine völlig verfehlte Sozialgesetzgebung den Faulen, Drückebergern und Scheinkranken zu einem arbeitsfreien und glücklichen Leben verhelfen"* würde.

Diese konkrete betriebliche Umsetzung der von Lambsdorff eingeleiteten Kampagne gegen „Faulheit" für mehr „Leistung" findet hier Früchte.

Betriebliche und gewerkschaftliche Gegenwehr tut not.

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

ITT

ITT Bauelemente Gruppe Europa

Frau
[redacted]

[redacted]

[redacted] [redacted] 237 [redacted]

Ihre Fehlzeiten

Sehr geehrte Frau [redacted]

Sie hatten in Verbindung mit dem Betriebsurlaub im Jahre 1979 eine Fehlzeit mit Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung.
Außerdem haben Sie auch sonst außergewöhnlich hohe Fehlzeiten.

Ihre Fehlzeiten verursachen erhebliche Störungen des Betriebsablaufs.

Die diesjährigen Werksferien beginnen demnächst.
Wir erwarten, daß Sie nach Ihrem Urlaub pünktlich die Arbeit wieder aufnehmen.

Wir weisen Sie darauf hin, daß wir ärztliche Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen eines ausländischen Arztes in Zweifel ziehen und keine Lohnfortzahlung leisten werden.
Sie haben damit die Notwendigkeit, den Nachweis zu erbringen, daß es sich bei der Fehlzeit um eine wirkliche krankheitsbedingte Arbeitsunfähigkeit gehandelt hat.

Mit freundlichem Gruß

STANDARD ELEKTRIK LORENZ AG
Unternehmensgruppe Bauelemente
Werk Esslingen
Personal- und Sozialwesen

-Baun-

„Wir weisen Sie darauf hin, daß wir ärztliche Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen eines ausländischen Arztes in Zweifel ziehen und keine Lohnfortzahlung leisten werden".
Jagd auf Kranke und Ausländerhetze aus der Feder der Kapitalisten.



Auch in den letzten vierzehn Tagen gab es wiederholt Warnstreiks bei der Post. Im Bild: Marburger Briefsortiererinnen

Post-Angebot nur für ein Viertel der Schichtarbeiter

In der Posttarifrunde fordert die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) (wie im letzten ARBEITERKAMPF berichtet) keine Lohnerhöhung, sondern im wesentlichen eine anderthalbfache Anrechnung von Schichtarbeit auf die Arbeitszeit.

Die bisherigen Angebote des Postministers Gscheidle laufen darauf hinaus, daß nur ein kleiner Teil der Schichtarbeiter einen Freizeitausgleich von drei Freischjchten bekommen soll. Das Angebot gilt erst ab einer festgelegten Nachtschichtstundenzahl und schließt damit Teilzeitkräfte und auch viele Spätschichtler aus. Die DPG schätzt, daß nur 50.000 von 200.000 Schichtarbeitern in den Genuß dieser Freischichten kommen würden. Die DPG hat diese Angebote vom Volumen und von der Struktur her als unbefriedigend abgelehnt, während das Bundespostministerium erklärt, daß das Angebot nicht mehr verändert werden könne.

Die Bonner Ministerien steuern offensichtlich auf eine einheitliche Regelung für den gesamten Öffentlichen Dienst hin. Auch die ÖTV und die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) haben Verbesserungen für die Schichtarbeiter gefordert.

Die Deutsche Postgewerkschaft hat jetzt das Bundespostministerium aufgefordert, bis zum 3. November ein akzeptables Angebot vorzulegen, sonst seien zentral gesteuerte Streikaktionen nicht mehr auszuschließen.

(wie im letzten ARBEITERKAMPF berichtet) keine Lohnerhöhung, sondern im wesentlichen eine anderthalbfache Anrechnung von Schichtarbeit auf die Arbeitszeit.

Die bisherigen Angebote des Postministers Gscheidle laufen darauf hinaus, daß nur ein kleiner Teil der Schichtarbeiter einen Freizeitausgleich von drei Freischjchten bekommen soll. Das Angebot gilt erst ab kräfte und auch viele Spätschichtler aus. Die DPG schätzt, daß nur 50.000 von 200.000 Schichtarbeitern in den Genuß dieser Freischichten kommen würden. Die DPG hat diese Angebote vom Volumen und von der Struktur her als unbefriedigend abgelehnt, während das Bundespostministerium erklärt, daß das Angebot nicht mehr verändert werden könne.

Die Bonner Ministerien steuern chen Dienst hin. Auch die ÖTV und die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) haben Verbesserungen für die Schichtarbeiter gefordert.

Die Deutsche Postgewerkschaft hat jetzt das Bundespostministerium aufgefordert, bis zum 3. November ein akzeptables Angebot vorzulegen, sonst seien zentral gesteuerte Streikaktionen nicht mehr auszuschließen.

Duofrost-Kollegen: Heißer Empfang für Konzernchef Dürr

Einen ersten Erfolg gegen die brutale Sanierung des AEG-Konzerns konnten die Kollegen des Kostheimer Kühlschrankwerks Duofrost erreichen. Sie bewiesen, daß sie nicht nur etwas von Kühlung, sondern auch von „heißen Empfängen" verstehen. Als am 9. Oktober der Konzernchef Dürr anreiste, um bei der Vernichtung von mehr als 800 Arbeitsplätzen selbst mit Hand anzulegen, stellten 1.200 Kollegen die Arbeit ein und machten die Werkstore zu.

Schon in den vergangenen drei Jahren war die Belegschaft immer wieder durch Kurzarbeit gebeutelt worden. Absatzschwierigkeiten waren so auf Kosten der Belegschaft ausgetragen worden. Dann legte die Geschäftsführung noch einen Zahn zu: Am 19. September dieses Jahres erfuhr der Betriebsrat, daß 130 Arbeitsplätze vernichtet werden sollten. Nach und nach kam heraus, daß es dabei nicht bleiben sollte. Im Wirtschaftsausschuß gab die Geschäftsleitung ihre Planung bekannt, zukünftig nur noch den Teilbereich Kühltruhen und ein Zentrallager zu erhalten – mindestens 800 Arbeitsplätze sollten abgeschafft werden. Das, so der IGM-Sekretär Gunkel, *„sah aus wie der Anfang vom Ende"*.

Eine Woche später führte der Betriebsrat für beide Tagesschichten Betriebsversammlungen durch, die sehr gut besucht waren und lebhaft verliefen. Hier wurde auch bekannt, daß sich Ober-Sanierer Heinz Dürr für den nächsten Tag angesagt hatte.

Die spontane Arbeitsniederlegung am nächsten Tag brachte erste greifbare Erfolge. Angesichts der eindrucksvoll bewiesenen Abwehrbereitschaft entschied Dürr in Verhandlungen mit Betriebsrat und Gewerkschaftsvertretern, daß die Produktion von Gefrierschränken auch in Zukunft weiterläuft und daß es in diesem Jahr auf keinen Fall mehr zu Massenentlassungen kommt. Darüber hinaus stimmte Dürr der Bildung einer Kommission aus Vertretern der Geschäftsleitung und des Betriebsrats zu, die die für 1981 geplanten Rationalisierungsmaßnahmen verhandeln soll. Der Betriebsrat will sich dafür einsetzen, daß ein Personalabbau nicht durch Massenentlassungen, sondern durch Nichtersatz der Fluktuation sowie durch Abfindungsverträge vorgenommen wird.

Die Arbeitsplätze bei Duofrost sind also keineswegs endgültig gesichert. Die Belegschaft hat aber durch ihre schlagkräftige Aktion eine bessere Ausgangsposition und ein gestärktes Selbstbewußtsein erlangt. Diese Kampferfahrung wird sich möglicherweise erneut bewähren müssen, wenn die Kapitalisten, nachdem sie ihren „harten" Kurs zunächst korrigiert haben, die gleichen Ziele auf „weichem" Wege mit Hilfe der Sozialpartnerschaft erreichen wollen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Forderung an die GEW: Solidarität mit den Lehrern der Sutep

Forderung an die GEW: Solidarität mit den Lehrern der Sutep

Hierzulande setzt sich GEW–Chef Erich Frister gegen Lehrerstreiks zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit der Begründung ein, er könne es *„nicht verantworten, eine Reihe von Kollegen der Gefahr auszusetzen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren"* („FR", 28. 10.80). International hat Frister, der zugleich Präsident der Internationalen Vereinigung Freier Lehrergewerkschaften (IVFL) ist, noch weniger Skrupel. Er verweigert die Solidarität mit der peruanischen Lehrergewerkschaft SUTEP, die im letzten Jahr einen mehrmonatigen Streik gegen die unzureichende Bezahlung der peruanischen Lehrer organisierte, was zur zeitweiligen Suspendierung von 7000 SUTEP–Lehrern führte. Zynische Begründung Fristers: die SUTEP gehöre nicht der IVFL an, daher könne man nicht mit ihr solidarisch sein.

Über diese Unverschämtheit hatten wir bereits im AK 185 (S. 34) informiert, wobei wir die Begründung für die Verweigerung der Solidarität fälschlicherweise für eine Stellungnahme der Redaktion der „Erziehung & Wissenschaft" hielten, der wir damit entschieden zuviel Eigenständigkeit zubilligten. Tatsächlich hatte die „E & W" nur ein Schreiben Fristers an die Mitglieder des Hauptvorstandes abgedruckt, ohne dies als Meinung Fristers kenntlich zu machen.

Inzwischen hat sich in der GEW–Mitgliedschaft erster Protest gegen das Frister–Schreiben geregt. In einem ‚Offenen Brief an die Mitglieder des Hauptvorstandes' schreibt eine Gruppe von Bremer GEW–Kollegen: *„Hinter dem Schreiben des Kollegen Frister steht die Forderung nach gewerkschaftlichem ‚Wohlverhalten', nach Anpassung und Aufgabe politischer Prämissen als Voraussetzung für ‚Solidarität' der GEW bzw. des IVFL. Ohne die Bedingungen zu berücksichtigen, unter denen oppositionelle Gewerkschaften wie die SUTEP in Peru existieren und arbeiten müssen, wird mit den ‚Vorbedingungen für solidarische Unterstützung' ein unverantwortlicher Einfluß auf eine Lehrergewerkschaft der Dritten Welt ausgeübt"*.

Ein Hamburger Lehrer schreibt in einer Stellungnahme in der „Hamburger Lehrerzeitung" (Zeitung der Hamburger GEW, Nr. 10/80): *„Frister versucht also ganz offensichtlich eine auch während der Zeit der Militärdiktatur kämpferische, den breiten Rückhalt der Lehrerschaft findende Gewerkschaft zu schwächen. Den Lehrern der SUTEP gehört auch weiterhin unsere Solidarität"*.

Es liegt jetzt an den fortschrittlichen Delegierten, diesen Vorgang auch auf dem am 30.10. beginnenden Gewerkschaftstag der GEW anzusprechen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Tagung des Büro für Betriebsfragen: »Gesundheit am Arbeitsplatz«

Am 18. und 19. Oktober fand in Bochum eine Arbeitstagung zum Thema gesundheitliche Belastungen am Arbeitsplatz statt. Etwa 70 Kolleginnen und Kollegen vor allem aus Metall- und Chemiebetrieben und einige fortschrittliche Juristen und Wissenschaftler nahmen daran teil.

Nach einem Einleitungsreferat, das zeigte, wie die Gesundheit am Arbeitsplatz von Berufsgenossenschaften, Werksärzten, Gewerbeaufsichtsämtern usw. allenfalls „verwaltet" und keineswegs geschützt wird, trafen sich die Arbeitsgruppen. In den drei Arbeitsgruppen (Schadstoffe, Lärm, Schichtarbeit) wurden neben konkreten Berichten aus den Betrieben einige Kurzreferate gehalten, z.B. über rechtliche Möglichkeiten des Kampfes gegen Lärmbelastung.

In der Diskussion: Wie kämpfen Linke gegen die Gesundheitsgefährdung?

In den betrieblichen Berichten wurden viele gesundheitliche Belastungen aufgezeigt, die häufig auch gegen Vorschriften verstoßen. Der Kampf dagegen ist noch sehr unentwickelt. Der Widerstand erschöpft sich meist in mühseliger Kleinarbeit von linken Betriebsräten und in Diskussionen und Untersuchungen an Arbeitsplätzen und Aufklärung der Kollegen über gesundheitliche Gefahren.

Das war dann auch das Hauptthema der Plenumsdiskussion am zweiten Tag. Die Teilnehmer standen faktisch alle vor der Situation, daß wir eine Reihe von gesundheitsschädlichen Einflüssen am Arbeitsplatz kennen (allerdings längst nicht alle), um diese Fragen diskutieren und für die Abschaffung dieser Einflüsse eintreten. Dabei ist die Bereitschaft der Kollegen, an Aktionen mitzuziehen, denkbar gering, und Versuche, über die Gewerbeaufsicht und Berufsgenossenschaften etwas zu erreichen, verwässern und versacken häufig in den Instanzen.

Die Frage war, was können wir zum Schutz der Gesundheit tun?

Ein Anstoß für uns, das Thema mehr in das Blickfeld zu rücken, gab uns die Ökologiebewegung, sagte ein Teilnehmer. Dadurch kamen Umwelt- und Schadstoffbelastungen mehr ins Gespräch. Mehrere Kollegen betonten in ihren Ausführungen, daß es zunächst mal einer mühsamen Basisarbeit bei den Kollegen bedarf, um ein stärkeres Bewußtsein über die gesundheitlichen Gefahren zu entwickeln. Die Kollegen kennen zwar häufig die Gefahren, verdrängen die Probleme aber permanent. Die schleichende Gefährdung durch Schichtarbeit und Schadstoffe wird leichter verdrängt als z. B. die Gefahr von Arbeitsunfällen.

Dagegen wurde argumentiert, daß wir in eine Sackgasse gehen würden, wenn wir in erster Linie gegen diese Gefahrenverdrängung bei den Kollegen arbeiten. Dadurch würden wir die Kollegen selbst zum Buhmann machen. Es ist nicht unsere wesentliche Aufgabe, die Kollegen gesundheitsbewußter zu machen, sondern eher aufzuzeigen, warum unsere Arbeitsbedingungen so sind und warum sie sich verschlechtern.

Darauf kamen einige Beispiele, wie es selbst bei Linken im Betrieb aussieht; daß auch wir manchmal die Gefahr von Gesundheitsschäden billigend in Kauf nehmen, wir selbst gegen Unfallverhütungsvorschriften verstoßen o. ä. Auch als linke Kollegen müssen wir uns klarmachen: Wenn wir an einem stark belasteten Arbeitsplatz nicht in absehbarer Zeit Änderungen durchsetzen können, gehen wir entweder kollektiv mit kaputt oder hauen individuell in den Sack. Auch gerade von uns selbst ist ein viel bewußteres und konsequenteres Auftreten notwendig. Zu den Gründen, warum wir den Kapitalismus bekämpfen, gehören doch schließlich die unmenschlichen Arbeitsbedingungen, die uns kaputt machen.

Verschiedene andere Beiträge forderten ebenfalls als Aufgabe, stärker auf die Einhaltung der Gesetze und Vorschriften zu pochen. Dabei müßten wir zu den Problemkreisen Untersuchungsarbeit leisten und uns zu Spezialisten heranbilden. Auch wenn wir uns dann in solcher Rolle sehen, daß wir es sind, die dafür eintreten, die sozialdemokratischen Bestimmungen und Gesetze in den Betrieben durchzusetzen (Bestimmungen und Gesetze, die zur „Verwaltung der Gesundheit" dienen sollen und z. B. Schadstoffbelastungen noch absegnen).

Dagegen wandten einige ein, daß wir auch die sein müssen, die diese Gesetze entlarven und darstellen, daß sie nicht ausreichen. Sie hatten vorausgeschickt, daß sie sich auch ständig für die minimalen Schutzvorschriften einsetzen würden. Aber je mehr wir uns in die konkreten Bestimmungen und Probleme einarbeiten und zu Spezialisten werden, desto mehr kommen wir in die Gefahr, eine Politik linker Sozialdemokraten zu betreiben.

Die Gewerkschaften stärker auf Gesundheitsschutz verpflichten

In der Diskussion gab es einige Beiträge zur Arbeit der Gewerkschaften auf dem Gebiet des Gesundheitsschutzes. In den Betrieben läuft von dieser Seite wenig. Wir dürfen aber die Gewerkschaften nicht rechts liegen lassen. Häufig unterbleibt der Versuch, die Auseinandersetzung darum in gewerkschaftliche Organisationen zu tragen. Ansätze können z. B. auch die DGB-Vorstellungen zur Humanisierung der Arbeit sein. An solchen Programmen könnten wir ansetzen und die gewerkschaftlichen Würdenträger in Ortsverwaltungen und Betrieben zwingen, dafür konkret einzutreten.

Einen kurzen Meinungsaustausch gab es noch zur Frage, was können wir derzeit an der Gesundheitsfront in Gang setzen. Eine Ansicht dazu war, daß derzeit kaum etwas in Bewegung zu bringen sei, höchstens in einzelnen Betrieben an einzelnen spektakulären Verschlechterungen. Dagen äußerte einer den Standpunkt, daß wesentliche Kämpfe der Arbeiter eben nicht Lohnkämpfe sein, sondern um Verbesserung der Arbeitsbedingungen gehen, und nannte in diesem Zusammenhang den Kampf der Stahlarbeiter um die 35-Stunden-Woche und den gegenwärtigen Konflikt bei der Post um einen Freizeitausgleich für Nachtschichten.

Die Bochumer Tagung „Gesundheit und Arbeitsplatz" hat zunächst mal gezeigt, daß die Betriebs-Linken alle etwa vor den gleichen Problemen stehen. Es sind auch einige (bescheidene) Ansätze gezeigt worden, auf denen wir weiterkommen können. Die Diskussionserfahrungen dieses Treffens sollen ausführlich im nächsten Rundbrief des „Büro für Betriebsfragen" (Bochum) veröffentlicht werden.

Ein Teilnehmer

Frauen-Malochetreffen am 8./9. November

Am 8./9. November findet in Bochum das nächste Frauen-Maloche-Treffen statt. Als Themen sind diesmal vorgesehen:

- **Eingruppierung und Lohnstrukturen bei Angestelltinnen**
- **Akkordsysteme und ihre Auswirkungen**
- **Zusammenarbeit mit ausländischen Arbeiterinnen.**

Wer Interesse an diesem Treffen hat, soll sich möglichst schnell anmelden bei:

Almuth Riedel und Malin Bode
Hernerstr. 370
4630 Bochum
Tel. 0234/53773 oder 772094

Dort können die Vorbereitungspapiere bestellt werden.

Über die gleiche Adresse kann eine Broschüre „Frauen-Maloche-Treffen" bestellt werden, die einen Überblick über die bisherigen Diskussionen auf vier Treffen enthält.

»Wir bleiben dabei nicht objektiv und sachlich...«



Zum ersten Mal hat sich eine Frauenredaktion an dem „Kritischen Gewerkschaftsjahrbuch 1980/81 'Moderne Zeiten – alte Rezepte' " beteiligt. Frauen, die in den Betrieben und Gewerkschaften seit vielen Jahren aktiv arbeiten, haben sich die Zeit genommen für den über 50 Seiten starken Frauenteil in diesem Buch, obwohl sie Kinder und Familie haben, einem Beruf nachgehen und gewerkschaftlich aktiv sind.

Die Frauenbeiträge spiegeln zum einen die vielfältigen Probleme der arbeitenden Frauen in der heutigen Situation wider, sei es die doppelte Unterdrückung durch den Kapitalisten und den Ehemann/Freund, die doppelte Arbeitsbelastung zwischen Beruf und Familie, oder sei es der Kampf aktiver Gewerkschafterinnen, die sich sowohl gegen die Willkür der Kapitalisten als auch gegen die Frauenfeindlichkeit in den Gewerkschaften und linken Betriebsgruppen zur Wehr setzen müssen. Zum anderen zeigen die Beiträge, wie unterschiedlich das politische Bewußtsein der arbeitenden Frauen ist und wie notwendig es doch ist, die Entwicklung der Frauen im einzelnen zu betrachten. Während die Frauen der Stahlarbeiter im Streik 1978/79 ihren Männern tatkräftig zur Seite gestanden haben und die Versorgung der Streikposten übernahmen, beschreiben andere Frauen, wie schwer es ist, die Konkurrenz unter Frauen am Arbeitsplatz zu bekämpfen. Aktive Gewerkschaftsfunktionärinnen berichten über ihre Erfahrungen mit der gewerkschaftlichen Frauenarbeit und üben scharfe Kritik an den männlichen Gewerkschaftsfunktionären. Wie sehr auch die linken Gewerkschafter die Rollenverteilung von Mann und Frau drauf haben, zeigt der Bericht einer Frau aus der „Plakat"-Betriebsgruppe. Insgesamt geben die Berichte der Frauen viel Stoff zum Nachdenken über unsere Arbeit mit Frauen. Wir wollen deshalb wesentliche Teile der Berichte zu einem Artikel zusammenfassen. Dieser Artikel sollte uns auch dazu veranlassen, die vielen offenen Fragen unserer Frauenarbeit im Betriebs- und Gewerkschaftsbereich stärker zu diskutieren.

„Hausarbeit – was ist das schon?"

Eine Frauenprojektgruppe hat die Lebensgeschichten von ca. 30 Frauen unter dem speziellen Aspekt Beruf und Familie aufgeschrieben. Die befragten Frauen kommen hauptsächlich aus Büroberufen oder sind Kassiererinnen, sie haben fast alle Kinder und sind verheiratet. Die Erfahrungen dieser Frauen zeigen, wie sehr sie mit dem Bewußtsein, für die Hausarbeit und Familie zuständig zu sein, in Konflikt mit ihren eigenen Interessen geraten. Eine Kollegin berichtet: „*Ich konnte also abends weg, aber – ich bin nicht meine eigenen Wege gegangen, sondern dann bin ich mit zur Versammlung gegangen. Es ging eigentlich nicht drum, ob ich hingeh, sondern: Ob er geht und ich mit, woll'n mal so sagen, nich. Es war also nich, daß ich sag: Ich geh dahin, kommst du mit? sondern umgekehrt. Wenn die Kinder krank gewesen wärn, wär ich zu Hause geblieben*". Eine andere Kollegin sieht nach vielen Jahren Erfahrungen die zu ihrem Beruf zusätzliche Arbeit im Haushalt so: „*Ich hab ja nie gewußt, daß'n Mann so arbeitsaufwendig ist! Da muß man immer Hosen bügeln oder Hemden – dann hat er Hunger! Entweder hab ich gebügelt oder stand am Kochtopf oder hab was gewaschen für ihn oder sonstwas...*". Viele der Ehemänner der befragten Frauen sehen in der Hausarbeit keine Arbeit, sondern spielen diese als „eine reine Frage der Organisation" herunter. Wenn die Frauen dann Hilfe von ihren Ehemännern verlangen, hören sie oftmals: „*Ich hab doch einen ganzen Tag lang schon gearbeitet*". Die Erziehung der Frauen führt dann oft dazu, daß sie die Hausarbeit selbst als nebensächlich abtun „*...er mit seinen großen Problemen... dagegen sind meine wirklich klein...*". Die Beziehungsarbeit der Frauen ist mühselig, ihre Männer wollen ihr Privileg nicht freiwillig aufgeben. „*Daß er genausoviel Pflichten im Haushalt hat wie ich – das sieht er nicht ein! Das geht irgendwo nicht in seinen Kopf rein, da muß ne Sperre sein!*"

Die Berufstätigkeit wird von den meisten Frauen als eine Übergangsregelung – bis die Schulden bezahlt sind oder die Kinder zur Schule müssen – gesehen. Als die sogenannten „Mitverdienerinnen" haben die Frauen dann weniger Rechte, einen Arbeitsplatz zu beanspruchen. Oder die Kapitalisten beuten die Frauen als billige Arbeitskräfte aus, schieben sie schneller ab, wenn die Rationalisierungen oder Wirtschaftskrisen dies erfordern. Auch die Bildung oder Weiterbildung der Frauen steht immer erst nach den Kindern oder nach dem Mann zu Debatte. „*Das geht also so, daß mein Mann sich also durch die Gewerkschaft schulen läßt – hat er noch nie gefragt also, ob ich vielleicht was dagegen hätte! Ich hab auch nichts dagegen. Also er hat ja niemals Widerstand gehabt. Aber wenn ich das mach: ich bin am Wochenende nicht da, nicht, dann ist das also schon – ! Ach, es gibt keinen Krach, nein. Aber da ist irgendwo ne Verärgerung, die er natürlich nicht ausspricht. Auf einmal kommt dann nachher ne Kleinigkeit, da geht das ja dann ja los, nich. Aber er sagt: Es geht einfach nicht, beide...*". Dieser Druck verschärft sich noch mehr, wenn die Frauen ihren eigenen Interessen nachgehen wollen. Schuldgefühle gegenüber dem Mann und den Kindern sind nicht selten und die liegengebliebene Hausarbeit wird häufig dann doch auf Kosten der eigenen Interessen von den Frauen durchgeführt. Frauen, die sich auch in der gewerkschaftlichen Arbeit engagieren, fühlen sich oft innerlich zerrissen und befürchten, Wichtiges zu vernachlässigen. Immer wieder stehen die Frauen unter Druck „*wer verdient und wer bedient*", auch von den Gewerkschaftsfunktionären bekommen sie zu hören, „*das ist eben das große schwierige Problem, daß man zu wenig Frauen aktivieren kann... Sie tun nicht zu wenig, sie tun nur zu wenig für ihre Interessen. 'Solange wir von den Kollegen unterdrückt werden, die Frauen, auch in den Gewerkschaften – wir brauchen ja nur einmal die Sekretäre ansehen – sie wollen ja auch – sie schicken ihre Frauen ja auch nicht zur Arbeit, nur damit sie zu Hause bedient werden! Die wollen ja auch keine aktiven Frauen! Und so lange ist es nicht geklärt. Ist noch nicht genug durchdacht, das ganze Problem – auch in der Gewerkschaft. Ich meine, da müßte auch viel mehr Aktivität (auch von Männern!) herkommen, denn es gibt ja noch große Frauenprobleme...*".



aus einer sozialdemokratischen Mai-Zeitung von 1907 (S.1)

„ja und dann sind die Frauen eigentlich ganz von selbst gekommen..."

Wie ungern Aktivitäten von Frauen gesehen werden – auch von Gewerkschaftern – zeigt der Beitrag von Eva Fetz und Wilma Mohr. Sie haben ein Interview mit Frauen von den Stahlarbeitern der Mannesmann-Hüttenwerke in Duisburg-Huckingen durchgeführt. Alle Frauen haben aktive Streikunterstützung für die 35-Stunden-Woche im Stahlarbeiterstreik 1978/79 geleistet. Das Interview wurde in der vorliegenden Buchfassung vom Betriebsratsvorsitzenden abgelehnt, kurze Zeit nach dem Interview wurde sogar ein Beschluß gefaßt, „*keinerlei Informationen und Stellungnahmen zum Streik mehr herauszugeben*". Die interviewten Frauen waren alle für die Veröffentlichung, die Schreiberinnen stellen fest: „*So schnell gerät man mit einem harmlosen Interview in die Räder der Disziplinierung der großen IG-Metall*".

Die Frauen haben mit dem Streik ihrer Ehemänner und ihrer Unterstützungsarbeit eine Unmenge von konkreten Erfahrungen gemacht, so haben sie z.B. das Verhalten der politischen Parteien zum Streik wie folgt charakterisiert: „*Die haben aus allem eine Schau gemacht*". Eine Frau beschreibt: „*Aber dann kam die SPD auf Nikolaus. Ein Waschkorb voll mit 22 fertigen Tüten. Wir Frauen sollten die verteilen an die Kollegen, die Kinder haben. Da unten standen 500 Leute und davon haben 480 Kinder. Jetzt verteile mal 22 Tüten. Ich hab mich geschämt. Ich hab gesagt, die verteile ich nicht, die können sie wieder mitnehmen. Ich hab das kaum gesagt, da kommt der Ortsvereinsvorsitzende ganz aufgeregt rauf, ich brauch den Korb wieder. Die Presse ist da, die soll das fotografieren, wie ich das abgebe*". Über die Solidaritätsarbeit der Frauen und vieler Kollegen aus anderen Betrieben stand in der Presse nur wenig geschrieben, demgegenüber wurden die miesen Spenden von Politikern oder Parteien immer hochgejubelt, kritisieren die Frauen.

Überhaupt waren die Informationen in der Presse über den Streik spärlich. Die Frauen berichten, wie sie die Menschen mit Flugblättern aufgeklärt haben, und daß viele mit der Forderung nach der 35-Stunden-Woche gar nichts anfangen konnten. „*Ich möchte sagen, zu 90 % kam da das Verständnis, wenn man den Leuten das richtig erklärt hat*". Auch die Informationsarbeit der IG Metall wird von den Frauen angegriffen: „*Wenn also nicht*

arbeit der IG Metall wird von den
Frauen angegriffen: „Wenn also nicht

einige gute Geister sich bereitgefunden hätten, mal ein bißchen was schriftlich niederzulegen, wie die Situation im Streik war, dann hättest du ja nichts erfahren. Nichts! Außer das, was gerade im Radio war. Also von der zentralen Streikleitung ist so gut wie nichts gekommen. Wenn die was Schriftliches herausgegeben hatten, dann war es entweder ein paar Tage zu spät, weil sich der Stand schon wieder geändert hatte, oder die Formulierungen waren nicht so, wie wir das empfunden haben". Die Frauen hatten auch die Aktionen mitgetragen, mit Spruchbändern zu den Tarifverhandlungen zu fahren und zu zeigen, „*daß wir voll dahinter stehen. Ja, und dann wurde man öffentlich, in den Nachrichten, im Radio hinterher als Chaoten bezeichnet. Von der Presse erwarte ich ja nicht mal so viel Objektivität. Mich hat vielmehr geschockt, daß das in den Gewerkschaftszeitungen gestanden hat. Das, was in den Flugblättern der 'Chaoten' gestanden hat, das war schon die Meinung der Kollegen, nur wollte das die obere Spitze der Gewerkschaft nicht wahrhaben. Ich glaube, sie sind erschocken vor der Macht, die auf einmal gegen sie stand.*" Die Frauen kritisieren auch den mangelnden Kontakt zu anderen streikenden Betrieben und daß keine großen Aktionen von der Gewerkschaftsführung zur Unterstützung und Mobilisierung des Streiks organisiert wurden. Die Kollegen selbst mußten Kundgebungen oder Demonstrationen ohne Hilfe durchsetzen und hinterher wurde noch auf ihnen herumgekloppt. „*Das hat mich seltsam berührt. Also, daß man im Grunde genommen doch alleine war, daß man die Gewerkschaft nicht im Rücken hatte, sondern eher im Nacken. Ich kann mich ganz gut an eine Sache erinnern, als wir in Mülheim* (Aktion vor der Sitzung der gewerkschaftlichen Tarifkommission – Anm. Red.) *waren und als die da oben saßen und verlangten, daß wir den Raum verließen. Ich meine, es ging doch um die Gewerkschaftsmitglieder, über die verhandelt wurde. Wieso schmeißt die Organisation ihre eigenen Leute aus einer Versammlung, die die Dinge der Leute regeln soll? Also das hat mich – ich stand da, ich sah die Ohnmacht der Leute, die Überheblichkeit dieser Funktionäre. Also die waren so weit weg von der Basis. Das war erschütternd*".

Nach sechs Wochen Streik wird die zweite Urabstimmung von der Gewerkschaftsführung durchgeführt, der Streik endet mit einer Niederlage, die 35-Stunden-Woche ist vorerst zu den Akten gelegt. „*Eine Frau, die war für mich das Stimmungsbild aller. Die hat gesagt: 'Vor dem Streik hab ich mich nie darum gekümmert, was mein Mann auf der Hütte macht, Gewerkschaften kannte ich nur vom Lesen. Nee, sagt sie, das darf ja wohl nicht wahr sein. Das Ergebnis hätte doch da nicht rauskommen dürfen'. Die ist heulend hier raus*".

Die Widerstandskraft der Frauen soll gebrochen werden

Wie der Widerstand von Frauen gebrochen werden soll, zeigt auch Evelin Bleibler aus ihrer langjährigen Erfahrung als Betriebsrätin bei Daimler-Benz in Stuttgart. Evelin war Mitglied der Plakat-Gruppe und kandidierte zu den Betriebsratswahlen auf der Liste

der Plakat-Gruppe allerdings ... (Hoss/Mühlei-
den Betriebsratswahlen auf der Liste

der Oppositionellen (Hoss/Mühleisen). Wegen ihrer Betriebsratstätigkeit blieb viel Arbeit liegen, und es mußte eine Springerin eingesetzt werden. Eine Kollegin wurde zwar eingestellt, dafür mußte eine andere Kollegin allerdings ihre Arbeitszeit auf zwei örtlich unterschiedliche Arbeitsplätze verlegen. Die Begründung: „*Sie kenne sich an dem Arbeitsplatz und in der Abteilung aus*". Die Kollegin hat sich dagegen gewehrt, sie wollte einen Ganztagsarbeitsplatz, die Geschäftsleitung verweigerte ihr diesen. Nach zwei Monaten war die Kollegin nervlich am Ende durch die ungeheueren Belastungen. Evelin hat sich dann als Betriebsrätin für sie eingesetzt und dem Abteilungsleiter und Vertretern der Geschäftsleitung die Situation ihrer Kollegin geschildert. „*Mir wurde geantwortet, daß die nervliche Belastung der Kollegin zwar bekannt sei, aber man das von der Kollegin selbst hören wolle. Die Kollegin hat sich geweigert – ich habe lange nicht verstanden, warum*". Erst als Evelin von einem Abteilungsleiter folgendes Gleichnis zu hören bekommt, versteht sie, daß ihre Kollegin sich nicht auch noch ihre Würde im Betrieb abkaufen lassen will: „*Es gibt immer Situationen, in denen ein Mensch auf einem hohen Berg steht, Angst hat und in Panik gerät. Um nun zu verhindern, daß dieser Mensch das Seil losläßt und hinunterfällt, hilft nur noch, ihm links und rechts eine Ohrfeige zu geben*". Diese Ohrfeigen hat sich die Kollegin nicht abgeholt. Wenn sie bittend und weinend zu ihrem Vorgesetzten gegangen wäre, hätte sie wohl die Gnade der Versetzung von der Geschäftsleitung bekommen. Aber Frauen, die Forderungen haben, sind nicht gewünscht. „*Die besondere Niedertracht liegt darin, in welcher Weise hier mit unseren Gefühlen spekuliert wird, frau muß besonders gedemütigt sein, nur dann kann sie auf eine großzügige Geste der Vorgesetzten hoffen*".

Weil Frauen in unserer Gesellschaft Männern zu dienen haben, sind sie weniger Wert in den Augen dieser Gesellschaft. Auch bei Daimler-Benz sind Frauen nur in den typischen Frauenberufen beschäftigt. „*Wir lernen vor allem, daß unsere eigentliche Bestimmung eine andere ist: liebevolle*

Mutter und Ehefrau zu sein, die ihre Kinder versorgt und ihren Mann bedient, ihm den täglichen Kleinkram abnimmt, damit er sich auf seine berufliche Karriere konzentrieren kann. Deshalb sind wir Frauen im Berufsleben (*und nur das ist für das Ansehen wichtig*) *weniger selbstbewußt, weniger fordernd* (*da wir immer auf den heimischen Herd verwiesen werden*) *und somit leichter einzuschüchtern*". Wenn Frauen die Männerdomäne der gewerkschaftlichen Arbeit betreten, werden ihnen weit mehr Schwierigkeiten gemacht als den Männern. Obwohl im Betrieb alle Vertrauensleute eine IGM-Umfrage durchführten, wurde ausgerechnet eine aktive Gewerkschafterin zur Geschäftsleitung zitiert, um ihr mitzuteilen, daß sie gegen die Arbeitsordnung verstoße, weil sie die Fragebögen im Betrieb verteilt hat. Die Kollegin konterte der Geschäftsleitung damit, daß sie nicht glauben würde, daß alle Vertrauensleute einzeln zur Geschäftsleitung gerufen wurden, und sie verwies die Herren auf den zuständigen Gewerkschaftsvertreter. ,,*Verständlich, daß eine Kollegin, die sich für ihre Kolleginnen einsetzt und sich nicht scheut, die Probleme vorzutragen, der Firma ein Dorn im Auge ist. Die Firma hatte wohl gehofft, eine Frau, zumal eine ,kleine Tippse' aus dem Textcenter, einschüchtern zu können*".

Evelin selbst ist eine der beiden Frauen im Betriebsrat, insgesamt sind noch 45 männliche Betriebsräte dort. Bereits bei den Betriebsratswahlen hat Evelin die besondere Diskriminierung als Frau erfahren. ,,*Während gegen die Kollegen der Liste 1 — Hoss/Mühleisen als Wahlkampfstrategie mit politischer Hetze* (*Kommunist, Terrorist*) *vorgegangen wurde, wurde ich in erster Linie persönlich in Mißkredit gebracht. Gerüchte über Affären und Verhältnisse mit Kollegen dieser Liste und auch anderen wurden ausgestreut und geschürt. Sie dienten als Erklärung und Begründung für mein Engagement, nämlich politisch und sexuell verführt und abhängig zu sein und waren gleichzeitig der Beweis für meine Unmoral. Während den Kollegen der Liste 1 meines Wissens diese Gerüchte keineswegs schadeten, haben sie sich in meinem Fall als wirksame Waffe gegen eine Frau bestätigt*". Dies äußerte sich besonders, als Evelin im Betriebsratszimmer das Plakat einer nackten Frau mit Schutzhelm und aufreizender Haltung abnehmen wollte und ein Betriebsrat ihr dies aus der Hand riß mit der widerlichen Bemerkung: ,,*Tu doch du nicht so puritanisch, ausgerechnet du, du hast es gerade nötig — so schlecht wie ihr seid!*".

Auch die Arbeit im Betriebsrat ist frauendiskriminierend. Wie für

Auch die Arbeit im Betriebsrat ist frauendiskriminierend. Wie für Frauen üblich sollte auch Evelin in den Sozialausschuß gesetzt werden, dessen Arbeit vor allem aus Karteikartenschreiben besteht. Bei Daimler-Benz arbeiten viele ausländische Kollegen, der Betriebsrat verbringt viel Arbeit mit der Besichtigung der Wohnheime. ,,*Während der Besuche gehen die Betriebsratskollegen in die Zimmer und Waschräume voraus und sorgen dafür, daß ich nicht plötzlich einem nackten Mann gegenüberstehe. Bereitwillig stehen sie Wache, wenn ich mal auf die Toilette muß. Trotzdem sind die Betriebsräte überzeugt, daß es gut ist, eine Frau dabeizuhaben*". Sprüche wie: ,,*Der Mustafa aus der Türkei freut sich auch, wenn er mal eine schöne Frau im Zimmer sieht!*" tragen dann zur allgemeinen Belustigung für die Männer bei.

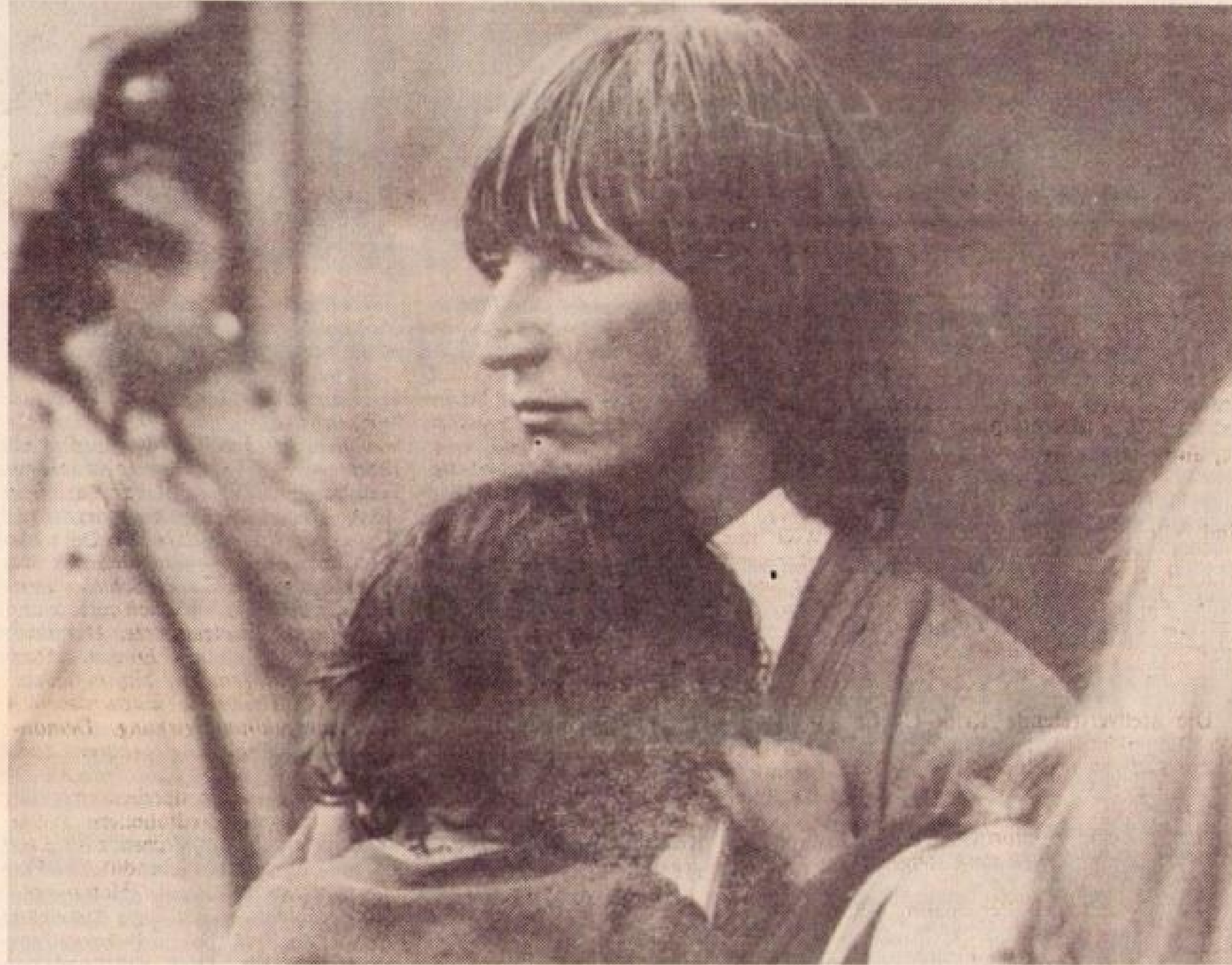
Auf Betriebsratssitzungen versuchen die männlichen Betriebsräte Evelin aus dem Konzept zu bringen, während sie den einen zu ,,laut" ist beim Sprechen, ist sie den anderen zu ,,leise". ,,*Für mich ist dieses Verhalten ein Phänomen, da ich nicht leiser rede als die Männer. Nach Abstimmungen werde ich gefragt: ,Weißt du überhaupt, über was du jetzt abgestimmt hast?' Meine Qualifikation wird in Frage gestellt. Es heißt: ,Die hat eine große Klappe, und es ist nichts dahinter!'*".

Wenn Evelin von der Geschäftsleitung in ihrer Betriebsratstätigkeit behindert wird und sie den Betriebsratsvorsitzenden auffordert, ihre Rechte zu verteidigen, ,,*vertröstet er mich aufs nächste Vorkommnis dieser Art. Dann solle ich nur zu ihm kommen. Das Grinsen der Betriebsratskollegen ist für mich nicht schwer zu interpretieren*".

Solange der Mann da nicht umlernt, ist für mich die Männerfrage ungelöst...

Evelin Bleibler arbeitet bei Daimler-Benz in der oppositionellen Betriebsgruppe ,,Plakat" mit. Sie hat nur einen kleinen Ausschnitt ihrer Erfahrungen mit dieser linken Betriebsgruppe im ,,Kritischen Gewerkschaftsjahrbuch" veröffentlicht. Fast parallel erschien ihre Austrittserklärung aus der Gruppe ,,Plakat" in der ,,taz". Wir wollen diese Erklärung hier mit einfließen lassen, weil sie wichtige Erfahrungen einer linken Betriebsarbeiterin offenlegt. Zudem ist dies ein weiterer Beweis, daß Frauen vom Kapitalisten, von den politisch anders denkenden Männern und den politisch ähnlich denkenden Männern unterdrückt und diskriminiert werden.

Nach acht Jahren Maloche und viel Ärger im Betrieb hat Evelin Krebs. Im Juni diesen Jahres beschließt sie, zu kündigen bei Daimler-Benz. Es ist eine der schwersten Entscheidungen in ihrem Leben. Sie schreibt einen Brief an Freunde und Kollegen innerhalb und außerhalb des Betriebes: ,,*In verzweifelten Augenblicken habe ich mir das Ziel gesetzt, solange durchzuhalten — d.h. leben — bis Flori* (*ihr Sohn — Anm. Red.*) *so selbständig und selbstbewußt ist, daß er sich behaupten kann, daß er unabhängig von mir seine Beziehungen mit anderen Menschen gestalten bzw. eingehen kann ... Aber es ist nicht nur die Angst, die mich erdrückt, und es ist*



nicht nur die Verantwortung für Flori, den Problemen von Evelin im Betriebs- Bewußtsein ,der Kollegen' dafür zu

nicht nur die Verantwortung für Flori, die mir das Gefühl der ständigen Überlastung gegeben hat. Immer habe ich mich für alle und alles verantwortlich gefühlt: in jeder Beziehung — im Zusammenleben mit anderen; Schule, Organisation, Betrieb, zu Hause habe ich freiwillig und unfreiwillig, letztlich aber doch bereitwillig die Verantwortung übernommen". Evelin sieht die einzige Möglichkeit, Kraft zu sparen, indem sie bei Daimler kündigt. ,,*Es ist nicht so, daß für mich völlig neue Werte gelten, aber die Schwerpunkte liegen anders. In Zukunft werde ich mich zuerst um mich kümmern, mir selber näher kommen, mir gehören ... Ich weiß jetzt, daß die Krankheit der* (*individuelle*) *Ausweg meines Körpers ist, aus der für ihn, — für mich unerträglichen Lebens- und Arbeitssituation der dauernden Überlastung. Wie oft dachte ich ,mir ist alles zu viel' und habe trotzdem weitergemacht*". Evelin hat Angst, wenn sie so weitermacht, daß sie eines Tages aufhört nachzudenken. ,,... *daß ich in letzter Zeit nicht rechtzeitig mit Nachdenken aufgehört habe, ist der Grund, warum ich jetzt nicht mehr zurück kann. Das Bewußtsein, daß meine Krankheit zumindest beschleunigt, wahrscheinlich mit verursacht wurde durch Arbeitshetze, Ärger, Streß — das Bewußtsein, daß mich jeder Tag dort kränker machen wird als ich sowieso schon bin, machen es mir heute unmöglich, dort weiterzumachen*" Zum Schluß fordert Evelin ihre Kolleg(inn)en auf: ,,*Überlaßt mich nicht meiner Krankheit! Reden wir miteinander. Spielen wir nicht die Starken, den nichts erschüttern kann, sondern gestehen wir uns auch Schwächen zu. Spielen wir nicht die Helden, die sich aufopfern, sondern haben wir den Mut, auch unsere Verzweiflung zu zeigen. Das schafft mehr Gemeinsamkeit als unsere verbissene Sachlichkeit!*". Diesen Hilferuf wollte Evelin auch in der ,,Plakat"-Betriebsgruppe diskutieren: ,,*Für mich war es wichtig, auch gegenüber diesen Kollegen zu meiner Entscheidung zu stehen und nicht wie ein geprügelter Hund davonzuschleichen*". Sie hat gehofft, mit dieser Erklärung auch einmal ihre Schwierigkeiten in der Gruppe diskutieren zu können, unter denen sie oft gelitten hatte. Natürlich haben die Kollegen ihren Schritt akzeptiert, aber mehr als der Kommentar ,,*das ist aber schade, du hast doch gute Arbeit geleistet, dir einen Namen im Betrieb gemacht und außerdem warst du unsere einzige Frau und die einzige BR bei den Angestellten*" war auch nicht von den linken Kollegen gekommen. Das Interesse an Evelins Person ging schlagartig zurück, seitdem bekannt war, daß sie den Betrieb verläßt. ,,*Von einem Kollegen wurde angedeutet, sobald ich gekündigt hätte, wäre für ihn der Fall erledigt*". Diese Enttäuschung veranlaßte Evelin, an die Öffentlichkeit zu gehen, um zu zeigen, wie die Frauen auch in der ,,Plakat"-Gruppe angemacht werden. Wenn neue Männer in die Gruppe kommen, so berichtet sie, wird viel Wert auf ihre Meinung gelegt, sie werden gefragt. Wenn neue Frauen in die Gruppe kommen, vermutet man(n), ,,*daß sie auf der Suche nach einem Mann sind*". Ein Kollege äußerte sogar einmal, als eine Kollegin sich aus der Gruppe zurückgezogen hatte: ,,*Ich kann ihr auch keinen Mann beschaffen*". Zu den Problemen von Evelin im Betriebsrat meinte ein Kollege: ,,*Ich hätte mir durch meinen Feminismus auch viele Probleme selbst geschaffen*". Eine Kollegin hatte ihre Ängste in Bezug auf die Betriebsratskandidatur geäußert, daraufhin wurde ihr ,,*Jammern und mimöschenhaftes Geschwätz*" vorgeworfen. Für Evelin ist es ,,*unmöglich, Unbehagen zu zeigen oder Fehler einzugestehen*".

In der Plakatgruppe herrscht inzwischen für Evelin ein Klima, wo Schwäche nicht gewünscht ist, umso mehr aber Leistung und Erfolg zählt. ,,*Für mich besteht zwischen den Strukturen des Betriebes und den Strukturen der Plakatgruppe ein enger Zusammenhang. Daimler-Benz ist ein Höchstleistungsbetrieb — die Gruppe hat sich diesem durch die Entwicklung derselben unmenschlichen Strukturen unterworfen. Sie ist eine Höchstleistungsgruppe geworden mit allen Auswirkungen*". Als Beispiel führt Evelin die Betriebsratswahlen an. ,,*Ziel ist es, die Mehrheit zu erreichen. Immer öfter wurde überlegt, ob bestimmte Positionen überhaupt noch vertreten werden können. Auch wurde keine Forderung gestellt, die vielleicht die männliche Mehrheit im Betrieb verärgern könnte* (*z.B. Forderungen wie: Frauen an qualifizierte ,Männer'-Arbeitsplätze; b bevorzugte Einstellung und Versetzung von Frauen in diese Plätze usw.*)".

Für die Tatsache, daß die Kollegen sich so ereifern über Evelins ,,Ausstieg", gibt es auch eine Erklärung: ,,*Der Vorwurf, ,Emigration ins eigene Ich' zu betreiben. Wäre dies aber der Fall, würde ich mich tatsächlich auf den Weg machen in die ,neue Innerlichkeit' — ich glaube nicht, daß sich die Kollegen so ereifern würden, wie es jetzt der Fall ist. Wie jetzt, da ich eben nicht emigriere, da ich mich weigere, mich still davonzuschleichen ... da ich mich weigere, heimlich mein Glück zu suchen, sondern mein Leid, meine Wut herausschreie, meine Traurigkeit mitteile, meine Probleme und meine Gefühle öffentlich mache*".

Gewerkschaften und Feminismus

Iris Bergmiller und Margot Brunner, beide seit vielen Jahren aktiv als Gewerkschaftsfunktionärinnen, stellen in ihrem Beitrag (der auch gekürzt in der ,,Emma" erschien) ,,*Wenn der Feminismus endlich blüht . . .*" dar, wie wichtig es ist, daß die Gewerkschaft mit der Frauenbewegung zusammenarbeitet, um wirkliche Veränderungen für die Frauen zu erreichen. Die gewerkschaftsoffizielle Linie — egal ob von Mann oder Frau vertreten — wird scharf angegriffen. Von der Politik der Gewerkschaftsführung mit ihren ,,bunten Forderungssträußen" für Frauen ist wenig verwirklicht worden, dies wird dann von den Politikern und der ,,Gesellschaft" gefordert. Mit der Entwicklung der Frauenbewegung wurden auch Betriebsfrauengruppen eingerichtet, ,,*sicherlich nicht zufällig kam aber gleichzeitig eine Diskussion über die Abschaffung von Frauenausschüssen auf, weil es ja um die ,gemeinsame Sache' gehe, und die Frau ,an der Seite des Mannes' ihren ,Mann' stehen darf*". Frauen sollen zwar auch aktiv sein, aber möglichst nicht da, wo es um die Privilegien der Männer geht. ,,*Es gilt Privilegien der Männer tatsächlich abzubauen. Das Bewußtsein ,der Kollegen' dafür zu wecken, setzt voraus, daß wir nicht immer sofort zurückschrecken, wenn unsere Kenntnis unserer eigenen Benachteiligung als ,männerfeindlich' beschimpft wird*". Deshalb fordern die Schreiberinnen auch, Schluß zu machen mit der Tabuisierung des Sexismus in den Gewerkschaften (Sexismus heißt laut Duden: ,,Diskriminierung von Menschen, besonders Frauen, wegen ihrer Geschlechtszugehörigkeit"). Sie fordern eine offensivere Diskussion um die Frauenbeteiligung in den gewerkschaftlichen Gremien. Sollen doch ,,die Männer die Stühle räumen"! Zwei Beispiele aus der alltäglichen Politik werden aufgeführt, um zu zeigen, wie wenig die Gewerkschaften für die Frauen tun. Die Kampagne gegen den § 218 war nicht, weiß Clara nicht, von den Gewerkschaften angezettelt worden, sondern von den Frauen selbst. Die starke Bewegung der Frauen hielt die Gewerkschaft zurück, sie zu diskriminieren. ,,*Wie wenig die § 218-Frage trotz Brandreden zum eigenständigen Gewerkschaftsproblem wurde, zeigt die Gegenwart. Kaum stehen die Fraueninitiativen abgekämpft da, schon kommen die Patriarchen wieder mit den alten Verleumdungen*".

Das zweite Beispiel geht um die immer wieder geforderte Lohngleichheit. Seit Jahrzehnten steht diese Forderung, aber für die Frauen hat sich nichts geändert und soll sich wohl auch erstmal nichts ändern, so zumindest meint der Tarifexperte Hans Mayr von der IG Metall: ,,*Es wird immer eine unterste Lohngruppe geben*". Die Verfasserinnen des Artikels stellen treffend fest: ,,*Weshalb aber dort nicht Gewerkschaftsvorstände, sondern Bandarbeiterinnen eingruppiert werden, das kann er nicht ganz so logisch erklären*". Natürlich unterstellen die Verfasserinnen nicht, daß die Gewerkschaft gar nichts für die Lohngleichheit tut, so z.B. die Unterstützung bei den Lohnklagen. Allerdings ist auch dies nicht von den Gewerkschaften angeregt worden, sondern von Annemarie Renger. Doch auch bei dieser individuellen Kampfform ist eins unverständlich: ,,*Wieso müssen Frauen isoliert Rechte erstreiten, wenn doch ,Gemeinsamkeit unsere Stärke' ist?*". Und auch die Tatsache, daß die Forderung der Frauen nach gleicher Bezahlung zur ,,Spaltung" und damit zur ,,Schwächung" der Organisation führe, ist nicht einsehbar. Die männlichen Kollegen müssen endlich solidarisch die Forderungen der Frauen anerkennen, d.h., ,,*daß sie sich nicht mehr durch die Unternehmerstrategie — Lohnkürzung dann bei Männern — gegen uns aufwiegeln lassen. Wir meinen: Das ist dann der Punkt, an dem sich zeigt, ob wirklich ,gemeinsam' für menschenwürdige Entlohnung gekämpft werden kann!*".

Über die allgemeinen gewerkschaftlichen Forderungen zur Frauenfrage hinaus ist es noch keiner Gewerkschaft in den Sinn gekommen, die Auswirkungen des Sexismus zu diskutieren oder gar mehr Sensibilität dafür zu schaffen. So ist z.B. das Thema Gewalt gegen Frauen kein Diskussionsgegenstand, sondern eher ,Privatsache'. Bei den Gewerkschaftsführern besteht die Befürchtung, ,,*wenn Frauen anfangen, gegen Unterdrückung und Diskriminierung im Betrieb vorzugehen, können sie auch ihre Augen vor den gleichen Mechanismen zu Hause nicht mehr verschließen*". Die Forderung vieler Frauen nach ihrem Selbstbestimmungsrecht darf nicht auf Kosten der Stabilisierung der männlichen Privilegien gehen." *Wenn vom gemeinsamen Kampf von Männern und Frauen geredet wird, sagen wir: Ja, gut — wenn sie tatsächlich mit uns gemeinsam um Veränderungen kämpfen wollen ..., d.h.* (*auch*) *die Parole ,gemeinsam kämpfen' nicht vom Sessel aus zu rufen, sondern in die Tat umzusetzen*". Das heißt auch, daß sowohl der Produktionsbereich als auch der Reproduktionsbereich nicht mehr in ,,privat" und ,,politisch" getrennt wird, ,,*weil wir gleiches in gleicher Verantwortung erleiden, ist für uns beides gleichwertig politisch!*" Gerade diese Aussage ist jahrelang von der Frauenbewegung propagiert worden und von Gewerkschaftsfunktionär(inn)en diffamiert worden. Eugen Loderer (IGM) hat auf der Frauenkonferenz 1976 in Leverkusen dazu folgendes erklärt: ,,*Es ist gute gewerkschaftliche Tradition, daß die Frauen zusammen mit den Männern um eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen kämpfen. Es geht nicht um einen Kampf gegen die Männer, das beobachten und kritisieren wir zur Zeit bei bürgerlichen und akademischen Frauenbewegungen. Es geht um den Kampf der Frauen mit den Männern um eine gemeinsame bessere Zukunft. Allein das ist gewerkschaftliche Frauenpolitik . . .*". Diese und andere Reden sind oft genug von den Gewerkschaftsführern geschwungen worden, um die Zusammenarbeit der

Gewerkschaftsführern geschwungen worden, um die Zusammenarbeit der

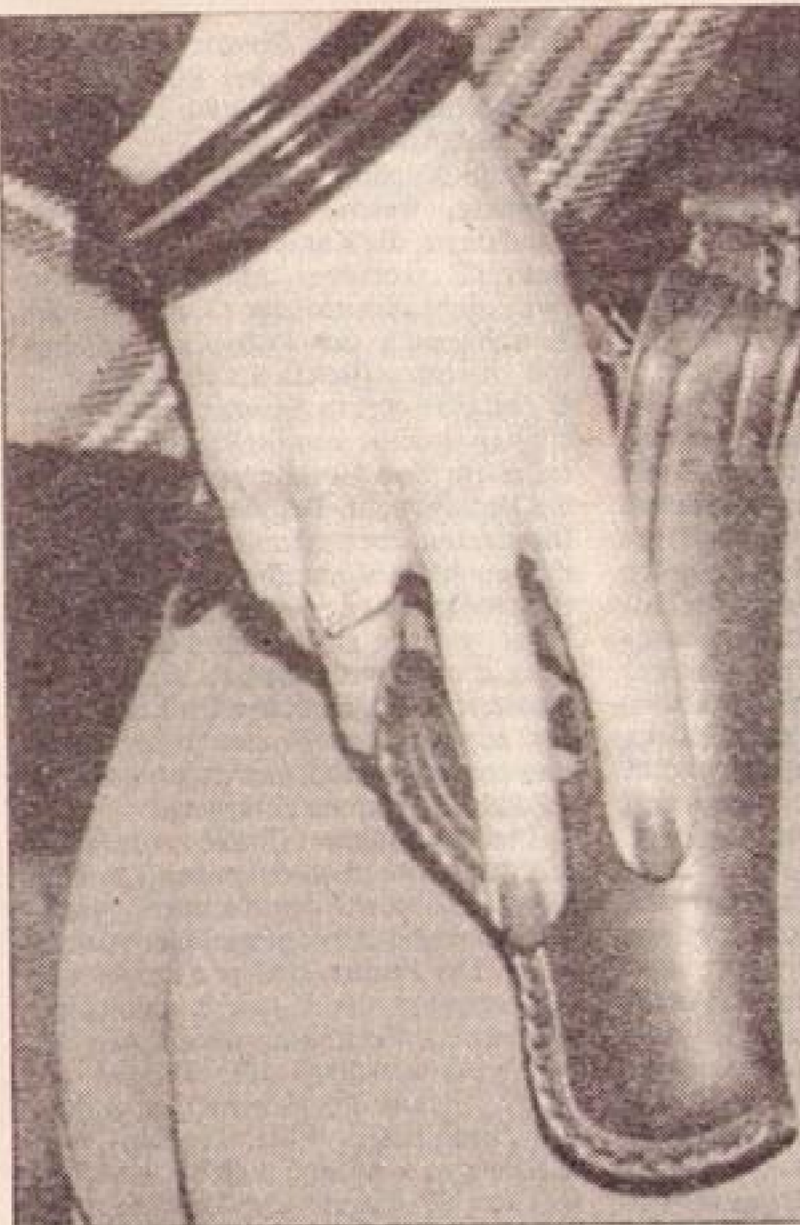
Frauen in den Gewerkschaften und der Frauenbewegung zu verhindern. Das Beispiel zum 8. März, wo der DGB Vorstand den gewerkschaftlich organisierten Frauen verbieten wollte, an gemeinsamen Bündnissen mit der Frauenbewegung teilzunehmen, dürfte am deutlichsten sein.

Die Verfasserinnen verstehen mehr Aktivität von Frauen nicht in dem Sinne, wie es die Gewerkschaftsführer gerne sehen würden, daß ,,Frauen wie Männer funktionieren". Im Gegenteil rufen die Verfasserinnen dazu auf ,,*endlich unsere Stärken* (*zu*) *erkennen und bewußt zu unserem Frausein stehen*". In diesem Zusammenhang grenzen sie sich auch von Frauen aus der Frauenbewegung ab, die fordern ,,Frauen an die Macht im Männerstaate!". Vielmehr geht es darum, die Frauenkultur zu erhalten oder wieder aufzubauen, ,,*statt uns als ,Durchlauferhitzer' für Männersozialisation benutzen zu lassen*".

In diesen Fragen haben die Feministinnen uns ,,in der Regel ein Stück voraus", schreiben die Verfasserinnen. Die Verleumdung des Begriffs Feminismus geht in der Gewerkschaft so weit, daß eine Kollegin zwar über ihre Arbeit im Betrieb mit Frauen berichtet, nicht aber, daß sie auch in der Frauenbewegung aktiv ist. Zur Definition des Feminismus bemerken die Verfasserinnen wie Jutta Menschik, ,,*daß es keine einheitliche Theorie des Feminismus gibt, oder es gehört gerade zum feministischen Selbstverständnis das Nebeneinander verschiedener Positionen*". Dies ist auch gerade die Angst der Gewerkschaftsfunktionäre, die unter Einheitsgewerkschaft auch die Einheitsmeinung verstehen wollen.

Weil die Frauenbewegung viel dazu beigetragen hat, ein Frauenbewußtsein zu schaffen und dies nicht nur auf dem Papier, meinen die Verfasserinnen: ,,*Wir wissen heute: In der Frauenbewegung leben wir bereits ein Stück dieser Utopie. In anderen Lebens- und Arbeitsformen setzen wir uns bereits heute mit einem Teil der Schwierigkeiten auseinander, die den Weg in eine befreite und solidarische Gesellschaft blockieren*".

Kommission
♀ Betrieb & Gewerkschaft ♀





Immer mehr Bulletten ... (Würg!)

Nachdem die flächendeckende McDonaldisierung der BRD weitgehend abgeschlossen ist, bemühen sich die Innenminister der Länder, es dem Vorbild der USA auch in anderen Bereichen gleichzutun. Die USA sind der Staat, in dem die „Integration" von Frauen bei der Polizei am weitesten fortgeschritten ist. Seit einigen Jahren werden auch bei uns immer mehr polizeiliche Tätigkeiten auch von Frauen durchgeführt. Der Artikel zeigt, wie sich die Beschäftigung von Frauen bei der Polizei entwickelt hat, und untersucht die Hintergründe und Gefahren dieser Entwicklung.

Historische Entwicklung

Frauen gibt es bei der deutschen Polizei schon seit Beginn des Jahrhunderts. 1903 wurde in Stuttgart die erste „Polizeifürsorgestelle" eingerichtet, die erste Frau, die in den Polizeidienst aufgenommen wurde, „*sollte für verwahrloste Frauen sorgen, das weibliche Gefangenenwesen überwachen und bei polizeiärztlichen Untersuchungen assistieren*" (Pfennig, „Die Polizei", 2/78).

Vom Jahr 1926 an wurden bei der Kriminalpolizei Köln (zunächst) zwei „Kriminalgehilfinnen" angestellt, „*zur Unterstützung in besonderen kriminalpolizeilichen Angelegenheiten*". Im Mai 1927 wurde in Berlin die „besondere Kriminalinspektion weibliche Polizei" geschaffen, mit 20 Kriminalsekretärinnen unter Leitung einer Kriminalpolizeirätin. Daraus entwickelte sich die „Weibliche Kriminalpolizei" (WKP). Daneben wurde 1928 eine sog.

(WKP). Daneben wurde 1928 eine sog.

„Gefährdeten-Polizei" eingerichtet, die mehr schutzpolizeilichen Charakter hatte, aber ebenfalls der Kriminalpolizei zugeordnet war.

Weibliche Kriminalpolizei

Bis Ende der sechziger Jahre blieb die WKP in der überlieferten Form bestehen. Ihre Aufgaben waren Aufklärung, Strafverfolgung und Vorbeugung in Ermittlungssachen gegen Kinder, Jugendliche und Heranwachsende, die Vernehmung von Kindern und Jugendlichen, die Opfer oder Zeugen von Sittlichkeitsverbrechen waren sowie die körperliche Durchsuchung bei Frauen. Vorbedingung für die Beschäftigung von Frauen bei der WKP war eine sozialfürsorgerische Vorbildung.

Etwa ab 1969/70 wurde die Begrenzung der weiblichen Kriminalpolizei auf ihr „traditionelles Arbeitsfeld" Gegenstand der innerpolizeilichen Diskussion; die vollständige Integration in die Fachkommissariate wurde gefordert. Diese war 1976, von einigen Ausnahmen abgesehen (eigene WKP- oder Jugenddienststellen), in der BRD formal weitgehend vollzogen.

Die Forderung nach Integration wurde begleitet von allerlei Emanzipationsgerede: „*Damit sollte ein wichtiger Schritt auf dem Wege der Integration der Frau in das Erwerbsleben unserer Gesellschaft sowie zur gleichberechtigten Stellung der Frau beschritten werden*" (Pfennig, a.a.O.).

Sogar das Grundgesetz wurde bemüht: Die Landesregierung NRW wies darauf hin, daß die ausschließliche „Verwendung" von Frauen in der WKP verfassungsrechtlich anfechtbar sei, da nach dem Grundgesetz auch Frauen das Recht hätten, ihre berufliche Betätigung, ihren Arbeitsplatz und ihre Arbeitsstätte frei zu wählen (nach „Die Polizei", 1969).

Die wirklichen Gründe für die weitere „Verwendung" von Frauen sind allerdings handfesterer Natur: „*Angesichts des chronischen Personalmangels bei der Polizei liegt der Gedanke nahe, daß dieses Problem auslösender Faktor für die Öffnung des allgemeinen Kriminaldienstes für die Frau wurde*" („Deutsche Polizei", 6/73).

Die stellvertretende Kripo-Chefin von Gelsenkirchen, Dr. Ilse Matthes, beurteilt das natürlich positiv: „*Wenn bei bisher typischen Männerberufen ein Personalmangel besteht, haben Frauen, die emanzipatorische Tendenzen vertreten, natürlich stark steigende Chancen*" (ebenda).

D.h.: Solange kein Personalmangel besteht, sind die Chancen entsprechend minimal. Wenn die Frauen aber als Lückenbüßer gebraucht werden, macht es sich allemal gut, wenn ihnen das als „Emanzipation" schmackhaft gemacht werden kann; das steigert auch die Leistungsbereitschaft. Wenzky (a.a.O.) stellt denn auch befriedigt

ky (a.a.O.) stellt denn auch befriedigt

fest, daß die jungen Frauen es besonders erstrebenswert fänden, auf den kriminalistischen Arbeitsgebieten der allgemeinen Kriminalpolizei Angemessenes bis Überdurchschnittliches zu leisten.

Es ist auch die Rede von „neuen Aufgaben", die „zunehmende und besondere Behandlung erfordern" (Wenzky, a.a.O.). Pfennig, Polizeivizepräsident von Berlin, gibt zu, daß sein Beitrag „Die Frau in der Polizei" („Die Polizei", 2/78), in dem er für die stärkere Einbeziehung der Frauen auch bei der Schutzpolizei plädiert, durch das „*Phänomen des überaus starken weiblichen Anteils an der Terroristenszene*" ausgelöst sei. Wenzky empfhal z.B. die „Verwendung" von Frauen für die „*lokale und regionale Observation*", denn: „*Frauen sind allgemein um viel mehr kritischer und damit schärfere Beobachter ihrer Geschlechtsgenossinnen als Männer Frauen gegenüber. Das bezieht sich insbesondere auf Gesichts- und Gestaltsbeschreibung, Bekleidung, Haartracht und Gangart*" („Die Polizei", 2/1978). Ein konkretes Beispiel für dieses weibliche Beobachtungstalent: „*Als ein Team* (des BKA, d.Verf.) *die mutmaßlichen Terroristen Klar, Stoll und Schulz auf dem Hubschrauber-Flugplatz Michelstadt im Odenwald beschattete, war es eine Kommissarin, die darauf hinwies: 'Die Adelheid Schulz hat auch so eine Warze'. Die männlichen Kollegen taten den Hinweis ab. Das war der Anfang der bisher schwersten Fahndungspanne*" („Tagesspiegel", 21.1.79).

Kritik kam von seiten derer, die durch die Umstrukturierung eine Vernachlässigung der traditionellen Aufgabengebiete der WKP befürchteten. Der Ehrenvorsitzende der „Aktion Jugendschutz", Becker, räumte zwar ein, daß „*im Zeitalter der Gleichberechtigung eine geschlechtsspezifische Bestimmung von Polizeiaufgaben keine Bedeutung mehr habe, kritisierte aber, daß, da im Rahmen der Organisationsveränderungen auch Aufgaben früherer sogenannter Jugendschutz*-Dienststellen auf die jeweils für bestimmte Straftaten zuständigen Fachkommissariate übertragen worden seien, weder eine WKP noch eine männliche Jugendsachbearbeitung mehr bestände („Polizei-report", 7/77). Auch Dr. Matthes mochte die WKP nicht ersatzlos streichen, dafür wäre der sozial-psychologische Fundus der Beamtinnen zu wichtig. Sie schlug eine Weiterentwicklung der WKP zu einem „Jugendkommissariat" vor, in dem Männer und Frauen zusammenarbeiten, die eine spezielle jugendbezogene Ausbildung haben („Deutsche Polizei", 6/73). Ob sich durch die Organisationsänderung für die Kriminalbeamtinnen praktisch viel geändert hat, bleibt allerdings fraglich. Nach wie vor bearbeiten im Sittendezernat weibliche Kriminalbeamte Sittlichkeitsdelikte gegen Kinder und Jugendliche. Und l e i t e n d e Kriminalbeamtinnen werden in der Presse nach wie vor als die exotische Ausnahme vorgeführt, die sie wohl im Polizeibetrieb auch darstelleg: Im gesamten höheren Dienst der Kripo in der BRD befinden sich zur Zeit (Stand 20.4.79, nach „Welt") nur zwölf Frauen.

Weibliche Schutzpolizei

Weibliche Schutzpolizei

Spektakulärer als im Kripo-Bereich vollzieht sich die Entwicklung der weiblichen Schutzpolizei. Spektakulärer deshalb, weil die Schutzpolizistinnen sehr viel stärker öffentlich in Erscheinung treten (z.B. als Verkehrspolizistin oder bei Streifengängen und -fahrten) und durch die Uniformierung sofort als solche erkenntlich sind. Auch hier sind die Regelungen in den Bundesländern unterschiedlich. Vorreiter sind die Stadtstaaten Hamburg und Westberlin.

In Westberlin wurde schon 1946 auf Anordnung der Alliierten Kommandantur eine weibliche Schutzpolizei geschaffen, die im Posten- und Streifendienst, bei Schwarzmarkt- und Gesundheitsrazzien tätig war. Es ist anzunehmen, daß hier der Männermangel nach dem Weltkrieg eine entscheidende Rolle spielte. Später wurden die Schutzpolizistinnen in sog. frauenspezifische Tätigkeiten zurückgedrängt. Ein Einstellungsstopp sorgte für eine stetige Verminderung ihrer Anzahl, die letzten 25 wurden schließlich in den Innendienst abgeschoben.

In den letzten Jahren hat sich nun die Tendenz wieder gewandelt. Vor zwei Jahren begann man, 34 ehemalige Politessen (die bis dahin mit der „Überwachung des ruhenden Verkehrs", sprich: Strafzettelausteilung an Parksünder, betraut waren) zu Schutzpolizistinnen umzuschulen. Die ersten 24 haben im Juli 1980 den Dienst aufgenommen (die zehn anderen sind noch in der Ausbildung). Ein neuer Lehrgang mit 90 Bewerberinnen hat Anfang Oktober begonnen.

Die Schutzpolizistinnen sollen in allen Bereichen eingesetzt werden, außer in geschlossenen Einheiten wie z.B. bei Demonstrationen. Auch am Funkstreifeneinsatz sollen sie vorläufig nur als „dritter Mann" teilnehmen.

Auch in Hamburg gibt es die „Weibliche Schutzpolizei" (WP) schon seit der Nachkriegszeit; sie wurde 1945 von den Engländern aufgebaut. Allerdings war ihre Tätigkeit weitgehend vorbeugend und auf den fürsorgerischen Bereich beschränkt. Im Zuge der Polizeireform wurde die WP, die bis dahin nur in der Davidwache in St. Pauli und dem Revier Kirchenallee in St. Georg (also in den Hamburger „Strich"-Gebieten) postiert war, auf sämtliche vier neue Polizeidirektionen aufgeteilt. Dementsprechend wandelte sich auch das Berufsbild. „*Alltag: Das ist Schichtdienst rund um die Uhr. Natürlich auch heute noch Jugendschutzeinsätze, Durchsuchungen speziell von Frauen. Aber auch Vollstreckung von Haftbefehlen, Razzien, Diebstählen, Unzuchtsdelikte, Steuergeldhinterziehung, Demonstrationen, Fahndung gehören zum Aufgabengebiet*" („Morgenpost", 10.2.77). Besonders nützlich sind die Frauen bei den Zivilfahndern: „*Die Tarnung als Liebespärchen zum Beispiel klappt prima*" (ebenda). Im Februar 1977 waren bei der Hamburger WP 82 Frauen beschäftigt, zwischen 22 und 56 Jahren. Der „Morgenpost"-Artikel schließt mit dem Aufruf: „*Übrigens: Die Polizei sucht noch Frauen. Telefon 5 11 50 91, App. 5143*".

Über einen Mangel an Bewerberinnen braucht die Hamburger Polizei inzwischen allerdings nicht mehr zu kla-

zwischen allerdings nicht mehr zu kla-

gen. Anfang 1979 bewarben sich 600 Frauen für 25 Ausbildungsplätze. Von da an wurde der Ausbau des Frauenanteils bei der Polizei zügig vorangetrieben, gefördert durch den Hamburger Polizeipräsidenten Redding: „*Wir überlegen ernsthaft, wo wir mehr Frauen einsetzen können. Der Aufgabenkatalog reicht von der fürsorgerischen Tätigkeit bis hin zu Einsätzen à la Emma Peel*". „*Die Zahl der Frauen innerhalb der Polizei wird sich trotz des emotionalen Widerstands der Schutzpolizei wesentlich erhöhen. Bei der Kripo ist die Gleichberechtigung längst verwirklicht*" („Morgenpost", 12.1.79). Im August zitierte das „Hamburger Abendblatt" eine „Mutmaßung" von „Eingeweihten", daß „*binnen kurzem in Hamburg die Zahl der weiblichen Polizeibeamten von derzeit 90 Frauen (in der Schutzpolizei) auf über 300 mehr als verdreifacht wird*" (25./26.8.79). Statt jährlich fünf Frauen wurden 1979 65 Frauen zur Ausbildung eingestellt, um Reddings Idealvorstellung näherzukommen: „*An jeder Revierwache in jeder Schicht mindestens eine Frau*". Für die Hamburger Innenstadt sei ein „Feldversuch" geplant. Dieser scheint inzwischen angelaufen zu sein. Die „Morgenpost" berichtete im Sommer 1980: „*Unter dem Motto: 'Mehr Bürgernähe' sind die 'gemischten' Fußstreifen zu sehen, die jetzt im Bereich der Wache 10 rund um den Gänsemarkt patrouillieren. Pärchen — jeweils eine Beamtin, begleitet von einem Kollegen. (...) Ab Herbst ist geplant, auch auf den Peterwagen weibliche Polizisten einzusetzen*". Vom ersten Oktober an sind nun die ersten Beamtinnen „im Rahmen eines Versuchs" im Schichtendienst auf den Revierwachen eingesetzt („Morgenpost", 22.7.80).

Andere Bundesländer ziehen nach

„*Wenn sich die Polizistinnen in Berlin und Hamburg bewähren, wird ihr Vormarsch in den anderen Bundesländern auch nicht mehr zu stoppen sein*", schreibt die „Welt" vom 5.9.80. Das zentrale Problem für die zuständigen Kommissionen sei dabei eine Ausbildungsordnung für Frauen.

„Strittig ist offensichtlich vor allem die Ausbildung an der Waffe und der bewaffnete Einsatz im Dienst" („Welt", 21.3.80).

Die ersten Länder, die es den Stadtstaaten gleichtun werden (auch Bremen verfügt bereits über eine Schutzpolizistin), sind Niedersachsen und Hessen. In N i e d e r s a c h s e n sollen 1981 die ersten Polizeianwärterinnen ausgebildet werden. Die Schutzpolizei H e s s e n will ab 1.10.80 Frauen aufnehmen, die überwiegend in den hessischen Großstädten eingesetzt werden sollen. Dort gibt es bisher 20 Bewerberinnen.

Während der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff meinte: „*Ich kann mir besonders den Einsatz von Frauen als Kontaktbeamtinnen in den einzelnen Stadtteilen vorstellen, da diese Aufgabe dem Charakter und dem Einfühlungsvermögen einer Frau entspricht*" („Quick", 14.5.80), äußerte sein hessischer Kollege Gries: „*Die Arbeit bei der Schutzpolizei kann auch bedeuten, daß sie bei Demonstrationen eingesetzt werden*" („FR", 4.7.80). Ab Mitte der 80er Jahre sind auch für

eingesetzt werden" („FR", 4.7.80). Ab Mitte der 80er Jahre sind auch für

B a d e n - W ü r t t e m b e r g Schupo-Beamtinnen geplant, „*von Einsätzen wie nächtlichen Streifenfahrten und dem Schlichten handgreiflicher Auseinandersetzungen sollen sie allerdings ausgenommen werden*" („Badische Zeitung", 5.7.79). Auch in S c h l e s - w i g - H o l s t e i n werden die Möglichkeiten eines Einsatzes von weiblichen Polizistinnen geprüft.

Bewaffnung

In fast jedem Artikel, der über Polizistinnen in der bürgerlichen Presse erscheint, wird hervorgehoben, daß die „zierlichen Persönchen" selbstverständlich eine Waffe tragen und gerne ihr Schießtraining betreiben. So wird der Bevölkerung — und insbesondere Frauen, die sich für den Polizeidienst interessieren (fast jeder Zeitungsartikel ist eine mehr oder weniger unverhohlene Werbung für diesen Beruf) — das positive Verhältnis zur Waffe eingeprägt.

Anfang 1976 hatte es um die Frage der Bewaffnung der Beamtinnen eine gerichtliche Auseinandersetzung gegeben: Sieben Westberliner Beamtinnen hatten gegen den Waffenzwang und das Pistolentraining geklagt, sie fühlten sich in ihren Gewissensentscheidungen bedrängt. Fünf von ihnen gab das Verwaltungsgericht in erster Instanz (in diesem Fall eine Richterin) Recht, die beiden anderen wurden von einem Richter zum Waffentragen verurteilt. Begründung: Eine unbewaffnete Beamtin sei nicht voll einsatzfähig. Der Streit ging durch alle Instanzen, schließlich siegte die Behörde.

Die Polizeiführung griff zusätzlich zu ihrer eigenen Justiz: Sie verweigerte den Frauen die Beförderung und suspendierte eine Kriminalobermeisterin sogar vom Dienst, da das Tragen von Waffen nach Ansicht der Polizeiverwaltung zu den allgemeinen Beamtenpflichten gehöre.

Frauen ♀

Dieser Fall erlangte relativ große Publizität und förderte möglicherweise Illusionen über das Verhalten von Frauen im Polizeidienst. Den sieben Beamtinnen standen immerhin 163 andere gegenüber, die das Pistolentraining laut Senatsrat Klemmt mit „positivem Touch" aufnahmen.

Anfang 1977 forderten Hamburger Schutzpolizistinnen sogar ausdrücklich ihre Bewaffnung. Zu diesem Zeitpunkt waren zwei Drittel der Hamburger Kriopbeamtinnen bereits bewaffnet; die Schutzpolizistinnen dagegen waren „nur" mit Tränengas ausgestattet. Die Hamburger Polizei benutzte diese Forderung, den *„Waffenzwang für alle Frauen, die künftig bei uns arbeiten wollen"*, einzuführen. Die schon eingestellten Frauen sollten sich allerdings frei entscheiden können.

Die Bewaffnung der weiblichen Kripo wird in den Bundesländern bislang unterschiedlich gehandhabt. In Bayern z.B. müssen die Beamtinnen grundsätzlich Waffen tragen; in anderen Ländern, wie beispielsweise Hessen, besteht kein Pistolenzwang.

Erfahrungen aus dem Ausland

In Großbritannien wurden bereits 1966 die ersten Versuche mit uniformierten Streifenbeamtinnen gemacht. In Israel werden seit 1960 Beamtinnen in Flughäfen und Schulen eingesetzt.

Die Wachpolizei der amerikanischen Luftwaffe hat zur Bewachung des Flughafengeländes in Berlin-Tempelhof weibliche Wachpolizisten eingestellt, die auch bewaffnet sind („Spandauer Volksblatt", 27.10.77).

In Paris wurden 1979 die ersten 20 Polizistinnen *„mit gleichen Rechten und Pflichten"* eingesetzt.

In einigen niederländischen Städten werden seit vier Jahren Frauen in Spezialkommandos gegen Terroristen und Geiselnehmer, auch unter Übernahme von Führungsaufgaben, eingesetzt.

Auf einer Tagung der „Internationalen Organisation leitender Polizeibeamter deutsche Sektion" 1980 wurde von Erfahrungen aus England, Niederlande und den USA berichtet, nach denen Frauen auch *„bei größeren Demonstrationseinsätzen ihre Aufgabe voll bewältigt hätten"* (nach „Hamburger Abendblatt", 23.1.80). Am weitesten fortgeschritten ist die Integration nach Aussage von Polizeivizepräsident Pfennig in den USA, wo Frauen *„im Streifendienst, als Vertreter des Sheriffs und in allen sonstigen Aufgaben eingesetzt sind, in denen sonst männliche Kollegen Dienst tun"* („Die Polizei", 2/78).

Annette Jolin (Tochter des Münchner Polizeipräsidenten Schreiber) berichtet von einer Art „Modellversuch", der 1972 in Washington durchgeführt wurde und in dem 80 neue Beamtinnen mit 80 neueingestellten Kollegen zwei Jahre lang beobachtet und verglichen wurden. Die Frauen schnitten in der Gesamtwertung nur um einige zehntel Prozent schlechter ab. Unterschiede ergaben sich häufiger aus der „Persönlichkeitsstruktur" als aufgrund des Geschlechts.

Die Washingtoner Studie ergab, daß 70 % der Polizeibeamten einen daß 70 % der Polizeibeamten einen männlichen Partner vorzogen, 74 % nahmen an, daß die Motivation der Frauen äußerst zweifelhaft sei. *„Ich wurde immer sofort von meinen Kollegen befragt, wie lange ich diesen Beruf beizubehalten vorhabe und was geschähe, wenn meinem Mann meine Schichteinteilung nicht gefalle"*. Ablehnend war die Reaktion der Ehefrauen der Beamten. In Portland soll es zu einem Protestmarsch der Frauen vo das Präsidium gekommen sein. Die Frauen seien eifersüchtig gewesen, weil die Beamtinnen mehr Zeit mit ihren Ehemännern verbringen würden als die Ehefrauen selbst und weil erfahrungsgemäß die gemeinsam erlebten Gefahren der Partner in einem Streifenwagen zu einer sehr engen Bindung führen. Außerdem befürchteten die Frauen, ihre Männer seien größerer Gefahr ausgesetzt, wenn sie von einer Frau begleitet würden.

Mehr Sympathien wurden den Washingtoner Polizistinnen von den Bürgern entgegengebracht: Die Studie ergab, daß *„Bürger, die schon einmal Kontakt mit einem Mann/Frau-Team hatten, mehr dazu neigten, auch in Zukunft dieses Team einem, das nur mit Männern besetzt ist, vorzuziehen. Am häufigsten erwähnten Frauen, daß sich ihr Selbstbewußtsein der Polizei gegenüber erhöht hatte in dem Moment, in dem sie sich dort vertreten sahen"*. Als Folge dieser positiven Einstellung beobachtete man eine größere Kooperationsbereitschaft bei der Bevölkerung. Auf der Zahlenskala von 1 - 8 erreichten die Beamtinnen bzgl. der Bürger/Polizei-Kooperation den Wert 5,2, die Männer dagegen nur 3,5.

Es wurde festgestellt, daß die Streifenbeamtinnen weniger oft in „Polizei-Bürger-Konflikte" verwickelt wurden als Streifenbeamte. Allerdings auch, daß die Frauen weniger oft *„aus Eigeninitiative Personalienüberprüfungen oder Verkehrsüberprüfungen"* durchführten. *„Ein Befund, der sehr direkt auf die geringere Aggressivität und Selbstbehauptung der Frauen zurückgeht"* (nach „Die Polizei", 2/78).

Während die meisten Berichte über Polizistinnen im Ausland für ihre Beschäftigung argumentieren, beurteilt man in Wien den Einsatz von Frauen recht negativ: *„Weibliche Polizisten sind a rechter Schlag ins Wasser"*, meinte ein Sprecher des Wiener Polizeipräsidiums. *„Sie konnten die Arbeit nicht ordentlich machen, 's war halt zu schwer für sie, und jetzt laufen die Frauen endlich aus"* („Welt", 3.4.80). Auslaufen, das bedeutet, die meisten haben geheiratet, es werden keine neuen mehr ausgebildet, die restlichen acht Frauen wurden in den Innendienst versetzt. Die Gründe, aus denen man 1968 die Polizistinnen eingesetzt hatte, klingen bekannt: *„Wir hatten Nachwuchssorgen, weil sich damals die Männer nicht so recht in den Staatsdienst drängten"*. Das hat sich nun inzwischen geändert.

Männermangel?

Der Hauptgrund für den verstärkten Einsatz von Frauen bei der Polizei ist — wie auch bei der „Öffnung von anderen sog. Männerberufen für Frauen" — wahrscheinlich tatsächlich ein gewisser Mangel an männlichem Nachwuchs. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß dieser Mangel in einer Situation konstatiert wird, in der die Polizei ständig personell erweitert wird. D.h., die Aussagen der Polizeidirektion über den „Mangel" an Bewerbern haben in etwa den Charakter der Klagen von Wirtschaftsbossen über geringere Zuwachsraten.

Daß es nicht um den Erhalt des Personalbestands, sondern um seine Erweiterung (und damit um eine noch umfassendere Überwachung der Bevölkerung) geht, verdeutlichen die Aussagen des Hamburger Polizeidirektors Giese und Innensenator Staaks. Giese: *„Die Polizei will mehr Kommunikation mit den Bürgern und ihr subjektives Sicherheitsgefühl steigern"* („Welt", 6.4.79). Staak wünschte *„mehr Tuchfühlung"* zum Bürger und meinte: *„Wir haben einfach nicht genügend Männer, um sie ständig in den Straßen patrouillieren zu lassen. (...) Ich habe mir überlegt, ob das personelle Problem nicht durch mehr Frauen im Polizeidienst gelöst werden kann"* (ebd.). Diese Aussagen weisen auch auf ein weiteres Motiv hin: Vom Einsatz von Frauen erhofft man sich einen besseren Kontakt „zum Bürger".

Dazu kommt, daß das Jonglieren mit den Zahlen von Bewerbern, freien Stellen usw. wie jede Statistik für jede Art von Interpretation offen ist.

So lehnt z.B. die CDU laut „Welt" vom 21.3.80 die Einstellung von Schutzpolizistinnen im Land Rheinland-Pfalz mit dem Hinweis ab, es gebe dort einen männlichen Bewerberüberschuß. Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Innenpolitik derselben Partei dagegen fordert den Einsatz von Frauen und begründet auch das mit den Zahlen von Rheinland- das mit den Zahlen von Rheinland- Pfalz: Dort stünden 26 offenen Stellen etwa 2.000 Bewerbungen von Frauen gegenüber („Welt", 20.4.79).

Die Bewertung des Verhältnisses offener Stellen zu Bewerberzahl ist unterschiedlich: Während die CDU das Verhältnis von 500 Bewerbern zu 50 offenen Stellen im Saarland als „männlichen Bewerberüberschuß" („Welt", 21.3.80) bezeichnet, würde der Hamburger Polizeisprecher Krenz dies als Mangelsituation bewerten, da *„erfahrungsgemäß von zwölf Bewerbern nur einer tauglich ist"* („Hamburger Abendblatt", 11.1.79).

Daß die Ursachen der stärkeren Beschäftigung von Frauen bei der Polizei nicht nur im Mangel an männlichem Personal liegt, sondern auch bei den sogenannten „neuen Aufgaben", macht die Entwicklung beim BKA deutlich. Hier ist der weibliche Anteil überdurchschnittlich groß; während der Frauenanteil bei der Länderkripo bei 10 % liegt, sind es beim BKA 15 %. Den höchsten Frauenanteil, rund 20 %, hat die Abteilung „Terrorismus" in Wiesbaden.

„Weibliche Waffen"

Neben der Aufbesserung des Personalbestands verspricht sich die Polizei auch sonst noch einige Annehmlichkeiten vom „weiblichen Element". Hamburgs Innensenator Staak meint: *„Fraulicher Charme, Takt und Fingerspitzengefühl können von entscheidender Bedeutung für den Erfolg eines Polizeieinsatzes sein"* („Hamburger Abendblatt", 28.6.80). Er plädiert dafür, daß die neuen Polizistinnen ausreichende Kenntnisse auch in Pädagogik, Psychologie und Wohlfahrtspflege vorweisen können sollten („Welt", 12.6.80).

Die Teilnehmer der Tagung der „Internationalen Organisation leitender Polizeibeamter" kamen zu dem Ergebnis, daß die Frau von der Psyche her ihren männlichen Polizeikollegen überlegen sei. Während die männlichen Polizeibeamten dazu neigten, *„entstehende Gewalt durch Redegefechte zu eskalieren"*, verstünden es die Kolleginnen besser, *„sich entwickelnde Gewalt"* einzudämmen. Und da sie *„beim persönlichen Gespräch mit dem Bürger möglicherweise über mehr Gespür"* als ihre männlichen Kollegen verfügten, wären sie auch als Kontaktbereichsbeamte gut geeignet. Außerdem trügen sie zur Verbesserung des innerbetrieblichen Klimas bei („Hamburger Abendblatt", 23.1.80).

Was diesen Aspekt betrifft, sind sich die Experten allerdings nicht einig. Sie konstatieren Konkurrenzängste bei den männlichen Kollegen, da die Frauen oft eine bessere Ausbildung haben und schneller befördert werden. Viele Polizisten hätten auch Angst, beim „harten Einsatz" ihre Kollegin beschützen zu müssen. Und auch, was den „weiblichen Charme" betrifft, kann es zu Problemen kommen: *„Eine Polizistin kann leicht ins Gerede kommen. Sie muß von Anfang an im männlichen Kollegenkreis Distanz wahren. Sonst ist sie schnell drunter durch, und ihr Ruf ist hin"* („Quick", 14.5.80).

Für die Presse ist das Thema „Polizistinnen" immer gut für sexistische Anspielungen, nach dem Motto *„Mit Make-up und Pistole — Bundeskripo setzt auf weibliche Waffen"* („Tagesspiegel", 21.1.79).

Die körperlichen Vorzüge einzelner Beamtinnen werden detailliert dargestellt; da ist die Rede von der *„reizenden langbeinigen Dame"*, der *„gutaussehenden jungen Frau: rotlackierte Fingernägel, enge Hosen, knappes, figurbetonendes Jäckchen"* („Neue Revue", 12.2.79), von der ersten Kommissarin der Schutzpolizei der BRD, *„klein und keß, schlank und blond"* („Hamburger Abendblatt" 28.6.80). Unter der Überschrift *„Hamburgs hübscheste Polizistin — sie ist noch zu haben"* schreibt „Bild" (22.6.77): *„Ihre Augen sind grün wie Bergseen. Ihre braunen Haare haben einen Hauch von Tizian. Ihre 52 Kilo hat der liebe Gott fabelhaft auf 160 Zentimeter Körpergröße verteilt — ein Persönchen, das jeden Mann fesselt"*. Daneben ein Foto, auf dem die „160 Zentimeter" gerade aus dem Swimmingpool steigen.

Auch der Humor kommt nicht zu kurz: *„Eine hübsche Polizistin auf einer verkehrsreichen Kreuzung — das gibt es bisher nur in Berlin. (...) Doch auch in Hamburg soll es solchen 'Blickfang' bald geben. Hoffentlich verwechselt dann niemand das Bremsmit dem Gaspedal"* („Hamburger Abendblatt", 27.9.80).

Die Beamtinnen selbst geben sich ganz fraulich: *„Ich kämpfe am liebsten mit den Waffen einer Frau"* („Neue Revue", 12.2.79). *„Ich könnte mich kranklachen, wie sanft sich oft sogar 1,80-Meter-Männer von uns abführen lassen. Wie ein Hündchen, beschämt und geschockt. Unsere beste* schämt und geschockt. Unsere beste *Waffe ist unser Charme"* („Morgenpost", 10.2.77).

Die Kollegen: *„Ich habe mir meine Beamtinnen nicht nur nach Leistung, sondern auch nach Schönheit ausgesucht"* (Polizeichef Hamburg-West, Kruschka, in „Bild", 22.6.77). *„Und noch einen Unterschied gibt es, schmunzelt der Leitende Polizeidirektor Rademacher: 'Unsere künftigen Polizistinnen wollen das Polizeiabzeichen nicht auf der Brust tragen'"* („Quick", 14.5.80). Sehr witzig!

Ein Gag am Rande: Die „Morgenpost" hatte am 6.3.79 berichtet: *„Weibliche Polizeibeamte sind zwar optisch attraktiv, aber sie sind im Dienst erhöhten Streß-Situationen ausgesetzt. Das befand Bayerns Innenminister Tandler."* Die „Welt" (6.3.79) dagegen schrieb über dieselbe Äußerung: *„Der Einsatz von weiblichen Polizeibeamten ist zwar optisch attraktiv, kann aber nach Ansicht des bayerischen Innenministers Gerold Tandler (CSU) bei männlichen Autofahrern zu Streß führen. Derartigen Konfliktsituationen sollten deshalb nach Meinung Tandlers 'Frauen in Uniform' nicht ausgesetzt werden"*.

Nicht jeder Männerberuf emanzipiert

Die Position der Befürworter eines stärkeren Einsatzes von Frauen bei der Polizei faßt Pfennig zusammen:

„1. Es liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, daß einer Verwendung von Frauen im Polizeidienst Probleme des Geschlechts grundsätzlich entgegenstehen.

2. Der Einsatz von Frauen im Polizeidienst ist geeignet, die polizeiliche Arbeit teils durch die Schaffung neuer Einsatzformen, teils durch die Beseitigung vorhandener Fehlstellen zu erleichtern. Denkbar ist sogar, daß dadurch das Bild der Polizei in der Öffentlichkeit verbessert wird.

3. Allerdings ist dazu notwendig, Vorurteile gegen den Einsatz von Frauen in der Polizei abzubauen sowie die Einstellung und die Beschäftigung von Frauen im Polizeidienst für alle Zweige nach den für Männer geltenden Einstellungs- und Ausbildungsrichtlinien zu ermöglichen" („Die Polizei", 2/78).

Was an Gegenpositionen in der Öffentlichkeit laut wird, kommt meistens aus der rechten Ecke. All diesen Zweifeln, ob Frauen überhaupt körperlich und psychisch in der Lage sind, diesen Beruf auszuüben, möchte frau spontan entgegentreten, und jede Untersuchung, die ergibt, daß Frauen ebensogut geeignet sind, obendrein weniger aggressiv etc., verführt zu der Reaktion: „Na bitte, da sieht mann, daß Frauen für Männerberufe genausogut geeignet sind." Und die sexistischen Anmachen fordern zur Solidarisierung mit den Polizistinnen heraus. Und schon ist es passiert: *„Das Bild der Polizei hat sich in der Öffentlichkeit verbessert"*, sogar bei uns.

Aber es kann natürlich nicht darum gehen, sich im Meinungsstreit zwischen polizeilichen Aufrüstern und reaktionären Weiblichkeitsideologen auf die Seite der „Reformer" zu schlagen. Eine andere naheliegende Reaktion wäre: „Frauen zur Polizei", das ist wie „Frauen zum Bund", also Nein Danke! Das ist zwar im Grunde richtig, aber als Argumentation reicht diese Parallele nicht aus. Nicht jede Frau, die aus pazifistischen Gründen oder aus Erwägungen der Kosten-Nutzen-Rechnung gegen die Bundeswehr und gegen Frauen beim Bund ist, wird diese Ablehnung automatisch auf die Polizei übertragen. Die große Zahl der Bewerberinnen (und das sind sicher nicht alles nur Reaktionärinnen) macht deutlich, daß vom Polizistinnenberuf eine reale Anziehungskraft ausgeht. Gerade im Vergleich zu den wenig attraktiven herkömmlichen Frauenberufen, die Frauen mit Haupt- und Realschulabschluß offenstehen, erscheint dieser Beruf interessant und abwechslungsreich und wird subjektiv sicher auch als „Emanzipation" empfunden. Und wenn man/frau schon mit der Polizei zu tun hat, dann doch schon lieber mit Polizistinnen? Der Einsatz von Frauen wird ja gerade auch als geeignet dargestellt, den „negativen Auswüchsen" bei der Polizei entgegenzuwirken; ihre Fähigkeiten zu „menschlichen Kontakten", zur „friedlichen Beilegung von Konflikten" werden hervorgehoben. Ein Beispiel mag deutlich machen, daß es durchaus Situationen geben mag, wo weibliche Polizei (bei den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen) sinnvoll sein kann: Die Frauen der Berliner Frauenhäuser haben gefordert, daß zu den Ermittlungsarbeiten in die Frauenhäuser nur weibliche Polizisten kommen sollten, die männlichen hätten die Frauen als hysterisch bezeichnet, sie herablassend behandelt, ihre Strafanzeigen nicht ernstgenommen, bis schließlich eine der Frauen vor dem Spandauer Frauenhaus von ihrem Mann erstochen wurde. Daß diese Forderung abgelehnt de. Daß diese Forderung abgelehnt worden ist, macht allerdings ebenfalls deutlich, daß beim Einsatz von Polizistinnen nicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung gefragt wird („Tagesspiegel", 30.5.80).

Berücksichtigt frau also diese Aspekte, welche Argumente führen dann dazu, die Kampagne „Frauen zur Polizei" trotzdem abzulehnen und zwar nicht nur auf der Grundlage der Einschätzung der Polizei als Institution des bürgerlichen Staats etc.pp.?

1. Der verstärkte Einsatz von Polizistinnen ist ein unmittelbarer Wegbereiter für den Einsatz von Frauen bei der Bundeswehr. Der Anblick von uniformierten, bewaffneten Beamtinnen läßt auch die Vorstellung von Bundeswehrsoldatinnen in immer greifbarere Nähe rücken, er hat in diesem Sinn einen Gewöhnungseffekt. Viele Argumente, die bürgerliche Kritiker gegen den Einsatz von Frauen beim Bund einwenden, werden durch funktionierende Polizistinnen entkräftet.

2. Die Kampagne „Frauen zur Polizei" fällt (wie oben dargestellt) in eine Situation von männlichem Nachwuchsmangel bei gleichzeitiger Aufrüstung. Die Frauen sind wie immer nur Lückenbüßer, weil nicht genügend Männer zur Verfügung stehen. Aus der Not wird allerdings eine Tugend gemacht, indem die spezifischen angeblich weiblichen Eigenschaften nun dazu genutzt werden sollen, den Kontakt der Polizei zur Bevölkerung wieder zu verbessern, nachdem diese sich durch immer brutaleres Verhalten diskreditiert hat. Als Kontakbereichsbeamtinnen werden die Frauen eher in der Lage sein als die Männer, sich das Vertrauen der Bevölkerung zu erschleichen und so eine lückenlose Überwachung zu erreichen.

3. Unter den männlichen Bewerbern bei der Polizei befinden sich anteilig sicher mehr Sadisten, Waffennarren, Nazis etc. als unter den weiblichen. Es ist auch gut möglich, daß die Frauen im Polizeidienst weniger aggressiv auftreten als die Männer. Trotzdem wird die verstärkte Einstellung von Frauen einer weiteren Brutalisierung der Polizei nicht entgegenwirken. Durch entsprechende Arbeitsteilung wird erreicht, daß die Polizistinnen eher in den Bereichen mit friedlichen, beobachtenden Kontakt zur Bevölkerung eingesetzt werden und dort Männer für die weniger populären „harten Einsätze" freisetzen. Auch sind Frauen nicht von Natur aus friedfertiger und sanftmütiger, sondern können durchaus auch brutal und sadistisch sein, wie die Beispiele von KZ-Aufseherinnen zeigen. Die ideologische Verhetzung, der bei der Polizei männliche wie weibliche Beamte ausgesetzt sind, wird auch bei den Frauen zu einer entsprechenden „Radikalisierung" führen. Die gezielte Verunsicherung, die gerade junge, unerfahrene Polizisten zu brutalem Verhalten veranlaßt, könnte bei Beamtinnen aufgrund von körperlicher Unterlegenheit eine noch größere Schießbereitschaft zur Folge haben.

Deshalb:
Bulletten — Nein danke!
Wir haben die Schnauze schon voll!

Eine Genossin der AG Frauen, Hamburg

Eine Genossin der AG Frauen, Hamburg

Nationale Demonstration gegen »Frauen zum Bund« am 6.12.

„Als 1949 die Bundesrepublik gegründet wurde – die Erinnerung an den Krieg war noch wach –, hätte niemand gewagt, von Wehrpflicht zu sprechen, geschweige denn von einer Heranziehung der Frauen zu einem militärischen Dienst. Der wurde im Grundgesetz ausdrücklich verboten. Auch als 1956 dennoch die ersten wehrpflichtigen Männer in die Kasernen einrückten, war ein Militärdienst der Frauen undenkbar. Der nächste Schritt wurde 1968 mit den Notstandsgesetzen vollzogen. Sie schufen die Möglichkeit, Frauen für zivile Dienste zu verpflichten. Heute sprechen Vertreter der Regierung, der Opposition und der Bundeswehr von Frauen – Militärdienst".

Diese Sätze leiteten den Aufruf „Frauen in die Bundeswehr – wir sagen Nein", ein, den Marie-Luise Berg im Sommer '79 in der Presse veröffentlichte und den sofort 87 bekannte Frauen aller fortschrittlichen politischen Richtungen mitunterzeichneten. Der Aufruf war an vielen Orten der Bundesrepublik auch Startschuß für Frauengruppen, die gegen eine drohende Frauen-Militarisierung arbeiten wollten.

Und er steht im Hintergrund der nun anlaufenden nationalen Aktion, für die wiederum Marie-Luise Berg verantwortlich zeichnet.

Während bisher die Kampfansage an die fortschreitende Militarisierung der Frauen nur eine von vielen Demonstrationsparolen war - sei es am 1. Mai oder in den Friedensdemonstrationen – soll jetzt einmal machtvoll und ausschließlich die Parole „Frauen in die Bundeswehr – wir sagen Nein" herrschen. **Darum wird es am 6.12. in drei Städten der BRD Demonstrationen geben: in Hamburg, Bonn und München.**

In den drei Städten gibt es bereits Vorbereitungskreise, die allen interessierten Frauen, Iniativen und Organisationen offen stehen sollen. In der Hamburger Vorbereitungsgruppe sind miteinander im Gespräch Frauen der ASF (SPD), der FDP, des KB, der DKP, der DFU, der DFI, der „Graswurzel", der Grünen, der dju u.a. Wir hoffen, daß sich diese breite Unterstützung auch in machtvollen Demonstrationen niederschlagen wird.

Für alle, die die Vorbereitungen in irgendeiner Form unterstützen wollen, gibt es als Anlaufadresse, bei der frau Ort und Zeit der jeweiligen örtlichen Treffen erfahren kann:

Marie-Luise Berg
Bonnerstraße 208
5650 Solingen

Wie bereits mehrmals mit Erfolg praktiziert, wird das Aktionsbündnis einen gemeinsamen Aufruf herausgeben. Darüber hinaus ist es selbstverständlich jeder beteiligten Person oder Gruppe freigestellt, welchen Schwerpunkt der Frauenmilitarisierung sie in die Aktion hineintragen will und ob sie zusätzlich noch ein eigenes Flugblatt etc. herausbringen will.

In diesem Sinne:
Für einen kämpferischen 6.12.!

AG Frauen / Hamburg

Solidarität mit Pro Familia?

Solidarität mit Pro Familia, na, das ist doch wohl klar! Schließlich brauchen wir diese Beratungsstellen, die neben den § 218-Beratungsgruppen der Frauenbewegung die einzigen sind, die Frauen in allen wichtigen Fragen (Verhütungsmittel, § 218-Beratung, Sexualität etc.) in ihrem Interesse und ohne moralischen Druck beraten und unterstützen. In Baden-Württemberg und damit auch in Freiburg trifft dies besonders zu, denn bei uns kann frau nicht einmal abtreiben; umso wichtiger ist es also, eine Beratung zu bekommen, die uns Frauen darüber aufklärt, wie und unter welchen Bedingungen wir unser Recht auf Abtreibung wahrnehmen können – auch wenn wir dann immer noch 200 km fahren müssen. Also alles klar – oder doch nicht?

Ich möchte ein bißchen von den Erfahrungen erzählen, die die § 218-Gruppe in Freiburg in der Solidaritätsarbeit mit Pro Familia gemacht hat. Aus diesen Erfahrungen ergibt sich für uns die Frage, ob und vor allem unter welchen Bedingungen und w i e wir mit Pro Familia noch solidarisch sein können.

Angefangen hat alles damit, daß bereits Ende 1979 die volle Finanzierung der Pro Familia-Beratungsstelle in Freiburg nicht mehr gesichert war. Nachdem das Modellförderungsprogramm des Bundes um ein weiteres Jahr verlängert worden war, wurde dieses Problem zu den Akten gelegt – vorläufig ...

Jedoch zum Ende dieses Jahres ist es nun endgültig vorbei mit dem Geld! Die weitere Existenz der Freiburger Beratungsstelle steht in den Sternen, bislang hat weder das Land noch die Stadt eine müde Mark locker gemacht. In dieser Situation, insbesondere mit dem auf dem § 218–Tribunal favorisierten Sternmarsch auf Mainz, wollte die § 218–Gruppe hierzu aktiv werden.

Anfang September luden wir zu einem Treffen alle Gruppen ein, die an einem Erhalt der Pro Familia-Beratungsstelle interessiert sind. Es kamen viele; mit so einem Ansturm hatten wir nicht gerechnet. Es konstituierte sich eine Aktionseinheit, an der folgende Gruppen teilnahmen: DFI, § 218-Gruppe, Pro Familia, Frauengruppe der Bunten Liste, KB, GIM, Jungdemokraten, Freischwul, DKP, Die Grünen und viele Unorganisierte. Seit neuestem ist nun auch die ASF (Aktionsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen) mit dabei. Der DGB mochte aufgrund der berühmt-berüchtigten Unvereinbarkeitsbeschlüsse als Organisation leider nicht teilnehmen. Schade drum!

Die Aktionseinheit wird aktiv

Wir beschlossen, im Rahmen der bundesweiten Aktionswoche der Pro Familia, die Arbeit der hiesigen Beratungsstelle mit einem eigenen Flugblatt zu unterstützen. Schon zu diesem Zeitpunkt kam es zu Differenzen darüber, welcher Stellenwert der § 218-Beratung beigemessen werden soll. Aufgrund der miesen Situation bei uns machen die Frauen der Pro Familia vor allem Beratungen zum § 218 und müssen ihre anderen Aufgaben zwangsläufig vernachlässigen. Dies wird ihnen von kirchlicher Seite wiederum vorgeworfen. Pro Familia ihrerseits reagierte auf diese Angriffe defensiv, indem sie von sich aus die § 218 Arbeit als e i n e neben vielen anderen Aufgaben behandeln wollte und nicht den Stellenwert und die Bedingungen, unter denen eine solche Arbeit stattfinden muß, herausstreichen wollte. Trotzdem – wir konnten einen Kompromiß finden; das Flugblatt mit Hinweis auf eine Veranstaltung zur Situation von Pro Familia mit den Vertretern der Stadtratsfraktionen erschien. Die Veranstaltung selber war sehr gut besucht und wurde zu einem vollen Erfolg auch für die Pro Familia-Beratungsstelle. Leider waren nicht alle Stadträte der Einladung gefolgt; immerhin saßen aber je eine Vertreterin der SPD, der Grünen und der Bunten auf dem Podium. Nach einigem Hin- und Her entschloß sich auch die Pro Familia für eine Teilnahme an der Veranstaltung. Die CDU ließ sich zum wiederholten Male entschuldigen, und der FDP-Vertreter wollte nicht mit Kommunisten an einem Tisch sitzen. An diesem Abend trat eine Wende in der Politik der Aktionseinheit ein. Wir fingen an, uns in die kommunalpolitischen Auseinandersetzungen und Mauscheleien, wie wir später feststellten, einzumischen.

Die dominierdende Fragestellung für diesen Abend und die folgende Zeit blieb, wer denn nun eigentlich die volle Finanzierung von Pro Familia übernehmen solle. Zur Diskussion standen zwei Anträge, von denen beide an die Stadt und der eine teilweise auch an das Land gerichtet werden sollten:

– Die Stadt übernimmt die volle Finanzierung der Beratungsstelle. Dieser Vorschlag wurde von der Aktionseinheit gemacht. Ihm lag die Überlegung zugrunde, daß mit den Stimmen der SPD, FDP, der Grünen und Bunten (sie alle haben sich im Kommunalwahlkampf für den Erhalt der Pro Familia-Stelle ausgesprochen) im Stadtrat genau die Hälfte der Stadtratsmitglieder auf unserer Seite wären und damit real Chancen für eine Finanzierung der Beratungsstelle bestehen würden.

– Die Finanzierung soll zum Teil auf das Land, die Stadt und die umliegenden Gemeinden verteilt werden. Dieser Vorschlag wurde von der SPD vorgetragen. Der Haken bei diesem Finanzierungsmodell besteht darin, daß zum einen immer noch eine beträchtliche Summe nicht abgedeckt ist (40.000 - 50.000 DM) und zum anderen das Land sich bislang konsequent geweigert hat, auch nur einen Pfennig für die Pro Familia-Beratungsstellen nach dem Auslaufen des Modellprogramms auszugeben.

Gleichzeitig versuchte die SPD-Vertreterin, die anderen Stadtratsfraktionen massiv unter Druck zu setzen, indem sie erklärte, nur mit ihrem Finanzierungsvorschlag sei die SPD-Fraktion zu gewinnen.



Soweit, so schlecht. In der anschließenden Diskussion deutete sich bereits an, daß die SPD und die Pro Familia-Frauen zusammenarbeiteten; allerdings war Pro Familia zu diesem Zeitpunkt noch in der Aktionseinheit vertreten. Als Reaktion auf die drohende Spaltung der Pro Familia-Unterstützer verfaßte die Aktionseinheit einen offenen Brief an die SPD- und FDP-Stadtratsfraktionen, in dem es heißt: „ ... *Es ist daher naiv, vorauszusetzen, daß ausgerechnet dieser Landtag sich für eine Mitfinanzierung von Pro Familia entscheidet, ... Eine Mitfinanzierung durch das Land ist auf lange Sicht natürlich erforderlich. Kurzfristig jedoch... halten wir die volle Finanzierung durch die Stadt für unbedingt angezeigt*".

Im weiteren wird ein gemeinsames Vorgehen aller Parteien, die am Erhalt der Pro Familia interessiert sind, gefordert. „*Wir hoffen, daß Sie sich für ein gemeinsames Vorgehen in diesem Sinne einsetzen – also entweder dem Antrag der Bunten Liste und der Grünen* (dieser Antrag entspricht dem Vorschlag der Aktionseinheit, Anm. die Verfasserin) *im Stadtrat unterstützen, oder aber selbst einen Antrag einbringen, der den Erhalt von Pro Familia wirklich garantiert*" (zitiert aus dem Offenen Brief). Dieser Offene Brief wurd von allen bereits genannten Gruppen unterstützt. Eine Ausnahme bildeten die Grünen, denen einige Formulierungen zu scharf waren, und die Pro Familia, die zu diesem Zeitpunkt nicht zu den Terminen der Aktionseinheit erschien.

Pro Familia macht uns eine Solidarität immer schwerer

Parallel zu unseren Bemühungen, ein einheitliches Vorgehen im Stadtrat zu erreichen, liefen eine Unmenge von Mauscheleien am Telefon, hinter den Kulissen und sonstwo ab, von denen wir nur einen Bruchteil mitbekamen. Ich verzichte an dieser Stelle darauf, dies alles darzustellen, frau könnte damit mindestens drei weitere Seiten füllen. Aber interessant ist es trotzdem gewesen!

Mitte letzter Woche flatterte uns nun ein Schreiben der Pro Familia ins Haus. In diesem Brief teilten uns die Frauen der Beratungsstelle mit, daß „*wir uns gezwungen sehen, aus diesem Verbund* (der Aktionseinheit) *auszutreten, um der Gefahr entgegenzuwirken, als Anhänger und Verfechter einer bzw. mehrerer bestimmter politischer Gruppen identifiziert zu werden*". Als Gründe für diesen Austritt führen die Frauen an, daß sie von allen politischen Seiten gedrängt würden, sich mehr oder weniger direkt für den Vorschlag einer Partei auszusprechen (sinngemäß aus dem Brief der Pro Familia Freiburg zitiert). Trotzdem seien sie uns für unsere aktive Unterstützung dankbar.

Über die Gründe, die die Pro Familia-Mitarbeiterinnen zu diesem Schritt veranlaßten, läßt sich nur spekulieren. Angesichts der weiteren Entwicklung auf kommunalpolitischer Ebene (die Pro Familia-Stelle hat im Sozialausschuß einen Antrag auf Finanzierung gestellt, der sich mit dem der SPD völlig deckt, folglich hat die SPD ihren Antrag erst gar nicht gestellt) liegt es jedoch nahe, daß die SPD zum einen massiven Druck auf die Pro Familia-Stelle gemacht hat, zum anderen die Pro Familia-Frauen vielleicht selber Angst bekommen haben, in einem Bündnis mitzuarbeiten, in dem neben den Parteien auch linke Gruppen vertreten sind. Leider können wir nichts Genaues über das Verhalten der SPD sagen, bekannt ist jedoch, daß zumindest ein Mitglied des Freiburger Vorstandes der Pro Familia der SPD seeehr nahe steht.

Die weitere Arbeit der Aktionseinheit

Das Verhalten der Pro Familia, sich letztlich mit der SPD zusammenzutun, anstatt ihren Einfluß für ein gemeinsames Vorgehen aller am Erhalt der Pro Familia-Stelle interessierten Gruppen und Parteien in die Waagschale zu werfen, hat bei der Aktionseinheit Enttäuschung hervorgerufen. In einem Antwortbrief auf die Austrittserklärung heißt es: „*Unseres Erachtens habt Ihr Euch nun mit Eurem Schritt auf die Seite derjenigen gestellt, die ihrerseits ein einheitliches Vorgehen gefährden*". Weiterhin wird Pro Familia zu einer Diskussion mit der Aktionseinheit aufgefordert.

Das alles täuscht jedoch nicht drüber hinweg, daß die Aktionseinheit zur Zeit mit ihren Vorstellungen ausgebootet ist und ihre eigenen politischen Aktionen neu überdenken muß. Sicherlich, die Solidarität mit Pro Familia bleibt nach wie vor wichtig, auch wenn sie ihrerseits eine Zusammenarbeit nicht mehr wollen. Doch Solidarität fällt schwer, denn der Eindruck, daß die Pro Familia die Frauenbewegung und andere politische Gruppen dazu braucht, ihren Fall öffentlich bekannt zu machen und für einigen Wirbel zu sorgen, um sich dann, wenn die bürgerlichen Parteien aufgewacht sind, mit eben mit diesen zu verbünden, läßt sich nicht leugnen. Da fühlt man/frau sich zu Recht ausgenutzt und mißbraucht.

Trotzdem – die Arbeit geht weiter. Öffentlichkeitsaktionen zum Weiterbestand einer Beratungsstelle, die unseren Vorstellungen noch am weitesten entgegenkommt, sind nach wie vor notwendig, um unser Ziel. bessere Abtreibungsbedingungen in Freiburg, zu erreichen. „*Nun, der § 218 hat etwas mit dem System in der BRD gemeinsam: Beide werden eines Tages von der Bildfläche verschwinden*". (Ralf Reinders im Schlußwort im 2. Juni-Prozeß)

In diesem Sinne
Eine Genossin aus Freiburg

P.S.: Es bleibt noch nachzutragen, daß sich inzwischen sogar die CDU-Stadtratsfraktion Freiburg für den Erhalt der Pro Familia–Stelle einsetzt. Sie geht allerdings davon aus, „*daß die Stadt nicht in der Lage ist, die bisherigen Zuwendungen von Bund und Land an die Beratungsstelle aus eigener Tasche zu bezahlen*" („Badische Zeitung", 11./12.10.80). Ihrer Meinung nach sollen das Land Baden-Württemberg und die Landkreise für die Finanzierung aufkommen.

Neues zu Prostaglandine und Duogynon

...Dieses war der zweite Streich, doch der dritte folgt sogleich

Ein erster kleiner Erfolg in Sachen Cumorit (Duogynon): Schering stellt die Produktion dieses Präparates ein, das im Verdacht steht, bei Einnahme in der Schwangerschaft schwere Mißbildungen bei Kindern hervorzurufen. Die „Interessengemeinschaft Duogynongeschädigter Kinder" wertet dies als „Schuldeingeständnis".

Allerdings will der Scheringkonzern nicht auf seine Profite durch dieses Medikament verzichten: Lautstark wird verkündet, Cumorit (vormals Duogynon) werde nun nicht mehr hergestellt – aber ein „neues" Medikament mit dem Namen „Östro-Primolut" wird aus der Taufe gehoben. Die Zusammensetzung ist die gleiche wie bei Cumorit alias Duogynon, die Gesamtmenge wird lediglich auf mehrere Tage verteilt, statt sie wie bisher an zwei Tagen zu geben. Als Schwangerschaftstest dürfte Östro-Primolut damit nicht mehr geeignet sein, als Anwendungsgebiet bleibt die Behandlung der sogenannten „sekundären Amenorrhoe" (Ausbleiben der Menstruation). Allerdings ist auch hier die Anwendung eines solchen Medikamentes höchst zweifelhaft, da natürlich zuerst nach den Ursachen geforscht werden muß, (hormonelle Störungen, Streß, Schwangerschaft!), anstatt nur ein paar Pillen zu verschreiben.

Ob die Staatsanwaltschaft den Fall damit wohl für erledigt hält? Etwa zeitgleich mit Bekanntwerden der Schering-Entscheidung kündigte sie nämlich die Einstellung des Verfahrens an.

Prostaglandine – Hearing

47 Männer und 2 Frauen berieten am 23. September in Westberlin über die Zulassung des Prostaglandine-Präparates „Sulproston", das unter dem Namen „Nalador" wohl in Kürze zugelassen werden soll. 33 Sachverständige stellten die Firmen Upjohn und Schering; 11 Ärzte hatte das BGA (Bundesgesundheitsamt) eingeladen, das selbst weitere 5 Experten stellte. Daß überhaupt eine gewisse Öffentlichkeit in diesem Verfahren hergestellt wurde, geht allein auf die Iniative von Frauen zurück. Sie hatten Protestbriefe an das BGA geschickt und zu der Anhörung mobilisiert.

Wer bis dahin noch irgendwelche Illusionen hatte, daß das gesetzliche Verfahren vor Mißbrauch von Medikamenten schützt, wurde eindeutig eines „besseren" belehrt. Völlig einträchtig plauderten die von Schering bezahlten Gutachter mit „Gegengutachtern" darüber, was doch „Sulproston" für eine „wohltätige" Erfindung sei. Uneinigkeit bestand höchstens hinsichtlich der Anwendungsformen; die fortschrittlichste Position vertrat Dr. Matthiesen aus Frankfurt, der die Anwendung von Prostaglandinen vor der 10. Woche nur bei erstmals Schwangeren und anderen „Problemfällen" zulassen wollte.

Alternative Methoden sowohl zur Muttermundserweitung wie auch zur „Ausräumung" der Gebärmutter wurden kaum diskutiert. Äußerungen der Ärzte über ihre eigenen und andere Untersuchungen wurden nie hinterfragt; unter Kollegen vertraut man sich schließlich... Die angeblich enorme Erhöhung der späteren Fehlgeburten durch Abtreibungen wurden mit drei willkürlich ausgesuchten Statistiken „belegt" – peinlicherweise gerade aus den Ländern, wo laut WHO-Studie viel zu grob erweitert wird und außerdem ausgeschabt. Einige Nebenwirkungen wie „Schock" und „Kollaps" wurden erst auf mehrmaliges Nachfragen des BGA erwähnt.

Auf soviel „Wissenschaftlichkeit" reagierten die anwesenden Frauen mit Empörung. Sie stellten die entscheidenden Fragen, brachten Hinweise auf internationale Studien und forderten, diese medizinische Schönfärberei mit den Erfahrungen betroffener Frauen zu konfrontieren.

Sie sollten jedoch nicht zu Wort kommen. Nach viel Aufregung und Unterbrechung des Verfahrens gestand man ihnen Anhörung nach Ende des offiziellen Teils zu.

Da schließlich ließen die Herren Mediziner die Hosen endgültig runter. „*Sie dämliches Mädchen, Sie*" mußte sich eine mit Prostaglandine behandelte Frau beschimpfen lassen. „*Ich habe noch nie einen so undisziplinierten Frauenhaufen gesehen*", tönte ein anderer Arzt. Dr. Wiechell aus Lübeck schließlich beklagte sich über die „Pressehetze", die den Frauen das Vertrauen zu den Ärzten nehme. Sie würden sich dann nicht mehr richtig „führen" lassen.

Die Frauen brachten ihre Argumente gegen Prostaglandine vor und klagten die Ärzte nochmals an, Frauen zu den Versuchen erpreßt oder sie ohne ihr Wissen vorgenommen zu haben.

Eine Journalistin fragte die bestellten Gutachter nach ihrem Verhältnis zu Schering, ob sie Verträge mit der Firma hätten, denn immerhin verfügten sie ja über eigene Erfahrungen mit dem umstrittenen Präparat.

Eine Rechtsanwältin erklärte, daß ihre Mandantin über Lähmungserscheinungen nach Prostaglandineanwendung geklagt habe – eine Nebenwirkung, die überhaupt nicht erwähnt wurde.

Nach dieser Begegnung mit der Ärzte- und Pharma-Mafia ging frau mit einer Riesenwut im Bauch nach Hause.

Chemische Gewalt gegen Frauen

Aus aktuellem Anlaß fand am 24.10. in Westberlin eine Veranstaltung zum Thema „Chemische Gewalt gegen Frauen" am Beispiel Prostaglandine/ Duogynon statt, an der etwa 500 Menschen, zum größten Teil Frauen, teilnahmen. Veranstalter waren die Humanistische Union, die Alternative Liste, der Gesundheitsladen, die Interessengemeinschaft Duogynongeschädigter Kinder, die § 218-Beratungsgruppe im Frauenzentrum und eine weitere § 218-Frauengruppe. Das BGA und Schering waren eingeladen worden, zogen es allerdings vor, sich nicht zu beteiligen. So konnte frau auf dem Podium nur zwei Puppen namens Prof. Hier-nicht und Dr. Nicht-Da bewundern.

Zu beiden Themenkomplexen wurden Erfahrungsberichte von betroffenen Frauen verlesen, zwei Ärztinnen berichteten über die Wirkungsweise der Medikamente, eine Rechtsanwältin bzw. ein Rechtsanwalt erzählten über den Stand der laufenden Verfahren. In der anschließenden Diskussion ging es neben Sachfragen auch darum, was gegen einen derartigen Mißbrauch von Medikamenten unternommen werden könne. Die Rechtsanwältin vertrat, daß man den Ärzten durch Androhung von Strafanzeigen klar machen müsse, daß sie nicht so leichtfertig und unverantwortlich Medikamente anwenden dürften. Eine Apothekerin berichtete über ihre Erfahrungen mit Cumorit, das immer noch von Ärzten als Schwangerschaftstest verschrieben würde, und betonte die Wichtigkeit der gewerkschaftlichen Arbeit. Sie betonte außerdem, wie gering selbst bei schärferen Gesetzen die Möglichkeiten seien, einen in personeller und technischer Ausstattung weitaus mächtigeren Konzern effektiv zu überwachen.

Die Rechtsanwältin forderte mehrfach die grundlegende Verbesserung des Arzneimittelgesetzes.

Eine Frau aus der § 218-Gruppe beklagte die mangelnde Informiertheit und Parteilichkeit der fortschrittlichen Ärzte bei einem so heiklen Thema wie Prostaglandine.

Einen der wahren Hintergründe für die Prostaglandineanwendung machte der Beitrag einer jungen Ärztin deutlich: Sie schilderte eine Abtreibung ohne Prostaglandine als eine ziemlich grausame Sache: Blut fließt in Massen, der Arzt stochert unsicher in der Gebärmutter rum – das könne nur durch Prostaglandine geändert werden. Besser konnte eigentlich das Argument der Frauen nicht bestätigt werden, die sagen, daß Prostaglandine nur das handwerkliche Unvermögen der Ärzte verdecken soll, und die eine solide Ausbildung in der Absaugmethode fordern. Interessant in diesem Zusammenhang war auch der Hinweis einer Ärztin, daß es bis jetzt kein deutschsprachiges Lehrbuch über Abtreibungsmethoden gibt.

Auf die spontane Idee einer Demo am Tag der Zulassung von Nalador (= Sulproston) meldeten sich gleich ein paar Frauen zwecks Vorbereitung. Auch der Vorschlag, einzelne Ärzte als Gruppe aufzusuchen und mit ihnen zu diskutieren, aber auch um Druck auszuüben, fand Anklang.

Zwei Genossinnen aus Westberlin

Lateinamerikanische Frauen auf der Sommeruni

Sehr eindrucksvoll war ein Theaterstück, das von Frauen aus Argentinien, Peru, Chile, Bolivien, Costa Rica, Uruguay, Mexico und Westberlin vor ca. 300 Zuschauerinnen aufgeführt wurde.

In den verschiedenen Szenen stellten die Frauen die Abtreibungssituation in Lateinamerika, die Rolle der Frauen in Familie und Betrieb und ihre Schwierigkeiten in linken Organisationen dar.

Ein Beispiel: Zwei Frauen, von denen eine sehr schlecht aussieht, unterhalten sich an ihrem Arbeitsplatz im Betrieb. Von der einen auf ihr schlechtes Aussehen angesprochen, erzählt die andere, daß sie gerade eine Abtreibung bei einem Kurpfuscher über sich ergehen lassen mußte. Sie hat schon fünf Kinder, ein sechstes konnte sie sich nicht leisten. Sie kann es sich nicht mal leisten, sich für einige Tage nach der Abtreibung ins Bett zu legen.

Eine dritte Frau berichtet den Zuschauerinnen über die Abtreibungssituation in Lateinamerika: Da Abtreibung illegal ist, sind die Frauen, die nicht das Geld für einen guten Arzt aufbringen können, gezwungen, zum Kurpfuscher zu gehen. Da es auch fast nirgends legal Verhütungsmittel gibt, müssen viele Frauen das mehrmals über sich ergehen lassen. Die Folge dieser frauenfeindlichen Familienpolitik ist, daß ein Großteil der lateinamerikanischen Frauen unterleibskrank ist.

Bericht aus den Favelas

In einer anderen Arbeitsgruppe hielt Isabel Campos einen Bericht und Diavortrag über die Favelas. Isabel Campos stammt selbst aus den Elendsvierteln von Santiago und ist dort als Hausfrau in einer der vielen Nachbarschaftsorganisationen aktiv, die in teilweiser enger Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche für eine Verbesserung des Gesundheitswesens, der Lebensmittelversorgung, der Kinderbetreuung u.ä. kämpfen.

Mit ihren Dias und der Beschreibung ihres eigenen Lebens schilderte Isabel Campos sehr anschaulich, unter welchen Bedingungen ein großer Teil der chilenischen Bevölkerung heute leben muß:

Die Häuser kann man/frau kaum als solche bezeichnen: Die Hütten sind im Sommer schrecklich heiß, im Winter so kalt und feucht, daß viele, vor allem Kinder, unter schweren Atemerkrankungen leiden. Die chilenische Redensart „Der Hund ist die Decke des Volkes" beschreibt die Wohnsituation in den Favelas: im Sommer spielt der Hund mit den Kindern, im Winter wärmt er sie.

Hauptnahrungsmittel ist Brot, das zwar sättigt, aber keine Nährstoffe gibt. Am meisten unter diesen Bedingungen leiden die Frauen, die an den Herd gefesselt sind, weil ihnen nicht mal das Recht auf Arbeit zugesprochen ist.

Ganz abgesehen davon, daß sie es aufgrund der ständigen Schwangerschaften kaum wahrnehmen könnten: Seit dem Sturz Allendes gibt es keine Verhütungsmittel für die Frauen in den Elendsvierteln mehr, vielen Frauen wurde ohne deren Wissen die Spirale wieder rausgenommen.

Im Kampf ums Überleben haben sich seit einigen Jahren die Frauen, die sonst vereinzelt in ihrem Haushalt sitzen, mehr zusammengeschlossen: Sie gründeten Nachbarschaftsorganisationen, Volksküchen, Nähwerkstätten; die Ehefrauen und Mütter der aus politischen Gründen verschleppten Männer kämpfen gemeinsam um die Freilassung der Männer und gehen mit ihrer Forderung massiv an die Öffentlichkeit.

In der anschließenden Diskussion mit ca. 150 Frauen ging es einmal um die Rolle der Kirche, die in Chile (anders als bei uns) tatsächlich Partei ergreift für die Unterdrückten und sich aktiv an deren Kampf beteiligt (außer allerdings in der Verhütungs- und Abtreibungsfrage!!!), zum anderen um die Konflikte, die durch das wachsende Selbstbewußtsein der chilenischen Frauen in deren Ehen entstehen. Viele Männer weigern sich, die politischen Aktivitäten ihrer Ehefrauen zu akzeptieren, geschweige denn zu unterstützen. Auch die linken Parteien und Organisationen fangen jetzt erst an, sich Gedanken zu machen, wie sie die Organisierung von Frauen fördern können. Sie müssen dabei hart gegen die Propaganda des Pinochet-Regimes ankämpfen, das mit antikommunistischer Hetze vor allem gegen aktive Frauen schießt.

„Wie kann eine Frau autonom sein, wenn sie nicht weiß, was auf der Welt passiert!"

Vor 50 Frauen berichtete eine Chilenin, die seit einigen Jahren im Exil in Frankreich lebt, von ihrem Entwicklungsprozeß (und dem vieler anderer chilenischer Exilantinnen) seit ihrer Ankunft in einem westeuropäischen Land. Obwohl sie alle das Leben im Exil als unglaublich schwer empfinden, sie immer wieder über ihre Rückkehr und den Widerstandskampf in Chile reden, hat das Leben im Exil für die Frauen auch viel Positives mit sich gebracht: die Frauen, die sich bei ihrer Ankunft noch stark mit der passiven, nicht-autonomen Rolle, die den lateinamerikanischen Frauen zugeteilt wird, identifiziert hatten, wurden hier mit einer Kultur konfrontiert, in der die Frau schon wesentlich bessere Bedingungen vorfindet. Diese Konfrontation war für viele Frauen anfangs eine „traumatische Erfahrung", heute wird sie von ihnen als wichtiger Lernprozeß in ihrer Entwicklung zu autonomen Frauen empfunden.

Mit dem Kontakt zu französischen Feministinnen setzten sie sich noch mehr mit ihrer traditionellen Rolle und deren Hintergrund auseinander; gleichzeitig waren sie, anders als in Chile, gezwungen zu arbeiten – hatten dazu hier auch wesentlich mehr Möglichkeiten –, waren also nicht völlig isoliert.

So fingen sie auch an, sich mehr untereinander zu unterhalten, zu unterstützen, gemeinsam neue Wege zu suchen, sich eine tatsächliche Autonomie zu erkämpfen. Durch die Freundschaft und Solidarität zwischen den chilenischen Exilantinnen, durch ihre gemeinsamen Versuche, zu westeuropäischen Frauen Kontakt und Zusammenarbeit zu suchen, gelingt es den chilenischen Frauen oft besser als den Männern, mit der neuen Situation im Exil fertig zu werden. Wesentlich mehr Frauen leben heute bewußt allein, fühlen sich nicht mehr angewiesen auf die „Sicherheit" durch einen Mann.

In Chile selbst gibt es immer noch wenige Frauengruppen und Frauen, die sich in linken Parteien/Organisationen für den Frauenbefreiungskampf engagieren. Die Exilantinnen hoffen, daß sie einiges von dem, was sie hier gelernt haben, mitnehmen können, wenn sie nach Chile zurückkehren. Auch wenn vieles nicht so einfach zu übertragen ist – die Lebens- und Kampfbedingungen sind doch sehr verschieden.

Li/Frankfurt



Chile: Kampf ums Überleben

Peru: Der Fall Conel

Die Fabrik CONEL in Lima/Peru produzierte bis Anfang '79 elektronische Teile für Radios, Fernseher und Stereoanlagen. Zu dieser Zeit waren dort 40 Angestellte und 180 Arbeiter (130 davon Frauen) beschäftigt.

Im April 79 schickte die Unternehmensleitung alle Arbeiter/innen in Urlaub mit der Begründung, da Teile fehlten, könne die Produktion nicht weitergeführt werden. Als die Arbeiter/innen im Mai wieder zur Arbeit erschienen, teilte man ihnen mit, die Produktion sei für 3 Monate gesetzlich stillgelegt worden. Das bedeutete auch, daß sie für die folgende Zeit keinen Lohn mehr erhielten. Um sicher zu gehen, daß nicht doch weiterproduziert oder die Fabrik ausgeräumt würde, bewachten die Arbeiter/innen während dieser Zeit die Fabrik.

Nach Ablauf der 3 Monate gab die Unternehmensleitung bekannt, die Stillegung sei um 5 Monate verlängert, obwohl eine Stillegung der Produktion gesetzlich nur für maximal 3 Monate erlaubt ist. Im September schließlich beschlossen die Aktionäre, die Fabrik zu schließen, ohne Wissen der Beschäftigten und ohne Einverständnis des Arbeitsministeriums.

Daraufhin besetzten am 17.12.79 vierzig Frauen mit ihren Kindern die Fabrik und protestierten gegen ihre Entlassung. Die Gewerkschaft versuchte, die Leitung der Fabrik zu übernehmen, wie es gesetzlich bei einer illegalen Fabrikschließung möglich ist.

Die Bevölkerung unterstützte die Besetzerinnen mit Spenden und Essen.

Ein Jahr zuvor waren zwei andere Fabriken, LOLAS und CROMOTEX, die ebenfalls besetzt worden waren, von der Polizei und bezahlten Schlägerbanden gewaltsam geräumt worden. Dabei gab es Tote und Verletzte. Auch gegen die Besetzerinnen von CONEL wurden Schläger eingesetzt, doch sie konnten erfolgreich abgewehrt werden.

Im Mai 1980 stellte sich nun auch das Ministerium auf die Seite der Unternehmer, trotz des illegalen Vorgehens, und die Besetzerinnen wurden gerichtlich zu einer Strafe von 100.000 Soles und 6 Monaten Gefängnis wegen Hausfriedensbruch verurteilt. Damit wird die Gefahr für ein ähnliches Massaker wie in den Fällen LOLAS und CROMOTEX immer akuter. Die Frauengruppe Peru, Hamburg, schickte uns die folgende Bitte zur Unterstützung der Besetzerinnen:

Die Frauen von CONEL

Seit dem 17.12.79 halten 40 Arbeiterinnen die Fabrik CONEL in Lima, Peru besetzt, weil ihnen grundlos gekündigt wurde.
Ihr Ziel ist die Selbstverwaltung der Fabrik, bis jetzt wurde ihre Forderung jedoch von der Regierung und vom Arbeitsministerium abgelehnt. Es droht ihnen eine Bußgeldstrafe von 100.000 Soles (DM 700) und eine halbjährige Gefängnisstrafe, außerdem ist zu befürchten, daß ein Massaker entsteht, wie im letzten Jahr in den besetzten Fabriken LOLAS und CROMOTEX, wo es mehrere Schwerverletzte und 6 Tote gab.
Aus diesem Grund sind die Arbeiterinnen von CONEL dringend auf unsere Solidarität angewiesen.
Bis heute, 28.9.80 halten die Arbeiterinnen die Fabrik noch besetzt, wir warten auf neue Nachrichten.

Bitte schickt Protestschreiben mit dem folgenden Text und Eurer Unterschrift und Adresse an :
Sr. Presidente de
la República
Palacio de
Gobierno

Lima-Peru

Text:

WE DEMAND: Job security for the workers of CONEL.

Mit solidarischen Grüßen

Frauengruppe Peru, Hamburg
(Perugruppe Hamburg)



Eine Genossin der AG Frauen, Hamburg, nach Informationen der Lateinamerika-Kommission

Anmerkungen zu einem »peinlichen Vorfall«

Die ausführliche Berichterstattung über die Frauen-Sommeruni fand ich sehr gut und interessant, doch über eine Stelle in dem Artikel „*Autonomie und Frauenstatut im KB*" habe ich mich sehr geärgert. Erfährt frau doch dort von einem „*sehr peinlichen Vorfall*", an dem eigentlich gar nichts Peinliches dran ist: In einem Frauenprojekt an der Hamburger Uni sollen „*versteckte SSB'lerinnen*" mitgearbeitet haben, die dann zu den Auseinandersetzungen mit den MSB-Frauen im Projekt auch noch ein SSB-Flugblatt herausgegeben haben. Diese Kritik hatte laut AK eine Frau auf der Veranstaltung vorgebracht. Weiß der Kuckuck, wer sich dort vor wem versteckt hat; jedenfalls sind die betreffenden SSB-Genossinnen zu den Projekttreffen weder inkognito noch mit Tarnkäppchen erschienen, sondern als SSB'lerinnen! Gegenstand der Kritik seitens autonomer Frauen war dementsprechend auch nie ein Versteckspielen, ja nicht einmal in erster Linie der Inhalt des SSB-Flugblattes. Anlaß zur Empörung war vielmehr die Tatsache, daß überhaupt ein Flugblatt des SSB erschienen ist. Dieses hätte nur nach Absprache mit den autonomen Frauen geschehen dürfen oder noch weitergehend: nur eine gemeinsame Stellungnahme von autonomen und SSB-Frauen wäre möglich gewesen.

Diese Position kann ich absolut nicht teilen. In Frauen- wie in anderen Projekten hat m.E. grundsätzlich jede Strömung/Organisation das Recht, Stellungnahmen zu veröffentlichen, ohne sich mit den anderen abzustimmen. Zu kritisieren ist das erst dann, wenn nicht mehr deutlich wird, daß es sich um ihre Meinung und nicht um die Meinung der gesamten Initiative handelt. Gute Zusammenarbeit kann doch unmöglich zur Voraussetzung haben, daß wir als organisierte Frauen unsere Positionen nicht mehr eigenständig veröffentlichen dürfen! (Dies gilt selbstverständlich auch für nicht organisierte Frauen, nur sie dürfen dieses Recht wohl heute sowieso in Anspruch nehmen, ohne eine Welle der Empörung über sich ergehen lassen zu müssen).

Von der Genossin aus Frankfurt, die diesen Artikel geschrieben hat, hätte ich anderes erwartet, als daß sie die Kritik einer Hamburger Frau ungeprüft im Arbeiterkampf verbreitet und noch dazu mit dem Prädikat „sehr peinlich" versieht, ohne daß sie über die tatsächlichen Vorgänge informiert ist.

Wir haben uns manchmal in Frauengruppen sektiererisch oder sonstwie falsch verhalten, und über die Kritik anderer Frauen müssen wir offen diskutieren. Es ist allerdings längst nicht so, daß jede Kritik seitens autonomer / unorganisierter Frauen berechtigt sein muß. Nachfragen wäre möglich und nötig gewesen. Und für ein bißchen mehr Vertrauen in die Arbeit anderer Genossinnen sollte unsere gemeinsame Organisierung doch wohl trotz aller Fehler und Widersprüche eine ausreichende Grundlage bieten.

Eine Genossin des SSB/Hamburg

Richtigstellung

Durch eine Nachfrage nach meiner Diplomarbeit über weibliche Widerstandsformen erfuhr ich, daß meine Adresse als Anlaufstelle für Interessenten an der Arbeit im „Arbeiterkampf" erschienen ist. Es war weder mit mir abgesprochen, noch liegt es in meinem Interesse, Öffentlichkeit und Werbung für meine Diplomarbeit durch den „Arbeiterkampf" herzustellen - auch nicht auf der Frauenseite. Es geht mir hierbei nicht darum, zu quengeln, daß ich nicht gefragt wurde, und ich jetzt verletzt bin, weil man mich übergangenhat. Vielmehr bin ich wütend darüber, daß ich nicht selbstbestimmen konnte, wann, wo und wie ich meine Arbeit öffentlich mache, bzw. zur Verfügung stelle. Das ist ein großer Unterschied ! Hinzu kommt noch, daß in dem Papier, das ich ausschließlich für die Sommeruni gemacht habe, Arbeit steckt. Die Schreiberin des Artikels aber hat mein Papier nicht kommentiert, sondern fast vollständig (mit für den Zusammenhang nur geringfügigen Kürzungen) abdrucken lassen. D.h. die Arbeit einer Frau war mal wieder unbezahlt. Die Selbstverständlichkeit, mit der diese Arbeit vereinnahmt wurde, wie auch die Selbstverständlichkeit, mit der der Wunsch nach Veröffentlichung meiner Adresse als Bestelladresse ohne Frage vorausgesetzt wurde, ist nichts als Ignoranz meinen Interessen gegenüber. Solches Verhalten aber weicht für mich kein Stück von den herrschenden Verkehrsformen zur Ausbeutung von Frauen ab.

Annette Rehbock, Münster

»Behandelt die Mädchen nicht wie den letzten Dreck!«

(Ein Südostasien- Reiseführer)

Auf der Suche nach Selbstbestimmung und Selbsterfahrung, aus Flucht vor täglicher körperlicher Anspannung und psychischem Frust hat das sog. individuelle alternative Reisen während der letzten Jahre stark zugenommen. Entsprechend stieg der Bedarf an alternativen Reiseführern. Zur Region Südostasien liegen mittlerweile mehrere solcher Bücher vor. Eines davon nennt sich „Südost-Asien-Handbuch", sein Autor ist Stefan Loose (erschienen im Eigenverlag, Körtestr. 22, 1 Berlin 61, 2. Aufl., März 1979).

Sein Handbuch *„ist für all diejenigen Leute gedacht, die sich mal zwischen Rangoon und Neu Guinea umsehen wollen. In erster Linie natürlich für zivilisationsmüde Traveller, die in die abgelegensten Ecken vorstoßen wollen."*

Die Informationen und Tips habe der Autor, seinen eigenen Angaben zufolge, während vieler Reisen nach Asien selbst gesammelt; fern von den Massentourismusströmen *„habe ich großartige Menschen getroffen, die noch heute – und wir leben bekanntlich im 20. Jahrhundert – frei von den uns so bekannten Zivilisationskrankheiten sind. Menschen, für die Gastfreundschaft und Freundlichkeit noch etwas bedeutet".*

So weit, so gut; was er aber dann weiter hinten in seinem Buch unter der Überschrift „Unterhaltung in Bangkok" dem Leser auftischt, stellt die 4-S-Werbesprüche (Sonne, Strand, See, Sex) eines Neckermann-Hochglanzsprospekts weit in den Schatten. Um seinem vorgeblichen Anspruch als alternativer Reiseführer gerecht zu werden, amüsiert er sich zunächst über Herrn Maier aus Regensburg, für dessen Wohlergehen in Bangkok rd. 30 000 „Engel" bereitstehen - um ein paar Sätze weiter seine Leserschaft zur „alternativen" Prostitution zu ermuntern. So empfiehlt er dem herumgereisten, von allzuviel Ursprünglichkeit und Unberührtheit gestreßten Alternativler ein paar Tage Erholung in Bangkok: *„Trotzdem solltet ihr euch ruhig mal für ein paar Abende ins Nachtleben stürzen, es ist eine Abwechslung besonders etwa nach drei Monaten Indien oder einer Borneodurchquerung".*

Da er um die schmale Brieftasche der meisten Alternativreisenden weiß, verrät er auch, wo es besonders preiswert ist: *„Der ‚heißeste Strich' Asiens, wie mir mal ein erfahrener Kenner asiatischer Metropolen erzählt hat, ist der Coffee Shop im . . . -Hotel* (es folgt die Adresse, AK). *Gegen Mitternacht kommen all die Mädchen ins . . . , die noch niemand gefunden haben. ..... Die Bars sind sämtlich nicht zu teuer, und wem eine einseitige Unterhaltung, einerseits Thai mit ein paar Brocken Englisch, andererseits Deutsch mit ein paar Brocken Englisch nicht genug ist, 200 Baht ist der richtige Preis".*

Im Unterschied zu Herrn Maier aus Regensburg wird der Freak dank seines „Alternativ"führers auch mit thailändischen Sitten und Gebräuchen vertraut gemacht: *„Gefällt euch eine Tänzerin besonders gut, so machts wie die Thais, und steckt dem Mädchen einen Schein zu".*

Unser ‚‚Alternativ"autor weiß um die Bedürfnisse der Individualreisenden nach zwischenmenschlichen Begegnungen und tiefergehenden Kontakten zu fremden Kulturen, deshalb sein folgender Tip: *„Hostessen zum Tanzen und Plaudern kann man sich für eine oder mehrere Stunden kommen lassen. Die Mädchen sitzen alle in einem Raum, und von außen durch ein kleines oder größeres Fenster trefft ihr eure Wahl. Nr. 85 zum Beispiel! Ihr müßt nur wählen – die Mädchen tragen alle von außen gut sichtbare Nummern. Dazu kommt natürlich das nötige Kleingeld, denn eine Hostess muß eben für einen bestimmten Zeitraum „gemietet" werden".*

Doch auch diese deutsch-thailändische Kontaktpflege scheint an Natürlichkeit und Ungezwungenheit eingebüßt zu haben, denn unser Autor schreibt: *„Manchmal ist das alles so ein bißchen wie Pferdemarkt und deshalb nicht jedermanns Sache. Allzu leicht vergißt man dabei, daß es bei den Mädchen auch um Menschen handelt!"*

Daher die Mahnung unseres Autors: *„Behandelt die Mädchen nicht wie den letzten Dreck".*

Der internationale Massentourismus hat, nach den Aussagen unseres Autors, *„ ... seit Beginn der 70er Jahre ... einen damals vielleicht noch bestehenden eigenen Charakter der Stadt brutal vernichtet. ... Die Szene in Bangkok hat sich in den letzten Jahren, vor allem nach den Jumboladungen bundesdeutscher Männer gewaltig hin zum Negativen verändert".*

Dennoch weiß er Trost und dem beziehungsgeplagten Freak wird bei den folgenden Zeilen das Herz höher schlagen: *„Trotzdem gibt es noch seltsamerweise nette und hübsche Mädchen, die nur darauf warten, für ein paar Tage oder Wochen mit euch zusammenzusein. Derartige Entscheidungen liegen dann immer bei euch, und ihr solltet finanzielle Dinge immer vorher klären".*

Natürlich gibt es da noch das Sprachproblem: *„Plant nicht vier Wochen - Thailand - Kreuzfahrt mit einem Mädchen, das ihr zwar gern habt, aber mit der ihr kaum einen Ton sprechen könnt. Nach spätestens einer Woche funktioniert so etwas nicht mehr. In Bangkok gibt es genügend Mädchen, die eingermaßen Englisch können. Zu so einer Entscheidung eines gemeinsamen Rundtrips gehört eine Menge Erfahrung und Fingerspitzengefühl".*

Der Alternativler, der den Strand-Sonne-Pauschaltourismus als unoriginell und wenig kreativ verabscheut und dem es um das Kennenlernen von Land und Leute geht, wird die Vorteile einer thailändischen Reisebegleiterin nicht übersehen können: *„Man sollte eigentlich weder zunoch abraten, sondern es der jeweiligen Situation überlassen. Mit einem Thai–Mädchen zu reisen hat eine Menge Vorteile. Für euch regelt das sämtliche auftretende Sprachprobleme, und davon kann jeder Thailand–Traveller ein Lied singen. Ihr könnt euch auf den faulen Bauch legen, und kein Thai Dictionary von innen ansehen. Viele Dinge, die ihr nicht versteht, kann sie euch erklären, und ihr werdet dadurch eine Menge lernen".*

Der abschließende Tip unseres Alternativautors: *„Ich würde euch dringend empfehlen, vor einer gemeinsamen Rundreise noch einmal GEMEINSAM einen Arzt aufzusuchen, und euch durchchecken zu lassen. So etwas ist in Bangkok günstiger als in der fernen Provinz.*

Adressen von Krankenhäusern in Bangkok (wir verzichten auf den Abdruck, AK).

Viele Mädchen haben auch private VD (Veneral Desease) Doktoren, zu denen ihr auch gehen könnt. Laßt euch immer die VD Cards zeigen, in denen mit Datum die letzte Untersuchung verzeichnet ist. Derartige Dinge sind wichtig, und ihr solltet sie ernst nehmen - ein penicillinresistenter Tripper ist eine äußerst schlimme Angelegenheit!!"

Ähnlich einem Boulevard-Blatt stellt der Autor die Thailänderinnen als erwartungsfreudige Objekte dem Leser vor, ohne im geringsten auf ihre Gefühle einzugehen oder den Hintergrund der Touristenprostitution auch nur zu erwähnen, der darin besteht, daß Reiche über Arme herfallen und diese zwingen, das herzugeben, was diese ohne Not nie gewähren würden.

Er verschweigt,

– daß Massenprostitution Ausdruck der Verarmung der Landbevölkerung ist, deren Töchter in die Städte wandern auf der Suche nach einem Lebensunterhalt, die dann in den meisten Fällen keine Beschäftigung finden oder deren Löhne zu niedrig sind, um ihre Familien zu unterstützen, so daß als letzte Möglichkeit, dem allergrößten Elend zu entfliehen, nur die Prostitution bleibt;

– daß skrupellose Banden junge Mädchen von in Not geratenen Bauern aufkaufen oder aus den Flüchtlingslagern rekrutieren, in Bordellen in Bangkok gefangenhalten, schlagen und drogenabhängig machen;

daß 80 % der Frauen mit dem
chen;

– daß 80 % der Frauen mit dem durch Prostitution verdienten Geld ihre Familien unterstützen;

– daß die Präsenz der US-Truppen während des Indochinakrieges die Ursache dafür ist, weshalb gerade Thailand unter den Staaten der Dritten Welt zu einem Land wurde, in dem die Prostitution zahlenmäßig besonders ausgeprägt ist; (Die GI's wandelten ganze Teile Bangkoks zu „Rest - and - Recreation - Gebiete um. Sie lösten einen Boom aus, der nach Abzug der amerikanischen Truppen von den einströmenden Touristen weiterhin am Leben erhalten wurde. In kaum einem Reiseprospekt fehlt heute der Hinweis auf die sexuelle Verfügbarkeit der Thai-Frauen);

– daß bereits 1973 rund jede 2. weibliche Beschäftigte in Bangkok und Umgebung ausschließlich oder zusätzlich als Prostituierte arbeitete, ihre Gesamtzahl - offiziellen Angaben zufolge - in diesem Jahr 1 Million überschritten hat und 3/4 der Frauen als geschlechtskrank gelten;

– daß die Prostitution den rigiden Moralvorstellungen der thailändischen Gesellschaft total entgegensteht und den Frauen in diesem Notgewerbe gesellschaftliche Achtung und Anerkennung versagt bleiben.

Ich finde es schon schlimm genug, wenn in westdeutschen Massenmedien und in den Publikationen der Reiseunternehmen ein Bild von der thailändischen Frau verbreitet wird als einem exotischen, mandeläugigen Geschöpf, sanft, gefügig und lustvoll. Noch unerträglicher allerdings finde ich die Tatsache, solches in wenig abgewandelter Form in einem alternativen Reiseführer wiederzufinden. Wer einmal in Thailand war und sich mit dortigen Prostituierten unterhalten hat und dabei ihre erschütternden Biographien von Elend und Not erfahren hat, wird schnell das verbreitete Bild von Gefügigkeit und Lüsternheit der Thai-Frauen entlarven als die kaputten Wunschvorstellungen und Sexualphantasien der Männerwelt.

Auch ein Herr Loose, der den männlichen Thailandreisenden zwecks Bequemlichkeit empfiehlt, eine Thai-Frau für den gesamten Aufenthalt zu „mieten", weiß sehr wohl und verschweigt bewußt, welche Hoffnungen auf Seiten der Thai-Frauen jeder längere Kontakt mit einem Westler auslöst: Den Wunsch nämlich, durch Heirat und Emigration aus der eigenen Scheiße herauszukommen. Und ein Herr Loose weiß sehr wohl, daß in den Augen der Thailand-Reisenden die „freundschaftliche" Beziehung längstens bis zum Abflug dauert – wobei noch dahingestellt sein mag, ob eine Heirat für die Thailänderinnen nicht bedeuten würde, vom Regen in die Traufe zu kommen.

Wir werden daher versuchen, während der nächsten Wochen eine Kampagne gegen das „Südostasien-Handbuch" anzuleiern und uns um die Zustimmung möglichst vieler Gruppen, Organisationen, Buchläden und Verlage bemühen mit dem Ziel

– den potentiellen Leserkreis zu einem Boykott dieses Buches zu bewegen

– die Buchläden, insb. jene mit linkem Anspruch, zu veranlassen, die-

– die Buchläden, insb. jene mit linkem Anspruch, zu veranlassen, dieses Buch aus ihrem Angebot zu entfernen

– den Autor zu zwingen, bei einer Neuauflage seines Buches jene zitierten Passagen herauszunehmen.

Frankfurt/M., Anfang Oktober 1980

Südost-Asien-Gruppe-Frankfurt
Frankfurter Frauenblatt

Dem können wir uns nur anschließen!

AG Frauen

»Linker« Chauvinismus auf Schritt und Tritt — Noch ein Reiseführer

Angeregt durch den Aufruf aus Frankfurt habe ich mir gleich mal meinen „Alternativ"-Reiseführer angesehen, und siehe da, ich wurde fündig.

Es handelt sich um den sehr weit verbreiteten Reiseführer **„Tips und Tricks für Tramps und Travellers"** von Michael Cannain und Gisela Himmelseher, erschienen in der rororo Sachbuchreihe „Anders Reisen".

Hier einige Kotzproben:

In dem Kapitel „Sex ist good for you" wird zunächst erläutert, warum die Frauen unter den Tramps sich möglichst „reizlos" kleiden sollten: *„Es ist schließlich kein Wunder, daß Männer in ländlichen Gegenden, die nur verschleierte oder zumindest sehr züchtige Frauen gewohnt sind, beim Anblick nackter Schenkel durchdrehen".*

Mit „durchdrehen" ist Vergewaltigung gemeint. Und dann werden auch gleich die heißen Tips nachgeliefert, wie frau sich im Falle einer Vergewaltigung zu wehren hat: *„Widerstand heizt den Knaben eher an... Besser sind begierdedämpfende Maßnahmen, laute Gebete, Bekreuzigungen, der Hinweis auf angebliche Geschlechtskrankheiten... und, falls es geht, vernünftiges Einreden..."*

Getreu dem Merkblatt der Bremer Polizei „Ratschläge zur Verhinderung von Vergewaltigungen", was ja ebenfalls Beten empfiehlt...

In dem Kapitel „Prostituierte" wird dann ähnlich wie im „Süd-Ost-Asien Handbuch" für die Prostitution geworben: *„In Gegenden, wo rein gar nichts läuft, hat der Mann meist immerhin noch die Wahl unter Prostituierten. Mag er auch von Prostitution nichts halten, so ist das noch lange kein Grund, die Frauen, die damit ihren Lebensunterhalt und nicht selten den ihrer Familie verdienen, abzulehnen".*

Es wird sogar noch versucht, von „links" für die Prostitution zu „argumentieren": *„Auf Einwände der internationalen Spießerfraktion gegen ‚schmutzigen' Sex wollen wir gar nicht erst eingehen. Die kann man ruhig vergessen. Ernstzunehmender sind schon linke oder feministische Argumentationen, die Prostitution aus dem ökonomischen Elend erklären und von einer Entwürdigung der Frau sprechen. Beide Aspekte spielen sicherlich eine wichtige Rolle, aber sie reichen nicht aus, um das Phänomen der Prostitution zu erfassen. Grundvoraussetzung für Sex gegen Geld ist immer noch die Existenz einer restriktiven Sexualmoral, die freie und spontane Sexualbeziehungen verhindert.*

Trotz Aufhebung ökonomischer Widersprüche gibt es auch in sozialistischen Ländern Prostitution. Der Unterschied zum dekandenten Westen scheint einzig der zu sein, daß im Sozialismus Hostessen nur der Machtelite zur Verfügung liegen und nicht der ‚herrschenden' Arbeiterklasse. Selbst China ist da keine Ausnahme, was bei dem Spätehegebot und der Ablehnung von Onanie nicht verwunderlich ist".

„Der Kontakt zu Freudenmädchen, wenn man sie lieb behandelt, kann emotional sehr aufbauend sein".

„Sinnvoll ist es, mit einem Mädchen ein Agreement für die ganze Zeit des Aufenthaltes zu vereinbaren. Dadurch hat man die Möglichkeit, den Kontakt nicht nur auf das Sexuelle zu beschränken, sondern eine einheimische Frau näher kennenzulernen und durch sie mit Land und Leuten vertraut zu werden. Bei der Anmut vor allem fernöstlicher Frauen kann es vorkommen, daß man sich ein wenig verliebt – oder sogar, daß man trotz Geldes auch gern gemocht wird. Verläßt man die Gegend, bekommt die Geliebte auf Zeit ein großzügiges Abschiedsgeschenk, und man sagt ihr mit einem starken Ziehen in der Magengegend in der Landessprache leise ‚Servus' ".

„Jemand, der mit seiner Frau im Bett nicht klarkommt und extra nach Thailand fliegt, um sich mal richtig auszuficken, wird kaum Interesse für die individuelle Persönlichkeit der Mädchen aufbringen. Genauso wie Männer nicht zu einer brauchbaren Beziehung fähig sind, die sich nur bei einer Prostituierten zu sagen getrauen, was und wie sie's wollen. Schon um das dadurch entstandene Bild der Westeuropäer wieder zu korrigieren, schadet es nicht, wenn die Mädchen auch mal Männer kennenlernen, die auch zu Hause mit ihren Frauen offen umgehen".

Dazu braucht man wohl nichts mehr zu sagen! Dieses Buch sollte ebenfalls unbedingt boykottiert werden und aus den linken Buchläden verschwinden.

M., Metallbereich
KB/Gruppe Hamburg

Auch in Polen: Frauen zurück an Heim und Herd!

Die Funktionärin der polnischen Staatsgewerkschaft I. Screzuska ist der Auffassung, daß die „Rolle der Mutter mit der Berufstätigkeit nicht vereinbar (ist)"; sie macht sich dafür stark, daß Mütter ihre Berufstätigkeit abbrechen „um sich der Kindererziehung, ihrer gesellschaftlich wichtigsten Rolle (!) zu widmen".

Die versteckte Arbeitslosigkeit in Polen ist eine bekannte Tatsache, seit Sommer 1980 wird in Kreisen von Wirtschafts– und Parteibürokraten bereits diskutiert, sie in eine offene Arbeitslosigkeit zu verwandeln.

Von 3,1 Mio. Jungarbeiter/innen können im auslaufenden Planjahrfünft (1975 – 1980) nur 1,1 Mio. einen n e u e n Arbeitsplatz bekommen (davon allein 500.000 in der privatkapitalistischen Wirtschaft). Durch Pensionierungen, Arbeitsunfähigkeit u.ä. werden nicht genug Arbeitsplätze für die restlichen Jugendlichen frei. Daher propagiert die neue Bourgeoisie die Verdrängung von Frauen aus der Arbeitswelt. Damit wird die eh schon nicht sehr berauschende Stellung der Frauen in der Produktion deutlich verschlechtert. Im Jahre 1977 waren 5,17 Mio. Frauen in Polen als berufstätig gemeldet (weniger als ein Drittel aller polnischen Frauen).

In traditionellen Frauenberufen sind Frauen auch in Polen stark überrepräsentiert (Gesundheitswesen 81%, Erziehungswesen 75%, Handel 72%).

Schon in der Ausbildung haben polnische Frauen schlechtere Karten als Männer. *„Aus allen bisherigen, in verschiedenen Milieus – sowohl Intelligenz – als auch in Arbeitermilieus – angestellten Untersuchungen ergibt sich, daß trotz eines offenkundigen beruflichen Aufstiegs der Frauen das Geschlecht fernerhin auf wesentliche Weise die gesellschaftlich-berufliche Position des einzelnen dominiert. Brutal gesagt: Beim gleichen Bildungsniveau macht der Mann schneller als die Frau die sogenannte Karriere"* (N. Iwaskiewicz: Der berufliche Aufstieg der Frauen, in: Polens Gegenwart 1978, Nr. 23, S. 8).

RGW–Kommission

Bericht über das 2. nationale Müttertreffen

Das 2. KB-Müttertreffen fand wieder in Hannover statt. Gekommen waren dieses Mal nur 14 Genossinnen, und zwar überwiegend aus Hamburg, zwei aus Göttingen und jeweils eine Genossin aus Hannover, Lüneburg und Bremen.

Eine Hamburger Genossin legte ein Papier vor, in dem sie sich kritisch mit unserem ersten Treffen auseinandersetzte. Sie meinte, daß die Diskussion um die Probleme, die wir als Frauen mit dem Muttersein haben, dadurch erschwert oder auch unmöglich gemacht würde, wenn von einigen Genossinnen ständig nur „im Interesse der Kinder" argumentiert wird, so als ob wir ab dem Moment, wo wir Mütter sind, keine eigenen Interessen mehr hätten. Unser Leben hätte sich, seitdem wir Kinder haben, radikal verändert, und es sollte doch keine Frau so tun, als ob sie keine Konflikte damit hätte. Auf so einem Genossinnentreffen käme es gerade darauf an, den moralischen Druck, unter dem auch wir stehen, aufzuknacken, anstatt den unter uns noch zu verstärken.

An diesem Papier ging die Kontroverse über den Sinn des Müttertreffens natürlich gleich wieder los. Einige Genossinnen bleiben dabei, daß es nicht ginge, Mutter- und Kinderinteressen voneinander zu trennen, man müsse sich zugunsten der Kinder entscheiden, weil sie nun mal die Schwächeren seien. Bestimmte Verhaltensweisen von Müttern, die hier auf den Tisch kämen, müßten hier auch kritisiert werden. Vielen Kindern in der Organisation ginge es immer noch reichlich schlecht. Unsere Kinder hätten aber ein Recht auf gute Bedingungen, unter denen sie aufwachsen können; deshalb müßte man auch gerade d a r ü b e r reden. Andere Genossinnen meinten, daß es darum hier überhaupt nicht ginge, sondern darum, die Probleme der Mütter aufzugreifen, da sie viel mehr als z.B. Männer unter dem Druck stehen, daß sie ihre Kinder eventuell vernachlässigen könnten, dadurch daß sie weiter voll berufstätig sind, daß sie politisch arbeiten, daß sie sich nicht genug um die Kinderinitiative kümmern usw. Diese und andere Interessenskonflikte müßten offen angesprochen werden, damit sich nicht weiterhin jede Mutter in ihr „individuelles Schicksal" fügt, bzw. mit einem schlechten Gewissen rumläuft.

Wir haben nach etlichem Hin und Her die Debatte abgebrochen, da wir nicht weiterkamen. Wir waren uns allerdings einig darüber, daß es bei diesem Nicht-miteinander-reden-können weniger um unterschiedliche Ansätze für die weitere Diskussion geht, sondern um ein ziemlich tiefes Mißtrauen, das unter uns Müttern herrscht.

Wir hielten es deshalb auch nicht für sinnvoll, in die Diskussion um die beiden Artikel „Bilanz einer Mutter" und „Sind wir zu hart zu unseren Kindern" einzusteigen. Eine Genossin macht den Vorschlag, daß alle Frauen doch mal reihum ihre persönlichen Erfahrungen beim Wohnen mit Kind schildern sollte. Da das Thema allen unter den Nägeln brennt, fingen wir gleich damit an. Folgende Aspekte kamen dabei heraus:

– In WG's zu leben, wie man es bisher gewohnt war, locker-unverbindlich, klappt mit Kind nicht mehr. Die Ansprüche an die Mitbewohner werden aufgrund der eigenen Situation sehr viel größer, wovon die meisten Nicht-Eltern sich total überfordert sehen, d.h. sie fühlen sich in ihren persönlichen Interessen und Freiräumen eingeschränkt.

– Mit anderen Müttern oder Eltern sich zusammenzutun, ist zwar schon leichter in bezug aufs Zusammenleben, wegen der gleichen Betroffenheit, aber um so schwieriger, weil man intensiver zusammen ist, es mehr Berührungspunkte und damit auch Reibungspunkte gibt.

– Wenn man vorher nicht mit dem Freund zusammenwohnen wollte, wird man durch die Situation mit Kind noch schnell doch dazu gezwungen. Zwei Genossinnen schilderten, daß sie lange gesucht, aber nichts Befriedigendes gefunden hätten, so daß sie dann doch den Weg des geringsten Widerstandes gegangen seien, mit ihrem Freund zusammenzuwohnen, weil sie da am ehesten auf Unterstützung rechnen konnten.



– Wenn man mit anderen Eltern und Kindern zusammenwohnt und nicht mehr miteinander klarkommt, steht man vor dem Problem, daß beim Auseinanderziehen die Kinder ungewollt voneinander getrennt werden.

– Wenn man mit seinem Freund und dem Kind zusammenwohnt, kommt es zu Auseinandersetzungen darüber, wer wann und wie oft weg darf. Aber auch um die Hausarbeit wird die Auseinandersetzung sehr viel schwieriger, weil mehr Arbeit anliegt, die Männer das aber meistens nicht im Blick haben.

Einige Frauen sagen, daß sie mitlerweile so resigniert seien, daß sie ganz allein mit ihrem Kind zusammenwohnen, was natürlich ungeheuer einschränkt und wobei frau sich sehr schnell von ihrem Freundeskreis isoliert fühlt.

Beim nächsten Müttertreffen wollen wir über die Beziehungen zu unseren Männern diskutieren. Belastet ein Kind das Verhältnis zwischen den Erwachsenen?

Kümmert sich der Vater gleichberechtigt um das Kind?

Wenn wir neue Verhältnisse zu Männern anfangen, welche Probleme haben wir damit?

Außerdem haben wir uns vorgenommen, auch über die beiden Artikel (AK 177 und 18o) zu diskutieren. Das nächste Treffen findet statt in Hamburg um 11.oo Uhr, am 9.November. (Ort bitte erfragen!).

Im Auftrag der Mütter-VV
Eine Genossin aus Hamburg

Kleinkinder-Kongreß in Bremen

Vor einem halben Jahr hatte es angefangen: Die Initiative „Der Kinder wegen" war erstmals in Sachen Babygruppen an die Öffentlichkeit gegangen und hatte auf die katastrophale Unterversorgung mit Kleinkindplätzen hingewiesen. Für 13.000 Kinder unter 3 Jahren stehen nur 55 Krippenplätze und 100 Tagespflegestellen zur Verfügung (s. AK 173, S. 32).



In den folgenden Wochen rauschte ein gehöriges Echo durch den Bremer Blätterwald, das die Initiative gut ausnutzen konnte. Sie lud Jugendsenator Henning Scherf (gilt als Linksaußen in der SPD) zu einem öffentlichen Gespräch ein. Gleichzeitig wandte sie sich an die Alternative Liste und diese forderte wiederum die in der Bürgerschaft (Landtag) vertretene Grüne Liste auf, den Mangel an öffentlichen Kleinkindplätzen in einer kleinen Anfrage zur Sprache zu bringen.

Es dauerte über ein Vierteljahr, bis die Angesprochenen reagierten. D.h. nein, der Jugensenator reagierte schon recht bald: Er bezeichnete in der Presse die Frage der familienergänzenden Tagesbetreuung von Kleinstkindern als immer noch total ungeklärt und stellte für den Herbst eine wissenschaftliche Fachtagung in Aussicht, auf der lang und breit das Für und Wider diskutiert werden könne und danach müßte man diese Tagung dann aufarbeiten und dann, ja dann vielleicht...

Der 9. Juli kam, die Fachtagung war mittlerweile auf das Frühjahr 81 verschoben, da debattierte die Bürgerschaft morgens über den Antrag des Grünen Abgeordneten Axel Adamietz (selbst Vater eines Kleinkindes, das in einer Babygruppe betreut wird), und für den Abend hatte Senator Scherf sich zum Gespräch mit der Initiative „Der Kinder wegen" angekündigt.

Die Grünen hatten ganz vorsichtig gefordert, der Bremer Senat möge einen Bedarfsplan (für Plätze in Krippen und Krabbelgruppen) aufstellen, den Kontakt zu Babygruppen „aufnehmen und pflegen" sowie ihnen größtmögliche Unterstützung bei der Raumbeschaffung zuteil werden lassen. Sie hatten also weder finanzielle Förderung der Babygruppen verlangt, noch die Einrichtung städtischer Krippen.

Trotzdem brach ein Sturm der Entrüstung los: Die CDU verwies den Platz der Mütter an Heim und Herd, malte ein Schreckensbild der Spätfolgen früher Mutterentbehrung (so in etwa: Krippenkinder werden alle kriminell) und verdächtigte die Grünen, ein flächendeckendes Angebot an Krippen zu fordern. Als Mittel hielt sie die Einführung eines Erziehungsgeldes sowie die Schaffung einer Landesstiftung „Familie in Not" parat. Auch die SPD lehnte den Antrag ab; sie riet ihrem Senator zu einem gaaanz vorsichtigen Herangehen ohne Zeitdruck, fühlte sich aber von den „Geräuschmachern" und potentiellen Hausbesetzern von der Initiative „Der Kinder wegen" sichtlich auf den Schlips getreten.

Dankbar nahm Senator Scherf den Ball auf und schoß dann den Vogel ab: Er verglich allen Ernstes die stundenweise Gruppenbetreuung von Kleinkindern mit den von Rene Spitz untersuchten Waisenkindern in Konzentrationslagern (vielzitierte Grundlage für die Forschungen zum Hospitalismus)!!! Dies sagte er auch bei der sehr heißen Diskussion abends den versammelten Eltern glatt ins Gesicht – andererseits versprach er in typischer SPD-Manier unbürokratische Hilfe bei der Raumsuche. Als die Eltern ankündigten, die verschobene Fachtagung nunmehr selber durchzuführen, versprach er sogar, die Kosten dafür zu übernehmen! Zuckerbrot und Peitsche – alles, solange damit die Erfüllung der Forderungen verzögert werden kann.

Die Initiative sah dies Problem sehr wohl, hielt es dann aber für eine sehr gute Möglichkeit, den Kongreß bei eigener Federführung als wirkungsvolles Mittel zu benutzen, um eine größere Öffentlichkeit mit ihren inhaltlichen Positionen und politischen Forderungen erreichen zu können. Der Senat durfte also die Anprangerung seiner eigenen miesen Politik auch noch selbst finanzieren – ein gelungenes und nachahmenswertes Beispiel!

Letztes Wochenende war es dann soweit. Die Initiative „Der Kinder wegen" konnte ihren Kongreß zur frühkindlichen Tagesbetreuung durchführen. Es beteiligten sich Fachleute und Eltern aus 9 Städten der BRD. Insgesamt nahmen etwa 200 Erwachsene und etliche Kinder am Wochenende die verschiedenen Angebote wahr: Podiumsdiskussion, Arbeitsgruppen, Filme aus der Krippen- und Babygruppenarbeit, Kinderfest, Mitmachtheater, Luftkissen, Musik.

Senator Scherf zog es vor, zu kneifen, und stellte sich nicht der Diskussion. Es waren jedoch einige eifrig mitschreibende höhere Beamte der Jugendhilfe anwesend.

Am Ende verabschiedeten die Teilnehmer ein ganzes Paket an Forderungen zur Verbesserung der Situation in den Babygruppen sowie zum Ausbau des öffentlichen Krippenangebots. Nachdrücklich wiesen sie auf die Verantwortung des Bremer Senats für die anachronistische Unterversorgung mit Krippenplätzen hin. Während es z.B. in Dänemark für 25 % a l l e r Kinder unter drei Jahren Krippenplätze gibt, liegt der Bundesdurchschnitt bei 1 % und Bremen als Großstadt bildet mit 0,45 % das Schlußlicht im europäischen Rahmen!

Die Mitglieder der Initiative waren danach hundemüde, aber zuversichtlich. Sie hätten sich wohl gern mehr Beteiligung von Seiten der Bremer Eltern gewünscht und müssen jetzt auch überlegen, wie das nach jedem Erfolg auftretende Loch zu überbrücken ist. Anfang 81 will die Initiative eine Dokumentation der gesamten Tagung herausbringen.

Ein Genosse aus Bremen

Frauenforum: »Die alltägliche Gewalt gegen Frauen«

Der Kollege, der ihr am Schreibtisch im Büro gegenübersitzt, wird oft während der Dienstzeit von einem Bekannten angerufen. Manchmal nimmt sie zuerst den Hörer ab. Man erkennt sich bereits an der Stimme: „Ach, Frau A., na, wie gehts...".

Eines Tages sagt er nach der Begrüßung: „Soll ich Ihnen mal 'nen Witz erzählen?" – Ihre erste Reaktion ist Abwehr, aber sie überwindet sich (höflich und verbindlich sein!) und sagt: „Schießen Sie man los!". Der Witz: „Warum sind die Frauen die besten Bremsen? – Sie brauchen nur einmal anzufassen und er steht."

Das Gefühl ist ungefähr so, als ob sich ein Gewicht vom Magen her abrupt in Richtung Kehle verschiebt. Wenn jetzt das Telefon klingelt, gibt es ihr immer einen kleinen Stich. Hoffentlich ist es nicht d e r, denkt sie.

Ein Keks und die Folgen

Eine andere Frau. Sie sitzt in der Vorortbahn, mittags, lernt Vokabeln für ihren Spanischkurs, knabbert an einem Keks. Ein Mann sitzt ihr gegenüber. „Schöne Kekse", sagt er. Freundlich reicht sie ihm die Tüte hin und vertieft sich wieder in ihr Buch. Zunächst überhört sie sein Gerede, das gleich darauf einsetzt. („Ich hab was Besseres in der Tasche da... habe viel Geld drin... In X. ist heute Schützenfest... da könnten Sie mitgehn...") Bei diesem Angebot hebt sie kurz den Kopf und sagt: „Meine Amüsements besorg ich mir selber".

Blitzartig setzt eine Flut von Beschimpfungen ein: „Die ist ja noch nicht mal verheiratet, die trägt ja keinen Ring, da hat wohl noch keiner angebissen...".

Der Punkt, an den er aber immer wieder zurückkehrt, ist: „Erst einen Keks anbieten und dann frech werden! Erst einen Keks anbieten und dann frech werden!", brüllt er.

Was sie jetzt weiß: Sie wird nie mehr jemandem einen Keks anbieten. **Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Land, in dem Frauen sich menschliche Gesten nicht mehr leisten dürfen. Es ist zu gefährlich.**

Etwa 150 Frauen hören diesen beiden Erzählungen zu. Die Hamburger Volkshochschule hat wieder zu einer Veranstaltung im Rahmen ihres „Frauenforum" eingeladen. Thema: Die alltägliche Gewalt gegen Frauen.

Das Transitvisum

Frauen stehen auf und berichten von ihrem weiblichen Alltag: Sie wechseln die Straßenseite, wenn sie eine Gruppe von Männern erblicken. Sie kontrollieren schnell und konzentriert ihre Kleidung (Rock zu kurz? Bluse zu durchsichtig?), wenn sie wieder einmal mit ‚Hallo Süße' angemacht werden. Sie ändern ihre Gangart zum kraftvoll-energischem Schritt, wenn sie nachts hinter sich auf der Straße einen Mann bemerken. Rükken gerade, Knie zusammen, verbissenen Gesichts starren sie aus dem U-Bahn-Fenster (obwohl es da gewiß nichts Interessantes zu sehen gibt).

„Männer erheben Territorialansprüche auf die Öffentlichkeit; Frauen haben bestenfalls ein Transitvisum" (Bernard/Schlaffer: Der Mann auf der Straße).

Frau könnte auf die Idee kommen, daß sie hier als sexuelles Wesen angemacht wird. Das ist falsch. Sie wird als soziales Wesen angemacht. Jeder noch so kaputte, beleidigte und gedemütigte Mann kann sein Selbstbewußtsein anhand seines Fußes auf dem Nacken einer b e l i e b i g e n weiblichen Person erheblich aufpolieren. Das nutzt sich na-



türlich schnell ab und so haben wir es mit Wiederholungstätern zu tun.

Die Scham ist noch nicht vorbei

Alltägliche Gewalt gegen Frauen. Im Laufe des Abends stellt sich heraus: Gewalt beginnt damit, daß frau sich morgens ihre Klamotten zusammenstellt nicht nach ihren Bedürfnissen, sondern nach den Gegebenheiten der (männlichen) Öffentlichkeit; sie setzt sich fort in Witzen, Anmachen, Anfassen und endet mit Vergewaltigung, Schlägen und Mord.

Viele Frauen stehen an diesem Abend auf und berichten; sachlich, manchmal mit einem kleinen unsicheren Lachen und viel verstecktem Zittern in der Stimme.

Eine Frau über sechzig, Mutter von vier Kindern, erzählt von den Schlägen im gutbürgerlichen Wohnzimmer; eine junge Frau ist mit 18 Jahren im Zug von einem Mann zusammengeschlagen worden, als sie auf seine Annäherungsversuche nicht einging. Sie hat es aus Scham niemandem erzählt (Du wirst wohl selbst irgendwie durch dein Verhalten dazu beigetragen haben...).

Schlag zurück

Doch es gibt auch Erfreuliches zu hören (wir Frauen sind ja so bescheiden!). Eine junge Frau springt auf: Sie hatte sich schon lange überlegt — was mache ich, wenn ich wieder belästigt werde? Auf die Ausführung ihres Plans brauchte sie nicht lange zu warten. Im Bus sitzend, greift ein Mann von hinten unter ihrem Arm durch und grabscht nach ihrer Brust. Sie dreht sich um und KLATSCH hat er eine sitzen. Dazu sagt sie laut und deutlich, damit alle die Ohnemichels, die mit im Bus sitzen, es auch nicht überhören: „Ich habe Ihnen eine gelangt, weil ich es mir nicht mehr gefallen lasse, von Männern angefummelt zu werden!". Alles schaut betreten beiseite. Nur eine Frau sagt: „Wenn das alle Frauen in den öffentlichen Verkehrsmitteln machen würden — das gäb aber ein Geklatsche!"

Misch dich ein!

Zwei Frauen gehen nachts nach Hause. Vor ihnen ein Paar, das ihnen nicht ganz koscher vorkommt. Er zieht die Frau am Arm, sie macht gequälte Gesten... Sie sprechen das Paar an, er lacht, sie wehrt ab. Trotzdem, irgendwas stimmt da nicht. Die Frauen bleiben am Ball, sie reden weiter, eine lenkt den Mann ab, die andere verständigt sich stumm mit der Frau, die schamvoll nickt. Ein Taxi fährt vorbei, sie halten es an, lenken den Mann weiter ab, die Frau steigt schnell ein und fährt ab.

Eine neue Maxime: Mische dich, so oft du kannst, in die Angelegenheiten anderer Frauen ein!

Eine neue Maxime: Mische dich, so oft du kannst, in die Angelegenheiten anderer Frauen ein!

Es wird angeregt, daß wir den gutwilligen Männern sagen sollen: Geh abends auf der Straße nie hinter einer Frau her. Wechsele D u die Straßenseite, wenn du bemerkst, daß ihre Schritte sich beschleunigen!

Fünf lange Jahre

Und noch ein letztes Beispiel. Eine Lehrerin berichtet. Seit fünf Jahren ist sie an einer Jungenschule, wo auch vorwiegend Männer unterrichten. Von Anfang an hat ein Kollege sie aufs Korn genommen. Wo sie geht und steht, wird sie mit „schmeichelhaften" Bemerkungen bedacht, begleitet (natürlich) von übertriebenem Türen-aufreißen und In-den-Mantel-helfen. Sie ist schließlich so genervt, daß sie einen entfernteren Treppenaufgang benutzt, wenn sie weiß, daß der Kollege in dem betreffenden Stockwerk unterrichtet. Von Zeit zu Zeit beklagt sie sich bei den Gewerkschaftskollegen. Die klopfen ihr auf die Schulter und sagen: „Na hör mal, da stehst du doch drüber, das ist so ein armes verklemmtes Schwein, der kann nicht anders. Nimm's mit Humor!".

Sie denkt (fünf Jahre lang), tja, das stimmt wohl, wahrscheinlich bin ich gar nicht so emanzipiert, wie ich glaubte, wenn mir das immer noch was ausmacht.

Und welche Frau will schon als humorlos gelten?

Und sie geht weiter die andere Treppe hoch.

Dann sagt er eines Tages einer Klasse von 16jährigen Schülern (die gefragt hatten, ob sie, die Lehrerin an einer geplanten Klassenfahrt teilnehmen wird) : „ Nein, das geht nicht, dort in B. gibt es nur Doppelzimmer und meine Frau ist dagegen".

Jetzt endlich platzt ihr der Kragen. Sie schickt auch die anderen „wohlmeinenden" Kollegen zum Teufel, geht zum Vertrauensausschuß der Schule, droht, daß sie diesen und andere Vorfälle vor die Lehrerkonferenz bringen wird, wenn dieser Mensch nicht was auf den Kopf kriegt.

Hilfe, der Betriebsfrieden ist in Gefahr! (Übrigens, wer das nicht schon selbst vermutet hat: natürlich nicht durch das Verhalten des Kollegen, sondern durch ihres...) Aber die Herren vom Vertrauensausschuß beißen in den sauren Apfel; zitieren ihn; er muß sich bei der Frau entschuldigen.

Seitdem geht er ihr aus dem Wege, kein Wort entspringt mehr seinen Lippen! rien ne va plus!

Sie hat sich inzwischen mit Lehrerinnen von anderen Schulen, die ähnliche Probleme haben, zusammengesetzt; gemeinsam wurde ein Artikel über Sexismus an den Schulen entworfen, der an die Gewerkschaftszeitung der Lehrer geschickt werden soll.

Neben dem Himmel nun auch die Hälfte der Straße

Es ist an diesem Abend trotz allem noch viel zu wenig geredet worden. Wir sind gerade erst warm geworden. Von 150 Frauen haben zwanzig einen Bruchteil ihrer Erfahrungen preisgegeben. Hinterher in der Kneipe wurden einige Gespräche fortgesetzt, aber wir brauchen mehr Öffentlichkeit; die Gewalt gegen uns ist Teil der Öffentlichkeit und muß öffentlich gemacht werden!

Vorschläge kommen: Die Veranstaltung soll wiederholt werden; Erfahrungen von Frauenfeindlichkeit am Arbeitsplatz müssen in Branchen-, in Gewerkschaftszeitungen verbreitet werden....

Der Alltag im Alltag

Ach ja, ein gemeinsames Erlebnis zum Thema „alltägliche Gewalt gegen Frauen" hatten die Teilnehmerinnen der Veranstaltung auch. Der große Saal im Hamburg-Haus — seit Jahren findet dort regelmäßig das „Frauenforum" der Volkshochschule mit mindestens 80, häufig 150 und mehr Frauen statt — war gleichzeitig an einen Angelverein vermietet. Für die Angler — wenn's hochkommt 40 — und für den Hausmeister des Hamburg-Hauses war von vornherein klar, daß die Frauen keine Rechte haben. 150 Frauen sollten in einem Kabuff für 20 Personen zusammengepfercht werden. Widerstand der Besucherinnen des Volkshochschulfrauenforums wurde mit der Drohung, die Polizei zu holen (die auch zu zweit am Eingang des Hauses erschien) gebrochen. Im Nachherein waren viele Frauen wütend, daß sie sich so schnell haben ins Bockshorn jagen lassen. Wäre raustragen lassen besser gewesen?

Am folgenden Tag füllten ca. 20 Frauen dem Verwaltungsheini der Volkshochschule sein Büro. Ja, er habe sich ja rechtzeitig drum gekümmert, aber wegen Personalwechsel bei der zuständigen Stelle im Bezirksamt

habe sich ja rechtzeitig drum gekümmert, aber wegen Personalwechsel bei der zuständigen Stelle im Bezirksamt

Eimsbüttel sei da viel liegen geblieben, und er wäre von dem neuen Mann informiert worden, daß es mit dem „Frauenforum" die eine oder andere Panne geben könne. Herr Lüth (VHS) und Herr von Eizen (Bezirksamt) fanden das wohl beide nicht so schlimm. Mit Frauen kann mann das ja machen.

Eine Teilnehmerin



Vergewaltig

7.11.80, 9.30 Uhr, Raum 398 Strafjustizgebäude

Alleine etwas in Hamburg unternehmen und dann noch als Frau, die auf dem Land arbeitet, das paßt nicht in Männerhirne.

In der Nähe des Hauptbahnhofes wurde die Frau im Juni '79 von einem ganz normalen Typen vergewaltigt und zusammengeschlagen.

Ohne Unterstützung von irgendwelchen Freunden oder Verwandten wagt sie den Prozeß.

Frauen kommt!

ungsprozeß



Zu »Für Puff, Peep und Prostitution« Vom Regen in die Traufe...





Diese Bilder legte der Genosse seinem Leserbrief zur Illustration bei

Ganz im Sinne ihrer eigenen Definition ist der Artikel der AG Frauen über „die neuen Wege der Emanzipation in der taz" p r o v o k a t i v. Er zeigt — ebenso wie seine Ursache — daß wir heute noch weit entfernt sind von dem zitierten „Konsens der linken Szene in Sachen Sexualität". Gewarnt durch abschreckende Beispiele der Vergangenheit und Gegenwart folgen gerade die Schwulen der Entwicklung einer „Sozialistischen Moral" mit größter Aufmerksamkeit.

In unserer zehnjährigen Organisationsgeschichte haben wir es gemeinsam geschafft, eine neuartige Umgangsform untereinander zu entwickeln. Vor allem ist dies den mehrfachen Vorstößen der Genossinnen in der Frauenfrage zu verdanken (die ohne lernfähige und lernwillige Genossen wohl verpufft wären). Damit wurde die bürgerliche Moral von Ehe und Familie innerhalb des KB zwar noch nicht ausgemerzt (Es lebe die Zweierbeziehung in den eigenen vier Wänden!), doch es entstanden Alternativen — so richtig zum Anfassen und Nachmachen. Mit der Einführung der Schwulenfrage ging es schon wesentlich schwerer — wurde doch damit nicht nur die bürgerliche, sondern auch sämtliche bis dahin vorexerzierte linke Moral in Frage gestellt. Dies wurde deutlich, als die (absolut nicht schwulenspezifischen) Themen SM und Pädophilie zur Sprache kamen.

Mit dem Artikel „Für Puff. . ." im letzten AK setzen die Frauen jedoch in der Entwicklung einer neuen „Sozialistischen Moral" zum in der

in der Entwicklung einer neuen „Sozialistischen Moral" zum in der

KB-Geschichte allzeit beliebten Pendelschlag an. Vorausschauend philosophieren sie, daß es kommt, wie es kommen muß: „Es entstehen neue Unterdrückung, neue Unterdrückte". Da haben wir den Salat und die Problematik. Wenn sich die Frauen gegen taz, gailer und „sexuelle Konterrevolution, die da mit Wucht auf uns zurollt", stark machen, ist das eine Seite — was sie jedoch daraus folgern, ist eine andere, und was für eine. . .

Die Kehrseite. . .

Wie die Frauen nach der Abrechnung mit der taz bzw. deren Lesern/ Schreibern allerdings den Schwenk kriegen, ist mehr als mysteriös. Nach 800 Zeilen holen sie plötzlich den Knüppel aus dem Moralsack und hauen ihn auf . . . die Pädophilen.

Tja, mit den Tabus haben sie's alle. Wer aber von den Schwulen Einsicht verlangt, sieht sich getäuscht. Wenn hier die Frauen eine Propagierung der Pädophilie herbeiphantasieren (die es weder in der taz noch im AK gegeben hat), erinnert das schon fatal an uralte Märchen. Durch die Feststellung einer Tatsache, deren Untersuchung und Parteinahme für von bürgerlicher Moral Verfolgte wird also Propaganda betrieben? Das kennen wir doch schon zur Genüge! Büchertischverbote in Aachen, Vereinsverbote in Ingolstadt und Publikationsverbote in Österreich werden mit genau denselben Argumenten gegen Schwule angewandt. Schließlich dürfte Alices Wunderland etwas ins Wanken geraten sein, wenn

Schließlich dürfte Alices Wunderland etwas ins Wanken geraten sein, wenn

sie meint, gerade enttäuschte Chauvies und Softies stürzen sich jetzt auf die Kindlein. Pädophile sind k e i n e Modeerscheinung und wenn die AG Frauen „diese Thesen" durch *„die immer unverblümteren Aggressionen, die aus der Alternativ-Szene. . . gegen die Frauen und die Frauenbewegung laut werden "*, gestützt sieht, ja Marx-Lenin-Donnerwetter wo bleibt denn da der Materialismus!

So einfach ziehen sich weder die Chauvies aus ihren Beziehungs-Problemen noch die Frauen aus der Auseinandersetzung zurück. Sonst ist es tatsächlich nur noch ein kleiner Schritt von der Schwarzer-Botin zur Schwarzen Botin. Egal ob sich das gegen einen Gailer wendet, dessen „sexuelle Verirrungen" wohl auch als Etikett für andere taugen sollen, oder gegen Pädophilie.

. . . des Schweinkramismus

Wenn so neue moralische Wertvorstellungen errichtet werden sollen, ist das schon mehr als „provokativ".

Absolut nicht provokativ war allerdings die Veröffentlichung des Gailer-Pornos in der taz zu verstehen, denn genau so ernsthaft druckte „Ästhetik und Kommunikation" in der Septemberausgabe auf 15 Seiten den vollständigen Text ab. Und „Ä&K" läuft mit dem Untertitel „Beiträge zur politischen Erziehung"! Daher kann den taz'lern auch nicht die geringste spitzfindige Berechnung unterstellt werden. In der Einschätzung dieser allseitigen Entwicklung der einstmals linken Tageszeitung gibt es keinen Zweifel, auch wenn sie am 28.10. „Freiheit für Rudolf Heß?" noch mit einem Fragezeichen ruft. . .

Das ist wahrer Schweinkramismus, der sich da ausbreitet. Diese Moral ist uns gemeinsam. Doch meine Solidarität hört da auf, wo in blindem Rundumschlag gegen alle Schwanzträger (ergo Schweine) geholzt wird, die ja doch nur „unter dem Druck ihrer Beziehungsemanzen" zu heuchlerischen „Frauenfreunden" werden können. Da ist schwuler direkt versucht aufzuatmen. . ., aber so einfach ist es denn wohl doch nicht! Wenn ihr die Männer/Welt so seht, na denn gute Nacht. Dann können wir mit einer gemeinsam zu entwickelnden neuen Moral (allein schon das Wort!) gleich einpacken. Dann hat Gailer doch recht, daß „Sex und Politik" nicht geht?

Ich hoffe, daß es so nicht ist und spare mir weitere naheliegende Distanzierungen (derartiges kennen wir ja inzwischen zur Genüge). Mit solidarischen, kritischen Grüßen

Hei., Hamburg
Schwulengruppe des KB

Hei., Hamburg
Schwulengruppe des KB

Pädo-Debatte — Symptom des Neo-Chauvinismus??

Leserinnenbrief zum Artikel der Hamburger AGF (AK 187, S. 31f)

Wenn ein „Alternativ"-Blatt seine Liebe zu „Puff, Peep und Prostitution" entdeckt und seine Seiten immer wieder selbstgerechten „male-chauvinistic-pigs" zur Verfügung stellt, liegt die Frage nach einer drohenden *„sexuellen Konterrevolution"* auf der Hand: hierzu zitiert Ihr (im letzten Absatz) Alice Schwarzer, — und bringt damit ein weiteres Stichwort in die Debatte — **Pädophilie**. . . genau hier hakt es bei mir aus!

„Schon im April 80 hatte sie (A.S.) die Propagierung der Pädophilie, wie sie auch gerade durch die „taz" betrieben wird, als ‚erschreckende Symptome einer Männerwelt, deren Herrschaftsanspruch ins Wanken gerät' bezeichnet und gefragt: ‚Flüchten die Männer jetzt aus den zunehmenden Komplikationen mit Frauen in die Einfachheit einer ‚Beziehung' zu einem Kind, in dessen Augen sie noch allemal der big boss sind?"

Da Ihr selbst Euch zu diesem Thema in beredtes Schweigen hüllt, scheint Ihr die Einschätzung der „Emma" zu teilen — daß Ihr solch ein Zitat in einer Abrechnung mit schlimmsten Exzessen von Chauvinismus anbringt, spricht (leider!) auch dafür. . .

Warum ich mich hierüber so aufrege? Ob ich etwa die Väter in Schutz nehmen wolle, die ihre Töchter vergewaltigen? Oder die Menschenhändler, die Thai-Mädchen „vermitteln"? Natürlich nicht!

‚Emma' & Die Pädo-Frage: Untersucht wird nur . . .

Doch macht die „Emma" bei ihrer „Auseinandersetzung" mit dem Problem einige Voraussetzungen, die einfach f a l s c h — und z.T. sogar frauenfeindlich sind. So trifft es z.B. nicht zu,

1. daß Pädosexualität eine spezifische Männerangelegenheit sei
2. daß sowas „Perverses" ausschließlich auf Betreiben von Erwachsenen „passiere"
3. daß dabei („von Natur aus") n u r unterdrückerische Beziehungen zu Lasten der/des Jüngeren rauskommen könnten.

Da die Pädo-Diskussion bisher noch viel zu wenig geführt worden ist, sind diese Einwände wohl nicht sofort einsichtig — deshalb will ich sie kurz erläutern:

zu 1): Fakt ist, daß es derzeit in der bundesdeutschen Pädo-Bewegung mindestens drei (offen auftretende) pädosexuelle Frauen gibt (und es spricht alles dafür, daß die diesbezgl. „Dunkelziffer" extrem hoch ist!), und das ist auch Alice Schwarzer bekannt. Doch entgegen besserem Wissen reduziert sie dieses Problem auf „einen Paradefall" und kommentiert diesen mit mustergültiger Arroganz: *„Eine 19jährige, deren Freund nach eigenen Aussagen Pädophiler ist und der sie sozusagen in die Geheimnisse der Kinderliebe eingewiesen hat. Nun treibt sie's wie er. Klassisches Frauenverhalten: die Freundin versucht nach Kräften, ihm in seinem sexuellen Verhalten zu folgen, ihn zu imitieren"* (aus „Emma", 4/80). (Was die liebe Alice wohl sagen würde, wenn frau sie in ähnlicher Manier z.B. als „Heteroschnalle" bezeichnen würde? Aber da gibt's wohl auch so einen „kleinen Unterschied" . . .).

Eigentlich hätte die Cheftheoretikerin es nicht einmal nötig, auf dieses Beispiel einzugehen — denn gleichzeitig zieht sie (aus jener 3. These) die scharfsinnige Folgerung, daß es weibliche Pädophilie gar nicht geben k ö n n e : *„weil Sexualität für Frauen nicht Ausübung von Herrschaft ist"*. . . (im „Lesbenstich" haben wir ihr deshalb schon einen Besuch im „Sub" empfohlen — damit sie ihre Analysen endlich den real existierenden Verhältnissen anpassen kann). Doch in dieser „Logik" fällt es A.S. natürlich nicht schwer, auch Mutterliebe und — Fürsorge als etwas g r u n d s ä t z l i c h von Pädophilie Verschiedenes darzustellen.

. . .Was in die Analyse passt

Zu 2): Kein fortschrittlicher Mensch wird heute mehr infrage stellen, daß Kinder eine eigene Sexualität haben. Diese richtet sich wohl auch häufig auf den eigenen Körper — bzw. auf Gleichaltrige. Daneben haben Kinder jedoch (fast immer) wichtige soziale und emotionale Beziehungen zu Erwachsenen. — Meint Ihr im Ernst, daß alle Kinder (Jugendlichen) dabei den g r u n d s ä t z l i c h e n Unterschied machen — und ihre Sexualität dort völlig raushalten? Für mich trifft das zumindest nicht zu: ich hab mir früher sehr konkret vorgestellt, wie es wäre, nicht nur mit mir selbst, sondern auch mit bestimmten Erwachsenen zu schlafen (die Hauptrollen spielten dabei zwei Lehrerinnen — und zeitweilig meine Mutter!, manchmal kamen aber auch Männer vor. . .). Warum es bei solchen Phan-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 21

tasien geblieben ist, brauch ich wohl nicht zu begründen – „Clara sei dank"? da bin ich mir zumindest s e h r unsicher!

Zu 3): Daß es total beschissene Pädo-Beziehungen gibt, steht völlig außer Frage – und ich will nicht einmal behaupten, daß dies nur ganz vereinzelte Ausnahmen seien: Natürlich sind Freundschaften zwischen Erwachsenen und Kindern/Jugendlichen immer irgendwie „ungleich" und mit einem Machtgefälle verbunden (zumindest in dieser Gesellschaft). Doch kann man/frau daraus eine p r i n z i p i e l l e Ablehnung von Pädosexualität folgern? Ihr selbst habt früher (in der Debatte um den „kleinen Unterschied") die These „Liebe ist nur unter gleichen möglich" (zurecht) von Euch gewiesen. Falls Ihr das inzwischen anders sehen solltet, müßtet Ihr auch die Konseqenz ziehen und (wie die liebe Alice es zuweilen tut) Heterosexualität schlechthin bekämpfen! Diese Einwände bedeuten nun keineswegs, daß ich Pädosexualität für völlig unproblematisch hielte: hierauf brauch ich nicht näher einzugehen: was ich dazu schreiben könnte, hat schon im AK gestanden (Leserbrief von cha./AGF Götingen in Nr. 179).

Weg mit den §§ 174--176!

Stattdessen will ich nochmal auf den „Emma"-Beitrag zurückkommen, denn der hat einen weiteren, ganz entscheidenden Fehler: Die reale Kriminalisierung der Pädos wird einfach „vergessen"! Fakt ist, daß aufgrund der §§ 174 und 176 jährlich Tausende von Menschen (übrigens: deutlich mehr als wegen 175) in die Mühlen der Justiz geraten – viele davon landen im Knast. Ihr habt bisher kaum über die Verurteilung jener „ehrenwerten Familienväter" gehört, die ihre Töchter vergewaltigt haben? Ihr erinnert Euch, daß auch Hamilton wieder mit einem blauen Auge davongekommen ist? D i e s e Typen will ich genauso wenig entkriminalisieren wie Ihr. Real verfolgt werden aber im Allgemeinen die a n d e r e n , die weder über die finanziellen Mittel eines Starfotografen verfügen noch ihre Beziehungen durch hausherrliche Gewalt geheimhalten können. Denn wer in den Knast wandert, bestimmen hier immer noch bürgerlich-patriarchalische Richter – und nicht feministische Linke! Und unter diesen Verfolgten sind viele, die offene und ehrliche, gleichberechtigte Beziehungen geführt haben – Liebesbeziehungen, die den einzigen Makel hatten, daß die Partner/innen für „zu jung" befunden wurden...

Genau aus diesem Grund fordern wir (die Schwulen- und Lesbengruppe des KB) die Abschaffung der Paragraphen 174–176 – und gleichzeitig eine w i r k s a m e Verfolgung wirklicher sexueller Gewalt. Übrigens: bei passender Gelegenheit scheint es sogar eine „vereinheitlichte" KB-Position zu sein – wenn z.B. die „Grünen" taktische Rückzieher in ihrem entsprechenden Programmteil machen. . .Wir würden wirklich gern mal wissen, wie der (Hetero-) ‚Rest' des KB – und insbesondere die Hamburger AGF – denn nun wirklich zur Pädo-Frage steht! Doch zurück zum Ausgangspunkt, Eurem (anti-) „taz"-

Chauvinismus auch in der „taz"-Schwulen- + Lesbenredaktion?!

Offensichtlich haltet Ihr auch die „taz"-Beiträge zur Pädo-Frage für Beispiele von Chauvinismus, stellt deren Autor/innen also auf eine Stufe mit den Gernot Gailers & Pig-Company. Wohlwollend möchte ich Euch unterstellen, daß Ihr die betreffenden Artikel nicht (oder nur selektiv) gelesen habt – und jetzt meinerseits ein Zitat ergänzen:

„wir werden ständig angegriffen, weil wir nur mit mädchen zusammenleben wollen. wir brauchen unsere kraft, um UNS zu ändern, uns von unserer uns verhaßten weiblichkeit zu befreien, die nirgendwo angegriffen wird, nur geschützt und gefördert (wird). . . wir lieben mädchen und wollen mit ihnen zusammenleben, wie andere menschen auch. aber WIR dürfen nicht, weil unsere freundinnen angeblich zu jung sind".

Wenn pädosexuelle Frauen in der „taz" die Möglichkeit bekamen (!), sich selbst darzustellen – wenn sie dort berichten konnten, was ihnen auf dem Polizeipräsidium passierte, wo sie wegen „Aufforderung zu sexuellen Handlungen mit Minderjährigen" vorgeladen worden waren – hat die „taz" damit wirklich einen weiteren Beleg ihrer Entartung geliefert. Vermutlich ist Euch auch entgangen, daß die Pädo-Debatte dort inzwischen abgebrochen wurde. . . dabei hätte die entsprechende Hintergrundinformation gut in Euren Artikel gepaßt: die Initiative zu dieser Diskussion ging nur von zwei Leuten aus. . . Annette von der Lesben- und Olaf von der Schwulenredaktion; beide sind inzwischen nicht mehr bei der „taz", sie wurden rausgeekelt bzw. -geschmissen, die Stellen sind gestrichen.D.h.: Was Ihr durch das Schwarzer-Zitat bzgl. der „taz" aussagt, ist nicht nur sachlich falsch (bzw. aus Eurer Sicht wohl „falsch verallgemeinert") sondern leider auch eine persönliche Diffamierung derjenigen, die selbst unter dem Anzuprangernden gelitten haben! (Ich weiß, daß solche „Pannen" beim Recherchieren nicht nur Euch passieren - allgemeine Appelle will ich mir trotzdem sparen, da sie i.A. nichts nützen..) Allerdings, daß es deshalb in der „taz" keine (regelmäßige) Berichterstattung über Lesben/Schwule mehr gibt, ist ein weiteres Symptom für zunehmenden Chauvinismus!

UL. (KB-Lesbengruppe)

Offener Brief
an die Lesbengruppe des KB

Liebe Genossinnen!

Ich habe gerade Euren Brief an die Verlagsgenossen bezüglich meiner Werbeanzeige gelesen.

Da mir nicht einsichtig ist, warum dieser Satz eine "offene Diskriminierung" sein soll, bitte ich Euch, mir einen Auszug aus dem Protokoll vom 27.9.80 über die Diskussion zu diesem Punkt zu schicken, damit ich mich damit auseinandersetzen kann, wie Eure Forderung in der Frauenleitung am 27.9. begründet und diskutiert worden ist.

Ich wollte mit diesem Satz keineswegs Lesben diskriminieren, sondern einfach den Sachverhalt darstellen, daß ich nicht lesbisch bin. Dieser Aspekt ist deshalb besonders wichtig an meinem Buch, weil die meisten Frauenbücher der letzten Jahre mit der Perspektive endeten, daß die Frauen lesbische Beziehungen entwickelten. Daß die Identitätsfindung dieser Frauen in dieser Gesellschaft ungleich schwieriger ist als meine, ist mir bewußt. Ich finde es jedoch falsch, das Lesbisch-Sein als A l t e r n a t i v e für a l l e Frauen zu propagieren, wie es einige dieser Bücher taten. Die meisten Frauen haben und wollen Beziehungen zu Männern. Zu diesen Frauen gehöre ich. Deshalb bin ich noch lange nicht "lesbenfeindlich", und Ihr werdet auf den 350 Seiten meines Buches keinen einzigen Satz finden, der Lesben diskriminiert.

Ihr fragt nach dem Zustandekommen der Werbeanzeige. Beim aufmerksamen Durchlesen müßte eigentlich auffallen, daß i c h sie geschrieben habe. Deshalb ist mir unverständlich, daß Ihr Euch bei den Verlagsgenossen beschwert, ohne Euch gleichzeitig direkt an mich zu wenden!

Ich finde es auch etwas unpassend, gleich mit Geschossen wie "auffordern" und "unverzüglich" zu operieren, ohne e i n e i n z i g e s Wort der Begründung zu geben, warum der Satz diskriminierend sei, und ohne mich als offensichtliche Verfasserin der Anzeige direkt anzusprechen. So geht es wirklich nicht!

Wenn die Diskussion um diese Frage ergibt, daß der Satz geändert werden muß, möchte ich Euch bitten, selber einen Formulierungsvorschlag zu machen, damit die Änderung in Eurem Sinne erfolgen kann. Es ist nämlich wirklich nicht so einfach, für einen Werbetext knapp und treffend zu formulieren.

Mit dennoch solidarischen Grüßen

Svende Merian

18.10.80.

Erste internationale Lesben-Konferenz der »IGA«

Bisher haben sich die Lesben nur am Rande der allgemeinen IGA (International Gay Association)-Meetings getroffen – das soll jetzt anders werden! Hoffentlich beteiligen sich möglichst viele aus den verschiedensten Ländern – wir können bestimmt eine Menge miteinander diskutieren und tun (...in der IGA und anderswo.)

Zur inhaltlichen Debatte gibt es schon eine ganze Menge an Vorschlägen:

- Kindererziehung
- Pädophilie
- weibliche Sexualität
- gelebter Lesbianismus
- IGA: Strukturen und Ziele
- Gleichheit vor dem Gesetz...
- Zusammenarbeit mit schwulen Männern

Was genau bei dem Treffen passiert, hängt natürlich (wie immer) von den Beteiligten ab!

Die Konferenz wird vom 27.12. (nachmittags) bis zum 1.1.81 (vormittags) dauern und in den Niederlanden stattfinden. Leider ist der Spaß nicht ganz billig (160,– Gulden + Fahrt): Deshalb ist z.B. zu überlegen, ob frau in der Gruppe dafür sammelt, daß wenigstens einige fahren können. **Auf jeden Fall müßt Ihr Euch schnellstens anmelden** (damit geeignete Räumlichkeiten organisiert werden können); schreibt bitte auch dazu,

- ob ihr Kinder mitbringt
- eine besondere Diät braucht
- welche Sprachen ihr sprecht bzw. leicht übersetzen könnt.

Die Kontaktadresse ist:
The ILIS, N.V.I.H. – COC
Frederiksplein 14
1017 XM Amsterdam / NL

Polizei und Staatsanwalt ermitteln gegen schwule »Störer«

Die Veranstaltung „Parteien auf dem Prüfstand" in der Bonner Beethovenhalle am 12. Juli hat nicht nur zu einem raschen Ende gefunden, sondern findet auch noch ein trauriges Nachspiel.

Die Politische Abteilung der Bonner Kriminalpolizei hat einen Schwulen aus der Bonner Schwulengruppe ‚AHB' als Zeugen vernommen. Dieser war verantwortlicher Leiter der Demonstration vor der Veranstaltung gewesen. Die Polizei fragte nach dem Veranstalter der Beethovenhalle, ob und an wen Einladungen verschickt worden seien, ob er „Störer" identifizieren könne, ob er die Indianerkommune kenne usw... Die Bonner Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des „Verdachts des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz" (aus einem Rundbrief der AHB).

Schon wieder die Polizei...

AHB).

Schon wieder die Polizei...

Schon als verschiedene Lesben- und Schwulengruppen die Politikerbefragung „Parteien auf dem Prüfstand" vorbereiteten, störte die Indianerkommune aus Nürnberg einige ihrer Treffen.

Einige Schwule stellten sich nun die Frage: Wie halten wir uns diese „Störer" vom Hals?

So schlug dann auch ein Schwuso der Koordinationsgruppe zur Beethovenveranstaltung, in der Schwule aus allen Kölner Gruppen saßen, vor: *„Daher meinen wir, daß der Diskussionsleiter im Zweifelsfall – wenn Störer nach mehrfacher Aufforderung ihre Störungen nicht einstellen und die weitere Durchführung der Veranstaltung gefährdet ist – die Hilfe der Polizei in Anspruch nehmen sollte, um Störer aus dem Saal entfernen zu lassen"* (Schreiben der Koordinationsgruppe an AHA Berlin, 18. 3.80). (Es ist allerdings nicht sicher, ob der Vorschlag von der ganzen Gruppe übernommen wurde, da diese sich gerade erst gebildet hatte).

Die Mehrheit der Gruppen, die an der Vorbereitung mitarbeiteten, lehnte es jedoch ab, die Polizei zu rufen oder auch nur einen festen Ordnerdienst zu organisieren.

Als dann aber in der Bonner Beethovenhalle tatsächlich die Indianerkommune so auftrat, daß Politiker, Veranstaltungsleiter und andere Redner das Podium verließen, da rief dann doch ein Schwuler die Polizei.

Jetzt droht die „gay liberation front e.V., Köln, Der Vorstand" (glf) schon wieder mit der Polizei:

In einem Offenen Brief „An alle Schwulen und Lesben!" heißt es: *„Die Podiumsdiskussion ‚Parteien auf dem Prüfstand' in der Bonner Beethovenhalle am 12.7.80 wurde von der Indianerkommune aus Nürnberg und der Oranienkommune aus Berlin gewaltsam gesprengt...Beide Kommunen wurden von militanten ‚Antiparlamentariern' aus Bielefeld und anderen Städten zur Gewalt aufgestachelt und so zum Instrument ihres Ziels gemacht, solche Veranstaltungen grundsätzlich mit phantasieloser Gewalt zu sprengen".* Na also – da hat die „glf" endlich die „Rädelsführer" und „Drahtzieher" entdeckt.

„Trotz klarer Beweislage verzichtet die glf-Köln e.V. als Mitveranstalter auf eine Strafanzeige gegen alle anderen an gewaltsamen Störaktionen Beteiligten". Grund: Das träfe weniger die eigentlichen „Drahtzieher" und sei das Ende der schwulen Solidarität.

Euer (der „glf"-) Rundbrief ist allerdings das Ende schwuler Solidarität. Ihr droht doch mit „klarer Beweislage" und sucht schon nach den „eigentlichen Drahtziehern". Soll der Brief die berühmte letzte Warnung sein?

„eigentlichen Drahtziehern". Soll der Brief die berühmte letzte Warnung sein?

Die „glf" meint wohl die „Drahtzieher", wenn sie schreibt:„...*unterscheidet sie nichts mehr von Schwulenhassern".* Und deshalb„...*wird die glf-Köln e.V. in Zukunft solchen Terror mit allen Mitteln bekämpfen".*

Die „glf" hat mit der Polizei gedroht. Jetzt ist sogar schon eine Anzeige gestellt.

Die Bonner Schwulengruppe wirft den „Verantwortlichen" der „glf" vor, Strafanzeige gestellt zu haben. Die „glf" dementierte: Sie habe keine Anzeige gestellt.

Das ändert aber nichts daran, daß die „glf" nah daran ist, andere Schwule anzuzeigen. Schwule haben schon genug mit der Polizei zu tun: In Klappen, Parks, mit Rosa Listen und so weiter ist die Polizei alles andere als ein „Freund und Helfer" für Schwule. Da können Schwule keine Hilfssheriffs gebrauchen!

Proteste!

Der „Schwule Frühling" aus Karlsruhe, und die IHB aus Bielefeld haben gegen den Drohbrief der „glf" protestiert. Die Bonner „AHB" und „Fliederlich" aus Nürnberg haben gegen die „ungeheuerliche Politik der „glf" und Co-AHA" protestiert, die ihrer Meinung nach auch für die Strafanzeige verantwortlich sind. Peter Bahnen aus Aachen knöpft sich in seinem Protestbrief einen „glf"-Vorstand vor:„*Nur eins ist mir dann doch zu dumm: da spielt der Jörg den beleidigten Würdebären, weil die*

Vorstand vor:„*Nur eins ist mir dann doch zu dumm: da spielt der Jörg den beleidigten Würdebären, weil die*

glf verdächtigt wurde, mit der Polizei zusammengehen gewollt zu haben".

Die Bonner „AHB" bringt es denn auf den Punkt:„*Wir sind der Meinung, daß es über und um Beethoven nichts strafrechtlich Relevantes zu ermitteln gibt und legen jedem, der nicht als Zeuge, sondern...als Beschuldigter vernommen werden sollte, nahe, über einen Rechtsanwalt akteneinsicht zu verlangen".*

(alle Zitate nach „rosa flieder" No. 18, Nürnberg, 10.10.80).

U., Aachen
Schwulengruppe des KB

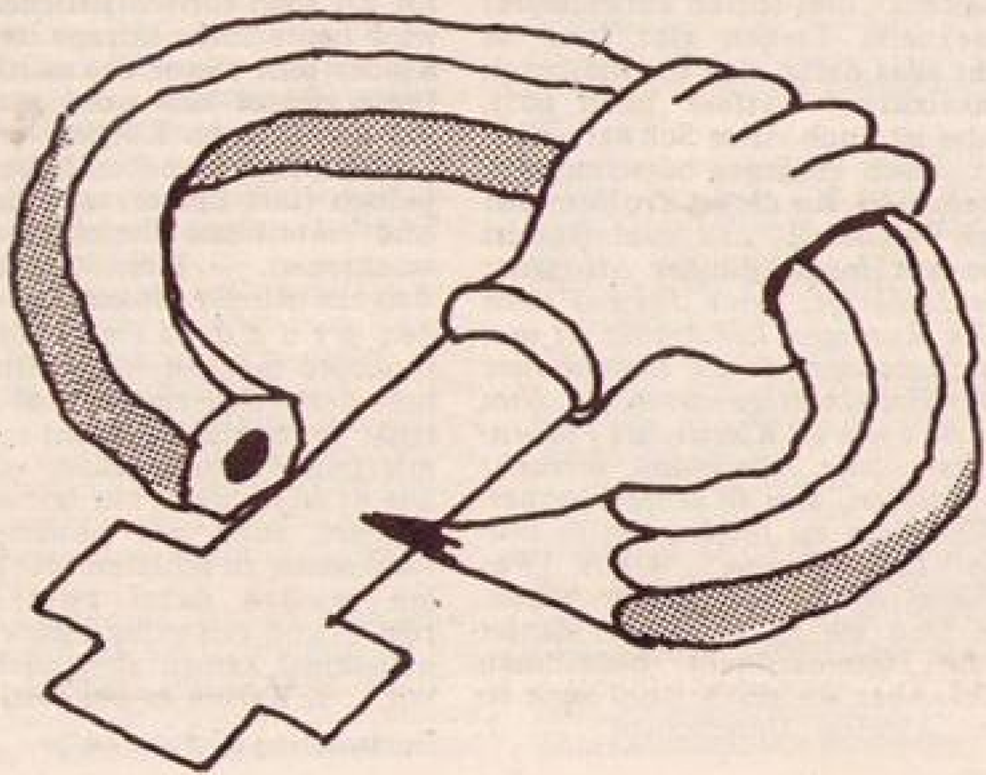
Antwort:

Liebe Ul.,

wobei es mir bei dem Schwarzer-Zitat ging, war nicht eine generelle Zustimmung zu ihrer Position in der Pädo-Frage. Ich fand allerdings ihre Aussage über den Zustand der Männerwelt und die Fluchtstrategien so treffend, daß ich ihn gerne zitieren wollte, o b w o h l er sich in diesem Fall nicht auf den Neo-Chauvinismus, sondern die Pädophilie bezog. Wegen dieser einen Bezugnahme habe ich mir nicht die Mühe gemacht, die gesamte „taz"-Berichterstattung zum Thema Pädophilie durchzuarbeiten; was bei mir auf so einer relativ oberflächlichen Ebene darüber hängengeblieben ist, stützt allerdings ihre Einschätzung in dem Sinne, daß dort durchaus Typen schreiben, die auch Pädophilie sehr nach ihren eigenen Bedürfnissen beurteilen. Dein Vorwurf bzgl. schlampiger Recherchierung ist also insofern berechtigt, als ich mir hätte ein oder zwei Beispiele solcher „taz"-Artikel raussuchen sollen. Meiner Meinung nach ist es allerdings irrelevant, ob in der „taz" zur Pädo-Frage a u c h gute Artikel gestanden haben; es gibt darin a u c h gute Frauenartikel, Antichauvistellungnahmen usw.

Was die Streichung der Schwulen- und Lesbenredaktion der „taz" betrifft (die Frauenredaktion wurde auf eine Planstelle reduziert), so hatte ich erwogen, auch dies als Beispiel für die „taz"-Politik miteinzubauen, hab es dann aber aus Platz- und Stilgründen unterlassen.

Die Schreiberin
des Puff+Peep-Artikels



Aktiv gegen Rosa Listen

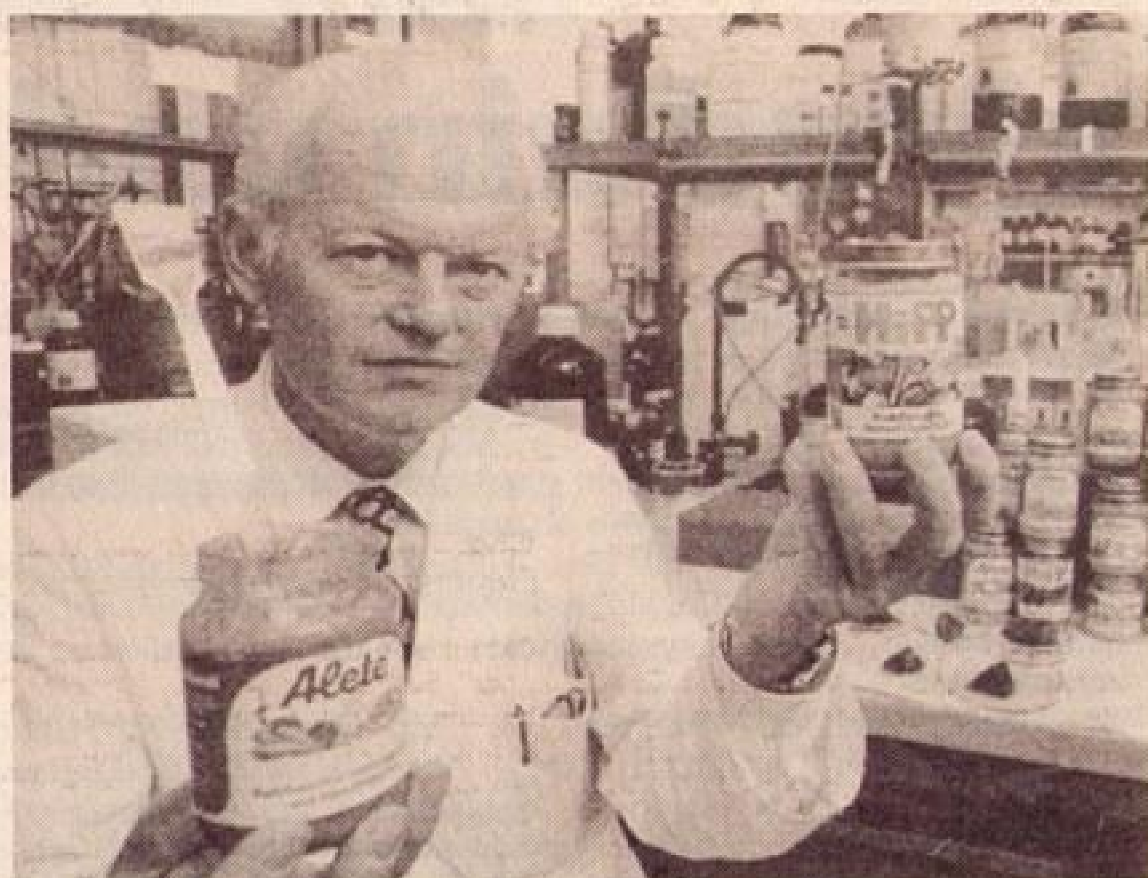
...Unsere Arbeit können wir aber nur erfolgreich fortsetzen, wenn Ihr unser Ziel einer breiten Öffentlichkeit bekannt macht...

Innerhalb des Hamburger Schwulen- und Lesben-Verbandes (einer losen Dachorganisation) hat sich eine feste Arbeitsgruppe „ROSA LISTEN" gebildet. Sie will versuchen, Hinweise für die Existenz von Karteien zu sammeln, in denen Homosexuelle registriert werden. *„Wir wehren uns gegen eine behördliche Schnüffelei und gegen die Einschränkung unserer Grundrechte".* Schon lange kreisen Gerüchte über „ROSA LISTEN", also Datensammlungen, in denen Homosexuelle über Jahre hinweg erfaßt sind, um auch bei anderen Ermittlungen sofort als Homosexuelle identifiziert werden zu können, erfaßt bei Razzien in Schwulentreffs wie Parks, Lokalen, Klappen, in Therapie- und Schwulenarbeitsgruppen. Nicht zuletzt auf einer Diskussionsveranstaltung mit Parteienvertretern im Rahmen der Hamburger „Gay-Pride-Week" wurde das Thema mal wieder konkret: Betroffene meldeten sich zu Wort und Insider wußten über verschlüsselte Meldungen (Kennziffer 11) bei der Polizei zu berichten. Deshalb bittet die Arbeitsgruppe jeden, der Hinweise geben kann, sich zu melden.

Kontakt:
Wolfram Schlüter
c/o UHA (Unabhängige Homosexuelle Alternative)
Martin-Luther-King-Haus, Grindelallee 9
2000 Hamburg 13

Östrogen in Babykost

Was muß noch geschehen, damit etwas geschieht?



... Damit's ein Prachtkind wird!

Prof. Dröse ist Direktor des staatlichen Forschungsinstitutes für Kinderernährung in Dortmund. Dem langjährigen AK-Leser ist er vielleicht noch in Erinnerung. 1976 ließ er mindestens drei Säuglinge im Alter von null bis sechs Monaten in ihren Bettchen *„in Rückenlage fixieren"* und trichterte ihnen gängige Säuglingskost ein. An ihren Ausscheidungsorganen waren Auffangapparaturen angebracht, hinzu kam weiteres technisches Gerät an anderen Körperteilen.

Prof. Dröse wollte – mit inhaltlicher und finanzieller Unterstützung des damaligen Wissenschaftsministers Rau, der es ja inzwischen zum Ministerpräsidenten gebracht hat – *„die vielen marktgängigen Präparate der Säuglingsnahrung und deren Einfluß auf das Baby wissenschaftlich erforschen"*. Nach öffentlichen Protesten wurde der Versuch damals wahrscheinlich abgebrochen – das weiß man bei solchen Leuten ja nie ganz genau (vgl. AK 85 und 87).

1980 – vier Jahre später – weiß Prof. Dröse, immer noch in Amt und Würden, die Antwort auf die Frage, die ihn damals zu dem wüsten Menschenversuch veranlaßte: *„Was ist die beste Säuglingskost?"* Wenige Tage, nachdem bekannt geworden war, daß bei Untersuchungen von Kalbfleisch-Babynahrung künstliches Östrogen nachgewiesen worden ist, erklärte er, daß bei genau jenem Kalbfleisch *„nach derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnissen mit Sicherheit keine Gefährdung zu erwarten ist"* („FR", 8.10.80).

Vielleicht wird dieser „Ernährungsforscher" demnächst als Schlechtachter vor Gericht auftreten, wenn die Babykosthersteller ihre Ankündigung wahrmachen: „ *‚Wir verklagen den Minister!' / Millionen-Prozeß"* („Hamburger Morgenpost", 21.10.80) Prof. Dröse wäre nicht der einzige, der den sorglosen Umgang mit der Gesundheit von Säuglingen und Kleinkindern verharmlosen und rechtfer-
Gesundheit von Säuglingen und Klein- kindern verharmlosen und rechtfer-
tigen würde. Mit von der Partie bei der Ehrenrettung der Babynahrungsindustrie sind das Bundesgesundheitsministerium und Landwirtschaftsminister. Und natürlich auch Bayerns Innenminister, der beim Verharmlosen verbrecherischer Anschläge ja schon in Übung ist.

Und alle diese Ehrenretter sind sich einig: In Zukunft wird über gesundheitsgefährdende Lebensmittel erst berichtet, wenn Leugnen sowieso zwecklos ist und die Beweise im gerichtsmedizinischen Institut auf dem Seziertisch liegen.

Das macht doch nichts, das merkt doch keiner!...

Daß in der Landwirtschaft Mastvieh mit Antibiotika und künstlichen Hormonen behandelt wird, ist seit Jahrzehnten bekannt. Landwirte gleichen die sinkenden Fleischpreise dadurch aus, daß sie mit Hilfe von Spritzen u.a. die „Fleischproduktion" erhöhen. Ein mit künstlichem Östrogen gespritztes Kalb z.B. bringt 15% mehr Fleisch auf die Viehwaage. Seit Mitte der 70er Jahre ist diese Praxis verboten, seit 1979 gar die Produktion von Hormonen, die gespritzt werden könnten.

Gespritzt wird Diäthylstilböstrol (DÄS), ein künstlich hergestelltes Östrogen. Im Gegensatz zum Östrogen, das in den Geschlechtsdrüsen des menschlichen Körpers (viel bei Frauen, wenig bei Männern) gebildet wird, baut DÄS sich nicht ab. Verheerende Wirkungen hat es wahrscheinlich weniger für die direkten Konsumenten als für deren Kinder. So wurde DÄS früher in den USA schwangeren Frauen zwecks Verhinderung von Fehlgeburten gespritzt. Die Töchter dieser Frauen erkrankten auffallend häufig schon sehr jung an Gebärmutter- und Scheidenkrebs.

Dieses Gift wurde natürlich trotz Verbot weiter in der Landwirtschaft genutzt – und genug staatliche Stellen wußten davon.

– Das nordrhein-westfälische Landwirtschaftsministerium ließ in den ersten sechs Monaten des Jahres 1980 417 Kalbfleischproben von Schlachthöfen nach einem angeblich neuen Verfahren untersuchen. In 53 Proben (knapp 13%) wurde DÄS gefunden. Dabei muß erwähnt werden, daß Bauern DÄS frühzeitig vor dem Schlachttermin absetzen, um den Nachweis zu erschweren; d.h. es ist keinesfalls sicher, daß alle verseuchten Proben erwischt worden sind. Was unternimmt das Ministerium? Es läßt weiter prüfen. Ein mutiger Schritt!

– Schon 1979 hatte das Bundeskriminalamt den Bundesinnenminister informiert, daß Landwirte Kälber mit DÄS „behandeln". Wahrscheinlich ist Herolds Amt da aus Versehen ein Landwirt in die „Beobachtende Fahndung" oder irgendein „Rasterprogramm" geraten, denn mit Absicht haben die das wohl nicht herausbekommen. Der Bundesinnenminister, bekanntlich nach Wahlwerbung der FDP ein Mann, der bei der rücksichtslosen *„Verteidigung unseres Rechtsstaates und der gesunden Umwelt keine Kompromisse kennt"*, verpennte die Chance, sich als konsequenter Beschützer deutscher Kleinkinder zu profilieren. Wahrscheinlich hatte er Schiß vor seinem Parteikollegen Ertl, dem Landwirtschaftsminister.

– Unmittelbar nach Bekanntwerden des Östrogen-Skandals Anfang Oktober 1980 mehren sich Berichte über Gerichtsverfahren gegen Landwirte, die DÄS gespritzt hatten. In Vechta wurden 70 000 DM Bußgeld verhängt, in Bayern bekam ein Bauer sechs Monate Knast auf Bewährung. Wenn die Fälle jetzt im Oktober verhandelt werden, heißt das, daß die Straftaten mindestens Monate zurückliegen. Und damals hat natürlich keiner Alarm geschlagen.

Und so hätte es noch einige Zeit weitergehen können (das Ministerium läßt prüfen, das Kriminalamt warnt, alle wissen davon und keiner unternimmt etwas), wenn nicht im September in Italien die ganze Sache mit der Östrogen-Pfuscherei aufgeflogen wäre.

...zumindest nicht in der BRD

In Italien waren die Folgen der DÄS-Verseuchung offenkundig geworden: Kleine Kinder bekamen einen Brustansatz, der auf erhöhten Östrogenanteil im Körper zurückzuführen ist. In kalbfleischhaltiger Babynahrung wurde DÄS entdeckt. Anfang September wurde deshalb die gesamte Kalbfleisch-Babynahrung aus dem Verkehr gezogen. Am 24.9. wurde eine Beschlagnahme sämtlichen Kalbfleisches in Italien angeordnet. Alarmiert durch diese Ereignisse riefen in Frankreich Verbraucherorganisationen zum Boykott von Kalbfleisch auf. Der Monatsverbrauch fiel daraufhin von 70.000 auf 30.000 Tonnen.

Offenbar unter dem Eindruck dieser Ereignisse teilte Anfang Oktober Nordrhein-Westfalens Landwirtschaftsminister Bäumer die Ergebnisse der Anfang des Jahres durchgeführten Untersuchungen mit. Außerdem hatte der Minister inzwischen auch kalbfleischhaltige Babynahrung untersuchen lassen. **In sechs von 66 Proben (knapp 10%) war DÄS gefunden worden, später wurde das Ergebnis auf elf ‚positiv' befundene (knapp 17%) korrigiert.** Eine vom „Stern" etwas später als vom Minister durchgeführte Untersuchung ergab in zwei von dreizehn Produkten DÄS-Spuren. **Und zwar in „Kalbfleisch mit feinen Gemüsen" von Hipp und „Kalbfleisch in Gartengemüse und Kartoffelpüree" von Alete.** Auch in acht von 17 Kalbsleberstücken aus verschiedenen Schlachterläden in der BRD wurde das Zeug gefunden, in sechs Fällen so konzentriert, daß die Meßskala des Institutes dafür nicht mehr eingerichtet war.

Diese Untersuchungsergebnisse sind wahrscheinlich nur die Spitze eines Eisbergs, da auch mit verfeinerten Methoden der Nachweis von DÄS nicht immer möglich ist. Auf das tatsächliche Ausmaß lassen im Zusammenhang der „Enthüllungen" bekannt gewordene Fälle und Zustände auf den Schlachthöfen schließen.

So waren allein bei dem in Niedersachsen vor Gericht verhandelten Fall 120 Kälber mit DÄS „großgezogen" worden. Obwohl vom Veterinäramt „beschlagnahmt", verschwanden die Kälber über Nacht auf dem Schlachthof und wurden offenbar verarbeitet. Die Chancen, daß dieses Fleisch bei den üblichen Proben entdeckt worden wäre, sind sowieso gering. So wurden in Nordrhein-Westfalen nur 2% aller geschlachteten Kälber untersucht. In ganz Schleswig-Holstein gibt es zwei Tierärzte, die Spuren im Kalbfleisch hinterherlaufen; in Hamburg soll demnächst einer eingestellt werden, und in Niedersachsen gibt es gar keinen speziell dafür Beauftragten („Hamburger Abendblatt", 11.10.80).

Bei der Ermittlung des Falles im Allgäu ergab sich noch unglaubliches: **„Die Tierzüchter ... bezogen die Medikamente – darunter auch das gefährliche Östrogen – von einem 41jährigen Viehhändler aus dem Ostallgäu... Er soll die Arzneimittel tonnenweise an die Viehzüchter verkauft haben. Die Polizei spricht von lastwagenweisen Lieferungen".** Organisator des Großhandels war ein Arzt, der sogar der bayerischen Landestierärztekammer angehört (Mitgliedsnummer 108); der wiederum bezog das Zeug von einem Lagerverwalter einer Chemiefirma. Wert der Lieferung: 500.000 DM. Solch „Großhandel" läßt für das Ausmaß der DÄS-Verseuchung des Schlimmste befürchten.

Der Skandal wird heruntergespielt

Die von Minister Bäumer veranlaßten Schutzmaßnahmen waren äußerst mäßig: Die Serien, aus denen die Proben mit Östrogenbefund stammten, wurden aus dem Verkehr gezogen. Die Verbraucher wurden aufgefordert, Vorräte an Kalbfleisch-Babynahrung nicht weiter zu verbrauchen, bis das Ausmaß der Verseuchung geklärt sei. Für den Fall weiterer ‚positiver' Befunde wurde eine generelle Handelssperre dieser Babynahrung angedroht. Die Firmen „Alete" und „Hipp" zogen, durch den „Stern" eindeutig belastet, einige Kalbfleischprodukte aus dem Handel.

Aber schon dies bißchen war den Babykostherstellern zuviel. Die nächsten Östrogenfunde in Babynahrung waren noch gar nicht bekannt geworden, da begann schon das Herunterspielen des Skandals durch Industrie und Politiker.

Das Bundeslandwirtschaftsministerium teilte mit, die Östrogen-Spritzerei sei auf wenige „schwarze Schafe" beschränkt, die es auch in der Bauernschaft gebe. (Wie ein „paar schwarze Schafe" lastwagenweise Östrogen verbrauchen können, wird das Ministerium wohl nie erklären können). Die EG-Agrarminister erklärten, in der Europäischen Gemeinschaft solle nur östrogenfreies Kalbfleisch produziert werden. Mit dieser Absichtserklärung ist den „schwarzen Schafen", auch das hört man aus Kreisen der Landwirtschaftsminister, ohne Zweifel das Handwerk gelegt worden.

Die Babykosthersteller erwähnten zunächst nur recht schamhaft, daß sie von Östrogenbestandteilen nun wirklich nichts gewußt hätten. Zudem hätten sie ihre Verträge mit ihren Lieferanten, die ihnen einwandfreies, östrogenfreies Kalbfleisch zusicherten. Offenbar war dies – und die Stichproben auf Schlachthöfen – die einzige „Vorsichtsmaßnahme" der Babykostindustrie.

Am 8. Oktober dann forderte der Verband der dietätischen Industrie die Aufhebung der in Nordrhein-Westfalen noch bestehenden Verkaufsbeschränkungen. „Kronzeuge" für den Verband war der eingangs erwähnte Prof. Dröse mit seiner Feststellung, das verarbeitete Kalbfleisch könne nicht gesundheitsschädigend sein.

Aufgeschreckt offenbar durch die Miesmacherei gegen die Industrie wurde dann auch das Bonner Gesundheitsministerium tätig. Nachdem schon Anfang Oktober, unmittelbar nach Bekanntwerden der Probeergebnisse, Wissenschaftler der Uni Hamburg mitgeteilt hatten, im Tierversuch habe sich der Verdacht, daß DÄS krebserzeugend ist, noch nicht bestätigt, zog der Bundesgesundheitsministerium nach. Am 12.10. erklärte Ministerin Antje Huber unter der Überschrift *„Nicht hinter jedem Kalbsschnitzel kann ein Polizist stehen..."* (Herr Baum wird sich freuen über diese mutige Erklärung, schließlich müssen ja genug Polizisten da sein, um hinter jeden Demonstranten einen zu stellen): ***„Selbst Fleisch, in dem jetzt die geringen Mengen dieser künstlichen Östrogene gefunden worden sind, hat nach einer Feststellung des Bundesgesundheitsamtes bisher nicht zu einer gesundheitlichen Störung beim Menschen geführt"*** („Bild am Sonntag", 12.10.80).

Also weiteressen das Zeug, bis selbst das Bundesgesundheitsamt Gesundheitsschäden feststellt – und wenn's bis zum Großwerden der nächsten Generation dauert!

Bei soviel dreister Ehrenrettung für östrogenverseuchtes Kalbfleisch wollte auch die CDU/CSU nicht abseits stehen. Empört meldete sich Bayerns Landwirtschaftsminister
abseits stehen. Empört meldete sich Bayerns Landwirtschaftsminister
Eisenmann zu Wort und warf seinem nordrhein-westfälischen Amtskollegen „vordergründige Effekthascherei" vor. Die Bevölkerung sei verunsichert, die Landwirte hätten Millioneneinbußen hinnehmen müssen. Wie die Bundesregierung legt Eisenmann besonderen Wert darauf, daß die westdeutsche Lebensmittelüberwachung die beste der Welt sei. Es seien lediglich einige „wenige verantwortungslose Außenseiter" unter den Bauern, die den „Nährstand" in Verruf brächten – mit Lastwagenladungen voll Antibiotika und Östrogenen?

Gerold Tandler, Bayerns Innenminister, wies noch auf einen anderen Aspekt hin: Die Methoden, mit denen in Krefeld DÄS festgestellt worden sei, seien unfair. Bisher hätte man nur Spuren in der Größenordnung von einem Milligramm Gift in 1.000 Kilogramm Fleisch nachweisen können, mit der in Krefeld verwandten Methode (die in Bayern entwickelt wurde) soll man nun ein Milligramm in 1.000 Tonnen nachweisen können. Tandler, der sich auch noch bei viel eindeutigeren Spuren tölpelhaft anstellt, meinte: *„Diese Methode muß noch eingehend überprüft werden"* („Welt", 16.10.80).

Kaum waren solche Stellungnahmen draußen, kehrte in die meisten Geschäfte, sofern sie überhaupt verschwunden war, Kalbfleisch-Babykost zurück. Und im nächsten Schritt waren sich die bürgerlichen Gesundheitspolitiker weitgehend einig: In Zukunft solle nicht so vorschnell der Verdacht gesundheitlicher Schäden durch Lebensmittel öffentlich bekannt gemacht werden. Das heißt: Verdachtsmomente sollen vor der Bevölkerung so lange wie möglich g e h e i m gehalten werden. Das ist sie also, „die beste Lebensmittelüberwachung der Welt".

Ausbaden müssen diese Art von Lebensschutz jetzt erst einmal die Enkel der Gesundheitspolitiker. Der Enkel von Bayerns Minister Eisenmann muß auf Anweisung seines Opas die umstrittene Babykost essen. Und Staatssekretär Wolters vom Bundesgesundheitsministerium würde seinen Kalbsleberrvorrat, wenn er welchen hätte, nicht wegwerfen...

Damit sollten sie die einzigen bleiben! Verseuchte Kindernahrung muß boykottiert werden. Und der nächste Skandal muß früher ans Licht.

Kinderkommission Hamburg


" Du ich glaube, die haben uns heute wieder dies verdammte Östrogen in's Fressen gemischt." - Stimmt, mir ist auch schon ganz anders....."

Öffentlichkeit soll nicht mehr so schnell alarmiert werden

Keine Vereinheitlichung der Untersuchungsmethoden bei Lebensmittelüberwachung / „Baby und Krebs sind Reizworte"

BONN, 23. Oktober (dpa). Bund und Länder wollen künftig bei Fällen von Verstößen gegen das Lebensmittelrecht nicht mehr umgehend die Öffentlichkeit informieren, es sei denn, eine unmittelbar drohende Gefahr müßte abgewendet werden. Statt dessen wollen sie sich zunächst untereinander abstimmen, um Aufschluß darüber zu bekommen, wie groß die tatsächliche Gefährdung der Öffentlichkeit ist. Diesen Schluß zogen die für die Lebensmittelüberwachung zuständigen Experten der Länderministerien bei einem Gespräch im Bundesgesundheitsministerium in Bonn, bei dem über die Konsequenzen aus dem Östrogen-Skandal diskutiert wurde, der in den letzten Wochen die Öffentlichkeit beunruhigt hatte.

Man werde künftig häufiger mit solchen Vorfällen rechnen müssen, erklärte der Staatssekretär im Gesundheitsministerium, Hans-Georg Wolters, am Donnerstag gegenüber dpa. Einmal gebe es immer mehr Stoffe, die Rückstände in Lebensmitteln hinterlassen könnten, auf der anderen Seite habe man immer genauere Untersuchungsmethoden, um Rückstände nachzuweisen, und schließlich gebe es immer mehr wissenschaftliche Erkenntnisse über eine mögliche Gesundheitsgefährdung durch solche Stoffe.

Es sei angesichts dieser Entwicklung entscheidend, meinte Wolters, sich darüber klarzuwerden, „ob ich die Öffentlichkeit erst mobil mache, wenn ich weiß, daß da wirklich eine Gefahr droht, oder ob ich bloß, weil ich Gesetzesverstöße festgestellt habe, jedesmal gleich die Öffentlichkeit alarmiere, unter Umständen um den Preis, daß bestimmte Reizworte — und die Kombination Baby/Krebs ist allemal eine Reizwortkombination — einen Eindruck in der Öffentlichkeit hervorrufen, der unter Umständen über das Maß der tatsächlichen Gefährdung weit hinausgeht".

aus „FR" vom 24.10.80

»Medizin und Nationalsozialismus«

Weitgehend unbehelligt von selbstkritischer Vergangenheitsbewältigung wird heute noch in vielen Bereichen eine Gesundheits- und Sozialpolitik betrieben, die ihre Geburtsstunde zum Teil in den sozialpolitischen Bestialitäten der NS-‚Gesundheitsführung' hat. Kein Wunder also, daß die Zahl der Veröffentlichungen über die NS-Medizin an wenigen Fingern abzuzählen ist.

Um so begrüßenswerter, daß die „Autonomie" mit einem Sonderheft „Medizin und Nationalsozialismus" die Auseinandersetzung beleben will – schade nur, daß dieses Heft bislang allzuwenig Beachtung fand.

Abgedruckt sind drei Referate, die Sepp Graessner, Karl-Heinz Roth und Ullrich Schultz auf dem Westberliner Gesundheitstag hielten, ergänzt durch einen wissenschaftsgeschichtlichen Beitrag von Bernhard Gierds. Untermauert werden die in den Referaten aufgestellten Thesen durch eine Vielzahl erstmalig veröffentlichter Dokumente.

Auch wenn im folgenden versucht wird, die wesentlichen Thesen dieser Referate zusammenzufassen, sei jedem/r, der/die sich enger mit dem Thema befassen will, dies Heft dringlichst empfohlen.

Gesundheitspolitik unter dem Hakenkreuz

Sepp Graessner konzentriert sich in seinem Papier auf die „neuen sozialen Kontrolltechniken durch Arbeits- und Leistungsmedizin". Um die Expansions- und Autarkie-Interessen der NS-Führung abzustützen, bedurfte es einer Militarisierung der Arbeit, die wesentlich durch eine Militarisierung der Medizin und ihrer Inhalte forciert wurde.



Nazi-Propaganda vom Betriebsarzt als „Kamerad und Helfer" – allerdings, der des Kapitalisten

Nazi-Propaganda vom Betriebsarzt als „Kamerad und Helfer" – allerdings, der des Kapitalisten

Die ersten drei Jahre nach der Machtübernahme umschreibt er als eine „Phase der Bestandsaufnahme" – noch ohne langfristige Vorstellungen werden erste Vorbereitungen späterer Gesundheitspolitik getroffen: Die größtenteils NS-loyale Ärzteschaft säubert ihre Reihen von Kommunisten und Juden; psychiatrische Kathegorien, die Leistungsverweigerungen rechtfertigen, werden im Sinne der Leistungssteigerung ersetzt; *„die noch sehr junge Arbeitsmedizin ... erlebte ihre erste Blüte"*.

„Ab 1934 setzte dann ein propagandistischer Sturm im Gesundheitswesen ein: Gesundheit wurde mit Leistungsfähigkeit gleichgesetzt, das individuelle Recht auf Gesundheit negiert, Gesundheit zur Pflicht gegenüber der Volksgemeinschaft erklärt" (*„Deine Gesundheit gehört nicht dir"*) (S.3). Selbst die Rassengesetzgebung hatte eine arbeitspolitische Seite: Die gesamte innere Verwaltung (z.B. Amtsärzte, Reichskriminalpolizei etc.) wurde in die Verfolgung Leistungsschwacher einbezogen. *„Mit der Verkündung des Vierjahresplanes (1936) enthüllt die NS-Gesundheitspolitik ihr eigentliches Zielfeld: Die Kontrolle über die gesundheitliche Seite des Leistungsfanatismus"* (Anm. 1).

Steigende Krankenstände und das Mißtrauen gegenüber den Kassenärzten (Gefälligkeitsatteste etc.) führten zu einer Neuordnung des Vertrauensärztlichen Dienstes. In der Folge kommt es tatsächlich zu einer Verkürzung der Krankheitsdauer pro „Fall"; allerdings verschlechtert sich der Gesundheitszustand der Bevölkerung rapide.

Um die steigenden Krankenstände, Neigung zu „unberechtigten Krankfeiern" und die Gefälligkeitsatteste der Vertrauensärzte endgültig zu unterbinden, ordnet der stellvertretende Reichsärzteführer Bartels 1938 an: *„Die Ausstellung privatärztlicher Zeugnisse über die Arbeitsfähigkeit ... ist unzulässig und hat zu unterbleiben"*. Die Eignungs- und Arbeitsfähigkeitsuntersuchungen wurden von „Arbeitseinsatzärzten" übernommen (Anm. 2).

Als dritte Ebene des Kontrollsystems wurde das Betriebsarztwesen eingeführt. In großangelegten Betriebsuntersuchungen zwischen 1937 und 1939 wurde versucht, *„die Diagnostik des Arbeitsplatzes mit der Diagnostik der Leistungsfähigkeit der Gesunden zu kombinieren ... in Verbindung mit den Notwendigkeiten einer kriegsvorbereitenden Produktion"* (S.5.). Die Gesundheitsdaten eines jeden arbeitenden Deutschen sollten lochkartenmäßig erfaßt werden.

Zentrale perspektivische Absicht war *„der Zustand, wenn der Zeitpunkt des allmählichen Kräfteschwundes kurz vor dem Eintritt des physiologischen Todes liegt, und der endgültige Kräfteverfall mit ihm zusammenfällt"* (Dr. Bockhacker, Leiter des Amtes für Volksgesundheit der DAF (Deutsche Arbeitsfront) ab 1939).

Das war die Begründung für die „Lebensvernichtung durch Arbeit" – Rentner, Invalide, Gebrechliche wurden in die Produktion eingeschleust.

Hatten die Betriebsärzte, die dem Unternehmer direkt verantwortlich waren, nur erzieherische und präventive Funktionen, erhielten sie nach und nach die Aufgabe, Arbeitsfähigkeit zu bescheinigen, da sich als Reaktion auf die Militarisierung der Arbeit allzuviele von aufrechten Kassenärzten krankschreiben ließen.

„Nach den Prinzipien der Lagerärzte, deren Tätigkeit die Krankenstände in den Arbeitslagern ‚erfreulich' niedrig hielt, wurde in den Betrieben vorgegangen" (S.7). Mit Beginn des totalen Krieges 1942 wurde versucht, die letzten Leistungsreserven zu mobilisieren. Nicht mehr die Arbeitsfähigkeit, sondern die „Arbeitseinsatzfähigkeit" wurde zum Kriterium ärztlichen Handelns. Die Krankenstände stiegen bei den mörderischen Arbeitsbedingungen an, mobile Vertrauensärztliche Kommandos schrieben in großangelegten „Auskämmaktionen" rücksichtslos gesund.

Die Betriebsärzte erlebten einen Boom ohnegleichen. 1943 waren weit mehr als 5000 Ärzte haupt- und nebenamtlich in Rüstungsbetrieben tätig. Nicht selben gaben sie, die jetzt auch noch die Aufgaben der Vertrauensärzte übernahmen, der Gestapo Hinweise auf „Bummelanten" und Arbeitsverweigerer.

„Im Grunde wurde die Utopie von der Freiheit von Krankheit auf zynischste Art realisiert durch die Verweigerung der Krankschreibung! Diese Form der ärztlichen ‚Betreuung' wurde in Nürnberg nicht angeklagt, obwohl sie vielfach die gleichen Auswirkungen hatte wie Menschenversuche und Euthanasie ... Die deutsche Lagermedizin mit ihrer Mischung aus Ohnmacht und Menschenverachtung wurde auf halb Europa ausgedehnt. Sie endete in dem Exzess eines SS-Arztes: ‚Ich kenne keine Kranken mehr – nur noch Tote und Lebende'."

Familien- und Bevölkerungspolitik

Parallel zu den Ausführungen von Sepp Graessner befaßt sich Karl Heinz Roth damit, wie *„die NS-Gesundheitspolitiker auf die Reproduktionsseite des gesellschaftlichen Lebens eingewirkt haben"*.

Relativ ausführlich umreißt er die Vorgeschichte dieser Politik: Der Ausbau der Sozialversicherung unter Bismarck bremste den Aufstieg der Ärzte zum privaten Unternehmertum und legte sie früh an die Kette der Krankenkassen, *„der ungeliebten Störer einer ‚freien' Arzt-Patienten-Beziehung. Hinzu kam die Brutalisierung durch den ersten Weltkrieg; die Verarmung weiter Teile der nichtmilitärischen Ärzte; das despotische Chefarztregiment, dem zweidrittel aller Assistenten ausgeliefert waren. ... Das alles führte zu einer ungeheuren Radikalisierung, deren barbarische Richtung angesichts der festgefügten sozialdarwinistischen Grundhaltung ... von vornherein festlag ... Die Mediziner wurden zur fanatischen Speerspitze des Nationalsozialismus ... Ihre Radikalisierung war negativ im menschenverachtenden Sinn"*. Ihr Ziel: Wiedereinführung der alten Privatbeziehungen mit Naturalleistungen und Sparzwang, also Abschaffung der Sozialversicherung und andererseits Rache an der mit den „Novemberverbrechern" verbündeten Minderheit in den eigenen Reihen.

Nach der Machtübernahme waren die Nazi-Ärzte derart mit der Ausschaltung der ‚bolschewistisch-jüdischen Nestbeschmutzer' und der Eroberung der Standesorganisation beschäftigt, daß sie keinen *„nennenswerten Einfluß auf die Machtzentren des NS-Regimes"* erlangten. Die sozialpolitischen Strategen des NS-Regimes *„erkannten rasch, daß der standespolitische Selbstlauf der Ärzte viel zu einseitig angelegt war, um die Gesundheitspolitik in ein Instrument der Umgestaltung der Gesellschaft zur ‚Leistungsgemeinschaft' zu verwandeln"*. Die *„große gesundheitspolitische Konfrontation zwischen Großkapital-Ministerialbürokratie und Nationalsozialismus"* ging über die Ärzteschaft hinweg. Worin diese

pital-Ministerialbürokratie und Nationalsozialismus" ging über die Ärzteschaft hinweg. Worin diese

„große Konfrontation" bestand, wird von Graessner und Roth nur ansatzweise umschrieben: Danach setzte das Großkapital/die Ministerialbürokratie vor allem auf ein *„ausgeklügeltes Balancement von ‚Auslese' und ‚Ausmerze'"* durch Sozialversicherung und Vereinheitlichung des Gesundheitswesens. Die NSDAP/DAF versuchte ihre „grenzenlosen Leistungsvisionen" vor allem durch ihre Mantelorganisationen (NS–Volkswohlfahrt, DAF, HJ) und den Betrieb „als primärer Gesundheitseinrichtung" zu erreichen.

Der Sozialgeschichtliche Start von ‚Auslese' und ‚Ausmerze'

Bei der Machtübernahme 1933 waren die lohnabhängigen Bevölkerungsmassen unbeschreiblich verelendet: Tuberkulose, hohe Kinder-, Säuglings- und Altensterblichkeit, Alkoholismus, psychische Zusammenbrüche, Selbsttötungen etc. Sozialdarwinistische Programme, die einen Großteil der Arbeit unbezahlt zu machen und den Sozialetat durch ‚Ausmerze' zu kürzen versprachen, standen hoch im Kurs. Alle Aspekte *„der sozialen Verweigerung und Demoralisierung gegenüber den Intentionen des Regimes* (sollten) *auf biologisch-erbbedingte Faktoren"* zurückgeführt werden.

Nach und nach bekam der Angriff gegen das wimmelnde Massenelend unter der Parole ‚Gesundung des Volkskörpers' Methode. Waren Landstreicher, Zigeuner, Asoziale und Arbeitsscheue, Prostituierte und Homosexuelle die ersten, die den Bolschewisten in die NS-Lager folgten, wurde die ‚behördliche Aussonderung' bald zum Familienalltag der gesamten Unterklassen. In rascher Reihenfolge kamen im Sommer 1933 fünf „Ausmerze"-Terror-Gesetze heraus: Das Sterilisierungsgesetz, das Sicherungsverwahrungsgesetz, das „Gesetz zur Vereinheitlichung des Gesundheitswesens", das „Ehegesundheitsgesetz" und das „Blutschutzgesetz".

1934 starteten Rassenhygieneinstitute und rassenpolitische Ämter eine gigantische erbbiologische Bestandsaufnahme; Gesundheitskarteikarten wurden angelegt, ein weitverzweigtes Melde- und Kommunikationsnetz entstand, um ‚Ausmerzekandidaten' ausfindig zu machen.

In Bezug auf die ‚Auslese' wurde den Nazis vom *„großkapitalistisch-staatlichen Machtkomplex ... zunächst ein erheblich kleinerer Spielraum gelassen"*: Frauenarbeit wurde in Gestalt unbezahlter Hausarbeit unsichtbar gemacht, verbunden mit Ködern zur Steigerung der Geburtenrate. Nach Verschärfung des Abtreibungsverbotes wurden Ehestandsdarlehen gewährt; Reglements zum „Abkindern" folgten. Alle Zahlungen gingen an den Mann – *„eine glatte Kampagne zur innerehelichen Vergewaltigung!"*

Bezieht man das System der Sozialversicherung mit ein, ergibt sich eine *„fürchterliche Bilanz ... Abweichendes Verhalten* (birgt) *fortan immer die Gefahr..., als ‚erbkrank-kriminell-minderwertig' denunziert und mit Leibesstrafen* (*Sterilisation, Zwangsabtreibungen*) *bzw. Asylierung geahndet zu werden. Das NS-Regime* (koppelt) *den Zwang zur unterbezahlten Produktionsarbeit mit unbezahlter Reproduktionsarbeit. Die Kombination von ‚Auslese' und ‚Ausmerze' beginnt zu funktionieren. Breite Schichten der Unterklassen verstummen zeitweilig, sie wissen keinen Ausweg aus Ohnmacht und Angst ..."*

Die Krise der NS-Gesundheits- und Sozialpolitik

Doch die mit dem Vierjahresplan erreichte Vollbeschäftigung genügt, um die Objekte der nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik in Bewegung geraten zu lassen. Karl-Heinz Roth sieht in der einsetzenden Landflucht, Binnenwanderung und anderem eine *„Art Abstimmung mit den Füßen, in deren Verlauf es vielen Minderheitengruppen gelang, sich teilweise der gesundheits- und sozialpolitischen Stigmatisierung zu entziehen ... Bald* (kamen) *neue informelle Widerstandsformen dazu: Absentismus, gezielter Kontraktbruch, Kurzstreiks und andere"*.

Als wesentliche Reaktion erhält das gesundheitspolitische Kontrollnetz eine *„zusätzliche sicherheitspolitische Suprastruktur"*. Die entscheidenden Institutionen werden mit dem ‚Kriminalbiologischen Institut' des ‚Reichskriminalpolizeiamtes' gleichgeschaltet. Erste ‚Reichsfahndungstage auf Arbeitsscheue bzw. Asoziale' finden statt. Nicht zufällig werden dort am meisten Menschen erfaßt und

auf Arbeitsscheue bzw. Asoziale' finden statt. Nicht zufällig werden dort am meisten Menschen erfaßt und

zwangsasyliert, *„wo der informelle Widerstand in Massenrevolten umzuschlagen droht"*. Ein neuer gesundheitspolitischer Funktionärstyp entsteht: Der SS-Selektionsarzt.

„Alles in allem (handelt es sich) *um eine gezielte Ausweitung des polaren Verängstigungssystems von 1933/35"*. Aus gemeinsamer Furcht vor einer „neuen Novemberrevolte" schreiben die „großkapitalistisch-staatliche" und die „nationalsozialistische Machtgruppe" einen status quo fest, dem weitere standesärztliche Interessen geopfert werden.

Blitzkrieg und gesundheitspolitische ‚Nachkriegs'programme

Einige bislang unveröffentlichte Archivalien deuten, so Karl-Heinz Roth, darauf hin, daß der 1938 *„einsetzende sozialimperialistische Expansionskurs eine Flucht aus der geschilderten innenpolitischen Krise war"*. In diesen Dokumenten finden sich Hinweise, daß, *„mit dem Übergang von der ‚Ausmerze' zur Massenvernichtung (Endlösung) bis zur Auslösung des Krieges gewartet wurde .. Das seit 1940 diskutierte und schleichend eingeführte ‚Gesetz zur Behandlung der Gemeinschaftsfremden' faßt alle bisherigen Ansätze zur Radikalisierung des Sterilisierungs- und Sicherungsverwahrungsgesetzes zusammen."* Hinzu kam, daß in den Zusammenhang von „Aussonderung" und „Endlösung" das Prinzip der „Vernichtung durch Arbeit" zwischengeschaltet wurde.

Weiterhin scheint Karl-Heinz aufgrund der bisher vorliegenden Quellen die These gerechtfertigt, daß im Falle eines Blitzsieges über die Sowjetunion geplant war, *„alle noch überlebenden ‚Ausmerze'-Arbeitssklaven im Anschluß an die ‚Endlösung der Judenfrage' ebenfalls zu vernichten. Wahrscheinlich war eine weitere fabrikmäßige Massenvernichtung von sechs bis acht Millionen Menschen geplant, die alle ‚Gemeinschaftsfremden' umfassen sollte, um zu verhindern, daß sich im nazifizierten Europa das ‚asoziale Lumpenproletariat' jemals wieder ‚aus seinen artfremden Sippen ergänzt'* (aus der Begründung des *‚Gemeinschaftsfremdengesetzes'*)".

Als es zu dem erwarteten schnellen Endsieg nicht kam, wurde das Konzept auf Sparflamme durchgeführt: *„Eine schrecklich sachliche, fortschrittsbesessene und fabrikmäßig betriebene Maschinerie des Tötens"* setzte ein. Ergänzend dazu wurde zur „Endlösung des Aufartungsproblems" geschritten. Seit Beginn des ‚totalen Krieges' hatte sich die DAF endgültig gegen das Großkapital durchgesetzt. Grundlage deren Konzeptes war eine Einheitsrente, die auf eine Verlängerung des Arbeitsalters über das 65. Lebensjahr hinaus wollte. *„Anrecht auf's sozial gesicherte Alter sollte nur diejenige Frau und derjenige Mann haben, die/der ihren/seinen ‚deutschen Arbeitscharakter'* (*keine Arbeitsbummelei, Aufzucht von nicht w e n i g e r als vier Kindern*) *unter Beweis gestellt* (hatte). *So lockte für alle, die es nie an Arbeitsfanatismus in Fabrik und Kleinwohnung hatten fehlen lassen, das – freilich erst in den 60er Jahren ansatzweise verwirklichte – Paradies moderner Sozialtechnik ... Eine wahrhaft Orwell'sche Perspektive, die im Fall der Unangepaßtheit mit einem geradezu automatisierten und lautlosen Absturz in die Existenzvernichtung gekoppelt war."*

* * *

(Um das Ganze nicht noch ausführlicher zu machen, sei hier nur kurz auf die beiden übrigen Beiträge verwiesen: Ulrich Schultz beschäftigt sich mit den *„sozialen und biographischen Bedingungen medizinischen Verbrechens"*, Bernhard Gierds geht auf die *„sozialdarwinistische Vorgeschichte des NS-Gesundheitswesens"* ein.)

Zur Aktualität des Themas

„Für uns sprechen die aktuellen gesundheitspolitischen Auseinandersetzungen unter den Nachfolge-Machthabern eine deutliche Sprache. Wenn heute einerseits ein neuer ‚Geburtenkrieg' ausgerufen und mit Forderungen nach Kostenbeteiligungs-Systemen verbunden wird, wenn andererseits Gesetzesprojekte zur Zwangsunterbringung von Hunderttausenden ‚Gemeinschaftsabträglicher' propagiert werden und wenn drittens ein Herr Herold von der Notwendigkeit ‚vorbeugender Verbrechensbekämpfung' als ‚gesellschaftssanitärer Aufgabe' der Kriminalämter spricht, dann erscheint uns

brechensbekämpfung' als ‚gesellschaftssanitärer Aufgabe' der Kriminalämter spricht, dann erscheint uns

die Auseinandersetzung mit der NS-Gesundheitspolitik alles andere als akademisch" (Karl-Heinz Roth).

Wir können nur hoffen, daß diese notwendige Debatte mit obigem Artikel und v.a. dem Autonomieheft einen weiteren Anstoß erhält.

bs. KB Nürnberg

Anmerkungen

1 „Der Vierjahresplan von 1936, der alle ökonomischen Kräfte für die Kriegsvorbereitung zusammenfaßte, sollte Wirtschaft und Militär kriegsbereit machen". (Kühnl, Der deutsche Faschismus, Köln 75)

2 Graessner geht weiter auf Widersprüche zwischen NSDAP/DAF und Großkapital/ Ministerialbürokratie ein, die ich bei Karl-Heinz Roths Beitrag darstelle.

AUTONOMIE
Materialien gegen die Fabrikgesellschaft
NEUE FOLGE
Medizin und Nationalsozialismus
Referate und Dokumente vom Berliner Gesundheitstag
Sonderheft Nr. 2 Juli 1980

Das Heft kostet: DM 7,–

**Vertrieb: „Prolit"
Daubringer Straße 32
Postfach 66, 6304 Lollar**

Amsterdam — Zürich — Westberlin

ES GÄRT – ES GÄRT – ES GÄRT – ES GÄRT – ES GÄRT – ES GÄRT – ES GÄRT – ES GÄRT – ES GÄRT

Punks und »Kids« wehren sich gegen Bullenübergriffe

Ca. 600 Punks, Skins, Teds und andere Jugendliche haben am 17.Oktober gegen ein provokatives Poppertreffen im Westberliner Arbeiterviertel Neukölln demonstriert. Auf der Seite der 150 Popper standen 300 Bullen, die von vornherein sehr brutal gegen die Jugendlichen vorgingen. Gegen willkürliche Verhaftungen und Knüppeleinsätze setzten sich die Jugendlichen auch mit Steinen zur Wehr. (Getragen wurde diese Aktion in erster Linie von 12 - 16 jährigen „Kids".

Die Westberliner Jugendbewegung ist breiter und stärker als in westdeutschen Städten. Ein besonderes Merkmal ist z.B., daß sich die Punks, Teds, Skins und andere nicht in gegenseitige Kleinkriege hetzen lassen. Gerade die Punks sehen es nicht als ihr Hauptziel an, den arroganten Poppern auf die Schnauze zu hauen, sondern sie beteiligen sich eher an linken Aktionen. So nehmen sie z.B. an Hausbesetzungen teil und auf Demos gibt es regelmäßig stattliche Punkerblöcke. Auch gibt es in Westberlin ganz andere Möglichkeiten, die Punkkultur zu entfalten als in westdeutschen Städten. So gibt es in verschiedenen Stadtteilen Treffpunkte für die Punks, es wird Punkmusik in mehreren Musikschuppen und Kommunikationszentren regelmäßig angeboten, so betreiben Punks selber den Plattenladen „Schlitz" usw.

Solche Ansätze sind der Springerpresse natürlich ein Dorn im Auge. Sie hetzen und lügen, bauen Punks als Monster auf. Eine erfreuliche Ausnahme war der Westberliner „Abend". Hier wurden zumindestens auch mal die Hintergründe angesprochen: „Wie in England, so sind es auch hierzulande gerade die sozial Schwächeren, die ihren Protest gegen überkommene Autoritäten, die gesellschaftlichen Mißstände nicht zu überwinden wissen, in grelle Auffälligkeit kleiden. Das Echo auf den Lärm, mit dem die Jugendlichen in den Vororten von Liverpool und London ihre Arbeits- und Hoffnungslosigkeit in die Welt schrien, hallt auch in Berlin wieder" („Abend" v.21.10.80).

„Punk sei Dank" AG

Ein Punk aus Westberlin berichtet

„Die Vorgeschichte ist, daß schon öfters Popper, wenn sie viele auf einen Haufen sind, einzelne Jugendliche zusammengehauen haben, ob nun Teds, Punks oder Skins. Und da haben wir dann das mitgekriegt, daß da ein Poppertreff steigen sollte. Da wollten wir dann hingehen und gukken und mal sehen, was da so läuft und was die sagen, wenn da mehrere ankommen. Das ist eine Woche vorher durch Mundpropaganda rumgegangen.

Als wir ankamen am Hermann-Platz, war schon ein riesiges Bullenaufgebot da, bestimmt acht Wannen (Mannschaftswagen, die Red.). *Die Eckkneipe Maxim, wo das Poppertreffen stattfinden sollte, war systematisch abgeriegelt. Ich wollte dann mit einem Kumpel sehen, wer da so reingeht. Da kriegten wir von den Bullen zu hören: entweder ihr seid in zwei Minuten weg oder ihr werdet abgeführt. Dann kamen immer mehr Wannen. Die Bullen sind dann in die U-Bahn gegangen und haben alles kontrolliert. Da haben sie dann noch einen wegverhaftet, so von der Stange vom Hermann-Platz. Dann wollten sie noch mehr verhaften, obwohl nichts los war. Da flogen dann die ersten Steine. Die Bullen sagten dann über Lautsprecher: Entweder der Hermann-Platz wird jetzt geräumt oder sie machen eben 'nen Einsatz. Kaum hatte er das gesagt – viele ham' das gar nicht verstanden – da kamen sie auch schon rübergestürmt. Da sind wir erst einmal zu-*
rückgelaufen und haben ein bißchen
rückgelaufen und haben ein bißchen mit Steinen geworfen. So eine Bank ist dabei zu Bruch gegangen und bei Karstadt ein paar Scheiben. Dann sind wir bis zur Ecke an der Hasenheide gegangen. Da hieß es dann, in der Hasenheide wären die Bullen mit Hunden drin. Wir also da nicht rein sondern wieder zurück. Da ist dann das ganze noch ein paarmal hin und her gegangen: Also die Bullen immer mit Schlagstöcken hinter einem her, und wir dann zurück – und dann immer wieder drauf. Einzelne, die sich in Hauseingänge verstecken wollten, sind dann von mehreren Bullen zusammengedroschen worden.

Wir sind dann nachher ganz weg und haben uns gesammelt und haben vorbeifahrende Bullenwannen beschmissen".

Frage: Wieviele wart ihr denn so?

„Wir waren vielleicht 300 Punks, aber da waren auch Teds, Mods, Skins und alles mögliche. Insgesamt waren das wohl so 600 Jugendliche. Was ganz neu war, waren die vielen Jüngeren. Von zwölf an aufwärts. Das Durchschnittsalter war 16 Jahre. Die Kreuzbergszene und so war kaum da.

Du hättest die mal sehen sollen. Als wir wegliefen und es dann hieß, so jetzt die Steine, da haben die Kids ganz schön mitgemacht. Die sind alle wieder zurück und haben die Bullen mit Steinen bepfeffert. ... In der Zeitung steht sogar, daß die Popper-Veranstaltung vom Senat unterstützt wurde. Und das waren 150 Popper, die drin waren, und bestimmt 300 Bullen. Da kommen auf einen Popper zwei Bullen, die den beschützen sollten, da fragt man sich natürlich, wo da die Steuergelder bleiben".



Popper „besuch" in der Punkkneipe „Chaos"

Drei Tage später erscheint die bürgerliche Presse erneut mit Riesenschlagzeilen „Berlin: Popper, Punker – neue blutige Schlacht", („Bild" vom 21.10.80)

Was dann im Text noch weiter schaurig ausgemalt wird, ist der Versuch, eine Eskalation unter den Jugendlichen voranzutreiben, damit sie sich gegenseitig die Köpfe einhauen.

Wie es wirklich war, hat mit dem Artikel in der Bildzeitung wenig zu tun. – Dazu ein Betroffener:

„Acht Punker saßen im „Chaos", als 'ne größere Menge Popper hereinkam. Die Punks sind dann in die Klos abgehauen. Die Popper haben dann mit 'ner Gaspistole rumgeballert, einen Flipper haben die kaputtgemacht, und das war denn auch schon alles. Von wegen Blut geflossen und so, ist nichts wahr dran. Die sind dann schnell wieder abgehauen und als die Bullen dann kamen, haben sie erstmal die Personalien der Punks aufgenommen. Da ist eh das meiste gelogen, was so in der Zeitung über Punks steht. Am Freitag sollen auch Mollis geflogen sein, das ist auch gesponnen."

Ungewollter Panikabend

Überall, wo Punker auftauchen, nehmen Bullen sich das Recht heraus, mit brutaler Härte gegen sie vorzugehen. Mitte letzten Monats mußte bei einem überregionalen Punk-Pogo-Festival in Eschhaus Mitte (Duisburg) angeblich ruhestörender Lärm um 20 Uhr abends herhalten, um massiv gegen die Besucher des Konzertes vorzugehen.

Zu den Ereignissen schreiben die Leute vom „Eschhausheft":

„Folgendes hatte sich ereignet: Zunächst war ein Streifenwagen vorgefahren, aus dem zwei Polizisten ausstiegen und angaben, sie wären auf der Suche nach ihrer Einsatztasche, die sie beim letzten Besuch vor einer Stunde vergessen hätten, mitzunehmen.

Es mußte in ihnen ein plötzlicher Sinneswandel stattgefunden haben, denn mit einem Mal wandten sie sich einem der Umstehenden zu und versuchten diesen unter Tritten und Schlägen festzunehmen. Dies gelang ihnen jedoch nicht ganz. Wilde Beschimpfungen und Proteste lenkten die Beamten von ihrer Beute im Fond des Streifenwagens ab. Daraus schlug der Festgenommene Kapital. Gemütlich stieg er wieder aus und verschwand ungesehen.

Gewissermaßen als „Entschädigung" wollten sich die beiden Polizisten an einem Zweiten schadlos halten. Dies rief noch größeren Widerstand der Menge hervor. Und ehe man sich versah – schnell ist die Polizei, wenn sie will – war die Niederstraße in die bekannte Farbkombination grün-beige getaucht. Massiv bemühten sich die Polizisten nun, der Unruhe Herr zu werden und endlich zu ihren ersehnten Festnahmen zu kommen. Doch strömten mehr und mehr Festivalbesucher aus dem Haus auf die Strasse. Schließlich hatten die Staatsbeamten Erfolg: sie verfrachteten sechs Leute in einen ihrer Mannschaftswagen.

Um den Mannschaftswagen, in dem sich die Verhafteten befinden, am Abfahren zu hindern, wird eine Sitzblockade aufgebaut. Ein Geran-
Sitzblockade aufgebaut. Ein Geran-
gel am Führerhaus des Autos geht dem voraus. Doch der Fahrer zeigt sich von alledem unbeeindruckt. Er fährt an. Nicht langsam, sondern unerwartet schnell. Einige können sich durch ein geistesgegenwärtiges Beiseitestürzen retten. Einem gelingt das nicht. Hilflos klebt er auf der Motorhaube des fahrenden Ford-Transporters. Plötzlich bremst das Gefährt, der Punk fliegt abrupt nach vorn und verletzt sich beim Aufprall. Wenige Zentimeter vor ihm kommt der Mannschaftswagen zum Stehen. In voller Absicht wäre beinahe ein Mensch überfahren und möglicherweise getötet worden.

In verständlicher Wut wird auf das Autoblech eingetreten."

„Punk sei Dank" AG

Kultur in Pumphosen

Bubis ohne Zucker: 1. Popper-Treff in Berlin

Die Popper, jene Dreizehn- bis Siebzehnjährigen, die mit hochgetragener Nase, teuerem Kaschmir-Pulli, Pumphose und feinem Jäckchen über die Straße flanieren, haben ein Problem: Der Trend ist abgelaufen. Sie sind out. Damit die Popper-Spezialboutiquen in einem letzten Räumungsverkauf noch die Regale leer kriegen und auch noch einige Popper-Schallplattenreste an den Mann gebracht werden, haben eine Modefirma, ein Musikverlag und eine Diskothek eine letzte Kampagne gestartet: Gestern abend veranstalteten sie den ersten — und mit Sicherheit auch den letzten — Poppertreff in Berlin.

Der ABEND traf sich mit dem Chefsänger der „Poppers", einer Musikgruppe, die jedes Jahr einen aktuellen Trend aufgreift und unter anderem Namen auftritt. Der Sänger der „Poppers" ist aber keineswegs jener blauäugige Naivling, als den man einen Popper allgemein sieht. Für ihn ist die Popper-Ideologie ein politisches Geschäft. Er weiß, daß unsere Gesellschaft oppositionelle Subkulturen hervorbringt, die es für ihn zu bekämpfen gilt. „Wie wissen, warum jemand ein Punk wird? Dem treten wir entgegen, indem wir den Jugendlichen mit unseren Popper-Vorschriften das Gefühl geben, sie seien was Besseres. Alle Anderen bezeichnen wir als Prolos. Die Tour zieht."

Nach den Popper-Vorschriften befragt, sagt er: „John Players rauche ich nicht. Und die Zigarettenspitze ist auch albern. Hauptsache, die Jugendlichen halten sich dran." Die Rolex-Uhr, unbedingte Pflicht für jeden Popper, trägt er auch nicht: „Die ist zu teuer, aber ich habe eine gute Kopie."

Die Popper haben Sorgen mit ihren eigenen Widersprüchen. Einerseits ist da der Wunsch, Geld- und Kaviar-Elite zu sein, andererseits die finanzielle Schwierigkeit, ein Popper zu werden. Dieser Widerspruch hat die Popper-Ära zum Glück beendet.

Andreas Oswald

Cleverer Werbetrick?

War Popper-Treff in Neukölln eine gezielte Provokation?

Noch als sich Punker und Popper am vergangenen Freitagabend mit der Polizei in der Neuköllner Hasenheide eine Straßenschlacht lieferten, kamen Gerüchte auf, daß ganze sei von cleveren Werbemanagern inszeniert worden. Die Veranstalter, des Popper-Treffs munkelte man, wollten die Punker provozieren, um Aufsehen in der Presse werbewirksam zu benutzen. Der ABEND sprach mit den Veranstaltern:

Der „Abend" zum Popper-Treffen in Berlin

Die Krawallanten kommen!

Seit Monaten ist in den Zeitungen über die Krawallanten aus Zürich zu lesen. Jetzt kommen fünf von ihnen selber in die BRD und erzählen, wie es war und wie es ist.

4.11. München: Selbstverwaltetes Jugendzentrum, Neu-Perlach
5.11. Nürnberg: Kommunikationszentrum, Königstr. 93
7.11. Westberlin: Technische Universität, Hörsaal 104
8.11. Braunschweig: Kommunikationszentrum Bambule, Helmstedter Str.167
10.11. Kassel: Aula der Ingenierschule
11.11. Hannover: Glocksee oder UJZ Kornstraße
12.11. Hamburg: wahrscheinlich im Audimax – in Hamburg werden zusätzlich Kraker vom Grote Keijser in Amsterdam und Instandbesetzer aus Westberlin dabei sein. Anfang: 18.30 Uhr
13.11. Bremen: Konsul-Hachfeld-Haus, Birkenstraße
14.11. Münster: Pavillon des FHS-AStA, Vogel von Falckensteinstr. 4
15.11. Köln: „Spielplatz"
16.11. Duisburg: Eschhaus, Niederstraße
17.11. Frankfurt: „Pupille"
18.11. eventuell Hanau: Ort noch unbestimmt
19.11. Karlsruhe: Jobberzentrum
20.11. Leonberg: Jugendhaus, Neue Ranfelderstr. 58
21.11. (oder 22.11.) Freiburg: Ort noch unbestimmt

Die Veranstaltungen beginnen – wenn nicht anders angegeben – jeweils um 19 oder 20 Uhr

Düsseldorf: Jagd auf Punks

In der Altstadt (Kneipen- und Vergnügungsviertel) ist die Ratinger Straße mit den Kneipen „Einhorn“, „Uel“, „Ratinger Hof“ der traditionelle Treffpunkt sowohl der linken/alternativen Szene als auch der Punks.

Das gefällt der Bullizei und einigen Reaktionären nicht. Deshalb machen sie Ärger. Es begann am 30. April damit, daß die ansonsten eher brav zu nennenden Punks aus Jux einige Autos auf die Fahrbahn trugen. Daraufhin erschien jede Menge Bullizei, die mit Knüppeln und Hunden vorgingen. 18 Leute wurden verhaftet; gegen sie laufen Verfahren wegen Landfriedensbruch und Gefangenenbefreiung.

– An einem Samstagabend Anfang September rottete sich wieder eine Horde Ordnungshüter in der Ratinger Straße zusammen. Da sie aber offenbar keinen Anlaß für einen Einsatz finden konnten, verschwanden sie nach einer Weile. Kurz danach – ca. 22.30 Uhr – schlossen das „Einhorn“, die „Uel“ und der „Ratinger Hof“. Es wird vermutet, daß die Bullizei „empfohlen“ hatte, an diesem Abend so früh zu schließen.

– Vor einigen Wochen wurden Punks, die vor dem „Ratinger Hof“ standen, aus einem vorbeifahrenden Mercedes mit Farbbeuteln beworfen.

– Am 17.10. tauchte im „Einhorn“ ein uniformierter und hakenkreuztragender Nazi auf. Er wurde aber sofort wieder vor die Tür gesetzt.

– Am 10.10. wurde – wieder aus einem vorbeifahrenden Auto – eine Rauchbombe auf den Bürgersteig vor der „Uel“ geworfen.

Es scheint, als sollten Reaktionen der Punks und anderer Besucher der oben genannten Kneipen provoziert werden, die es der Bullizei ermöglichen könnten, in der Ratinger Straße für „Ruhe und Ordnung“ zu sorgen.

Detlef/Düsseldorf

»Es kommt was in Gang in Delmenhorst«

Das geben selbst die älteren Delmenhorster Politfreaks vorsichtig zu. „Mit der ‚Friedhofsruhe' ist's jetzt aus“, kommentieren überschwenglich die Jüngeren. Der Anlaß: Bis zu 100 Jugendliche demonstrierten wild bemalt durch die Innenstadt oder stören mit Konfetti und Musik die feierliche Einweihung des neuen Delmenhorster „Kulturpalstes“. Was also ist los?

Delmenhorst – 70.000 Seelen stark, ist doch in vieler Hinsicht ein Dorf. Für Fabriken, Schulen, Kaufhäuser ist zwar halbwegs gesorgt, aber wer auch ein bißchen was Schönes will, was Kulturelles, eine anständige Fete oder sonstige Veranstaltungen, der muß schon nach Bremen fahren. Das tun die Leute dann auch scharenweise, nur die meisten Jugendlichen nicht. Denen fehlt dazu das Geld. Drum bleiben sie da und drängeln sich in den wenigen erträglichen Kneipen oder der „Wahnsinns-Disco“. Doch diese Friedhofsruhe scheint (wie gesagt) erstmal gebrochen.

Ende 79 hatte „Rock gegen Rechts“ eine kleine Bresche in die tote Delmenhorster Kulturlandschaft geschlagen. Prompt waren 1000 Leute zur ersten Veranstaltung erschienen. Aber nach dem zweiten Mal wurde es den Stadträten schon zuviel. Der städtische Saal wurde unter allerlei fadenscheinigen Vorwänden gesperrt. Eine Alternative existierte nicht – „RgR“ war bedroht.

Doch die Obrigkeit hatte sich verschätzt zu glauben, das Rad der Entwicklung ließe sich einfach so zurückdrehen. Die Empörung war groß und eine erneute Beantragung der Säle trug über 600 Unterschriften. Gut 100 Leute stark war eine erste Demo durch die Delmenhorster Innenstadt. Und als sich dann in den städtischen Amtsstuben und Ratsgremien immer noch nichts rührte, zog „Rock gegen Rechts“ vors Verwaltungsgericht. Das brachte den ersten Durchbruch: Wenigstens eine weitere Veranstaltung für den 1. November 1980 wurde genehmigt.

Jetzt zeigte sich auch der städtische Verwaltungsausschuß zum ersten Mal beeindruckt. Er verzichtete auf eine Berufung. Beeindruckt wohl auch durch Proteste der Jusos, der Falken, der Grünen und nicht zuletzt durch den öffentlichen Streit, der um die 3,4 Millionen Mark teure Renovierung des städtischen Konzertsaales entstanden war. Da hatte die Initiative „Rock gegen Rechts“ nämlich hintergehakt, daß für einen Palastbau nach dem anderen die Millionen in Delmenhorst rausgeworfen werden und für die Jugendarbeit usw. das Geld fehlt.

Der Tag der Einweihung per feierlichem Eröffnungskonzert kam. Der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst himself war angerückt, die weihenden Worte zu sprechen. Da versammelten sich eine halbe Stunde vor Beginn rund 60 Jugendliche vor dem neugestalteten Palast. Wüst bemalt verbreitete man lautstark Disharmonien in Moll, trat an, die Prominenz aus der Provinz mit Fackeln und Transparenten („Friede den Hütten, Krieg den Palästen!“) sowie deutlich abgefaßten Flugblättern zu empfangen, nicht ohne mit gut gezieltem Konfettiregen der feierlichen Situation gerecht zu werden. Einfallsreich, wie die CDU nun mal ist, zog der Oberbürgermeister in seiner Eröffnungsrede sogleich die unvermeidliche Parallele zum „Terrorismus“, während die 60 „üblen Störer“ mit den Hunden und Hieben der örtlichen Polizei Bekanntschaft machen durften.

Allein letzteres war Grund genug, vier Tage drauf gleich nochmal auf die Straße zu ziehen. Wieder erschreckten brüllende oder wildbemalte Demonstranten die braven Bürger nach Feierabend. Von der Demo gings gleich weiter, zogen 50 Leute zu einer „Bürgerversammlung“ der Jusos und der Falken, auf der die SPD–Jugend mitansehen mußte, wie ihre Fürsten aus Stadtrat und Landtag nichts Plausibles auf die Angriffe in Sachen Jugendpolitik zu antworten wußten. In die Ecke gedrängt und an der eigenen Rolle zweifelnd, fügten die Jusos sich dann dem Beschluß der „Bürgerversammlung“ zur nächsten Stadtratssitzung am 6. November eine anständige und breit getragene Demo für die Öffnung städtischer Säle, mehr Geld für die Jugendarbeit, Unterstützung für „RgR“ usw. auf die Beine zu stellen. Was daraus werden wird? Wir werden sehen – die Stimmung ist gut in Delmenhorst.

Ein Genosse aus Delmenhorst

Schule verändern!

Das war das Motto des hessischen Schülerkongresses, der am 18.10 diesmal in Gießen stattfand. Als die ca. tausend anwesenden Schüler sich alle im Auditorium der Uni versammelt hatten, ging es gegen 11 Uhr mit einer Begrüßungsrede der vertretenden Landesschulsprecher (SDAJ): *„man erfreue sich der zahlreich versammelten Kollegen ...“* los. Interessanter wurde es, als die Schulsprecher von zur Zeit streikenden Schulen berichteten. So zum Beispiel der Sprecher der Frankfurter Gutenbergschule (Berufsschule), wo in der letzten Woche täglich zwei Stunden Unterricht zugunsten von Arbeitsgruppen, die die Misere an den Berufsschulen genau untersuchen, boykottiert und am Mittwoch den ganzen Tag gestreikt wurde. Ebenso wurde von der Schülerdemo in Frankfurt und den Aktionen an der Gymnasialen Oberstufe Bockenheim Süd (Besetzung der alten Liebigschule, siehe AK 187) berichtet. Danach wurden die angebotenen Arbeitsgruppen zu: Gesamtschule; Berufsschule; Gymnasiale Oberstufe; Zustände an den Haupt- und Realschulen begannen. Erfreulicherweise gab es aber auch Arbeitsgruppen zu den Themen: Frauen; Antifaschismus; Anti-Atomkraftwerke und Berufsverbote.

„Spontan“ sollte nach dem Kongreß ein Fackelzug durch Gießen gemacht werden, bei dem die SPD-Schulpolitik zu Grabe getragen werden sollte.

Nach der Diskussion in den Arbeitsgruppen wurden die Ergebnisse auf einem Plenum vorgetragen. Hierfür blieb jedoch nur wenig Zeit. Ein Vertreter der GEW hielt einen langen Redebeitrag zu den von der GEW geplanten Protestaktionen gegen die Rotstiftpolitik der Schulbürokratie (bis 1985 will Kultusminister Krollmann 3.800 Planstellen streichen). So soll an allen Frankfurter Schulen zu Anfang des Schuljahres 1981 ein aktiver Unterrichtsboykott stattfinden. Ebenso plant die hessische Gewerkschaftsjugend am 1. November Protestaktionen gegen die miese Situation an den Berufsschulen. Unterbrochen wurde die Berichterstattung immer wieder durch langweilige Grußadressen nach großkotziger Schulterklopfmentalität, besonders die SDAJ ließ sich da nicht zweimal bitten.

Als Forderungen des Kongresses wurden jedoch festgehalten:

- Integrierte Gesamtschule in ganz Hessen;
- kein Blockunterricht an den Berufsschulen und zweimal 6 Stunden Unterricht an zwei arbeitsfreien Tagen;
- Unterricht der Spaß macht.

sammelten Kollegen ...“ los. Interessanter wurde es. als die Schulspre- Hessen; – kein Blockunterricht an den Be- schätzt zu glauben, das Rad der Ent- an, die Prominenz aus der Provinz Ein Genosse aus Delmenhorst

Der Gießener Schülerkongreß ruft auf zu gemeinsamen Aktionen der Eltern, Schüler und Lehrer zu Beginn des Schuljahres '81 und ruft zu einer Großdemonstration am 7. Februar in Bonn auf. Die Protokollle der AG's sollen an alle Schulen verschickt werden, und zum Schluß folgte der Aufruf, bald den nächsten Schülerkongreß zu machen. Nachdem wir uns jetzt alle auf eine fetzige Fackelzug-Demo freuten, denn es ist ja ein freudiges Ereignis, Krollmann zu Grabe zu tragen, und für Schüler wahrlich kein Grund zum Trauern, war die Demo vom Vorstand jedoch als Trauerzug konzipiert. Als wir durch fetzige Parolen das ganze doch noch zum Freudenmarsch machen wollten, wurden wir von den Ordnern immer wieder zu „Disziplin und Ordnung“ aufgefordert. Außerdem ging der Zug noch durch eine gottverlassene Villengegend, wo uns eh niemand sah.

Krönung des Ganzen war dann, als die Bullen am Schluß über Funk erzählten: *„Wir bedanken uns bei Ihnen für ihr ruhiges und gesittetes Verhalten.“* (Im Gegensatz zu dem sonstigen Bullenaufgebot fehlten hier Wasserwerfer und Kommandowagen, lediglich zwei Streifen begleiteten uns.) Fragt sich nur, ob die Gestaltung der Demo von den Veranstaltern nicht mit der Bullenleitung abgesprochen war, denn auch die SDAJ wettert ja immer gegen die „Krawallmacher“ und „Chaoten“!

Schüler/innen im KB Frankfurt

Die erste Frankfurter Schülerinnenzeitung ist da!

‚Virginia', die 1. Frankfurter Schülerinnenzeitung, ist das Ergebnis von 6 Wochen schreiben, diskutieren, tippen, lay-outen und allen Sorgen und Freuden einer neuen Redaktion. ‚Virginia - jung-FRAU' ist eine Zeitung von Mädchen für Mädchen. Oder eine Zeitung von Frauen für Frauen? Die einen von uns bezeichnen sich als Mädchen, die anderen als Frauen, doch wo wir uns einig sind: wir sind jung!

Für Männer gibt es den Begriff ‚Jungmann' nicht, entweder Junge oder Mann. Wir aber sind nach herkömmlicher Definition entweder Mädchen und somit Jungfrauen (wenn's auch meistens nicht mehr so ist) oder Frauen, und dann sind wir verheiratet oder haben unsere ‚Unschuld' verloren. Sollten wir unser Leben lang keusch bleiben, werden wir wohl noch mit 70 als Jungfrauen bezeichnet (welche Schmeichelei ...). Für uns hat die Bezeichnung eine andere Bedeutung gewonnen. 1. sind wir jung und 2. sind wir Frauen, die ihren eigenen Kopf gebrauchen und die für ihre Wünsche, Ideen und Ideale kämpfen.

In Frankfurt gibt es seit 5 Jahren Schülerinnengruppen und seit ca. einem Jahr werden wir mit Hilfe von Flugblättern, Aktionen, Diskussionen mehr und mehr ....

‚Virginia' soll für alle Schülerinnen und Schülerinnengruppen ein Forum werden, in dem wir selbst den Inhalt bestimmen.

Sie soll eine Zeitung sein, die andere Schülerinnen motiviert, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen und sich nicht durch Blättchen wie ‚Mädchen' zukleistern zu lassen, um für Ehe, Familie und Haushalt getrimmt zu sein.





In der 1. Nummer sind Artikel über Schule (Geschichtsunterricht, Sport, Notengebung, Streik an einem Gymnasium, Mädchenschule in den USA).

In unserem abgeschlossenem Roman wird ein Knabe „zum Manne“ gemacht, es gibt Gedichte und einen längeren Artikel über Vergewaltigung.

Die nächsten zwei Nummern sind schon mit Artikelvorschlägen voll und wir planen zwei Extra-Nummern: eine über „Ausziehen“ und eine über Gynäkologie.

Gerade angesichts unserer sprudelnden Aktivität war es für uns besonders toll, daß wir in 5 Tagen 300 Zeitungen verkauft haben und einige Abnehmerinnen in anderen Städten gefunden haben.

JEDE SCHÜLERINNENZEITUNG MEHR MACHT DEN FRAUEN–FEINDEN DAS LEBEN SCHWER

Die Zeitung könnt ihr über
Christiane Marloth
Seehofstraße 15
6000 Frankfurt/M. 70
beziehen.

Eine Frankfurter Genossin

Drogen-Hearing in Hamburg: Die Mauschelpolitik wird offenkundig

Daß die politisch Verantwortlichen hierzulande weder bereit noch in der Lage sind, das Drogenproblem ernsthaft und in Zusammenarbeit mit den freien Trägern in diesem Bereich zu behandeln, hat leider wieder einmal das am 14.10. in Hamburg stattgefundene Anhörungsverfahren der Bürgerschaftsausschüsse zu diesem Problem gezeigt.

Die allseits geliebte Gesundheitssenatorin und 2. Bürgermeisterin Elstner erklärte z.B., daß bis jetzt keine Gespräche mit Vertretern der Krankenkassen und Rentenversicherungsträgern über eine Veränderung der bisher in Hamburg üblichen Sozialtherapie stattgefunden haben. Netterweise plauderte jedoch kurze Zeit später ein Vertreter der Landesversicherungsanstalt (LVA) zur allgemeinen Erheiterung der anwesenden Praktiker - aus der Schule und berichtete, daß die von der Senatorin verleugneten Gespräche bereits stattgefunden haben. Peinlich, peinlich...

Diese Veränderung, die in anderen Bundesländern schon Praxis ist, bedeutet für die Drogenabhängigen, daß sie keine Wahlfreiheit der therapeutischen Einrichtung mehr haben und daß sie nur noch eine Kostenzusage bekommen, wenn die Arbeitsfähigkeit wieder hergestellt werden kann. Zu diesem Zweck müssen sie dann sogar einen Sozialbericht ausfüllen, worin sie Auskunft über ihren Drogenkonsum geben müssen - der ja immerhin eine strafbare Handlung ist!

Für die politisch unbequemen freien Träger bedeutet diese Veränderung, daß sie quasi auf kaltem Wege gezwungen werden sollen, ihr Konzept zu ändern. Diese Veränderung, die die Abschaffung der bisher gleichberechtigten Teamarbeit und die Einführung einer medizinisch orientierten Behandlung unter ärztlicher Leitung bedeutet, liquidiert die bisher von allen Seiten für notwendig gehaltene Sozialtherapie Drogenabhängiger. Nutznießer ist allein die Sozialbehörde, die wieder einmal versteht, lästige Kosten abzuschieben.

Durch ihre gemeinsame Vorbereitung und ein einheitliches Auftreten haben die freien Träger in der Bürgerschaft aber auch deutlich gemacht, daß sie nicht bereit sind, sich kampflos dieser Entwicklung zu fügen. In einem gemeinsamen Papier haben sie auf die vielfältigen Probleme im Hamburger Raum hingewiesen, wie z.B. lange Wartezeiten für Therapiewillige, keine ausreichende medizinische Hilfe in akuten Fällen, Probleme bei Schulabschlüssen, von Wohnungs- und Lehrstellensuche ganz zu schweigen. Finanzielle Engpässe sind an der Tagesordnung, die Initiativen arbeiten alle Auge in Auge mit dem Bankrott.

Zu einem Eklat kam es, als ein Angestellter der Arbeits- und Sozialbehörde die Forderung der Drogenarbeiter in Hamburg vortrug, daß Hamburg aus dem Vertrag für den Drogenknast in Brauel aussteigen soll. Auf Initiative der Senatorin Elstner wurde ihm mitten im Satz das Wort entzogen. Durch die gemeinsame Vorbereitung war jedoch glücklicherweise gewährleistet, daß ein anderer Drogenarbeiter diesen wichtigen Beitrag fortsetzen und ihn aus aktuellem Anlaß mit einem Seitenhieb auf die von der Bürgerschaft gepflegte Praxis im Vorfeld der Berufsverbote verbinden konnte. Daß sich die gemeinsame Vorbereitung und die Teilnahme an dieser Veranstaltung gelohnt hat, davon zeugt u.a. die für die Praktiker positive Berichterstattung der örtlichen Medien in den folgenden Tagen.

Drogenkommission

130 Sozialpädagogen werden entlassen

Keine Hilfe mehr für arbeitslose Jugendliche

In einem „Schnellbrief“ an alle bestehenden Beratungsstellen für arbeitslose Jugendliche in NRW hat der Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit, Prof. Farthmann, per Erlaß die Schließung desselben bekanntgegeben. Betroffen sind neben den Jugendlichen 130 dort angestellte Sozialpädagogen.

Vor vier Jahren, 1976, als die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen steil anstieg, wurde von der nordrhein-westfälischen Landesregierung der Modellversuch mit den Beratungsstellen begonnen. Die Aufgabe der dort beschäftigten Sozialpädagogen lag vor allem darin, den Jugendlichen bei ihrem Gang durch die Institutionen, bei Bewerbungen, beim Streit mit dem Arbeitsamt usw. zur Seite zu stehen. Aber in diesen Beratungsstellen entwickelte sich mehr als der Landesregierung lieb war. Neben der konkreten Hilfe wurden Diskussionen über die Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit initiiert und gemeinsame Aktionen wurden organisiert.

Diesem „Treiben“ soll mit der angeordneten Schließung offenkundig ein Ende bereitet werden. Farthmann teilte den Trägern der Beratungsstellen mit, daß die finanziellen Mittel in Höhe von mehreren Millionen Mark nur noch bis zum 30. April 1981 gewährt würden. Er forderte weiter, *„zur Fristbewahrung eine ordentliche Kündigung auszusprechen.“* Konkrete Gründe für die Schließung werden nicht angeführt. Mit dieser Maßnahme macht die nordrhein-westfälische Landesregierung den Anfang einer nach den Bundestagswahlen beschlossenen neuen „Sparpolitik“ in den Bereichen, die die arbeitende und jugendliche Bevölkerung am Härtesten treffen: in der Sozialpolitik, im Bildungsbereich usw. Gleichzeitig ist ihr dies offensichtlich ein willkommener Anlaß, die meist linksgerichteten Sozialpädagogen los zu werden. Das alles geschieht wieder einmal auf dem Rücken von Jugendlichen, die eh schon zu dem benachteiligsten Bevölkerungsschichten gehören.

Wer mehr über die Probleme jugendlicher Arbeitsloser und über die Arbeit der Beratungsstellen und über Aktivitäten gegen die Jugendarbeitslosigkeit wissen will, dem sei das Buch „Denk ja nicht, Du bist selber schuld“ empfohlen. Wenn nicht im Buchhandel so ist es über folgende Adresse zu erhalten:
Klaus Farin & Jürgen Zwingmann Verlag
Postfach 185
4660 Gelsenkirchen-Buer

»Brecht das Packeis«

Zürich, den 3o.1o.

Lieber K.,
ich bin gerade dabei, meine Eindrükke und Informationen, die ich in den letzten Tagen hier in Zürich empfunden und bekommen habe, ein bißchen zu ordnen. Vielleicht fange ich mit dem Aktuellsten an: Gestern, also Mittwoch, hatte die „Bwegig" (=Züricher Jugendbewegung) wieder eine Vollversammlung, auf der die „Bewegler" die schwierige Situation diskutierten. In Sachen Jugendzentrum gibt es zur Zeit zwischen den beteiligten Kräften eine gewisse Patt-Situation, wobei die Zeit gegen die Bewegung ist. Einerseits hat sie eine Kraft entwickelt, die den Etablierten Angst macht und auch zu Zugeständnissen geführt hat. So hat eine „Interessengemeinschaft Rote Fabrik" (IGRF), ein Zusammenschluß vorwiegend kulturell orientierter Organisationen in Zürich, der der Jugendbewegung nahesteht, nach drei langen Jahren erfolglosen Verhandelns mit dem Stadtrat ganz plötzlich eine Teilnutzungsgenehmigung für die Rote Fabrik bekommen. Dieses riesige Fabrikareal am Zürich-See, mit seinen markanten roten Backsteinhäusern ist wirklich ideal für ein Kommunikationszentrum und wird deshalb auch von der „Bewegung" als autonomes Jugendzentrum gewünscht. Die IGRF hat, soweit es in ihren Kräften steht, der „Bewegung" bisher Räumlichkeiten überlassen, so auch die große Fabrik-Aktionshalle, in der gestern abend 4oo Teilnehmer auf dem Fußboden sitzend die VV durchführten.

Am vergangenen Sonntag erst ist das Kulturzentrumsteil Rote Fabrik - die eigentlich abgerissen werden sollte (und teilweise noch soll) - durch ein rauschendes Fest mit Rock, New Wave und Aktionstheater würdig eingeweiht worden. Während die Kultur-Liberalen schon am Nachmittag mit ihrem Fest begannen, zog die Bewegung unter dem Transparent: „Einzug der Kulturleichen in die Rote Fabrik" erst am Abend im Demonstrationszug mit 1.ooo Teilnehmern ein, was sich sofort auswirkte: Erstens wurde es nun wirklich knüppeldicke voll (4ooo Leute), zweitens wurde es billiger. „Bewegler" übernahmen den Ausschank, das Bier kostete ab sofort statt 2 Franken noch 1.5o und „chili con carne", voher 6 Franken, gab es nun zum Schlagerpreis von 3 „Stütz".

Die Große Aktionshalle, die für die Jugendbewegung so wichtig ist, weil ihr praktisch alle anderen Räume der Stadt verschlossen sind, steht allerdings nur bis Mitte November zur Verfügung. Danach ist sie bereits dem Opernhaus (ausgerechnet!) versprochen, das dort ein Weihnachtsmärchen einstudieren will. Über die Vorgeschichte der Züricher Revolte und die Rolle des Opernhauses als Hätschelkind der Züricher Goldküstenbourgeoisie haben wir ja schon ausführlich im AK 183 informiert. Auf der VV ging es nun darum, wie die „Bewegung" sich diese Möglichkeit erhält, denn ohne Versammlungsraum droht ihr gerade im Winter, wenn die Straße als Treffpunkt nicht mehr zur Verfügung steht, eine ziemliche Beeinträchtigung ihrer Kampfkraft, die sie eben auch aus ihren kollektiven Entscheidungen auf ihren Treffen und Versammlungen bezieht. In diesem Sinne plädierten die meisten Redner für eine Besetzung der Halle, wobei allerdings kritisch hinterfragt wurde, ob angesichts des zahlenmäßigen Abflauens des Engagements in den letzten Wochen wirklich eine wirkungsvolle weil massenhafte Besetzung möglich ist. Eine abschließende Entscheidung wurde noch nicht gefällt.

Der Ablauf der VV hat mich übrigens beeindruckt. Sie funktionierte ohne Diskussionsleitung, Tagesordnung und Rednerliste. Wer sprechen wollte, ging ans Mikrofon, Abstimmungen wurden nach Möglichkeit vermieden. Natürlich ging nicht alles so straff, dafür war es recht spontan und unbürokratisch; es war beileibe nicht so, daß die Versammlung in einem Chaos geendet hätte. Es war eher etwas „schlaff", was mit einer gewissen Ratlosigkeit zusammenhängt über die Frage des wirkungsvollen Weiterkämpfens.

Aber nun wieder zur „großen Politik", zur anderen Seite des Patts. Wie Dir bekannt ist, wurde das „Autonome Jugendzentrum" (AJZ) in der Limmatstraße, das sich die „Bewegung" in harten Auseinandersetzungen erkämpft hatte, nach nur 1o Betriebswochen Anfang September unter fadenscheinigen Vorwänden wieder geschlossen. Die Polizei fand damals 23o Gramm Hasch (nicht einmal ein Gramm harte Drogen, womit eigentlich alle gerechnet hatten), ein geklautes Motorrad und einige andere Kleinigkeiten. Wer nicht ganz klassenblind war, mußte zugeben, daß die Jugendlichen an der Limmatstrasse eine enorme Aufbauarbeit geleistet hatten, Renovierungsarbeiten, Drogengruppe für Gefährdete, eine „Kurvengruppe" für jugendliche Ausreißer etc. – alles autonom, versteht sich. Die Sozialdemokraten Zürichs, um nur ein Beispiel zu nennen, haben die Arbeit der Jugendlichen ausdrücklich positiv herausgestellt. Die Schliessung des AJZ war eindeutig ein politischer Akt, um der Jugend ein Zentrum des Widerstandes zu nehmen, des Widerstandes gegen eine Gesellschaft des Geldes und der Betonfassaden. Ein Ort, „wo die Menschen anders miteinander umgehen als sonst, offen für alternative Ausdrucks- und Lebensformen sind, den Ausbruch aus der unmenschlichen Konkurrenzgesellschaft wagen", wie es Urs ausdrückte, den ich zusammen mit Franca, Ruedi und Moni bei einem Vorbereitungstermin einer Veranstaltungsreise durch die BRD traf. „Brecht das Packeis" ist der Schlachtruf einer Bewegung, der deswegen beispielhaft ist, weil er ausdrückt, daß es der „Bewegung" nicht einfach um einen kurzfristig/mittelfristig/langfristig angelegten Forderungskatalog geht, sondern auch um die radikale Veränderung von Denkweisen, auch um eine andere Sprache, um Einschätzung von Sinn und Unsinn, um eine neue Bedeutung der Phantasie. Ihr Buchladen heißt nicht zufällig „Paranoia-City" als Ausdruck einer wirklich radikalen Opposition, die sich nicht mehr auf Spielregeln einläßt, die andere für Untertanen aufgestellt haben.

Die derzeitigen Schwierigkeiten der „Bewegung" rühren auch aus der Kriminalisierungsstrategie her, die „reinhaut": „Bisher sind ungefähr 1ooo Personen festgenommen worden, etwa 2oo müssen derzeit mit einem Verfahren wegen Landfriedensbruch rechnen", schätzt Moni. Keiner kennt die genaue Zahl, es kann sogar sein, daß Personen verhaftet sind, ohne daß man davon weiß. Allein bei der Demonstration am 6.Oktober umzingelte die Polizei viele Demonstranten und nahm 6oo Teilnehmer zu erkennungsdienstlichen Zwecken „herein", wie man hier sagt. Aber politische Drahtzieher und Rädelsführer, von denen die bürgerliche Presse anfangs faselte, konnten noch nicht präsentiert werden. Diese Bewegung kommt bislang ohne Helden aus – es sei denn unfreiwillige Helden. So gab es eine große Solidaritätsbewegung mit „Flouflou", einem 19jährigen Züricher Lehrling, der seit dem 14.Oktober bis gestern unter Isolationsbedingungen in U-Haft gehalten wurde, weil er den Polizeispitzel Anton Hartmann in den Limmat (Fluß durch Zürich) geworfen haben soll. Der Tatvorwurf lautet auf nichts weniger als „versuchte Tötung", Entlastungszeugen wurden übrigens bisher nicht gehört, und Fotos, die „Flouflou" entlasten könnten, wurden erst einmal von der Kriminalpolizei beschlagnahmt, wie ein Fotoreporter der VV mitteilte. Es ist verständlich, daß unter diesen massiven Vorstößen der Staatsmacht Einschüchterung sich breitmacht.

Andererseits blieb der Bezirksanwalt Rene Ramer, Angehöriger der Krawallgruppe der Bezirksanwaltschaft (welch schöne Bezeichnung)

Krawallgruppe der Bezirksanwaltschaft (welch schöne Bezeichnung)

unbehelligt. Er hatte bei der Demo am 6.September sein eidgenössisches Ordnungsherz schlagen hören, ging privat(!) mit seinem Revolver auf die Straße, sah den Rechtsstaat in Gefahr und zielte auf einen Demonstranten. Die Kugel streifte dessen Wange und zerfetzte sein Ohrläppchen. Endlich, nachdem - Vertuschungsversuche gescheitert waren (plötzlich waren nämlich Protokolle abhanden gekommen), wurde am 2. Oktober ein Verfahren gegen ihn eröffnet, das aber 18 Tage später mit Freispruch endete. Einziger vernommener Zeuge in diesem Verfahren: Bezirksanwalt Rene Ramer.



Schmier besetzt das AJZ (Autonomes Jugendzentrum) nach der Schließung, 4.9.80

In der Schweiz fehlt es nicht an Aufrufen zur Bildung von Bürgerwehren. Vornehmlich in den sehr weit verbreiteten, kostenlosen Werbeblättchen, aber auch in der „Neuen Züricher Zeitung" inserieren dubiose „Aktionskomitees für Sicherheit, Ruhe und Ordnung", hinter denen, ungenannt, einschlägig bekannte Kommunistenjäger die Fäden ziehen. So erschien Mitte September ein Aufruf im „Baslerstab", eine Bürgerwehr aufzubauen, zu der sich „gesunde, mindestens 2ojährige Schweizer mit gutem Leumund" melden sollten. Bei genügend Anmeldungen „werde mit der Ausbildung begonnen". Die Situation sei nämlich beängstigend „wie kurz vor dem Niedergang des alten Rom".

Und es fehlt auch nicht an Druck auf die Massenmedien. Sei es die Kündigung eines großen Anzeigenauftrages des „Globus"-Warenhauses beim „Tagesanzeiger" wegen dessen Berichterstattung, sei es der Rauswurf des Chefredakteurs der „Luzerner Nachrichten", sei es die Nachrichtensperre, die der Gesundheitspräsident den staatlichen Gesundheitseinrichtungen in Sachen „Krawallopfer" verordnet hat. Oder der Fall der „Telefonzüitig" in Zürich (Telefonzeitung – Informationsstelle, die man über das Telefon erreichen kann), die Anfang Oktober von der Kantonspolizei durchsucht und der die Telefonleitung gekappt wurde. Die „TZ" hatte in Weitergabe eines Entschlusses der Jugendbewegung darüber informiert, daß für den nächsten Donnerstag „in der Bahnhofsstraße gemüllert" werden sollte (auch so ein neues Wort der „Bewegung"). Die Staatsorgane sahen darin einen Aufruf zur Plünderung, das hält die „TZ" aber in einer Presseerklärung für eine böswillige Unterstellung „gegenüber der Jugendbewegung, die unter ‚müllern' versteht, sich als Spießbürger auszugeben, um deren Ansichten, Meinungen und Vorurteile überspitzt wiederzugeben."



Brennende Barrikade beim Hauptbahnhof

Die Liste der Repressionen ließe sich beliebig verlängern, teilweise geht es echt ins Komische (wenn's nicht so traurig wäre!). So kündigte der Inhaber einer Modehaus-Kette einem Filialleiter, der in einem Leserbrief im „Tagesanzeiger" das wüste Vorgehen der Polizei kritisierte, mit folgenden Worten: „ImLaufe der vergangenen Jahre hatten wir wiederholt Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf die Führung eines Spengler-Modehauses. (...) Ihr Brief vom 13.9.1980 (...) zeigt mit aller Deutlichkeit, daß es hoffnungslos ist, mit ihnen eine Partnerschaft zu pflegen, die in unserem Unternehmen erste Voraussetzung ist. (...) Wir haben daher beschlossen, mit sofortiger Wirkung auf ihre Dienste zu verzichten. Wir bedauern diese Entwicklung umso mehr, da sie neben ihren unzähligen Entgleisungen einige positive Charaktereigenschaften aufzuweisen haben."

ben ihren unzähligen Entgleisungen einige positive Charaktereigenschaften aufzuweisen haben."

Dennoch gibt es im bürgerlichen Lager auch „besonnenere" Stimmen. Denn immerhin steht tatsächlich für Zürich der gute Ruf als Bankplatz oder, richtiger gesagt, „Zürich als Keller und Tresor für die Milliarden-Beute der Verbrechen in der Dritten Welt" auf dem Spiel. Der Stadtrat hat sich bereit erklärt, bei Erfüllung einiger erpresserischer Forderungen fürs erste 140.000 Franken für ein Jugendzentrum zu geben, und aus Kreisen der Wirtschaft (Großbanken?) liegen weitere 146.000 Franken bereit, wie Urs erzählt. Immerhin kommt das auf die Dauer auch billiger als eine „Schaufensternacht" in der Bahnhofstraße (Slogan der „Bewegung": „Scherben bringen Glück"), die der Glaser-Innung jeweils einen zusätzlichen Umsatz von 150.000. Franken beschert.

Die „Bewegung" drängt neben der Erhaltung der Aktionshalle in der Roten Fabrik auf die Wiedereröffnung des AJZ in der Limmatstraße. Der Stadtrat möchte aber vorher zugesichert haben, daß die neuen Träger die Haftung für A l l e s übernehmen, was im AJZ passiert. Hier wird von der „Bewegung" eine Polizeifunktion verlangt, die sie nur bei völliger Aufgabe ihres eigenen politischen Selbstverständnisses ausführen könnte. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß ein autonomes Jugendzentrum, welches eben nicht staatlich normiert gelenkt wird, auch Unterschlupf für die „Gestrandeten und Kaputtgemachten" der jetzigen Gesellschaft bedeutet, für Drogenabhängige, Ausreißer, Alkoholiker. Die „Bewegung" kann in ihrem Haus sicher nicht alles gestatten (und das Dealen von harten Drogen hat sie auch während des 10wöchigen AJZ-Betriebs bekämpft) – sie kann aber auch nicht Vollstrecker staatlicher Normen sein, die jede Andersartigkeit bestraft sehen möchten.

Verhandlungen mit dem Stadtrat über die Wiedereröffnung des AJZ sind an dieser Frage festgefahren. Auf der VV berichteten Vertreter, daß sie die Verhandlungen am Freitag für gescheitert erklären müssen. Wie aber wird es weitergehen? Es besteht praktisch ein Demoverbot. Räume gibt es für die „Bewegung" nur noch bis Mitte November, nämlich in der Roten Fabrik. Bisher gehörte ihr eindeutig die Straße, jetzt kommt der Winter. Auf der VV wurden neben dem Besetzungsvorschlag weitere Überlegungen angestellt. Der 15. November soll zum nationalen „ÄGGSCHON-TAG" werden, Aktionen in öffentlichen Verkehrsmitteln (Kauf einer Tageskarte und Anbieten von Infos und Eßbarem in Bahn und Bus!) und eine „Abfalldemo" wurden vorgeschlagen.

Vielleicht bringen einige die Geduld nicht auf und gehen in den bewaffneten Untergrund. (Komme später niemand und mache der Jugendbewegung dafür Vorwürfe!). Schon heute müssen die „Bewegler" von großen Massenaktionen auf kleinere „umschalten".

Wenn Dir das jetzt zu resignativ klingt, sollte ich es noch einmal zurechtrücken. Wirklich haben die Jugendlichen die Verhältnisse in der Schweiz bisher ganz schön zum Tanzen gebracht, wobei ihnen die aberwitzige Haltung von irgendwelchen Regierungshanseln „geholfen" hat, die meinen, den Jugendlichen nicht einmal ein eigenes Zentrum für ihre Kultur zugestehen zu dürfen. Plötzlich machen Stadt- und Gemeinderäte an vielen Orten der Schweiz schneller als früher Gelder für eine Alternativkultur locker, um „Schlimmeres" noch zu verhüten.

lich machen Stadt- und Gemeinderäte an vielen Orten der Schweiz schnel-

Und auch die „Bewegler" haben sich entwickelt, ein Gefühl für ihre Kraft bekommen. Gut fand ich das in einer Rede des Schriftstellers Otto F. Walter ausgedrückt: „Ich habe einen Traum, den heute viele haben. Ein selbstverwaltetes Jugendzentrum, ja, gut, sicher, – aber: mir ist es auf die Dauer ein ein wenig zu selbstgenügsames Ziel einer Bewegung. Träumen wir darüber hinaus. Träumen wir von einer schweizerischen Gesellschaft in Selbstverwaltung – von Selbstverwaltungen in den Quartieren, in den Betrieben, in den Parteien, in den Schulen, – überall da, wo Menschen den Traum vom besseren Zusammenleben endlich gemeinsam verwirklichen wollen".

In dieser Situation nun fahren einige „Bewegler" in die BRD. Sie werden, können und wollen nicht als politische Gurus auftreten, sie wollen von sich erzählen und von uns erfahren. Wie sieht es bei uns mit den autonomen Jugendzentren aus, mit der Wohnungssituation, mit den Kampfformen der Bewegung? Welche Erfahrungen gibt es im Selbstschutz gegenüber der Polizei? Sie werden einen zweistündigen Videofilm mitbringen über Zürich. Sie sind von niemandem delegiert, sie fahren, weil sie Lust, Zeit, Interesse und Fragen haben. Zwei Männer und drei Frauen. Auf meine Nachfrage bestätigt Franca, „in der Bewegung hat es mehr Männer, aber wenn es militant wird, hat es mehr Frauen".

Bis bald
Re, z.Zt. in Zürich

PS. : Namen sind von der Redaktion geändert



Grün-Bunt-Alternative Liste löst MSB/SHB-AStA ab

Am 23.10. wurde in Marburg ein GBAL (Grün-Bunt-Alternative-Liste)/Juso-AStA mit Hilfe von RCDS-ADU/SLH-Stimmen (SLH = Sozialliberaler Hochschulbund, ein für studentische Verhältnisse rechssozialdemokratischer Verein) gewählt. MSB und SHB sind damit zum ersten Mal seit zwölf Jahren nicht mehr im Marburger AStA vertreten.
MSB/SHB hatten sich bis zuletzt für einen ,,linken Vierer-AStA" eingesetzt. Stattdessen wurde also nun ein Minderheiten-AStA mit rechten Stimmen gewählt, dem die ADU/SLH ihre ,,Unterstützung ... zugesagt" hat und dessen Programm in verschiedenen Punkten ihre ,,volle Zustimmung gefunden" hat (,,Oberhessische Presse", 29.10.). Betreibt dieser AStA also einen ,,Kurs des Nachgebens gegenüber Rechts" (,,OP", 29.10.) wie der MSB meint? Wie kam es überhaupt zur Bildung dieses AStA?

Einbruch für MSB und SHB

Die Wahlen zum Studentenparlament (StuPa) im Sommersemester 1980 hatten folgende Sitzverteilung ergeben: Die erstmals kandidierende GBAL bekam 11 Sitze, Jusos 8, MSB 6, SHB 4, RCDS 7, ADU/SLH 4. Die GBAL hatte sich erst einige Wochen vor der Wahl aus z.T. politisch völlig unerfahrenen Leuten gebildet, eine gemeinsame politische Überzeugung war und ist allenfalls in Ansätzen vorhanden. Selbst dem Marburger ,,Sponti-Plenum" erschien die Basis für eine Kandidatur zu schmal. Aus ähnlichen Überlegungen haben wir die bestehende Chance einer Beteiligung an der GBAL nicht genutzt. Daß die GBAL dennoch stärkste Fraktion werden konnte, ist also weniger das Ergebnis vorheriger politischer Arbeit, sondern das von gegenwärtigen Stimmungen und der Unzufriedenheit mit dem MSB/SHB-AStA.

MSB/SHB hatten zusammen 433 Stimmen und fünf Sitze verloren; der seit etwa vier Jahren anhaltende konti-
Stimmen und fünf Sitze verloren; der seit etwa vier Jahren anhaltende konti-
nuierliche Prozeß des Verlustes von Wählerstimmen hatte sich fortgesetzt. In dieser Situation schlugen MSB und SHB öffentliche Verhandlungen der linken Fraktionen zur Bildung eines Vierer-AStA vor. Auch die GBAL war für öffentliche Verhandlungen. Die örtliche KB-Gruppe trat dafür ein, alle Möglichkeiten zur Bildung eines Vierer-AStA (GBAL/MSB/SHB/Jusos) in öffentlichen Verhandlungen zu diskutieren. Wir gingen dabei von der Überlegung aus, daß bei dieser Konstellation, wo im AStA und auch außerhalb an verschiedenen politischen Fragen unterschiedliche Bündnisse hätten zustande gebracht werden müssen, die besten Voraussetzungen für eine für die Linke fruchtbare Diskussion aller fortschrittlichen Strömungen bestanden hätten. Obwohl große Teile der GBAL einer Koalition nur mit den Jusos und nur wenige einer Koalition mit MSB/SHB zuneigten, und sich eigentlich niemand von ihnen für einen Vierer-AStA erwärmen konnte, war das zukünftige Verhalten der GBAL zu diesem Zeitpunkt durchaus noch offen.

Die Vorstellung, mit den Jusos zu koalieren, erlitt sogar einen Dämpfer, als diese in arroganter Manier jegliche Stellungnahme zur AStA-Bildung ablehnten und erklärten, sie würden sowieso nicht öffentlich verhandeln.

Die Koalitionsverhandlungen

Zu den ersten öffentlichen AStA-Verhandlungen in der Geschichte der Marburger Uni-Politik hatte die GBAL ihre programmatischen Vorstellungen in einem knappen Stichwort-Katalog zusammengefaßt. Der MSB kritisierte sofort die mangelnde Repräsentanz antimilitaristischer Forderungen und es entspann sich dann eine längere Diskussion an der Anti-AKW-Problematik: Während die GBAL das Eintreten gegen ,,AKWs ist Ost und West" offenbar zur Vorbedingung eines gemeinsamen AStA machen wollte, bot der MSB seine Parole ,,Gegen das Bonner Atomprogramm" als ,,Kompromiß" an. Zu diesem Zeitpunkt trat der MSB noch rotzfrech auf, als hätte er die Wahl gewonnen und als könne er damit den künftigen Kurs bestimmen.

In den folgenden drei Verhandlungsrunden zeigte sich sehr schnell, daß die GBAL nur ansatzweise Vorstellungen für eine AStA-Arbeit entwickeln konnte und der MSB/SHB die bisherige AStA-Politik durch die Aufnahme der GBAL in die Koalition vor allem um ökologische und kulturelle Aspekte erweitert wissen wollte. Die Jusos hielten sich zu dieser Zeit vornehm zurück und wurden auch von GBAL oder MSB/SHB ungeschoren gelassen.

Die Wahl des neuen AStA

Die Verhandlungen GBAL — MSB/SHB platzten vor allem daran, daß MSB/SHB die Bedingungen der GBAL für die Besetzung des AStA-Vorstandes nicht teilen wollten. Als stärkste Fraktion beanspruchte die GBAL natürlich für sich den Vorstand, während der MSB auf dieses zwölfjährige Privileg nicht verzichten wollte. So fand die erste StuPa-Sitzung Ende des Sommersemesters ohne Koalitionsabsprachen statt. **Die GBAL versuchte nun, mit Hilfe der Rechten von RCDS und ADU/SLH den StuPa-Präsidenten und den AStA-Vorsitzenden aus ihrer Mitte wählen zu lassen.** Dies wurde von MSB/SHB durch Verzögerung und schließlich Sprengung der Sitzung verhindert. Die GBAL wollte zusammen mit den Rechten — die eindeutige
verhindert. Die GBAL wollte zusammen mit den Rechten — die eindeutige
,,Gewinner" der chaotischen StuPa-Sitzung und der prinzipienlosen Anbiederung der GBAL waren — die Sitzung im kleinen Kreis fortsetzen. Die Wahl des StuPa-Präsidenten in einem solchen Alleingang mit den Rechten war ihr dann aber wohl doch nicht geheuer und die Sache wurde abgeblasen.

In den Semesterferien ging die GBAL dazu über, eine Koalition mit MSB/SHB unter Hinweis auf die Sprengung der StuPa-Sitzung prinzipiell abzulehnen. Gleichzeitig versuchte sie, ihre inhaltlichen Vorstellungen kontinuierlich weiter auszubauen. Nun wollte sie mit den Jusos einen Minderheiten-AStA bilden. Dies war von den Jusos schon vorher als die für sie einzig mögliche Koalition bezeichnet worden. MSB/SHB ihrerseits brachten über Wochen hinaus in immer neuen Variationen ihre ,,Empörung" darüber zum Ausdruck, daß die Rechten an der Marburger Uni nun salonfähig werden sollten. Die rechten Stimmen im StuPa sollten tabu sein. Daran ist natürlich richtig, daß ein mit den Stimmen der Rechten gewählter AStA kaum glaubwürdig als l i n k e Alternative gegen MSB und SHB gelten kann.

MSB/SHB selbst haben jedoch nur taktisch und nicht prinzipiell etwas gegen rechte Stimmen: Am Fachbereich Chemie arbeiten sie mit der ADU/SLH zusammen und nach der Kandidatur eines SHBlers für den Sitz als studentischer Vertreter im Studentenwerksvorstand äußerten Vertreter beider Gruppen, daß dieser das Amt hätte annehmen sollen, wenn er von den Rechten mitgewählt worden wäre (was teilweise geschah). Außerdem war seit einiger Zeit klar, daß GBAL/Jusos keine Skrupel bezüglich der Rechten hatten und eine Propaganda a l l e i n an diesem Punkt keine Änderung der festgefahrenen Situation bewirken konnte.

Kurz vor Ende der Semesterferien legte die GBAL einen erweiterten Entwurf für ein AStA-Programm als Verhandlungsgrundlage mit den Jusos vor. Diese hatten daran nur Unwesentliches auszusetzen und hätten — prinzipienlos verkommener Haufen, wie die Marburger Jusos nun einmal sind — wohl auch ein Stück Holz als Grundlage für eine Koalition mit GBAL akzeptiert. Währenddessen propagierte der MSB die Diskussion der AStA-Problematik auf einer Studentenvollversammlung (StudVV) zu Beginn des Semesters. Mittlerweile war auch Knickrehm — MSB-Obervorsitzender — in Marburg eingetroffen und schaffte den Schwenk vom Sektierertum zum Opportunismus. Er bot GBAL/Jusos eine Wahl des neuen AStA durch die MSBler an, wenn diese zwei Referenten stellen (also keine Beteiligung mehr am AStA-Vorstand) und die Außenvertretung übernehmen könnten. (Außenvertretung beinhaltet wesentlich die Stimmen im VDS, Marburg war darin bisher eine sichere Bank für den MSB). Die Außenvertretung war Knickrehm so wichtig, weil die MSB/SHB-Fraktion ansonsten in den VDS in die Minderheit gerät. Dies konnte jedoch die Haltung von GBAL/Jusos nicht mehr ändern.

Die VV beschloß dann zwar eine Resolution zum Vierer-AStA, keiner hatte sich jedoch davon eine Auswirkung auf die AStA-Bildung versprochen — auch wenn der MSB, der jahrelang ein imperatives Mandat der VV abgelehnt hatte, nun plötzlich die VV als ,,oberstes beschlußfassendes Organ der Verfaßten Studentenschaft" wiederentdeckte. Es kam so, wie es kommen mußte: Auf der ersten StuPa-Sitzung im neuen Semester blieb die GBAL bei ihrer massiven Ablehnung von MSB/SHB (,,vergaß" aber leider,
GBAL bei ihrer massiven Ablehnung von MSB/SHB (,,vergaß" aber leider,
irgendwelche inhaltlichen Argumente für diese Haltung anzuführen). Selbst die Beteiligung des MSB am StuPa-Präsidium wurde abgelehnt. MSB/SHB schlugen weiterhin allein mit dem Knüppel ,,Wahl durch die Rechten" auf die GBAL ein und ließen die Jusos weitgehend in Ruhe. Diese wiederum konnten sich darauf beschränken, die politisch zum Teil wirklich hirnrissigen Grabenkämpfe zwischen MSB/SHB und GBAL für sich auszunutzen.

Nicht unbedingt vom konkreten Ergebnis her (GBAL/Juso-AStA), wohl aber bezüglich der in weiten Teilen durch keinerlei politischen Sachverstand getrübten Auseinandersetzungen war dies ein schwarzer Tag für die Marburger Linke. Nutznießer dieser Farce waren die Jusos und die Rechten.

Chance und Gefahr für die Marburger Linke

Wir hatten aus den oben angeführten Gründen unmittelbar nach der Wahl die Bildung eines linken Vierer-AStA prinzipiell befürwortet. Auch der nun entstandene GBAL/Juso-AStA könnte eine Chance bieten, bisherige starre Konstellationen an der Uni aufzubrechen und zu einem Kristallisationspunkt der ,,undogmatischen" Linken zu werden. Dann könnten die verschiedenen Basisaktivitäten zum bestimmenden Faktor der Unipolitik werden. Andererseits besteht durch die prinzipienlose Kungelei mit den Rechten die Gefahr, daß dieser AStA die Rechte zu frecherem Auftreten ermutigt und die Linke eher zurückwirft. Dies aus folgenden Gründen:

1. Die Rechten (RCDS und ADU/SLH haben diesen AStA aus einem bestimmten Kalkül heraus gewählt. Ihr Ziel ist es seit langem, zur ,,Gemeinsamkeit der demokratischen Studentenverbände" (RCDS bis Jusos, eventuell auch Teile der Grünen) zu kommen. Größter Dorn im Auge sind ihnen dabei gegenwärtig die ,,Volksfrontasten".

   Mit der Wahl des neuen AStA ist es ihnen gelungen, MSB und SHB rauszukanten, die gegenwärtig (jedenfalls in Marburg) ihre Hauptgegner sind, da sie von ihnen den massivsten Widerstand gegen ihre Pläne der Hochschulformierung erwarten müssen, und sie hoffen, daß der GBAL/Juso-AStA, der gegenwärtig nur über geringe Mobilisierungskraft verfügt, nur ein schwacher AStA sein wird. Außerdem hoffen sie — erstmals als Mehrheitsbeschaffer in Anspruch genommen — in Teilen der Linken salonfähig zu werden.
2. Die Jusos erhoffen sich mit ihrer Absage an ,,aufgesetzte Massenkämpfe", die studentische Linke verstärkt an ,,staatstreue" Positionen und an die Sozialdemokratie heranführen zu können und dabei von seiten der GBAL mit weniger Widerstand rechnen zu müssen als von MSB/SHB-Seite.

   Die ,,Doppelstrategie" der Jusos ist offensichtlich: Bereits nach den letzten Wahlen diskutierten sie, mit Hilfe der Rechten allein den AStA zu stellen — dies Ziel verfolgen sie wohl noch immer. Auf der anderen Seite stellen sie sich selbst im Wahlkampf als die ,,einzig wahren Linken" dar und schafften kurz vor der Wahl des AStA eine verbale ,,Abgrenzung gegen Rechts" — wohlwissend, daß diese sie dennoch wählen würden.

   Auch ihr Eintreten für die Beteiligung des MSB am StuPa-Präsidium entspricht der linken Image-Pflege. So besteht gegenwärtig in Marburg die paradoxe Situation, daß die Gruppe, die am wenigsten zur Entwicklung einer vernünftigen Politik beigetragen hat, teilweise offen als Saboteur auftrat (Nichtbeteiligung am Mensaboykott, zynische Stellungnahme zu Internationalismus), von allen Seiten hofiert wird.
3. Die GBAL ist eine sehr heterogene Gruppe. Obwohl sie sich bisher von allen früheren, kurz nach der jeweiligen Wahl total abgeschlafften, ,,undogmatischen" StuPa-Listen in ihrer politischen Praxis und in ihrem Engagement positiv unterscheidet, kann sie nur bestehen, wenn sie eine eigenständige Politik entwickeln kann. Bisher sehen wir die Gefahr, daß sie sich wechselweise an andere Gruppen — ,,Marxistische Gruppe", Jusos, teilweise auch MSB/SHB — anlehnt und nur von Aktion zu Aktion springt. Die positiven Ansätze in der GBAL und im neuen AStA solidarisch zu unterstützen, ist auch Aufgabe der Marburger Linken und vor allem der über 1.300 Wähler der GBAL.
4. Der MSB hat bisher die Jusos völlig ungeschoren gelassen. Es ist zu befürchten, daß er auch weiterhin allein die GBAL massiv angreifen wird, wie es ja der Politik der Revis entspricht: Anbiedern bei den Sozialdemokraten als ,,natürliche Verbündete" und zum Teil massive Angriffe gegen die ,,undogmatische" Linke als ,,Stütze der Rechten". Sollte der MSB auf die Jusos setzen, würde er ein Gutteil Mitverantwortung tragen, wenn diese ihre Ziele (s.o.) erreichen könnten.

Aufgrund bisheriger Scheuklappenpolitik des MSB ist zu erwarten, daß er ,,freiwillig" sein Sektierertum kaum aufgeben wird, sondern hierzu allenfalls durch eine starke ,,undogmatische" Linke bewegt werden kann, die eine vernünftige eigenständige Politik vorzuweisen hat.

KB/Gruppe Marburg





Marburg: Studenten sollen verknackt werden

In Marburg sollen wieder einmal sieben Studenten vor den Strafrichter, weil sie sich der von oben verordneten Friedhofsruhe nicht ohne weiteres beugen wollten. Der neue Uni–Präsident Kröll war vor 1 1/2 Jahren kaum im Amt, als er schon massiv gegen die Wahrnehmung des politischen Mandats zu Felde zog. Fachschaftsvollversammlungen wurden verboten, weil die Auswirkungen der Strauß–Kandidatur auf die Uni behandelt werden sollten, Gesamt–VVs ließ Kröll ohnehin nicht zu, weil sie im Hochschulrahmengesetz (HRG) und im hessischen Universitätsgesetz nicht vorgesehen sind. Dem DGB lehnte Kröll seinen Antrag auf Räume für sein Kultur– und Musikprogramm am 1. Mai in der Uni ab.

Ende letzten Jahres plante dann der AStA (damals noch MSB/SHB/Juso–HSG) eine Solidaritätsveranstaltung für den mit Berufsverbot bedrohten Postbeamten und DKP–Stadtverordneten H. Bastian. Auch hierfür wurden Räume abgelehnt, weil der AStA damit das politische Mandat beanspruche.

Auf einer VV wurde daraufhin beschlossen, die Veranstaltung dennoch durchzuführen und auf einem Go–in zu Kröll diesen zur Rede zu stellen.

Es wird heiß

So zogen am 29.11.79 ca. 200 Leute zum Verwaltungsgebäude der Uni. Kröll hatte das Gebäude verriegeln und verrammeln lassen, er selbst hatte sich abgesetzt. Die Uni–Angestellten (allen voran der „persönliche Referent" des Präsidenten, Pinter) verweigerten den Zutritt. Erst als einige Leute das Gebäude verlassen wollten, konnten einige Demonstranten das Haus betreten – in der Anklageschrift wird dann daraus Haus– und Landfriedensbruch.

Eine Diskussion mit dem Vizepräsidenten brachte keine Ergebnisse und die Studenten begaben sich dann in das nebenan gelegene Hörsaalgebäude, um in einem Hörsaal das weitere Vorgehen zu besprechen – Hausfriedensbruch und Nötigung ist das nach Meinung der Marburger Justiz. Dort erschienen wiederum einige Uni–Angestellte – diesmal auch der Kanzler der Universität, Ewald, und wiederum der Pinter vom Kröll. Um dem Verfassungsschutz Arbeit abzunehmen, begannen sie, die Veranstaltungsteilnehmer zu fotographieren (Pinter: „Wo die Bilder landen, können sie sich ja denken"). Bei einer anschließenden Rangelei kam der Fotoapparat abhanden und wurde später auf der Toilette ohne Film wiedergefunden – das erfüllt den Tatbestand des versuchten Raubes und der gefährlichen Körperverletzung, meint die Staatsanwaltschaft – schließlich erhielt Ewald nach eigenen Angaben einen Nasenstüber, Pinter spürte angeblich studentische Fäuste im Bauch und im Rücken.

Nachdem die Provokateure sich aus dem Staub gemacht hatten, fand die Veranstaltung wie geplant statt.

Kröll provoziert weiter

Doch Kröll blieb nicht faul: er erteilte zwei AStA–Mitgliedern Hausverbot, verbreitete über Flugblätter und bei einem VV–Auftritt, Uni–Angestellte seien geschlagen und ein Türschloß ausgebaut worden. Zu den hierzu herausgegebenen AStA–Infos fiel Pinter nichts besseres ein, als in einem „offenen Brief" an zwei AStA–Mitglieder zu schreiben: *„Der Stil Ihrer Darstellung ist nicht neu, er ist mindestens 46 Jahre alt".*

Schließlich stellten Kröll und Pinter Strafanträge gegen sieben Studenten. Dabei ist bemerkenswert, daß einige von ihnen bei den entsprechenden „Straftaten" gar nicht anwesend waren, also auch nicht ,,erkannt" werden konnten. Fast alle der Angezeigten (Mitglieder von MSB und SHB) haben aber auf der VV gesprochen, auf der Kröll auftrat. Offensichtlich sollen einige vermeintliche „Rädelsführer" kriminalisiert werden.

Das Verfahren soll vor der Großen Strafkammer des Landgerichts stattfinden, Berufung soll es nicht geben, nur Revision für irgendwelche formalen Rechtsfehler. Es sollen offenbar Köpfe rollen. Schon vor drei Jahren war eine KSVlerin von der berüchtigten Marburger Justiz zu 9 Monaten ohne Bewährung wegen schweren Raubes verurteilt worden, weil einem „FAZ"–Journalisten in einer studentischen Versammlung sein Notiz–Block abhanden gekommen war. Damals wurde das Urteil in der Berufung in Geldstrafe umgewandelt. Heute kann ein ähnlich hoher Richterspruch nur durch breite Solidarität in und außerhalb der Uni verhindert werden. Der politische Kampf gegen die Kriminalisierung ist ebenso notwendig wie die juristische Verteidigung vor Gericht. Ein Solidaritäts–Komitee hat bereits erste Schritte unternommen, wir werden weiter berichten.

(Informationen aus einer Dokumentation des Marburger AStA)

KB—Gruppe Marburg

»Zug der Unzufriedenen«:

Chaoten fühlen sich in Freiburg pudelwohl

Am Freitag, den 17. Oktober demonstrierten mehr als 3000 Leute im „Zug der Unzufriedenen" durch die Freiburger Innenstadt. Anders als bei den Auseinandersetzungen am Dreisam-Eck wollten wir nun — da die Räumung des Sanierungsgebietes „Im Grün" schon bevorsteht und über den Schwarzwaldhof (SWH) auch demnächst im Stadtrat entschieden werden soll — von der Defensive in die Offensive kommen.

Mit dem „Zug" wurde einerseits versucht, all' diejenigen Leute anzusprechen, denen dieser Staat hier nicht paßt; auf der anderen Seite ging es um den Erhalt des „Grüns" und des Schwarzwaldhofes.

Nachdem in einer kurzen Rede am Dreisam-Eck, dem zentralen Treffpunkt, noch einmal darauf hingewiesen wurde, daß wir nicht mehr bereit sind, alle Scheiße, die uns dieser Staat aufzwingt, zu akzeptieren, zog der „Zug" in die Innenstadt, um unserer Stimmung dort Ausdruck zu verleihen.

Alle möglichen Demo-Formen wurden angewandt: Da gab es „Motto-Wagen" und Gipsköpfe in Form der verantwortlichen Stadtpolitiker, aber auch Sprühgruppen, die die Stadt verschönerten. Unüberhörbar wurde die Demo durch die permanent abgefeuerten Knallkörper und China-Böller. Parolen wie „Hände weg vom Schwarzwaldhof — sonst geht's rund" und „Die Vita soll es jetzt schon wissen, ihr Glaspalast wird abgerissen" sollten als ernste Warnung an die Stadt verstanden werden.

Unter allgemeinem Beifall wurde dann während der Abschlußkundgebung vor dem übriggebliebenen Teil des Dreisam-Ecks, das nun der Schweizer Versicherungsgesellschaft Vita gehört, das Schild „Hier entsteht ... das Zürich-Haus" flambiert, ebenso mußten Teile des Bauzauns dran glauben.

Die Bullen hielten sich zurück. Einer wurde sogar im Gesicht rot besprüht, viele verloren ihre schönen grünen Mützen. Im Anschluß an die Demo lief im Schwarzwaldhof eine Fete mit der Rockband „Rotglut", an der dann auch noch immerhin 1000 Leute teilnahmen.



Die Reaktionen

Die Reaktionen

Für den Kommentator der „Badischen Zeitung" (BZ) vom 18.10. haben sich *„Die Besetzer des Schwarzwaldhofes und die Anhänger alternativer Lebensformen ‚Im Grün' keinen guten Dienst erwiesen. Zu schäbig ist die Farbspur, die der Protestmarsch hinterlassen hat. Es gab — zugegebenermaßen nur von wenigen in die Tat umgesetzt — ein durch keine politischen Forderungen zu rechtfertigendes Bemühen, mit Sachbeschädigungen und Provokationen eine Eskalation der Gewalt herbeizuführen."* Er forderte alle „friedlichen" Demonstranten auf, sich von den „Militanten" zu distanzieren. *„Wenn es den Teilnehmern an solchen Demonstrationen nicht gelingt, diejenigen, die nur auf Gewaltanwendung aus sind, an ihrem Tun zu hindern, dann braucht sich niemand zu wundern, daß die Forderung nach alternativem Lebensraum keinen Widerhall findet."*

Seine Aufforderung wurde ernstgenommen. Am selben Tag noch distanzierte sich der AStA; am nächsten Tag folgten die Grünen und die Bunte Liste. Der AStA erklärte:

„Wir haben das Grundrecht zu demonstrieren, den Anspruch, öffentliche Meinung zu mobilisieren. Wir müssen und wollen das nützen. Steine, Knallkörper, Farbbeutel und -sprays, Brandsätze sind jedoch keine Argumente, sondern Unrecht und politische Dummheit obendrein. Gewalt auch gegen Sachen (!) bewirkt die gegenteilige öffentliche Meinung ... Die Wenigen, die sich über den Konsens der Gewaltfreiheit hinweggesetzt haben, haben unserem berechtigten Anliegen geschadet."

DiskussionenimSchwarzwaldhof

Am Donnerstag (23. Oktober) hatten wir, um auch mit denen zu reden, die sich von uns distanziert hatten, zu einem Groß-Plenum mobilisiert, zu dem dann auch ca. 200 Leute kamen. Am Anfang wurde erst einmal Kritik an der Demo-Vorbereitung geübt, die nur in einem kleinen isolierten Kreis gelaufen, also nicht öffentlich war. Dies, so kam als Ergebnis raus, muß unbedingt geändert werden. So viele Leute wie möglich müssen in die Vorbereitung unserer Aktion einbezogen werden. Kritisiert wurden auch einige Leute der sog. „No-Future"-Fraktion (ich nenne sie jetzt mal so, obwohl unter diesen Begriff nur sehr wenige fallen und die auch keine einheitliche Meinung haben), die mit ihrem Auftreten auf dem Vorbereitungs-Plenum vielen Leuten das Vertrauen in die Besetzer genommen hatten, indem sie völlig unklare Aussagen darüber machten, was auf der Demo laufen soll („Werdet ihr schon sehen", „Auf keinen Fall laufen wir weg, wenn Bullen kommen") und so den Eindruck erweckten, daß eine Straßenschlacht mit den Bullen das Ziel der Demo sein sollte.

Wie üblich kamen wir dann auch zur ‚beliebten' ‚Militanz'-Diskussion, die vor allem darum geführt wurde, wie wir militante Aktionen anwenden und was wir damit bezwecken. (Zum Verständnis: Die Diskussion lief weni-

wie wir militante Aktionen anwenden und was wir damit bezwecken. (Zum Verständnis: Die Diskussion lief weni-

ger um das, was auf der Demo abgelaufen ist, denn im Gegensatz zur staatlichen Gewalt, z.B. während der Räumung des Dreisam-Ecks, wirkt es doch geradezu lächerlich, bei einem verbrannten Vita-Schild, zerstochenen Autoreifen und einer kaputten Fensterscheibe von „militanten" Aktionen zu reden. Es ging und geht hauptsächlich um die unterschiedlichen Vorstellungen, wie der Kampf zu führen ist, deshalb die ausführliche Schilderung.)

Die Demo war also eigentlich nicht militant, der Knackpunkt ist vielmehr in der Vertrauensfrage zu suchen, denn viele Leute hatten, nachdem die Demo so aggressiv von einigen Leuten bestimmt wurde, alles für möglich gehalten. Trotzdem gab es keine Kritik am brennenden Vita-Schild oder am eingerissenen Bauzaun. Es wurde aber kritisiert, daß willkürlich Autoreifen zerstochen wurden, daß unabhängig von Art der Läden (z.B. auch beim kleinen Gemüsemann von der Ecke) an die Fensterscheiben gesprüht wurde und daß sogar ein Stein vor dem Rathaus auf die Bullen flog, der fast eine ältere Passantin verletzt hätte.

Daß Fensterscheiben und Autoreifen auf jeder Demo hinübergehen können, ist klar, und das können wir auch nicht verhindern, doch nach dieser schlechten Vorbereitung entstand so der Eindruck, das sei alles geplant gewesen.

stand so der Eindruck, das sei alles geplant gewesen.

Die „No-Future"-Fraktion, die unter dem Motto „Heute gehört uns die Stadt", für völlige Aktionsfreiheit eintrat und -tritt, was für sie heißt, daß sie ihre „militanten" Aktionen ohne Absprache aus den Demos heraus vornehmen will — geht davon aus, daß Parolen wie „Lealize Himbeereis" oder „No Future" völlig ausreichen, um z.B. zerstochene Autoreifen und ähnliches zu erklären. Die Mehrheit der Schwarzwaldhof-Bewohner (in dieser Frage) geht davon aus, daß wir unsere Aktionen vermitteln müssen, was eben auch heißt, bestimmte Aktionen dann nicht zu machen, wenn sie nicht vermittelbar sind. Daß unser Ziel also nicht die Randale der Randale wegen ist.

Niemanden im Schwarzwaldhof ging es um die Frage, militant oder nicht. Es geht aber darum: Wann, wie und warum wenden wir militante Aktionen an.

Der Hauptwiderspruch ist aber der, daß es einem Teil von uns vorrangig um den Erhalt des Schwarzwaldhofs geht, um damit eine gute Kampfbasis zu erhalten, während für die „No-Future"-Fraktion der Kampf gegen diesen Staat an erster Stelle steht und dann erst der Schwarzwaldhof kommt.

Diese Fraktion hat im Moment die Theorie aufgestellt, daß gerade Arbeitslose und Jugendliche/Lehrlinge auf der Demo waren und sich nun

Theorie aufgestellt, daß gerade Arbeitslose und Jugendliche/Lehrlinge

demnächst in Freiburg was tun wird, weil im Gegensatz zu den Studenten die Arbeitslosen und Jugendlichen/Lehrlinge auch bereit sind, auf der Straße militant gegen diesen Staat und für ihre Forderungen zu kämpfen.

Doch leider gibt es dafür überhaupt keine Anzeichen. Weder gab es Demonstrationen von Arbeitslosen in Freiburg, noch hört man was von Kämpfen aus den Betrieben. Wer von uns hätte was dagegen, wenn sich nach Züricher Vorbild diese Zustände entwickelten? Doch wenn man einfach versucht, die Züricher Zustände auf Freiburg überzustülpen, wenn man Militanz zum Ziel des politischen Kampfes macht und die Freunde am Grad der militanten Aktion mißt, die sie bereit sind mitzutragen — kann das gut gehen? Denn was ist mit denen, die (noch) nicht bereit sind, sich mit den Bullen zu schlagen, also die Mehrzahl der Dreisam-Eck-Demonstranten? Sind die uns jetzt einfach egal? Brauchen wir deren Unterstützung und Hilfe plötzlich nicht mehr?

Erhalten wir den Schwarzwaldhof mit 50 militanten Kämpfern oder mit 10000 Demonstranten auf der Straße, von denen dann militante Aktionen ausgehen? Daß dieser Staat vor isolierten militanten Aktionen keine Angst hat, daß er uns auf diesem Gebiet tausendfach überlegen ist, zeigt die Auseinandersetzung mit der Stadtguerilla. „*Nicht der Grad der Gewalt*

die Auseinandersetzung mit der Stadtguerilla. „Nicht der Grad der Gewalt

bestimmt, ob etwas höchste Form des Kampfes ist, sondern welche Form am effektivsten unser Ziel verwirklichen hilft. ... Die Politik befiehlt dem Stein (Gewehr) und nicht umgekehrt." (Ralf Reinders, Bewegung 2. Juni)

Wenn diese Spaltung, die im Moment ja da ist, weiter voran geht, dann ist es, so hat es einer der Leute vom „Grün" gesagt, unmöglich für Leute, die einen „Motto-Wagen" auf einer Demo mitführen wollen, daran noch teilzunehmen.

Was fehlt, ist die Einheit, Einheit nicht um jeden Preis, aber Einheit im Kampf. Dieser Wille zur Einheit setzt voraus, daß die Gewaltfreien bereit sind, auch andere Aktionen zu tolerieren, aber auch, daß die „No-Future"-Fraktion zu Zugeständnissen bereit ist.

Wilhelm Wild, Schwarzwaldhof

Freiburg: Die Kriminalisierung schreitet voran

Nach der Demo, die ja für die Stadt eine kurzfristige Schlappe geworden ist, schlägt der Staatsapparat nun natürlich zurück. So wurde z.B. in der letzten Woche gegen einen Bewohner des Schwarzwaldhofes Anzeige wegen schwerer Körperverletzung und Landfriedensbruch gestellt. Er soll einem der Bullen während der Demo das Gesicht rot besprüht haben.

Am Samstag, den 25.10., dann der bisher absolute Höhepunkt in der Hetzkampagne gegen uns: Der Polizeipräsident Maier hatte sich in der „BZ" zum „Zug" geäußert und stellte fest, *„daß von den Bewohnern des Schwarzwaldhofes ca. 20 bis 50 Personen zum engeren Sympathisantenkreis des Terrorismus zu zählen sind."* Was mit dieser Aussage bewirkt werden soll, ist wohl klar. Daß eine Räumung zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung bald anstehen kann, das wird immer möglicher, schreibt und fordert doch der „Freiburger Wochenbericht": *„Sowohl die Polizei als auch die betroffene Bevölkerung, die von diesem politischen ‚Budenzauber' langsam die Nase gestrichen voll hat, erwartet etwas mehr politisches Rückgrat. Mögen unsere Kommunalpolitiker nun die Härte gegenüber provozierenden Minderheiten zeigen ... die sie so gerne gegenüber ... dem politischen Gegner (bei Wahlen) zeigen".*

Hausdurchsuchungen im Schwarzwaldhof

Am Dienstag, den 28.10., wurden die Bewohner der „Villa" und der „5" im Schwarzwaldhof unsanft geweckt. In beiden Häusern tauchten ca. 50 Bullen auf und führten eine Hausdurchsuchung durch. Gesucht wurden Gegenstände, die eine Anklage gegen einen Bewohner der „Villa" untermauern könnten. Dem Besetzer (nur ihm?) wird vorgeworfen

a) an einer illegalen Demonstration beteiligt gewesen zu sein und
b) Sachbeschädigungen in Form von Sprühaktionen vorgenommen zu haben. Es wird gegen ihn wegen Landfriedensbruch, Sachbeschädigung und wegen des Vergehens gegen das Versammlungsgesetz ermittelt. Doch die Bullen konnten nichts finden, was diese Anklagen unterstützt.

In der „5" wurden Kleidungsstücke gesucht, die jemand getragen haben soll, der sich auf der Demo besonders hervorgetan hat, und dem man nun das Verfahren machen will.

Die Druckerei des Schwarzwaldhofes wurde ebenfalls durchsucht und die Druckplatten, sowie alle herumliegenden Flugblätter mitgenommen. Der absolute Hammer allerdings ist in der Beschlagnahmung der Druckmaschine zu sehen, die von den Bullen abgeschleppt wurde . . .

Von allen Leuten, die sich während der Durchsuchung in den Häusern befanden, wurden die Personalien festgestellt. Wer keinen Ausweis dabei hatte, wurde mit auf die Wache genommen und dort gleich erkennungsdienstlich behandelt.

Fortsetzung nächste Seite



„Nachdem die Bullen die Druckmaschine im Schwarzwaldhof entdeckt hatten, wurde sie sofort beschlagnahmt und abtransportiert. Auch alle Platten der selbstgedruckten Zeitung „Zunder" wurden mitgenommen."

Fortsetzung von Seite 29

Am Mittwoch, den 29. Oktober, folgte dann in der „BZ" die „Rechtfertigung" der Bullen. *„Polizeidirektor Maier erklärte, daß diese Aktion im Rahmen laufender Ermittlungsverfahren gegen Schwarzwaldhofbewohner ablief".* Dann folgt eine Aufzählung der begangenen „Taten". Der Sachschaden der „Hausschmierereien" wird lt. Bürgermeister Kiefer mit 60 bis 70 000 DM angegeben. *„Die Polizei analysierte die Art der ‚Häuserbeschriftungen' und stellte fest, daß knapp die Hälfte der ‚Sprüche' sich auf die Terroristenszene (‚Stammheim', ‚18.10.' und ähnliches) bezog".*

„Gegen 23 Hausbewohner ist ein Ermittlungsverfahren wegen Hausfriedensbruch eingeleitet worden." D.h. gegen alle Bewohner der „Villa" und der „5".

Auf diese Hetzkampagne antworteten wir noch am Dienstag abend mit einem Flugblatt. *„Mit dieser Aktion sowie mit einer ganzen Reihe vorhergehender soll versucht werden, uns als Kriminelle, Verbrecher und Rauschgiftsüchtige darzustellen und somit den Boden für eine ‚problemlose' Räumung vorzubereiten ... Diese Kriminalisierung zielt auch darauf ab, uns zu spalten, den Schwarzwaldhof politisch zu isolieren und die Gründe und Ziele der Hausbesetzung mit Kriminalistischem Müll zuzuschütten ... Die jetzt eingeschlagene Bullentaktik ist, Solidarisierung zu verhindern. Dieses Vorgehen ist gefährlicher als 1200 Bullen bei der Räumung".*

Beim Verteilen dieses Flugblattes wurden wiederum von einem Besetzer die Personalien aufgenommen und ihm mitgeteilt, daß man nun auch gegen ihn wegen Verstoß gegen das Presserecht ermitteln werde, da das Flugblatt „natürlich" ein gefälschtes Impressum enthielt.

So sieht die Situation jetzt nicht sehr rosig für uns aus. Was sich nach der Demo noch als Erfolg verbuchen ließ, kann nun zur Niederlage werden. Es haben sich Verbände und Parteien von uns distanziert und auch auf dem letzten Großplenum konnte kein gemeinsamer Nenner gefunden werden. Mit den Hausdurchsuchungen nun haben die Bullen i h r e Stärke demonstriert, denn würden nicht viele Gründe gegen eine Räumung sprechen (siehe letzten AK), dann wäre dies am Dienstag durchaus möglich gewesen.

Die wichtigste Frage ist nun, wie geht es weiter? Machen wir noch mal so eine Demo mit vielleicht dann 600 Leuten oder versuchen wir jetzt, wo die Kriminalisierung auf Hochtouren läuft, mit aller Kraft eine Einheit im Kampf zu erzielen? Die Antwort müßte eigentlich klar sein! *„Sowohl die Gewaltfreien, als auch die, die gezielt die Gegengewalt einsetzen, sollten sich nicht gegenseitig am Grad der Gewalt messen, sondern sie müssen gemeinsam die Ausweitung des Widerstandes im Auge haben und sich daran messen".* (Ralf Reinders, „Bewegung 2.Juni").

In diesem Sinne: Es gibt viel zu tun, packen wir's an.

Wilhelm Wild, Schwarzwaldhof





„Die Hausdurchsuchungen wurden ausschließlich von Zivilbullen vorgenommen, die sich von niemandem in ihrer Arbeit 'stören' ließen."

Göttingen:

Es tut sich wieder was!

Am 18.10., genau ein Jahr nach der Besetzung der berühmt gewordenen Augenklinik, war es wieder soweit: Aus einer Jubiläumsfete heraus besetzten mehrere hundert Menschen die leerstehende ehemalige Zahnklinik. Die Freude über diese eigentlich schon längst überfällige Aktion währte allerdings nicht lange: Schon am frühen Abend des folgenden Tages weilten etliche Hundertschaften Bullen aus halb Niedersachsen in Göttingen. In martialischem Aufzug sperrten sie die Straße, an der das inzwischen in Olaf-Ritzmann-Haus umbenannte Gebäude liegt, ab, forderten mehrmals zum Verlassen des Hauses auf, brachen das Portal auf und marschierten schließlich ein.

Allein – die Besetzer hatten das Haus schon eine Stunde zuvor verlassen und verhöhnten zusammen mit 300 herbeitelefonierten Sympathisanten die Bullen in gehöriger Weise. Danach glich Göttingen einer besetzten Stadt: Bullenwagen an jeder zweiten Kreuzung, Streifenfahrten zu fünf Mannschaftswagen durch die Fußgängerzone, Festnahmen, ED-Behandlungen, nächtliche Menschenjagd in Göttingens City.

Trotz dieses Ausgangs der Besetzung hat sie für die Göttinger Häuserkampfbewegung eine wichtige Funktion gehabt. Gegenüber den Aktionen vor einem Jahr haben diesmal andere Kräfte die Initiative ergriffen. Der Kreis derjenigen, die die Augenklinik-Besetzung vorbereitet hatten, zögerte diesmal, die günstige Gelegenheit auszunutzen. Daraufhin schritten v.a. Autonome und Spontis zu Tat, und zwar in für Göttingen noch etwas ungewohnter Art. Den Auftakt bildete ein Denkzettel für die Bullen, die in provozierender Weise die Jubiläumsfete observierten: Plötzlich lag ihr Streifenwagen auf der Seite... Die Besetzung selbst geschah ziemlich unvorbereitet und spontan und für viele Häuserkämpfer unvermittelt.

Aber statt solidarische Kritik zu üben an einigem, was hätte besser gemacht werden können, ging im Großteil der Göttinger Linken die Distanzitis um. Da war nicht mehr die



Staatsmacht, die die Besetzung zerschlug, der Hauptangriffspunkt, sondern die, die im Anschluß an die Räumung einige Scheiben von Banken und Sex-shops zerschlugen.

Die DKP verurteilte scharf „Provokationen einzelner" (ganz schön viele Einzelne!) und stellte gehirnakrobatisch Ursache und Wirkung auf den Kopf: *„Diese isolierte Aktion einzelner Personen ... hatte zur Folge, daß die Besetzer gezwungen waren, die Besetzung abzubrechen. Die Polizei fand ... daher ein leeres Haus vor."* Die DKP prangert die angeblich isolierte Aktion an und tut selbst alles, die Besetzer, die *„mit den wesentlichen Kräften der Wohnkampfbewegung wie mit der demokratischen Bewegung insgesamt nichts zu tun (haben)"* sollen, auszugrenzen.

Noch schlimmer die Jusos, die so ganz nebenbei einige Besetzer zu „sozial Entwurzelten" abstempeln: *„Spontane militante Aktionen führen ... in die Isolation. Die Fetischisierung spontanen Widerstands schließt langfristige Veränderungsstrategien von vornherein aus."* Es wirft ein bezeichnendes Licht auf das Politikverständnis der Jusos, wenn ihre buchstäblich einzige Aktivität in Sachen Wohnungskampf in Warnungen und Distanzierungen besteht. Doch damit nicht genug: *„Durch solche sinnlosen Provokationen wird eine Bewegung ... kriminalisiert und eine breitere Solidarisierung von vornherein ausgeschlossen."* Die Jusos lassen nicht nur jede Kritik an dem Polizeiaufgebot fehlen, sie machen die Opfer staatlicher Politik selbst verantwortlich für die Kriminalisierung des Wohnungskampfes!

Die Quittung wurde tags darauf serviert: Hielt sich die Hetze in der lokalen Presse über die militanten Aktionen noch im (weiten) Rahmen des zu Erwartenden, so hatte sie jetzt leichtes Spiel, den Keil in die nicht geeinte Häuserkämpferbewegung tiefer zu hauen, indem sie genüßlich diese und weitere Distanzierungen auswalzte, verfälschte und vermengte. Da kann sie heuchlerisch die Häuserkämpfer belehren, daß die „infantile Zerstörungswut" von „fanatischen Gewalttätern" den Bemühungen um mehr Wohnraum einen „Bärendienst" erwiesen habe. Klar, daß da für die Gewalt des Staates und für die Verantwortlichen für die katastrophale Wohnungsnot keine Zeile mehr geopfert werden muß.

Bezeichnend ist auch, daß die Berichterstattung in der überregionalen Presse, die zwar Kenntnis von den militanten Aktionen aber nicht von den nachfolgenden Distanzierungen hatte, weitaus positiver war.

Inzwischen lassen die „isolierten Einzelnen" ihre „infantile Zerstörungswut" in weiteren „gewalttätigen Aktionen" freien Lauf: Solidaritätsflohmärkte, Auftritte der neuen „Chaoten-Combo" und einer ebensolchen Theatergruppe, Veranstaltungen in Jugendzentren usw. schaffen weitere Öffentlichkeit. Was sonst noch geplant ist, kann in Bälde hier nachgelesen werden.

Ein „einzelner" Genosse aus Göttingen

Kulturbrauerei Moabit

Seit eineinhalb Jahren besteht in Moabit eine Initiative, die das Mitte Dezember dieses Jahres freiwerdende Schultheißgebäude in der Stromstrasse als Kultur- und Kommunikationszentrum ins Auge gefaßt hat und zu nutzen gedenkt. Das Projekt soll selbst verwaltet, stadtteilorientiert und bürgernah sein.
(Der Satz, der an dieser Stelle stehen sollte, ist durch's Teebrauen flöten gegangen.)

Das Projekt wird von Handwerkskollektiven, Musik-, Theater- und Mediengruppen sowie einem kommunalen Kino, einer Frauengruppe und vielen anderen getragen.

Vergangenen Mittwoch (22.10.80) nun wurde auf der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Tiergarten eine Anfrage der Alternativen Liste (AL) zur Nutzung des Schultheißgebäudes und zur Durchsetzung der Kulturrichtlinien des Senats im Bezirk Tiergarten behandelt. Bezirksbürgermeister Koffke äußerte sich dahingehend, daß speziell in diesem Gebäude für Kultur kein Platz sei und daß für Kulturpolitik ansonsten der Senat zuständig sei.

Sowohl auf eine Anfrage der AL, die kulturelle Teilbenutzung des Gebäudes betreffend, als auch auf die Frage, was Bezirksbürgermeister Koffke persönlich von einem Kulturhaus in der Schultheißbrauerei halte, ist nicht eingegangen worden. Sehr wahrscheinlich deshalb, weil Herr Koffke davon ausging, daß seine Äußerung: *„Wir brauchen keine alternative Subkultur. Wir haben schon genug überregionale Einrichtungen, die unsere Bevölkerung belasten — wie Obdachlosenasyl, Asylantenstelle, Gefängnis, Leichenschauhaus ... Philharmonie und Staatsbibliothek. Wir sind an der Seite der Arbeiter und Rentner, wir wollen keine Aussteigerkultur"*, inzwischen stadtbekannt ist.

Der zu erwartenden kulturfeindlichen Stellungnahme des Bezirksamtes setzte die Kulturbrauereiinitiative die Buchstabenaktion:

K-U-L-T-U-R-B-R-A-U-E-R-E-I

entgegen. Dem sofort folgenden Befehl des Präsidiums, die Buchstaben von der Zuschauerbalustrade zu entfernen, wurde nicht Folge geleistet. Daraufhin entstand Tumult unter den Bezirksverordneten und die Sitzung wurde unterbrochen. Unter Androhung einer polizeilichen Räumung mit erkennungsdienstlicher Erfassung wurden die Kulturbrauer des Saales verwiesen.

Die AL wurde beschuldigt, die Aktion mitinitiiert zu haben. Den beiden Bezirksverordneten der AL drohte man, sie im Wiederholungsfalle solcher Aktionen von zwei darauffolgenden BVVs und Ausschüssen auszuschließen.

Besseren Kulturverstand als die BVV (Brauerei-Vernichtungs-Verein) zeigte dagegen am selben Abend Netzwerk Selbsthilfe e.V. Um die verstärkte, jetzt besonders dringliche Öffentlichkeitsarbeit mit zu gewährleisten, wurden 2000 DM aus dem Feuerwehrfond bewilligt.

Geplant sind Kulturveranstaltungen in der alten TU-Mensa und im Tempodrom, Filmprogramme des Kommunalen Kinos (KIK) und vieles mehr. Aushänge, Informationen und Unterschriftenlisten werden in Tante-Emma-Läden und Kneipen ausgelegt. Selbstverständlich werden die genauen Termine dieser Veranstaltungen bekanntgegeben. Eine Veranstaltung steht schon fest: Am 19.11.80 tagt der BVV um 17 Uhr im Rathaus Tiergarten (Balkonplätze! Eintritt frei!).

Kulturbrauereiinitiative Moabit
c/o Politladen e.V.
Bochumerstraße 18
1000 Berlin 21
(Die Initiative trifft sich jeden Donnerstag um 19.30 Uhr)

Hausbesetzung in Marburg

Am 27.10.80 besetzten einige Marburger Studenten ein Haus in der Weidenhäuser Straße in Marburg, um auf die katastrophale Wohnsituation aufmerksam zu machen.

Mit Beginn des Wintersemesters haben ca. 500 Erstsemester keine Wohnung finden können, sind gezwungen, bei Freunden oder im Auto zu übernachten, müssen bis zu 50 km „Anreise" an ihren Studienort in Kauf nehmen oder müssen sich dazu entschließen, den hart erkämpften Studienplatz gar nicht erst anzunehmen.

Viele der an Studenten vermieteten Zimmer sind in katastrophalem Zustand: Der Putz bröckelt von der Decke, die Heizung funktioniert nicht, für die sanitären Anlagen könnte sich das Gesundheitsamt interessieren und für die teilweise nur 6 oder 8 qm „großen" Verschläge werden horrende Summen an Miete verlangt.

Verantwortlich dafür ist u.a. die Stadt Marburg, die in den letzten Jahren durch ihre Sanierungsprogramme nicht unwesentlich dazu beigetragen hat, daß Wohnraum vernichtet wird zugunsten von Büro- und Geschäftsräumen, daß Wohnungen als Lagerräume für Kaufhäuser genutzt werden etc. Das jetzt von Studenten besetzte Haus ist seit gut zwei Jahren Streitobjekt zwischen dem Studentenwerk und der Stadt Marburg. Das Studentenwerk wollte hieraus ein Studentenwohnheim für Wohngemeinschaften machen, bekam dafür nicht das notwendige Geld zusammen und auch die Stadt sah sich angeblich nicht in der Lage, das Haus wohngerecht zu gestalten (die Stadt ist bisher noch Eigentümer des Hauses). Seit dieser Zeit steht das Haus — wie einige andere in Marburg auch — leer.

Die „*Initiative gegen Wohnungsnot*" fordert daher von der Stadt Marburg und vom Studentenwerk:
- sofortige Bereitstellung sämtlichen ungenutzten Wohnraums
- Keine Umwandlung von Wohnungen in Büro- und Geschäftsräume
- Die Stadt soll weitere Häuser aufkaufen und an Studenten vermieten.
- Bau von neuen Wohnheimen
- Keine Kürzung der für den Wohnungsbau vorgesehenen Gelder aus dem Hochschuletat

Die Nachbarn unterstützten die Besetzer z.T. aktiv durch Bereitstellung von Strom, Kaffee, Lebensmitteln etc. „*Es wurde Zeit, daß dies Haus mal besetzt wird*" meinten einige Passanten. Die ansonsten eher reaktionär-studentenfeindliche Lokalzeitung „Oberhessische Presse" berichtete am 28.10. relativ sachlich über die Forderungen der Hausbesetzer und wies auf weitere leerstehende Wohnungen in Marburg hin. Ebenfalls am 28.10. erschienen zu dem von den Besetzern veranstalteten Lokaltermin ein Vertreter der Stadt, der Vorsitzende des Studentenwerks und der Vorsitzende der DKP-Stadtverordnetenfraktion. Der OB weigerte sich, ebenso wie SPD und CDU, mit den Besetzern zu sprechen. Auf diesem Termin wurde der Streit zwischen Stadt und Studentenwerk wieder aufgerollt: Die Stadt will einen Teil der Sanierungskosten übernahmen, wenn das Studentenwerk das Haus von ihr kauft und als Bauherr mit vollem Risiko die Sanierungsarbeiten übernimmt. Hierzu ist wiederum das Studentenwerk derzeit nicht bereit.

Die als demonstrativer Akt verstandene Besetzung des Hauses soll nach drei Tagen Dauer beendet werden.

KB/Gruppe Marburg

nicht in der Lage, das Haus wohngerecht zu gestalten (die Stadt ist bisher noch Eigentümer des Hauses). Seit dieser Zeit steht das Haus — wie einige andere in Marburg auch — leer.
Die „*Initiative gegen Wohnungs-*
dentenwerk derzeit nicht bereit.
Die als demonstrativer Akt verstandene Besetzung des Hauses soll nach drei Tagen Dauer beendet werden.
KB/Gruppe Marburg



Mietertage gegen weißen Miethai

Westberlin. Etwa 2000 zornige Mieterinnen und Mieter demonstrierten am Samstag, den 25. Oktober durch
dell ist jedoch, daß bereits für diese Übergangslösung durchschnittliche Mieterhöhungen von 100% gesetzlich
alleinstehende Frauen mit Kindern und 60000 Studierende, denen allen Ristocks „Denk-Modell" zu denken

Mietertage gegen weißen Miethai

Westberlin. Etwa 2000 zornige Mieterinnen und Mieter demonstrierten am Samstag, den 25. Oktober durch die Westberliner Innenstadt. Die Demonstration bildete den Abschluß der von Aktionseinheit Westberliner Mieterorganisationen und -initiativen veranstalteten „Mietertage". Eine Woche informierten die über 30 in der AE zusammengeschlossenen Mietergruppen in zahlreichen bezirklichen und überbezirklichen Aktionen über die zu erwartenden Mieterhöhungen nach der bereits im Bundestag verabschiedeten schrittweisen Aufhebung der Mietpreisbindung in Westberlin.

Über 41000 Unterschriften wurden dem Bausenator Ristock im Anschluß an einen Fahrradkorso am Donnerstag übergeben. Der Mieterprotest richtet sich in erster Linie gegen das von Ristock ins Spiel gebrachte Übergangsmodell der „Tabellenmiete". Nach „*orkanartigem Widerstand der Berliner Bevölkerung*" (Ristock) seit Mitte letzten Jahres, zahlreichen Aktionen (unter anderem auch des Berliner Mietervereins) und unter dem Druck der Parteibasis sowie entsprechenden Resolutionen fast sämtlicher Einzelgewerkschaften und des DGB gegen den „Weißen Kreis", erklärte der Senator den „Weißen Kreis" für „*im Moment nicht zumutbar*" und zog das Denkmodell einer nach Wohnstandart differenzierten gesetzlichen Tabellenmiete aus der Tasche. Als Übergangslösung bis 1988 verhandelt die SPD-Führung damit gerade bei der Bundesregirung.

Das Denkwürdige an diesem Modell ist jedoch, daß bereits für diese Übergangslösung durchschnittliche Mieterhöhungen von 100% gesetzlich festgelegt würden. Nebenkosten wie Hauswart oder Verwaltung können dabei zusätzlich berechnet werden und wenn ein Hausbesitzer sein Haus soweit heruntergewirtschaftet hat, daß es umfassend instandgesetzt werden muß, darf er die Miete um 30% erhöhen.

Soziales Elend ist also schon vorprogrammiert. Insgesamt leben h e u t e s c h o n 40% der Westberliner an bzw. unter dem Existenzminimum. Betroffen sind vor allen die 445000 Rentner/innen, 100000 Arbeitslose bzw. Sozialhilfeempfänger, 200000 alleinstehende Frauen mit Kindern und 60000 Studierende, denen allen Ristocks „Denk-Modell" zu denken geben wird. Die Tabellenmiete oder andere Modelle wie „Wohnstandartsmiete" oder gar „soziale Wohnstandartsmiete" können nicht darüber hinwegtäuschen, daß der weiße Miethai bereits im Blick auf den 1. Januar 1981 die Zähne fletscht — nachdem bereits in den letzten Jahren die Miete um 5% erhöht wurde und überhöhte Miete legalisiert wurden. Gegen die letztgenannte Legalisierung überhöhter Mieten durch die Festlegung einer neuen Stichtagsmiete hatte der Berliner Mieterverein bereits seit längerem eine

Fortsetzung nächste Seite



Über 40000 Unterschriften gegen die Abschaffung der Mietpreisbindung wurden dem Präsidenten des Westberliner Abgeordnetenhauses, Lorenz, überreicht.

»Bruchbuden ohne Sonne, Toilette und Bäder«

Wohnungsnot wird immer größer

Nicht ohne Grund schwiegen sich die professionellen Stimmenjäger im letzten Wahlkampf zu dem Thema „Wohnungspolitik" aus. Hätten sie dieses heiße Eisen angefaßt, sie hätten sich nicht in Bonn, sondern auf einer Intensivstation mit Verbrennungen zweiten Grades wiedergefunden.

Gemeinsam haben sie, CDU und SPD, den Wohnungskarren dermaßen in den Dreck gefahren, daß weder flutkatastrophenerprobtes Machertum noch Ruck-Zuck-Methoden aus Bayern eine Antwort auf ein sich ständig verschärfendes Problem hätten geben können.

Kürzlich waren es 100000 Studenten, die zu Semesterbeginn keine Wohnung fanden und nun, teilweise in Zelten hausend, die Wohnungsnot in die Schlagzeilen brachten. Davor waren es immer wieder Hausbesetzungen, die zumindest regional die Wohnungsknappheit in der BRD vergeggenwärtigten. Als neue und wirksame Variante der Besetzung hat sich dabei das Instandbesetzen bewährt.

Neben der aktuellen Betroffenheit der Studenten sind es vor allen Dingen ausländische Kollegen, Arbeiterfamilien und Heranwachsende der geburtenstarken Jahrgänge, die das Elend der kapitalistischen Wohnungspolitik auszubaden haben.

2 Millionen Wohnungen fehlen

Das Ausmaß der Wohnungsmisere in Zahlen auszudrücken, ist nicht nur deprimierend, sondern auch schwierig, weil die letzte amtliche Wohnungszählung zwölf Jahre zurückliegt. Zwar ist der seit einigen Jahren rapide abnehmende Neubau von Wohnungen erfaßbar (vgl. Grafik), nicht aber die gleichzeitige Vernichtung bzw. Zweckentfremdung von Wohnraum.

Die vom Statistischen Bundesamt 1977 vorgenommene Gegenüberstellung der in der BRD vorhandenen Haushalte mit den vorhandenen Wohnungen weist immerhin schon ein Defizit von 1 Million Wohnungen aus, berücksichtigt aber nicht die ca. 500000 leerstehenden Wohnungen. Ebenfalls unberücksichtigt bleiben 500000 Ferien- und Zweitwohnungen, so daß das tatsächliche Defizit sich auf mindestens 2 Millionen Wohnungen beläuft („FR", 18.7.77).

Sozialer Wohnungsbau: unsozial

Von der Krise am schwersten betroffen ist der soziale Wohnungsbau. In der BRD gibt es acht Millionen Haushalte, denen aufgrund ihres Einkommens eine Sozialwohnung zusteht. Vorhanden sind aber nur knapp 4,5 Millionen Sozialwohnungen.

Vor drei Jahren forderte der DGB den Bau von jährlich 450000 Sozialwohnungen, um einigermaßen Abhilfe zu schaffen. Doch 1979 wurden noch nicht einmal 50000 Sozialwohnungen fertiggestellt. In Köln beispielsweise, wo 17000 Familien auf Wohungssuche sind, wurden 1979 ganze 99 Sozialwohnungen gebaut („Die Neue", 5.8.80). In anderen Großstädten ist die Lage ähnlich.

Bruchbuden

Wer es angesichts dieser Zustände doch geschafft hat, ein Dach über dem Kopf zu haben, hat noch lange keinen Grund zur Freude. Nach Ermittlungen des Bundesarbeitskreises Altbau-Erneuerung gibt es zur Zeit in der BRD 7 Millionen modernisierungsbedürftige Altbauwohnungen („SZ", 18.9.80), von denen mehr als die Hälfte, nämlich 4 Millionen, von „Neue Heimat"-Boß Vietor als „*Bruchbuden ohne Sonne, Toilette und Bäder*" („FR", 22.2.79) bezeichnet wurden.

Diese Wohnungen wieder in einen bewohnbaren Zustand zu bringen, würde schätzungsweise 175 M i l l i a r d e DM kosten. Das allerdings würde gigantische Mieterhöhungen nach sich ziehen und die ohnehin schon arg strapazierte „Zahlungsfähigkeit" der Mieter an die äußerste Grenze treiben. Zwangsläufig würde sich gleichfalls das Heer der Wohnungssuchenden erheblich vergrößern.

Wachsender Mieterprotest, oft in Form von Besetzungsaktionen, signalisiert eine Wiederbelebung der Mieterbewegung. Angesichts der von bürgerlichen Wohnexperten geäußerten düsteren Zukunftsprognosen, die keinerlei Verbesserung, sondern eine Verschlechterung des Wohnungselends enthalten, dürfte es nur eine Frage der Zeit sein, bis die Mieterbewegung ähnliche Ausmaße annimmt, wie die Anti-AKW-Bewegung in ihren guten Tagen.

Wohnungskommission

Regierungserklärung: Rotstift beim sozialen Wohnungsbau

„Heulen und Zähneknirschen" kündigte Finanzminister Matthöfer an, und der liberale Koalitionspartner will ein „Höchstmaß liberaler Politik" durchsetzen – im Wohnungswesen ziehen sie dabei am gleichen Strang, faßt man das zusammen, was bisher für die Wohnungspolitik der Bundesregierung in den nächsten vier Jahren verlautbart wurde.

Zwischen 17 Millionen Mark 1981 und 214 Millionen im Jahr 1984 sollen dabei allein im Sozialen Wohnungsbau eingespart werden — was nichts anderes als die Beschleunigung seines ohnehin schon sichtbaren Ablebens bedeutet. Die FDP fordert seit langem die „Liberalisierung" des Wohungsmarktes, worunter sie versteht, durch eine Reform des Mietrechts den privaten Mietwohungsbau anzukurbeln. Reform des Mietrechts heißt für die FDP nichts anderes als Abbau der Mieterrechte (insbesondere des Kündigungsschutzes) und als Folge davon höhere Mieten. Bereits heute werden private Mietwohnungen zur Hälfte im sogenannten „Bauherrenmodell" als Renditeobjekt von Ärzten und Hochverdienenden gebaut, wobei die Mieter bis zu 20 DM pro Quadratmeter Miete zahlen müssen — eben die Marktmiete.

Die SPD/FDP-Koalition schwenkt mit der weiteren Reduzierung des sozialen Wohnungsbaus auch auf die Forderung der CDU/CSU ein, die z.B. in Niedersachsen im letzten Jahr bereitstehende Bundesmittel gar nicht mehr in Anspruch genommen hat. Die auch in der SPD geforderte Ankurbelung des Wohnungsbaus soll offensichtlich auf Kosten der Mieter gehen. Auf die Erpressungspolitik der Hausbesitzer wird nicht mit verstärktem sozialen Wohnungsbau geantwortet, sondern der Markt wird weiter verengt und dem „freien Spiel der Kräfte" überlassen — bis die Profite wieder so lukrativ werden, daß kapitalkräftige Spekulanten investieren.

So lehnt die FDP auch eine Änderung des Steuerabschreibungsparagraphen 7b ab, von dem derjenige am meisten profitiert, der das höchste Einkommen hat. Die SPD wollte für alle Eigenheime gleich hohe 7b-Subventionen einführen.

Mehr zögernd meldete sich die Gruppe der „Parlamentarischen Linken" der SPD zur Wohnungspolitik in ihrem Brief an den Bundeskanzler zu Wort. Vor dem Hintergrund von einem erwarteten Beschäftigungsrückgang von 100000 Bauarbeitern im nächsten Jahr fordern sie vor allem die Steigerung des Mietwohnungsbaues in den Ballungsgebieten, wobei sie den sozialen Wohnungsbau zu tragbaren Mieten gar nicht erst erwähnen. Auf eine von ihne gewünschte Verbesserung der „Rahmenbedingungen im Bau- und Bodenrecht" kann kaum gehofft werden — die seit langem notwendige Reform des Bodenrechts ist bereits in den letzten Legislaturperioden gescheitert und an eine Zeit der Reformen glaubt die „Parlamentarische Linke" wohl selbst nicht.

Wohnungskommission

Fortsetzung von Seite 31

Kampagne geführt und die Mieter/innen aufgefordert, die Mieten zu überprüfen und ggf. herunterzusetzen. Während der Mietertage enthüllte nun das an dem Aktionsbündnis beteiligte Tiergartener Kiezbündnis, daß die amtlichen Mietpreisstellen in der Regel die Ratsuchenden mit fadenscheinigen Argumenten und Einschüchterungen abwimmelten, so daß Zweidrittel aller Miter/innen nach dieser amtlichen „Beratung" keinen Antrag auf Mietsenkung mehr stellen mochten.

Mietertage erst Auftakt des Widerstandes

... das war einhellige Meinung auf der Abschlußkundgebung der Mieterdemo auf dem Klausenerplatz, auch wenn die Mietertage doch ein wenig hinter den Erwartungen der Veranstalter zurückblieben. Zum einen liegt das sicherlich an den objektiven Schwierigkeiten, Mieter gegen zu erwartende Mieterhöhungen zu mobilisieren. Zum anderen muß deutlich gemacht werden,

- daß es dem Staat beim Weißen Kreis in erster Linie um eine „Entzerrung" des unterschiedlichen Mietniveaus von Alt- und Neubau geht, um die Neubauwohnungen überhaupt vermieten zu können;
- daß sich die „Entkernung" von Hinterhöfen auf die zukünftige Tabellenmiete der Vorderhäuser auswirken wird;
- daß mit steigendem Mietniveau der profitable Eigentumswohnungsbau erst richtig los geht, usw.

Ein anderes Problem bei den Mietertagen war, daß lediglich ein Teil der Mieterbewegung teilnahm. Es fehlten im wesentlichen die „Instandbesetzer", mit denen sich jedoch gemeinsame Gespräche anbahnten und bezirklich bereits zusammengearbeitet wird. Der Berliner Mieterverein machte leider auch einen Rückzieher, nachdem die Initiativen auf einem gleichberechtigten Bündnis bestanden, und er als Alleinveranstalter auftreten wollte — er mischte schließlich nur personell im Rahmen bezirklicher Kiezbündnisse mit. Bei den bezirklichen Bündnissen arbeiteten neben den Mietergruppen und der Alternativen Liste auch Jusos und vereinzelt Bezirksverbände der FDP mit.

Erfreulicherweise hatten jedoch auf der Vertreterversammlung des Berliner Mietervereins am 27.10. viele Delegierte sich selbstkritisch geäußert, und es wurde eine Resolution verabschiedet, daß der Berliner Mieterverein sich in Zukunft der Aktionseinheit anschließen wird. Na dufte!

Ein Westberliner Kommunalaktivist



Entlang der Demo-Route der Mieter hingen zahlreiche Transparente an den Häusern.

Adler-Leute vor Gericht

„Das ADLER-Kulturzentrum in Wuppertal lebt. Nach der Räumung der ehemaligen ADLER-Brauerei war für die ehemaligen Besetzer keineswegs alles erledigt. Sie trafen sich weiter und waren auch weiter aktiv (z.B. wurden in der Westkotterstr. 3 Läden angemietet. ...). Aber auch für die Obrigkeit war mit der Räumung nicht alles vorbei. Zwar wurde öffentlich bekanntgegeben, daß die Besetzer nicht damit rechnen müßten, kriminalisiert zu werden - aber fest steht, daß Personalien der ADLER-Besetzer, soweit die Polizei sie feststellen konnte, in den Polizeicomputer gewandert sind (z.B. wußten zivile und uniformierte Polizeikontrollen nach Feststellung der Personalien und Rückfrage in der Zentrale, daß der/die bei der ADLER-Besetzung dabei war und auch andere staatliche Einrichtungen waren über die Teilnehmer informiert).

In den nächsten Wochen finden beim Amtsgericht Wuppertal sogar Prozesse gegen ehemalige ADLER-Besetzer statt. Der Anlaß ist schnell erzählt: In den Wochen nach der Räumung trafen sich die ADLER weiterhin und besprachen wie in der Zeit der Besetzung alles, was zu besprechen war. Diese Vollversammlungen fanden meist unter freiem Himmel statt. Die ADLER konnten darin auch nichts Verbotenes sehen, hat doch jeder Deutsche das grundgesetzlich verbürgte Recht, sich ‚friedlich und ohne Waffen' unter freiem Himmel zu versammeln.

Am 2.7. wurden sie trotzdem vorläufig festgenommen, mehrere Stunden in den Zellen des Polizeipräsidiums festgehalten, und gegen alle Teilnehmer dieser Versammlung wurden Bußgeldbescheide verhängt. Ihr Verhalten stelle einen Verstoß gegen das Ordnungswidrigkeitengesetz dar. Danach kann die Polizei eine Menschenmenge auffordern, sich zu zerstreuen, wenn durch sie eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung zu befürchten ist. Die öffentliche Ordnung ist also durch das Treffen der ADLER in Unordnung geraten!

Die Teilnehmer der Vollversammlung sollten jeder eine Geldstrafe zwischen 40 und 300 Mark bezahlen. Dagegen haben sie Widerspruch eingelegt. Nun wird die ganze Angelegenheit vor Gericht verhandelt. Dabei steht jede/r einzeln vor Gericht, umso wichtiger ist es, daß die Angeklagten nicht allein gelassen werden. Also kommt zum Amtsgericht!"

Der nächste Gerichtstermin ist am 4.11. (die Uhrzeit steht noch nicht fest).

Weitere Informationen im ADLER-Stadtladen, Westkotterstr. 90 - 92. Die Prozesse kosten natürlich auch Geld; deshalb folgendes Konto für alle Spenden
Postscheckamt Essen, Kto.Nr. 300176-439 / E. Künstler

(Der Text ist der „Stadtzeitung", Volksblatt für Wuppertal, Nr. 10 entnommen).

Aktivitäten zum »Jahr der Behinderten« — von wem, für wen

Nach den Frauen oder Kindern hat es nun endlich auch uns Krüppel erwischt: uns wird das ganze Jahr 1981 gewidmet sein. Jubel ist allerdings unangebracht, wie die Entstehungsgeschichte bereits aufzeigt. Die Vollversammlung der UNO beschloß Ende 1976, das „Jahr des Behinderten" im Jahr 1981 zu proklamieren. Dieses geschah auf Vorschlag Libyens, einem Land, in dem auf Diebstahl die Strafe des Hand-Abschlagens steht: Krüppel werden von Gesetz wegen ständig produziert!

Daß im wie auch immer konzipierten „Jahr des Behinderten" auch die Schattenseiten im Krüppelleben zu Tage kommen, ist für uns Krüppel eigentlich klar. Wir schildern unsere Probleme am Arbeitsplatz, im Umgang mit Behörden, in der Freizeit oder im Sexualleben aus unserer Sicht. Waren wir von diesem Gedanken anfangs ganz angetan (kommen doch endlich die Betroffenen einmal selbst zu Wort), so kamen nach einiger Zeit doch arge Bedenken. Im folgenden sollen sie kurz dargestellt werden.

Mit dem scheinbaren Willen, sich mit uns auseinandersetzen zu wollen, werden wir aufgefordert, unsere persönlichen Gedanken und Schwierigkeiten offenzulegen, ohne erkennbare Gegenleistung. Wo bleiben die Nichtbehinderten, die ihre Schwierigkeiten mit Krüppeln offen und ehrlich beschreiben? Wir sollen erzählen. Steckt dahinter nicht die Hoffnung, bis in die letzten Winkel unserer Seele vordringen, unsere intimen Einzelheiten wie etwa Einsamkeitsgefühle, Ängste, tödliche Langeweile oder verborgene sexuelle Wünsche erfahren zu können? Der Krüppel, oftmals bereits körperlich abhängig, legt damit auch noch seine Psyche den Nichtbehinderten schutzlos dar. Was diese damit anfangen, darauf hat der Krüppel nur wenig Einfluß.

Es stellt sich die Frage, welche Neuigkeiten von uns zu erfahren sind. Daß Treppenstufen statt Rampen, hohe Bordsteine anstelle von abgeflachten Gehsteigen gebaut werden, liegt nicht mehr in der Unwissenheit über die Problematik derartiger Barrieren für Krüppel, sondern in der untergeordneten Rolle, die wir in den Augen der Bauherren einnehmen. Hier gilt es anzusetzen. Denn welche Frage ist nicht schon 100mal an uns gestellt worden, mit der unsere Lebensumstände bis in das letzte Zipfelchen ausgequetscht und beurteilt wurde? Der Fehler bei dieser jahrelangen Forscherei ist aber der, daß die Nichtbehinderten bei uns Krüppeln die Gründe für alle Probleme suchen (und finden!), deren Ursachen aber (auch) in ihnen selber stecken.

Entscheidend ist, daß sich an dem Verhältnis Krüppel – Nichtbehinderter nichts ändert, wenn nur wir „auspacken". Im Gegenteil, das alte Rollenverhalten wird verfestigt. Der höher stehende Nichtbehinderte fragt den untergeordneten Krüppel bei Bedarf und zur rechten Zeit aus. Dieser darf dann vor Dankbarkei zerfließen, daß sich da wer um ihn kümmert. Im „Jahr der Behinderten" werden sich alle mit Gaben an Krüppel überbieten, jeder kann hier seine unerschöpfliche Menschlichkeit demonstrieren: hier ein paar Geldspenden, dort ein glitzernder Rollstuhl, ein Fest für Krüppel im Jahrmarktszelt mit stolzen nichtbehinderten Organisatoren, sozial eingestellte Politiker und Verbandsfunktionäre treffen sich im Wald draußen vor der Stadt zur feierlichen Grundsteinlegung eines neuen Heimes, der Krüppel darf dazu in die Kamera lächeln. Er hat seinen großen Tag in seinem großen Jahr gehabt. Wer denkt danach schon daran, daß er in den nächsten Jahren hinter den Heimtüren langsam versauert? Jeder wird bemüht sein, dem Krüppel zu zeigen, daß er ein Teil der Gesellschaft ist – selbstverständlich. Doch welcher, das bestimmen ein paar Nichtbehinderte. Sie sind es, die bei jeder Gelegenheit die Initiative übernehmen, nach deren Vorstellungen sich der Krüppel aktiv regen oder unmündig streicheln lassen darf.

Bedeutend sinnvoller wäre es, wenn gerade auch im nächsten Jahr Nichtbehinderte ihre Probleme mit Krüppeln, Krankheit, Alter oder auch Tod mal offen auf den Tisch legen würden. Denn nur wenn sie sich mit diesen menschlichen Erscheinungen auseinandersetzen, wären sie nicht ständig auf der Flucht in ihre scheinbar heile Welt, aus der heraus sie alles andere beurteilen. Nur in der Auseinandersetzung können sie ihre Angst erkennen und verändern, die sie vor uns zurückschrecken läßt: die Angst, so werden zu können wie wir.

Dieser Gedanke kollidiert mit ihren Vorstellungen über das „normale" Aussehen und Handeln eines Menschen. Die plötzliche Konfrontation mit dem „Unnormalen" erzeugt eine Hilflosigkeit, die sie schnell wieder in ihre Normalwelt davonlaufen läßt. Doch der Nichtbehinderte muß sich mit seinen Ängsten beschäftigen, sonst bleiben Krüppel für ihn furchteinflößende bunte Hühner. Wohlwollendes Niederbeugen zum Krüppel bietet da lediglich für Nichtbehinderte ein willkommendes Verdrängungsmittel – immerhin, ein reines Gewissen hat er nun. An dem Verhältnis zwischen Krüppeln und Nichtbehinderten ändert sich allerdings dadurch nicht die Spur.

Diese Aufforderung gilt auch oder gerade den Linken oder Fortschrittlichen. Es reicht nicht, sich mit einem Krüppel 'ne Stunde zu unterhalten und dann mit dem Glauben abzuziehen, sich mit uns als gesellschaftliche Außenseiter auseinandergesetzt zu haben. Auch ein Anstecker an der Latzhose mit einem Rollstuhl und dem Schriftzug „I like Krüppel" nützt uns relativ wenig ... Der Nichtbehinderte muß auch bei sich selbst beginnen, den Krüppel wirkungsvoll zu unterstützen.

Unter diesen Voraussetzungen können Nichtbehinderte uns gerne unterstützen, nächstes Jahr nicht zu einem „Hochglanzbilder-Jahr" werden zu lassen. Sie können ihre Erfahrungen über die Zustände in Anstalten, Heimen, Werkstätten, Sonderschulen, Krankenhäusern u.a. ausführen. Wie fühlt man/frau sich als Pfleger/in oder Therapeut/in? Was geschieht, wenn sie sich gegen Anstaltsleitung oder andere Institutionen auflehnen? Antworten auf diese Fragen werden sicherlich aufzeigen, wie dunkel es für Krüppel immer noch aussieht.

N., U., Hamburg



Kontaktadressen

Sozialistischer Studentenbund
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel.: 44 98 14

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein (Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vetriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

Münster
Postlagerkarte Nr. 029033 B
4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
Postlagerkarte 080 845 B
Heidelberg

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg

Trier
Postlagerkarte Nr. 031078 B
5500 Trier



Redaktion des
ARBEITERKAMPFES
Lerchenstraße 75
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 50
Redaktion: 040/43 54 15
Abonnement-Verwaltung:
040/43 53 46

Lingen: Auftakt für weitere gemeinsame Aktionen

10.000 gegen Atom und Rüstung



BBU, DFG-VK und über 60 weitere Organisationen und Bürgerinitiativen riefen – und an die 10.000 kamen, um am 25. Oktober in Nordhorn und Lingen gegen ein atomares Emsland zu demonstrieren. Damit ist ein Grundstein für ein künftig stärker koordiniertes Vorgehen von Friedens- und Anti-AKW-Bewegung gelegt. In den nächsten Wochen soll eine weitere Koordinationskonferenz ,,Ökologie und Frieden" zur Auswertung dieser Aktion und zur Planung weiterer Aktivitäten stattfinden.

Vier AKWs und ein Hochtemperaturreaktor sollen im Emsland installiert werden, zusätzlich zur Ruine des AKW Lingen I. Zur Kühlwasserversorgung ist südlich von Lingen ein Gebiet von 3,5 qkm als Speicherbecken vorgesehen. In Lingen selbst betreibt die Firma Exxon-Nuklear eine Brennelementefabrik. Im Gespräch ist ferner der Bau einer kleinen WAA in Wippingen. In Gronau wird eine Urananreicherungsanlage gebaut, nur wenige Kilometer entfernt vom niederländischen Almelo, wo eine derartige Anlage bereits arbeitet. Ahaus ist als Zwischenlagerstandort vorgesehen — ähnliche Anlagen plant die niederländische Regierung auf ihrer Seite der Grenze. Der Bombenabwurfplatz Nordhorn-Range, 1972 Schauplatz erbitterter Kämpfe der Bevölkerung gegen die von dieser Anlage ausgehende Belästigung und Gefährdung, sowie die Erprobungsstelle 91 der Bundeswehr in Meppen markieren den militärischen Aspekt dieser furchterregenden ,,Landschaftsbeschreibung". Die projektierte Emslandautobahn schließlich soll die verkehrsmäßige Erschließung dieses El Dorado der Atomindustrie vorantreiben.

Aktionstag 25. Oktober

Die Aktion am Sonnabend begann mit einer Kundgebung auf dem zukünftigen Gelände des AKW Lingen II, etwa sechs Kilometer außerhalb Lingens. Dabei wurde ein Freundschaftshaus nach Gorlebener Vorbild errichtet — dem allerdings keine lange Lebensdauer beschieden sein sollte. Gleichzeitig fuhren etwa 300 Radfahrer zum 15 km entfernten Bombenabwurfplatz Nordhorn-Range und errichteten dort eine Reihe von Holzkreuzen am Rande des Platzes, die an die zahlreichen Fehlwürfe der Nato-Bomber erinnern sollten. Die Radfahrer stießen dann kurz vor Lingen zu den übrigen Demonstranten, die sich inzwischen in Richtung Lingen in Marsch gesetzt hatten. Dort fand auf dem Marktplatz die Abschlußkundgebung statt, an die sich ein ,,Friedensfest" anschloß. Die Kundgebungsredner(innen) — Lilo Wollny von der BI Lüchow-Dannenberg, Jo Leinen vom BBU-Vorstand, der DFG-VK-Vorsitzende Klaus Mannhardt sowie ein Sprecher des niederländischen ,,Innerkirchlichen Friedensrates" betonten den Erfolg der Aktion und gaben sich zuversichtlich in bezug auf die zukünftige Zusammenarbeit von Anti-AKW- und Friedensgruppen. Um das anschließende ,,Friedensfest" (zahlreiche Informations- und Verkaufsstände, darunter leider auch wieder einige kommerzielle — waren aufgebaut) hatte es einigen Wirbel gegeben: Die CDU-Mehrheit im Stadtrat konnte sich nicht zu einer Genehmigung durchringen. Auf den Ablauf des ,,illegalen" Festes hatte das allerdings keinerlei Einfluß.

Einen Mißklang gab es innerhalb des Festprogramms, als ausgerechnet dem Liedermacher Pago, der u. a. mit einem sehr positiven Lied zum 6. Mai in Bremen und dem bekannten Song gegen die AKWs in Ost und West die zu diesem Zeitpunkt schon ziemlich lahme Stimmung nochmal kräftig angeheizt hatte, die vom Publikum lautstark geforderte Zugabe von den Organisatoren unter Hinweis auf ,,technisch-organisatorische Probleme" verwehrt wurde.

Noch während des anschließenden Gottesdienstes in einer Lingener Kirche begann die massenhaft vorhandene, aber bis dahin diskret im Hintergrund gehaltene Polizei, das Gelände, auf dem das Freundschaftshaus errichtet worden war, abzuriegeln und das Haus plattzuwalzen.

Anmerkungen eines Teilnehmers

So interessant die Nordhorn/Lingen-Aktion im bündnismäßigen Sinn gewesen sein mag, eine zukünftige stärkere und erfolgreiche Zusammenarbeit von Friedens- und Anti-AKW-Bewegung wird sich nicht allzu stark an der Gestaltung dieser Demonstration orientieren dürfen. Ich war unter Garantie nicht der einzige Teilnehmer, der reichlich frustriert vom konkreten Ablauf der Aktion die Heimreise antrat.

Dabei geht es gar nicht darum, die Lingener Demonstration an den Aktionen der Hoch-Zeit der Anti-AKW-Bewegung, deren Formen, deren Elan und Durchschlagskraft usw. zu messen. Veränderte innere und äußere Bedingungen können natürlich nicht ignoriert werden. Aber auch an den formulierten Zielen der Lingener Aktion selbst — ,,den Widerstand stärker vom Abstrakten wegbringen", ,,den Friedenskampf lokal verankern" usw., wie es Bubenzer von der DFG/VK in der ,,TAZ" formulierte — gemessen, grenzt es noch an Verarschung, die Demonstranten über sechs oder mehr Kilometer durch Wald- und Wiesengelände trotten zu lassen, wo ausschließlich ein paar friedlich weidende Rindviecher durch quäkende Lautsprecherparolen — Sprechchöre kamen so gut wie nie auf — aufgestört wurden, um sich dann in der inzwischen ebenfalls menschenleeren Innenstadt zu versammeln — währenddessen das so spektakulär rausgestellte Freundschaftshaus sang- und klanglos von der Polizei wieder abgerissen wird.

Außerdem hätte ich es für angebracht gehalten, etwas ausführlicher als mit einem kleinen Hinweis auf der Abschlußkundgebung auf die Tatsache einzugehen, daß im Lingener Knast immer noch zwei Grohnde-Demonstranten — ,,Eso" Oldefest und Andreas Hanke — sitzen. Die Demonstrationsroute führte schließlich direkt an einem Komplex der Lingener JVA vorbei!

Ein Genosse aus Bremerhaven

Die WAA ist tot, es lebe die WAA!

Als im Februar 79 Albrecht der WAA Gorleben scheinbar den Todesstoß versetzte, indem er erklärte, daß die Anlage politisch nicht durchsetzbar sei, und er nach dem Gorleben Treck sogar erklärte, daß es unter seiner Verantwortung keine WAA in Gorleben geben werde, schienen die Pläne der Atommafia zumindest für einige Zeit auf Eis gelegt. Doch bekanntlich fand dann im September 79 ein Treffen der Regierungschefs von „Bund und Ländern" statt, auf dem erneut einmütig bekräftigt wurde, daß die Wiederaufbereitung *„sicherheitstechnisch realisierbar"* sei, weshalb auch die *„Arbeiten für ein integriertes Entsorgungszentrum fortgesetzt"* würden (Energiedisk. 1/2/80). Damit ist natürlich immer noch Gorleben gemeint, doch da hier so schnell die komplette WAA nicht durchzusetzen ist, forderten die Regierungschefs weiter, daß, *„in diese Arbeiten (für das integrierte Entsorgungszentrum, Anm.Red.) Untersuchungen über Kapazitäten und Standortkriterien von Wiederaufbereitungsanlagen einzubeziehen"* sind (ebd.). In der Sprache der „FAZ" (20.10.80) liest sich dies dann so:„.... *wurde im Kreise der Ministerpräsidenten der Gedanke eines dezentralen Entsorgungssystems geboren".* Bekanntermaßen drängelte sich sofort einen Monat später Karry nach vorne und verkündete, in Hessen eine WAA mit einer Kapazität von 350 Tonnen bauen zu wollen.

Danach entstand in der Öffentlichkeit der Eindruck, daß also eine „kleine" WAA in Hessen in Planung sei und sonst nichts. Mitte des Jahres preschte die niedersächsische Wirtschaftsministerin Breuel mit dem Plan einer weiteren Anlage im Emsland vor, was aber von der bürgerlichen Presse schamhaft verschwiegen wurde. Im September drängelte Bundeskanzler Schmidt höchstpersönlich in einem Brief an den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Vogel, auch in diesem Land eine WAA bauen zu lassen. Der *„besorgte Landesvater"* konterte damit, daß er schon *„in der Besprechung der Regierungschefs... im September 79 die Bereitschaft des Landes erklärt habe"* („FAZ", 1.10.80)! Schließlich kam es mittlerweile schon zu zwei Treffen zwischen Vertretern der hessischen und rheinland-pfälzischen Regierung, da insbesondere Karry fürchtete, *„ein von der Kapazität her großzügigeres Angebot der Rheinland-Pfälzer werde den hessischen Plänen das Wasser abgraben und Rheinland-Pfalz in dieser Frage nach vorn bringen"* („FAZ", 20.10.80). Doch diese Schreckensvisionen waren völlig unbegründet, denn man einigte sich auf jede erdenkliche Hilfe bei der Planung und der Errichtung der Anlagen (s.a. Artikel zu Hessen).

Mittlerweile kann auch die Bevölkerung völlig beruhigt sein, Vogel hat sich in die Materie der Wiederaufbereitung eingearbeitet und stellte sachkundig fest: *„Es handelt sich schließlich um keine Marmeladenfabrik"!* Daher mußte auch der Hunsrück schon im Vorwege aus der Standortsuche rausfallen, da dort schon zuviele militärische Anlagen konzentriert seien.

Nun bekam es offensichtlich Wirtschaftsministerin Breuel mit der Angst zu tun, im Rennen um die WAA ausgestochen zu werden. Nach einer energiepolitischen Debatte im niedersächsischen Landtag erklärte sie, *„die Möglichkeit der Wiederaufbereitung in Anlagen, die kleiner sind als ursprünglich geplant, könne in Niedersachsen jetzt mit breiterer politischer Rückendeckung* (gemeint ist die Unterstützung der SPD – Anm.AK) *praktisch geprüft werden"* („FAZ", 26.9.80). Wie wir im AK berichteten, ermunterte sie wenige Tage später DWK-Chef Scheuten bei einer Besprechung *„in Niedersachsen eine Wiederaufbereitungsanlage für Kernbrennstäbe zu beantragen"* (AK 187). Hierbei sprach sie sich unumwunden für den Standort Gorleben aus, was ihr einen Rüffel von Albrecht einbrachte. So schnell geht's nun doch nicht.

„Statt" einer großen, erst drei „kleine" WAA's

Schon Mitte dieses Jahres wurde bekannt, daß das Innenministerium einen sogenannten Standortkriterienkatalog für Wiederaufbereitungsanlagen ausarbeiten lassen hat, welcher als „Entscheidungshilfe" dienen soll. So werden z.B. die Bevölkerungsdichte, Wetterbedingungen, Wasserverhältnisse und Erdbebengefährdung berücksichtigt. Konkret heißt das, daß möglichst weniger als 1000 Menschen oder maximal 3000 Menschen in einem Umkreis von 4 Kilometern wohnen sollen. *„In einem beliebigen Sektor von 30 Grad dürfen in zwei bis fünf Kilometern Entfernung nicht mehr als 4000 Menschen leben, in einer Entfernung von fünf bis zehn Kilometern nicht mehr als 10.000"* („Spiegel",28.7.80). Dies bedeutet nichts anderes, als daß in der Hauptabgasrichtung besonders viel radioaktive Stoffe den Boden erreichen werden und dort nicht so viel Menschen leben sollen. Das nennt sich dann „nukleare Sicherheit". Auch soll die WAA in keinem Tal gebaut werden oder in windstillen Gebieten. Wie sich an diesen wenigen Beispielen zeigt, geht es bei diesem Katalog nur darum, allzu krasse Fehlplanungen von Standorten zu vermeiden, um Zeit und Geld zu sparen. Der Plan liegt seit Juli den Ministerpräsidenten der Länder in demokratisch geheimer Weise vor und sie sollen die Standortkriterien Umweltschutz und Raumplanung hinzufügen. Auch der DWK liegt dieses Papier schon seit Monaten vor. So verwundert es nicht, daß die DWK offenbar schon weiß, wo ihr „Traumplatz" liegt, den sie ursprünglich auch veröffentlichen wollte, nun aber auf den Kriterienkatalog des Innenministeriums verweist. Der Öffentlichkeit wurde bisher nur bekannt, daß sich *„nach einer ersten Prüfung ... 170 (!) Standorte von der Größe her als geeignet erweisen"*(„FAZ", 29.9.80). Nach Anlegung des Kriterienkataloges blieben angeblich 34.

Doch wie wir oben gesehen haben, hat die DWK nicht nur in Hessen ein Eisen im Feuer. Auf der Konferenz der Wirtschaftsminister der Länder im September dieses Jahres, auf der Breuel Gorleben wieder ins Spiel brachte, hielt DWK-Chef Scheuten eine Art programmatische Rede, in der er die aktuelle Planung der Atommafia vortrug.

1. Zwischenlagerkapazitäten müßten bereitgestellt werden, was im Moment zur vollen Zufriedenheit geschehe.
2. Die WAA in Karlsruhe müsse möglichst bald wieder in Betrieb gehen.
3. Die hessische WAA sei unbedingt erforderlich, die Planung sei so zu halten, daß 1984 mit dem Bau begonnen werden und 1993 Betriebsbeginn sein könne.
4. Parallel zur Wiederaufbereitung solle unverzüglich die Technik der direkten Endlagerung weiterentwickelt werden.
5. Parallel zur hessischen WAA sollte unverzüglich *„die Möglichkeit zur Durchführung eines Genehmigungsverfahrens für eine weitere 350-T Wiederaufbereitungsanlage in einem anderen Bundesland eröffnet werden."* Da beide baugleich seien, könnten so hohe Planungskosten gespart werden.
6. „Unverzüglich (müßte) nach einer politischen Grundsatzentscheidung zugunsten der Wiederaufbereitung ... mit der Planung und 1 - 2 Jahre später mit einem Genehmigungsverfahren für eine größere Wiederaufbereitungsanlage – 700 t U/a – begonnen werden. Ob diese Anlage am Standort der ersten oder zweiten WAA oder ganz woanders stehen solle, müsse später entschieden werden" (Alle Angaben: „FR",26.9.80).

Zählt man die Kapazitäten dieser Planung zusammen, so kommen 1400 Tonnen heraus, just die gleiche Kapazität, wie sie ursprünglich für Gorleben geplant war (zwei parallele Anlagen dieser Größe). Doch ist es nicht nur die gleiche Menge, auch Gorleben als Standort käme für die Betreiber für die 700 Tonnen Anlage in Betracht. Denn nach dem Kriterienkatalog liegt Gorleben natürlich günstig. Läßt man unter diesem Aspekt auch mal alle Aussagen Albrechts zur WAA Gorleben Revue passieren, wird man feststellen, daß er „nur" sagte, daß Gorleben nicht in der geplanten Größe und während seiner Amtszeit nicht gebaut würde, mehr nicht. Wo er schon 1980 nicht Kanzler wurde, kann er sich noch für 1984 Hoffnungen machen für den großen Sprung nach Bonn, um sein Wort zu halten.

AKW–Nein–Kommission

Der Standort-Poker

Im SPD-regierten Hessen liegt man derzeit in der Standortplanung für die „kleine" WAA wieder einmal vorn. Vor den Bundestagswahlen fehlte angeblich noch der Kriterienkatalog für die Standorte, jetzt ist er plötzlich da. *„In Kürze"* werde er vorgelegt („Welt", 23.10.80). Ein *„hessenspezifischer Teil"* soll daran angehängt werden. Wenn Karry in der 2. November-Woche aus China zurückkehrt, kann es bald losgehen. Schon im Mai dieses Jahres hatte Karry die Standortbenennung für den Herbst 80 angekündigt.

Sämtliches Gerede, man wolle *„ohne Eile abwägen"* und *„bei der Standortsuche behutsam vorgehen, damit die Sicherheit nicht zu kurz kommt"*, dient einem anderen Zweck. Hinter den Kulissen ist das Gerangel um den auserkorenen WAA-Platz schon im Gange: einige Landräte hätten bereits ein *„sehr großes Interesse"* geäußert, andere wollten lieber die Kommunalwahlen im März noch abwarten hieß es in der „Frankfurter Neuen Presse" (vom 11.10.80). Karry streute kürzlich schon mal die Zahl 12 als „geschätzte Anzahl" möglicher WAA-Standorte in die Debatte, damit die „Sicherheit", schließlich einen Standort durchzubekommen, *„nicht zu kurz kommt".*

KB/Gruppe Marburg

WAA-Pfalz

Nachdem Ministerpräsident Vogel (CDU) schon im Sommer die Bereitschaft erkennen ließ, in Rheinland-Pfalz eine WAA zu bauen, scheint nun dieser Plan konkrete Formen anzunehmen. Vor den Bundestagswahlen wurden nur die Gebiete genannt, *„wo die rheinland-pfälzische WAA nicht stehen soll: nicht in den militärisch genutzten Gebieten der Westpfalz, im Hunsrück und bei Bitburg und – wegen des geringen Wasserbedarfs – weder am Rhein noch an der Mosel"* („Trierischer Volksfreund", 3.10.80). Damals schienen der Trierer oder Koblenzer Raum auserkoren zu sein. Doch der Kandidat der Grünen aus der Südpfalz, Paulitz, verfügte schon damals über Informationen, wonach der Standort bereits feststehe, aber erst nach den Bundestagswahlen bekanntgegeben werden soll. Dies wurde zwar von der Landesregierung dementiert, aber schon zwei Wochen später war plötzlich der Bienwald in der Südpfalz im Gespräch.

„Experten halten von den geologischen Gegebenheiten her einen Standort im südpfälzischen Raum für nahezu ideal. Er könnte nach ihren Vorstellungen unterhalb der Linie Schaidt, Minfeld Kandel liegen mit den Begrenzungspunkten Hagenbach und Lauterburg" („Rheinpfalz", 21 10.). Prompt wurde in der „Rheinpfalz" mit Arbeitsplätzen (1.500 an der Zahl), Gewerbesteuer (60 bis 100 Millionen DM) und der Sicherheit einer solchen Anlage geworben, um ein solches Projekt der örtlichen Bevölkerung schmackhaft zu machen. In den nächsten Tagen gab es aber schon Protest in der Presse.

Von Verbandsbürgermeister Böhm aus Kandel, vom SPD-Landtagsabgeordneten Nagel aus Minfeld, von einem CDU-Kreistagsmitglied, von Seiten der Grünen Liste Südpfalz (die bei den Kommunalwahlen über sieben Prozent erreichte), den Grünen und den Jusos.

Hans-Günter Schuhmacher, Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Südpfalz, erklärte in der „Rheinpfalz": *„Eine WAA im Bienwald, ein AKW bei Neupotz, eine Kohleverflüssigungsanlage mit atomarem Teil in Germersheim, die notwendigen Straßenerweiterungen und eine Autobahn durch den Pfälzer Wald würden unseren Lebensraum unwiderruflich in ein atomares Ruhrgebiet verwandeln. Weder Ministerpräsident Vogel noch sein hessischer Amtskollege sollten sich der Illusion hingeben, durch die Benennung möglichst vieler Standorte könne man den Widerstand dezimieren. Die Reaktion allein auf die Meldung der letzten Tage gegenüber unserer Bürgerinitiative läßt vielmehr darauf schließen, daß der Widerstand wie nie zuvor in der Südpfalz wachsen wird"* („RP", 25.10.

Eskalation am Frankfurter Flughafen

Im Rhein-Main-Gebiet hat die hessische Landesregierung begonnen, einen Alptraum in die Wirklichkeit umzusetzen. Die Abholzung von zunächst sieben Hektar (von insgesamt 200 Hektar!) Wald hat begonnen. Drei Millionen Bäume sollen der Erweiterung des Rhein-Main-Flughafens um eine neue Startbahn („18 West") weichen. Daß dies eine beispiellose ökologische Zerstörung bedeutet, ist wohl jedem klar. Was jedoch hinzukommt, ist, daß die ökologische Belastbarkeit des Rhein-Main-Ballungszentrums jetzt schon jedes verantwortbare Maß überschritten hat. So hat der Bau der Startbahn West u. a. zur Folge, daß die wichtigste Frischluftschneise und eines der letzten Naherholungsgebiete in diesem Raum zerstört werden. Der Beginn der Rodungsarbeiten war nur unter Anwendung polizeilicher Gewalt möglich. Wie stark der Protest der betroffenen Bevölkerung ist, zeigt sich etwa daran, daß der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung das Kunststück gelang, im Laufe einer einzigen Nacht 3.000 bis 4.000 Flughafengegner in den Wald zu mobilisieren. Insbesondere die Bürger der anliegenden Gemeinde Mörfelden-Walldorf, wo sich eine Allparteienkoalition gegen die Flughafenerweiterung ausgesprochen hat, denken nicht im Traum daran, daß der Beginn der Abholzungen den Kampf bereits entschieden hätte. Jeder Quadratmeter und jeder Baum soll verteidigt werden – freilich mit gewaltfreien Mitteln. Die Auseinandersetzungen dürften sich noch um einiges verschärfen, wenn die Flughafen AG daran gehen sollte, das bei weitem größte Waldstück, das sich heute noch im Besitz der Gemeinden befindet, aber zwangsenteignet werden soll, abzuholzen. Aus Unzulänglichkeiten der Widerstandsaktionen der ersten Tage hat die BI Schlußfolgerungen gezogen: Schichtdienst bei der (Dauer-)Besetzung der Waldhütte, ein verbessertes Alarmsystem, noch massenhaftere Aktionen. So soll nach einer ersten überregionalen Demonstration am 2.11. in Mörfelden-Walldorf zügig die Vorbereitung einer b u n d e s w e i t e n Protestaktion angegangen werden. Doch der Protest hat auch noch weitere Formen angenommen, die den Herrschenden zunehmend unbequem werden: Parteiaustritte in ungeahntem Ausmaß, Niederlegung öffentlicher Funktionen, Pläne, zur kommenden Kommunalwahl mit einer Anti-Flughafenliste anzutreten, Protestaktionen vor dem hessischen Landtag (für den 6.11. in Wiesbaden geplant). **hafenliste anzutreten, Protestaktionen vor dem hessischen Landtag (für den 6.11. in Wiesbaden geplant).** **Außerdem müssen die Flughafenbosse fürchten, daß der hochtechnisierte, aber auch empfindliche Betrieb ihres Terminals mit einfachen Mitteln des „unbotmäßigen Verhaltens" wirksam gestört werden könnte. So hatte eine erste Störaktion der Zufahrtswege durch langsam fahrende oder „parkende" PKWs ein überraschendes Chaos im Flughafenbetrieb bewirken können. Denkbar sind eine Vielzahl derartiger Aktionsformen. Der Versuch, den Widerstand der Bevölkerung mit Gewalt zu brechen, könnte die Flughafen AG im wahrsten Sinne des Wortes sehr teuer zu stehen kommen. Der Kampf gegen die Startbahn West geht jetzt erst richtig los: Er kann und muß von überall her entschiedene Unterstützung erfahren.**

Wenige Tage, nachdem der Hessische Verwaltungsgerichtshof prompt nach der Bundestagswahl die sofortige Vollziehbarkeit des Flughafenausbaus bestätigt hatte, begann die Frankfurter Flughafen AG (FAG) mit Rodungsarbeiten auf der von ihr projektierten Startbahn-Trasse.



Ein erster Holzfällversuch einer rabiaten, aus Österreich eingeflogenen Waldarbeitertruppe konnte durch die schnelle Mobilisierung von 500 Startbahngegnern beendet werden, noch bevor mehr als 40 Bäume gefallen waren. Auch tags darauf war eine Fortsetzung der Arbeiten nicht möglich, weil, wie der Zufall es so wollte, fast alle Klassen der Mörfelder Gesamtschule einen Schulausflug in den bedrohten Wald veranstalteten, um zusammen mit ihren Lehrern sich mit der Problematik des Flughafenausbaus zu befassen, wie der Schuldirektor in der „Hessenschau" (Regionalfernsehen) zusammen mit Elternvertretern erklärte.

Am vorletzten Wochenende kam es dann nochmal zu einer Kundgebung von ca. 3.000 Flughafengegnern im bedrohten Waldgelände, bei der für die einzelnen Bäume „Patenschaften" übernommen wurden.

In der Nacht vom 27. auf den 28. 10. wurde es dann ernst. Die Bürgerinitiative erhielt die Information von einem bevorstehenden größeren Polizeieinsatz. Binnen weniger Stunden besetzten über 3.000 Menschen den Wald. Der erwartete Polizeieingriff blieb zunächst aus. Gegen Morgen zogen sich die meisten Flughafengegner aus dem Wald zurück – sie mußten zur Arbeit, zur Schule und Uni; darauf hatte die Polizei gewartet. Gegen 11.00 Uhr fuhren mehrere Hundertschaften auf und besetzten das Waldstück, das bereits im Besitz der FAG ist. Die ca. 200 verbliebenen Besetzer wurden umgehend abgedrängt – im Akkordtempo begannen die Holzfäller mit ihrer Arbeit. Währenddessen baute die Polizei ihre Stallungen aus, vorbereitete Nato-S-Draht-Rollen wurden rund um das Gelände verlegt, ein Sperrsystem auf den Zufahrtswegen errichtet.

Die Polizei hielt die anwachsende empörte Menge, in der die BI gegen Flughafenerweiterung „gewaltfreien Widerstand" propagierte, durch drohende Gewaltanwendung in Schach. Gerangel gab es jedoch, als die Polizei ihr Terrain noch mehr erweitern wollte. Während des Nachmittags und am frühen Abend strömten Tausende von Bürgern in den Wald. Als sie mitansehen mußten, wie in Sekundenabständen Baum um Baum fiel, brauchte man die Leute nicht erst zu fragen, was sie darüber denken ...

Die eingesetzten Beamten hatten vom Frankfurter Polizeipräsidenten Gemmers (SPD) schriftlich Verhal- Die eingesetzten Beamten hatten vom Frankfurter Polizeipräsidenten Gemmers (SPD) schriftlich Verhal-tensmaßregeln mit auf den Weg bekommen. Demnach sollten sie auf die „friedlichen Bürger" beruhigend einwirken, bei „linksradikalen Berufsdemonstranten" jedoch nicht zimperlich sein. Mag sein, daß die Polizeiführung an diesem ersten Tag mit den Ergebnissen ihres Konzeptes zufrieden war. Mit jedem Tag geht die Polizei jedoch brutaler gegen a l l e Protestierenden vor und scheut sich nicht, auch ältere Bürger zu terrorisieren.

Dies bekamen am Abend des 28. 10. bereits ca. 300 Flughafengegner zu spüren, als sie mit einem Sitzstreik das Terminal für internationale Linien im Flughafengebäude blokkierten. Binnen zehn Minuten stellten 2 Hundertschaften mit Gummiknüppeln und blanken Fäusten die Durchlässigkeit des Flughafens wieder her ...

Auch im Wald brutalisierte sich das Polizeivorgehen: Unbelehrbare, die wieder versuchten, das noch nicht gerodete Waldstück zu besetzen, wurden jetzt aus dem Wald herausgeprügelt. Dabei brach man u. a. einer einundfünfzigjährigen Mörfelder Stadträtin eine Rippe. Kommentar des polizeilichen Einsatzleiters: *„Wenn Emanzipation gewünscht wird, muß man auch die Folgen tragen"*. In der Umgebung des Flughafengeländes wächst so die Parteienverdrossenheit. Insbesondere bei der SPD häufen sich die Parteiaustritte (es sollen schon über 100 sein), nachdem schon viele Funktionsträger ihre Ämter und Mandate niedergelegt haben. Pläne, mit einer „FAG"-Liste (Flughafen-Ausbau-Gegner) zur Kommunalwahl anzutreten, konkretisieren sich. Besondere Verbitterung herrscht über das fast einmütige Votum der SPD-Landtagsfraktion, u. a. auch aller Frankfurter Landtagsabgeordneten, für den Flughafenausbau.

Ein Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd steht ins Haus. Nachdem dessen Durchführung seitens des Bezirksvorstandes nicht mehr zu verhindern war, basteln die Strategen nun an einem „Kompromißantrag, mit dem Holger Börner leben kann". In Mörfelden-Walldorf sieht es nicht danach aus, als ob damit derzeit noch etwas „repariert" werden könnte. Die Frage ist umgekehrt, ob es der SPD angesichts der von ihr in ganz Hessen geplanten, nicht minder folgenschweren Projekte (Atomkraftwerke, Wiederaufarbeitungsanlage) gelingt, diese Krise auf die Anliegergemeinden des Flughafens einzugrenzen.

KB/Gruppe Frankfurt







Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung

WIR GEBEN NICHT AUF!

Wir wissen, daß keine Landesregierung, keine Partei eine einige und geschlossene Bevölkerung unterdrücken kann. Die FAG hat erst ein winziges Stück ihres Zieles erreicht. Sie werden sich jeden Meter erkämpfen müssen. Das wird ein langer Weg sein, auf dem wir viele Möglichkeiten haben, uns doch noch durchzusetzen: Im Wald, in der Öffentlichkeit, bei den Kommunalwahlen usw. Mit dem jetzigen Einschlag will die FAG das Gelände für den Bau eines Tunnels freimachen, der die O Krifteler Straße unter der Startbahn hindurchführen soll. Es gibt in Hessen schon viele Brücken, die einsam und ohne Straßenverbindung im Wald stehen. Ein ebensolches staatliches Planungschaos muß hier verhindert werden.

Die Startbahn West wird es nicht geben! Der Weltflugverkehr und die Passagierzahlen gehen zurück. Die Bevölkerung aber geht vor. Es gibt hier eine lange Tradition des gewaltfreien Widerstandes. Wir haben gelernt, daß Gewaltfreiheit nicht Passivität bedeutet. Wir werden aktiv sein, und gewaltfrei. Und wir werden uns unser Waldgebiet wieder zurückholen.

Am Sonntag werden wir zehntausend oder noch mehr sein. Geplant ist späterhin eine nationale Großdemonstration mit Sternfahrten aus allen Städten des Bundesgebietes. Wir rufen den Bundesverband Bürgerinitiativen (BBU), den Bund Umwelt und Naturschutz, die Jungsozialisten und alle anderen Organisationen, die sich für den Naturschutz aussprechen, schon jetzt auf, diese Sternfahrt durch breite Öffentlichkeitsarbeit vorzubereiten. Wir rufen alle Organisationen auf, die uns bisher mit Solidaritätserklärungen unterstützt haben, insbesondere Gewerkschaftsmitglieder aus der Region: Geht zur tatkräftigen Hilfe über; spendet auf unser Konto; tut, was immer ihr könnt.

Wir sind nicht allein. Wir sind viele. Und wir sind im Recht! Kommt alle zur Großkundgebung am Sonntag um 14 Uhr in Walldorf (SKG–Heim am Sportplatz) und unterstützt unsere Forderungen:

KEINE STARTBAHN WEST!
NACHTFLUGVERBOT VON 22 BIS 6 UHR!

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND)

Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND)

Bremer Antiatom-Konferenz

Schon jetzt anmelden

Bremen (taz). Seit der Räumung des Dorfes 1004 ist von zahlreichen Bürgerinitiativen der Wunsch nach einem bundesweiten Treffen zur Beratung der weiteren Perspektiven verstärkt geäußert worden. Am 23.8. hatte dazu ein Vorbereitungstreffen in Kassel stattgefunden. 30 Vertreter aus 14 BIs beschlossen, die Bundeskonferenz am 29./30. November in Bremen durchzuführen.

Kassel konnte als ursprünglicher Ort für die Bundeskonferenz nicht aufrecht erhalten werden. Die Kasseler Aktiven waren, als die Vorbereitungsarbeiten beginnen sollten, wegen Urlaubs- und Arbeitsabwesenheit stark geschwächt. Als Ausweichort für diesen Fall, der von den Kasselern schon im August befürchtet wurde, ist Bremen eingesprungen, deshalb die Bitte an alle "Südlichter": Seid nicht böse wegen der langen Anfahrtszeit, kommt trotzdem, es wird sich lohnen.

Als Vorbereitung für die Bundeskonferenz wurde eine Materialmappe zusammengestellt, die inzwischen fertig ist. Es gab sehr viele und z.T. sehr umfangreiche Beiträge. Deshalb mußten wir den ursprünglich angekündigten Preis von drei Mark umschmeißen. Die Mappe kostet bei Einzelbestellungen sechs Mark plus zwei Mark Porto. Für BIs ab fünf Exemplare kostet sie fünf Mark. Bestellt sobald wie möglich beim BBA Büchertisch oder den bekannten BI-Büchertischen (Hamburg, Göttingen, Bochum, Berlin Frankfurt). Die Mappe ist in Bremen gemacht worden, deshalb bezahlt bitte auf das Konto vom BBA-Büchertisch, Inge Rosinski, Kto. 164 0887 bei der Sparkasse in Bremen.

Nachträglich eingegangene Beiträge für die Materialmappe werden noch zu einer Beilage zusammengestellt, damit auch diese als Diskussionsgrundlage bei der Bundeskonferenz vorliegen.

Themenschwerpunkte in Bremen sind:
1. Auswertung der Aktion 1004
2. Das neue Entsorgungskonzept der Bundesregierung
3. Energiepolitik der Bundesregierung
4. Atomprogramm und atomare Aufrüstung
5. Prozesse gegen AKW-Gegner
6. Arbeit mit Filmen
7. Neue Genehmigungsverfahren für Atomkraftwerke (Die "Baulinie 80")

Am 8. Nov. findet in Göttingen im Büro des AK, Marienstr. 10 das letzte inhaltliche Vorbereitungstreffen statt. In Göttingen soll die endgültige Festlegung der Themenschwerpunkte und die letzte organisatorische Vorbereitung geleistet werden.

Ein Vorschlag für die Tagesordnung der Bremer Konferenz sieht so aus:
Samstag: 11 bis 13 Uhr Anmeldung, Begrüßung, Schlafplätze. 13 bis 19 Uhr Arbeitsgruppen mit internen Pausen. 19 Uhr Essen. Ab 20 Uhr ein Fest.
Sonntag: 9.30 bis 13 Uhr Plenum oder Fortsetzung der Arbeitskreise. 12.30 bis 13.30 Mittag. 13.30 bis 15.30 Plenum.
Kontakt Göttingen: 0551/7700158
Kontakt Bremen: 0421/75562 (Uwe) oder 0421/327530 (Margot).

Die Bremer Vorbereitungsgruppe

ANMELDUNG:
zur Bundeskonferenz der Antiatom-Bewegung am 29./30.11. in Bremen

....
Name der BI

....
Kontaktadresse

Wir kommen mit ... Teilnehmern, die insgesamt ... Schlafplätze brauchen. Wir nehmen teil an den Arbeitskreisen AG 1, AG 2, AG 3, AG 4, AG 5, AG 6, AG 7.
Baldmöglichst senden an BBA Laden, 28. Bremen, Ostertorsteinweg 43, Tel.: 0421/327530.

München »Ermittlungen« ohne Ergebnisse

Die „Ermittlungen" der Staatsschutzorgane nach dem Münchner Massaker verlaufen mit der offenbar gewünschten Erfolglosigkeit: Nach wie vor besteht faktisch eine Nachrichtensperre; nach wie vor ist die Einzeltäter-These nicht offiziell begraben, obwohl selbst die bisher bekannt gewordenen, spärlichen Untersuchungsergebnisse, die an die Öffentlichkeit gelangten, ausreichen, das Gegenteil zu beweisen. Von einer systematischen Großfahndung, wie sie gegen links bei weit geringeren Anlässen eingeleitet würde, ist nicht die Rede.

Inzwischen sollen lt. „Süddeutsche Zeitung" vom 28.10. der Sonderkommission über 800 Hinweise aus der Bevölkerung vorliegen. Nur von e i n e m ist aber bekannt, daß ihm nachgegangen wird — und da ist das Vorgehen allerdings bezeichnend: Laut Aussage eines Zeugen soll Köhler sich eine Viertelstunde lang vor der Explosion sehr vertraut mit zwei jungen Männern (in Parkas mit BRD-Emblemen und mit Kurzhaarschnitt) unterhalten haben. Die — doch ansonsten so konspirativ arbeitende — Ermittlungsbehörde hatte nichts besseres zu tun, als die beiden über die Presse „aufzufordern", sich als Zeugen zur Verfügung zu stellen. Hundertprozentiger konnte ihnen eine W a r n u n g z u m W e g t a u c h e n nicht mitgeteilt werden, falls es sich, was zu vermuten war, um Komplicen von Köhler handelte. Inzwischen hat sich denn auch *„nach Sachlage ... der Verdacht ergeben, daß auch sie in das Attentat verwickelt waren"* („SZ", 28.10.).

Inzwischen ist der Sicherheitsausschuß des bayerischen Landtags auf Betreiben der SPD zusammengetreten. Aus seinen bisher mindestens zwei Sitzungen ist jedoch nur bekannt, daß F.J. Strauß sich weigerte, vor dem Landtag Auskunft über die Quellen zu geben, aus denen er die Information über die angebliche Unterwanderung der Nazi-Gruppen durch DDR-Agenten haben will („Die Neue", 24.10.).

Seine höchst originelle Begründung: Er habe die Informationen in seiner „Eigenschaft als Kanzlerkandidat und nicht als bayerischer Ministerpräsident" erhalten und sei von daher dem Landtag nicht auskunftsverpflichtet — ein Hohn auf die beliebte „freiheitlich-demokratische Grundordnung"! Zur Aufklärung des Verbrechens hat auch der Sicherheitsausschuß der bayerischen Parlamentarier bisher absolut nichts beigetragen.

Die „Ermittlungen" vollziehen sich ganz und gar im Dunkeln, ohne jede Einbeziehung der Öffentlichkeit — sofern überhaupt Ermittlungen stattfinden, was niemand kontrollieren kann.

Am Rande des Geschehens, ohne daß irgendein Zusammenhang zum Münchner Massaker hergestellt wurde, wurden am 22.10. zwei Nazis verhaftet. Bei der Bekanntgabe befleißigte sich die Bundesanwaltschaft größter Rücksicht, wie sie nur gegen Rechte üblich ist: Namen wurden nicht genannt. Es soll sich um eine 31 Jahre alte Frau und einen 50 Jahre alten Mann handeln („FR", 24.10.). Der Frau wird Beihilfe zu einem Brandanschlag in Leinfelden vorgeworfen, dem Mann Beihilfe zu einem Anschlag auf das Haus des Landrats in Esslingen. Beide sollen zur Roeder-Bande gehören. — Das ist dann schon alles, was die Fahndung an konkreten Ergebnissen gebracht hat.

Stattdessen demonstrieren Bundesanwaltschaft und BKA ihre Fahndungsbereitschaft und ihre Fähigkeiten „ersatzweise" wie gewohnt gegen links: Mehrere Wochen nach dem Tod von Juliane Plambeck und Wolfgang Beer wurde durch Hinweis aus der Bevölkerung deren leerstehende Wohnung gefunden — wahrlich kein Meisterstück des BKA. Die Gelegenheit wurde wie üblich benutzt, um sofort sensationelle Meldungen für die Presse zu produzieren („Terroristen wollten Kanzler erschießen" u.ä.), um wieder einmal mehrere „mutmaßliche" Terroristen n a m e n t l i c h in der Öffentlichkeit vorzustellen — und um in Heidelberg 10.000 Fahndungsflugblätter an die Bevölkerung zu verteilen.

Von diesem Staat ist keine Bekämpfung des N e o - N a z i s m u s zu erwarten. Im Gegenteil!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Antifaschisten aufgepaßt: NPD-Bundesparteitag in Augsburg

Am 22./23.11. will die NPD in Augsburg ihren diesjährigen Bundesparteitag abhalten. Augsburg war im letzten Jahr schon Schauplatz des bayerischen Landesparteitages der NPD, die auch jetzt wieder damit rechnen kann, von offizieller Seite keine Steine in den Weg gelegt zu bekommen.

Anders als im letzten Jahr, wo eine größere Aktion an mangelnder Kooperationsbereitschaft scheiterte, scheint es dieses Jahr auf alle Fälle einiges an antifaschistischen Aktivitäten zu geben. So hat der DGB-Landesbezirk Bayern angekündigt, eine größere Kundgebung zu organisieren, und es ist die Organisierung von Sonderzügen (aus München) und Busfahrten (u.a. aus Nürnberg/Erlangen) angekündigt worden.

Selbst Oberbürgermeister Breuer, der nie ein Verbot des NPD-Parteitages erwogen hatte, begrüßte in der Zwischenzeit die DGB-Aktivitäten. Am 1.11. hatte der Antifaschistische Arbeitskreis Augsburg zu einem Treffen eingeladen, um Möglichkeiten gemeinsamer Aktionen zu besprechen. Ergebnisse dieses Treffens können beim AFAK Augsburg, Peter Zach, Maximilianstraße 55, 8900 Augsburg, Tel. 0821/37422 oder bei Norbert Joschko, 0821/415229 erfragt werden.

Kein NPD-Bundesparteitag in Augsburg und auch nicht anderswo!

Das mußte ja kommen: »taz« fordert »Freiheit für Heß«

Die ‚taz' – Zeitung für unterdrückte Minderheiten – hat wieder zugeschlagen und ein neues Tabu der Linken aufs Korn genommen: „Freiheit für Rudolf Heß?" – so lautet der Titel eines ganzseitigen Artikels in der ‚taz' vom 28.10..

Ist nach der „Unterdrückten Minderheit" der Neo-Nazis, die vom Staat so fürchterlich verfolgt werden und mit denen sich die Linke nicht solidarisch auseinandersetzt, und nach der „Unterdrückten Minderheit" der Chauvis, die wegen ihrer sexistischen Fantasien, ihrer Porno- und Prostitutionsbedürfnisse Verfolgung leiden, nun die drangsalierte Minderheit der Nazi-Mörder dran?

Damit erst mal klar ist, für w e n da Freiheit gefordert wird, zunächst ein kurzer Lebenslauf des Mitleid-Objekts:

Rudolf Heß, Stellvertreter Hitlers bis 1942; dann bis 1945 in England inhaftiert. Dort war er hingeflogen, um einen Friedensschluß mit Eng-
inhaftiert. Dort war er hingeflogen,
um einen Friedensschluß mit England und ein Bündnis gegen die Sowjetunion herzustellen; 1945 im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß wegen „Verschwörung gegen den Weltfrieden" zu lebenslanger Haft verurteilt. Heß ist heute der letzte Insasse des alliierten Militärgefängnisses in Westberlin-Spandau und Symbolfigur für die alte und neue Rechte in der BRD. Seit Jahren hat – auf Initiative bekannter rechtsradikaler Kreise – eine „Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Heß" eine Kampagne zu seiner Freilassung betrieben, die heute Unterstützer nicht bei der CSU/CDU, sondern bei einer überwältigenden Mehrheit des Bundestages, beider Bundesregierung und selbst in liberalen Kreisen gefunden hat. Ganz offiziell haben verschiedene westliche Staaten, darunter die BRD, bei der sowjetischen Regierung auf Freilassung von Heß gedrängt – und nur die sowjetische Haltung hat bisher dazu geführt, daß dieser überzeugte Nazi (Heß: „Ich bereue nichts!") nicht im Triumpf in die rechte Szene der BRD entlassen wurde.


...nüber Heß-Sympathi- und Jungnazis, die auf ...nd in Broschüren die ...lassung des Stellvertre- ...ers und die Beendigung ...yrannei" fordern. ...bewaffneten rechtsradi- Pläne zur gewaltsamen Rudolf Heß geschmiedet ...jahr 1979 rief eine Bürgerinitiative gegen

In Westberlin sitzt seit mehr als 30 Jahren der Alt-Nazi Rudolf Heß im Gefängnis. Daß er ein Nazi war und sicherlich noch ist, ist unbestritten... Dennoch: Ist es nicht absurd, wenn Leute, die sich gegen den unsinnigen Strafvollzug wenden, gegen lebenslange Freiheitsstrafen, dann bei Leuten wie Heß 30 Jahre Haft "ganz sinnvoll" finden?
Fragen nach den Menschenrechten werden da schlicht ausgeklammert. Wer sich aus humanitären Gründen für eine Freilassung von Rudolf Heß einsetzt, muß damit rechnen, in die Nähe von Alt- und Neonazis gerückt zu werden. Besonders linke Gruppen antworten mit Unverständnis.

Das alles weiß auch der ‚taz'-Autor Helmut Ortner. Er zitiert sogar das Argument, mit dem die sowjetische Regierung der Freilassung von Heß widerspricht: **„Die Amnestie für Heß würde eine Amnestie für das verbrecherische Nazisystem bedeuten, für dessen bevollmächtigten Vertreter er sich auch heute noch hält."** Selbstverständlich ist der – in der Gefangenenarbeit engagierte – Verfasser nicht mit den nazistischen Freunden von Heß in einen Topf zu werfen. Ihm geht es um humanitäre Gesichtspunkte: Knast ist Knast und daher abzulehnen – egal, wie schuldig der Betreffende sich gemacht hat. Selbst Hitler – wäre er am Leben – könnte hier Fürsprache und den Ruf nach Amnestie finden. Denn es sei ein linkes Tabu, daß Knast für Nazis gefordert werde, während andererseits die Gefängnisse abgelehnt würden. Es sei ebenso ein Tabu, wenn „tief verwurzeltes Rachedenken" bei Antifaschisten in diesem Fall den Humanismus unmöglich mache. Für H. Ortner gibt es *„e i n e n Grund, die Freilassung von Heß – wie bei jedem anderen Menschen auch – nach über 30jähriger Haft zu vertreten: die Menschenrechte"*. Und wenn uns bei Heß *„nur Gefängnis einfällt, sind wir nicht sehr viel weiter, als die Justiz dieses Landes."*

Dazu ist grundsätzlich anzumerken: wir sind als Antifaschistinnen und Antifaschisten selbstverständlich nicht nur g e g e n den historischen Faschismus und heutigen Neo-Faschismus etc., sondern wir sind auch f ü r die Verwirklichung einer menschlichen und demokratischen Gesellschaft, für die Verwirklichung von Menschenrechten, von Humanität usw. Gerade d e s w e g e n kämpfen wir gegen jede Form der Verharmlosung, Verherrlichung und Wiederbelebung des Faschismus. Wir ziehen von u n s e r e m humanen Grundverständnis her eine „Resozialisierung" und „Umerziehung" von Rechten, Faschisten und faschistischen Mitläufern ohne Frage einer bloß repressiven Bekämpfung vor – wenn w i r die politischen Möglichkeiten dazu h ä t t e n , wie beispielsweise nach dem Sieg der Revolution in China oder Vietnam. Für die heutigen bundesrepublikanischen Verhältnisse gilt aber immer noch, was der jüdische Antifaschist Ari Goral im Juli 1977 während einer Podiumsdiskussion „Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden" ausführte: *„Wenn wir in einer intakten politischen, in einer klaren antifaschistischen Umwelt leben würden, wenn wir in einer Welt leben würden, wo systematisch erzogen wird und klargemacht wird, was Faschismus ist und wo er anfängt, dann wäre es vollkommen gleichgültig, dann könnte Herr X nach Hause gehen, dann würde man lachen, er würde ein armer Narr sein. Aber in einer Welt, in der Woche für Woche die National-Zeitung des Herrn Frey die übelsten Dinge verbreiten darf, wo Herr Rudel hier auftreten kann, wo am vorigen 1. Mai die Demonstranten gegen die faschistische NPD verprügelt wurden von der Polizei, da, Herr Weber* (damaliger FDP-Abgeordneter, d. Red.) *war diese Haltung der FDP falsch."*

Nach dem Massaker in München und der skandalösen Nicht-Reaktion des Staates darauf, ist eine Debatte um die Freilassung von Heß in einer linken Zeitung nicht nur mißverstandener Humanismus, sondern auch eine grobe politische Dummheit und Tiefschlag für alle, die gerade jetzt konkrete Maßnahmen gegen die Neo-Nazi-Banden verlangen.

Im übrigen hätte die „Justiz d i e s e s Landes Heß mit Sicherheit schon lange freigelassen (wie die meisten übrigen Nazi-Größen zuvor auch) – nur: Heß befindet sich nicht in ihrem Einflußbereich! Wenn die ‚taz' schon glaubt, mal wieder ein T a b u brechen zu müssen (wogegen ja eigentlich nichts einzuwenden ist), warum dann nicht sinnvollerweise das der N i c h t - Verfolgung der Nazi-Verbrechen, das der Begünstigung der wenigen Nazi-Angeklagten und Verurteilten, das der Verharmlosung des historischen Faschismus als „Entgleisung" und seiner heutigen Nachahmer als isolierte „Spinner", „Einzeltäter" usw.?

H. Ortner argumentiert: *„Die Inhaftierung eines Symbols ist eher dazu geeignet, von der geschichtlichen Verantwortung vieler – ja massenhafter – Repräsentanten dieser Republik abzulenken, die ihre Dienste nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes dem Adenauer-Deutschland eilfertig zur Verfügung stellten".* oder: *„Auschwitz-Prozeß und Heß-Inhaftierung sind nur Fassade und Form, haben Demonstrationscharakter. Der alltägliche alte und neue Faschismus, dessen Wurzeln und vitalen Verbindungen wurden und werden nicht davon berührt." „Eine tatsächliche Aufarbeitung der NS-Vergangenheit hat in dieser Republik nirgendwo stattgefunden, nicht in der Justiz, nicht in den Schulbüchern, nicht in den Köpfen der Menschen."*

Letzteres ist gewiß richtig. Ebenso richtig ist aber auch, daß u.a. die jahrzehntelange Kampagne der Rechten für Heß, die skandalöse Milde im Umgang mit den nazistischen Massenmördern usw. genau T e i l dieser Nicht-Bewältigung sind! Um Humanität und Menschenrecht ist es dabei doch niemals gegangen. Im Gegenteil: Unter den Streitern für Rudolf Heß finden sich schärfste Befürworter der Todesstrafe, finden sich Verantwortliche für den Bau von HS-Trakten – also die geistigen Verwandten des „armen Opas". Diese Leute werden es dankend annehmen, wenn sich auch noch ein paar „nützliche Idioten" auf der Linken finden, denen nichts Dümmeres als der Ruf nach Freiheit für die Nazi-Mörder einfällt – aber selbstverständlich wird deswegen kein Stückchen Menschlichkeit mehr gegenüber ‚gewöhnlichen' oder gar linken Gefangenen realisiert werden.

Der Staatsapparat ist ebenso d a n k b a r für die Argumente einiger Linker gegen die Forderung nach Verbot aller Nazi-Banden. Denn dem Staat ist diese Forderung sowieso höchst lästig. Wenn Linke blöd genug sind, diese Forderung erst gar nicht zu stellen oder gar zu bekämpfen – umso besser!

Was die ‚taz' angeht, so ist kaum noch an dem ehrlichen Willen der für diese Linie V e r a n t w o r t l i c h e n zu zweifeln, der sozialliberalen Koalition Flankenschutz bei der Verharmlosung und Duldung des Neonazismus und Nazi-Terrorismus zu geben.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

IG Druck und Papier: »Für das Verbot neofaschistischer Organisationen«

Einstimmig ist auf dem Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier ein Antrag „Maßnahmen gegen den Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland" verabschiedet worden. In diesem Antrag heißt es u.a.: **Die IG Druck und Papier führt im Anschluß an den Gewerkschaftstag eine Unterschriftensammlung ‚Für das Verbot neofaschistischer Organisationen' durch. Sie wendet sich auch an die anderen DGB-Gewerkschaften, das gleiche zu tun. Die Unterschriften werden der Bundesregierung überreicht.**

Eine hervorragende Initiative, die Gewerkschafter und Antifaschisten unterstützen sollten!

Kommission
Betrieb und Gewerkschaft

Demonstration in Darmstadt

Nach dem Münchner Anschlag fand, am 4. Oktober, auch in Darmstadt eine Demonstration statt. Innerhalb von vier Tagen entstand ein recht breites Bündnis mit Beteiligung von ASten von TH und FH, Juso-Hochschulgruppe, Stadtschülerrat, ESG, Die Grünen, Antifa-AG, KB, RGR-Darmstand, die Falken, Ini. d. Zivildienstleistenden, Kulturzentrum der Türkei, Volksfront, MSB. VVN und Vereinigung demokratischer Juristen zogen nach ätzendem Hin und Her ihre Unterstützung mit dem Hinweis auf die angebliche Dominanz von KB und „Volksfront" zurück.

Trotz leider nur geringer Beteiligung von nur ca. 150 Menschen, löste der Zug bei vielen Passanten tiefe Betroffenheit aus. — Ganz anders hingegen bei der CDU, die sich bei Eintreffen des Zuges auf dem Luisenplatz nicht davon abbringen lassen wollte, mit lautstarkem Tam Tam ihre Wahlshow fortzusetzen. Erst nach mehrmaliger lautstarker Aufforderung seitens der Kundgebungsteilnehmer und einigen Handgreiflichkeiten am CDU-Stand fühlten sie sich gezwungen, ihre Anlage abzuschalten.

nach einem Bericht aus Darmstadt



Belgien: Rassismus und Faschismus: Stopp!

Nach den Anschlägen von Bologna, München und Paris erlebte auch Belgien eine Welle antifaschistischer Mobilisierungen, deren Größe den Protestbewegungen in Italien und Fankreich entsprach. Den Höhepunkt bildete dabei eine Demonstration von rund 50.000 Antifaschisten am 20. Oktober in Brüssel. Enthüllungen über die engen Verbindungen der flämischen VMO-Faschisten zur Hoffmann-Bande (s. AK 187) sowie neuerliche rassistische Provokationen dieser gefährlichsten rechtsradikalen Organisation in Belgien sorgten dabei für zusätzliche Aktualität.



Antwerpen, 4.10.: VMO-Führer Erikson in Kampfmontur

„Hauptstadt der Bewegung" in Belgien ist Antwerpen. Hier befindet sich das Hauptquartier der VMO, eine der Zentralen des Europäischen Neonazi-Terrors. Von hier aus nehmen die zahllosen terroristischen Aktivitäten dieser Bande ihren Ausgang: militärische Übungslager, Überfälle auf Linke und Ausländer, Verwüstungen in Buchläden und Zentren fortschrittlicher Organisationen usw.

Einen Schwerpunkt der jüngsten Zeit bildeten dabei Provokationen gegen die ausländischen Arbeiter in Belgien. So marschierten am 4. Oktober 300 uniformierte VMO-Faschisten unter der Parole *„Kein Stimmrecht für Gastarbeiter"* durch Antwerpen, unter dem Schutz der Polizei natürlich und mit Genehmigung der sozialdemokratischen Bürgermeisterin!

Ohne massiven Polizeischutz können die Faschisten sich erfreulicherweise nicht mehr auf die Straße wagen – auch bei dieser Aktion hinderten 500 antifaschistische Gegendemonstranten die VMO'ler an der Entfaltung ihrer rassistischen Propaganda. Etliche Antifaschisten von ihnen wurden festgenommen – jedoch nicht die teilweise mit Knüppeln bewaffneten Faschisten.

Eine Woche zuvor hatten sich 4.000 Menschen an der schon traditionellen Demonstration der Antwerpener „Antifaschistischen Front" beteiligt – einem kontinuierlich arbeitenden Bündnis von über 50 Gruppen, von Gewerkschaftsgremien bis zu revolutionären Organisationen. Die Redner warnten vor dem Ausbau des staatlichen Repressions- und Überwachungsapparats als dem Hintergrund, vor dem die faschistischen Banden erst ihre volle Gefährlichkeit erlangen, und sie riefen zu verstärkten Anstrengungen im Kampf gegen den wiederauflebenden Rassismus auf.

Vor dem Rassismus zu warnen, war ebenfalls das Anliegen einer nationalen Kundgebung des christlichen Gewerkschaftsbundes am 11. Oktober in Liege, auf der das kommunale Wahlrecht für ausländische Arbeiter und die Möglichkeit ihres Verbleibs in Belgien gefordert wurden.

Die Demonstration der 50.000 am 20. Oktober in Brüssel vereinigte die zahlreichen antirassistischen und antifaschistischen Aktivitäten der jüngsten Zeit zu einer eindrucksvollen Manifestation. Aufgerufen hatten über 100 Organisationen, darunter bis auf die nationalistische „Volksunie" und den rechtsradikalen „Vlaams Blok" alle Parlamentsparteien! Zentrale Parolen waren:

- **Gegen Rassismus und Faschismus!**
- **Gegen den Antisemitismus!**
- **Für eine Gesetzgebung zur Unterdrückung rassistischer Umtriebe!**
- **Für die Rechte der Gastarbeiter!**
- **Verbot der paramilitärischen Banden!**

Belgien-Kommission



Antwerpen, 4.10.: VMO-Faschisten hetzen gegen Ausländer („Kein Stimmrecht für Gastarbeiter")

Schönborn zu »krank« für den Knast?

Die Nürnberger Justizbehörden luden Erwin Schönborn (65) – seit bald einem halben Jahrhundert Nationalsozialist und seit Jahrzehnten „Motor" und einer der Führer der westdeutschen Neo-Nazis – zum Haftantritt, nachdem eine sechsmonatige Strafe, am 6.2.79 in Fürth ausgesprochen, Rechtsgültigkeit erlangte. Gleichzeitig wurde auch ein Hamburger Urteil (19.11.79) über acht Monate wegen gemeinschaftlicher Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß, übler Nachrede Verstorbener und Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz rechtskräftig.



Wird Schönborn nun tatsächlich wegen genannter Delikte hinter Gitter kommen, nachdem er wegen der Gründung einer neuen „NSDAP" vor neun Monaten unbelangt blieb? 22Jahre trieb er eine nazistische Aktion nach der andern voran, ohne in eine ihm gebührende Zelle gesteckt zu werden. So lange ist es nämlich seit seiner letzten Haft her: 1958 verbrachte er acht Gefängnismonate wegen Beleidigung des damaligen Bundestagspräsidenten Gerstenmeier.

Nachdem Schönborn vom 18.9. an für knapp zwei Wochen (also im Zeitraum des Münchner Attentats!) „unauffindbar" war und von der Frankfurter Justiz per Haftbefehl gesucht wurde, er sich dann aus einem Krankenhaus „entschuldigend" zurückmeldete und nicht in Haft genommen wurde, besteht die Gefahr, daß er auch neuerlich die von ihm angepeilte Haftverschonung erhält. „Plötzlich" ist er nämlich krank geworden mt der Folge, daß drei neue Verfahren gegen ihn vom Terminplan der Gerichte in Frankfurt abgesetzt wurden, daß ein Gutachten zwar seine Haftfähigkeit bescheinigt, derzeit aber noch „geprüft" wird, ob er im Gefängnis auch ständig ärztlich behandelt werden kann... Zudem „prüft" die Frankfurter Justiz gegenwärtig die Verhandlungsfähigkeit des Nazi-Führers. **Will die Frankfurter Justiz Schönborn etwa Gelegenheit geben, sich in aller Ruhe ins Ausland abzusetzen, wie es seinerzeit bei Roeder der Fall war??**

Sollte Schönborn nicht verhandlungsfähig sein, würden zwei Berufungsverhandlungen, die ihn ca. zwei Jahre Knast abverlangen können, auf die lange Bank geschoben. Einer dieser beiden Fälle wird seit fast vier Jahren hingeschleppt: Bereits am 17. 12.76 wurde er in Frankfurt wegen fortgesetzter übler Nachrede gegen die Zentralstelle zur Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg zu sechs Monaten ohne Bewährung verurteilt. Im zweiten Fall handelt es sich um Beleidigung, üble Nachrede und Nötigung (insbs.
üble Nachrede und Nötigung (insbs.
wegen des berüchtigten „10.000 DM Belohnung"–Flugblattes), was ihm am 21.6.79 in Frankfurt 18 Monate „ohne" eintrug. Nach der „Genesung" Schönborns soll die große Strafkammer des Landgerichts Frankfurt Berufungsverfahren verhandeln; zusammen seien zehn Anklagepunkte zu klären.

In den drei neuen Prozessen ginge es um die Verleumdung der Gewerkschaftsführer Vetter und Loderer, um die Beleidigung von Teilnehmern einer „Holocaust"–Fernsehdebatte und um Straftaten im Zusammenhang mit der von Schönborn gegründeten „Arbeitsgemeinschaft NSDAP" (wohlgemerkt: nicht um die einige Tage später erfolgte Gründung der „NSDAP" selbst).

Sollte Schönborn doch für kürzer oder länger in's Gefängnis gehen müssen, sind für die Zeit ohne ihn Vorbereitungen für seine Gefolgschaft getroffen worden. Vor allem sind die Zöglinge der Schönborn-GmbH durch ihn und andere, ebenfalls noch haft-bzw.prozeßverschonte „Führer" in den letzten Jahren so weit ausgebildet worden, daß gegenwärtig „Ausfälle" viel weniger schwer wiegen dürften als früher. Zum anderen hat Schönborn, der kürzlich einen seiner Vereine, den „Kampfbund Deutscher Soldaten" „auflöste", seinen inzwischen wieder offenen Nazibuchladen zumindest zum Teil der „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands" übergeben, die darin seit einiger Zeit ihre hessische Zentrale unterhält. So klären sich im Nazilager die im Frey-Stil ausgetragenen „Widersprüche" zwischen „VSBD" und „NSDAP", d.h. zwischen „Abenteurern" und „Hühnerzüchtern", wie sich beide Anfang des Jahres bezeichneten.

Braune Schmierereien wie noch nie

Auf das Konto der „VSBD", die u.a. teilweise Schönborns Aktivisten zu ihren Mitgliedern zählt, und die zumindest Teile des „Sturm7" der Wehrsportgruppe Hoffmann nach deren Verbot in sich aufgenommen hat, gehen vermutlich die Schmierereien der letzten sechs Wochen.

Zum jüdischen Versöhnungsfest (20./21.9.) wurden etliche jüdische Einrichtungen und Gedenkstätten im gesamten Stadtgebiet mit Hakenkreuzen, „Juda verrecke" u.ä.m. beschmiert, in der Nacht, in der in München die faschistische Bombe explodierte, wurden an der Uni in Bockenheim NS-Parolen angebracht, danach wurde ein Gedenkstein am Platz einer von den Nazis zerstörten Synagoge im Stadtteil Rödelheim ein zweites Mal Opfer dieser Anschläge, ebenso wurden auf dem jüdischen Friedhof an der Rat-Beil-Straße am
Friedhof an der Rat-Beil-Straße am
16. und 21.10. jeweils über dreißig Gräber geschändet. Daneben stehen Drohungen der Nazis gegenüber Einzelpersonen, so per Telefon gegenüber einer Pfarrerin in Rödelheim, durch „VSBD"-Führer gegen Teilnehmer von Diskussionen an SPD-Ständen vor der Wahl, gegen Besucher einer „Falken"-Veranstaltung am 4.10. und nicht zuletzt gegen Info-Stände auf der Buchmesse am 7.10. Erfreulich ist, daß über den traditionellen Kern von Antifaschisten hinaus weitere Kreise sich aktivieren. So plant die evangelische Jugendgruppe der Cyriakusgemeinde für den 21.11. (18 Uhr) gegen die Neo-Nazi-Provokationen einen Fackelzug durch Rödelheim.

Antifa Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Experimente mit der Demokratie

Würzburg. Am 15./16. Oktober veranstaltete das „Institut für Demokratieforschung e.V." in Verbindung mit dem Lehrstuhl für Soziologie I der Würzburger Uni sein fünftes Seminar, diesmal mit dem Thema „Die Anwendbarkeit der sozialen Marktwirtschaft in Industrie- und Entwicklungsstaaten".

Veranstaltungsleiter war wieder Prof. Dr. Lothar Bossle (Würzburg). Referate hielten u.a. Prof. Dr. Dieter Blumenwitz (Würzburg), Prof. Dr. Horst Nachtigall (Marburg), Prof. Dr. Ernst Dürr (Erlangen-Nürnberg), Hans Graf Huyn (CSU-MdB), Dr. Gerhard Goldberg, Dr. Heinz Rosenbauer (Staatssekretär aus dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung) **sowie aus Chile Prof. Dr. Miguel Kast und Prof. Maximiliano Erranzuriz** (lt. Unidad Popular zumindest 1974 Angehöriger der faschistischen Geheimpolizei Dina). Interesse am Seminar zeigte auch Strauß, der durch Rosenbauer Grüße bestellen ließ.

Die Teilnehmer diskutierten über „neue" Demokratie-Modelle und deren praktische Verwirklichung am Beispiel Chile. Sowohl die westdeutschen Teilnehmer als auch die Chilenen ziehen einen Nutzen aus dieser Diskussion. Für die westdeutschen Teilnehmer sind die Methoden und „Erfolge" von Interesse, mit denen eine zentralgeführte faschistische Militärregierung ökonomische Probleme wie zentrale Wirtschaftsplanung, soziale Versorgung der Bevölkerung und Arbeitsmarkt löst. Eine allgemeine politische Schlußfolgerung aus den Berichten zog Goldberg gleich auf dem Seminar: *„Er behauptete, daß es durchaus autoritäre Demokratien geben könne, deren Vorteil es sei, längerfristig planen zu können. Hier brauche auch niemand sofort nach der Wahl wieder nach der nächsten Wahl zu schielen"* („Deutsche Tagespost", 21.10.). Goldberg – ein intimer Chilekenner – ist Autor der Strauß-nahen Zeitung „student" sowie Referent der CSU-nahen „Hanns-Seidel-Stiftung".

Den rassischen Aspekt steuerte Nachtigall bei, der über die „ethnologischen" (= die Völkerkunde betreffend – Anm. AK) „Bedingungen für die Entfaltung der sozialen Marktwirtschaft" (ebd.) sprach. Frei nach Konrad Lorenz sprach er von der „Verhausschweinung des Menschen" und forderte mehr „Leistungsbereitschaft".

Die Chilenen faßten auf der Veranstaltung die Gelegenheit beim Schopfe und verbesserten ihre Beziehungen zur CSU und hohen bayerischen Staatsorganen.

Proteste

Das Treffen wurde in der bayerischen Öffentlichkeit teilweise bissig kommentiert. Die örtliche „Main-Post" sprach von einem Skandal, der DGB forderte die Hochschullehrer auf, ihre Teilnahme abzusagen.

Kurzfristig bildete sich eine „Chile-Solidaritäts-Aktion", die neben einer Mahnwache vor den Tagungsräumen mehrere Info-Stände in der Stadt und eine Demonstration organisierte. Es kamen immerhin ca. 200 Leute.

Aufgrund der Proteste scheint das „Symposion" nicht ganz wie geplant abgelaufen zu sein. Finanzminister Streibl (CSU) sagte aus Termingründen ab; der Repräsentant der Uni Würzburg, Martin Lindauer, wollte dieses Mal wegen Arbeitsüberlastung nicht die Begrüßungsrede halten und Kast reiste schon frühzeitig ab.

Die aktuellen antifaschistischen Proteste bezogen sich unseres Wissens nur auf die Anwesenheit chilenischer Faschisten bei einer Diskussionsrunde westdeutscher Hochschullehrer und Politiker. Die Antifaschisten sollten die Öffentlichkeit ebenfalls über Aufbau und Zielsetzung des „Instituts für Demokratieforschung" informieren. Schließlich sammeln sich im „Institut" u.a. auch Personen, die nicht nur Theorien über „neue" Demokratie-Modelle entwickeln, sondern die persönliche Beziehungen zur rechtsradikalen Szene der BRD pflegen. Wir werden in unserem bald erscheinenden Buch über die Braunzone zwischen CDU/CSU und Neonazis einiges Neue dazu veröffentlichen.

Antifa-Kommission Hamburg

Bremer Neonazis vor Gericht

Je vier Tage Jugendarrest für zwei 17jährige und vier Monate Arrest und 1.800,- DM Strafe für einen 23jährigen Neonazi sind die mageren Ergebnisse der Gerichtsverhandlungen gegen Mitglieder der militanten Nazibande „NRAF".

Einer der 17jährigen war wegen Teilnahme an Roeders „Reichsparteitag" in Nürnberg 1978 schon einmal angeklagt gewesen. Der Name des 23jährigen wurde zwar nicht veröffentlicht; aus den Lebensdaten geht jedoch eindeutig hervor, daß es sich um **Gerhard Töpfer** handeln muß. Töpfer ist einer der bekanntesten Schläger der Bande, der schon einmal verurteilt wurde, weil er 1978 einen über 70jährigen Antifaschisten zusammengeschlagen hatte. Sogar das Gericht ging davon aus, er lasse angesichts seiner Haltung nicht die Annahme zu, daß er künftig von solchen Aktionen ablassen wird.

Diesmal ging es um Beleidigung jüdischer Mitbürger und Verstoß gegen das Pressegesetz. In einem Flugblatt mit der zynischen Anrede an die „lieben jüdischen Mitbürger" wurde zu einer Protestdemonstration am 19. April 1980 vor der Synagoge aufgerufen unter der Parole „Freiheit für Lischka". Der Pariser Gestapochef, der für die Deportation zehntausender französischer Juden verantwortlich ist, wurde in dem Flugblatt verteidigt, er habe von Gaskammern nichts gewußt, und der Prozeß sei nur noch mit mittelalterlichen Hexenprozessen vergleichbar. Das Flugblatt wandte sich weiter gegen die Ausstrahlung der Fernsehserie „Holocaust", „die an chauvinistischer Hetze und Greuelpropaganda gegen das deutsche Volk alles bisherige in den Schatten stellt". Und abschließend wurden die „lieben jüdischen Mitbürger" mit den Worten verhöhnt: *„Da wir von Ihnen nicht annehmen, daß Sie sich mit Leuten wie Simon Wiesenthal oder Klarsfeld identifizieren und auch Sie sicher ein Interesse haben, für die deutsch-jüdische Verständigung zu wirken und den Antisemitismus abzubauen, möchten wir Sie zu unserer Protestdemonstration ‚Freiheit für Lischka' einladen!"* („BN", 25.10.).

Ein weiteres Flugblatt, in dem gegen die Verurteilung eines Hamburger Nazis protestiert wurde, wurde als Verstoß gegen das Pressegesetz gewertet, da der Verurteilte vor einer Unmenge Hakenkreuze sitzend abgebildet war.

Außerdem ging es um ein Flugblatt, das Töpfer zusammen mit den beiden 17jährigen verteilt hatte, in dem Ausländer beschimpft und Integrationsversuche als „Verrat" bezeichnet wurden.

Auf das Konto der NRAF gehen eine ganze Reihe weiterer Taten, z.B. Hakenkreuzschmierereien an der Synagoge, zertrümmerte Fensterscheiben an linken Buchläden (u.a. zweimal beim Arbeiterkampf-Vertriebsbüro) u.a.m. Darüber ging das Gericht jedoch großzügig hinweg.

KB-Bremen

Repressionen gegen Antifaschisten

Wer die folgenden Berichte liest, sollte sich danach — falls noch nicht geschehen — genauer über die ,,Arbeit" der Behörden bezüglich des Münchener Bombenattentats informieren. Der unglaubliche Zynismus, der sich da offenbart, spiegelt sich schon in den Schlagzeilen der bürgerlichen Presse in den vergangenen Tagen wider: Während das Münchener Attentat bereits typisch deutscher „Vergangenheitsbewältigung" unterliegt, sprich in Vergessenheit verdrängt wird, geht das BKA munter seiner eigentlichen Aufgabenbestimmung nach und liefert Schlagzeilen wie: „Todesliste: Terroristen wollten Kanzler erschießen!" Und so wenig wie sich der „große Bruder" BKA durch einen ,,Zwischenfall" wie das faschistische Attentat aus der Routine bringen läßt, so wenig fühlen sich auch untere Instanzen in Polizei und Justiz veranlaßt, in der Verfolgung und Kriminalisierung von Antifaschisten zu zögern. Dieser haarsträubende Widerspruch zwischen Totschweigen oder Verharmlosung faschistischer Gefahren einerseits und dem skrupellosen Bemühen, angeklagten Antifaschisten eine Einführung ihrer politischen Motive in ihre Prozesse zu verweigern, ist ein Stück bundesdeutscher Wirklichkeit, das die ganze Aufmerksamkeit der demokratischen Öffentlichkeit auf sich ziehen und entsprechende Proteste hervorbringen muß!

Volksverhetzung und Rassenhaß erlaubt — Protest wird kriminalisiert!

Nürnberg. Die NPD und die von ihr initiierte ,,Bürgerinitiative Ausländerstop" hat am 20.9. in Nürnberg eine Kundgebung unter dem Motto ,,Ausländerstop — Deutschland den Deutschen" durchgeführt. Gegen diese Veranstaltung hat es massive Proteste gegeben, so u.a. vom DGB, von Gremien und Vertretern beider Kirchen, seitens des Nürnberger Ausländerbeirats, den die Kundgebung und die Parolen der NPD fatal erinnern ,,*an die Politik der Nationalsozialisten gegenüber der jüdischen Minderheit in den 30er Jahren*". Trotz alledem sah die Stadt Nürnberg keinerlei Veranlassung, diese Kundgebung zu verbieten. So sahen sich etwa 500 Antifaschisten veranlaßt, vor Ort bei der Kundgebung ihrem Protest lautstark Ausdruck zu verschaffen. Hierbei ging die Polizei gegen Teilnehmer des Protestes mit äußerster Härte vor. Dies geschah — trotz anderslautender Pressemeldungen — nicht, weil diese Antifaschisten versucht hätten, die polizeilichen NPD-Schutz-Absperrungen zu durchbrechen; vielmehr wurden sie willkürlich oder nach Hinweisen oder Provokationen von NPD-Leuten aus der Menge herausgegriffen. Vier Antifaschisten sind inzwischen Anzeigen wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, Gefangenenbefreiung, Beleidigung u.a. angekündigt worden.

,,*Wie lange darf man noch gegen Nazis protestieren?*" — Unter diesem Titel gaben Zeugen dieser Vorgänge ein Flugblatt heraus, in dem unter an-

Nazis protestieren?" — Unter diesem
Titel gaben Zeugen dieser Vorgänge
ein Flugblatt heraus, in dem unter an-

derem berichtet wird: ,,*Sie* (die Polizisten) *zogen Gerd kopfvor über die Absperrung. Auf dem freien Platz, zu Füßen von Herrn Mußgnug* (NPD-Hauptredner) *und vor aller Augen wurde nun Gerd auf brutalste Weise zusammengeschlagen, in Handschellen gelegt und zum Polizeiwagen geschleift. Mußgnug setzte seinen Vortrag unbeirrt fort, und seine Anhänger klatschten der Polizei begeistert Beifall. Bei diesem Vorfall wurde auch Bernd zum ersten Mal von der Polizei unsanft angegriffen. Ein Faustschlag traf ihn voll ins Gesicht, zertrümmerte seine Brille und hinterließ eine blutende Wunde... Zwei von ihnen stürzten sich auf Geoff, der völlig friedlich dastand, packten ihn links und rechts und schleiften ihn in Windeseile nach hinten... Bernd lief zu den Polizisten und fragte wörtlich: 'Was geht hier vor?'. Daraufhin stürzten sich gleich einige Polizisten auf ihn, warfen ihn zu Boden, fesselten ihm die Hände mit Handschellen auf dem Rücken und schlugen weiter auf ihn ein... Rechts und links von Bernd war je ein Polizist, die ihn hielten. Ein älterer Mann (offensichtlich ein Faschist) kam zu ihm hin und schlug ihm mit der geballten Faust auf den Kiefer. Er stand noch längere Zeit am Ort des Geschehens herum, ohne daß er von der Polizei für seine Handlung belangt wurde... Eine weitere Festnahme eines Antifaschisten folgte auf dem Fuß... Trotz lautem Protest ... wurde den Verletzten ärztliche Hilfe verweigert. Stattdessen forderte ein Polizist eine Frau zynischerweise auf, das am Fahrzeug herunterlaufende Blut mit ihrem Tempotaschentuch abzuwischen... Auch wurde ihnen verweigert, einen Rechtsanwalt anzurufen...*".

Auch wurde ihnen verweigert, einen
Rechtsanwalt anzurufen...".

Weil die Verfasser aus diesen Vorgängen in dem Flugblatt schlossen, daß sich ,,*NPD und Polizei in ihren Angriffen gegen Antifaschisten aufs beste ergänzen*" und das Flugblatt noch andere ,,*massive Ehrverletzungen der Polizei*" enthalte, wurde dieses Flugblatt beschlagnahmt, auf richterlichen Beschluß eine Haussuchung bei der presserechtlich Verantwortlichen vorgenommen und die Polizei stellte Strafantrag!

Doch damit nicht genug: Bei einem der verhafteten Antifaschisten wird wenige Tage später eine weitere Haussuchung veranstaltet, weil er einen ähnlich klingenden Namen hat wie der presserechtlich Verantwortliche eines Flugblatts, das die ,,Anwohnerinitiative gegen die Grauen Wölfe" herausgegeben hatte, um zum Protest gegen die Nazi-Kundgebung zu mobilisieren. Somit werden dem Verhafteten, weil sie den anderen nicht finden konnten, gleich noch folgende ,,Straftaten" angehängt: Impressumsfälschung, Aufruf zu einer nicht erlaubten Kundgebung, Rädelsführerschaft! Dies ist die staatliche Reaktion auf Proteste demokratischer Menschen gegen eine Hetzveranstaltung der NPD, deren Ziel es war, die Ausländerfeindlichkeit voranzutreiben, wenige Wochen nach den tödlichen Anschlägen auf Ausländerheime! Proteste gegen einen NPD-Mußgnug, der u.a. als Anwalt des ,,Wehrsportführers" Hoffmann bekannt wurde! Die Ermittlungsverfahren wegen der beiden Flugblätter wurden vom Amtsgericht nur drei Tage (!) nach dem Münchener Bombenanschlag beschlossen!

Es hat sich ein Unterstützungskreis um die Betroffenen gebildet, der um Protestbriefe, weitere Zeugenberichte und um Spenden bittet.
Adresse: L. Dicke
Postfach 910 743, 8500 Nürnberg 91
Spenden: L. Dicke
PSA Nürnberg 2171 85 - 855

Antifaschisten vor Gericht — und die Nazis marschieren!

Hamburg-Harburg. Weitere drei Verhandlungstage im Harburger Antifaschistenprozeß sind gelaufen. Zu bemerken ist ein etwas liberaleres Verhalten des Richters Winterstein gegenüber der Verteidigung. Es ist anzunehmen, daß die relativ große Öffentlichkeit, die dieser Prozeß erfährt, hier Einfluß hat. Ein Grund mehr, diese Öffentlichkeit zu verbreitern. Am 16.10. zeigte Staatsanwalt Gerhard wieder einmal empörende Arroganz: Nachdem ein Hauptbelastungszeuge, der Polizist und Einsatzverantwortliche Hartwig mit widersprüchlicher Begründung zu spät erschienen war und

der Polizist und Einsatzverantwortliche Hartwig mit widersprüchlicher Begründung zu spät erschienen war und

die Verteidigung Antrag auf Aufklärung zu diesem Punkt gestellt hatte, packt Staatsanwalt Gerhard seine Sachen und verläßt den Saal, obwohl die Verteidigung sich noch zu Wort gemeldet hatte und mitten in der Überlegung des Richters, ob er die Verhandlung vertragt! Am 27.10. beginnt die Verhandlung mit einem heftigen Streit zwischen Angeklagten und Verteidigung einerseits und Richter und Staatsanwalt andererseits, weil den Angeklagten die Verlesung einer politischen Stellungnahme verweigert werden soll. Diese Erklärung wurde schließlich durchgesetzt; die Angeklagten weisen darin auf die Empörung der demokratischen Öffentlichkeit hin, daß gerade in einer Zeit zunehmenden faschistischen Terrors dieser Prozeß gegen Antifaschisten durchgezogen wird. Besonders kennzeichnend für diese Situation sei es, daß am 25. Oktober am selben Ort der NPD-Kundgebung, um die es in diesem Prozeß geht, ein Aufmarsch von ca. 100 Neonazis stattfinden konnte. Die Polizei hatte zwar diese Veranstaltung wegen ,,möglicher Ausschreitungen" untersagt, per Gericht wurde sie jedoch wieder zugelassen. Dieses Tauziehen gelang den Neonazis, der Polizei und der Justiz, ohne daß die Öffentlichkeit etwas davon erfuhr, so daß sich auch nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl Gegendemonstranten spontan am Ort einfand. Die Angeklagten verbanden ihre Erklärung mit einem weiteren Antrag auf Einstellung des Verfahrens; der Richter lehnte jedoch ab.

Im weiteren Verlauf verwickelte die Polizeizeugin Fleischmann sich in Widersprüche, was ihr Erinnerungsvermögen bezüglich ihrer Vorbereitung zu diesem Prozeß betraf. Nachdem sie eine Pause für einen Gang zur Toilette erbeten hatte, kam raus, daß sie diese Zeit für ein Telefongespräch mit der Polizei-Rechtsabteilung nutzte und auf weiteres Befragen der Verteidigung kam zu Tage, daß sie schon am Morgen vor dieser Verhandlung ein Gespräch mit der Rechtsabteilung hatte. Dies, obwohl sie vorher abgestritten hatte, solche Gespräche geführt zu haben! Als die Glaubwürdigkeit der Polizistin weiter ins Wanken kam, sprang Staatsanwalt Gerhard wieder ein, beantragte Unterbrechung der Verhandlung und — begann wieder, seine Sachen einzupacken! Diese Zeugin, die nicht einmal wußte, welche ihrer eigenen Beobachtungen in den später mit ihrem Vorgesetzten Hartwig gefertigten Bericht eingegangen sind — was die Polizei nicht hinderte, diesen Bericht zur Grundlage ihrer Aussage im Prozeß zu machen — stellte sich schließlich am 30.10. für den Beobachter als gänzlich unglaubwürdig dar: Sie konnte nunmehr ,,nach so langer Zeit" nicht mehr sagen, welche Festnahme sie eigentlich beobachtet hatte, ob es tatsächlich der Angeklagte war, den sie mit dem Vorwurf, Eier gegen die NPDler geworfen zu haben, zu belasten versuchte.



Polizei schützt NPD am 20.9.80 in Nürnberg

Der Prozeß wird mit der Vernehmung ihres Vorgesetzten, dem PHK Hartwig, fortgesetzt. Von der gerichtlichen Bewertung seiner Aussage wird es möglicherweise abhängen, ob sich NPD und Polizei gegen den antifaschistischen Widerstand durchsetzen können. Es hängt aber auch von der Öffentlichkeit ab, die in der kommenden Verhandlung am

10. November um 14.30 Uhr im Amtsgericht Harburg, direkt am Bahnhof Unterelbe
vertreten ist.



Leserbrief

Im letzten AK habe ich mit Empörung in dem Artikel zum Harburger Antifaschistenprozeß gelesen, daß in diesem Verfahren Erklärungen zu dem Münchener Bombenattentat abgelehnt wurden, ja, daß die Erwähnung des Attentats schon ausreichte, um der Verteidigung das Wort zu entziehen. In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, daß vor einigen Tagen in Hannover ein Verfahren gegen zwei Antifaschisten eingestellt worden ist, denen vorgeworfen wurde, eine spontane Kundgebung gegen eine Hetzveranstaltung der faschistischen ,,Deutschen Volksunion" (DVU) unangemeldet durchgeführt zu haben. Zu Beginn der Verhandlung, die mit Einstellung des Verfahrens endete, gab der Amtsrichter Berlit eine Erklärung ab, in der er den Angeklagten für ihr antifaschistisches Auftreten ,,als dem Grundgesetz verpflichteter Richter und als politisch engagierter Bürger" Sympathie und Solidarität bekunde. Gerade durch den Münchener Terroranschlag habe sich der Satz ,,Der Schoß ist fruchtbar noch..." erschreckend bewahrheitet, sagte der Richter. Ich meine, daß diese Worte dem Richter und dem Staatsanwalt in dem Hamburger Verfahren mal ,,um die Ohren gehauen" werden sollten!

Ma., Hamburg

Prozeß wegen Anti-Strauß-Aufkleber

Hamburg. Strauß ist der exponierteste Vertreter der autoritären Rechten in der Bundesrepublik, der durch seine freundschaftlichen Beziehungen zu ehemaligen und gegenwärtigen Machthaber faschistischer Regimes und durch einen in erschreckender Weise an Faschismus/Nationalsozialismus erinnernden Wortschatz für den Fall eines Wahlsieges die Befürchtung verstärkter reaktionärer Entwicklungen in diesem Land hervorruft, die auch ein Erstarken neofaschistischer Kräfte begünstigen würden. Diese Meinung wollte Erika K. unter anderem durch einen Aufkleber auf ihrem Auto zum Ausdruck bringen, auf dem die mahnende Forderung ,,Stoppt Strauß" in der Weise bildnerisch unterstrichen ist, daß Strauß am Ende mit zwei SS-Runen-ähnlichen Zeichen geschrieben ist.

Die bayerische Staatskanzlei zunächst stellvertretend, und flugs auch hinterdrein Franz Josef Strauß persönlich, fühlte (kaum zu glauben, aber mal wieder) sich beleidigt. Welche Tatsachen heutzutage vor einem Hamburger Gericht als Tatsachen anerkannt werden und ob die daraus resultierende Meinung (Grundrecht mal Pi-Quadrat geteilt durch herrschende Justizpraxis...) heute noch vertretbar ist, wird der anstehende Prozeß verdeutlichen. Alle, die dazu beigetragen haben, einen Kanzler Strauß zu verhindern, sollten h i n g e h e n !

Donnerstag, 6.11.80, 13.45 Uhr
Strafjustizgebäude, Sievekingsplatz 3, Raum 377 b

Zusammenstellung der Berichte: IKAH

Was tun gegen Polizei- und Behördenwillkür?

„Mitten auf der Fahrbahn lag ein Mann, der von mehreren Polizisten regelrecht zusammengeschlagen und getreten wurde. Einer Frau, die zehn Meter von dem getretenen und geschlagenen Mann stand und rief: ‚Hört doch auf, hört doch mit dem Schlagen auf', wurden die Arme brutal nach hinten gedreht und in Handschellen gelegt. Sie schreit vor Schmerzen. Ich, der das ganze gar nicht fassen kann, war total empört und frage einen Polizisten, was das alles soll, frage nach Verhältnismäßigkeit der Mittel und sage — vor Wut meine Stimme etwas hebend: ‚Wir sind doch nicht im Wilden Westen!' Ich erhielt darauf zur Antwort, daß mich das alles überhaupt nichts angehe und ich schnellstens abhauen solle, sonst bekäme ich auch noch eine rein. Um später die Möglichkeit einer Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Polizisten zu haben, verlangte ich Namen und Dienstnummern der Polizisten. Statt dem Verlangen nachzukommen, verlangte nun einer der Polizisten den Personalausweis von mir und sagte: ‚Du hörst noch von uns!"

Das war am 21. September 1979. Der da zufällig Zeuge von „Amtshandlungen" der Krefelder Polizei wurde, „hörte" tatsächlich bald etwas von der Polizei: Er wurde von Polizisten wegen Beleidigung angezeigt und bekam flugs einen Strafbefehl über 1.000 DM ins Haus geschickt. Sein Widerspruch dagegen zog sehr schnell einen Prozeß nach sich, der mit einer Verurteilung zu 600 DM Strafe ausging — trotz der Tatsache, daß sich die Polizeizeugen im Prozeß an den Inhalt ihres eigenen Strafantrages nicht mehr erinnern konnten. Ein Berufungsprozeß gegen dieses Urteil endete mit der Bestätigung desselben. *„Ich konnte den Prozeß nicht gewinnen, weil er nicht zu gewinnen war! Dies bewiesen zu haben, ist die Niederlage der Justiz"*, schreibt der Betroffene in einem Info. Gewonnen wurden in Krefeld aber wertvolle Erfahrungen über das Zusammenwirken von Polizei und Justiz, wenn es um die Vertuschung oder Absegnung polizeilicher Übergriffe geht. Im Laufe dieses Verfahrens, das von dem Betroffenen selber als „nicht besonderer Fall" beschrieben wird, gründete sich eine **„Krefelder Initiative gegen Polizei- und Behördenwillkür"**, die diesen und ähnliche Fälle publiziert, inzwischen schon ein weiteres Verfahren am Halse hat wegen Verstoßes gegen das Pressegesetz und deren Aktivität in der regionalen Presse ein gewisses Echo findet. Inzwischen hat die Initiative eine Broschüre herausgegeben mit einer ganzen Reihe von Rechtshinweisen im Falle von Festnahmen, Bußgeldbescheiden, Vorladungen, Beschlagnahmungen, Hausdurchsuchungen u.a.m. Die Broschüre ist zu beziehen über oben genannte Initiative unter der Adresse:
Hans Boeck,
Geldernsche Straße 63,
4150 Krefeld 1.
Kostenpunkt: 2 DM plus 1,80 DM Versandkosten, ab drei Exemplare billiger.

IKAH

Ströbele-Prozeß:

Ein »prominenter« (Kron)Zeuge?

In dem Prozeß gegen Rechtsanwalt Ströbele, angeklagt wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" d.h. wegen Unterstützung der Hungerstreiks 1973/74 und des Info-Systems der einsitzenden RAF-Genoss/inn/en, deren Mandat er vertrat, sagte der Neo-Anti-Terrorist Horst Mahler am 17.10. aus. Zuletzt zur traurigen Berühmtheit gelangt, als er mit Innenminister Baum turtelte, ist Mahler jetzt dabei, diesen Geschehnissen die Krone aufzusetzen: als Zeuge g e g e n seinen ehemaligen Anwalt! Da unseres Wissens lediglich der „Tagesspiegel" (18.10.8o) und die „taz" (20.10.80) etwas ausführlicher über Mahlers Auftritt berichteten, soll er an dieser Stelle präziser wiedergegeben und gewürdigt werden.

„Folter als Propagandalüge"...

... dies hatte Mahler schon Ende 78 in einem auszugsweise veröffentlichten Artikel im „Spiegel" behauptet. Im Prozeß durfte Mahler seinen Artikel in ganzer Länge verlesen.„*Darin hatte er den gegen die Strafvollstreckungsbehörden gerichteten Vorwurf, inhaftierte RAF-Mitglieder zu foltern, als eine ‚Propagandalüge' bezeichnet. Diese sei darauf angelegt, ‚die Linke in der Bundesrepublik moralisch zu erpressen und Faschismus vorzutäuschen, um die brutalisierten Kampfformen der RAF zu legitimieren'. Die RAF-Gefangenen hätten die Hungerstreiks als Peitsche gegen die Linken einsetzen wollen, heißt es in dem Brief*" („Tagesspiegel", 18.10.).

Gleich im Anschluß daran stellte Mahler „*unter Beweis, daß er es sehr gut versteht, Debatten zu führen. Erst einmal erklärte er dem Gericht, wie es seine Äußerungen zu bewerten habe: Als eine nachträgliche politische Einschätzung der damaligen Ereignisse, nicht aber als Darstellung von historischen Tatsachen*" („taz", 18.10.). Es ist dies der schlecht getarnte Versuch, n i c h t offen in die Rolle eines Zeugen gegen Stroebele zu treten. Es ist eine Aktion, seinen ehemaligen Rechtsanwalt nicht offen, sondern vermittels „nachträglicher politischer Einschätzung" in die Pfanne zu hauen. Auf die Frage des Gerichts, ob es nun Folter o d e r Propagandalüge sei, antwortete er, daß es für ihn keine Folter war. Andere Leute hätten es zwar als Folter angesehen, „*aber man neigt* (im Knast – Anm.AK) *dazu, sich etwas vorzumachen*".

„Hungerstreiks als Peitsche..."

Mahler räumte zwar ein, daß die Knastbedingungen unrechtmäßig seien – ABER: Die RAF würde diese rechtswidrigen Bedingungen für ihre Politik „*instrumentalisieren*": Sie habe den Knast zum gesellschaftlichen Hauptkampf erklärt, dabei gleichzeitig ihre Theorie von Faschismus in der BRD übergestülpt. Indem die RAF mit dem Begriff Folter und den Hungerstreiks dagegen geschickt an die „*Moral*" von Menschen gegen den „*unmoralischen Staat*" angeknüpft habe, habe sie „*erfolgreich*" ihr eigentliches Konzept realisieren können – als da seien:
– aus dem „Sympathisanten-Kreis" den „harten Kern" auffüllen;
– neue Menschen dem „Sympathisanten-Kreis" zuführen.

Vom Gericht darauf angesprochen, warum er denn sich dem 1.Hungerstreik angeschlossen hätte, der ja einseitig von Andreas Baader ausgegangen sei, sagte Mahler: Man müsse sich die damalige Situation vor Augen halten: Ein einzelner Genosse, isoliert, erklärt den Hungerstreik. Da hätte man den einzelnen doch nicht allein lassen können. Also nochmals: Mahler behauptet hier, daß nicht etwa Isolation usw. am Anfang der Hungerstreiks standen, sondern in diesem Fall - so 'ne Art „Solidaritätszwang".

Fazit: Ströbele hat nach Mahlers „politischer Einschätzung", die ja um Gottes Willen nicht gerichtsverwertbar sein soll, Hungerstreiks gegen a n g e b l i c h e Folter (=„Propagandalüge") unterstützt, deren Absicht es war, „*die Politik der RAF fortzusetzen, die Öffentlichkeit zu desorientieren, moralische Erpressung auszuüben, um so den Weg zur eigenen Befreiung aus dem Gefängnis zu bereiten, um dann den Kampf der RAF weiterzuführen. Das war es auch eigentlich, was Staatsanwaltschaft und Gericht von Mahler hören wollten. Wäre es tatsächlich so gewesen, und hätte Ströbele es gewußt, dann hätte er sich nämlich strafbar gemacht*" („taz", 20.10.).

Ein neuer Kronzeuge?

Diese Frage muß erlaubt sein, nachdem Mahler zum einen seinen ehemaligen Rechtsanwalt derart in die Pfanne haut, zum anderen recht freimütig aus seiner RAF-Geschichte plaudert: Bei dem Komplex „Infosystem" erzählte er ohne Scheu, daß dies von Rechtsanwald Groenewold in Hamburg ausgegangen sei, weil er genug Geld habe. Nächste „Kostprobe": Das Infosystem sei als „*Druckmittel*" gegen Genoss/inn/en eingesetzt worden, wohl um sie auf Linie zu bringen...

Klar geworden ist auf jeden Fall, daß vom Staatsapparat Angeklagte den Zeugen Mahler zu fürchten haben! – bezeichnete Mahler sich doch selbst auf entsprechende Frage der Verteidigung als „Exorzist", der der RAF(-Politik) den Garaus machen will.

Ein Flensburger Genosse und Westberliner Anti-Repressions-Kommission

1. Mai-Demonstrant zu 50 Tagen Knast verurteilt

Am Dienstag, den 4. November findet vor dem Hamburger Amtsgericht eine Widerspruchsverhandlung gegen Wolfgang Papke statt. Wolfgang wird vorgeworfen, daß er am 1. Mai 1980 in unmittelbarer Nähe der Abschlußkundgebung der Bunten Liste, nämlich vor dem HEW-Zentrum, einen Pflasterstein mit sich geführt hat. Ein weiterer Anklagepunkt ist, daß er während seiner Festnahme durch Zivilpolizisten Widerstand geleistet haben soll. Am 1. August wurde Wolfgang nun vom Amtsgericht zu 1.500 DM Strafe (50 Tagessätze zu je 30 DM) verurteilt. Das Urteil wurde am Schreibtisch gefällt, ohne daß Wolfgang angehört wurde. Allerdings lagen von mehreren Zivilbeamten und Polizisten sehr widersprüchliche Aussagen vor, auf die sich das Urteil ausschließlich stützt.

Die Polizei, die am 1. Mai in Hamburg wie gewohnt überall in provozierender Stärke aufgetreten war, wollte wohl mit der Festnahme von Wolfgang zumindest ein Opfer vorzeigen können, welches ihren massiven Einsatz rechtfertigt. Die Festnahme Wolfgangs ist willkürlich. Jede/r andere, die/der gegen Ende der Bunte-Liste-Kundgebung vor dem HEW-Zentrum war, hätte das Opfer dieser Blitzaktion der Zivilpolizisten werden können.

Wir fordern euch auf, z a h l r e i c h zu der

Widerspruchsverhandlung

am 4. November 1980
um 12.15 Uhr
in den Sitzungsraum 160
des Amtsgericht Hamburg
Sievekingsplatz 3

zu kommen.

Jahren offen antidemokratische Hetze

2. Juni-Prozeß – Bremer 6. Mai-Prozeß

Die Schwierigkeiten mit der Solidarität

Am 21. Oktober machte ein Bremer Bündnis von der Prozessgruppe zum 6. Mai, der Bremer Autonomie-Redaktion, dem KB, Info-BUG und dem Ostertor-Buchladen vor 200 Leuten eine Veranstaltung zur Solidarität der Linken mit vom Staatsapparat Verfolgten. Konkreten Anlaß bildeten der gerade abgeschlossene Prozeß gegen die Westberliner Genossen des 2. Juni und die in Bremen vor der Tür stehenden Prozesse wegen der militanten Anti-Kriegs-Proteste vor dem Weserstadion.

Entsolidarisierung: Ende der Hoffnung auf Veränderungen

Da die Anwälte aus Westberlin ihr Erscheinen sehr kurzfristig absagen mußten, hielt eine Genossin des Bündnisses den Beitrag zum Prozeß gegen den 2. Juni, in dem sie eine knappe Chronologie des Prozessverlaufs gab, eine Einschätzung des Urteils äußerte („*Ein Sieg nach Punkten ja, aber mit Rechtsstaatlichkeit hat dieses Urteil nichts zu tun*") und die Notwendigkeit zur Weiterarbeit der Linken deutlich machte, um alle Genossen des 2. Juni „*aus den Trakts zu kämpfen*".

Karl-Heinz Roth widmete sich in seinem Beitrag zunächst dem Problem der Entsolidarisierung. Die kläglichen Beiträge vieler alter APO-Linker zur Solidarität mit dem 2. Juni erklärte Roth aus den niederschmetternden und enttäuschenden Erfahrungen des vergangenen Jahrzehnts, die vielen Militanten von damals die Hoffnung auf Veränderung genommen hätten; die Leute versuchen nun, sich mit dem sozialliberalen Staat, den zu bezwingen sie nicht mehr glauben, auszusöhnen. Daher redete Roth nicht einem v e r f r ü h t e n Abbruch der Auseinandersetzung mit diesem Lager das Wort, sondern trat für ein Kümmern um diese Leute, eine Diskussion mit ihnen ein. Zugleich sollte das Gespräch mit der Guerilla wahrgenommen werden, um das Verhältnis der Revolutionäre zum bewaffneten Kampf und die Orientierung desselben an den Masseninteressen zu klären. Funktion der Entsolidarisierungskampagne sei, diese notwendige Diskussion abzubrechen und zu beenden.

Es gebe darüberhinaus innere Probleme der Linken, deren wichtigstes der Verfall der theoretischen Auseinandersetzung sei, die unbedingt wieder aufgenommen werden müsse, um über spontane Ausbrüche des Widerstands hinaus die ideologische Festigung der Bewegung voranzutreiben und um die Schwachstellen des Staates zu analysieren, an denen die Linke ansetzen müsse. Die Bedeutung des 6. Mai liege vor allem darin, daß die Linke in einer Situation der rapide ansteigenden Kriegsgefahr und des verstärkten inneren Drucks gezeigt habe, daß sie auch austeilen könne und nicht bereit sei, alle Schläge widerstandslos hinzunehmen.

Solidarität mit den 6. Mai-Verfolgten

Ein Genosse der Prozessgruppe zum 6. Mai ging zunächst auf die Situation vor der Vereidigung ein, in der ein Zusammenhang zwischen „*offener Kriegsberichterstattung ... und spektakuläre(r) Ankündigung einer Mammutmilitärschau*" bestand, der einen Widerstand provozierte, der in seiner „*Breite und Masse wohl von niemandem erwartet worden wäre*". Nach einem Exkurs auf die bedrückende Lage in diesem Land wendete sich der Beitrag der Notwendigkeit der Solidarität für die Verfolgten zu: „*Und nun wollen wir mal auf die Sache mit der Solidarität zurück, denn ... wir können es nicht immer verhindern, daß bei bestimmten Sachen Leute abgegriffen und schließlich verknackt werden, aber das hat natürlich zwei Seiten: 1. ist es für den/diejenige, die/den's erwischt hat, absolut kein Vergnügen und 2. wollen sie damit für möglichst viele andere Exempel statuieren. Und genauso ist das mit der Solidarität: zum einen muß sie den direkt Betroffenen unterstützen und das auf vielen Ebenen, wie Prozessmaterial zusammenstellen, Geld zusammenkratzen, möglichst durch Öffentlichkeit Schutz herstellen, aber eben auch die Möglichkeit schaffen, sich eventuellen Strafen zu entziehen; und zum anderen muß Solidarität bedeuten, an den Prozessen und Verfolgungen selbst das Gewaltverhältnis in diesem System offenzulegen, die Berechtigung von Widerstand zu propagieren und eben den Versuch, Widerstand als aussichtslos darzustellen, zu sabotieren, in dem Widerstand deutlich sichtbar weitergeht. – Und das sind nicht nur Aufgaben von Prozessgruppen, sondern kann nur von allen Teilen der Opposition geleistet werden.*" Danach folgten Ausführungen über die

Fahndungsmethoden der Bullizei

Die Fahndungstätigkeit der Polizei ist die größte, die es in der jüngeren Geschichte der BRD je n a c h e i n e r D e m o n s t r a t i o n gegeben hat. In Bremen gab es in dem Zusammenhang mindestens 10 Hausdurchsuchungen, weitere in Hamburg, Bayern, Niedersachsen und NRW. Bei verdächtigen Jugendlichen versuchte die Bullizei fast überall, die Eltern durch Fotos zur Denunziation ihrer Kinder zu bewegen. Bei zwei Festgenommenen wurde ihre Notlage dazu benutzt, sie als Spitzel anzuwerben, was jedoch mißlang. 52 Ermittlungsverfahren gegen namentlich bekannte Personen laufen und vier Anklageschriften von Diebstahl bis Landfriedensbruch in Tateinheit mit Körperverletzung sind raus. Der erste Prozeß soll am 24. November beginnen.

Bei den Fahndungsmaßnahmen gegen 6. Mai-Demonstranten fällt die Anwendung von Methoden ins Auge, die während der RAF-Hatz erprobt wurden: umfangreiche Bildmappen auf allen Polizei- und Meldestellen; Fahndungsflugblätter in Wohnvierteln und in allen öffentlichen Gebäuden sollen Denunziationen durch die Bevölkerung fördern!

Ein kleiner Schritt nach vorn

... war diese Veranstaltung, die mit 200 Leuten erfreulich großes Interesse fand, obgleich bedauerlicherweise der Teil der Linken, den K.-H. Roth mit ebenso kritischen wie solidarischen Worten angesprochen hatte, auf der Veranstaltung fast gar nicht vertreten war. Abschließende Diskussionsbeiträge betonten denn auch, daß in den nächsten Wochen die Ausweitung der Solidarität im Vordergrund stehen sollte. Dazu sollen die verschiedenen Organisationen und Gruppen angesprochen werden, die die Demonstration am 6. Mai getragen haben. Es ist zu hoffen, daß auch Gruppierungen, die nach dem 6. Mai vor der Hetze zurückgewichen sind, angesichts der konkreten Bedrohungen gegen Teile der Bewegung zu linker Solidarität zurückfinden.

KB/ Gruppe Bremen

Knastveranstaltung in der Fabrik

Vor einigen Monaten ergriffen verschiedene Gruppen aus Hamburg, die zum Thema Knast arbeiten, eine erfreuliche Initiative: statt nebeneinander her zu wursteln wollten wir nun gemeinsam versuchen, mehr Menschen für die Problematik zu interessieren und zur tatkräftigen Mitarbeit zu motivieren. Ein erster Schritt in diese Richtung ist eine von allen Gruppen gemeinsam getragene Veranstaltung unter dem Titel:
Zeichen aus dem Knast , die am Dienstag, 18.11. um 21 Uhr in der Fabrik in Hamburg stattfinden soll.

Wie die Beiträge auf der Veranstaltung zeigen, gibt es genug zu tun – und es ist für jede/n Interesserte/n etwas dabei: das Spektrum der vorgestellten Arbeitsgebiete geht von aktuellen Konflikten hier in den Hamburger Strafanstalten über praktische kontinuierliche Gefangenenarbeit bis zu Untersuchungsarbeit über die Entwicklungstendenzen des Strafvollzugswesens. Im einzelnen sind folgende Beiträge vorgesehen:
– Über die bisherigen Kenntnisse zum Hochsicherheitstrakt in Anstalt I in Fuhlsbüttel und die damit zusammenhängende Problematik berichtet die PP-Zahl–Initiative Hamburg.
– Wie die „Sicherung" des Normalvollzuges in Santa Fu „gewährleistet" wird, erfahren wir von der Ermittlungsgruppe-Rettinger. Rettinger ist Leiter der Sicherheitsgruppe, die wegen ihrer „Arbeitsmethoden" bereits einiges öffentliches Aufsehen erregt hat.
– Die Hamburger „Grünen" wollen in einem Beitrag die Schwierigkeiten der politischen Organisierung von Gefangenen darstellen.
– Von den Problemen mit der medizinischen Versorgung im Strafvollzug handelt der Beitrag der Humanistischen Union
– Die GSI (Gefangenen-Selbst-Initiative) will ihre Versuche, Gefangene auch nach der Entlassung zu unterstützen und mit ihnen zu arbeiten, vorstellen und die dabei auftretenden Schwierigkeiten thematisieren.
– Leute von der Zeitschrift „Autonomie" haben sich Gedanken darüber gemacht, wohin sich das Gefängniswesen entwickelt.

IKAH

Wirtschaftliche Perspektiven Zimbabwes

Im Juli stellte Finanzminister Nkala für 1980/81 den ersten Haushaltsplan der von R. Mugabe geführten Regierung vor.

Herausragendes Merkmal dieses Etats ist eine 50 %ige Anhebung der Ausgaben für das Bildungs- und Gesundheitswesen sowie eine 19 %ige bzw. 12 %ige Verringerung der Ausgaben für Verteidigung und Polizei.

Konkret sind geplant:
— 308 Mio Zimb. Dol. für Verteidigung und Polizei (,,ISA'', 8.80) (1 Z.Dol. = 2,60 DM);
— 184,7 Mio Zimb. Dol. für den Bildungsbereich (,,NZZ'', 27./28.7.80);
— 83,7 Mio Zimb. Dol. für das Gesundheitswesen.

Bedeutend sind auch die Etatposten für die Entwicklung der überwiegend von Afrikanern bewohnten ländlichen Gebiete mit 24 Mio Zimb. Dol. und für Subventionen der Farmer, Exporteure etc. in Höhe von 115 Mio Zimb. Dol. (lt. ,,ISA'', 8.80).

Die Regierung will dadurch erreichen, daß die Lebensmittelpreise niedrig gehalten werden, bei gleichzeitiger Sicherstellung der landwirtschaftlichen Produktion. Bei den augenblicklichen Verhältnissen sicherlich in erster Linie eine Subvention für die weißen Farmer. Diese nutzen das Versprechen der Regierung, die schwarze Bevölkerung besser mit Nahrungsmitteln zu versorgen, dazu aus, von der Regierung höhere Preise bzw. Subventionen zu erpressen. Gleichwohl wird der Haushaltsplan die Situation der schwarzen Bevölkerung verbessern. Enos Nkala bremste aber erhöhte Erwartungen, wenn er sagte: ,,*Ein Budget, das den Übergang vom Krieg zum Frieden abdeckt, kann nicht hoffen, alle Wünsche zu befriedigen. Wir müssen Geduld haben*'' (,,Fin. Times'', 25.7.80).

Problematisch ist allerdings das Haushaltsdefizit von 450 Mio Zimb. Dol. Bei einem Gesamtausgabenetat von 1,4 Mrd. Zimb. Dol. erwartet die Regierung nämlich nur ungefähr 900 Mio Zimb. Dol. an Steuereinnahmen. Erinnert sei hier, daß die Regierung die Umsatzsteuer für Konsumgüter um 5 % senkte, einige Grundnahrungsmittel sogar ganz von der Umsatzsteuer befreite. Dafür erhöhte sie die vor allem die Weißen betreffenden Einkommens- und Gewinnsteuern. Ursprünglich wollte sie die Umsatzsteuer ganz abschaffen und die Einkommens- und Gewinnsteuer viel drastischer erhöhen. An dem massiven Widerstand der Kapitalisten scheiterte dieses Vorhaben.

Die Folge ist ein hohes Haushaltsdefizit, das durch in- und ausländische Anleihen finanziert werden soll (,,NZZ'', 27./28.7.80).

Das Auslandskapital hält sich zurück

Das Auslandskapital hält sich zurück

Sah der Kissinger-Plan 1976 für Zimbabwe - bei einer für die Imperialisten günstigeren politischen Lösung - noch 1 Mrd. US. Dol. vor, halten sich die imperialistischen Staaten jetzt mit Krediten merklich zurück. Die gesamten westlichen ,,Hilfeleistungen'' betragen gerade 356 Mio US Dollar (,,F.T.'', 3.7.80).

Die Kredite werden darüber hinaus im wesentlichen nicht als reine Finanzhilfe gewährt, sondern sind überwiegend an die Lieferung von Technologie und Know How aus den westlichen Staaten gebunden, was die Abhängigkeit Zimbabwes von westlicher Technologie, Ersatzteillieferung etc. noch weiter erhöhen wird.

Angesichts dieser geringen westlichen ,,Hilfe'' hat Zimbabwe Verhandlungen mit einigen sozialistischen Staaten, wie Jugoslawien, Rumänien und China aufgenommen, um von dort entsprechende Unterstützung zu bekommen (,,F.T.'', 18.7.80). China gewährte Zimbabwe daraufhin einen zinslosen Kredit von 25 Mio Dol. (,,NZZ'', 16.9.80). Seitens der Multis wurden einige Großprojekte (z.B. im Minenbereich) zunächst gestoppt. Nur in den Sektoren Goldabbau, Energiegewinnung und Nahrungsmittelherstellung wurden ausländische Investoren gewonnen.

Die starke Zurückhaltung des Auslandskapitals dient dazu, Druck auf die Regierung auszuüben, damit diese die Investitionsbedingungen für die Kapitalisten verbessert (s. unten).

Zimbabwe wirbt um Auslandsinvestitionen

Zimbabwe unternimmt trotzdem im Moment große Anstrengungen, um Auslandskapital zur Finanzierung notwendiger Vorhaben im sozialen und wirtschaftlichen Bereich ins Land zu ziehen.

Zur Beseitigung der Folgen des Krieges und der wirtschaftlichen Sanktionen, zur Entwicklung der Landwirtschaft und der Industrie benötigt das Land Mittel, die weit über die eigene Finanzkraft hinausgehen.

Aus diesem Grunde führte die Regierung Anfang September eine einwöchige ,,Konferenz über ökonomische Ressourcen Zimbabwes'' mit dem Ziel durch, Zimbabwe fürs Investitionskapital interessanter zu machen. Insgesamt nahmen ungefähr 400 Teilnehmer, insbesondere Bergbauexperten Bankenvertreter und Handelsfachleute aus Industrie- und Entwicklungsländern, einschließlich China und Süd-Afrika, aber ohne die COMECON-Länder, teil (lt. ,,Afrika-Verein'', 9.80).

Mugabe machte einige ,,pragmatische'' Ausführungen zur Rolle der Privatwirtschaft in Zimbabwe, betonte aber gleichzeitig, daß die Regierung nicht gewillt ist, auf staatliche Eingriffe und Kontrolle zu verzichten.

Mugabe sagte, daß ,,*private Initiative und privates Unternehmertum eine zugesicherte und bedeutsame Rolle in der Wirtschaft Zimbabwes zu spielen*'' hätten, ungeachtet der politischen Verpflichtung seiner Regierung zu einer ,,*sozialistischen, egalitären, demokratischen Gesellschaft*'' (,,Guardian'', 2.9.80). ,,*Die Wirtschaft wird nicht nur ihre Pläne in der Weise durchführen, daß sie konsistent sind mit denen der Regierung..., sondern auch mit den sozialen Vorstellungen des Volkes von Zimbabwe.*''

Und weiter: ,,*Ausländische Privatunernehmer müssen bereit sein, substantielle inländische Beteiligungen und lokales Management zu akzeptieren... Während sie das Recht behalten, ihre Dividenden und Gewinne zu transferieren, müssen sie sich verpflichten, einen erheblichen Prozentsatz zu reinvestieren... Die Regierung ist der Meinung, daß einige Bereiche der Wirtschaft und der Industrie von so lebensnotwendiger und strategischer Bedeutung sind, daß sie sich selbst beteiligen muß... In solchen Fällen ist die Regierung bereit, Arrangements in Erwägung zu ziehen, wie Kapitalbeteiligung... und sogar Abkommen mit privaten Interessenten*'' (BfAI/NfA, 16.9.80).

Trotz dieser Angebote bleibt das in- und ausländische Kapital skeptisch. So warnte zum Beispiel der Präsident der Internationalen Handelskammer, Sir Reay Geddes, ausdrücklich davor, den angekündigten Pragmatismus mit einer ,,freien'' Wirtschafts- und Sozialpolitik (im Sinne von freier Marktwirtschaft) gleichzusetzen (,,Afrika-Verein'', 9.80).

Neben dem Abwarten, welche konkreten Gesetze und Verordnungen die Regierung letztlich zur inländischen Kapitalbeteiligung, inländischem Management und zur Staatsbeteiligung

Regierung letztlich zur inländischen Kapitalbeteiligung, inländischem Management und zur Staatsbeteiligung

erlassen wird, beunruhigt die Kapitalisten vor allem die bisherige Regelung des Gewinntransfer.

Der Gewinntransfer ist aus Zahlungsbilanzgründen und wegen des Interesses der Regierung an Reinvestitionen auf 50 % beschränkt, tatsächlich sogar auf rd. 20 % vor Berücksichtigung der Steuer. D.h., bei einem Gewinn von 1000 Dol. könnten die Kapitalisten nur ungefähr 200 Dol. aus Zimbabwe in ihre imperialistischen Metropolen zurückfließen lassen (lt. BfAI/NfA, 16.9.80).

Ansonsten bietet Zimbabwe dadurch, daß es im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern eine relativ entwickelte Industrie, Infrastruktur und reichhaltige Bodenschätze besitzt, für das ausländische Kapital große Investitionsanreize, so daß der Afrika-Verein, dem die Koordinierung der deutschen Beteiligung an der Konferenz unterlag, neben den oben genannten politischen Bedenken zu dem Schluß kam: ,,*So neigen Amerikaner, Japaner und Westeuropäer während der Konferenzwoche in einem bis auf die gestürzten Rhodesdenkmäler und die in ‚Samora Machel Avenue' umgetaufte Hauptstraße wenig veränderten Salisbury eher zum Optimismus.*''

Zimbabwe ist mit Gold, Silber, Asbest, Kupfer, Chrom, Nickel, Kohle, Zinn, Lithium, - insgesamt mit 40 verschiedenen Mineralien, die obendrein eine hohe Qualität besitzen - reich gesegnet. Das Kapital, das eingesetzt wird, um diese Bodenschätze abzubauen, befindet sich zu über 65 % in ausländischen Händen, die restlichen 35 % verteilen sich unter einer kleinen Schicht in Zimbabwe (,,Afrika'', 9/80).

Im Bergbau sind 6 % der arbeitenden Bevölkerung beschäftigt. Der Bergbau besitzt einen Anteil von 7,5 % am Bruttosozialprodukt und führt mehr als 90 % seiner Produktion aus und zwar zunehmend in verarbeiteter oder halbfertiger Form. Die Technologie ist den Betriebsbedingungen relativ optimal angepaßt, obwohl sie nicht dem neuesten technischem Standard entspricht (,,Afrika-Verein'', 9/80). Bedingt durch die Wirtschaftssanktionen, die Zimbabwe vom Weltmarkt weitgehend abtrennte, besitzt das Land heute eine gut entwickelte verarbeitende Industrie, mit einem Anteil von 25 % am Bruttosozialprodukt und hohem Beschäftigungsgrad (140000 Beschäftigte). ,,*Das Spektrum reicht von Stahlwerken und Waggonbau, über Nahrungsmittel, Metallwaren und Geräte, chemische Produkte und bedeutende Baumwollspinnereien und -webereien bis zu Getränken und Tabakwaren, Kleidung, Schuhwaren, Papier und Druck, nichtmetallischen Mineralprodukten, Holz- und Möbelfabriken*'' (,,Afrika-Verein'', 9/80).

Die verkehrsmäßige Infrastruktur ist mit einem relativ hohem Anteil befestigter Überlandstraßen sowie den auch für die Nachbarländer wichtigen Eisenbahnlinien nach Sambia, Mosambique und Süd Afrika verhältnismäßig gut entwickelt.

Die Tribal Trust Lands brauchen besondere Unterstützung

Der relativ weit entwickelten Industrie steht aber eine völlige Unterentwicklung der schwarzen Reservatswirtschaft gegenüber. Während 80 % aller Weißen in den Städten leben, sind es nur knapp 14 % der Afrikaner. Darüber hinaus verfügen 5.4000.000 Afrikaner nur über einen gleich hohen Anteil an Kulturland wie 96.000 Weiße. Diese Ungerechtigkeit hat katastrophale ökonomische Konsequenzen gehabt, weil die hohe Überbevölkerung der afrikanischen Gebiete zu einer Überkultivierung und infolgedessen zu schwerer Bodenauslaugung und Erosion geführt hat.

Hinzu kommen die Folgen der rhodesischen Kriegsführung, die mit Ausgangssperren, Einpferchung der Landbevölkerung in die konzentrationslagerähnlichen ,,Wehrdörfer'', Vernichtung der Ernten und Schließung von Kornmühlen (,,Die Neue'', 16.9.80) die Afrikaner an den Rand einer Hungersnot getrieben haben. Verschärft wird diese Situation noch durch die zurückkehrende Flüchtlinge aus Sambia, Botswana und Mosambique. Zimbabwe ist wegen dieser kritischen Ernährungslage gezwungen, Mais, das Hauptnahrungsmittel, aus Süd-Afrika einzuführen, obwohl es früher selbst Mais exportiert hat. 1980 sind es 40.000 t, 1981 werden es vermutlich 200.000 t sein. Paradoxerweise exportierten aber noch im Januar dieses Jahres die weißen Farmer ungefähr 10.000 t Mais.

exportierten aber noch im Januar dieses Jahres die weißen Farmer ungefähr 10.000 t Mais.

Wegen geringerer Gewinne haben die weißen Farmer die Anbaufläche für Mais seit Anfang der 70er Jahre von 300.000 auf 190.000 Hektar verringert (,,Die Neue'', 16.9.80).

Für die Lösung der Probleme in Zimbabwe genügt es nicht, nur das Wirtschaftswachstum in der Industrie voranzutreiben, sondern in viel stärkerem Maße müssen Maßnahmen ergriffen werden, die die Unterentwicklung der Tribal Trust Lands aufheben.

B. Chidzero, Minister für Wirtschaftsplanung und Entwicklung und stellvertretender Generalsekretär der UNCTAD, rückte die lange im Dunkel der Unterentwicklung vernachlässigte Subistenzwirtschaft der Tribal Trust Lands ins Zentrum der Regierungspolitik.

Er forderte die ausländischen Investoren auf, die außerordentlich starken Einkommensunterschiede zwischen den industriell entwickelten Landesteilen und z.B. der TTL auszugleichen durch die Wahl der betrieblichen Standorte. Damit einhergehen sollten eine bessere Verteilung der Einkommen.

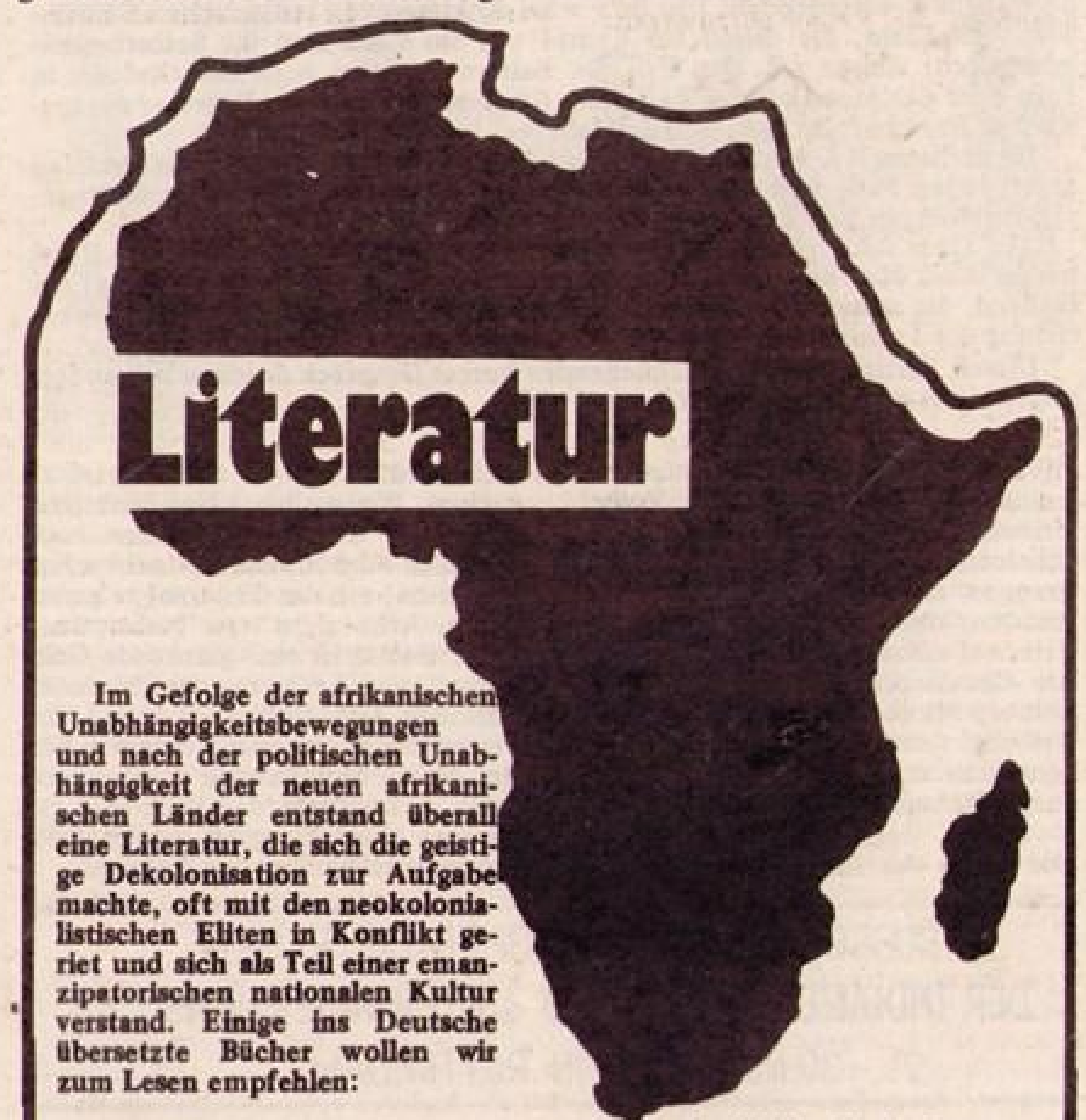
Ausländische Investoren sollten bereit sein, zunächst niedrigere Gewinne zu akzeptieren und sich voll für die Ausbildung dringend benötigter Fachkräfte einsetzen (BfAI/NfA, 16.9.80). Daß das in- und ausländische Kapital nicht durch Bittschriften dazu zu bewegen ist, gibt Chidzero in einer Studie, die unter seinem Vorsitz in der UNCTAD erstellt wurde, zu verstehen (,,Zimbabwe, Towards a New Order'').

Zum Thema Landwirtschaft wird dort festgestellt, daß eine Landreform die Vorbedingung über die weitere Entwicklung auf diesem Gebiet sei. Um eine entsprechende Entscheidungsbefugnis über die Landverteilung zu sichern, scheine es zweckmäßig, diese ,,im Namen des Volkes von Zimbabwe'' in die Hände der Regierung zu legen (,,NZZ'', 26.7.80).

Zum Bergbau werden verschiedene Möglichkeiten aufgezeigt, die von Minderheitsbeteiligungen des Staates bis zur vollen Nationalisierung, von staatlichen Sitzen in Verwaltungsräten und Direktionen bis zur Schaffung eines staatlich gelenkten Kartells reichen (,,NZZ'', 26.7.80).

Zur Industrie wird vorgeschlagen, wesentliche Änderungen in der Struktur von Eigentum und Kontrolle, die Afrikanisierung maßgeblicher Managementfunktionen und umfassende gesetzliche Bestimmungen, um die Neuorientierung durchführen zu können, vorzunehmen. Auf kurze Sicht soll jedenfalls eine verstärkte Staatskontrolle über das Finanzierungs- und Bankwesen angestrebt werden, während auf längere Sicht die Nationalisierung größerer Unternehmen in Betracht gezogen werden müßte (,,NZZ'', 26.7.80).

Afrika-Kommission



Im Gefolge der afrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen und nach der politischen Unabhängigkeit der neuen afrikanischen Länder entstand überall eine Literatur, die sich die geistige Dekolonisation zur Aufgabe machte, oft mit den neokolonialistischen Eliten in Konflikt geriet und sich als Teil einer emanzipatorischen nationalen Kultur verstand. Einige ins Deutsche übersetzte Bücher wollen wir zum Lesen empfehlen:

Wole Soyinka
„Der Mann ist tot"
Aufzeichnungen aus dem Gefängnis
360 S. 36,– Bo Carefors

Wole Soyinka ist unter den Schriftstellern Afrikas und speziell Nigerias einer der engagiertesten Kritiker neokolonialer Repression und Entfremdung. In dem fesselnden Roman „Der Mann ist tot" berichtet er aus seiner Gefängniszeit während des nigerianischen Bürgerkriegs 1967, für dessen Dauer er ohne Anklage inhaftiert worden war. Er berichtet über seine Verhaftung, über die Verhöre und die Versuche, ihn zu zermürben, über seine seelischen und intellektuellen Reaktionen in der Einzelhaft. Ein Buch nicht nur

Versuche, ihn zu zermürben, über seine seelischen und intellektuellen Reaktionen in der Einzelhaft. Ein Buch nicht nur

über eine Gefangenschaft, sondern auch über die Massaker im Norden, über die Korruption der Herrschenden, über die nigerianischen Intellektuellen. Eine unversöhnliche Anklage der neuen Herrschaftsschicht Nigerias.

Vom gleichen Autor
„Die Plage der tollwütigen Hunde"
440 S. 32,– Hammer Verlag

Der junge Werbefachmann Ofeyi, als erfolgreicher Karrierist beneidet, geht auf der Suche nach einem sinnvollerem Leben zurück in die Dorfgemeinschaft der Ackerbauern im tropischen Regenwald. Sie wird für ihn „urkommunistisches" Modell für ein zukünftiges Leben, während das „Kartell" der Herrschenden den Kampf gegen ihn und die dörfliche Kommune aufnimmt. Dieses faszinierende Buch führt mitten hinein in die Klassengesellschaft Nigerias zu Beginn der siebziger Jahre, wobei die „neue Elite" zugleich mit beissendem Spott karikiert wird.

Sembene Ousmane
„Chala"
150 S. 22,– Hammer Verlag

Ousmanes Prosa war bis Anfang der sechziger Jahre der erste Ansatz proletarisch-revolutionärer, sozialistisch-realistischer Literatur in Afrika. Er ist Senegalese. Der elitär-aristokratischen Kunst Senghors, Ausdruck des sich bildenden Bürgertums, setzt Ousmane eine materialistische Literatur entgegen, die aus der sich entwickelnden proletarisch-bäuerlichen Bewegung hervorging.

Ngugi wa Thiongo
„Freiheit mit gesenktem Kopf"
380 S. 29,– Walter Verlag

Der bedeutendste Schriftsteller Ostafrikas und Kenias hat den Roman über den antikolonialen Kampf gegen die englische Herrschaft geschrieben . Er wird als sein bislang bester Roman beurteilt.

als sein bislang bester Roman beurteilt.

Al Imfeld
„Verlernen, was mich stumm macht"
Lesebuch zur afrikanischen Kultur
300 S. 29,80 Union Verlag

Die wichtigste derzeit erhältliche Anthologie afrikanischer Aufsätze zum Thema Kolonialismus, Selbstfindung und Entfremdung, traditionelle und neue Formen afrikanischer Kultur.

Mongo Beti
„Perpetue und die Gewöhnung ans Unglück"
st 677 8,– Suhrkamp

Beti ist Kameruns führender Schriftsteller , der im französischen Exil lebt. Seine große Anklage der Diktatur in Kamerun wurde in Frankreich (!) verboten. In diesem Buch geht es um den Leidensweg einer sechszehnjährigen Missionsschülerin, die von einem hohen Beamten gekauft und zur Heirat gezwungen wird. Minuziös wird der Prozeß der Erniedrigung und Demütigung geschildert, dem sie nach der Eheschließung ausgesetzt ist. Schließlich geht sie eine verbotene Liebesbeziehung ein. Perpetue will sich den uralten Moralgesetzen nicht unterwerfen.

„Der Neger vom Dienst"
Afrikanische Erzählungen
es 1028 14,– Suhrkamp

IV. Russell-Tribunal über die Rechte der Indianer in Nord-, Mittel- und Südamerika

Die Vorbereitung und Organisierung des IV. Russel-Tribunals „steht". Zeugen sind eingeladen und befinden sich teilweise schon in Europa. Die Zusammensetzung der Jury ist weitgehend gesichert. Im nächsten AK werden wir ausführlicher über die Jury, die zur Verhandlung anstehenden Fälle und das Tribunal-Programm mit den zahlreichen Rahmenveranstaltungen berichten.

Aus bisher 40 vorgeschlagenen Anklagefällen wurden 12 ausgesucht, die vor dem Tribunal behandelt werden, gleichzeitig gibt es Gelegenheiten, auch die nicht behandelten Fälle vorzustellen und die Situation nicht indianischer autochthoner Völker (wie z.B. der Kurden) auf Abendveranstaltungen kennenzulernen. Die Auswahl der 12 Fälle ist sehr gezielt, ohne Scheu, in laufende Konflikte einzugreifen. Die Jury wird Anklagen von indianischen Gemeinden verhandeln, die direkt im Kampf um ihr Land und ihr Selbstbestimmungsrecht stehen z.B. den Fall der Bauern von San Juan der Ondores in Peru oder das Massaker der Regierung Guatemalas gegen die Besetzer der spanischen Botschaft im Januar dieses Jahres.

Im nächsten AK werden wir ausführlich über die Jury, die zur Verhandlung anstehenden Fälle und das Tribunal-Programm mit den zahlreichen Rahmenveranstaltungen berichten.

Auf einer sehr gelungenen und informativen Großveranstaltung im Hamburger Audi Max sprach ein Vertreter der WIP (Working Indian Project) aus Holland, die neben der Gesellschaft für bedrohte Völker der BRD die Vorbereitung des Tribunals im wesentlichen tragen.

Diesen Beitrag und ein anschließendes kurzes Gespräch drucken wir im folgenden (mit geringfügigen Kürzungen) ab.

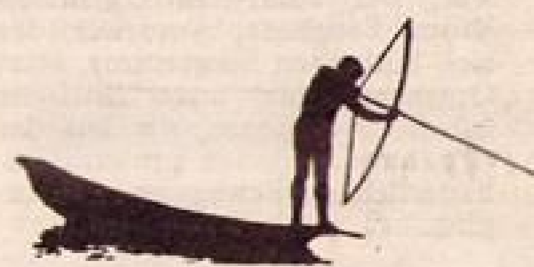
...Vor 2 Jahren hat in der Bundesrepublik Deutschland das III. Russel-Tribunal stattgefunden und es scheint, daß von den Unterstützergruppen sich die holländischen am meisten stark gemacht haben, das Tribunal mitzutragen. Jetzt aber wird die Geschichte vielleicht im umgekehrten Sinne wiederholt, wobei dies Tribunal von einer geographisch weiteren und auch weltweiteren Bedeutung sein kann.

Zweck des Tribunals ist zuerst, die Sache der Indianer und auch ansucht, das Übel an der Wurzel zu packen. Wir wollen keine Wohltäter sein. Von der Million fehlen noch ungefähr 40 000, das ist das absolute Minimum, um das Tribunal zu garantieren. Aber mehr wäre besser, denn das Tribunal ist eine glänzende Gelegenheit, daß Leute aus verschiedenen Nationen sich treffen können. Und wir wollen auch gerne Leute von Fällen, die nicht behandelt werden, einladen zu kommen, damit sie auch zusammen einen Kongreß machen können im Anschluß an das Tribunal...

IV. RUSSELL-TRIBUNAL ÜBER DIE RECHTE DER INDIANER NORD- UND LATEINAMERIKAS

24.–30. NOV. 1980 IN ROTTERDAM

24.–30. NOV. 1980 IN ROTTERDAM



"ALLE VÖLKER HABEN DAS RECHT AUF SELBSTBESTIMMUNG. KRAFT DIESES RECHTS ENTSCHEIDEN SIE FREI ÜBER IHREN POLITISCHEN STATUS UND VERFOLGEN IN FREIHEIT IHRE WIRTSCHAFTLICHE, SOZIALE UND KULTURELLE ENTWICKLUNG."

(Art.1(1) des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen)

Das Tribunal will
- die Weltöffentlichkeit über die bedrohliche Situation der Indianer informieren;
- Solidarität und Unterstützung für ihren Überlebenskampf gewinnen;
- ihre konkreten Lebensbedingungen in politischer, ökonomischer und kultureller Hinsicht zu verbessern helfen;
- Aufmerksamkeit erreichen für andere Minderheiten in vergleichbaren Situationen.





Spenden für das Tribunal über die Gesellschaft für bedrohte Völker, Postscheck Hamburg, Nr.7400 Stichwort "Russelltribunal"

(aus Lateinamerika-Nachrichten Nr. 83)

derer autochthoner Völker (Autochthonen = Ureinwohner eines Landes AK) in die Öffentlichkeit zu bringen, denn die Presse macht in dieser Angelegenheit ihre Hausaufgaben nicht gut. Deshalb müssen andere Wege gesucht werden, die Anklagen und Vorfälle bekannt zu machen.

Ein zweites Ziel ist, mit der Mobilisierung der öffentlichen Meinung, Druck auszuüben auf Instanzen, damit die Ausbeutung beendet wird und endlich die Völker auf ihre eigene Art und Weise bestimmen können, wie sie leben wollen.

Das Recht auf Selbstbestimmung steht zentral, und dazu müssen neue Wege zur Koexistenz gefunden werden und auch die Beschreibung der Menschenrechte muß geändert werden. Für das alles kann das Tribunal nur ein Anfang sein. Das Tribunal ist kein Ziel, sondern ein Mittel, mit dessen Resultaten und Urteilen weitergearbeitet werden muß...

Die Unkosten für das Tribunal werden 1 Mio. Gulden betragen und es wäre noch teurer geworden, wenn nicht so viele freiwillige Mitarbeiter sich einsetzen würden. Wir werden oft gefragt, ob sich das Geld nicht effektiver verwenden ließe. Wir sagen nein zu Teilprojekten. Das Tribunal ver-

Der Unterdrückung ein Ende zu setzen, ist Aufgabe des Tribunals und seiner Nacharbeiten. Vor 2 Jahren, als die Gesellschaft für bedrohte Völker eine Rundreise für eine brasilianische Delegation organisierte und die Resultate waren nicht entsprechend, sagte jemand, es gebe in der BRD eine „Indianermüdigkeit".

Aber ich denke, wir sollen und dürfen nicht müde werden zu kämpfen, jeder auf seine Weise. Denn wenn wir gestatten, daß Leute gnadenlos und auf brutale Weise auf der Welt unterdrückt werden, dann wird es nicht lange dauern, bis wir auch selbst unterdrückt werden. Das soll aus reinem Egoismus einer der Gründe sein, warum wir uns um die Unterdrückten kümmern, nicht aus Mitleid, sondern es geht um eine große spirituelle Kraft, die in ihrer Existenz bedroht wird und um eine Lebensauffassung, von der wir noch viel lernen können.

***

AK: Im Aufruf zum Russelltribunal ist angekündigt, daß auch Vertreter der Gegenseite, der Multis, der staatlichen Indianerorganisationen etc. eingeladen werden sollen. Werden solche Opponenten teilnehmen? Wie weit ist es außerdem gelungen, direkten Zeugen der angeklagten Fälle die Teilnahme zu ermöglichen?

Fans Eickholt (WIP, Niederlande):

Zeugen sind eingeladen, verschiedene haben bestätigt, daß sie kommen werden, verschiedene sind schon in Europa. Aber mit den Namen müssen wir sehr vorsichtig sein, weil man nicht weiß, ob sie dann noch aus ihrem Land herauskommen können. Da sind wir ganz vorsichtig.

Die Opponenten sind oder werden noch eingeladen; z. B. die Weltbank. Sie ist eine der Angeklagten im Fall Brasilien. Ich habe im persönlichen Gespräch mit einem Vertreter der amerikanischen Botschaft in den Niederlanden gesagt, daß das beste, was sie tun können, ist, uns einen richtigen Opponenten zu schicken, damit es ganz objektiv wird. Da sagten sie, ja, wenn wir das tun, dann erkennen wir das Tribunal an und deswegen lieber nicht. Von anderer Seite habe ich gehört, daß auch Opponenten aus Nordamerika kommen wollen. Leute von uns, die dort herumgereist sind, haben gesagt, es werden welche kommen.

...Wenn sie nichts zu fürchten haben, und wenn sie denken, daß sie im Recht sind, dann können sie doch kommen.

AK: Wie sollen die Ergebnisse des Tribunals veröffentlicht, und wie soll damit weitergearbeitet werden?

F.E.: Es wird ein Buch auf holländisch und deutsch, eventuell auch auf englisch und spanisch herausgegeben. Sicher ist auch eine Broschüre, die wollen wir versuchen in die meisten Weltsprachen, auch arabisch, russisch

Weltsprachen, auch arabisch, russisch

usw. zu übersetzen, daß also die meisten Leute damit bekannt werden können. Die ganze Dokumentation der Sitzungen und Fälle wird auch in einfacher Form publiziert, und das geht dann an die Vereinten Nationen, internationale Gewerkschaften, Weltkirchenrat, die Botschaften usw., damit sie jedenfalls nicht sagen können, wir haben es nicht gewußt.

AK: Die Jury hat politisch hochbrisante Fälle ausgewählt, wie z.B. den der Bauern von Ondores in Peru, die mitten im Kampf um ihr Land stehen oder auch den Überfall auf die spanische Botschaft in Guatemala, wodurch ja direkt die guatemaltekische Regierung angeklagt wird.

F.E.: Ja, der spanische Botschafter selbst hat ein Schweigegebot von seiner Regierung bekommen. Aber wir versuchen, daß das aufgehoben wird, daß er seine Aussage machen kann, weil er der letzte Augenzeuge ist, das würde sehr wichtig sein. (Zur Erinnerung: am 30.1.80 hatten indianische Bauern aus dem Dorf Uspatan die spanische Botschaft in Guatemala besetzt, um gegen die ständigen Übergriffe des Militärs gegen ihre Dörfer zu protestieren; mehrere Bauern waren ermordet worden und „verschwunden"; Delegationen, die in die Hauptstadt kamen, um Aufklärung über die Verschwundenen zu verlangen, wurden verhaftet, „verschwanden" ebenfalls, bis Anfang 1980 gab es über 60 „Verschwundene". Das Massaker, das dann in der Botschaft angerichtet wurde, ist bekannt: der einzige überlebende Indianer wurde im Krankenhaus umgebracht. Allein der spanische Botschafter überlebte, vergl. AK 171).

Ondores ist der Fall der traditionellen Bauerngemeinschaften in den Anden. Sowohl ein Konzern als auch der Staat nehmen der Gemeinde das Land weg. Es ist den traditionellen Bewohnern schon gelungen, etwas zurückzugewinnen. Daß der Fall in Rotterdam verhandelt wird, soll nochmal ein Anstoß sein, um ihren Kampf zu unterstützen.

Die meisten Fälle gehen über Landnahme und Genozid, deswegen bin ich selbst sehr froh, daß der Fall von Rio Negro (Brasilien) dabei ist, weil dort die Rolle der Missionen verhandelt wird, Gott sei Dank gibt es jetzt auch mal Organisationen der Kirche, die vernünftige Arbeit leisten, wie die CIMI (Missionsrat der katholischen Kirche in Brasilien), aber es gibt noch so viele Organisationen, die infiltrieren und alles ganz kaputt machen. Das ist eine Anklage, wie die indianischen Kulturen vernichtet werden durch eine religiöse Organisation, die Salesianer, die die Indianer wirtschaftlich abhängig machen, sie z. B. zwingen, in westlichen Kleidern rumzulaufen usw. Wir hoffen, daß in Rotterdam Genaueres darüber berichtet wird.



STICHTING WERKGROEP INDIANEN PROJEKT
BLOEMGRACHT 90 1015 TM AMSTERDAM AA POSTBUS 51322 TEL 020 235984 / 764243
HOLANDA THE NETHERLANDS HOLLAND

Hungerstreik im bolivianischen Konsulat
Widerstand geht weiter

Der Hungerstreik, den der bolivianische Generalkonsul Sanchez und 14 weitere Demokraten aus Lateinamerika, der BRD und anderen Ländern seit dem 22.10. durchführen, wurde am Sonntag, 2.11. durch den Besuch von Jaime Paz Zamora unterstützt. Jaime Paz ist Generalsekretär des bolivianischen MIR und Vizepräsident der demokratisch gewählten Regierung.

Zu einer Pressekonferenz begrüßte der Konsul die zahlreichen Vertreter von Presse, Fernsehen und Parteien im Konsulat, diesem *„kleinen befreiten Stück Boliviens"*.

Jaime Paz, der sich auf einer Rundreise durch verschiedene lateinamerikanische Länder, die USA und Europa befindet, um die diplomatische Isolierung der Militärjunta voranzutreiben, erklärte seine Solidarität mit den Hungerstreikenden und seine Unterstützung für ihre Forderungen:

1. Sofortige Rückberufung des deutschen Botschafters aus Bolivien zur Berichterstattung mit dem Ziel der Abberufung.
2. Untersuchung des Vorwurfs der Jungsozialisten, daß der bolivianische Botschafter in Bonn, Alipaz, Kontakte zur bolivianischen Kokainmafia unterhalten und selbst in den Kokainhandel verwickelt sein soll. Bei Bestätigung Erklärung zur persona non grata.
3. Erklärung der Bundesregierung über die Einstellung jeglicher Wirtschafts- und Kapitalhilfen, bis zur Änderung der augenblicklich herrschenden Verhältnisse in Bolivien.

Alle anwesenden Parteienvertreter (SPD, FDP, Junge Union, GLU Schleswig Holstein, DKP) erklärten ihr Einverständnis mit diesen Forderungen und ihr Bemühen, sich für ihre Verwirklichung einzusetzen.

Arbeitsunterstützung und Solidarität wird im Konsulat im Widerstand nach wie vor gebraucht:
Heilwigstr. 125, Tel: 47 20 02

Russell-Filmwoche in Hamburg: Das Antlitz bedrohter Völker

Vom 1. bis 9. November läuft im kommunalen Kino Hamburgs „Metropolis", Dammtorstr. 30 (Tel. 040/353707) eine Serie von Filmen über Indianer Nord– und Südamerikas, die von der Gesellschaft für bedrohte Völker initiiert wurde. Im Rahmen der Vorbereitung auf das kommende Russell–Tribunal sollen hier in Filmen die Betroffenen selbst zu Wort kommen – und damit die gängigen Wildwest–Schinken in die Wüste jagen. Sämtliche Filme sind empfehlenswert; um nur einen herauszugreifen sei auf den am 9.11. laufenden Film „Das Blut des Kondors" hingewiesen, der 1969 in Bolivien entstand: In einem Indio–Dorf auf der Anden–Hochebene bauen Angehörige des US–„Friedenskorps" ein Krankenhaus und nehmen es in Betrieb. Bald darauf setzt ein Rückgang der Geburten ein, ein Schicksalsschlag, dem die Indios mit Fruchtbarkeitsriten, Befragung der Coca–Blätter und dem traditionellen Vergraben von Miniaturen zu begegnen versuchen. Als sie zufällig entdecken, daß ihre Frauen in der Klinik heimlich sterilisiert werden, bereiten sie den Fremden gewaltsam das gleiche Schicksal.

Programmausschnitt:

4.11. – 19.00
„Unsere Verwandtschaft", „Cree Way" und „The Ballad of Crowfoot" (drei kanadische Filme)

5.11. – 21.00
„Broken Treaty at Battle Mountain" (von und über Schoschone in USA)

6.11. – 21.00
„Der Hauptfeind" (Widerstand in Bolivien)

7.11. – 21.00
„Kultische Tänze und darstellende Gebärden der Sioux–Indianer", „Kinder von Wounded Knee" und „Crow Dog, Medicine Man: We are still here" (drei Filme aus Nordamerika, die beiden letzten von und über AIM, American Indian Movement)

8.11. – 21.00
„The Silent Enemy" (Aushungerung der Ojibwaj Nordamerikas 1610 – 1791)

9.11. – 21.00
„Das Blut des Kondors" (Bolivien)

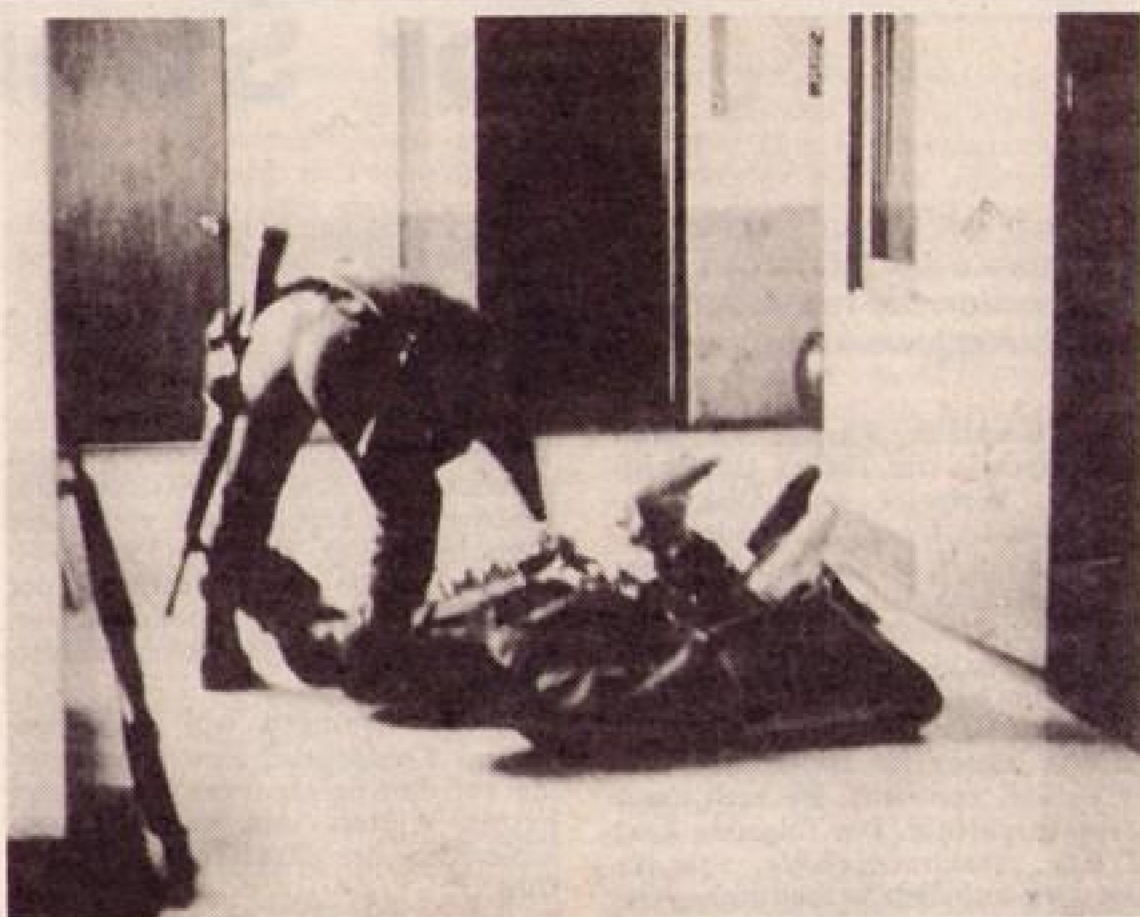
Verfassungsschwindel in Südkorea

Um dem seit Mai in Südkorea herrschenden Militärregime eine demokratische Fassade zu verschaffen, fand am 22. Oktober eine sogenannte „Volksabstimmung"statt. Nach ofiziellen Angaben nahmen daran 95,5 % aller Abstimmungsberechtigten teil, von denen 91,6 % gültige Ja-Stimmen abgegeben haben sollen („Süddeutsche Zeitung", 24.10.80). Damit werden noch die Rekordzahlen entsprechender Abstimmungen unter dem vor einem Jahr erschossenen Diktator Park überschritten.

Der Verfassungsentwurf bringt auf dem Papier einige Verbesserungen gegenüber der bisherigen Yushin-(Notstands-)Verfassung. Freiheit der Rede und Pressefreiheit werden ohne die bisherige Einschränkung gewährt. Da trifft es sich doch seltsam, daß gerade Mitte Oktober der ehemalige Vorsitzende des südkoreanischen Journalistenverbandes, Kim Tae Hong festgenommen wurde, weil er es gewagt hatte, *„gegen die Regierung zu agitieren, die Abschaffung der Pressezensur zu verlangen und zur Unabhängigkeit für Journalisten aufzurufen"* (SZ, 10.10.80).

Andere „Verbesserungen" der Verfassung sind natürlich ebenfalls nur im Zusammenhang mit der tatsächlichen Lage im Lande richtig einzuschätzen. Wenn die Rechte des Präsidenten formal eingeschränkt werden, so wird damit ein Parlament gestärkt, das erst einmal bis zur im Juni 1981 geplanten Wahl ebenso wie sämtliche politischen Parteien aufgelöst wurde. Der Prozeß gegen den Oppositionsführer Kim Dae Dschung (siehe weiter unten) zeigt ebenfalls deutlich, was von der angeblich „liberaleren" Verfassung zu halten ist, die Südkorea in eine *„strahlende und freudvolle demokratische Wohlfahrtsgesellschaft"* verwandeln soll.

Der eigentliche Pferdefuß liegt jedoch in der Übergangszeit. Es wurden alle politischen Parteien aufgelöst und das Militärregieme behält sich das Recht vor, „ *‚zur Erneuerung des politischen Klimas' Gesetze und Vorschriften zu erlassen, um die politische Betätigung von Personen zu regulieren, welche für ‚politische oder gesellschaftliche Korruption oder Chaos vor dem Inkrafttreten dieser Verfassung' verantwortlich seien"* (SZ, 16.10.80).



Der Terror nimmt kein Ende

Alleine seit August dieses Jahres sind vom Regime nach offiziellen Angaben 46.117 *„gewalttätige Kriminelle und Strolche"* festgenommen worden, von denn 2.243 vor Gericht gestellt werden sollen, während 29,892 zur „Umerziehung" geschickt wurden (FR, 14.10.80). Die Abrechung mit den Aufständischen von Kwangdschu im Mai dieses Jahres geht in unverminderter Härte weiter. Trotz aller internationalen Proteste hat jetzt auch das Berufungsgericht das Todesurteil gegen Kim Dae Dschung bestätigt, sodaß jetzt nur noch die Gnade des Junta-Chefs Tschon Du Hwan das Urteil umwandeln kann. Aber selbst eine „Begnadigung" zu lebenslänglichem Gefängnis würde einen schweren Schlag gegen die demokratische Opposition bedeuten und sicherlich nicht hingenommen werden.

Unter totalem Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte ein Militärgericht der Provinzen Cholla-Namdo (deren Hauptstadt Kwangdschu ist) und Cholla-Bukdo über 255 Angeklagte, die im Zusammenhang mit dem Volksaufstand festgenommen worden waren. Die Urteile waren drastisch: fünfmal Todesstrafe, siebenmal lebenslänglich und in 163 Fällen Haftstrafen zwischen fünf und 20 Jahren!

Bei seiner Rückkehr aus Japan, wohin er zu ärztlicher Behandlung gereist war, wurde bereits am 19.September der presbyterianische Geistliche Pak Hyong Gyu auf dem Flughafen von Seoul festgenommen und verschleppt. Seitdem fehlt von ihm jede Spur. Er hatte Ende April, einen Monat vor dem Aufstand, einen Vortrag in Kwangdschu gehalten (FAZ, 4.10.80).

Der Widerstand regt sich

Trotz des herrschenden Kriegsrechts und der Verfolgungsmaßnahmen gegen alle Oppositionellen kam es in der letzten Zeit wiederholt zu Protestaktionen gegen die Militärdiktatur:

– Am 8. Oktober veranstalteten die Studenten der theologischen Fakultät in Seoul eine Gedenkkundgebung zu Ehren der Opfer von Kwangdschu: 146 von ihnen wurden daraufhin festgenommen und die Universität wurde geschlossen („Le Monde", 10.10.80).

– *„Nachdem die Studentin ihren Packen Flugblätter unter die Menge ihrer Kommilitonen an der Hyung-Hee-Universität geworfen hatte, schnitt sie sich die Pulsadern auf. Noch blutend wurde sie verhaftet, und mit ihr zwei bis drei weitere Studenten. (...) Flugblätteraktionen und*

denten. (...) Flugblätteraktionen und

Verhaftungen wurden auch an der Yonsei-Universität beobachtet und nach unbestätigten Angaben sogar in der Provinzhauptstadt Pusan, – stets ohne daß die Presse darüber berichtet hat" (FR, 13.10.80).

– Zur ersten größeren Demonstration seit Verhängung des Kriegsrechts kam es am 17. Oktober in der Korea-Universität in Seoul. Etwa 1000 Studenten riefen zum Boykott der bevorstehenden Abstimmung über den Verfassungsentwurf auf. Nachdem Polizei das Gelände gestürmt hatte, nahm sie ca. 50 Studenten fest (FR, 18.10.80). Daraufhin wurden bis zum Referendum alle Lehrveranstaltungen abgesagt und zahlreiche Universitäten in Seoul geschlossen.

Die Bevölkerung Kwangdschus drückte bei der Abstimmung über den Verfassungsentwurf ihre Wut aus, soweit das bei dieser Farce mögwar: *„Hier wagte immerhin ein Viertel der Abstimmungsteilnehmer, offen mit Nein zu stimmen"* (SZ, 24.10.80).

Die Rolle der USA und der BRD

Während offiziell mehr oder weniger wortreiche Proteste gegen die Terrorherrschaft in Südkorea zu hören sind, sprechen die Taten eine andere Sprache. Bereits beim Niederschlagen des Kwangdschu-Aufstands hatten die US-Befehlshaber Truppenteile freigegben. Am Dienstag letzter Woche hat jetzt ein gemeinsames Manöver der US- und der südkoreanischen Luftwaffe begonnen (taz, 29.10.80) In der Bundeswehr werden weiterhin südkoreanische Offiziere ausgebildet – trotz aller verbalen Proteste gegen das Militärregime wird hier ihr Nachwuchs unterstützt.

Auf der anderen Seite gibt es in der BRD durchaus eine Protestbewegung gegen die südkoreanische Diktatur und deren Unterstützung durch die Bundesregierung. Auf einem Südkorea-Tribunal am 26.10. in Bonn wurde neben Information über die aktuelle Lage insbesondere auch auf diese Zusammenarbeit hingewiesen (siehe Aufruf im Kasten). Eine Verbreiterung der Solidaritätsbewegung, die derzeit wesentlich von kirchlichen Gruppen getragen wird, ist erwünscht. Auf einem Folgetribunal Ende November soll noch einmal ausführlicher über die innere Entwicklung in Südkorea diskutiert werden.

Asien/Australien-Kommission

Eine Reihe nahmhafter Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler hat für Sonntag zur Teilnahme an einem Südkorea-Tribunal aufgerufen. In der Alten Feuerwache in Köln, Melchiorstraße, werden sich Arbeitsgruppen und Plenum unter anderem mit dem Todesurteil gegen den Oppositionsführer Kim Dae Jung, dem Kwangju-Aufstand und der „Bedrohung aus dem Norden" beschäftigen. Außerdem findet eine „Gerichtsverhandlung gegen die Diktatur" sowie ein kulturelles Programm statt. Der Aufruf zu dem Kölner Tribunal hat folgenden Wortlaut:

Die Verfolgten Südkoreas brauchen unsere Solidarität. Zu Tausenden werden Arbeiter, Studenten, Intellektuelle und Bauern in „Umerziehungslager" gebracht. Demokraten und Patrioten werden eingekerkert und gefoltert oder wie der Führer der südkoreanischen Opposition, Kim Dae Jung, von einem Militärgericht zum Tode verurteilt. Ihr einziges „Verbrechen" ist es, sich für Demokratie und Freiheit, für menschenwürdige Lebens- und Arbeitsverhältnisse eingesetzt zu haben.

Über 30 000 Oppositionelle sind während der „Säuberungskampagne" der letzten Wochen verhaftet worden. Fast 200 Zeitschriften wurden verboten, über 600 Verlage geschlossen und mehr als 250 Journalisten entlassen, weil sie nicht schwiegen, als die Einwohner Kwangjus massakriert wurden. Südkorea ist kein freies Land. Die zynische Propaganda mit dem „erhofften demokratischen Wohlfahrtsstaat", die die Militärdiktatoren mit kluger Berechnung in die Welt setzen, ist ein einziger Schwindel.

Immer noch stützen amerikanische Besatzungssoldaten dieses Regime. Ohne die USA hätte diese Diktatur längst ihr wohlverdientes Ende gefunden. Beim Massaker von Kwangju half John Wickham, Oberkommandeur der US-Streitkräfte in Südkorea, durch die Freistellung von Truppenteilen mit, den Volksaufstand niederzuschlagen.

Trotz vieler Protesterklärungen von Politikern wie Willy Brandt (SPD), Jürgen Möllemann (FDP) und von Repräsentanten der Kirchen wurde während der Ereignisse von Kwangju in Bonn das Abkommen über einen weiteren 28-Millionen-DM-Kredit für das südkoreanische Regime unterzeichnet. Immer noch werden südkoreanische Offiziere in der deutschen Bundeswehr ausgebildet, und im August dieses Jahres hielt sich eine Delegation der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau in Seoul auf, um ungeachtet der dortigen Vorgänge Möglichkeiten für weitere Kredite zu erkunden.

Vergessen wir nicht: Es geht nicht um uns und unsere oft kleinlichen theoretischen oder parteitaktischen Streitereien. Es geht darum, daß Menschen wie Kim Dae Jung oder der Dichter Kim Chi Ha leben und frei sind. Es geht darum, daß Südkorea frei wird – frei von Folter und Terror, von Not und Elend, von ausländischer Bevormundung und Ausplünderung. Allerdings, es geht auch – in zweiter Linie – um uns:

– darum, wie ernst es uns ist mit der Verteidigung der Demokratie

– darum, ob für uns die Solidarität mit den unterdrückten Völkern mehr ist als eine billige Parole.

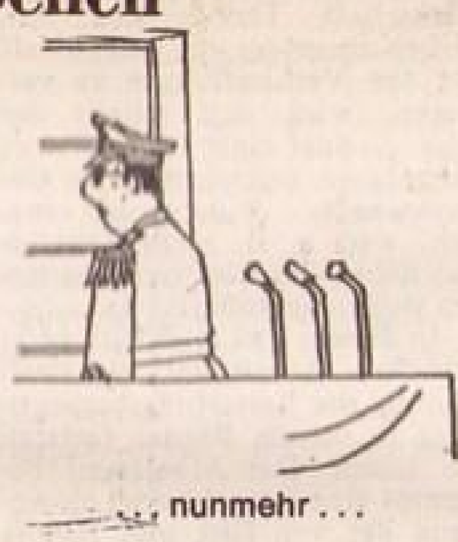
Prof. Wolfgang Abendroth, Rudolf Bahro, Prof. Josef Beuys, Prof. Peter Brückner, Franz-Josef Degenhardt, Karlheinz Deschner, Prof. Theodor Ebert, Prof. Walter Fabian, Prof. Ossip K. Flechtheim, Max von der Grün, Prof. Reinhard Kühnl, Jakob Moneta, Josef Reding, Prof. Helmut Ridder, Theater „Rote Grütze", Peter Rühmkorf, Otto Schilly, Peter Schütt, Prof. Christian Sigrist, Dieter Hildebrandt, Dietrich Kittner, Klaus Staeck, Bernt Engelmann, Wolfgang Harich, Waldecker Bürgerinitiative gegen Neofaschismus, Bundesvorstand der Grünen, Bundesvorstand der Deutschen Jungdemokraten, amnesty international Köln und die Korea Koordinationsgruppe von amnesty begrüßen die Duchführung dieses Tribunals.



Versprochen



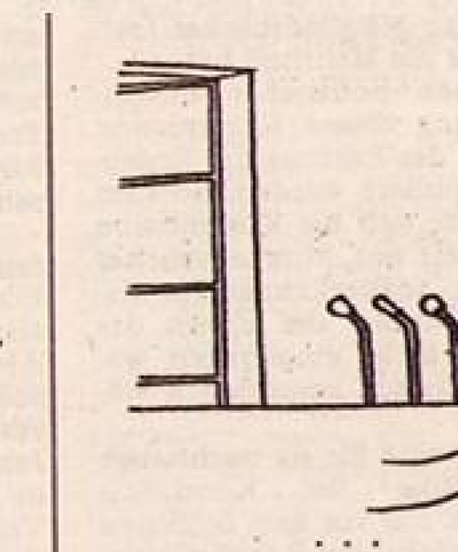
„Wie ich versprach ...



... nunmehr ...



... übergebe ich ...



...



... die Staatsgeschäfte ...



... einer Zivilregierung."

Letzte Meldung: Todesurteile in Südkorea bestätigt

Der Kriegsrechtsverwalter und Gouverneur der südkoreanischen Stadt Kwangju hat die Todesurteile gegen fünf der Angeklagten bestätigt. Darunter ist auch der 37 Jahre alte Studentenführer Chung Dong Nyun, der beschuldigt worden war, von Kim Dae Jung Gelder in Höhe von 14.800 DM für die Durchführung regierungsfeindlicher Demonstrationen erhalten zu haben.

Bezeichnend für den Charakter dieses Regimes, daß dafür ein Mensch sterben soll.

Bestätigt wurden weiter sieben Urteile auf lebenslänglich sowie elf Freiheitsstrafen zwischen zehn und zwanzig Jahren.



Das Militär kam drei Tage vor Streikbeginn

Gespräch mit einem Teamer aus der Zentrale der türkischen „Förderation der revolutionären Arbeitergewerkschaften" (Disk)

Dieses Gespräch führten wir nach dem Putsch in der Türkei, als alle offiziellen Vertreter von Disk einschließlich der Hauptbetriebsdelegierten bereits in Haft waren. Die Teamer bzw. wissenschaftlichen Berater der Gewerkschaftzentrale waren zu diesem Zeitpunkt (Ende September), soweit uns bekannt ist, nicht verhaftet. Die meisten von ihnen befürchten dies jedoch für die Zukunft und halten sich versteckt. So auch unser Gesprächspartner. Der folgende Text ist eine zusammengefaßte, aber soweit wie möglich authentische Wiedergabe seiner Schilderungen und Standpunkte.

1980 war das Jahr der großen Tarifverhandlungen, die gewöhnlich alle zwei Jahre stattfinden, wenn sie nicht aufgrund des komplizierten Tarifrechts (s. Kasten) durch zeitraubende Gerichtsverfahren verzögert werden.

Die Inflationrate betrug in den letzten zwei Jahren in der Türkei zwischen 200 und 300%. Da aber seit Anfang des Jahres in 20 Verwaltungsprovinzen Kriegsrecht herrschte, war die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen durch ein rigide kontrolliertes Streikverbot behindert. So gelang es denjenigen Gewerkschaften, die echt versuchten, unter diesen Bedingungen die Forderungen der Arbeiter zu vertreten, recht und schlecht in den vor dem Putsch beendeten Verhandlungen, Lohnerhöhungen von 120 - 150 % durchzusetzen.

Die Forderungen der Arbeiter

Neben natürlich reichlich hohen Lohnforderungen (siehe Inflationsrate) stand noch einiges zur Verhandlung:
- Verkürzung der Arbeitszeit;
- längerer Urlaub;
- Einrichtung von Betriebskomitees und Disziplinarräten, die in den Betrieben von den Arbeitern selbst gewählt werden und sie bei Produktionsänderung, Kündigung und der Auslegung der Arbeitsordnung vertreten.
- Erhöhung der Entschädigungszahlungen bei Kündigungen (auch von Seiten der Beschäftigten), arbeitsbedingter Invalidität, und altersbedingtem Ausscheiden (gesetzlich 30 Monatslöhne, bei letzten Tarifabschlüssen 45 - 90 Monatslöhne). Da in der Türkei die Sozialversicherung kaum entwickelt ist (kein Arbeitslosengeld, niedrige und bürokratisch verzögerte Rentenzahlung), sind die Entschädigungen oft die einzige Hoffnung der Arbeiterfamilien, die arbeitslose Verwandte und alte Menschen mitversorgen.
- Sonderleistungen wie Kleidungs- und Kohlengeld, eine Forderung, die auf den Erfahrungen des letzten harten Winters und der allgemein schlechten Brennstoffversorgung beruht.

IWF mischt mit

Diese Forderungen kollidierten sehr scharf mit den Auflagen, die der Internationale Währungsfond der türkischen Wirtschaftpolitik zur Sanierung im Interesse der imperialistischen Gläubigerstaaten zur Bedingung für die Stundung alter Schulden (insges. zum Jahreswechsel ca. 40 Mrd. DM!) bzw. Gewährung neuer Kredite gemacht hatte. Die BRD ist daran mit mehreren Milliarden beteiligt.

Der IWF hatte z.B. eine Begrenzung der Lohnerhöhungen auf 65% gefordert, ein echter Räuberplan bei der vier- bis fünf-fachen Inflationsrate. Zum anderen verlangte der IWF die Sanierung der Staatsbetriebe durch Entlassungen „unproduktiver" Beschäftigter. Gerade die Entschädigungszahlungen waren für viele Beschäftigte ein guter Schutz vor Entlassungen, da die Betriebsleitungen die hohen Folgekosten scheuten.

Demirel's Pläne zur schrittweisen Vernichtung demokratischer Gewerkschaften

Erst recht kollidierten die Forderungen der genannten Gewerkschaften mit den Versuchen der Demirel-Regierung, die IWF-Auflagen durchzusetzen und dabei gleich die fortschrittlichen Gewerkschaften zu beseitigen. Die damaligen Versuche sind deshalb genau zu betrachen, weil sie in den Konturen der Wirtschaftspolitik der jetzigen Junta-Regierung wieder auftauchen. Daraus kann einiges über das zukünftige Vorgehen des Militärs, besonders die die Arbeiter betreffenden Punkte in der zukünftigen Verfassung abgelesen werden. Bereits kurz nach ihrer Amtsübernahme 1979 bildete Demirel einen „Koordinierungsrat für den Stop von Lohn- und Gehaltserhöhungen", der dann auch bald an alle Kapitalisten ein Rundschreiben zur Vorbereitung auf die Tarifverhandlungen herausgab. Dies beinhaltete folgende Anweisungen:
- Keine Verkürzung der Arbeitszeit;
- Keine Urlaubsverlängerung;
- Ablehnung der Betriebs und Disziplinarräte und Auflösung der Räte dort, wo sie bereits eingerichtet waren;
- Keine neuen Entschädigungszahlungen;
- Keine Lohnerhöhung über 65%.

Demirel verschärfte damit den Klassenkampf von oben, wie es bisher noch keine andere parlamentarische Regierung in der Geschichte der türkischen Republik versucht hat. Die Handschrift des IWF ist in diesem Rundschreiben deutlich zu erkennen.

Schlechte Ausgangssituation für die Privatkapitalisten

Im staatlichen Wirtschaftssektor wäre dieses Programm wohl durchsetzbar gewesen, weil die regierungshörige Staatsgewerkschaft Türk-Is, die besonders in den staatlichen Betrieben stark ist, keinen Widerstand geübt hätte. Damit wäre die Mehrheit der türkischen Arbeiter weiteren Preissteigerungen und Entlassungen wehrlos ausgeliefert. In den Betrieben, in denen die Disk und andere fortschrittliche Gewerkschaften stark sind – immerhin haben sie über ein Drittel der gewerkschaftlichen Arbeiter organisiert – hätten die Kapitalisten keine Chance gehabt. Um das einzuschätzen, braucht man nur die von Disk aufgestellten Forderungen und die vor dem Putsch abgeschlossenen Lohnerhöhungen (s. o.) zu betrachten. Hierbei handelt es sich vor allem um mittlere und große Betriebe türkischer Privatkapitalisten und ausländischer Konzerne.

Der private Wirtschaftssektor ist sehr stark exportbezogen und für ihre Rohstoff- bzw. Halbfertigproduktversorgung von Importen abhängig. Dieser Sektor erhält im Gegensatz zu den Staatsbetrieben kaum staatliche Subventionen. Durch die von Seiten der imperialistischen Länder erzwungene enorme Abwertung bzw. Nichtkonvertierbarkeit der türkischen Währung und durch die wegen Devisenmangel erschwerte Brennstoff- und Materialversorgung war die Kapazitätsauslastung dieser Betriebe im Durchschnitt weit unter 50 % gesunken. Bereits die gesetzlichen Entschädigungszahlungen bei Kündigungen machten es den Kapitalisten schwer, die Produktivitätsrate durch Entlassungen zu erhöhen, weil die dann zu zahlenden Summen ihre Investitionsfähigkeit vermindert hätten. Sie suchten daher ihr Heil in enormen Preiserhöhungen, mittlere Betriebe schlossen und schafften ihr Kapital in großen Mengen ins Ausland.

Wenn die Privatkapitalisten Demirels Kampfprogramm durchgeführt hätten, wäre keine Tarifverhandlung ohne längere Streiks abgelaufen, wodurch neben Produktionseinbußen vor allem bei den exportorientierten Betrieben das Konto der Konventionalstrafen für nicht eingehaltene Liefertermine weiter gewachsen wäre.

Die in Disk und anderen fortschrittlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter hatten also gute Ausgangsbedingungen im Kampf gegen Demirels Programm, wenn die Kapitalisten von Seiten des Staates nicht anderweitige Hilfe bekommen würden.

Neue Gesetze als Flankenschutz

Demirel ließ sich ein ganzes Arsenal von gesetzlichen Maßnahmen einfallen, um die gewerkschaftlichen Möglichkeiten der Tarifverhandlung, des Tarifkampfes und der Organisierung auf Betriebsebene stark zu behindern bzw. unmöglich zu machen. Ziel des Ganzen war, das Tarifmonopol der Staatsgewerkschaft Türk-Is wieder herzustellen und im Staatsdienst eine regierungstreue Zwangsgewerkschaft aufzubauen, um damit sowohl Disk als auch die demokratischen Berufsvereine im Staatsdienst zu zerschlagen.

Die Maßnahmen im einzelnen: Bindung der Tarifverhandlungen an Staatsaufträge

Für die Lohnverhandlungen in Betrieben, die an staatlichen Aufträgen beteiligt sind (Wasserversorgungs-, Straßen- und Wohnungsbau z. B.), sollte nur diejenige Gewerkschaft Tarifpartner sein können, die die Mehrheit aller an dem Staatsauftrag beteiligten Beschäftigten als Mitglieder nachweisen kann. Wenn z. B. 100 Firmen mit insgesamt 10.000 Beschäftigten an diesem Staatsauftrag beteiligt sind, müßte Disk mindestens 5.001 Beschäftigte als ihre Mitglieder ausweisen können, unabhängig davon, ob dieser Auftrag an mehreren Baustellen in verschiedenen Städten ausgeführt wird. Nach bisherigem Brauch hätten die Tarifverhandlungen einzeln an jeder Baustelle stattgefunden. So sollten die Arbeiter nicht mehr als geschlossene Belegschaften kämpfen können und auch nicht mehr im für sie günstigen Zusammenhang mit der Lohnbewegung ihrer eigenen Branche.

Die Staatsgewerkschaft wäre schon dadurch bevorteilt, daß sie in den staatlichen Betrieben, die bei solchen Aufträgen bevorzugt werden, am stärksten vertreten ist und darüber hinaus hätten staatliche Auftraggeber die Möglichkeit, die scharfe Konkurrenz der Krisensituation dafür zu nutzen, bei der Auftragsvergabe nur diejenigen nichtstaatlichen Betriebe auszuwählen, in denen Disk keine Mehrheit hat.

Einführung von Konzerntarifen

Als weiterer Hieb gegen Disk plante Demirel die generelle Einführung von Lohnverhandlungen auf Firmenebene. Wenn eine Firma z. B. in fünf Städten je einen Betrieb hat, der Betrieb in Ankara z. B. über die Hälfte der gesamten Firmenbelegschaft beschäftigt und Türk-Is dort alle Arbeiter als Mitglieder ausweisen kann, dann könnte Türk-Is für die Gesamtbelegschaft verhandeln, auch wenn in allen anderen Städten Disk die Mehrheit in der Belegschaft hat und sie bisher dort auch vertreten konnte.

Beseitung des Entschädigungssystems

Nur noch für arbeitsbedingte Invalidität und altersbedingtes Ausscheiden sollten Entschädigungen gezahlt werden, nicht mehr jedoch im Kündigungsfalle. Damit wäre dieser indirekte Kündigungsschutz weg.

Darüber hinaus sollten die Summen der bisher abgeschlossenen und der nach der Gesetzesänderung dann noch gültigen Entschädigungszahlungen in betrieblichen Fonds festgelegt werden, die der Staat verwaltet und als Kredite den Betrieben zur Verfügung stellt – eine Art Investitionszwangssparen mit den Versorgungsrechten der Arbeiter.

Behinderung des Beitragskassierens

In der Türkei ist es üblich, daß die Betriebe die Gewerkschaftsbeiträge vom Monatslohn abbuchen und der Gewerkschaft überweisen. Demirel wollte das abschaffen und die Gewerkschaften zwingen, wieder selbst zu kassieren. Den Betriebsleitungen wäre dadurch ermöglicht worden, die Kassierer nicht in den Betrieb zu lassen oder das Einsammeln in anderer Weise zu behindern. Letztlich richtet sich diese Maßnahme gegen die Streik- und Propaganda-Fonds der Gewerkschaften.

Wiedereinführung der SS-Gerichte

Demirel hatte 1975 während seiner letzten Ministerpräsidentschaft in der „Regierung der nationalen Front" die Staatssicherheitsgerichte eingeführt, deren Richter von der Regierung bestellt wurden und gegen deren Entscheidungen nur vor dem Obersten Verwaltungsgericht Einspruch erhoben werden konnte. Diese Gerichte hatten ausschließlich die Aufgabe, Arbeiter wegen wilden Streiks, Gewerkschaftsfunktionäre wegen Demonstrationen usw. zu verurteilen und Gewerkschaften und demokratische Vereine zu schließen. Disk zwang das Verfassungsgericht durch einen Generalstreik, an dem auch Türk-Is-Mitglieder und Staatsbedienstete teilnahmen, die SS-Gerichte wieder aufzulösen.

Demirel plante nun, die SS-Gerichte wieder einzuführen, um der Polizei und dem Militär institutionelle Absicherung für bewaffnetes Eingreifen bei Streiks und Betriebsbesetzungen (wie in Izmir im Mai dieses Jahres) zu geben und streikwillige Arbeiter insgesamt einzuschüchtern. Damit hätten auch die Kapitalisten wieder Luft für die Einhaltung der IWF-Auflagen während der Tarifverhandlungen.

Gleichzeitig wollte Demirel die Dauer der gesetzlichen „Abkühlungsfrist" nach gescheiterten Tarifverhandlungen verlängern.

Zwangsgewerkschaft für den Staatsdienst

Bisher war es den Staatsbediensteten gesetzlich verboten, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Sie gründeten daher in den letzten sechs Jahren demokratische Berufsorganisationen, die eng mit Disk zusammenarbeiten und in denen die revolutionäre Linke großen Einfluß hatte. Besonders bekannt für seine fortschrittliche Rolle in der politischen Bewegung ist ja der Lehrerverband TÖB-DER. Er und der Verband demokratischer Polizisten wurden in den letzten Jahren vorübergehend und seit 1979 in allen Kriegsrechtsgebieten vollständig verboten.

Demirel wollte nun, vorbereitet durch die Kriegsrechtssituation, alle Berufsverbände in eine „Union der Staatsangestellten" umwandeln und die Mitgliedschaft in diesem Verband für alle Staatsbediensteten zur Pflicht machen. Nach faschistischem Vorbild sollte das Statut Bestandteil des Gesetzes sein und z. B. den Paragraphen beinhalten, daß die Teilnahme an einer 1.-Mai-Demonstration mit sofortiger Entlassung und sogar dem Verfall des Pensionsanspruchs geahndet wird.

Demirel in der Sackgasse

Nach etlichen Monaten Gerichtsverfahren und Tarifverhandlungen hatte aufgrund der von der Regierung unterstützten harten Haltung einiger Kapitalisten in verschiedenen Branchen eine breite Streikbewegung begonnen, in die Demirel zunächst mit „Abkühlungs"-Verordnungen eingriff. Gesetzlich kann der Ministerrat einen Streik um 30 Tage und dann nochmal um weitere 60 Tage aufschieben. Als Begründung ist die „Gefahr der Beeinträchtigung der Gesundheit" (im Falle von Epidemien) „oder der Sicherheit der Nation" vorgesehen.

Die Demirel-Regierung machte von diesem Gesetz ausgiebigsten Gebrauch: In den letzten zehn Monaten wurden insgesamt 80 Streiks verschoben, das sind genausoviel wie in den letzten elf Jahren! Da dieses Gesetz tatsächlich nur als Notnagel für türkische Regierungen gedacht war, entstanden die lächerlichsten Situationen: Ein Streik in einer Brotfabrik wurde z. B. mit der „Gefahr für die Sicherheit der Nation", ein Streik in einer Glühlampenfabrik mit „der Gefahr für die Gesundheit ..." verschoben.

Die Aufschieberei nahm solche Ausmaße an, daß zuletzt Streiks für insgesamt 122 000 Arbeiter auf Eis gelagert waren. Die Arbeiter mußten sich an diese Beschlüsse halten, da bei Bruch des „Tariffriedens" das Militär eingegriffen hätte.

Am 13.9., ein Samstag, wäre die Frist gleichzeitig abgelaufen und 122.000 Arbeiter wären am Montag, dem 15.9., zusammen in den Streik getreten. Zusammen mit den über 54.000 Arbeitern, die bereits davor in den Streik getreten waren, wären damit weite Teile der Wirtschaft lahmgelegt worden, da Arbeiter verschiedener Branchen beteiligt gewesen wären.

Demirel hatte sich in die Sackgasse geschoben. Die Durchführung der IWF-Auflagen wäre nicht mehr möglich gewesen, ein Versagen, über das bereits die Ecevit-Regierung im vergangenen Jahr gestolpert war.

Am 12.9., rechtzeitig drei Tage zuvor, putschte das Militär!

Türkei-Kommission

Spalterisches Tarifrecht

Bevor in der Türkei eine Tarifverhandlung beginnen kann, müssen die Arbeiter eine äußerst langwierige bürokratische Prozedur hinter sich bringen.

Auf Betriebsebene: Wenn in einem Betrieb die kapital- und regiergungsfreundliche Staatsgewerkschaft Türk-Is den Anspruch anmeldet, die Belegschaft bei den Verhandlungen zu vertreten, wird sich seitens der Disk – oder einer anderen dort vertretenen fortschrittlichen Gewerkschaft – Widerspruch erheben, weil z. B. mehr Arbeiter sich lieber von Disk vertreten lassen wollen als von Türk-Is.

In diesem Fall muß Disk beim örtlichen Arbeitsamt die Feststellung der Vertretungsberechtigung in diesem Betrieb feststellen lassen. Das Arbeitsamt bestimmt eine Kommission, die anhand der von Disk und Türk-Is vorgelegten Mitgliedsbücher feststellt, wer die Mehrheit hat.

Je nach politischer Zusammensetzung dieser Kommission kann bei der Prüfung das Ergebnis manipuliert werden. So kam es oft vor, daß die Kommission nicht bereit war, Mitgliedsbücher von Disk anzuerkennen, in denen die Namen der Eltern des Arbeiters nicht eingetragen waren oder falsch geschrieben waren.

Gegen eine für sie nachteilige Entscheidung der Komission kann Disk nur vor dem örtlichen Arbeitsgericht ihr Recht einklagen. Das Arbeitsgericht kann dann entweder das örtliche Arbeitsamt zur Wiederholung der Prüfung beauftragen, mit einer personell anders zusammengesetzten Kommission, worauf sich ähnliche Manipulationen ereignen oder – meist nach erneutem Einspruch erst – eine eigene Kommission einsetzen, die nun selbst dieselbe Prozedur vornimmt.

Gegen die Entscheidung dieser (Gerichts-)Kommission ist nur noch vor dem Verwaltungsgericht Einspruch möglich. Aufgrund dieses Bürokratismus dauerte es oft Monate, bis es in dem betreffenden Betrieb zu Tarifverhandlungen kam. Besonders in Staatsbetrieben, wo Türk-Is eine traditionelle Bastion zu verteidigen hat, kommt es oft zu Einsprüchen vor dem Verwaltungsgericht, gerade auch seitens Türk-Is, nur um den Beginn der Tarifverhandlungen möglichst lange hinauszuzögern zugunsten der Betriebsleitung. Denn ein Verfahren vor dem Verwaltungsgericht kann Jahre dauern. Z. B. ist für eine Stahlfabrik von Zonguldak (Schwarzmeer) bereits seit über zwei Jahren ein Verfahren anhängig und die Belegschaft hat trotz der enormen Preissteigerungen bisher keinen Pfennig mehr in der Lohntüte gesehen.

Disk hat aufgrund dieser Erfahrungen schon vor Jahren die Forderung erhoben, daß die Vertretungsberechtigung in offener Abstimmung im Betrieb erfolgen soll. Dies jedoch ist ausdrücklich verboten. Da Disk in den letzten Jahren trotz der Behinderungen in immer mehr Betrieben die Vertretung erreichen konnte, hat sich die Einstellung etlicher Arbeitsrichter, besonders bei den jüngeren, geändert und sie entschieden schon häufig für eine Überprüfung der Mitgliedsbücher bei den Mitgliedern im Betrieb selbst, wo z. B. Eintragungsfehler oder -mängel sofort behoben werden können.

Polen: Außenhandel und Entspannungspolitik

Eine der Ursachen für die polnische Wirtschaftsmisere ist die Entwicklung des polnischen Außenhandels. Wir wollen uns in diesem Artikel mit den Ursachen der Verschuldung der RgW-Staaten gegenüber den kapitalistischen Mächten und mit den Hintergründen ihrer Außenhandelspolitik befassen. Zwar wurden in Polen die Auswirkungen dieser Politik sichtbarer als in den anderen RGW-Staaten, aber die Problematik gilt für den gesamten RGW. (Polen hält mit 41,3 % Anteil des Westhandels am gesamten Außenhandel [1975] die Spitze). Im zweiten Teil des Artikels wollen wir uns mit den konkreten Formen des Ost/West-Handels beschäftigen.

Wir beziehen uns im folgenden hauptsächlich auf eine Arbeit, die vom DDR-Institut für internationale Politik und Wirtschaft (IPW) 1977 herausgegeben wurde. Darin heißt es: „*Die immer stärkere Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung wird für jedes Land, ob groß, ob klein, ob industriell entwickelt oder in der Entwicklung befindlich, ob sozialistisch oder kapitalistisch, zu einer objektiven Notwendigkeit*" (4/ S. 14). Der Handel zwischen Ost und West sei Bestandteil dieser Entwicklung. Für den RGW gibt es zwei Gründe, die Zusammenarbeit mit dem Kapitalismus zu forcieren: „...*erstens, um im Interesse des Aufbaus von Sozialismus und Kommunismus die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung zu nutzen; zweitens schafft die Erweiterung der ökonomischen Beziehungen eine bestimmte materielle Grundlage für die Politik der friedlichen Koexistenz zwischen den kapitalistischen und den sozialistischen Staaten*" (Hermann Axen, zitiert nach 4/ S. 21).

„Materielle Grundlage der Entspannung"

Durch eine zunehmende ökonomische Kooperation mit dem Imperialismus erhoffen sich die Herrschenden im RGW, „**dazu beizutragen, den Entspannungsprozeß durch Festigung seiner Grundlagen unumkehrbar zu machen**" (4/S. 27). Ausgegangen wird bei dieser These von „*der positiven Rückwirkung dauerhafter ökonomischer Verbindungen auf die Stabilität der politischen Bedingungen*". Wenngleich die IPW-Studie die Absicht der Imperialisten erwähnt, die wirtschaftliche Zusammenarbeit „zur Einmischung zu mißbrauchen", so wird dies doch für praktisch irrelevant, da unschädlich, erklärt: „*Die Kraft des Sozialismus, seine wachsende Dynamik sind die Gewähr dafür, daß Wirtschaftsbeziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern nicht als Mittel imperialistischer Diversion mißbraucht werden können*". Derartige Versuche seien „*heute und künftig genauso aussichtslos wie in der Vergangenheit*" (S. 35). — „*Die ökonomischen Beziehungen sind ... also eine Form des Kampfes zweier Klassen, die einander unversöhnlich feindlich gegenüberstehen — jedoch eines Kampfes mit friedlichen Mitteln, wie dem ökonomischen Wettbewerb und Austausch, und nicht mit bewaffneten Kräften*" (S. 17). (Ein Klassenkampf mit zwei Besonderheiten: 1. daß die eine Klasse [RGW] immerzu gewinnt und 2. daß er mit den Mitteln der Zusammenarbeit ausgetragen wird.)

Der ökonomische Nutzen der Zusammenarbeit für den RGW liegt laut IPW darin, daß Importe und Kredite den wirtschaftlichen Aufbau der RGW-Staaten erleichtern und beschleunigen, was dazu führe, daß „*sich zweifelsohne Möglichkeiten (ergeben), den Einfluß der imperialistischen Staaten so weit zurückzudrängen, daß die weltwirtschaftlichen Beziehungen immer weniger durch den Imperialismus geprägt*" würden (S. 28). D.h., daß der Imperialismus kräftig an seinem eignen Grab mitschaufelt (als Opfer einer „objektiven" Tendenz der Weltwirtschaft). Das IPW behauptet, „*daß der Sozialismus über eine hohe wirtschaftliche Dynamik sowie dank der sozialistischen Planwirtschaft über ein stabiles, im Tempo hohes und den Kapitalismus überflügelndes Wachstum der industriellen Produktion*" verfüge (S. 29), während der Kapitalismus zunehmend an Krisen leide. Gleichzeitig sei der RGW „**als sozialistische ökonomische Integrationsgemeinschaft ... zum führenden Faktor der Weltpolitik geworden**" (S. 47).

Der Widerspruch in der IPW-Argumentation („unversöhnlicher Kampf"/ friedliche Zusammenarbeit) ist Ausdruck des realen Widerspruchs der Außenpolitik der SU (und des RGW): Die Großmachtpolitik der Sowjetunion steht in scharfem Gegensatz zum Imperialismus (daher die Behauptung, am „Wesen" des Imperialismus habe sich nichts geändert). Gleichzeitig sucht die Sowjetunion als unterlegene Weltmacht ein friedliches Arrangement mit dem Imperialismus (daher die These vom „realistischen", entspannungswilligen Teil des Imperialismus). Je nach der Konjunktur der internationalen Beziehungen verschieben sich auch die Akzente.

Die Thesen des IPW werden zum Teil von den dort angeführten Fakten selbst widerlegt. Das „stabile" Wachstum wird mit folgenden Daten belegt:

Wachstum der industriellen Produktion

	RGW	entwickelte kap. Länder
	1950 = 100	
1960	345	160
1970	723	284
1974	998	339

Das „stabile Wachstum" entpuppt sich aber als stetige Abnahme der Zuwachsrate: Für den RGW bedeuten diese Zahlen ein durchschnittliches Wachstum von 1950 - 60 von 25,4 %, von 1960 - 70 von 10,4 % und für die Jahre 1971 - 74 von 9,51 % (für die kapitalistischen Länder: 6 %, 7,5 % und 4,84 %). Die Abnahme der Wachstumsraten im RGW hörte 1974 keineswegs auf. Allerdings ist ein Vergleich der Zunahme der industriellen Produktion ohnehin problematisch: 1. befanden sich einige RGW-Staaten in der Industrialisierung (wo das extensive Wachstum generell groß ist, während in den entwickelten kapitalistischen Staaten das intensive Wachstum stärker zunahm), und zweitens läßt ein solcher Vergleich den Kapitalexport außer acht, der gerade bei den entwickelten kapitalistischen Staaten eine große Rolle spielt. (Die „Direktinvestitionen Deutscher im Ausland" stiegen von 9.995,3 Mio DM 1966 auf 47.084,4 Mio DM 1976 (2), das entspricht einer durchschnittlichen Steigerung von 37,1 % im Jahr!). Aber selbst wenn man derartige Einwände gegen den vom IPW gezogenen Vergleich außer acht ließe, so würde dieser keineswegs eine prinzipielle Überlegenheit des RGW über den Kapitalismus beweisen. Das japanische Wirtschaftswachstum betrug zwischen 1963 und 1975 immerhin jährlich runde 9 % (2). Betrachtet man ferner das Wirtschaftswachstum des RGW im Bezug zur Weltwirtschaftsleistung, so zeigt sich, daß der RGW abfällt: Betrug sein Anteil 1960 noch 18,2 %, so fiel er bis 1970 auf 17,8 % und bis 1980 auf 13,3 % (geschätzt), während die kapitalistischen Staaten ihren Anteil zwischen 63 und 67 % pendelnd weitgehend konstant hielten („FAZ", 29.3.79).

Tatsächlich hat die Erweiterung des Ost/West-Handels nicht zur erhofften ökonomischen Stärkung des RGW geführt, sondern zu einem weiteren Auseinanderklaffen der Produktivität. Die nach Ansicht des IPW unumgängliche internationale Arbeitsteilung ist nichts anderes als die Unterordnung unter den Weltmarkt, der vom Imperialismus beherrscht wird. Internationale Arbeitsteilung heißt unter den gegebenen Verhältnissen schlicht: Rohstoffe gegen Maschinen. Diese für den Handel zwischen den „Industrienationen" und der „Dritten Welt" typische Struktur gilt auch für den Ost/West-Handel. Für Polen bedeutet dies konkret, daß seine wichtigsten Ausfuhrgüter Agrarprodukte und Rohstoffe (vor allem Kohle) waren, seine Hauptimportgüter Maschinen und Chemikalien (hauptsächlich Kunstdünger). Der Westhandel führte keineswegs zu gegenseitiger Abhängigkeit, sondern zu einseitiger Abhängigkeit Polens. Das war vom Imperialismus aus durchaus geplant, der darauf baut, daß durch die Zusammenarbeit „*die Verzahnung, die Abhängigkeit und nicht zuletzt die Notwendigkeit für die real-sozialistischen Länder, ihr innerstes System den außenwirtschaftlichen Erfordernissen anzupassen*", wächst. „*Kapitalistische Technologie und das damit verbundene Konsummuster tun ihr übriges zur weiteren Anpassung an das kapitalistische System*" (5/ S. 202).

Daß sich die Misere in Polen besonders stark ausprägte, hat mehrere Gründe. Erstens ging Polen der Ausgleich seiner Importe durch Agrarexporte infolge von Mißernten völlig verloren: „*Während 1971 - 75 immerhin noch ein Ausfuhrüberschuß bei landwirtschaftlichen Umsätzen von 243 Millionen Dollar verzeichnet werden konnte, wies Polen in der zweiten Hälfte der 70er Jahre einen Negativsaldo von 2 Milliarden Dollar auf*" (8/ S. 68). Hinzu kommt, daß es zwar gelang, „*den industriellen Produktionsapparat ... grundlegend (zu verjüngen), aber nur zu einem Bruchteil auch technologisch*" zu modernisieren (8/67). Die Unruhen 1976 (infolge des Versuchs, mittels Preiserhöhungen die Subventionsaufwendugen zu reduzieren) erzwangen sogar eine Kürzung der Zuweisungen für die Industrie um 25 % (8). In den Jahren 1970 - 78 wuchs der Reallohn um 46,4 %, doch da die Versorgung des Marktes mit Waren nicht klappte, heizte diese Steigerung die Inflation an: „*Nach der amtlichen Statistik haben sich diese Preise (auf dem privatbäuerlichen Markt) zwischen 1970 und 1978 mehr als verdoppelt, wobei zwei Drittel des Preisschubs auf die Jahre 1976 - 78 entfallen*" (8/ S. 75). 1979 s a n k dann der Reallohn um 2,7 %.

Polen steckt in dem Dilemma, daß es, um seine Exporte zu steigern (Ausgleichen des Imports und der anfallenden Rückzahlungen), weltmarktfähige Produkte zu konkurrenzfähigen Preisen ausführen m u ß und daß es die dafür nötige Technik i m p o r t i e r e n muß. Diese Entwicklung war durchaus vorauszusehen. „*Einwirkungen auf den Realen Sozialismus sind durch ökonomische Zusammenarbeit eher gegeben als durch politische Roll-back-Politik.* ***Die kapitalistischen Länder Westeuropas sind (...) ökonomisch und technologisch weiter entwickelt.*** *Daraus ergibt sich eine einseitige Abhängigkeit, wenn man sich auf den Austausch mit dem Kapitalismus auf der Basis desselben Wachstumsmodells einläßt. Ab einer bestimmten Entwicklung und Verzahnung wird diese ökonomische und technologische Abhängigkeit irreversibel*" (5/ S. 194).



Der ehemalige polnische Parteichef Gierek bei Wirtschaftsverhandlungen mit Krupp-Bevollmächtigtem B. Beitz.

Polens Wirtschaftsmisere ist jedoch nicht allein der Westpolitik der PVAP zu verdanken. Auch im RGW ist Polen verschuldet; diese Verschuldung stieg auf 9,2 Mrd. Devisenzloty 1966 (hauptsächlich gegenüber der UdSSR, der DDR und der CSSR) (1/148). Die „brüderliche Hilfe" der Sowjetunion für Polen bedeutet beispielsweise, daß die Sowjetunion einziger Erdöllieferant Polens ist und diese Situation entsprechend nutzt.

Durchschnittliche Ausfuhrpreise (fob) der UdSSR für Erdöl (Dollar/t)

	1955	1959	1963	1966
Polen	19,7	23,8	22,3	16,3
BRD	–	12,4	9,5	10,2
Italien	14,2	12,8	9,1	8,9

(1/123)

Hieraus ist ersichtlich, daß die VR Polen bedeutend h ö h e r e Preise für Erdöl zu zahlen hatte als die westeuropäischen Staaten. Auch in den letzten Jahren hat die Sowjetunion beim Erdöl kräftig hingelangt:

Preise für sowjetische Erdöllieferungen an RGW-Staaten (Steigerung in Prozent gegenüber dem Vorjahr)

1976	+ 9,9
1977	+ 22,7
1978	+ 23,5
1979	+ 16,7

(„NZZ", zitiert nach „Hefte..." 4/5-80).

Diese Situation im inneren RGW-Handel wird durch die wachsende Arbeitsteilung im RGW eher zu- als abnehmen.

Ein Denkfehler der Herrschenden?

Die erklärten Ziele der Importpolitik (Sicherung der „Entspannung" und Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums) wurden nicht erreicht. Immerhin gelang es Polen aber mit dieser Importpolitik, die Kirse hinauszuzögern. Das Wirtschaftswachstum betrug in den 70er Jahren zunächst rund 10 % jährlich, und auch der Lebensstandard stieg. Zu dieser Politik (hohes Wirtschaftswachstum u n d Lohnerhöhungen) war die PVAP nach den Unruhen von 1970/71 übergegangen. Der durchschnittliche Monatslohn stieg zwischen 1970 und 78 von 2235 Zloty auf 4684 Zloty, was einen Reallohnzuwachs von 46,4 % ausmachte. Ebenfalls stiegen die Renten. Finanziert werden sollte diese Wirtschaftspolitik durch westliche Kredite und eine Durchforstung der Betriebe. Die 1973 angegangene sogenannte WOG-Reform sollte den Betrieben die „Marktpreis-, Beschäftigungs- und Lohnsummenautonomie" zugestehen, um die Betriebe zu einer höheren Rentabilität zu animieren (8). Von dieser Reform erhoffte sich die polnische Bürokratie, den unerträglichen Zustand zu beenden, daß ein nicht unerheblicher Teil der polnischen Betriebe schlicht unrentabel arbeitet. Mitte der 60er Jahre wurde in Polen geschätzt, daß „*ein bedeutender Teil (10 - 20 v.H.) der gegenwärtig Beschäftigten eigentlich für das Erreichen der Produktionsziele der Betriebe überflüssig ist und nach entsprechenden Reformen auch von den Betrieben entlassen werden müßte*" (1/93).

Dieses Problem versuchte die Bürokratie wiederholt in den Griff zu bekommen, ohne sonderlichen Erfolg. Die WOG-Reform wurde gar nicht erst ernsthaft zum Einsatz gebracht, insbesondere weil man „eine Zunahme des Kaufkraftüberhangs und der Preismanipulation" befürchtete (8/70) und weil nach den Unruhen 1976 eine solche Entwicklung der sozialen Befriedung widersprochen hätte. Auch jetzt wird — vermutlich mit halbherzigen und wirkungslosen Reformen — versucht werden, was Gierek 1971 zur Krisenlösung empfahl: „...*das Wichtigste ist, daß wir unsere Wirtschaft, unsere Betriebe, voll ausnützen, in solcher Weise, daß aus unseren Betrieben bedeutend mehr herausgepreßt wird*" (7/ S. 22).

Die Abhängigkeit der politischen Stabilität vom Wirtschaftswachstum ergibt sich schon aus der Ideologie der PVAP: Sozialismus wird allein am steigenden Konsum festgemacht (den Kapitalismus ökonomisch ein- und überholen); einzige Legitimation für die Wirtschaftspolitik ist die Behauptung, es würde zum Wohl (d.h. ständig steigender Lebensstandard) der Massen produziert. Kein Wunder, daß der Rückgang der Wirtschaftsleistung 1979 und der dann erfolgte Angriff auf den allgemeinen Lebensstandard (der Reallohn sank 1979 um 2,7 %) das Faß zum Überlaufen brachten.

Was 1956 (damals nahm Polen bei den USA einen 600-Mio-Dollar-Kredit zum Kauf von Konsumgütern auf) und auch 1970 noch gutging, die Beruhigung der Situation durch erhöhte Konsummöglichkeiten, war 1979/80 infolge der argen Belastung des polnischen Staatshaushaltes nicht machbar, denn Polen nutzt seine Kreditfähigkeit im Westen, um seine Schulden abzubezahlen (s. AK 181).

Der von den Herrschenden im RGW propagierte „Gulasch-Kommunismus" bringt es mit sich, daß die Herrschenden den Konsumforderungen der Bevölkerung zumindest teilweise nachkommen müssen. Daher hatte der Aufbau einer „westlichen" Industrie und der Import industrieller Konsumgüter durchaus innenpolitische Gründe. Die Wirtschaftsreformen Ende der 60er Jahre bezweckten „*vor allem, aufgrund der Andeutungen des Marktes eine Produktionsstruktur zu entwickeln, die eine Massenproduktion der auf in- und ausländischen Märkten gleichermaßen absetzbaren modernen Produkte ermöglicht*" (6/ S. 8).

D.h. daß die Produktion von den Schwankungen des Weltmarktes abhängig wird und die Konsumproduktion sich an „westlichen" Maßstäben orientiert.

Tatsächlich herausgekommen ist eine Politik, die auf Kosten des inneren Marktes, und das heißt auf Kosten der Bevölkerung (die nicht mit Devisen einkaufen geht), den Export an Nahrungsmitteln und industriellen Konsumgütern forciert und die Preise letzterer stark heraufsetzte, um mit der Unterversorgung des Marktes klarzukommen. Diese Politik wollte die PVAP noch forcieren, wie aus Babiuchs Erklärungen hervorging (bei stagnierender Produktion eine Exportsteigerung von 11 %, s. AK 181). **Polen ist der zweitgrößte Roggenproduzent der Welt, der drittgrößte Kartoffelproduzent, der siebtgrößte Schweinezüchter („Newsfront International" No. 240). Und trotzdem herrscht in Polen eine Versorgungskrise bei Nahrungsmitteln. Die Herrschenden haben ihre Krise durch massive Importe und Kredite hinausgezögert, die Schulden soll die Bevölkerung bezahlen. Doch die Kämpfe im August haben gezeigt, daß diese dazu nicht bereit ist. Die Frage ist, welche Alternativen die PVAP-Führung hat.**

1. Sie kann den Export nicht einfach einstellen, weil sie ihre Schulden zurückzahlen m u ß.
2. Sie kann zumindest teilweise den Import nicht einfach stoppen, weil die Situation auf dem Markt dann vollends zur Katastrophe wird.
3. Sie kann nicht gleichzeitig den Lebensstandard drastisch senken und die politische Friedhofsruhe wiederherstellen, die sie braucht.
4. Die einzige Chance wäre daher eine umfassende Wirtschaftsreform mit dem Ziel, kurzfristig bedeutend mehr aus den Betrieben herauszupressen. Derartiges schimmert z.B. beim neuen Finanzminister Kraz durch, wenn er sagt, Polen werde sich jetzt „irgendwo zwischen Ungarn und Jugoslawien" bewegen müssen. Diese Reform hieße aber Massenentlassungen (s. oben), hieße Arbeitslosigkeit, wenn nicht kurzfristig bedeutend mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Diese Reform hieße weiterhin Anpassung der Preise an die Produktionskosten, d.h. Preissteigerungen zwischen 40 und 100 % für Nahrungsmittel, Mieten, Heizstoffe usw. Dieses Programm hieße also die sozialen Spannungen zu verschärfen. Deshalb ist nicht damit zu rechnen, daß die PVAP tatsächlich eine derartige Reform in Angriff nimmt.
5. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß sich die PVAP selbst oder ihre internationalen Bündnispartner auf eine tschechoslowakische Lösung des Problems einlassen, wenn es ihr nicht anderweitig gelingt, die „Solidarnosc" zu zerschlagen. Mit der dreisten Entscheidung des Warschauer Bezirksgerichts über die Registrierung der „Solidarnosc" sucht die PVAP eine Machtprobe. Gleichzeitig werden die Töne aus dem RGW hektischer.

Ceausescu erklärte, „*daß durch die Tätigkeit 'antisozialistischer Kräfte' in Polen auch die Belange anderer sozialistischer Staaten getroffen würden*" („FAZ", 23.10.80). Eine Wirkung zeigt diese Politik bereits auf die „Solidarnosc", in der Differenzen bestehen, ob man die Entscheidung des Warschauer Gerichts einfach ignorieren oder mit Streiks antworten soll. Diese Diskussion wird sicher noch zunehmen nach der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes, bei dem die „Solidarnosc" Berufung eingelegt hat.

RGW-Kommission

Anmerkungen

1. Altmann/Keck/Keese: Die Wirtschaft der Tschechoslowakei und Polens, München 1968
2. BMWI-Leistung in Zahlen 1976
3. R. Steffens: Die Praxis des Osthandels, Hamburg 1973
4. IPW-Forschungshefte: „Probleme der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Sozialismus und Kapitalismus", Nr. 2/77.
5. R. Damus: RGW – Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Osteuropa, Opladen 1979
6. G. v. Weg: Leitfaden für den Osteuropa-Handel, Ffm. 1969
7. Rote Fahnen über Polen, Trikont 1972
8. Strobel: Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Polens, Europa-Archiv 3/80, S. 65 - 80.

Streik- und Gewerkschaftsrechte in anderen RGW-Ländern

Sowjetunion

In der SU gibt es kein Streikrecht. Die Gewerkschaften haben jedoch u.a. theoretisch die Möglichkeit, dafür zu sorgen, daß ein Betriebsleiter abgesetzt wird. Da die Betriebsleiter nur ihren Vorgesetzten verantwortlich sind, ist das aber nicht gerade einfach. Sowjetgewerkschafter, die ihren Betriebsleiter absägen wollen, müssen zunächst die Gewerkschaftsversammlung, auf der die Wahl der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) anliegt, abwarten. Dann, so eine sowjetische Zeitschrift, müsse der Betriebsleiter damit rechnen, daß er „bei der Wahl der BGL durchfällt" (1). (Es ist schon bezeichnend, daß es in der Sowjetunion offensichtlich gang und gebe ist, den D i r e k t o r in die Betriebsgewerkschaftsleitung, also die Vertretung der A r b e i t e r, zu wählen).

Wird der Betriebsleiter nun tatsächlich nicht wieder in die BGL gewählt, so ist er seinen Posten damit noch keineswegs los. Das Wort hat nun die Bürokratie: *„Die übergeordneten Organisationen – Ministerien oder Trusts – sehen in einem solchen ‚Mißtrauensvotum' ein Zeichen der Untauglichkeit des Leiters. Das dient oft als Anstoß für eine Amtsenthebung"* (1).

Die KPdSU räumt selbst ein, daß es „Beispiele" gegeben habe, wo *„leitende Funktionäre von Ministerien, um ihre ‚Standesehre' zu retten, einen Leiter in Schutz nahmen, der beim Kollektiv kein Vertrauen und keine Achtung genoß"* (1).

In solchen Fällen, so verrät die sowjetische Zeitschrift, würden sich die obersten Leitungen der Gewerkschaften ‚sehr effektiv einmischen'. E n t s c h e i d e n können sie freilich nicht, sie dürfen lediglich V o r s c h l ä g e machen. Allerdings scheint es bei der sowjetischen Bürokratie eine deutliche Bereitschaft zu geben, sich von ‚schwarzen Schafen', die es allzu toll treiben, zu trennen. So verloren (nach offiziellen Angaben) allein 1977 auf Vorschlag der Gewerkschaften 10.000 Leiter verschiedener Ränge ihre Posten. Bei solchen Entscheidungen spielt die Angst der Bürokratie vor Streiks eine sicher nicht unerhebliche Rolle...

CSSR

In der CSSR wandten sich Partei und Gewerkschaften bis zum ‚Prager Frühling' gegen das Streikrecht. Dann begann eine Wende: Auf der V. Plenartagung des Zentralrates der Gewerkschaften, am 21./22. März 1968, sagte der Vorsitzende der Metallarbeitergewerkschaft, Karel Polacek, über die Stimmung in den Gewerkschaften: *„Am meisten wird danach gerufen, die Gewerkschaften sollten*
beitergewerkschaft, Karel Polacek, über die Stimmung in den Gewerkschaften: „Am meisten wird danach gerufen, die Gewerkschaften sollten
doch zu ihren traditionellen Aufgaben zurückkehren, nämlich die Interessen der Arbeitenden zu verteidigen. Das ist die normale Reaktion auf einen Zustand, in dem in der Gewerkschaftsorganisation als wichtigste und vordringlichste Sorge lediglich die Steigerung der Produktion angesehen wurde, die man für den Schlüssel zu allem übrigen hielt..." (2).

Einige Wochen später wurde Polacek, der mittlerweile zum Vorsitzenden des Zentralrates der Gewerkschaften gewählt worden war, noch deutlicher: *„Gewerkschaften können auf Streiks als ihre letzte Waffe gegen grobe Verletzungen der Rechte des werktätigen Volkes und gegen das bürokratische Verhalten von Wirtschaftsmanagern nicht verzichten. Wir werden diese Waffe anwenden, wenn alle anderen Formen der Verhandlung keine positiven Resultate ergeben haben... Wenn die Arbeiter jetzt häufiger versuchen, ihre Forderungen mit Streiks durchzusetzen, so beweist das nur eines, daß sich nämlich eine Anzahl ungelöster Probleme und Konflikte angesammelt hat, mit denen man sich befassen muß ."* (3)

Auch n a c h dem sowjetischen Einmarsch vom August 1968 waren die Gewerkschaften nicht sofort lahmgelegt. Im Gegenteil: In der vom VII. Allgewerkschaftskongreß der CSSR im März 1969 verabschiedeten „Charta der Tschechoslowakischen Revolutionären Gewerkschaftsbewegung" war festgehalten, jedes Gewerkschaftsmitglied habe **„das Recht ... bei Streiks, die von den zuständigen Gewerkschaftsorganen gebilligt wurden, um materielle Hilfe zu ersuchen"** (4).

Der Sprecher der tschechoslowakischen Gewerkschaften erklärte im Februar 1969, daß *„der Streik, wirksame Methode im wirtschaftlichen Bereich, auch eine Waffe darstellt, die im politischen Bereich angewandt werden kann"* (5).

Gewerkschaftschef Polacek betonte, daß *„Gewerkschaften keine oppositionelle Kraft darstellen und nicht die Absicht haben, die Rolle einer Oppositionspartei zu spielen"*. Er hob jedoch hervor, daß die Gewerkschaften *„eine politische Kraft sind, die im Hinblick auf die Interessen der Arbeiter und im Interesse unseres sozialistischen Heimatlandes ihre eigenen Standpunkte vertreten"*.

„Manchmal", fügte Polacek hinzu, *„genügt ein Streik von ein oder zwei Stunden, um einen trägen Politiker in Bewegung zu setzen und ihn zur Lösung politischer Fragen anzuhalten, um die er sich seit Jahren nicht gekümmert hat"* (6).

Nach der sowjetischen Besetzung sind im Zuge der „Normalisierung" in der CSSR die Gewerkschaften durch „Säuberungen" kaltgestellt worden. Allein im Jahre 1970 wurden 63.000 F u n k t i o n ä r e aus der Gewerkschaft ausgeschlossen.

Ungarn

In Ungarn haben die Gewerkschaften kein Streikrecht. 1966 erhielten die ungarischen Gewerkschaften nach spontanen, „wilden" Streiks das Vetorecht bei betrieblichen Entscheidungen. Auf dem IX. Kongreß der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) erklärte der Gewerkschaftsfunktionär Sandor Gaspar: *„Die Gewerkschaften haben das Recht, zu allen Fragen ihre Auffassung zum Ausdruck zu bringen und abweichende Meinungen selbst zu Fragen zu äußern, die zum Autoritätsbereich der Wirtschaftsleiter gehören"* (7).



aus: „taz", 28.8.80

Das Vetorecht kann in zwei Fällen angewandt werden:
1. Bei einer eindeutigen Verletzung von Vorschriften zu Arbeitsverhältnissen und
2. wenn vorgeschlagene Maßnahmen und Entscheidungen „den Anforderungen der sozialistischen Moral nicht genügen".

Diese Bestimmung ist so diffus, daß man annehmen könnte, die Gewerkschaften könnten damit j e d e Entscheidung der Betriebsleitung außer Kraft setzen. Die Sache hat jedoch einen Haken: Die ungarische Gewerkschaftsführung hat angeordnet, daß gegen Entscheidungen von Betriebsleitungen nur dann Veto eingelegt werden darf, wenn das örtliche Gewerkschaftskomitee zustimmt.

Ursache der Bereitschaft der ungarischen Bürokratie zu gewissen Zugeständnissen seit Mitte der 60er Jahre: In den Betrieben haben gewinnorientierte Reformen und eine erhebliche Erweiterung der Kompetenzen des Managements dafür gesorgt, daß die Möglichkeit der Entstehung von offenen Interessenkonflikten wesentlich größer wurde.

Jugoslawien

In Jugoslawien gab es bis Mitte der 60er Jahre kein Streikrecht. wohl aber Streiks. 1964 fanden 274 „Arbeitsniederlegungen" statt, 1965 waren es 231.

Der BdKJ (Bund der Kommunisten Jugoslawiens)-Theoretiker Dr. Jovan Djordjevic stellte 1965 die These auf, daß unabhängig vom gesellschaftlichen System stets ein objektiver Gegensatz zwischen den Arbeitern und den Unternehmen bestünde, der leicht zu *„einem direkten Konflikt zwischen Betriebsleitung und Belegschaft führen kann"* (9). Daher hätten *„das Streikrecht und verschiedene andere Formen der Beilegung von Arbeitskonflikten in sozialistischen Eigentumsverhältnissen in der Tat eine wichtige Rolle zu spielen"* (8).

Das Mitglied der jugoslawischen Parteiführung Krste Crvenkovski meinte 1969: *„Keine kommunistische Partei kann ihre Ziele verwirklichen, wenn sie nicht die Unabhängigkeit des Arbeiters anerkennt und von seiner Bevormundung Abstand genommen hat. Es ist unrealistisch, Streiks einfach verbieten oder sie als antisozialistisch hinstellen zu wollen"*.

Rumänien

In Rumänien gibt es kein Streikrecht. Dennoch kam es z.B. am 1. August 1977 zu einem dreitätigen Streik in mehreren Kohlezechen im Valea Jiului, wo 60 Prozent der rumänischen Kohleförderung herkommen. An dem Streik waren rund 35.ooo Kumpel beteiligt. Parteichef Ceausescu brach seinen Urlaub am Schwarzen Meer ab und verhandelte persönlich fünf Stunden lang mit den streikenden Arbeitern.

In der Stadt Lupeni im Südwesten Rumäniens malte Ceausescu die Gefahr einer sowjetischen Intervention an die Wand, um den Abbruch des Streikkampfes zu erreichen.

Die Forderungen der Streikenden wurden nach Beendigung des Streiks n i c h t erfüllt. Vielmehr wurden Streikführer entlassen und die Sicherheits- und Militärkräfte in der im Streikgebiet gelegenen Stadt Petrosani verdoppelt (10).

Offensichtlich durch die Massenstreiks in Polen motiviert, begab sich Ceausescu am 2. September 1980 erneut in das Gebiet, wo 3 Jahre zuvor die Streiks stattgefunden hatten.

Ceausescu räumte ein, es gebe „Schwierigkeiten und Mängel" in Rumänien und die Partei habe „Fehler gemacht". Gleichzeitig hob er hervor, die Löhne seien um 30 Prozent erhöht worden und nur „verdiente Arbeit" könne „den Sieg des Kommunismus in Rumänien gewährleisten" (11).

Anmerkungen

1) Sozialismus-Theorie und Praxis, Moskau, Nr. 2, 1980 (Februar), S. 77.
2) Zitiert in: Jiri Pelikan: Panzer überrollen den Parteitag. Protokolle und Dokumente des 14. Parteitages der KPC am 22. August 1968, Wien/Frankfurt/Zürich 1969, S. 246.
3) „Prace", 25. April 1968.
4) In: R. Crusius, H. Kuehl, J. Skala, M. Wilke (Herausgeber): CSSR – Fünf Jahre ‚Normalisierung', Hamburg 1973, S. 63.
5) UPI, 26. Februar 1969
6) „Rude Pravo", Zentralorgan der KPC, 1. März 1969
7) „Nepszabadsag", Zentralorgan der USAP, 2. Dezember 1966
8) „Gledista", Belgrad, November 1965
9) „Vercernje Novosti" (Jugoslawien) 1. Oktober 1969
10) Info des Sozialistischen Osteuropakomitees, Nr. 25/26, 1977, S. 7ff.
11) „Frankfurter Rundschau", 3. September 1980

Auf den Spuren Pilsudskis – Polens Rechte wittert Morgenluft

Josef Pilsudski, ein reaktionärer Marschall, kam im November 1918 in Polen an die Macht. Er baute die Errungenschaften der demokratischen Revolution von 1918 ab und leitete 1919/20 den Angriff Polens auf die durch Bürgerkrieg und ausländische Intervention geschwächte Sowjetrepublik. Die Sowjetmacht verteidigte sich und stieß im Gegenangriff bis vor die Tore Warschaus vor.

Am 14. August 1920 erlitt die Rote Armee dort eine schwere Niederlage und mußte den Rückzug antreten. Dem Pilsudski-Regime gelang es, Sowjetrußland weite Gebiete zu entreißen. Die polnische Ostgrenze wurde rund 200 - 250 km weiter östlich festgelegt als heute. Das geraubte Territorium war von Weißrussen und Ukrainern besiedelt, nur eine schmale Schicht von Großgrundbesitzern bestand aus Polen. Die annektierten Gebiete holte sich die Sowjetunion 1939 im Gefolge des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages zurück. Polnische Reaktionäre, insbesondere der Klerus, haben bis heute nicht ihre Ansprüche auf diese Gebiete aufgegeben. So bekräftigten die polnischen Bischöfe in einem „Hirtenbrief" vom 11. November 1978, daß sie nach wie vor die von der UdSSR zeitweilig geraubten „polnischen Ostgebiete" als polnisches Territorium ansehen. Dieser „Hirtenbrief" trägt auch die Unterschrift des damaligen Krakauer Erzbischofs und heutigen Globetrotters Karol Wojtyla (alias Johannes Paul II).

Kirchenrechtlich sind diese Gebiete immer noch dem polnischen Episkopat unterstellt.

Der 14. August, der Jahrestag des Sieges über die Rote Armee, war in Polen unter der Dikatatur Pilsudskis eine Art Nationalfeiertag. Noch heute wird dieser Tag von polnischen reaktionären Nationalisten gefeiert. 1980 nutzten diese Kräfte in Warschau die durch die Streiks gesteigerte Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit für eine Provokation: Am Abend des 14. August marschierte eine Gruppe von angeblich mehreren tausend nationalistischen Demonstranten in Warschau zum Mahnmal des Unbekannten Soldaten, wo sie einen Kranz zu Ehren der damals siegreichen Pilsudski-Truppen niederlegten. Zuvor hatten sie in der Universitätskirche St. Anna an einer Messe teilgenommen, in der ein Priester den damaligen Sieg hochleben ließ und mit dem Sieg „abendländischer" Truppen über die Türken bei Wien verglich.

Um die Bedeutung und Verwurzelung antirussischer Stimmungen in Polen zu erfassen, muß man sich vergegenwärtigen, daß Polen vom Ende des 18. Jahrhunderts bis 1917, 150 Jahre lang, vom zarisitschen Rußland besetzt war. –

Es gibt unter der polnischen klerikalen Opposition sogar Kräfte, die sich offen als Propagandisten der äußersten imperialistischen Reaktion betätigen. Z.B. der Schriftsteller Stefan Kisielewski. Dieser Herr beschwerte sich im „Spiegel" (35/80) darüber, daß die kapitalistischen Länder Polen Kredite geben würden, ohne damit politische Bedingungen zu verknüpfen. Ferner beklagte Kisiellewski *„die Folgen einer unüberlegten Teilung Europas"* und meinte, es würde sich lohnen, *„gemeinsam nach einem Ausweg zu suchen. Schließlich ist doch Europa ein Ganzes"*. Mit w e m er gern die Teilung Europas beseitigen würde, machte Kisielewski an anderer Stelle deutlich: **„Franz Josef Strauß ist ein europäischer Patriot, der von der Teilung des europäischen Kontinents – symbolisiert durch die Berliner Mauer – zutiefst berührt ist. Er sieht wie kaum ein anderer die tödliche Gefahr einer Finnlandisierungs- und Kapitulationspolitik, die man SPD-Fraktionschef Wehner nachsagt"** (in CSU-nahen „Deutschland-Magazin", Nr. 9/80, S. 6).

Die Reaktionäre und die Streiks

Die rechte „Konföderation unabhängiges Polen" (siehe auch den Beitrag zur Zusammenarbeit von CDU, Revanchisten und polnischen „Dissidenten" in diesem AK) rief am 6. Juli, kurz nach den ersten Streiks, die Arbeiter auf, sich rechtzeitig auf eventuelle Streikhandlungen vorzubereiten, geheime Streikkomitees zu bilden und während der Streiks die Betriebe nicht zu verlassen. Welches Verhältnis diese Gruppe zur Arbeiterbewegung hat, macht sie unumwunden deutlich: „Soziale und ökonomische Forderungen" seien *„gegenüber den Grundsätzen der Konförderation n e b e n s ä c h l i c h"* (hervorgehoben vom Verf.).

Dennoch hätten die Streiks eine „wichtige Bedeutung", denn, *„sie tragen zur Organisierung der Gesellschaft bei und zwingen so die herrschenden Kommunisten, unter dem Druck des Volkes zurückzutreten. Aus d i e s e m Grund beteiligen sich die Konförderation unabhängiges Polen und im besonderen die einzelnen Gruppen der Konförderation an den Streikhandlungen und werden sich auch in Zukunft an ihnen beteiligen"* („taz", 19.8.80 - Hervorhebung vom Verf.).

Diese Kräfte wollen ein kapitalistisches, nationalistisches, eng mit dem Imperialismus verbündetes Polen errichten. Daher nutzen sie jede Gelegenheit, zur Destabilisierung der politischen Verhältnisse in Polen beizutragen. Daß diese Leute mit der Arbeiterbewegung im Grunde nichts zu tun haben, wird auch deutlich, wenn man sich ansieht, wie sich die besagte „Konföderation" mit den größten Feinden der Arbeiterbewegung in der BRD verbündet.

Der Klerus im Streik

Kardinal Wyszinski, seit Jahrzehnten als rechtslastiger Demagoge bekannt,

Der Klerus im Streik

Kardinal Wyszinski, seit Jahrzehnten als rechtslastiger Demagoge bekannt,

hielt auf dem Höhepunkt der Streiks eine Predigt, die im Fernsehen ausgestrahlt und am nächsten Morgen in allen Zeitungen abgedruckt wurde. „Ohne Arbeit", belehrte er seine Schäfchen, „gibt es keinen Wohlstand".

Wyszinski forderte die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Denn, so der Kardinal: *„Je mehr wir* (?!) *arbeiten werden, umso weniger werden wir ausleihen... Ich bin der Meinung, daß man manchmal nicht viel fordern, verlangen und Postulate stellen sollte, damit nur in Polen Ruhe herrscht"* (nach „FR", 28. 8.8o). Das hätte Gierek damals nicht besser formulieren können. . .

Unter Vorsitz von Kardinal Wyszinski tagte am 26. August der Hauptrat des polnischen Episkopats und verabschiedete eine Erklärung, in der es sich „in tiefer Sorge um das Wohl der Nation und des Staates" für eine „Atmosphäre der Ruhe und inneren Ordnung" aussprach.

Der Klerus dankte den streikenden Arbeitern dafür, „daß sie eine Störung der öffentlichen Ordnung nicht zugelassen haben". Anstatt die Forderungen der Streikenden zu unterstützen, stellte das Episkopat einen eigenen Forderungskatalog auf, der vom „Recht auf Gott" über „Recht auf Arbeit" und Recht auf freie Gewerkschaften bis zum „Recht auf privaten Besitz und private Verfügung über den Boden in individuellen Landwirtschaftsbetrieben" sowie der „Schaffung von Bedingungen, die die Entwicklung der privaten Bauernwirtschaften fördern", reichte. Hier nutzte der Klerus ähnlich wie die rechten „Dissidenten"gruppen die Gunst der Stunde, um seinen reaktionären Schrott publikumswirksam unter die Leute zu bringen.

RGW-Kommission

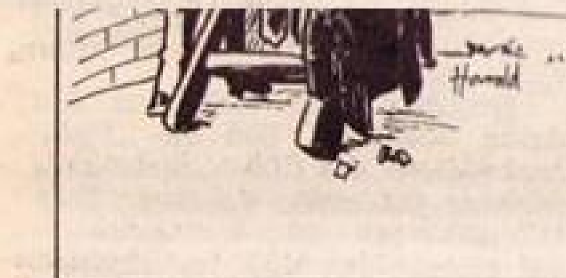
CDU, Revanchisten und polnische Dissidenten an einem Tisch

Ein illustrer Kreis von Persönlichkeiten hatte sich eines schönen Tages im Frühjahr 1980 in der Politischen Akademie Eichholz auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung eingefunden. Von Niko Hübner (ehem. DDR) über das CSU-Mitglied Ludek Pachmann (ehem. CSSR), den Chef des revanchistischen „Bundes der Vertriebenen", Herbert Czaja (CDU), den Chefredakteur des „Rheinischen Merkur-Christ und Welt", Herrmann, die Vorsitzende der „Gesellschaft für Menschenrechte", Cornelia Gerstenmaier, den Löwenthal-Freund Wladimir Maximow (ehem.Sowjetunion), bis hin zu Bruno Heck (CDU) waren engagierte Freunde von Menschenrecht und Demokratie versammelt. (Heck nach dem faschistischen Putsch in Chile über ein zum KZ umfunktioniertes Stadion: „Das Leben im Stadion ist bei sonnigem Wetter recht angenehm").

Ludek Pachmann lobte bei diesem Treffen überschwenglich die BRD, *„die wohl das demokratischste Land*



aus: „taz", 28.8.80



aus: „taz", 28.8.80

Europas sei und deren Demokratie es auch für Osteuropa zu unterstützen gelte" („Deutscher Ostdienst", Informationsblatt des „Bundes der Vertriebenen", Nr. 8/80). Am deutschen Wesen soll die Welt genesen? ...

Um den Ergebnissen dieses famosen Seminars die nötige Ausstrahlungskraft in alle Welt zu sichern, war auch der Redakteur der „Deutschen Welle", Dr. Rudolf Ströbinger, anwesend.

Ebenfalls mit von der Partie bei dieser feinen Gesellschaft waren ein Herr M. Pstrag-Bielenski von der „Konföderation unabhängiges Polen" und ein Prof. Dr. Juliusz Stroynowski als Vertreter der „Polnischen Sozialistischen Partei", PPS. (Die PPS ist eine Organisation von Emigranten, die sich als Fortsetzerin der alten sozialdemokratischen Partei Polens versteht. Die PPS hatte sich im Dezember 1948 mit der Polnischen Arbeiterpartei zu der noch heute regierenden Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei zusammengeschlossen).

Die „Konföderation unabhängiges Polen", deren Zentrale sich in New York befindet, hat im Januar 198o eine Westeuropavertretung in Köln eingerichtet, die von dem erwähnten Herrn Pstrag-Bielenski geleitet wird. Zwischen ihm und Stroynowsky, der *„eher die Belange der vornehmlich marxistisch-orientierten* (?!) *polnischen Opposition KOR vertrat"* („Deutscher Ostdienst"), kam es auf dem Seminar zu einer Kontroverse, über deren Inhalt uns leider nichts bekannt ist. Man muß dem KOR zugute halten, daß der Herr Stroynowski offensichtlich nicht vom KOR autorisiert war.

Dieses Treffen zwischen polnischen „Dissidenten" und westdeutschen Reaktionären war nicht das erste seiner Art in der letzten Zeit. So gab der stellvertretende Vorsitzende des CDU-Studentenverbandes RCDS, Stefan Dingerkus, im Januar 1980 bekannt, er habe „über die Jahreswende" in einem kleinen Dorf in Polen ein einwöchiges Seminar mit „demokratischen Oppositionellen" aus Polen abgehalten. Dingerkus fand besonders lobende Worte für den polnischen Klerus und meinte: *„Gerade wir Deutschen sind aufgerufen, denn wir können uns frei artikulieren und auch in der Politik die Interessen des polnischen Volkes mit vertreten* (!!), *solange ihm Unabhängigkeit und Selbstbestimmung durch die Sowjetunion verwehrt wird"* („Deutscher Ostdienst", 2/80).

Bezeichnend ist, daß gerade diejenigen Kräfte in der polnischen Opposition, die bei allen Gelegenheiten den „Patrioten" heraushängen, sich mit Leuten verbünden, die die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 auf ihre Fahnen geschrieben haben (vergl. „Deutscher Ostdienst", Nr. 10/79).

Radio Peking leistet Schützenhilfe

Der revanchistische „Deutsche Ostdienst" weiß in seiner Ausgabe 10/80 von Verbindungen der chinesischen Führung zu „polnischen Dissidentenkreisen" zu berichten. *„Von Kennern wird nicht ausgeschlossen, daß die Chinesen jetzt sowohl auf die polnische Opposition als auch auf das polnische Exil setzen".*

aus: „taz", 28.8.80

Weiter heißt es, daß Radio Peking gegenwärtig (im Mai 1980) zwei polnische Redakteure „mit antisowjetischer Einstellung" (das reicht dort offenbar mittlerweile als Qualifikation) sucht, um seine Sendungen in polnischer Sprache zu intensivieren. Die ehemals in Tirana ansässige Briefkasten-Partei „KP Polens", deren Chef, Kasimirz Mijal, vor einigen Jahren nach Peking übersiedelte, kommt in der Pekinger Publizistik nicht zu Ehren. Man hat offenbar bessere „Antihegemonisten" ausfindig gemacht.

RGW-Kommission



aus: „taz", 28.8.80

Den Marxismus auf den Kopf gestellt?

Der GIM-Genosse bringt im AK 187 das Kunststückchen fertig, mehr als 40 Zeilen über die Differenzen zwischen Lenin und Trotzki zu schreiben, ohne auch nur auf e i n e n der in AK 179 und 184 dargestellten Widersprüche zwischen Lenin und Trotzki konkret einzugehen. Stattdessen bringt er Sprüche wie: Lenin und Trotzki hätten ‚jeder eine eigene Meinung" gehabt (wer hätte das gedacht!) und kommt zu dem verblüffenden Schluß, er würde mit b e i d e n übereinstimmen.

Der GIM-Genosse fragt, ob ich die Analyse der UdSSR durch Trotzki als grundsätzlich falsch betrachte, bisher hätte ich sie nur als konfus und unklar bezeichnet. In AK 179 und insbesondere in AK 186 habe ich herausgearbeitet, daß Trotzkis Analyse insofern falsch ist, als sie i n k o n s e q u e n t ist. Trotzki stellt fest, daß die Bürokratie sich Teile des Volkseinkommens a n e i g n e t, über die Produktionsmittel v e r f ü g t und somit ein grundsätzlich anderes Verhältnis zu den Produktionsmitteln hat als die Arbeiterklasse.

Damit ist sie nach der von Lenin einmal knapp dargelegten marxistischen Klassendefinition (Lenin Werke, Band 29, S. 408) eine K l a s s e. Nach dieser Klassendefinition ist die V e r f ü g u n g s g e w a l t über die Produktionsmittel entscheidend und nicht die formaljuristischen Eigentumsverhältnisse. Dies wollte Trotzki offensichtlich nicht einsehen.

Der GIM-Genosse polemisiert, ich hätte die These, daß in der UDSSR eine Neue Bourgeoisie herrscht, d a m i t begründet, daß die Herrschenden dort bürgerliche Ideologie produzieren und eine großmachtchauvinistische Politik betreiben. Somit würde ich „den Marxismus auf den Kopf" stellen. Ich schrieb in AK 186 *„Die Herrschenden im RGW gehen n i c h t n u r ö k o n o m i s c h einen kapitalistischen Weg, sondern produzieren a u c h bürgerliche Ideologie..."*.

schenden dort bürgerliche Ideologie produzieren und eine großmachtchauvinistische Politik betreiben. Somit würde ich „den Marxismus auf den Kopf" stellen. Ich schrieb in AK 186 *„Die Herrschenden im RGW gehen n i c h t n u r ö k o n o m i s c h einen kapitalistischen Weg, sondern produzieren a u c h bürgerliche Ideologie..."*.

Es ist klar, daß Marxisten von der Analyse der Produktionsverhältnisse ausgehen. Freilich haben sie sich nicht nur damit, sondern mit a l l e n gesellschaftlichen Erscheinungen auseinanderzusetzen.

Die ökonomische Basis, d.h. die Produktionsverhältnisse, bringen einen bestimmten Überbau (Staat, politische Ideen, Kultur etc.) hervor. Es ist nicht schwer nachzuweisen, daß die Staaten des „realen Sozialismus" b ü r g e r l i c h e Ideologie produzieren, und wir haben dies im AK bereits mehrfach aufgezeigt. Zu Zeiten Lenins hingegen sind in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen, sowohl im Erziehungswesen, dem Justizwesen, der Frauenfrage und der Schwulenfrage, bedeutende Schritte in eine sozialistische und emanzipatorische Richtung unternommen worden, die allesamt in der „Stalinära" wieder rückgängig gemacht wurden.

Da das Wesen einer Erscheinung in ihren i n n e r e n Widersprüchen begründet liegt, wäre es falsch und unsinnig, diese Veränderungen in der Sowjetunion mit ä u ß e r e n Faktoren, wie der Isolation der UdSSR, erklären zu wollen. Doch wie, so muß man die Trotzkisten fragen, kann sich über vergesellschaftete Produktionsmittel, über die Basis eines „Arbeiterstaates", ein bürgerlicher Überbau (besonderen Typs) erheben, ohne daß auch die Basis ihren Charakter grundsätzlich wandelt?

Der GIM-Genosse vergleicht die osteuropäischen Länder mit den Gewerkschaften in den kapitalistischen Ländern; in beiden Fällen sei die führende Bürokratie T e i l der Arbeiterklasse.

Der Vergleich zwischen den RGW-Ländern und den Gewerkschaften bei uns scheint mir gar nicht so sehr zu hinken: Die überwiegende Mehrheit der Gewerkschaftsführer, die z.T. mit dem Großkapital aufs Engste verfilzt sind (Aufsichtsräte!), steht in einem objektiv antagonistischen (unversöhnlichen – Anm. AK) Widerspruch zur Arbeiterklasse. Sie steht auf der anderen Seite der Barrikade.

Ihre Taktik gegenüber der Arbeiterbewegung besteht aus gewissen Zugeständnissen einerseits und Repressionen gegen oppositionelle und revolutionäre Arbeiter andererseits.

Ähnlich die Partei-und Staatsführer des „realen Sozialismus". Die Neue Bourgeoisie ist historisch aus der Arbeiterbewegung heraus entstanden.

Ihre Führer kennen die Kraft der Arbeiterklasse z.T. noch aus eigener Erfahrung. Sie begründen ihre Herrschaft damit, daß sie die Herrschaft der Arbeiterklasse verwirklichen. Dadurch, daß sie diesen Anspruch vor sich her trägt, kommt die Neue Bourgeoisie in Schwierigkeiten, die der Bourgeoisie traditionellen Typs fremd sind. Ihre Reaktion auf Arbeiterproteste schwankt zwischen brutaler, blutiger Unterdrückung und weitgehenden, in den "westlichen" kapitalistischen Ländern undenkbaren Zugeständnissen (in welchem westeuropäischen Land würde eine Regierung mit einem „wilden" Streikkomitee, das politische Forderungen aufstellt, einen Vertrag aushandeln?).

Wenn die Arbeiter in Polen versuchen würden, eine Rätedemokratie durchzusetzen, könnte es dabei nach Ansicht des GIM-Genossen *„theoretisch genauso friedlich zugehen wie bei der Durchsetzung der unabhängigen Gewerkschaften"*. In der Praxis allerdings, räumt er dann ein, sei es *„unwahrscheinlich daß die Bürokratie nicht a l l e Mittel, also auch die Armee, zur Verteidigung ihrer Macht und ihrer Privilegien einsetzen wird"*. Der GIM-Genosse offenbart hier deutlich die trotzkistische Konfusion, wenn er an dieser Stelle von ‚Macht der Bürokratie' spricht, während er wenige Sätze zuvor noch die Arbeiterklasse als „herrschende Klasse" im RGW bezeichnet.

Da es nach trotzkistischer Auffassung im „realen Sozialismus" keine einander feindlich gegenüberstehenden Klassen gibt, die Bürokratie vielmehr als Teil der Arbeiterklasse angesehen wird, müßte eine Entmachtung der Bürokratie und Errichtung einer Rätedemokratie in der Tat „theoretisch" friedlich ablaufen. Der Haken ist nur der, daß sich die trotzkistische Theorie nicht mit der Wirklichkeit in Übereinstimmung befindet. In der Praxis hat sich schon mehrere Male herausgestellt, daß die Bürokratie bereit ist, alle ihre Machtmittel brutal einzusetzen, sogar auf streikende Arbeiter schießen zu lassen (z.B. in Polen 1970 und 1976).

zuvor noch die Arbeiterklasse als „herrschende Klasse" im RGW bezeichnet.

Da es nach trotzkistischer Auffassung im „realen Sozialismus" keine einander feindlich gegenüberstehenden Klassen gibt, die Bürokratie vielmehr als Teil der Arbeiterklasse angesehen wird, müßte eine Entmachtung der Bürokratie und Errichtung einer

Am 24. Januar 1971, nach den blutigen Massakern an streikenden Arbeitern, sagte ein Arbeiterdelegierter auf der Warski-Werft in Szczecin zu dem damals neuen Parteichef Gierek: „Unangenehm ist das, daß wir für unser schwer verdientes Geld uns diese Kugeln gegen uns gekauft haben. Wie kann es sein, daß die Arbeiterklasse sich gegen die Arbeiterklasse gekehrt hat? Also, wie können wir auf uns schießen?"

Diese Sätze sagen mehr über die Realität des „realen Sozialismus" aus, als all die hohlklingenden Phrasen der Trotzkisten vom ‚bürokratischen Arbeiterstaat'.

Der GIM-Genosse fragt mich, seit wann in der UdSSR eine Neue Bourgeoisie herrscht. Meiner Auffassung nach verwandelte sich die Bürokratie Anfang der dreißiger Jahre in eine herrschende Klasse, wobei es unsinnig und undialektisch wäre, sich dabei auf einen bestimmten Monat oder gar ein Datum festlegen zu wollen. Es handelte sich dabei um einen allmählichen Prozeß, wobei die Aufhebung des Streikrechts 1930, die Einführung einer arbeiterfeindlichen Umsatzsteuer im gleichen Jahre, die Festschreibung der Ein-Mann-Leitung in den Betrieben, die Einführung eines internen Paßsystems 1932, das anti-schwule Gesetz von 1934 und die Einführung einer Offiziershierarchie 1935 bedeutende Meilensteine waren.

Mit seiner abschließenden Frage, inwieweit sich die Produktionsverhältnisse der UdSSR 1930 von denen der VR Chinas 1967 unterscheiden, gibt unser Freund von der GIM einen netten Einblick in die oberflächliche, ökonomistische Denkweise des Trotzkismus. Der GIM-Genosse wird vermutlich in beiden Fällen staatliches Eigentum an den Produktionsmitteln feststellen und daraus messerscharf ableiten, daß er es in beiden Fällen mit ‚bürokratischen Arbeiterstaaten' zu tun hat. So einfach machen wir uns die Sache allerdings nicht. Bekanntlich besteht eine W e c h s e l w i r k u n g zwischen Basis und Überbau, d.h. es besteht die Möglichkeit, vom Überbau (Staat) aus auf die Basis der Gesellschaft, die Produktionsverhältnisse, einzuwirken. Von dieser Möglichkeit muß der sozialistische Staat Gebrauch machen, um von der Verstaatlichung der Produktionsmittel zur vollen Vergesellschaftung, einschließlich der Abschaffung der Trennung von Kopf- und Handarbeit, überzugehen. Lenin faßte diese Politik unter dem Stichwort ‚Primat der Politik' zusammen, im bewußten Gegensatz zum ‚Primat der Ökonomie', wie es z.B. von Trotzki vertreten wurde. Vergleichen wir unter diesem Aspekt die UdSSR 1930 mit der VR China des Jahres 1967: Während 1930 in der UdSSR das Streikrecht abgeschafft, die Privilegien der Bürokratie ausgeweitet, die Ein-Mann-Leitung institutionalisiert, die Trennung zwischen Kopf-und Handarbeit beibehalten und last not least Kritiker dieses Kurses inner- und außerhalb der KP verfolgt wurden, ging China 1967 einen entgegengesetzten Weg.

von der Verstaatlichung der Produktionsmittel zur vollen Vergesellschaftung, einschließlich der Abschaffung der Trennung von Kopf- und Handarbeit, überzugehen. Lenin faßte diese Politik unter dem Stichwort ‚Primat der Politik' zusammen, im bewußten Gegensatz zum ‚Primat der Ökonomie', wie es z.B. von Trotzki vertreten wurde. Vergleichen wir unter diesem Aspekt

Massenstreiks waren ebenso an der Tagesordnung wie kritische Wandzeitungen, ‚kopfarbeitende' Kader mußten in der Produktion körperlich arbeiten, in den Betrieben übernahmen revolutionäre Kollektive die Leitung. Es gehört schon ein gehöriges Maß an politischer Blindheit bzw. Boshaftigkeit dazu, zwischen diesen beiden Dingen ein Gleichheitszeichen zu setzen.

U, RGW-Kommission

Rätselfreunde, aufgepaßt!

Woher stammen die folgenden Textauszüge?

„Der Einfluß des Extremismus auf einen gewissen Teil der Jugend ist gegenwärtig nicht zu übersehen. Der Rechts- und‚Links'extremismus aktiviert von Zeit zu Zeit seine Kräfte ...

Die protestierende Jugend nimmt einen zentralen Platz in den Kalkulationen der linken Extremisten und Maoisten ein. Nicht zufällig versuchen maoistische Organisationen in der Jugendbewegung der westeuropäischen Länder, sich auf einen bestimmten Teil der Studenten- und Arbeiterjugend von Emigranten zu stützen. Die linken Extremisten suchen gegenwärtig aktiv ihre potentiellen Anhänger unter der Arbeiterjugend ...

In einer Situation, in der für einen längeren Zeitraum die Arbeitslosigkeit hoch ist, muß offensichtlich berücksichtigt werden, daß ein Teil der arbeitslosen und schlechtgestellten Arbeiter und Spezialisten extremistischen Stimmungen gegenüber empfänglich wird ...

Trotzkismus und Maoismus –, das ist das ideologische Konglomerat, das das Bewußtsein der jungen Menschen, hauptsächlich der Studenten, vergiftet."

Na, woher stammen diese Erkenntnisse?

A: Aus dem neuesten Verfassungsschutzbericht des Bundesinnenministeriums, Bonn, 1980?
B: Aus der CSU-Broschüre: Chaoten und Extremisten verderben die deutsche Jugend, München, 1980?
C: Aus einem Artikel des KPdSU-Funktionärs P.N. Fedossejew in dem Buch „Jugend und Kommunismus", Berlin/DDR, 1976?

Unter den Einsendern der richtigen Antwort verlosen wir ein Exemplar der beliebten Illustrierten „Sowjetunion heute".

RGW-Kommission

DKP: Gegen Links total hemmungslos

Das Massaker von München veranlaßte den DKP-Chefideologen Robert Steigerwald, in der „UZ" vom 17.10. seinen Beitrag zur populären „Rechts gleich Links"-Kampagne abzuleisten. Steigerwald zeigte dabei sein wahrscheinlich glänzendstes Talent, nämlich das als Märchenerzähler:
– Die italienischen „Roten Brigaden" seien eine „neofaschistische Terrorbande".

– **„Die angeblich ultralinken ‚Bewaffneten Roten Zellen' des Neofaschisten Signorelli sind identisch mit den ‚Bewaffneten Proletarischen Zellen'. Sie benutzen gleiche konspirative Wohnungen und Waffen."** Richtig ist: Die u.a. von Signorelli (derzeit in Zusammenhang mit dem Massaker von Bologna in U-Haft) geleitete Terrorbande nennt sich „Bewaffnete R e v o l u t i o n ä r e Zellen" (= NAR) und ist keineswegs „angeblich ultralinks", sondern klar und offen faschistisch; die NAR ist die bedeutendste Nazi-Bande der letzten Jahre.

Die „Bewaffneten Proletarischen Zellen" (= NAP) sind eine linksterroristische Gruppe. Was Steigerwald ansonsten über die Identität von NAR und NAP schreibt, ist frei erfunden.

– Hoffmann habe sich *„sogar im Fernsehen seiner Verbindungen mit diesen Kreisen in Italien"* gebrüstet. Gemeint ist eindeutig: Zu den „Roten Brigaden"! Warum dann nicht auch gleich zur PLO, Herr Steigerwald?! ...

– Die Terroristen seien allesamt Kinder der Großbourgeoisie. *„Es ist also kein Wunder, daß immer wieder Angehörige der oberen Zehntausend – ihre Kinder – die terroristischen Denk- und Handlungsgewohnheiten beibehalten, wenn sie sich – oft nur zeitweise – als ‚Linke' zu verstehen anschicken."*

– **„Durch Bilddokumente der SDAJ und der UZ ist nachgewiesen, daß NPD-Schläger in Hamburg antifaschistische Demonstranten zu unbedachten Handlungen provozieren wollten"**: Gemeint ist offenbar wieder einmal die von der DKP stark strapazierte Anwesenheit e i n e s Neonazis (von der, inzwischen öffentlich nicht mehr auftretenden, Hansa-Bande) am Rande der Anti-Strauß-Demonstration am 25.8. – Um den Eindruck noch zu verstärken, hat Steigerwald daraus jetzt „NPD-Schläger" gemacht. So klingt es noch etwas gefährlicher und organisierter. Bravo, Herr Steigerwald! Übrigens

ger" gemacht. So klingt es noch
etwas gefährlicher und organisierter. Bravo, Herr Steigerwald! Übrigens

haben die DKP-Kreise kein einziges Foto vorgelegt, daß den betreffenden Nazi auch nur in den Reihen der Demonstranten, geschweige denn beim Provozieren „unbedachter Handlungen" zeigen würde. Entweder haben die DKP-Kreise solche Fotos also gar nicht, oder sie decken den Nazi bewußt. Am Wahrscheinlichsten ist, daß die Geschichte über Provokationen des betreffenden Nazi nur eine frei erfundene Ausschmückung der DKP ist. Über den DKPler Amendt fand diese Geschichte auch Platz in der ansonsten nicht unbedingt auf Märchen abbonierten Zeitschrift „konkret".

– **„Bekannt ist die langfristig vorbereitende, provokative Mitwirkung von MAD- und Verfassungsschutzleuten innerhalb maoistischer Gruppen – etwa, als im Mai dieses Jahres eine großartige antimilitaristische Demonstration in Bremen als blindwütig terroristische Aktion des ‚linken Mobs' erscheinen sollte".**

Den politischen Gegner mit VS-Agenten, Nazibanden usw. in Verbindung zu bringen, ist unter Linken zweifellos die wirkungsvollste Diffamierung. Die DKP macht von diesem Mittel permanenten Gebrauch. Erstaunlich ist dabei das Talent der DKP-Schreiber, selbst aus ganz anders gearteten Zusammenhängen noch eine Diffamierung gegen linke Konkurrenz herauszupressen. Da ist beispielsweise die Geschichte mit dem CDU-nahen Provokateur Karl-Friedrich Graue, der angebliche Juso-Plakate mit dem Text „Lieber die Russen in Heilbronn als Strauß in Bonn!" drucken und verkleben ließ. Am 27.9. berichtete die „UZ" darüber auf der Titelseite und brachte es fertig, ein Drittel des Artikels auf die Diffamierung der KPD/ML-Wahlliste „Volksfront" zu verwenden. Das ging ganz einfach : Auf den Provo-Plakaten habe außer dem Juso-Zeichen auch *„der Schriftzug der ‚Volksfront' "* gestanden (Ein Umstand, der u.W. sonst nirgendwo in der Presse erwähnt wurde). Und daran, so schlußfolgerte der DKP-Schreiber messerscharf, werde *„erneut deutlich, daß es allein die Strauß-Parteien sind, die an der Aufwertung der ‚Volksfront' mit ihren provokativen Aktivitäten ein Interesse haben. Dies wirft auch erneut die Frage auf, ob die Gelder für die bundesweiten und sehr teuren Plakatklebeaktionen dieser Gruppierung, die weit über die Kraft ihrer verschwindend geringen Mitgliederzahl gehen, aus den dunklen Kassen von CDU und CSU fliessen"* – eine Diffamierung, die übrigens erstmals von Egon Bahr (SPD) in die Welt gesetzt wurde.

Folgt man stattdessen der politischen Logik, so haben die CDU-nahen Provokateure ihr Produkt doch wohl nicht in die Welt gesetzt, um die darauf genannten Unterzeichner a u f z u w e r t e n ? Anderenfalls wäre es für die DKP an der Zeit, auch einmal über die Finanzierung der J u -

s o s durch die CDU/CSU zu phan- Anderenfalls wäre
es für die DKP an der Zeit, auch einmal über die Finanzierung der J u -

s o s durch die CDU/CSU zu phantasieren.

Eine Spitzenleistung auf dem Gebiet „phantasievoller" politischer Diffamierung dokumentieren wir nebenstehend. Sie stammt aus der „UZ" vom 22.9. dieses Jahres. Der dort beschriebene Vorfall ereignete sich übrigens mehrere Monate n a c h Auflösung der „KPD" ...

Polizeiautos für die maoistische „KPD"?

UZ 22.9.80

Ein Verkehrsunfall in Wanne-Eickel und eine bemerkenswerte Rechnung

Von unserem Korrespondenten Jochen Mandel

Außergewöhnlich an jenem Verkehrsunfall, der sich am 10. April in der Wanne-Eickeler Hauptstraße ereignete waren höchstens die Eigentümer der beteiligten Fahrzeuge. Ein Auto der Bundespost, BP 64 2503, wurde von einem Polizeiwagen, BO-3452, angefahren. Spannend wird es aber, wenn man liest, an wen die Oberpostdirektion Dortmund ihre Reparaturrechnung geschickt hat: an die „KPD Bochum, Land NRW".

Wenn der Fahrer des Polizeifahrzeugs, ein Alfred Faulhaber, auch noch Beamter des 14., also politischen, Kommissariats sein soll, dann ergeben sich zwangsläufig daraus einige Fragen: War jener Alfred Faulhaber zugleich Mitglied der inzwischen aufgelösten maoistischen Sekte „KPD"? Oder ging die Verbindung zwischen beiden, Polizei und „KPD" schon so weit, daß Polizeifahrzeuge zum Fuhrpark jener maoistischen Gruppe gehörten?

Immerhin, Beweise für eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen Polizei, Verfassungsschutz und anderen derartigen Dienststellen mit maoistischen, trotzkistischen und anarchistischen Gruppen gibt es eine ganze Reihe:

● In Hannover wurde ein Spitzenfunktionär des sogenannten KBW als direkter Spitzel des Verfassungschutzes entlarvt.

● In Bremen treten Angehörige des „Militärischen Abschirmdienstes" (MAD) als Jungsozialisten oder Mitglieder maoistischer Gruppierungen auf. Selbst auf Fahndungsfotos von den Zwischenfällen in Bremen wurden einige Gesichter von Demonstranten geschwärzt. Warum?

● Auch die sogenannte Terroristenszene ist völlig mit Beamten verschiedener Polizeidienststellen durchsetzt. Ein gewisser Ruhland war zugleich Vertrauensmann der Polizei und Waffenlieferant von Baader und Meinhof.

● Immer wieder passiert es bei Verhaftungen, daß ein oder zwei der festgenommenen angeblichen Terroristen nie namentlich genannt werden und dann plötzlich wieder von der Bildfläche verschwunden sind.

Bei dem Wanne-Eickeler Verkehrsunfall vom 10. April soll es sich nicht um einen weiteren Beweis für diese Zusammenarbeit und die Verbindungen zwischen Polizei und maoistischen Gruppen handeln. Wie der UZ gesagt wurde, handelt es sich bei der Adresse auf der Rechnung der Bundespost nicht um die Fälscher-KPD, sondern um die der „Kreispolizeidirektion".

Das mag man jemand erzählen, der noch an den Klapperstorch glaubt ...



DEUTSCHE BUNDESPOST
OBERPOSTDIREKTION DORTMUND

KPD Bochum
Land NRW
4630 Bochum

1 99 51 49
06.05.80

Verkehrsunfall

14 B-9 1667/80-a	10.04.80	BP 64 2503	Pkw	16.06.77	20 122
4690 Herne 2, Hauptstr., Wanne-Eickel in Höhe Amtsgericht					
BO - 3452		Alfred Faulhaber			

Sehr geehrte Damen und Herren,

Das ist ein Teil des „Verkehrsunfallberichts" der Oberpostdirektion Dortmund. Die Nummer des an dem Unfall beteiligten Polizeifahrzeugs und die Adresse „KPD Bochum" sind deutlich erkennbar.

Göttingen: MSB-Spartakus auf (Ag)Enten-Jagd

Es kommt offenbar in Mode, überall Agenten zu vermuten. Strauß meint ja bekanntlich, die Neonazis seien KGB-Agenten mit dem Auftrag, ordentlich Remmidemmi zu machen, damit die BRD im Ausland in ein schiefes Licht gerate. Auch in der DKP/MSB hält man in letzter Zeit wieder viel von Agenten-Stories.

Während den Revisionisten in Hamburg die Anwesenheit e i n e s als Punk verkleideten Neonazis ausreichte, die Anti-Strauß-Demonstration von mehreren tausend Menschen (am 25.8.) als „Bündnis von Neonazis, Maoisten und anderen Provokateuren" zu verleumden, waren es in Bremen bei der antimilitaristischen Massenaktion gegen das „öffentliche Gelöbnis" MAD-Leute, die die „Straßenschlachten" angezettelt und vorangetrieben haben. So jedenfalls die DKP-Version.

In Göttingen wollte der MSB nun auch nicht hintanstehen und wurde aktiv. Im letzten Monat fand in Göttingen eine mit 500 Leuten ausgesprochen gut besuchte Demonstration gegen die NATO-Herbstmanöver statt. Aufgerufen hatten: AK gegen Atomenergie, KB, Gewaltfreie Aktion, Gruppe Z, Stadtzeitung, KBW und im nachhinein auch die Grünen.

Einen Tag vor dieser Demo wurde der MSB aktiv und vertrieb ein Flugblatt, warum er sich n i c h t an dieser Demo gegen die Herbstmanöver beteiligen wollte.

blatt, warum er sich n i c h t an dieser Demo gegen die Herbstmanöver beteiligen wollte.

Um die folgenden MSB-Ergüsse zu verstehen, ist ein kurzer Rückblick notwendig: Seit Anfang des Jahres hatten sich die verschiedensten Gruppen Überlegungen über Aktivitäten gegen die Kriegsgefahr gemacht. Teile der Linken wollten Aktionen gegen die inzwischen beendeten Herbstmanöver der NATO initiieren und bastelten ein Bündnis und einen nationalen Aufruf zu einer zentralen Demo in Hildesheim (mit 2.000 Teilnehmern recht erfolgreich) zusammen. Nicht alle am Protest gegen die Herbstmanöver Interessierten mochten sich dem nationalen Aufruf nach Hildesheim anschließen und initiierten (wie in Göttingen) örtliche Aktionen. Anfänglich gab es allerdings Vorbereitungstreffen, wo sich die verschiedenen Ansätze überschnitten. Besonders stark gemacht für die Demo in Hildesheim hatte sich die amerikanische Soldatengruppe „Fight back", die auch eine gleichnamige Zeitung für US-Soldaten herausgibt.

Soweit der Rückblick und nun der MSB:

Zunächst wird in dem Flugblatt über ein Vorbereitungstreffen für die Hildesheimer Demo „berichtet" (auf dem der MSB natürlich gar nicht anwesend war) und festgestellt, daß die angeblich auf diesem Vorbereitungstreffen von „Fight back" gemachten Aktionsvorschläge (Panzersperren, den Funkverkehr stören) „gewaltsame Auseinandersetzungen" vorprogrammieren würden. Originalton MSB: *„Die Strategie dieser ominösen Gruppe ‚Fight back' k ö n n t e ohne weiteres Bestandteil der NATO-Herbstmanöver selbst sein... Jedem, der die Ereignisse aufmerksam beobachtet, dürfte klar sein, besonders nach Hamburg und Bremen, daß dies die Handschrift des CIA i s t ...".*

Schwuppdiwupp – aus einem

Hamburg und Bremen, daß dies die Handschrift des CIA i s t ...".

Schwuppdiwupp – aus einem „könnte" wird beim MSB ein „ist". Und wer erwartet, daß der CIA-Vorwurf gegen „Fight back" bewiesen wird, hat schlicht zuviel erwartet. Da reicht „ominös". Sollte der MSB wirklich meinen, daß Aktionsvorschläge wie „Panzersperren bauen, Funkverkehr stören" Beleg für „CIA-Strategien" sind, dann hätte der CIA in der BRD mehr Mitglieder und Sympathisanten als die ominöse Dosen-Kopf-Partei.

Wie dem auch sei. Bis hierher hat das alles noch gar nichts mit der Göttinger Demo zu tun, denn „Fight back" gibt es weder in Göttingen noch hat die Gruppe zur Göttinger Demo aufgerufen. Darüberhinaus hat es informierten Kreisen zufolge auch keine Aktionsvorschläge auf den Göttinger Vorbereitungstreffen gegeben, während der Demo in der Innenstadt Panzersperren zu bauen oder den Manöverfunkverkehr zu stören – also keine direkten Fingerzeige auf „CIA-Strategien".

Trotzdem. Der MSB war fest davon überzeugt, daß die *„Fight-back-Masche des CIA ... nicht ohne Wirkung auf einige Göttinger Kräfte"* geblieben sei. Wenngleich – das gesteht der MSB im Flugblatt immerhin noch zu – dabei *„auch ehrlich Betroffene ins Manöverkonzept der NATO als Marionetten eingeplant"* wurden.

Nachdem derart hieb- und stichfest belegt ist, was wirklich hierzulande abläuft, richtet der MSB dann noch einmal die Frage an jeden potentiellen Anti-Herbstmanöver-Demonstranten, *„ob er sich im klaren ist, daß er sich auf Aktivitäten von Kräften einläßt, die offensichtlich bereit sind, sich auf Provokationen einzulassen..., daß er sich der Gefahr aussetzt, eine Marionette der CIA-Fight-back-Strategen zu wer-*

den, eine Funktion im Manöver-
einzulassen..., daß er sich der Gefahr aussetzt, eine Marionette der CIA-Fight-back-Strategen zu wer-

den, eine Funktion im Manöver-Planspiel der NATO-Strategen auszuüben".

„Aus diesem Grund beteiligen wir, der MSB-Spartakus, uns nicht an zweifelhaften Aktivitäten von dubiosen Bündnissen und fordern alle Kommilitonen auf, genauso zu handeln."

KB/Gruppe Göttingen

Leserbrief zu »Die heilige Kuh schlachten« (AK 185)

Im AK 185 macht ein Genosse aus Saarbrücken den Vorschlag, die „heilige Kuh" des KB zu „schlachten" und dem „Zentralorgan aus verkaufstaktischen Gesichtspunkten einen anderen Namen" zu geben. In den selben Kneipen, in denen er eine Alternativzeitung 100 mal verkaufe, könne er in der gleichen Zeit den AK nur 6 mal loswerden. Die Adressaten von AKW- und Kriegsgegnern bis Feministinnen, die von den im AK behandelten Themen angesprochen sein müßten, hätten „nicht unbedingt das kommunistische Bewußtsein" und fühlten sich durch das Wort ARBEITERKAMPF „oftmals ausgegrenzt".

Eine solche Titeländerung kann aber meiner Meinung nach weder nur unter verkaufstaktischen Gesichtspunkten noch als bloßer äußerer und formaler Vorgang diskutiert werden. Daß sich der AK nicht nur an Arbeiter richtet und – dem niedrigen Entwicklungsstand einer linken Bewegung in unserem Land entsprechend – letztendlich wahrscheinlich nur wenige Arbeiter anspricht, ist kein Grund, den Titel zu ändern.

Auch wenn heute unklar ist, wie und mit welchen Kräften ein Umsturz des spätkapitalistischen Imperialismus erfolgen wird bzw. kann, so muß doch festgehalten werden, daß daran sicherlich nur mit einer nicht-friedlichen Konfrontation zu denken ist, bei der z.B. alle Intellektuelle , die auf der Seite der Unterdrückten kämpfen, die Reste ihrer Herrschaftsmechanismen ablegen. Ohne Klassenkämpfe wird es also nicht gehen, wenn die Klassenkategorien heute auch schwieriger zu definieren sind als zu Marxens Lebzeiten.

Daß Klassenantagonismen heute schwer durchschaubar sind, daß sich Widersprüche vervielfachen und auf neuen Ebenen entfalten – z.B, ob nicht große Teile der Alternativbewegungen schon längst systemimmanent vereinnahmt worden sind, wäre eine Analyse wert – liegt unter anderem am massiven ideologischen Einsatz der Herrschenden, der verbunden mit dem Antikommunismus einen gewaltigen Integrationssog bewirkt. (Deshalb vor allem ‚kein kommunistisches Bewußtsein').

Daß Innenminister Baum nur noch die RAF als einzig systemgefährlich bezeichnet, ist ein kleines Signal dafür.

Wenn Teile der Linken ohne jedes Geschichtsbewußtsein ‚Links-rechts-Schemata' als „überholt" verwischen (wollen) – nicht nur bei den Grünen – so ist das eine Beleidigung für alle Linken, die für die Revolution in unserem Land, später für den Widerstand verfolgt, gefoltert und gemordet worden sind.

Der Titel ARBEITERKAMPF symbolisiert eine bestimmte politische Haltung. Der KB hat sich bisher darum bemüht, an einzelnen Punkten seinen Antagonismus dem System gegenüber herauszuarbeiten, durch Untersuchungsarbeit gesellschaftliche Phänomene zu beschreiben, unabhängig vom realsozialistischen Pragmatismus kommunistische Standpunkte zu entwickeln, Anstrengungen um die Befreiung der Frau in Konfrontation mit den Männern und in der Zurückdrängung des Chauvinismus zu unternehmen.

Solche Ansätze eines konsequenten Kampfes dürfen ihre kommunistischen Spuren nicht verwischen, indem der „Arbeiterkampf" umbenannt würde zugunsten einer Anpassung an den allgemeinen undefinierbaren Scene-Blätterwald. Denn auch mit Symbolen wird gekämpft. Überlegungen zu einer richtigen Agitation im Sinne der Verbreiterung einer politischen Basis sind grundsätzlich sicherlich wichtig. Dies darf aber nicht dazu verkommen, daß im Sinne eines Bedürfnisfetischismus, einfach unmittelbaren, vorfindbaren Gefühlen und Bedürfnissen versucht wird, gerecht zu werden. Die Erfahrung und Erkenntnis, daß Gefühle nicht nur produktiv menschlicher, sondern genauso faschistoider Natur sein können, warnt hiervor.

Zur weiteren Orientierung ist also eine Weiterentwicklung revolutionärer Theorie auf den geschichtlich aktuellen Stand unverzichtbar, die die qualitativ neuen Widersprüche erfaßt und benennt und die die Mechanismen moderner Machtausübung erhellt. Es ist klar, daß das erst bruchstückhaft und in Ansätzen geschehen kann, was noch mal mehr die zwingende Notwendigkeit deutlich macht. (Krahl lesen!) Erst das würde den Fragen wieder näher kommen, welche Themen im AK schwerpunktmäßig zu diskutieren sind und auf welchem Hintergrund man sich mit welchen Strömungen auseinandersetzt. Eine solche theoretische Diskussion müßte im AK Schritt für Schritt dokumentiert und dadurch nachvollziehbar werden. Das wäre die einzige glaubwürdige Vermittlungsarbeit, die ich mir momentan vorstellen kann. Eine theoretischere Entwicklung des KB verliert vielleicht noch ein paar Leute, gewinnt aber vielleicht auch neue Genossen, wenn sie manche Handwerkelei in der Praxis überprüft, weil sie sie besser verstehen und analysieren kann. Eine Politik, will sie einen längeren Atem haben, muß solche Phasen der Verunsicherung aushalten.

Ohne harte theoretische Arbeit und immer neue Versuche zu Standortbestimmungen werden wir dem ideologischen Zugriff des Systems hilflos ausgesetzt bleiben, denn die herrschende Klasse leistet unablässig für sich und ihren Kampf diese Bewußtseinsarbeit und ist uns damit ohnehin ständig weit voraus.

„Wenn der Sozialismus unwahrscheinlich ist, bedarf es der umso verzweifelteren Entschlossenheit, ihn wahr zu machen. Was ihm entgegensteht, sind nicht die technischen Schwierigkeiten der Durchführung, sondern der Machtapparat der Herrschenden" (Heinrich Regius).

Eine Genossin aus Wiesbaden

»1. Allgemeine Verunsicherung«

A Rock-Kabarä-Gruppen mit Humor

Sie heißen Thomas, Walter, Gerd, Gabi, Eick, Anders, Günther, Günther, Nino und kommen aus Österreich, genauer aus einem Ort in der Nähe von Graz. Auf ihrer Tournee ist die „1. Allgemeine Verunsicherung" in Hamburg im Musikclub „Logo", in der „Fabrik" und im „Cafe Kaputt" mit großem Erfolg aufgetreten. Ein Genosse und ich waren von ihrer Show sehr begeistert und wollten mehr über sie wissen. Nach dem Abbauen der Anlage saßen wir im „Logo" zusammen und Thomas erzählte.

Wie sie zu ihrem Namen kommen, wollten wir wissen. *„Dös frog'n de Daitschen immah. Nah. Dös is schnell erklärt. In Österreich gibt's ahne Versicherungsanstalt, die heißt ‚1. Allg'meine Versicherung'. Wir haben uns dann '1. Allg'meine Ver u n - sicherung g'nannt, weil's erst amoal inhaltlich zu unseren Sachen paaßt und der Name in Österreich der totale Hit is und dös, weil es witzig is ..."*

Die Idee, Kabarett, Rockarbeit zu machen, kam ihnen auf der Kunstakademie, wo sich einige getroffen haben. Alle Gruppenmitglieder hatten schon vor der Gründung der Gruppe [vor ca. 2 Jahren] *Erfahrung im Musik-Geschäft gesammelt. Ihr erstes Programm behandelte Gegenwartsprobleme von Jugendlichen wie die „Konsumabhängigkeit".*

„Dös wor so ahne Gegenüberstellung von illegalen Drogen und legalen, die oach in ahne Obhängigkeit führ'n. ... Dös zweite Programm ist a Weihnachtsshow g'wesn. Die spül'n mer jetzt wieder also zu Weihnachten. Der Titel: ‚There is no business like Christmas'." Zur Zeit spielen sie das Programm „Cafe Passée", ein Rückblick auf die Jugendbewegungen in Österreich wie Rocker, Hippies, Öko-Bewegung etc. Ihr „Cafe Passée" ist ein unheimlich amüsantes Gemisch aus Witz, Humor, Rockmusik, Kritik, Pantomime, Sprech-Szenen, Klamauk, Gags und Chor-Gesang. Die Personen in vielen Szenen wirken grotesk, überzeichnet, das ganze ist eine Karikatur auf der Bühne. *„Wir sahn der Ansicht, daß man mit dem Humor Zugänglichkeit zum Publikum schoafft, speziäll zu Jugendlichen, die ansich absolut obweisend verhoalt'n gegen irgendwelche politischen Aussagen. Dös woar also oan wichtiger Bestandteil uns'rer Überlegungen."*

Die Gruppe hat natürlich einen politischen Anspruch, der durch die Inhalte der meisten Szenen ausgedrückt wird. Diese Inhalte versuchen sie einer bestimmten Zielgruppe von Hörern näherzubringen. *„Es gibt bei uns erstens amoal in Österreich auf der einen Seiten die Polit-Rockgruppe, die ich moal ‚dogmatische' Liedermacher nennen will. Die - in Österreich - bei den Jugendlichen nicht ahnkomme, eher bei den Leiten, die b'scheid wissen. Diese Gruppen sahn sehr wichtig, goanz kloar. Aber de hoab'n enorme Schwierigkeiten bei den Jugendlichen. De soagen anfach ‚Scheiß Politik wull'n mer nit'. Dann gibt's ahn Überangebot an Debil-Konserven-Musik. Und dazwischen gibt 's eben nix. Des haßt, es gibt eben ka Brücke zu dem politischen Lied, das die Jugendlichen oablahnen. Die Hörgewohnheiten der Jugendlichen san total verschlossen, san gor nit geeicht für sensibles Hören und de Texte. Und dös erklärt uns eigentlich, net. Das erklärt oach dös, was wir machen."*



Wir wollten dann von Thomas noch wissen, wie sie sich finanzieren. Seit einem halben Jahr habe keiner mehr einen Nebenjob, antwortete er. Sie hielten sich jetzt so gerade über Wasser.

Ihre erste LP (Titel: „1. Allgemeine Verunsicherung") ist nur in Österreich erschienen und nicht mehr erhältlich. Die Studioarbeiten für ihre 2. LP haben sie vor Beginn ihrer jetzigen Tournee abgeschlossen. Es lohnt sich, die Show der Gruppe anzusehen.

2 Hamburger Genossen

Dieses Lied ist dem Teil der Show entnommen, der das Österreichische Bundesheer verspottet:

Wir marschiern, wir marschiern,
es vertrocknet unser Hirn,
vorwärts, marsch, Delirium,
dumm im Kreis herum.

Wir pariern, funktioniern,
Arschlock zamm, beim Salutiern,
Ritterkreuz, Gedächtnisschwund,
Kameradschaftsbund.

Wir marschiern ...

Wehrmann Willig tut trainiern,
unterm Leintuch onaniern,
links, zwo, drei, vier, Russenmaid,
mach die Beine breit.

Wir marschiern ...

Gastarbeiter, Kommunist,
glücklich ist, wer keiner ist,
Parasit, Transvestit,
Kosmopopolit.

**Bitte gibt mir kein Gewehr,
denn sonst gibt es ein Malheur.
Die Feinde, die ich mein,
diebeherrschen,auffetten Ärschen
in Zivil, die eignen Reihn.**



Tournee-Termine:
Berlin: 4.-6.11., Quartier Latin
7.-9.11., Karst-Kino
Stuttgart: 11.11.
Frankfurt: 12.+13.11., Sinkkasten

Kontaktadresse:
„ErsteAllgemeineVerunsicherung"
Oberedelstauden 64
A-8081 Heiligenkreuz
Österreich
Tel.: 0043 / 3134 - 761

SPD-Senator verbietet PPZ-Auftritt

Unter dem Thema ‚Fahndung, Sprache und Literatur' wird im Januar nächsten Jahres das ‚7.Bremer Literaturgespräch' stattfinden. Dazu wurde von der Volkshochschule Bremen – neben Karl-Heinz Roth u.a. – auch Peter-Paul Zahl eingeladen.

Erst Anfang dieses Jahres wurde von der Bremer CDU und anderen rechten Kräften eine wahre Hetzkampagne gegen die Verleihung des ‚Förderpreises für Literatur' an P.P.Zahl entfacht.

Um einen Auftritt von ihm diesmal unmöglich zu machen, wurde von Seiten der Gewerkschaft der Polizei (GdP) eine besondere Taktik entwickelt: Sie gab kurzerhand eine Erklärung an die Presse, daß Bremens SPD-Senator Franke die Veranstaltung verboten hätte. Als *„eine Provokation der Bremer Bevölkerung wie auch der Polizei"* bezeichnete denn auch sofort CDU-Chef Neumann das Verhalten von VHS-Direktor Karl-Heinz Schloesser, *„bewußt einen Mann zum sogenannten Literaturgespräch"* einzuladen, *„der aus dem Dunkel des Terrorismus"* komme („Bremer Nachrichten", BN, 17.10.80) – Neumann ist ein CDU'ler, der sich durch seine Äußerung hervorgetan hat, daß er Gedichte von Erich Fried lieber verbrannt sehen würde.

Auch der Bremer DGB-Kreisvorsitzende wollte eine offizielle Verbotserklärung Frankes nicht abwarten: Er teilte der Volkshochschule mit, daß die Räume des Gewerkschaftshauses für diese Veranstaltung, entgegen der ursprünglichen Vereinbarung, nicht zur Verfügung stehen würden.

Schriftsteller und Journalisten brachten in einer gemeinsamen Erklärung der ‚Deutschen Journalisten-Union' und des ‚Verbandes Deutscher Schriftsteller in der IG Druck und Papier' ihre Empörung darüber zum Ausdruck, daß angesichts der „umstrittenen Verurteilung" von P.P.Zahl in dieser Weise versucht werde, *„ihn in der Öffentlichkeit mundtot zu machen"* („BN", 16.10.80).

SPD-Senator Franke, der möglicherweise Schwierigkeiten gesehen hätte, die Teilnahme P.P.Zahls zu verbieten (schließlich hat er ja anläßlich der Literaturpreisverleihung als zuständiger Senator sogar eine Rede halten müssen), bekam durch das Vorgehen der GdP (unerwartet?) Hilfestellung: Zunächst konnte er erklären, daß über eine Einladung von P.P.Zahl noch nicht entschieden sei, um wenige Tage später tatsächlich ‚dem Druck der Öffentlichkeit nachzugeben' und das Verbot auszusprechen.

Um dem Vorwurf der politischen Zensur zu entgehen, kündigte Franke gleichzeitig mit seiner Verbotsverfügung an, nach dem ‚7. Bremer Literaturgespräch' in eigener Sache eine Veranstaltungsreihe über und mit P.P.Zahl durchzuführen – zutreffender Kommentar des VHS-Direktors Schloesser: *„Der Senator für Wissenschaft möge sich nicht die Schwachheit einbilden, daß Autoren, die für die VHS Diskussionsverbot erhalten, seine Einladung annehmen!"* („Weser-Kurier", 24.10.80).

Franke nutzt erneut die Gelegenheit, die VHS stärker an die Kandare zu nehmen. Schon seit Jahren laufen Bestrebungen, die relative Autonomie der VHS zu beschneiden und sie völlig in eine dem Senator untergeordnete Dienststelle zu verwandeln, in der fortschrittliche Inhalte von vornherein der Vorzensur zum Opfer fallen.

Schloesser, dem Franke „dienstliche Schritte" androhte, falls er seine Weisungen nicht ausführe, weigerte sich mit erfrischendem Mut, die Absage an P.P.Zahl zu unterschreiben. Stattdessen bemühte er sich, die planmäßige Durchführung des ‚Literaturgesprächs' unter anderer Trägerschaft sicherzustellen.

Nach Bekanntgabe des Verbots hatten zunächst die Evangelische Studentengemeinde und zwei Pastoren angeboten, daß die Bremer Evangelische Kirche (BEK) dies übernehmen könne. Wenig später machte der Kirchenausschuß der BEK jedoch einen Rückzieher und lehnte die Trägerschaft ab.

Jetzt will ein von Schriftstellern, Journalisten, Literaturwissenschaftlern, Theologen und Mitarbeitern der VHS gegründeter ‚Freundeskreis Bremer Literaturgespräch' zusammen mit dem Vorstand des Trägervereins Bremen-Vegesack, der auch seine Räumlichkeiten zur Verfügung stellt, die Veranstaltungsreihe durchführen. Axel Adamietz, Bürgerschaftsabgeordneter der BGL, hat die Unterstützung seiner Fraktion zugesagt.

Bleibt abzuwarten, was sich die ganz große Koalition aus Senat, CDUSPDFDPDGBGdP noch alles einfallen lassen wird, um ihren Staatsschutz-Demokratiebegriff in Bremen durchzusetzen, und die VHS an die Leine zu legen.

KB/Gruppe Bremen

IFTA-Treffen in Unna

Wer es noch nicht wissen sollte, der sei darauf aufmerksam gemacht, - IFTA heißt: *Initiative Freiheit der Theaterarbeit*, wurde am 17. Juni 1977 in Wiesbaden zum Leben erweckt und hat sich zum Ziel gesetzt, für die Freiheit von Repressionen im Theaterbereich zu kämpfen.

Daß es nicht nur um diesen Kampf geht, sondern auch darum gehen muß, das Theatermachen nicht zu einer Pappnasenkultur verkommen zu lassen - darum ging es beim dritten IFTA-Treffen in diesem Jahr vom 11. bis 12.10.80 in Unna.

Man kam zu der Feststellung, daß in der BRD eine Kulturkrise vorherrsche, die sich in dem immer mehr gewollten ästhetischen Vorzeigetheater äußere; die öffentlichen und privatwirtschaftlichen Kulturträger schaffen immer mehr Produktionsbedingungen für das Theater, welche dasselbe mehr und mehr auf die Ausstellung und Dekoration von Kultur ausrichten.

Es ist nicht gewollt, Anstöße zu verursachen, Auseinandersetzungen mit der Realität zu fördern, Schritt für Schritt die Produktionsbedingungen mit dem Publikum zu verändern, welches zum großen Teil schon von den Theatern wegbleibt, angeödet und angewidert ob des Kulturbetriebes des Bildungsbürgertums. Auch nach dieser Bundestagswahl wird sich nichts zum Positiven verändern, es war kein Wahlergebnis, das uns der Mitbestimmung im Theater einen Schritt näher bringt, es war kein Wahlergebnis, das uns mehr Freiheit der Theaterarbeit beschert. Viele werden jetzt wieder weniger Einsicht haben, sich gegen die Zustände in dieser Gesellschaft zu wehren. Einige werden mit Protesten und Resolutionen reagieren, die in dieser Gesellschaft ein Echo finden wie das Flüstern eines Stummen im Tannenwald. Manche allerdings werden sich mit Nachdruck und theatralischem Ideenreichtum gegen politische Unterdrückung, für Gleichberechtigung der Frau in dieser Gesellschaft, gegen Faschismus, Reaktion, Jugendarbeitslosigkeit und Drogensucht engagieren, werden mit Vehemenz und Ideen für die Freiheit der Theaterarbeit eintreten - für uns und das Publikum - mit dem Publikum!

Mit den Krümeln von den Tischen der bürgerlichen Kulturbetriebe kann ein lebendiges, politisches Volkstheater in „diesem, unserem Lande" nicht überleben. Unter den Umständen der Theaterjetztzeit, wo das Volkstheater mehr zu einem Schwanktheater a la Ohnesorg verkommen soll, wird das politische Volkstheater zum Wegwerfgeschirr dieser Gesellschaft - zur Pappnasenkultur herabgewürdigt.

Pappnasenkultur als schnelle, alternative Kulturnummer wird nicht nur zum Lückenfüller der etablierten Kulturdezernenten, sondern wird auch schnell von gedankenlosen linken und alternativen Kulturveranstaltern zu solcher degradiert.

Während man für Millionen in den Theatern umbaut, für viel Geld dynamische Macher engagiert, als sei der Grund für Stagnation und Verrottung im Parkett und der möglichst perfekten Organisation eines Theaterbetriebes zu suchen, hat die große Suche und Sucht beim Publikum und den Theatermachern nach lebendigem, politischem Theater, nach Spielräumen, in denen ohne Zensur und Vorschrift Begeisterung auf beiden Seiten aufkommen kann, nicht nachgelassen.

Die Zwänge, Lähmungen, Abhängigkeiten und Unzulänglichkeiten, die uns in der Theaterarbeit behindern, dürfen und können uns nicht in das Jammertal einziehen lassen.

Von Rambozambo war in Unna die Rede - wir machen Rambozambo - mit theatralischen Formen (die wir ja beherrschen), bald - in dieser Stadt und vielen Orten und Städten dieser Republik.

— Andreas Schröder/ IFTA Rhein/Main/Saar —

Kontaktadressen:
IFTA-Bundesstelle
c/o Claudia Roth
Westring 8
4750 Unna 1

IFTA Rhein/Main/Saar
c/o Andreas Schröder
Gutzkowstr. 20
6000 Frankfurt 70
Tel.: 0611 - 61 40 64

SPENDENLISTE

Spendenaufstellung seit AK 187	AK-Spende	Technik-Spende
KB/Gruppe Butzbach		50,–
A.N.		2.500,–
R.T., Hagen	100,–	
B.S., Halstenbek		150,–
W.P., Hamburg		5.000,–
D.P.	250,–	
F.-O.P., Bremen	125,–	
KB/Gruppe Nürnberg	580,–	
KB/Gruppe Göttingen (Fete)	151,50	
Babs, Göttingen (Schrank)	200,–	
D.W., Fulda	32,–	
U., U. und O., Hamburg	1.000,–	
B.O., Westberlin	10,–	
KB Bremen „Überschuß" Org-Kasse	500,–	
F.O., KB/Gruppe Bremen	34,–	
DLH/Hafen, Hamburg	29,–	
Ma., IKAH, Hamburg		50,–
Medienzelle, Hamburg	50,–	
Summe	3.061,50	7.750,–
Insgesamt seit AK 182	23.321,95	28.390,–

Abonniert!

Irland: Hungerstreik im KZ »Long Kesh«!

Seit Montag, dem 27.10. befinden sich 14 im berüchtigten nordirischen KZ „Long Kesh" eingekerkerte republikanische Kriegsgefangene in einem unbefristeten Hungerstreik. Das heißt, die Gefangenen sind entschlossen, bis zum tödlichen Ende ihre Aktion durchzustehen, sollte die britische Besatzungsmacht nicht ein Einlenken ihrerseits signalisieren. Mit dem Hungerstreik soll der Forderung nach Wiedereinführung des 1976 von London abgeschafften „politischen Status" für die republikanischen Gefangenen in den Lagern von „Long Kesh" und Armagh Nachdruck verliehen werden. Die Gefangenen sahen sich zu diesem eventuell folgenschweren Schritt genötigt, nachdem alle Versuche, auf „diplomatischem Wege" zu einer beiderseitigen Einigung zu gelangen, an der unnachgiebigen Haltung des „Northern Ireland Office" gescheitert waren.

Noch bis zuletzt hatte der katholische Kardinal Tomas O'Fiach mit Nordirlandminister Humphrey Atkins („the idiot") verhandelt und darauf gedrängt, „doch wenigstens irgendeine Anerkennung der besonderen Situation der I.R.A. Gefangenen einzuführen" („FR", 28.10).

Der 'politische Status' war der britischen Regierung 1972 auf dem Höhepunkt der IRA Kampagne durch einen Hungerstreik der Gefangenen in „Long Kesh" abgerungen worden. Er berechtigte die republikanischen Kriegsgefangenen u.a. zum Weitertragen ihrer Uniformen. Durch die Zusammenlegung (bis zu 80 Genossen in einem Trakt) und der dadurch ermöglichten Kommunikation konnten die Organisationsstrukturen im Lager aufrecht erhalten werden. Sie entsprachen zumeist denen der „draußen" kämpfenden Einheiten. Die Gefangenen konnten relativ ungehindert Erfahrungen austauschen und sich politisch schulen, sie wurden nicht zur Verrichtung der allgemein üblichen 'Gefängnisarbeit' herangezogen. Damit war gleichzeitig anerkannt worden, daß es sich beim bewaffneten Kampf der IRA um einen p o l i t i s c h e n Kampf handelt. „Long Kesh" wurde bald als das „Sandhurst" (Eliteschule der britischen Armee) der IRA bezeichnet. Diese, für Kriegsgefangene völlig legitimen Haftbedingungen, wurden durch die 1976 erfolgte Abschaffung des 'politischen Status' gänzlich zerstört.

Bereits 1974 hatte die vom britischen Unterhaus eingesetzte „Gardiner Comission" (benannt nach ihrem Leiter, dem ehemaligen Armeegeneral Gardiner) die Rücknahme des „Special Category Status" empfohlen, unter anderem mit der Begründung, daß in der Gewährung des ‚politischen Sta-
Category Status" empfohlen, unter anderem mit der Begründung, daß in der Gewährung des ‚politischen Sta-
tus' durch London eine zentrale Ursache für die andauernde Gewalt in Nordirland zu suchen sei. Einer Labourregierung blieb es 1976 vorbehalten, den ‚politischen Status' für alle nach dem 1.3.76 begangenen politischen Taten (nach bürgerlichen Recht = Straftaten) abzuschaffen („Treatment of Offenders Order (N.I.) 1976"). Die Rücknahme des ‚politischen Status' ist ein integraler Bestandteil der britischen Strategie der „Ulsterisierung" (Ulster = herrschende Schicht in Nordirland, die die Interessen der britischen Fremdherrschaft vertritt) des Konfliktes in Nordirland. Gegenüber der Weltöffentlichkeit soll der Eindruck erweckt werden, als handel es sich bei der nordirischen Gesellschaft um eine völlig „normale Gesellschaft" mit nicht minder „normalen Gefangenen". Der nach wie vor ungebrochene republikanische Widerstand gegen die britische Besatzungsmacht wird von Westminster mit dem Prädikat „kriminell" versehen. Ganz im Gegensatz dazu steht jedoch, daß der militante und bewaffnete Kampf nach wie vor von großen Teilen der Bevölkerung unterstützt wird. Der erste, der in „Long Kesh" (1) seine Strafe nach den „neuen Regeln" absitzen mußte, war der 19 jährige IRA-Kämpfer Kieran Nugent. Nugent lehnte es ab, Häftlingskleidung zu tragen und Sträflingsarbeit zu verrichten. Seinem Beispiel folgten immer mehr Gefangene. Die Zahl derjenigen, die sich heute am Protest beteiligen, wird auf an die 400 geschätzt. Die Gefangenen sitzen nackt in ihren Zellen, nur eine Wolldecke hält sie warm. Die Gefängnisbehörden haben auf diesen Protest mit extremer Härte reagiert: Die Gefangenen wurden in die Isolationszellen des H-Blocks gesperrt, jeder Postverkehr, jeder Besuch und jede Lektüre (die Bibel ausgenommen) wurde ihnen fortan verweigert. Die Zellen sind ungefähr drei mal zwei Meter groß und mittlerweile mit jeweils zwei Gefangenen belegt. Die hygienischen Verhältnisse im H-Block sind katastrophal und spotten jeder Beschreibung. Solange wie die Gefangenen sich weigern, die Sträflingskleidung anzuziehen, wird ihnen der Gang zur Toilette verweigert. Stattdessen stehen in den Zellen Eimer. Seit Mai 1977 gibt es auch kein Rasierzeug und keine Zahnpasta für die Gefangenen mehr. Duschen und Hofgang sind fast vollständig gestrichen. Der Gesundheitszustand der Gefangenen nimmt bedrohliche Formen an.



Die Gefängnisbehörden reagieren auf den politischen Protest der Gefangenen mit Hausstrafen, was bedeutet, daß jeder Gefangene alle 14 Tage automatisch für drei Tage einer verschärften Einzelhaft bei Wasser und Brot unterliegt. Während dieser drei Tage wird ihnen das Bettzeug entzogen, die Gefangenen liegen dann drei Tage lang nackt auf dem Zellenboden. Darüberhinaus sind die Gefangenen noch zusätzlichen Schikanen durch die Wärter ausgesetzt. Es häufen sich Berichte, nach denen Gefangene brutal vom Personal zusammengeschlagen wurden.

1978 haben die Gefangenen ihren Kampf verschärft. Mehrere Hunger- und Durststreiks wurden durchgeführt. Sie verweigern seitdem jegliche Kooperation, d.h. sie verlassen die Zellen nicht mehr und leeren ihre Kübel nicht mehr aus. Der Gestank im H-Block ist unerträglich und es besteht die Gefahr von Seuchen. Die brutale Behandlung der republikanischen Gefangenen steht nicht nur im Widerspruch zu den elementarsten Menschenrechten; sie widerspricht auch den Bestimmungen des britischen Strafvollzugs.

Zur Zeit sind in „Long Kesh" 2069 Gefangene inhaftiert, davon 1028 im schwerbewachten und berüchtigten ‚H-Block'. Die übergroße Mehrzahl der Gefangenen entstammt dem republikanischen Milieu, unter ihnen sind zahlreiche Kämpfer der militärischen Verbände IRA und INLA (2). Nur bei einer verschwindenden Minderheit der Gefangenen handelt es sich um protestantische/loyalistische Terroristen. Grob lassen sich die Häftlinge im ‚H-Block' in drei etwa gleich große Gruppen einteilen: *„Etwa 300 von ihnen absolvieren einen normalen Strafvollzug. Weitere 380 genießen einen speziellen Status (sie brauchen nicht zu arbeiten, tragen Zivilkleidung und leben gemeinsam). Die dritte Gruppe besteht aus 351 Häftlichen, denen der spezielle Status verweigert wird und die es deshalb ablehen, an der der Arbeit teilzunehmen, Gefängniskleidung zu tragen*
verweigert wird und die es deshalb ablehen, an der der Arbeit teilzunehmen, Gefängniskleidung zu tragen
(sie halten sich nackt in ihren Zellen auf und bekleiden sich nur mit Gefängnisdecken) und mit den Vollzugsbeamten zusammenzuarbeiten" („FR", 28.10.80).

Im Oktober 1979 wurde in Belfast ein nationales „Smash H-Block Committee" ins Leben gerufen. Zahlreiche über die ganze Insel verstreute lokale Gruppen organisieren seitdem koordiniert eine breit angelegte Kampagne gegen die unmenschlichen Haftbedingungen der republikanischen Gefangenen in den KZ's des britischen Imperialismus. Neben den „Relatives Action Committees" hat insbesondere Sinn Fein (Provisional) (politischer Arm der IRA) wesentlichen Anteil am Zustandekommen des Bündnisses. Das Spektrum der Kräfte, die das „Smash H-Block Committee" repräsentiert, reicht von Menschen, deren Beweggründe zur Mitarbeit ganz einfach humanitären Charakters sind, bis hin zu den Unterstützern des bewaffneten Kampfes von IRA und INLA. Sinn Fein ist in diesem Zusammenhang von ihrer „alten Bündnispolitik", die die bedingungslose Unterstützung der IRA zur Vorraussetzung jeder Zusammenarbeit machte, abgerückt.

Die Arbeit des nationalen Komitees ist vielfältiger Art: Mobilisierung internationaler Unterstützung für die Forderungen der Gefangenen, Erstellung von Petitionen, Organisierung von Aktionstagen und Demonstrationen etc. Derartige Aktivitäten werden auch den aktuellen Hungerstreik begleiten.

Mittlerweile liegen auch erste Reaktionen aus dem „Northern Ireland Office" (zuständiges Ministerium der britischen Regierung) vor. Zunächst begnügte man sich damit, auf eine Entscheidung der europäischen Menschenrechtskommission vom Juni dieses Jahres zu verweisen, nach der die republikanischen Gefangenen keinen Anspruch auf den „politischen Status" anmelden könnten („An Phoblacht". 18.10.80). Inzwischen scheint man sich allerdings doch wohl über die eventuelle Tragweite der Aktion im Klaren zu sein, ohne in der Sache am entscheidenen Punkt nachzugeben („Politischer Status"). So weiß die „FR" vom 28.10. u.a. zu berichten: *„Der Hungerstreik wird in London mit großer Sorge beobachtet: Sollte es Tote geben (in Großbritannien kennt man keine Zwangsernährung) könnte es in Nordirland zu neuen terroristischen Gewaltakten kommen".* Eine neuerliche Eskalation des Konfliktes in der Region Ulster will London jedoch nach Möglichkeit vermeiden. Es würde der Strategie der „Ulsterisierung" einen weiteren Rückschlag versetzen. Angeblich hat das „Northern Ireland Office" eine erste Konzession an die Hungerstreikenden gemacht, nach der die Gefangenen nicht länger die von ihnen verweigerte Sträflingskleidung tragen müssen. Damit wäre allerdings erst e i n e (wenn auch wichtige) Forderung der Gefangenen erfüllt.
Im republikanischen Lager ist erst
e i n e (wenn auch wichtige) Forderung der Gefangenen erfüllt.

Im republikanischen Lager ist die Aktion umstritten. Er herrschen geteilte Auffassungen darüber, inwieweit sich die Regierung in London auf diese Konfrontation einläßt. Dennoch haben alle wichtigen republikanischen Gruppen ihre bedingungslose Unterstützung zugesagt.

(1) ‚Long Kesh' war eines der berüchtigsten Internierungslager der Jahre 1971 bis 1976. Die Wellblechbaracken, in denen die Internierten, ohne jemals eine Anklageschrift gesehen zu haben, eingekerkert wurden, dienten im 2. Weltkrieg der Montage von Flugzeugen. In den letzten Jahren ist auf dem alten Flugfeld einer der größten und modernsten Knäste Irlands entstanden, das ‚Maze Prison'. Der H-Block ist der Isolationstrakt der Anlage, benannt nach der H-förmigen Anordnung des Gebäudekomplexes. Hier befinden sich die berüchtigten Einzelzellen, in denen endgültig der Widerstandswillen der republikanischen Gefangenen gebrochen werden soll.

(2) Die INLA („Irish national Liberation Army) ist hierzulande weit weniger ein Begriff als die traditionsreiche IRA. Bei der INLA handelt es sich um den militärischen Flügel der IRSP („Irish Republican Socialist Party"). Sie ging 1974 aus einer linken Abspaltung der Sinn Fein / Officials (heute: Sinn Fein-Workers Party und im Gegensatz zur Sinn Fein/Provisional im republikanischen Lager bedeutungslos) hervor. Zu den Gründungsmitglieder zählte u.a. Bernadette McAliskey (den älteren Jahrgängen noch unter ihrem Mädchennamen Bernadette Devlin bekannt), die sich jedoch Ende '75 wieder von der IRSP abwandte und sich fortan ideologisch an der trozkistischen ‚4.Internationale' orientierte. Heute engagiert sich Bernadette insbesondere im ‚National H-Block Committee'.

Weitere Informationen über:
Irlandkomitee Westberlin, Postfach 31 12 48, 1000 Berlin 31
Westdeutsches Irlandsolidaritätskomitee (WISK), Postfach 35, 6370 Oberursel 5

Dietrich/KB-Gruppe Münster